

Bürgerinitiative will gegen Funkturm klagen

Vodafone kündigt Baubeginn in Lohe für Mitte Februar an / Inbetriebnahme für Ende April geplant

Von unserer Redakteurin Silke Looden

Lohe. Die Bürgerinitiative gegen den geplanten Richtfunkturm in Lohe will vor Gericht für die Gesundheit der Anwohner streiten. Die Mobilfunkfirma Vodafone lässt sich davon nicht beeindrucken. Bereits ab Ende April werde der Sendemast das Handy-Netz D 2 verstärken, erklärte Vodafone-Sprecher Dirk Ebrecht gestern.

Rund 50 Funkturmgegner trafen sich am Montagabend in der Gaststätte „Zur Goldenen Aue“ in Lohe. Die Anwohner fürchten mögliche gesundheitliche Gefahren durch die elektromagnetische Strahlung des Richtfunks und wollen den Bau des Turmes auf dem Klageweg verhindern.

Wie Günter Schäfer, Sprecher der Bürgerinitiative, gestern auf Nachfrage berichtete, habe man einen Anwalt aus Delmenhorst eingeschaltet, der die rechtlichen Möglichkeiten der Bürgerinitiative zur Zeit sondiere. Möglicherweise werde Brunhild Ritzenhoff exemplarisch für die anderen klagen. Die Grünen-Politikerin im Hagerer Samtgemeinderat und Mandatsträgerin im Cuxhavener Kreistag wohnt nach Angaben von Schäfer rund 600 Meter entfernt von dem geplanten Sendemast.

„Die Anwohner werden den Bau nicht aufhalten können“, ist sich Vodafone-Sprecher Ebrecht sicher. Die Baugenehmigung des Landkreises liegt, wie berichtet, vor. Das Fundament soll Mitte Februar gegossen werden. **Wer mobil telefonieren wolle, müsse die Funktürme und damit erhebliche Eingriffe in das Landschaftsbild in Kauf nehmen, betonte Vodafone-Sprecher Ebrecht gegenüber der Redaktion. „Das ist die Kehrseite der Medaille.“** Der rund eine Million Euro teure Richtfunkturm in Lohe soll Handy-Gespräche von den kleineren Basisstationen an die Vermittlungsstellen in Bremen und Bremerhaven weiterleiten.

Die Strahlenintensität des Richtfunks sei sehr gering, versichert Ebrecht den Anwohnern. Genau dies bezweifelt die Bürgerinitiative um Günter Schäfer und verweist auf entsprechende Studien. Die Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation hatte den Turm für unbedenklich erklärt.

http://www.bremer-nachrichten.de/regionales/fs_bn_reg_ohz.html?id=156658

Geplante Funkanlage stößt auf Ablehnung

Bauverhandlung für Funkanlage in Kaindorf/S. abgewickelt. Negatives Gutachten des Ortsbildsachverständigen. Gemeinde muss entscheiden.

BETTINA KUZMICKI

Rund zwanzig Anrainer der Arnfelderstraße in Kaindorf/Sulm hatten sich eben dort zur Bauverhandlung betreffend die Genehmigung einer UMTS-Funkanlage eingefunden. Verhandlungsleiter Hubert Mitteregger als Bausachverständiger klärte zwar gleich zu Beginn darüber auf, dass sich im Baugesetz kein Paragraph findet, der etwas über Strahlung aussagt. Somit komme in diesem Fall kein Nachbarrecht zum Tragen.

Dennoch konnten die besorgten Anrainer, die im Umkreis von 100 bis 300 Meter des geplanten Handymastes wohnen, ihre Einwände kund tun. Ronald Liebergesell brachte es gleich auf den Punkt: "Warum muss so ein Mast mitten im Wohngebiet kommen, warum nicht woanders? Und ich finde, dass unsere Gesundheit sehr wohl

Einwendungsrecht genug ist." Eine Anrainern gab sich skeptisch: "Sie machen ja ohnehin, was sie wollen und wir haben keine Chance." Und ein älterer Mann warf ein: "Geld geht hier ja offenbar vor Gesundheit."

Falsches Forum

Rechtsanwalt Johann Grasch als Vertreter des Grundbesitzers versuchte Ruhe in die Menge zu bringen: "Dieses Bauverfahren ist einfach nicht das richtige Forum, um über Gesundheit zu diskutieren, weil im Baugesetz diesbezüglich nichts vorgesehen ist."

Schließlich spielte Mitteregger den Ball jenem Mann zu, dessen Gutachten die Entscheidung der Gemeinde als Baubehörde maßgeblich beeinflussen dürfte. **Raumplaner Rudolf Fuhrmann stellte der geplanten Funkanlage als Ortsbildsachverständiger ein negatives Gutachten aus: "Der Handymast stünde in seinem äußeren Erscheinungsbild im krassen Widerspruch zum ansonsten so harmonischen Orts- und Straßensbild."**

Vertreter von T-Mobile und Mobilkom wiesen auf die Gemeinsamkeit des Projektes hin. Man warb in sachlicher Form um Verständnis für das Vorhaben. Der neue Mast müsse sich in die bestehende Netzstruktur einfügen, **man müsse dort hin, wo auch telefoniert werde.** Und man könne, wenn man mit der Anlage zu den Menschen gehe, mit einer geringeren Leistung arbeiten. **Außerdem sei man verpflichtet, eine optimale Netzversorgung anzubieten.**

Die Anrainer ließen sich nicht überzeugen, zu sehr ängstigt man sich vor negativen gesundheitlichen Auswirkungen. Nun liegt der Ball bei der Gemeinde. Eine Entscheidung sollte demnächst fallen, wie Vizebürgermeister Wolfgang Pölzl betont.

http://www.kleine.at/nachrichten/regionen/steiermark/sued_suedwest/artikel/_584603/index.jsp

Nachrichten von der BI Bad Dürkheim

Bürgerversammlung zum Thema "Mobilfunk"

Frankfurt am Main (pia)

Zur dritten Bürgerinnen- und Bürgerversammlung der Stadtverordnetenversammlung mit dem Thema "Mobilfunk" lädt Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Bührmann für Donnerstag, den 5. Februar, um 19 Uhr in den Plenarsaal des Rathaus-Römer ein. Der Dezernent für Planung und Sicherheit Edwin Schwarz wird Einzelheiten erläutern und die Position des Magistrats darstellen. Anschließend kommen die Bürger zu Wort. Einlasskarten sind beim Büro der Stadtverordnetenversammlung, Telefon: 212-36893 oder 212-36391, Telefax: 212-37884, erhältlich.

Nachricht von Marianne Kirst

Hallo zusammen,

anbei Pressemeldungen der letzten 7 Tage zur Klage gegen Vodafone, die neueste aus der Schwalbacher Zeitung-Online vom 21.1.04.

Herzlichen Gruß

Klaus Böckner, Sprecher der Initiative Schwalbach – Keine Mobilfunkanlagen in Wohngebieten

Mobilfunkstreit: Jetzt geht es vor Gericht

Schwalbacher Zeitung – Online 21.1.2004 - 9.57 Uhr:

Knapp zwei Jahre nach der Montage der Mobilfunksender am Kirchturm von St. Pankratius, droht jetzt ein juristisches Nachspiel. Einige Schwalbacher bereiten Klagen gegen den Betreiber Vodafone vor.

Wie berichtet, wurden im März 2002 an dem Kirchturm in Alt-Schwalbach zwei Mobilfunksendeanlagen installiert. Es kam zu heftigen Protesten und zur Gründung der Bürgerinitiative "Initiative Schwalbach - Keine Mobilfunkanlagen in Wohngebieten".

Seit die Sender am Kirchturm hängen, versuchte die Bürgerinitiative mit Gesprächen, Protestaktionen und Demonstrationen die Inbetriebnahme der Anlage zu verhindern. Parallel dazu schlugen drei Anwohner auch den gerichtlichen Weg ein. Nach einem Feststellungsverfahren mit Messungen in den Wohnungen der Betroffenen ist nach Angaben der Bürgerinitiative nun der Weg zur zivilrechtlichen Klage offen. Die Klage gegen Vodafone soll am Landgericht Frankfurt geführt werden.

Die Klageschrift von Rechtsanwalt Jürgen Ronimi aus Oberursel begründet auf rund 70 Seiten die gesundheitlichen Beschwerden, die aufgrund des Betriebs der Sendeanlagen zu befürchten sind. Belegt werden die Befürchtungen durch Studien, die vor allem auch in jüngster Zeit zu neuen Erkenntnissen geführt haben sollen, so zum Beispiel die Zwischenberichte zur so genannten "Reflex-Studie". An dieser Studie sind nach Informationen von BI-Sprecher Klaus Böckner zwölf Forschergruppen aus sieben europäischen Ländern beteiligt. "Hier haben sich Wissenschaftler mit einem Zwischenbericht an die Öffentlichkeit gewagt, weil diese Ergebnisse so überraschend niederschmetternd waren, dass sie ein Zurückhalten nicht verantworten konnten", erklärt er.

In den Versuchen sei wissenschaftlich belegt worden, dass in bestimmten Zellen in elektromagnetischen Feldern unterhalb der geltenden Grenzwerte, wie sie auch von Mobilfunksendeanlagen ausgehen, DNA-Strangbrüche erzeugt werden. Diese könnten Erkrankungen wie Krebs oder Alzheimer auslösen.

Da alle bisherigen außergerichtlichen Bemühungen nach Angaben von Klaus Böckner auf "taube Ohren" der Verantwortlichen gestoßen sind und nicht zum gewünschten Erfolg geführt hätten, unterstützt die Initiative das gerichtliche Vorgehen der drei Schwalbacher ausdrücklich. Klaus Böckner: "Wir werden auch weiterhin jedes rechtlich zulässige Mittel nutzen um den Betrieb dieser oder auch anderer Sendeanlagen zu unterbinden."

<http://www.schwalbacher-zeitung.de/>

Dann den Button Aktuell wählen, bis zum 21.1.04 scrollen

<http://www.schwalbacher-zeitung.de/aktuell/aktuell.shtml>

und

Klagen gegen die Sendeanlage auf dem Kirchturm

Frankfurter Neue Presse Printausgabe vom 15.01.2004

Schwalbach. Aus den Reihen der "Initiative Schwalbach – Keine Mobilfunkanlagen in Wohngebieten" ist noch in diesem Jahr mit Unterlassungsklagen gegen den Betrieb eines Sendemastes im alten Ortskern zu rechnen. "Die Sache läuft an", bestätigte gestern Sprecher Klaus Böckner. Gegenstand der Klagen soll die Mobilfunkanlage auf dem Turm der katholischen Kirche Sankt Pankratius in der Kirchgasse sein. Betreiber dieser Anlage ist das Telekommunikationsunternehmen D2 Vodafone. Kläger sind drei Mitglieder der Bürgerinitiative, die nach den Worten des Oberurseler Rechtsanwalts Jürgen Ronimi "in ihren Wohnungen durch die Strahlungen" der D2-Anlage "belastet werden". Der Jurist empfiehlt dem Trio die Unterlassungsklagen am Frankfurter Landgericht und beruft sich in einer schriftlichen Stellungnahme auf "neueste wissenschaftliche Erkenntnisse". Laut Ronimi ist die "seriöse Wissenschaft weltweit zu Ergebnissen gekommen, die den gesundheitsschädigenden Einfluss

von Mobilfunksendeanlagen und Handys auf Menschen und Tiere eindeutig bestätigen". Denkbar ist nach Angaben der Initiative, dass die Klagen noch im ersten Halbjahr 2004 eingereicht werden. (ask)

http://www.rhein-main.net/sixcms/list.php?page=fnp2_news_article&id=1456578

und

Neue Klagen gegen Mobilfunkanlagen

Frankfurter Neue Presse Printausgabe vom 14.01.2004

Frankfurt. Drei Mitglieder einer Schwalbacher Bürgerinitiative wollen gegen die am auf dem Kirchturm in der Kirchgasse 2 installierten Mobilfunksendemasten von D 2 Vodafone vor dem Frankfurter Landgericht klagen. Sie fühlen sich durch die Strahlungen beeinträchtigt. Das teilt ihr Rechtsanwalt Jürgen Ronimi mit. Der Anwalt hatte im September 2000 vor dem Frankfurter Landgericht für eine Bommersheimer Bürgerinitiative in erster Instanz eine einstweilige Verfügung gegen die Telekom und die Evangelische Kirchengemeinde in Oberursel erstritten, die bundesweit für Beachtung sorgte. Die Verfügung wurde allerdings später vom Frankfurter Oberlandesgericht wieder aufgehoben. Dennoch habe der juristische Teilerfolg eine Welle des Widerstandes von Bürgern gegen Mobilfunksendeanlagen in Wohngebieten und in der Nähe von Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern und Alters- und Pflegeheimen ausgelöst, schreibt Ronimi.

Er zitiert die Professoren Franz Adlkofer von der Universität München und Hals Albert Kolb von der Universität Hannover, wonach es unter dem Einfluss von Magnet- oder Hochfrequenzfeldern, die vom Mobilfunkanlagen ausgehen, zu Schäden am menschlichen Erbgut kommen könne. (tre)

http://www.rhein-main.net/sixcms/list.php?page=fnp2_news_article&id=1454831

Abschaltung einer e-plus Sendeanlage in Kassel –
Aufruf von Stillelegungen...

Hallo Manu,

noch einen Fall für die bekannte Erhebung der Umfrage:

Der Mobilfunkbetreiber e-plus muss bis Mai 2004 die Sendeanlage auf der Bäckerei Silber in Kassel - Brasselsberg aufgrund eines massiven Widerstandes der dortigen Bürgerinitiative abschalten. Dies wurde durch richterlichen Beschluss, nicht zuletzt auch durch Klage des Bäckermeisters Silber gegen den Betreiber, auf dessen Haus der Sender installiert ist, erwirkt.

(S. auch hierzu anhängende Pressemitteilung in der HNA vom 16-03-02). Omega: siehe unter www.buergerwelle.de/pdf/baecker_holt_antenne_vom_dach.pdf

Die Vertragslaufzeit war auf 20 Jahre ausgelegt und wird nunmehr nach vier Jahren beendet sein.

Die näheren Einzelheiten sind mir leider durch einen seinerzeitigen Computerdefekt verloren gegangen.

Nähere Auskünfte können sofern erforderlich bei: *Tilman Evers Dr., Kassel*,
E-Mail-Adresse: tilman.evers@web.de

abgerufen werden.

M.f.G.

Nachricht von Manu Knapp

Angst und Elektrosmog

Dieses Thema kann man auch von einer anderen Seite aus betrachten.

Nach meinen Beobachtungen kann E-Smog (hier beobachtet an DECT-Bestrahlung) selbst in die psychische Regulation einwirken. Die Verstärkung von bisher sublimen oder schon manifesten Angstgefühlen, ihre Neuentstehung, sowie die Art ihrer Verarbeitung bzw. Kompensation kann auf den Einfluss von EMF zurückzuführen sein.

Angstgefühle können auch als eine Warnreaktion auf ein mental nicht identifiziertes/ identifizierbares Signal körperlicher Deregulation sein. Bekannt ist dies von Herzkrankheiten.

Zu meinen konkreten Beobachtungen:

Mehrere Personen, Kinder und Erwachsene, am selben und an verschiedenen Orten zeigten auffälliges Abklingen bis Verschwinden von Angstanfällen, Angstgefühlen oder auf solchen gründenden Verhaltensauffälligkeiten nach dem Ende einer HF-Exposition. Aggressive Gereiztheit und/oder Panik in Bezug auf Bagatellen (sich in etwas hineinsteigern/Hysterie), bodenlose Frustration und Resignation etc. ohne ersichtlichen und/oder verhältnismäßigen Anlass kann ich als Beispiele von Symptomen nennen, die mit dem Abschalten von DECT-Anlagen verschwanden.

In einigen Fällen hatten die betreffenden Personen zuvor (z.T. vehement) abgelehnt, diese Symptome mit ihrer EMF-Exposition in Verbindung zu sehen. In anderen Fällen war ihnen die Abschaltung gar nicht bekannt bzw. sie konnten die Verbindung damit nicht bewusst herstellen (Kleinkinder).

Theoretisch nicht von vorne herein auszuschließen ist auch die Möglichkeit, dass Menschen mit anderer Reaktionslage eine Befeldung eher wie eine Anregung, eine Art Reizklimatisierung verarbeiten. So scheinen viele Menschen auf DECT u.ä. nicht zu reagieren.

Aus anderen Bereichen sind beispielsweise die unterschiedlichen Reaktionstypen nach Dr. Curry bekannt. Sie sind durch gegenläufige Verarbeitung der selben Reize, z.B. der Wetterlage, charakterisiert.

Gerade die Wetterfähigkeit ist eine der Spürfähigkeit von EMF verwandte Erscheinung (Spherics), sie kann sogar selbst damit erklärt werden. Der mögliche Umschwung der persönlichen Stimmungslage ist hier gut beobachtbar. Hier ist Volksgut und wissenschaftlich bewiesen, dass eben auch Bezüge zu der Regulation von Gefühlen da sind.

Darüber hinaus sind die Wirkungen von Spherics auf die physikalische Dynamik von Sol-Gel-Prozessen z.B. in der Drucktechnik bekannt. Ähnliche Einflüsse sind demnach für bio-physikalische Prozesse im Körper von Lebewesen nicht auszuschließen - einschließlich der physischen Strukturen/Fundamente des Gefühlslebens. Doch hier stellt sich die Frage, nach sinnvoller Erster Hilfe auf einem größtenteils verleugneten Schlachtfeld.

Mein geringer Beitrag dazu auf dieser Liste kann bisher - leider- nur sein, mit meinen Erfahrungen, Ideen, Fragen und Ratlosigkeit an einem tolerant geführten Diskurs teilzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Helmut Breunig

<http://de.groups.yahoo.com/group/elektrosmog-liste/message/3332>

Mannesmann: Der größte Wirtschaftskrimi der Nachkriegszeit

Muss der Steuerzahler den Prozess gegen die Bosse zahlen?

Bild.de 21.01.2004

Von S. ERNST u. J. W. SCHÄFER

Düsseldorf – Es geht um den größten Wirtschaftskrimi der deutschen Nachkriegsgeschichte!

Heute beginnt vor dem Landgericht Düsseldorf der Untreue-Prozess gegen frühere Manager und Aufsichtsrats-Bosse der Industrie-Legende Mannesmann.

Die wichtigsten Fragen:

Worum geht es eigentlich?

Im Jahr 2000 schluckte der britische Mobilfunk-Gigant Vodafone nach harter Abwehrschlacht die Traditionsfirma Mannesmann. Als der Kampf verloren war, kassierte die Führungsriege des Stahlkonzerns schnell noch 111,5 Millionen Mark „Anerkennungsprämien“ und Pensionsabfindungen – alles zu Lasten der Aktionäre!

Hintergründe

Wie schamlos sind diese Bosse?

Mannesmann-Skandal: Anklage gegen Zwickel und Deutsche-Bank-Chef

Am meisten sahnte Vorstandschef Klaus Esser (heute 56) ab, der mit insgesamt rund 60 Millionen Mark den bundesweit teuersten „goldenen Handschlag“ aller Zeiten bekam.

Wer ist angeklagt?

Die früheren Mannesmann-Aufsichtsräte Josef Ackermann (heute 55 und Chef der Deutschen Bank), Ex-IG-Metall-Chef Klaus Zwickel (64) und Joachim Funk (69) sowie Jürgen Ladberg (57). Ihnen wird „Untreue in besonders schwerem Fall“ vorgeworfen, weil sie die Sonderzahlungen abnickten.

Untreu ist laut Gesetz, wer seine „Befugnis, über fremdes Vermögen zu verfügen, missbraucht“.

Esser selbst und sein ehemaliger Mitarbeiter Dietmar Droste sind wegen Beihilfe zur Untreue angeklagt.

Wie lange dauert der Prozess?

Wahrscheinlich bis Juli, zunächst sind 40 Verhandlungstage angesetzt. Danach kann es zur Revision beim Oberlandesgericht und danach beim Bundesgerichtshof kommen.

Welche Strafen drohen?

Bei Ackermann, Zwickel, Funk und Ladberg nach § 266 Strafgesetzbuch bis zu zehn Jahre Haft, bei Esser und Droste maximal siebeneinhalb Jahre. Freiheitsstrafen sind aber unwahrscheinlich, weil alle Angeklagten nicht vorbestraft sind. Rechtsanwalt Harald Petersen von der Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre schließt nicht aus, dass „das Verfahren gegen Zahlung von Geldbußen in Millionenhöhe eingestellt wird.“

Wer trägt die Prozesskosten, wenn die Staatsanwaltschaft den Prozess verliert?

Die Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen! Gerichts-Experten rechnen mit Ausgaben von mindestens einer halben Million Euro für Honorare und Reisekosten von Verteidigern, Schöffen, Dolmetschern und Zeugen.

Wieso leitet eine Ex-Jugendrichterin den größten Wirtschaftsprozess der Nachkriegszeit?

Die 52-jährige Brigitte Koppenhöfer ist als Chefin der 14. Wirtschaftsstrafkammer für den Buchstaben „F“ zuständig – Joachim Funk steht als ältester Angeklagter ganz oben auf der Liste.

http://www.bild.t-online.de/BTO/news/2004/01/21/mannesmann/mannesmann_prozessbeginn_bosse_knast.html

© 2004 Bild.T-Online.de

Bürgerentscheid über Mobilfunkmast

Merkur Online 21.01.2004

1814 Unterschriften setzen Anliegen durch

Unterschleißheim (bw) - Ende März werden die Unterschleißheimer über die zukünftige Politik in Sachen Mobilfunk in der Stadt abstimmen. Der Bürgerentscheid, mit dem Ziel, Funkmasten aus Wohngebieten zu verbannen, ist für Sonntag, 28. März, angesetzt. Der Stadtrat hat zugestimmt, nachdem die Initiatoren des vorausgehenden Bürgerbegehrens 1814 gültige Unterschriften gesammelt hatten. Der Abstimmung zum Bürgerentscheid ging eine scharfe Diskussion voraus. Besonders in der Kritik: die Freien Bürger (FB), die das Bürgerbegehren gemeinsam mit Anwohnern aus Hollern-Süd auf den Weg gebracht hatten.

335 Unterschriften mehr als die nötigen 1478 sind zusammen gekommen. Ein Erfolg für die Initiatoren, die jetzt voll Hoffnung dem Bürgerentscheid entgegen sehen. Sollte auch er in ihrem Sinne entschieden werden, wird die Stadt ihre Politik in Sachen Mobilfunkmasten grundlegend ändern müssen. Die so genannte Positivplanung, wonach die Mobilfunkbetreiber ihre Masten erst nach Rücksprache mit Stadt und TÜV aufstellen, wird es dann nicht mehr geben.

Bürgermeister Rolf Zeitler (CSU) sieht dem Bürgerentscheid gelassen entgegen. **Wenn der Bürger es so wolle, sei daran nichts zu rütteln.** Gleichzeitig sagte er aber auch, dass es nun wichtig sei, darüber zu informieren, welche Folgen ein erfolgreicher Entscheid haben wird und auf welche Art er zustande gekommen ist. "Dass der Stadtrat hier verunglimpft wird", steht für den Bürgermeister außer Zweifel. Adressat seines Vorwurfs sind die Freien Bürger.

Dass sich die Gruppierung um ihren Vorsitzenden und Stadtrat Martin Reichart populistisch in Szene gesetzt und das Bürgerbegehren zum eigenen PR-Zweck unterstützt, steht auch für die übrigen Fraktionen außer Frage. So meinte Alfons Wommelsdorf (SPD), die FB unterstelle "allen anderen, nicht richtig zu handeln". Und seine Kollegin Sonja Lehnert verwies auf zahlreiche eigene Anträge und Nachfragen zum Thema "Mobilfunk" in den vergangenen Jahren. "Die Sorge um die Gesundheit der Bürger" sei keineswegs alleiniges Anliegen der FB, sagte Lehnert, auch wenn die Gruppierung dies so darzustellen versuche.

Reichart und Elsa Philipp wehrten sich gegen den Vorwurf des Populismus. Da es die Stadt bis zum Schluss abgelehnt habe, eine 3D-Planung in Auftrag zu geben, sei ihnen nichts anderes übrig geblieben, als "die Notbremse zu ziehen", sagte Martin Reichart.

mm

<http://www.merkur-online.de/regionen/muenchennord/50,232262.html?fCMS=6702fdd0335b6786af16fbb6d7877aea>

Mind Control - Angriff auf die Freiheit

von Dipl.-Psych. Heiner Gehring

Seit mehr als einem Jahrhundert werden in verschiedenen Wissenschaften, insbesondere in der Psychologie, Methoden entwickelt, um Verhalten, Denken oder Empfindungen von Menschen zu beeinflussen und zu steuern. Die Gesamtheit dieser Methoden und ihre Anwendung wird als Mind Control bezeichnet. Mind Control ist ein Angriff auf die Freiheit der Menschen. Die Methoden zur Einschränkung der Freiheit unterscheiden sich je nachdem, was gesteuert und welcher Personenkreis Opfer werden soll: Propaganda, unterschwellige Beeinflussung, Schlaf- oder Reizentzug, Drogen, Gehirnwäsche, Implantate oder elektromagnetische Wellen. In vielen Ländern dieser Erde, Deutschland mit eingeschlossen, wird seit den 50er Jahren teils in militärischen, teils in zivilen, Forschungseinrichtungen und Forschungsprogrammen an der Verfeinerung der Mind Control gearbeitet.

Omega: siehe weiter unter:

http://www.buergerwelle.de/pdf/mind_control_angriff_auf_freiheit.pdf

19.01.2004

„Sparen auch an der Spitze“

ÖDP plant Volksbegehren gegen Politiker-Privilegien

Germering - Die bayerische ÖDP bereitet ein Volksbegehren gegen Politiker-Privilegien vor. Wie nach einer zweitägigen Klausurtagung der Partei in Germering bekannt wurde, will die ÖDP mit der Initiative „Gerecht sparen, auch an der Spitze“ die Vorrechte der Landtagsabgeordneten streichen, beitragsfreie und „überzogene“ Politikerpensionen abschaffen und Aufsichtsratsposten für Abgeordnete verbieten. **Außerdem erarbeitete der ÖDP-Landesvorstand in Germering ein weiteres Volksbegehren: Die Initiative „Für Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk“ fordert die Aufhebung der Genehmigungsfreiheit für Mobilfunkanlagen.** *ddp*

<http://www.sueddeutsche.de/sz/landkreise/ffb/118VQ016/> (Auszug)

Sendeanlagen nicht gebaut oder stillgelegt ?

Liebe Freunde,

vereinzelt hört man von Fällen, wo durch den massiven Protest der Bevölkerung - mit oder ohne gerichtlicher Klage - Sendeanlagen nicht gebaut oder stillgelegt wurden. Wie wir alle wissen, werden diese Fälle sehr "diskret" behandelt und entziehen sich daher unser aller Kenntnis.

Da der dringende Verdacht besteht, dass es sich hier nicht um- wie immer behauptet - "Einzelfälle" handelt, sondern es sich um eine erhebliche Anzahl dreht, bitten wir um Euere Mithilfe.

**Wer kann einen solchen Fall detailliert beschreiben und besitzt gesicherte Kenntnisse darüber?
Antwort erbeten unter KMNKnapp@aol.com**

Im Auftrag der Bürgerinitiative Bad Tölz

Manu Knapp

DSL und UTMS schon jetzt veraltet

WinPower.info - 17. Jan. 2004

Neue schnelle und bessere Billig-Funktechnik lässt Telekommunikationsanbieter im Regen stehen.

Firmen wie Intel, Nokia, Redline, Alvarion und Airspan haben WLAN weiterentwickelt und arbeiten an der Einführung erster Produkte für den neuen Standard Wimax IEEE 802.16. Mit Wimax können bis zu 70 Millionen Zeichen pro Sekunde übertragen werden - daneben sehen auch die herkömmlichen DSL-Anschlüsse recht blass aus. Es ist ungefähr 1 300 mal so schnell wie die gebräuchlichste Handy-Datentechnik GPRS, die derzeit Spitzenwerte von 53,6 kBit/s erlaubt.

Über einen Sender sollen "hunderte Privathaushalte" mit schnellen Internetanschlüssen versorgt werden können. Auch die faktisch noch immer vorhandenen Monopole auf Ortsnetzanschlüsse bei den europäischen Ex-Monoplisten könnten nun mit billiger Funktechnik umgangen werden. Nun drohen günstige Wimax-Funkbrücken die dicken Überlandkabel vieler Netze zu ersetzen. Konzerne wie die Deutsche Telekom oder France Télécom müssen deshalb mit neuer Konkurrenz auf den Märkten für DSL und Internet rechnen. Das gleiche gilt auch für den Mobilfunk-Bereich. So wie heute schon das "Überall-Fernsehen" mit kleinen Antennen eingeführt wird, wird es bald auch nur noch ein "Überall-Telefon" geben.

Autor: Redaktion WinPower.info [17.01.2004 20:20:57]

http://www.winpower.info/index.php?linkid=link_artikel_view&newsId=138&ref=nt

Telefonkonzernen droht neues Debakel

1701 Wirtschaft - ARD Text: Teletext im Ersten Tafel 703 vom 17.01.04

Nach dem UMTS-Desaster droht den Telefonkonzernen offenbar ein neues Milliardendebakel.

Die Billig-Funktechnik Wimax dürfte schon bald viele Netze überflüssig machen und neuen Anbietern von Festnetz- und Mobilfunkleistungen den Weg ebnen, berichtet die "Berliner Zeitung".

"Die erste Generation von Wimax wird in der zweiten Hälfte 2004 auf dem Markt sein", sagte der Kommunikations- und Netzwerk-Experte des Computerchip-Herstellers Intel, Gerhard Lesch, dem Blatt.

Dazu auch:

Telefonkonzernen droht neues Milliardendebakel

Nach dem Desaster mit der Multimedia-Mobilfunk-Technologie UMTS droht den Telefonkonzernen ein neues Milliardendebakel: Die Billig-Funktechnik Wimax dürfte schon bald viele Netze überflüssig machen und neuen Anbietern von Festnetz- und Mobilfunk-Leistungen den Weg ebnen. "Die erste Generation von Wimax wird in der zweiten Hälfte 2004 auf dem Markt sein", sagte der Kommunikations- und Netzwerk-Experte des Computer-Chip-Herstellers Intel, Gerhard Lesch, der 'Berliner Zeitung' (Sonnabendausgabe).

Bei Wimax handelt es sich um eine Fortentwicklung der Mini-Mobilfunktechnik Wireless LAN. Firmen wie Intel, Nokia, Redline, Alvarion und Airspan arbeiten derzeit fieberhaft an der Einführung erster Wimax-Geräte und -Produkte. Während WLAN-Sender jedoch maximal 300 Meter weit empfangbar sind, erlaubt Wimax die Übertragung über deutlich größere Entfernungen. **"Wir erreichen mit Wimax 50 Kilometer Reichweite"**, sagte Intel-Experte Lesch der "Berliner Zeitung".

Die Übertragungsgeschwindigkeit ist mit bis zu 70 Millionen Zeichen pro Sekunde 23 mal höher wie die der schnellsten DSL-Anschlüsse im Telekom-Festnetz oder sogar mehr als 1 300 mal so schnell wie es die gebräuchlichste Handy-Datentechnik GPRS erlaubt. Das Versenden beispielsweise einer 70 Megabyte großen Datei benötigt per Wimax rein rechnerisch nur acht Sekunden. Per GPRS dauert der gleiche Vorgang drei Stunden.

Zwar benötigt die Technologie größere Sender wie WLAN. Aber diese so genannten Basisstationen sind deutlich kleiner als jene herkömmlicher Handy-Netze - und vor allem viel billiger: Nur 10 000 US-Dollar (7 900 Euro), schätzen Experten, werden Wimax-Basisstationen kosten. Über einen Sender ließen sich "hunderte Privathaushalte" mit schnellen Internetanschlüssen versorgen, sagte Lesch.

Da die Endgeräte anfangs noch vergleichsweise groß sein werden, dürfte Wimax zuerst das Festnetz-Geschäft revolutionieren: **Die de facto Monopole auf Ortsnetze von Europas einstigen staatlichen Telefongesellschaften könnten so bald mit billiger Technik umgangen werden;** andererseits können Wimax-Funkbrücken auch die dicken Überlandkabel vieler Netze ersetzen. **Konzerne wie die Deutsche Telekom oder France Télécom müssen deshalb mit neuer Billig-Konkurrenz auf den Märkten für DSL und Internet rechnen. Ähnliches droht im Mobilfunk.** Bei Intel wird ein Mikroprozessor-Chip geplant, der es erlaubt, Wimax in tragbare Computer zu integrieren. Vorbild dafür ist die Centrino-Technologie, mit der Intel bereits erfolgreich ein WLAN-Modul für Notebooks eingeführt hat. (ck)

[Samstag, 17.01.2004, 09:28]

<http://de.internet.com/?id=2025815§ion=Tech-News>

Nachricht von Peter Wüsthoff

Hemmschwelle überwinden

Sehr geehrte Damen und Herren,

„**Grenzenlos flexibel – Die Würde des Menschen ist antastbar**“, war das Thema des Vortrags von Herrn Dr. Edwin Schudlich im Film-Forum Frankfurt Höchst. Der Vortrag folgte im Anschluss an den englischen Film „Navigators“ von Ken Loach (GB 2001) über die Privatisierung der „British Rail“. Der Film handelte von der Arbeiterklasse (hier Bahnarbeiter) und ihre Lebenswelt im neoliberalen Großbritannien der 90er Jahre. Durchleuchtet wurden die Vor- und Nachteile der Arbeitsverhältnisse aufgrund dieser plötzlichen Privatisierung mit der Folge: Entlassungen, Arbeitslosigkeit, Jobvermittlung, familiäre Problemen, letztendlich bis hin zum notgedrungenen moralischen Verfall der menschlichen Werte.

Die Veranstaltung war in Zusammenarbeit mit attac Frankfurt/Main und Arbeit und Leben (VHS/DGB). Vor der Veranstaltung hatte ich bereits Gelegenheit, aus verschiedenen attac Prospekten deren Interessen entnehmen zu können: u.a. WTO und Privatisierung: Vorsicht gesundheitsschädlich!, Hände weg von unserer Nahrung“, Stopp Steuerflucht!, Genug für alle: Globalisierung und Sozialabbau. **Vermisst habe ich das Thema „Mobilfunk“.** Nun, nach dem Vortrag wurde zur Diskussion eingeladen. Die Hemmschwelle der Anwesenden musste wie so oft erst gebrochen werden.

Also meldete ich mich zu Wort und regte den Gedanken an, wie z.B. Sozialabbau in einem großen Industriezweig vermieden werden könne, wenn die Regierung tatsächlich bekennen würde, dass Mobilfunk, wie aus vielen Studien zu entnehmen ist, gesundheitsschädlich sei! Ein wirtschaftlicher Zusammenbruch Deutschlands und dem Rest der Welt? - Nun war das Eis war gebrochen! Ich konnte noch eine Weile das Thema Mobilfunk vertiefen, bevor auch andere Aspekte bezüglich politischer und wirtschaftlicher Lage Deutschlands noch ausreichend diskutiert wurden. Die Medien wurden kritisiert wegen mangelnder praktizierender Pressefreiheit! Wichtig sei jedoch, dass immer wieder Menschen und Organisationen nicht passiv den Geschehnissen in dieser Gesellschaft gegenüber stehen, sondern Öffentlichkeitsarbeit leisten. Allumfassende Lösungsvorschläge konnte leider niemand unterbreiten, aber wichtig sei das Erkennen der Probleme, dem Veränderungen folgen müssen!

Es kamen keine Buh-Rufe bei dem Thema Mobilfunk, sondern ich hatte eher das Gefühl, dass wie ich auch erwähnte die Menschen offiziell nicht ausreichend darüber informiert werden. Ich verwies u.a. auf die vorweihnachtliche Stellungnahme/Pressemitteilung des BfS bezüglich Handy-

Vorsorgemaßnahmen insbesondere für Kinder und Jugendliche. Wir alle sollten solche Gelegenheiten nutzen, bei irgendwelchen Diskussionsveranstaltungen das heikle Thema anzuschneiden. Nur so erreichen wir die breite Masse, denn den Medien sind ja leider noch die Hände gebunden! Freundlich angelächelt :-)) wurde ich am Ende der Veranstaltung von einem Herrn in meiner Sitzreihe. Sicher wird er über Mobilfunk noch einmal nachdenken – ich sah ihn vor der Veranstaltung im Kinosaal mit seinem Handy telefonieren!

Aufgrund meiner diversen Korrespondenz mit der hiesigen Presse, hat es fast den Anschein, als ob ich mit ihr auf „Kriegsfuß“ stehen würde! In einem meiner letzten Schreiben habe ich deshalb abschließend folgende Zitate aufgeführt, die ich heute auch Ihnen gerne zum Nachdenken übermittele:

1. *Der Tor hält Warnung für Feindschaft. (Koran)*
2. *Wer die Gefahr verheimlicht, ist ein Feind. (Herzog), (Goethe, die natürliche Tochter I,6).*

Mit freundlichen Grüßen

Marianne Kirst, 17.01.2004

CITY NEWS DRESDEN

Schlaflos in Naußlitz

Seit gut einer Woche wacht Christa Freitag immer häufiger mitten in der Nacht auf und kann nicht mehr einschlafen. Ähnlich geht es in Naußlitz auch der sechsköpfigen Nachbarsfamilie Kind. "Wir schieben diese plötzlichen Schlafstörungen und die Appetitlosigkeit der Kinder auf die UMTS-Mobilfunk-Basistation auf dem Wohnhaus auf der Alfred-Thiele-Straße 36b", erklärt Olaf Kind. Mitte November pflanzte T-Mobile den Mast aufs Dach. Einen Monat später ging er in Betrieb. Das wollen die Naußlitzer nicht hinnehmen und verlangen mit 83 Unterschriften: Das Teil muss weg! "Das Bauaufsichtsamt gab das Bürgerbegehren inzwischen an das Stadtplanungsamt und den Denkmalschutz weiter", bestätigte der Dresdner Rathaus-Sprecher Karl Schuricht gestern auf DNN-Anfrage.

Die frustrierten Anwohner wollten wissen, wie in einer denkmalgeschützten Siedlung solch eine meterhohe Anlage samt brummendem Kühlaggregat errichtet werden kann und gründeten eine Bürgerinitiative. Eine erste Antwort gab der Cottaer Ortsamtsleiter Edmund Seifert. Von der Bauaufsicht des Ortsamtes habe der Funknetzbetreiber bereits Anfang September die Baugenehmigung erhalten. "Zuvor soll von der Regulierungsbehörde grünes Licht für den Bau der Mobilfunksendeanlage gegeben worden sein", hat Olaf Kind, der Sprecher der Bürgerinitiative, erfahren. **Ortsamtsleiter Seifert riet den Betroffenen nun, einzeln mit Widersprüchen gegen den Entscheid vorzugehen.**

Die Station sei an dieser Stelle nötig, um das UMTS-Netz aufzubauen. begründet Pressesprecher Georg v. Wagner von T-Mobile den Bau. Der Denkmalschutz sei nicht Sache seines Unternehmens. "Die Baugenehmigung liegt vor, die Anlage ist seit 16. Dezember im Probetrieb." Dass die Anwohner über Kopfschmerzen und Schlaflosigkeit klagen ist ihm völlig unverständlich, die von der Bürgerinitiative ins Feld geführte elektromagnetische Strahlung sei nicht relevant. "Wir unterschreiten die von der Weltgesundheitsorganisation geforderten Werte für UMTS bei 2,1 Gigahertz mit 61 Volt pro Meter um das Hundertfache", betont v. Wagner. In der Tat gibt es kaum wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse über die Folgen selbst niedrigster Strahlung. Eine in Bayern beauftragte Handy-Studie wurde aus Kostengründen auf Eis gelegt.

Ob Gutachten oder nicht, für die Naußlitzer steht fest: "Beschwerden wie Schlaflosigkeit, Herzrasen und Kopfschmerz hatten wir vorher nicht", gibt sich Christine Kind nicht geschlagen.

Kerstin Ardelt

letzte Aktualisierung von 06.01.2004

<http://www.dnn-online.de/dnn-heute/42456.html>

Nachricht von Andreas Rostin, Dipl. Ing (FH) Elektrotechnik

Kayhude: Funkmast wird vorerst nicht gebaut

Kayhude - Fast 100 Kayhuder kamen zur Einwohnerversammlung am Dienstagabend, um den Bau eines etwa 50 Meter hohen Funkmasten des Mobilfunkanbieters E-Plus zu diskutieren. **Am Ende sprachen sich die Einwohner einstimmig gegen den Bau des Mastes auf einem 2500 Quadratmeter großen Grundstück an der Straße Zu den Zellen aus. "Viele in Kayhude haben Angst vor der Strahlung dieser Masten. In einem Vortrag versuchte ein Mitarbeiter von E-Plus diese Ängste zu zerstreuen - doch das gelang nicht", sagte Kayhudes ehemaliger Bürgermeister Ludwig Rothenberg (72) nach der Versammlung.**

Kayhudes Bürgermeister Bernhard Dwenger (54) wies darauf hin, dass E-Plus den Bau des Masten rein rechtlich auch über die Entscheidung der Gemeindeversammlung hinweg planen kann. "Die Bürger sind sich im Klaren darüber, dass der Mast nicht gänzlich verhindert werden kann", sagt Rothenberg. Doch bei der Wahl des Standortes wollen sie mitreden. E-Plus könnte das Vorhaben auch auf dem Grundstück eines Privatmannes umsetzen. Die Gemeinde wurde deswegen aufgefordert, einen alternativen Standort für den Mast zu finden. "Es gibt gemeindeeigene Grundstücke, die günstiger liegen. Die Einnahmen von der Verpachtung bleiben dann auch bei der Gemeinde und nicht bei einem Privatmann", sagt Rothenberg. Falls ein neues Grundstück gefunden wird, wollen die Einwohner bei einer erneuten Versammlung informiert werden. *abm*

erschieden am 15. Jan 2004 in Norderstedt

<http://www.abendblatt.de/daten/2004/01/15/251214.html>

Sender im Kirchturm soll raus aus der Stadt

Bürgerforum kontra Kirchengemeinde / Ausführlicher Vortrag zum Thema "Elektrosmog"

Von unserem Redaktionsmitglied Sascha Bickel

Weikersheim. **In Weikersheim regt sich Widerstand. Widerstand gegen eine Mobilfunksendeanlage im Turm der evangelischen Stadtkirche St. Georg, die dort bereits seit über vier Jahren betrieben wird.**

Seit einigen Monaten gibt es nun ein Bürgerforum dazu, dass am Montagabend erstmals an die breite Öffentlichkeit trat und einen Vortrag zum Thema "Elektro-smog" organisierte. Der Einladung in die Stadthalle folgten rund 100 Interessierte.

Die treibenden Kräfte des Bürgerforums sind Stadtrat Alfred Sailer, Werner Amon und Rainer Adelman. Sie sehen ihr Forum als lose Vereinigung, die entstanden ist, weil "wir", so Sailer, "von immer mehr Klagen von Einwohnern der Stadt über die negativen Auswirkungen der elektromagnetischen Strahlung verursacht durch die Sendeanlage erfahren haben". Einleitend kritisierte Stadtrat Sailer, dass nach selbst angestellten Messungen die Grenzwerte der zulässigen Strahlung rund um die Kirche überschritten seien und daraus "Gesundheitsschäden bei Bürgern" - so der Vorwurf des Gemeinderatsmitgliedes - resultierten.

"Von mir bekommen Sie heute Informationen, die die Betreiber von Mobilfunksendeanlagen nur ungern weitergeben, die aber alle schon in irgendeiner Form veröffentlicht wurden", führte Pfarrer Martin Engelbrecht aus Flomborn in Hessen in seinen überlangen, fast dreistündigen Vortrag ein. Aber er sollte Recht behalten. Denn das was der Umweltsachverständige des evangelischen Dekanats Alzey vorzubringen hatte, klang keineswegs erfreulich für die Mobilfunkkonzerne.

Pfarrer Engelbrecht beschäftigt sich seit über vier Jahren intensiv mit elektromagnetischer Strahlung und gehört der Bürgerwelle an, dem Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor "Elektrosmog". Er ist ein klarer Gegner von niederfrequent gepulster Hochfrequenz (GSM-System), die zur umfangreicheren Datenübermittlung beim Mobilfunk eingesetzt wird, seiner Meinung nach aber äußerst gesundheitsschädlich ist.

Von inzwischen weit über 5000 Studien zum Thema "Elektromagnetische Strahlung", 1300 Bürgerinitiativen gegen Mobilfunksendemasten und weit über 40 000 schon bundesweit aufgestellter Anlagen - wie der in der Weikersheimer Stadtkirche - sprach Pfarrer Engelbrecht. Mit UMTS würden noch mehr Sender benötigt, prophezeite der Referent und meinte in Bezug auf die Studien, dass diese sich vielfach widersprechen würden. Als Grund hatte er dafür ausgemacht, dass die Industrie natürlich Gutachten in Auftrag gebe und positive

Ergebnisse erwarte. Trotzdem hätten mittlerweile viele Studien gezeigt, dass die Gesundheit des Menschen in Mitleidenschaft gezogen wird.

"Es gibt keine Langzeituntersuchungen zum gegenwärtig beim Mobilfunk verwendeten GSM-System und auch nicht zum ebenfalls gepulsten UMTS-System", erinnerte der Referent. "Unter solchen Rahmenbedingungen würde ein Medikament niemals eine Zulassung zum öffentlichen Verkauf bekommen." Welche Schäden die Millionen von Handy-Nutzern aber auf Dauer davontragen, interessiere dagegen wohl nicht. Jedes Medikament habe auch einen Beipackzettel mit Risiken und Nebenwirkungen, so etwas gebe es beim Handy nicht!

Unzählige Folien mit Zeitungsberichten der vergangenen Jahre und mehr als 20 Videosequenzen aus (Polit-)Magazinen und Wissenschaftssendungen ließ Pfarrer Engelbrecht in seinem Vortrag für sich sprechen - stets mit ähnlichem Ergebnis: Politiker, Forscher, Behörden und Industrie wissen von den gesundheitlichen Gefahren durch elektromagnetische Strahlung - und das seit Jahren. Die Grenzwerte wurden vielfach als zu hoch moniert, auch von der Bundesärztekammer.

Engelbrecht plädiert grundsätzlich für Sendemasten außerhalb von geschlossenen Ortschaften, da dann von der Strahlung der Anlage keine Anwohner direkt betroffen wären und im Falle eines Telefonats vom Marktplatz aus, eben nur der Handy-Nutzer die geballte Strahlung abbekomme und der könne es sich ja aussuchen, ob er mobil telefonieren wolle.

Als wichtigen Aspekt für Grundstückseigentümer führte der Pfarrer an, dass jeder der einen Sendemast auf seinem Haus zulässt, später persönlich für daraus resultierende Folgeschäden laut Bürgerlichem Gesetzbuch haftbar gemacht werden könnte. Und auch der Wertverlust von Immobilien, die im direkten Umfeld einer Mobilfunksendeanlage sind, sei mittlerweile vom Ring Deutscher Makler bestätigt.

"Der Mensch selber ist eine Antenne, die Schwingungen aufnimmt", so Engelbrecht, der nicht nur wiederkehrendes Kopfweh und regelmäßige Übelkeit, sondern auch Krebserkrankungen auf elektromagnetische Strahleneinwirkung zurückführt. Grundsätzlich verteufelte der Pfarrer schnurlose Telefone und Mikrowellen. In einem kleinen Versuch zeigte der Referent mittels eines Messgerätes wie stark die Werte steigen würden, wenn die Mikrowelle eingeschaltet oder das Telefon nach DECT-Standard lediglich ans Stromnetz angeschlossen werde.

Der Laie war am Ende des Vortrages erst einmal von der Vielzahl an (Fach-)Informationen "erschlagen", aber sicherlich auch nachdenklich geworden, so dass es nicht verwunderte, dass eine größere Diskussion nicht mehr stattfand. Von einem Bürger wurde außerdem kritisiert, dass die Gegenseite nicht auch gehört wurde.

Wer mit dem Weikersheimer Bürgerforum Kontakt aufnehmen will, kann dies über Stadtrat Alfred Sailer oder per E-Mail an "werneramon@web.de" machen.

©Fränkische Nachrichten – 15.01.2004

http://www.fnweb.de/lokales/me/rundschau/20040115_F0D0924000_01404.html

"Mobilfunkbetreiber sagt uns, die Anlage läuft einwandfrei"

Evangelische Kirchengemeinde nimmt Stellung zur Sendeanlage

Weikersheim. "Wir möchten nicht, dass jemand Schaden nimmt", sagte gestern der evangelische Dekan Ulrich Bernecker den Fränkischen Nachrichten auf die Frage wie er zu der Mobilfunksendeanlage im Kirchturm seines Gotteshauses steht. "Wenn sich herausstellen sollte", so Bernecker weiter, "dass der Turm der Stadtkirche St. Georg nicht der optimale Standort für die Anlage ist, dann werden wir auf Veränderungen drängen".

Dekan Bernecker schränkt jedoch ein, dass es einen gültigen Vertrag mit dem Mobilfunkbetreiber Vodafone gebe, der eigentlich nur gekündigt werden könne, wenn Gesundheitsschäden durch die Sendeanlage nachgewiesen würden - wobei dies sicherlich nicht einfach sei. Auf die lautgewordene Kritik hin, habe der Kirchengemeinderat kürzlich beschlossen, sagte Bernecker den FN, wie folgt zu reagieren: Erstens sei man mit der Bitte an die Stadt herangetreten, dass diese sich Gedanken macht, wie viel Mobilfunk Weikersheim braucht und wo geeignete Standorte für Sendeanlagen - auch im Hinblick auf den kommenden Mobilfunkstandard UMTS - sind. Zweitens habe der

Kirchengemeinderat mit Vodafone Kontakt aufgenommen. Das Unternehmen habe zugesagt, einen Gutachter mit aktuellen Messungen der elektromagnetischen Strahlung in Weikersheim im Beisein eines Vertreters der Stadt und anderer, zu beauftragen. "Dadurch hoffen wir an objektive Zahlen im Bezug auf die behauptete Überschreitung der Grenzwerte zu kommen und wollen dann über das weitere Vorgehen beraten", so der Dekan abschließend.

Ausführlich Stellung zum Thema "Sendeanlage im Kirchturm" nahm Monika Birkhold, die Vorsitzende des evangelischen Kirchengemeinderates. Seit zwei Jahren hat sie das Amt inne, war aber bereits vor über vier Jahren an der Diskussion im Kirchengremium um die Sendeanlage beteiligt.

1999 trat die Firma D2 Mannesmann (heute Vodafone) an die Kirchengemeinde heran und wollte, so erzählt Birkhold, eine Mobilfunksendeanlage im Turm der Stadtkirche unterbringen. Der Kirchengemeinderat habe dies kontrovers diskutiert und sich auch mit dem Thema Gesundheitsgefährdung beschäftigt. Nachdem der Umweltexperte der Landeskirche "keine Bedenken nach derzeitigen, wissenschaftlichen Erkenntnissen" gegen die Anlage geäußert habe, habe der Kirchengemeinderat einem Vertragsabschluss mit Vodafone mit einer Laufzeit von 20 Jahren zugestimmt. Die Mieteinnahmen decken unter anderem laut Birkhold einen erheblichen Teil der Heizkosten für die Kirche ab und seien natürlich willkommen, da sie den finanziellen Handlungsspielraum der Kirchengemeinde erweitern würden.

Damals habe man außerdem gedacht, sagt Monika Birkhold, dass der hohe Kirchturm ein besserer Standort wäre, als wenn ein Privatmann die Mobilfunkanlage auf seinem Dach hätte installieren lassen. "Wir waren davon überzeugt, dass der Turm einer der besten Standorte innerhalb Weikersheims sein müsste."

"Berechtigterweise müssen wir uns heute den Vorwurf gefallen lassen", bestätigt Birkhold, "das wir damals nur unsere Kirchenmitglieder über die Sendeanlage informiert haben, jedoch viele katholische Mitbürger in der Innenstadt erstmal nichts wussten". Zunehmend Kritik wurde aber trotzdem, so die Kirchengemeinde-Vorsitzende, erst in den vergangenen Monaten vorgebracht. Eine Handhabe gegen den Betreiber der Anlage habe man aber erst, wenn offiziell bewiesen sei, dass die Grenzwerte nicht eingehalten würden. "Vodafone sagt uns aber, die Anlage laufe einwandfrei." *sabix*

© Fränkische Nachrichten – 15.01.2004

http://www.fnweb.de/lokales/me/rundschau/20040115_F0D0924001_01404.html

Kein Frieden rund um die Kirche

KONZ-KÖNEN. Der Frieden im rund 2300 Einwohner-Stadtteil Könen ist derzeit leicht gestört: Eine im Kirchturm installierte Mobilfunkanlage sowie zwei weitere Antennen am benachbarten Privathaus erhitzen einige Gemüter. Zu einem Info-Abend hatte deshalb der Pfarrverwaltungs-Rat am Dienstagabend ins Jugendheim eingeladen.

Von unserer Redakteurin SUSANNE WINDFUHR

Machen Ärger: Im Kirchturm und auf dem Privathaus installierte Mobilfunkanlagen.

"Wir möchten heute Abend versuchen, Sie mit Informationen zu versorgen und Vorbehalte und Ängste gegenüber der installierten Anlage abzubauen", eröffnete Gerd Baumann, stellvertretender Vorsitzender des Pfarr-Verwaltungs-Rates, die öffentliche Veranstaltung. Ortsvorsteher Peter Wincheringer, der neben Pfarrer Christoph Bretz sowie Karl-Michael Kopp von der Bauaufsicht Konz und zwei Referenten des Betreibers e-plus auf dem Podium Platz genommen hatte, stellte schmunzelnd fest: "Ich sitze zwar hier vorne, fühle mich aber keineswegs auf die Anklagebank verbannt."

Eingeladen hatten Baumann und seine "Kirchen-Kollegen", nachdem sich vor wenigen Wochen aus den Reihen der Anwohner eine Bürgerinitiative (BI) gegründet hat, die sich gegen die im Turm installierte Anlage sowie vor allem auch gegen die zwei Antennen auf dem Dach des benachbarten Wohnhauses wehrt. Letztere waren während des Info-Abends der Kirche freilich kein Thema.

Gerd Baumann schilderte den gerade mal 20 Besuchern das Procedere. So sei die Initiative von e-plus ausgegangen. Das Unternehmen hatte Anfang November 2001 eine Anfrage an die Kirchengemeinde gerichtet. "Ein übliches Verfahren", kommentierte e-plus-Mitarbeiter Volkmar Albrecht. "Wir suchen bundesweit permanent nach geeigneten Standorten." Erst ein Jahr später habe der Netzanbieter wieder mit den Könenern Kontakt aufgenommen. Der Pfarr-Verwaltungsrat, dessen Mitglieder sich zwischenzeitlich mehrheitlich für die Installation entschieden hatten, leitete

daraufhin die Anfrage an die zuständige Rechtsabteilung des Generalvikariats weiter. "Im August 2003 kam von dort die endgültige Zusage", so Baumann.

Am 20. Oktober vergangenen Jahres sei die Anlage in Betrieb genommen worden. Rund 4600 Euro mehr pro Jahr sind der Kirchengemeinde durch die Pacht mittelfristig sicher: Der Vertrag läuft auf zehn Jahre.

Karl-Michael Kopp von der Bauaufsicht Konz erläuterte, dass für Anlagen dieser Größenordnung (die unter zehn Meter Höhe bleiben) keine baurechtliche Genehmigung erforderlich sei. Auch Ortsvorsteher und Pfarr-Verwaltungsrat-Mitglied Wincheringer betonte, dass zur Einrichtung der Anlage "alle gesetzlichen Regelungen eingehalten worden sind". "Eben weil alles nach den bestehenden Vorschriften gelaufen ist, haben wir auch nicht in Erwägung gezogen, im Vorfeld einen solchen Info-Abend anzubieten", beantwortete Gerd Baumann eine Nachfrage aus der Zuhörerschaft. **"Wir haben nicht damit gerechnet, dass sich ein solcher Widerstand bildet, möchten gesundheitliche Bedenken aber nicht einfach vom Tisch wischen."**

Keineswegs beruhigt

Sehr ins technische Detail und damit auch auf die Grenzwert-Diskussion ging e-plus Mitarbeiter Albrecht ein. So sei die Sendeleistung nicht so hoch, als dass sie an den bundesweit geltenden Grenzwert von 59 Volt pro Meter stoße. Bei 28 Watt maximal liege die Leistung. Zum Vergleich: Rundfunkanlagen erbringen mehrere 1000 Watt.

Den Biologen Detlef Müller-Greis, Mitbegründer der BI, beruhigte dies indes nicht. Im Gespräch mit dem Trierischen Volksfreund stellte er klar: "Wir sind nicht grundsätzlich gegen Mobilfunkanlagen. Die Frage ist jedoch, wo sie aufgestellt werden." Statt inmitten eines Wohngebietes sähe die BI die Antennen lieber an der Ortsrandlage. Vor allem die räumliche Nähe zu Grundschule (rund 180 Meter vom Turm entfernt) und Kindergarten (rund 210 Meter entfernt) stößt Familienvätern wie Müller-Greis oder seinem Mitstreiter Werner Kiefer auf.

Müller-Greis: "Als Biologe weiß ich, dass es etwas anderes ist, ob Erwachsene oder Kinder einer solchen Strahlenbelastung ausgesetzt sind. Wir haben in Könen im Umkreis von 30 Metern mit der Anlage im Turm und den beiden Antennen auf dem Privathaus von Dr. Martin Weber eine geballte Belastung, die wir so nicht hinnehmen möchten." Aus diesem Grund hat die BI gleich nach der Installation eine Unterschriften-Aktion zur Kirche gestartet. "Von 51 Befragten haben 50 unterschrieben", berichtet Kiefer. Auch wenn die BI weiß, juristisch nichts gegen die Anlagen ausrichten zu können, macht sie nach ihrer Flugblatt-Aktion weiter mobil: Am Montag, 19. Januar, 19 Uhr, lädt sie zu einem Info-Abend ins Gasthaus Greif-Deutschen ein. Mathias Engelbrecht, Umweltbeauftragter des Dekanates Alzey, wird referieren

<http://www.intrinet.de/regionales/trier-saarburg/aktuell/803,334601.html?fCMS=765c3e34e01861a6670ccd5b1eeb3aec>

Datenspeicherung für 100 Jahre

Der Verdacht besteht, dass die Daten vom neuen US-Visit-System für visumpflichtige Einreisende in die USA nicht nur lange gespeichert, sondern auch mit anderen Datenbanken wie CAPPs 2 verbunden werden.

<http://www.telepolis.de/tp/deutsch/inhalt/te/16518/1.html>

Fass ohne Boden

FR hat doch unsere Leserbriefe veröffentlicht. Ich habe schon nicht mehr daran geglaubt.

Gruß Marianne Kirst

http://www.fr-aktuell.de/ressorts/nachrichten_und_politik/standpunkte/?cnt=371197

Neue Klagen gegen Mobilfunkanlagen

Frankfurter Neue Presse 14.01.2004

Frankfurt. Drei Mitglieder einer Schwalbacher Bürgerinitiative wollen gegen die auf dem Kirchturm in der Kirchgasse 2 installierten Mobilfunksendemasten von D 2 Vodafone vor dem Frankfurter Landgericht klagen. Sie fühlen sich durch die Strahlungen beeinträchtigt.

Das teilt ihr Rechtsanwalt Jürgen Ronimi mit. **Der Anwalt hatte im September 2000 vor dem Frankfurter Landgericht für eine Bommersheimer Bürgerinitiative in erster Instanz eine einstweilige Verfügung gegen die Telekom und die Evangelische Kirchengemeinde in Oberursel erstritten, die bundesweit für Beachtung sorgte.** Die Verfügung wurde allerdings später vom Frankfurter Oberlandesgericht wieder aufgehoben. **Dennoch habe der juristische Teilerfolg eine Welle des Widerstandes von Bürgern gegen Mobilfunksendeanlagen in Wohngebieten und in der Nähe von Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern und Alters- und Pflegeheimen ausgelöst, schreibt Ronimi.**

Er zitiert die Professoren Franz Adlkofer von der Universität München und Hals Albert Kolb von der Universität Hannover, wonach es unter dem Einfluss von Magnet- oder Hochfrequenzfeldern, die vom Mobilfunkanlagen ausgehen, zu Schäden am menschlichen Erbgut kommen könne. (tre)

http://www.rhein-main.net/sixcms/list.php?page=fnp2_news_article&id=1454831

Angst vor Spionage mit Handy-Kameras

Aus Angst vor Spionage sind in zahlreichen Unternehmen in Niedersachsen neuartige Handys mit Fotokamera für Mitarbeiter und Besucher verboten. Bei dem Reifenhersteller Continental in Hannover sind die Foto-Handys nicht gern gesehen. "Jegliche Art der Bilderstellung ist verboten. Egal, wie man es macht", sagte Continental-Sprecherin Anne Pfeffer am Dienstag und bestätigte einen Bericht der hannoverschen "Neuen Presse". Jeder Standort entscheide aber selbst in Betriebsvereinbarungen, wie mit Fotohandys umgegangen werde. Bei Volkswagen müssen Besucher am Eingang des Werkes in Wolfsburg solche Mobiltelefone abgeben.

"Wir fragen, was an Kameras mitgebracht wird. Dazu zählen auch die Handys", sagte VW-Sprecher Peter Schlelein. Mitarbeiter seien über die Anweisung informiert, dass die Telefone mit der speziellen Foto-Funktion nicht mitgebracht werden dürfen. Auch Zuliefererfirmen wüssten von der Regelung.

Für Mitarbeiter des Konzertveranstalters Hannover Concerts gibt es bei Auftritten von Pop- und Rockstars kein generelles Verbot für Kamera-Handys. "Im Back-Stage-Bereich gibt es das nicht", sagte die Sprecherin von Hannover Concerts, Noline Ehrhardt. Das Unternehmen befürchte nicht, dass heimlich Fotos von Künstlern gemacht werden und diese eventuell für viel Geld verkauft werden könnten. "Da wird davon ausgegangen, dass Leute, die in sensiblen Bereichen arbeiten, das nicht tun", meinte die Sprecherin.

Bei der Bremer Konzertagentur KPS hieß es, Verbote von Fotohandys seien noch nicht "akut", das sei bislang noch kein Thema. Wenn es ein Verbot geben sollte, beschließe dies der jeweilige Künstler, meinte Petra Hoppe von KPS. "Bei uns ist der Fall noch nicht aufgetreten" - schließlich seien Foto-Handys ja auch noch nicht so weit verbreitet.

Hohe Sicherheitsvorkehrungen gegen Industriespione herrschen auf der Meyer-Werft in Papenburg. Dazu gehöre natürlich ein Fotografierverbot, sagte Werft-Sprecher Peter Hackmann. "Deshalb werden Besucher, Lieferanten und Monteure aber nicht durchsucht." Spezielle Maßnahmen in Bezug auf Handys mit Kamera seien nicht geplant. Auch eine Digitalkamera, die so groß sei wie eine Scheckkarte, ließe sich problemlos verstecken. "Für uns sind die neuen Handys kein zentrales Problem", sagte der Werftsprecher.

Beim Batteriehersteller Varta hat es Werksspionage nach Auskunft des Unternehmens bisher noch nicht gegeben. **"Aber ohne Genehmigung darf bei uns ohnehin keiner fotografieren", sagte Sprecherin Angelika Jäger.** Dass Mitarbeiter die neuen Handys nutzen könnten, darüber macht sie sich keine Sorgen: "Die arbeiten und haben keine Zeit zum Fotografieren." (dpa) / (akr/c't)

<http://www.heise.de/newsticker/data/akr-13.01.04-001/>

1800 Mobilfunk-Gegner haben unterschrieben

Bürgerbegehren: Zahl der verwertbaren Stimmen ist ausreichend - Stadtrat entscheidet über Zulässigkeit

Unterschleißheim (bw) - **Rund 1800 verwertbare Stimmen reichen, um das Bürgerbegehren im Kampf gegen Mobilfunkmasten im Zentrum von Unterschleißheim als zulässig zu bewerten.** Die Entscheidung darüber werden die Stadträte in einer Sondersitzung fällen, am Montag, 19. Januar. Formfehler, die das Begehren kippen könnten, scheinen die Initiatoren jedenfalls nicht gemacht zu haben. "Es schaut so aus, als sei formal alles in Ordnung und das Bürgerbegehren damit zulässig", sagte Thomas Stockerl, Pressesprecher der Stadt.

Auch die Initiatoren sind zuversichtlich. **Jaques Kahlert, sagte: "Wir sind auf große Zustimmung gestoßen und haben die Meinung der Leute getroffen. Und wir gehen davon aus, dass wir keine formalen Fehler gemacht haben."** Er sieht sein Anliegen und das seiner Mitstreiter auf einem guten Weg, stellt aber auch klar: "Wenn die Stadt uns jetzt überraschend einen Vorschlag für eine richtige Positivplanung macht, könnten wir die Sache auch noch abblasen."

Wenn es dazu nicht kommt und der Stadtrat das Begehren für zulässig erklärt, tritt zunächst eine Sperrwirkung ein. Das heißt, innerhalb der folgenden drei Monate darf keine Entscheidung zum Thema fallen. Außerdem hat die Stadt die Pflicht, innerhalb dieser Frist den Bürgerentscheid durchzuführen. Als entschieden im Sinne der Mobilfunk-Gegner gilt er dann, wenn 20 Prozent der Unterschleißheimer Wahlberechtigten, also etwa 3700, mit Ja stimmen und diese Zahl zugleich höher ist als die der Nein-Stimmen. **Sollte es zu diesem Ergebnis kommen, ist die Stadtverwaltung drei Jahre an den Bürgerentscheid gebunden.** Die Verwaltung werde dies dann den Mobilfunkbetreibern mitteilen und gehe davon aus, dass diese sich dann an Privatpersonen wenden, um ihre Antennen aufstellen zu können, sagte Stockerl.

Wie berichtet, haben Bürger in Hollern-Süd mit Unterstützung der Freien Bürgerschaft (FB) das Bürgerbegehren (s.a. Kasten) initiiert, **nachdem Stadt und TÜV das Hollerner Biotop als Standort für einen Masten ausgewählt hatte.** Auf Sympathie sind die Mobilfunk-Gegner damit auch bei den Anliegern des Rathausplatzes gestoßen. Denn dort könnte ebenfalls bald ein neuer Mast stehen, auch wenn der genau Standort unklar ist. Im Gespräch sind das IAZ, ein Grünstreifen der Stadt nahe den Gleisen oder das Rathausdach. Während die IAZ-Verwaltungsgesellschaft "Terrafonds" bereits der Installation eines Mastes zugestimmt hat, gibt es vor allem gegen die Option Rathausdach Proteste. **Werde dort ein Mast aufgestellt, träfen die Strahlen nicht nur die Kinder der Raiffeisen-Schule, sondern auch die des Sehbehinderten-Zentrums, argumentieren die Kritiker. mm**

Datum: 15.01.2004

<http://www.merkur-online.de/regionen/muenchennord/50,230002.html?fCMS=261a1ed7f570346320df6519a068de97>

Erster Sieg für Mobilfunkkritiker

Verwaltungsgericht setzt Betriebserlaubnis für Prüfeninger Straße 79 außer Kraft

Mittelbayerische Zeitung 03./04.01.04

Regensburg (ht) **Kleine Sensation im Streit um den Vodafone-D2-Sender in der Prüfeninger Straße 79. Mobilfunkkritikerin Christine Stadelmayer und ihr Anwalt Thomas Troidl haben vor dem Verwaltungsgericht einen ersten Erfolg errungen. Die Standortbescheinigung der Genehmigungsbehörde wurde außer Kraft gesetzt.**

Stadelmayer hatte im Sommer 2003, kurz nachdem der Sender auf den Wohnblock Prüfeninger Straße 79 montiert worden war, Widerspruch eingelegt. Nicht nur, weil sie sich als Nachbarin beeinträchtigt fühlt, sondern auch Partei ergreifend für Mieterin Cornelia Lehner, deren Mansardenwohnung nur rund drei Meter Abstand zur UMTS-Anlage hat.

Der Widerspruch hätte nach Angaben von Rechtsanwalt Troidl aufschiebende Wirkung für den Sendebetrieb gehabt, deshalb habe die Regulierungsbehörde für Telekommunikation den Sofortvollzug ihrer Standortbescheinigung angeordnet. Stadelmayer und einige Mitstreiter gaben sich nicht geschlagen und ließen über Troidl die Aufhebung dieses Sofortvollzugs beantragen.

Im Dezember gab das Verwaltungsgericht den Mobilfunkkritikern Recht. Die Anordnung des Sofortvollzugs sei bereits aus formellen Gründen nicht gültig gewesen und deshalb nie wirksam geworden, heißt es in der Begründung. Die aufschiebende Wirkung des Stadelmayer-Widerspruchs habe weiter Bestand. Damit ist die Standortbescheinigung für den Sender, ohne die eine solche Anlage nicht betrieben werden darf, bis auf weiteres außer Vollzug gesetzt. Ob die Regulierungsbehörde ihrerseits Beschwerde gegen den VG-Beschluss eingelegt hat, ließ sich gestern nicht klären. Die Frist ist am 29. Dezember abgelaufen. Stadelmayer („Ich wollte

einfach nicht tatenlos zusehen“) und ihr Anwalt sind guter Dinge, dass im Falle einer Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof in München die Entscheidung der ersten Instanz halten würde.

Möglich ist auch, dass die Genehmigungsbehörde die Entscheidung akzeptiert und einfach eine neue Standortbescheinigung erteilt. Dann würde sich der Rechtsstreit wiederholen, kündigt Stadelmayer an. Sie ist entschlossener denn je, für eine Demontage des Senders zu kämpfen. Letztlich erscheine die Überprüfung der Sicherheitsabstände zur unmittelbar angrenzenden Wohnung unausweichlich, so ihr Anwalt. „In diesem speziellen Fall haben wir grundsätzliche Zweifel, ob das noch in Ordnung ist.“

Ob die Mobilfunkanlage, die für die UMTS-Generation gedacht ist, überhaupt schon in Betrieb war, konnte Vodafone-Sprecher Jens Helldobler gestern weder mit ja noch mit nein beantworten. **Jiri Polivka, Sprecher der „Mobilfunkkritiker Regensburg“, will jedoch bereits elektromagnetische Felder gemessen haben.**

BI Mobilfunkkritiker Regensburg Stadt und Land

14.01.04

Nachricht von Karin Piller

Frage zu RFID

Hallo Herr Rudolph !

Nachdem ich am Montag im Fernsehen einen Bericht über das neue Kennzeichnungssystem "RFID" (Radiofrequenzidentifikation) gesehen habe, lese ich heute in der "Deutschen Verkehrszeitung", dass die Fa. Metro dieses System zum Test bei Großverpackungen einführen will. Gibt es schon Informationen, wie die Daten übertragen werden, im Hinblick auf mögliche weitere Risiken für die Menschen ? Vielen Dank

Gruß aus Worms >>> *Stefan Dinges*

Datenschützer warnen vor Personenkennziffer - Bundesregierung nummeriert Bürgerinnen und Bürger

Bonn - Die Deutsche Vereinigung für Datenschutz e.V. (DVD) fordert eine öffentliche Debatte über ein fast schon beschlossenes Gesetz, das eine zentrale Registrierung und Nummerierung der gesamten Deutschen Bevölkerung beim „Bundesamt für Finanzen“ vorsieht. Am 27.11.2003 beschloss der CDU-dominierte Bundesrat eine Vorlage der rot-grünen Bundesregierung mit dem harmlosen Namen „Steueränderungsgesetz 2003“. **Dahinter verstecken sich nicht nur Steueränderungen oder der Abbau von bisherigen Abschreibungsmöglichkeiten, sondern auch ein datenschutzrechtlicher Quantensprung: Jede Bürgerin und jeder Bürger erhält dann eine eindeutige Identifikationsnummer, die gemeinsam mit weiteren Daten zentral gespeichert und genutzt werden soll.**

Als Rechtfertigung wird die „Steuergerechtigkeit“ herangezogen. **Statt dieses Ziel aber durch den Abbau von Vollzugsdefiziten, die Bekämpfung von Steuerkriminalität oder durch eine andere Gestaltung der Steuersätze anzustreben, geht es hier um etwas anderes: um die Totalerfassung der Bevölkerung. Die dabei vorgesehene zentrale Nummerierung stellt den Beginn einer lückenlosen Bevölkerungskontrolle zumindest im Steuer- und Wirtschaftsbereich dar. Das Schutzgut des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung wird in dem Entwurf nur am Rande erwähnt. Eine Diskussion darüber hat noch nicht einmal in Fachkreisen stattgefunden. Die Bedenken des Bundesbeauftragten für den Datenschutz wurden von ihm selbst „zurückgestellt“. Die Erforderlichkeit, geschweige denn die Verhältnismäßigkeit einer zentralen Identifikationsnummer wurde nicht begründet. Die Versuche des Gesetzestextes, die Zweckbindung der Nummern zu sichern, scheinen schon vom Ansatz her zum Scheitern verurteilt. Daher fordert die Deutsche Vereinigung für Datenschutz einen Stopp des Gesetzgebungsverfahrens und eine gesellschaftliche Debatte.**

Hintergrundinformationen

Der Gesetzentwurf der Bundestagsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen für das "Steueränderungsgesetz 2003" vom 23.09.2003 (BT-Drs. 15/1562) sah zunächst "nur" eine zentrale Speicherung von wenigen Daten für

Lohnsteuerzwecke vor. In einem Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 30.10.2003 (Umdruck Nr. 29) wird nunmehr eine Novellierung der Abgabenordnung (§§ 139a-139d AO) vorgesehen, die die zentrale Speicherung und Nutzung eines umfangreicheren Meldedatensatzes für sämtliche Steuerbereiche beinhaltet.

Geplant ist nun eine zentrale Speicherung aller Menschen in Deutschland, vom Kleinkind bis zum Greis beim „Bundesamt für Finanzen“. Die Daten, sämtliche Namen und Namensteile, Adresse, Geburtsangaben und Geschlecht, werden von den kommunalen Melderegistern regelmäßig angeliefert. Jede Person erhält daraufhin eine - ebenso zentral gespeicherte - eindeutige „Identifikationsnummer“ (ID, Electronic Typayer Identification Number - ETIN) sowie evtl. weitere „Wirtschaftsidentifikationsnummern“ (Wirtschafts-ID). Zweck dieser Daten ist es, „den Finanzbehörden die Erfüllung (ihrer) Aufgaben zu ermöglichen“. Während die Identifikationsnummern (IDs) - vorläufig – nur für diese Zwecke genutzt werden dürfen, können die damit verknüpften Wirtschafts-IDs von allen privaten oder öffentlichen Stellen - im Rahmen der Erforderlichkeit - genutzt werden. Die Wirtschafts-IDs werden jeder wirtschaftlich selbständigen Einheit vergeben, vom Privathaushalt, der eine Hilfskraft einsetzt, über den Einzelhandelskaufmann und den selbständigen Arzt oder Rechtsanwalt bis hin zu global operierenden Aktiengesellschaften. Die Wirtschafts-ID wird derzeit in Bayern erprobt, wobei diese Nummer auch von der Gewerbeaufsicht, von Sozialleistungsträgern, z.B. von Berufsgenossenschaften oder Krankenversicherungen, und von Kammern genutzt werden soll. Trotz entsprechender Forderung erfolgte bisher keine Evaluierung der Erprobung aus Sicht des Datenschutzes (vgl. Weichert, Die Wiederbelebung des Personenkennzeichens - insbesondere am Beispiel der Einführung einer einheitlichen Wirtschaftsnummer, Recht der Datenverarbeitung 2002, 170-177).

In den Einzelbegründungen zu dem Entwurf wird dargelegt, die Daten unterlägen einer „strikten Zweckbindung“. Die allgemeinen Zweckänderungsvorschriften (§§ 14-16 Bundesdatenschutzgesetz - BDSG) seien nicht anwendbar. Dies hat aber keine nennenswerte Bedeutung. **Eine Nutzung der IDs auf Grund spezialgesetzlicher Regelungen dürfte erlaubt sein. Dies gilt insbesondere für sämtliche Zweckänderungsvorschriften des Sicherheitsrechtes - von der Strafprozessordnung über die Polizeigesetze bis hin zu den Geheimdienstgesetzen. Eine andere Interpretation - die der Bundesbeauftragte für den Datenschutz jüngst im Hinblick auf die LKW-Maut-Daten bei TollCollect vortrug und die sofort von der Rechtsprechung verworfen wurde (siehe dazu gemeinsame Presseerklärung der DVD und anderer Bürgerrechtsorganisationen vom 05.11.2003, vgl. www.aktiv.org/DVD/Pressemitteilungen/start.html) - dürfte sich auch hier nicht durchsetzen lassen.**

Aus den Gesetzgebungsunterlagen ergibt sich nicht annäherungsweise, weshalb und wie mit Hilfe der neuen IDs eine gerechtere Besteuerung erreicht werden soll. Eine zentrale Nummerierung für Steuerzwecke dürfte nur dann begründbar sein, wenn eine bundesweite Datenzusammenführung für Besteuerungszwecke erfolgen muss. Tatsächlich handelt es sich aber bei fast sämtlichen heute erhobenen Steuern um dezentrale Steuern, bei denen es auf einen bundesweiten Datenabgleich nicht ankommt.

In dem Entwurf werden nicht die Risiken angesprochen geschweige denn - wie verfassungsrechtlich geboten - abgewogen, die mit einer zentralen Nummerierung verbunden sind. Das Bundesverfassungsgericht hat schon 1969 das Erstellen von „teilweisen oder weitgehend vollständigen Persönlichkeitsprofilen, ohne dass der Betroffene deren Richtigkeit und Verwendung zureichend kontrollieren kann“ mit Hilfe von Personenkennzeichen (PKZ) für verfassungswidrig erklärt. Nach der Wiedervereinigung wurde die in den DDR praktizierte zentrale Melderegistrierung und die Erfassung der Bevölkerung mit eindeutigen PKZ wegen deren Verfassungswidrigkeit nach bundesdeutschem Recht abgeschafft.

Abgesehen von der o.g. „strikten“ Zweckbindung sind bisher vom Gesetzgeber keine Schutzvorschriften zur Verhinderung der Nutzung der IDs für das Zusammenführen von Dateien vorgesehen. Nicht einmal das Erwähnen einer Sanktionsvorschrift bei Verstoß gegen die Zweckbindung wurde für nötig angesehen. Aber auch die Zweckbindung ist von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Nicht nur bei den Meldebehörden wird zur eindeutigen Identifizierung die ID gespeichert werden. Auch private Kommunikationspartner der Finanzbehörden (Arbeitgeber, Auftraggeber) werden die ID zur eindeutigen Zuordnung von Daten zu Steuervorgängen verwenden. Wie die Nutzung dieser Daten dann im Wirtschaftsleben aufgehalten werden soll, darüber hat sich der Gesetzgeber erkennbar bisher keine Gedanken gemacht. Aus der Sicht der Praxis besteht derzeit kaum eine Chance einer Eingrenzung. Offensichtlich geht der Gesetzgeber davon aus, dass die Nummerierung der deutschen Bevölkerung in Bälde weiter vorangetrieben wird. Überlegungen hierzu gibt es genug: von der bundesweiten Erfassung aller Menschen mit ihrem genetischen Fingerabdruck bis hin zur zentralen Erfassung von biometrischen Merkmalen wie Fingerabdruck oder Gesichtprofil.

Weitere Informationen erhalten Sie unter <http://www.aktiv.org/DVD>

Anwohner funken kräftig dazwischen

Von Peter Hohl

"Wenn uns etwas in unseren biologischen Grundlagen bedrängt, dann muss man sich wehren." Hans Haag macht mobil gegen eine geplante Mobilfunkanlage auf einem Privatgrundstück im Öhringer Südosten. Mit Nachbarn hat er fast 700 Unterschriften gegen das Projekt gesammelt.

Seit 57 Jahren ist das Baumgrundstück von Suse und Siegfried Lauk östlich des Öhringer Nussbaumwegs Bauerwartungsland. Zum Bauplatz wurde es nie. Nun soll auf der grünen Grenze in Richtung Cappel doch gebaut werden: eine Mobilfunkanlage des Netzbetreibers T-Mobile. Im Sommer 2003 sei ein Heilbronner Unternehmen im Auftrag von T-Mobile an ihn herangetreten, berichtet Siegfried Lauk. Im September habe er die Grundstücksnachbarn informiert ("Die waren hell erregt.") und im November den Vertrag unterschrieben.

Wer nichts von alledem wusste, war Hans Haag. Sein Einfamilienhaus an der Ulmenstraße liegt rund 50 Meter Luftlinie von dem geplanten Antennenstandort entfernt: "Die würde mir fast ins Schlafzimmer reinstrahlen." Per Zufall habe er am 12. Dezember von den Plänen erfahren, berichtet der 65-Jährige.

Bei dem früheren Bezirksleiter einer Bausparkasse schrillten die Alarmglocken. Seit 40 Jahren hat er gesundheitliche Probleme, die er auf eine Polio-Impfung, auf Amalgamfüllungen in den Zähnen und auf Erdstrahlen zurückführt. Fernseher, Computer und Handy hat er aus seinem Haus verbannt. **Die befürchtete elektromagnetische Strahlung der Sendeanlage würde für ihn das Maß voll machen: "Ich weiß, dass ich elektrosensibel bin und gravierende Probleme hätte."**

Seit Mitte Dezember läuft Hans Haag Sturm gegen die geplante Antenne. Er sprach Nachbarn an, schrieb an den Oberbürgermeister, war im Baurechtsamt, suchte das Gespräch mit Grundstückseigentümern und Mobilfunkunternehmen. Vor allem aber gründete er gemeinsam mit seinem Nachbarn Martin Berger eine Bürgerinitiative (BI). Kurz vor dem Jahreswechsel schwärmte die BI zur Unterschriftensammlung aus. Kernaussage: **"Besorgt um unsere Gesundheit und die Gesundheit unserer Kinder sagen wir ,nein" zu diesem Standort.** Keine Funkmasten näher als 500 Meter an Wohngebieten." Mittlerweile unterstützen annähernd 700 Anwohner dieses Anliegen mit ihrer Unterschrift.

Das Thema Mobilfunk scheidet allerorten die Geister. **Kritiker befürchten schwerste gesundheitliche Gefahren,** Betreiber versichern beständig, die Strahlung sei gänzlich unbedenklich. **Hans Haag kennt den Fall eines Mannes, dessen Familie einschließlich des Viehs im Stall schwer unter der Strahlung leidet.** Siegfried Lauk hingegen hat sich bei Hohenlohern informiert, die seit zwei Jahrzehnten problemfrei im Schatten einer Mobilfunkantenne wohnen. **Ganz wohl ist ihm bei der Sache dennoch nicht, weshalb sich Lauk mittlerweile intensiver mit der Materie befasst:** " Das Thema wird immer interessanter für mich."

Dennoch: Fakten sind längst geschaffen. "Ich kann nicht aus dem Vertrag raus", sagt Siegfried Lauk. Für Hans Haag hingegen steht fest: "Ich werde ihm mit einer Klage drohen müssen." Nichtsdestotrotz will die BI bei einer Informationsveranstaltung im Februar in der Realschule alle Beteiligten miteinander ins Gespräch bringen. Ein genauer Termin steht noch nicht fest.

Ein Wörtchen mitzureden hat auch die Stadt Öhringen. Die Sendeanlage, die über 20 Meter hoch werden soll, ist genehmigungspflichtig. Noch liegt kein Bauantrag vor. Doch Albert Küchel, Leiter des Baurechtsamtes, ist bereits zu der Überzeugung gelang, dass die Anlage zu nahe an der Wohnbebauung geplant ist: "Wir werden den Betreiber bitten, sich nach einem anderen Standort umzuschauen."

14.01.2004

<http://newsregional.stimme.de/hohenlohe/oehringen/0,-682019731,0,0,0,0.html/>

Nachrichten von der BI Bad Dürkheim

Gesetzeswidrige Vertragslaufzeiten von Miet- bzw. Gestattungsverträgen bei Mobilfunksendeanlagen?

Gesetzeswidrige Vertragslaufzeiten von Miet- bzw. Gestattungsverträgen bei Mobilfunksendeanlagen?

Von Prof. Dr. Klaus Kniep und Ref. jur. Daniel Kanatsiz

ZMR 2004, 14

siehe unter http://www.buergerwelle.de/pdf/prof_kniep_gesetzeswidrige_vertragslaufzeiten.pdf

Frau verzweifelt

Abschirmung mit "Leitfarbe" nützte nichts - Suche

SALZBURG (SN-sab).

Die Salzburgerin Erika Gabriel ist 63 Jahre und wohnt im Bad Reichenhaller Ortsteil Marzoll. "Noch", sagt sie und deutet auf die Umzugskartons. "Die warten schon darauf, dass sie abgeholt werden."

Als die Pensionistin 2001 in die Einzimmer-Wohnung in dem Mehrparteienhaus einzog, empfand sie sie noch als "Paradies". Für Frau Gabriel war eine jahrelange Odyssee zu Ende gegangen. Ärzte bescheinigen ihr eine "extreme Sensibilität" gegenüber Elektromog. Strahlungen, die beispielsweise von Handymasten ausgehen, verursachen bei ihr Kopfschmerzen und Schlaflosigkeit.

Als ab 1995 rund um ihre Wohnung in Salzburg-Gnigl gleich mehrere Handymasten errichtet wurden, musste sie ausziehen, zuerst nach Kuchl und, als die Masten auch dorthin kamen, nach Großmain. Von dort musste sie wieder fliehen, nach Marzoll. "Und hier", sagt sie, "steht der nächste Mast weit weg, den spür ich nicht."

Umziehen muss Gabriel nun doch wieder. Der Nachbar schaffte sich ein Schnurlostelefon an. Und das macht sie wieder krank. Die Abschirmung der Wohnung mit "Leitfarbe" nützte nichts.

Gabriel wohnt nun vorübergehend bei der Schwägerin. Deren Wohnung werde durch ein Haus vor Handymasten-Strahlen geschützt, und in der Nähe hat niemand Schnurlostelefon. So eine Wohnung, sagt Gabriel, suche sie auch. "Aber das ist sehr schwierig." **Wenn sie ihre Bedingungen stelle, werde sie von den Maklern nicht ernst genommen.**

Das könnte sich möglicherweise bald ändern: Bei einem Musterprozess im Bezirksgericht Salzburg geht um Wertminderungen von Wohnungen in Handymasten-Nähe.

Quelle: <http://www.salzburg.com/sn/04/01/14/artikel/688016.html>

Nachricht von Reinhard Rückemann

<http://de.groups.yahoo.com/group/elektrosmog-liste/message/3252>

Umweltkonferenz der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag am 08. Februar 2004

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

neue Infrastrukturen für die Umwelt - das ist Thema der grünen Umweltkonferenz am 08. Februar 2004 von 10.00 - 17.30 h in Berlin, zu der wir Sie herzlich einladen wollen.

Mit dabei u.a. Jürgen Trittin, Reinhard Loske, Bärbel Höhn, Klaus Müller, Edda Müller, Angelika Zahrt, Olaf Tschimpke, Franz Josef Radermacher, Matthias Kurth, Regine Günther, Stephan Kohler.

Weitere Infos sowie das gesamte Programm finden Sie unter http://www.gruene-fraktion.de/rsvgn/rs_dok/0.,47287,00.htm

oder wenden Sie sich an:

Dr. Reinhard Loske MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, T 030-227 71647

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Reinhard Loske, Stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Omega: und wo bleibt das enorm wichtige Thema Mobilfunk ? Soll das wieder mal totgeschwiegen werden ? Das sollten wir nicht so einfach hinnehmen. Wir bitten um Protest-Mails an obige Adresse

Arbeitgeber verurteilt

Mittwoch, 21. Januar 2004

Handy-Überwachung nicht erlaubt

Ohne Zustimmung des Betriebsrats dürfen Unternehmen die Firmen-Handys ihrer Mitarbeiter nicht überwachen. Das hat das Arbeitsgericht Frankfurt am Main in einem am Mittwoch bekannt gewordenen Beschluss entschieden. Damit untersagten die Richter einem Aufzugshersteller, das Überwachungssystem ohne Zustimmung der Arbeitnehmersvertretung einzuführen (Az.: 5 BVGa 14/04).

Um die Benutzung der Handys ihrer Außendienst-Monteur besser kontrollieren zu können, hatte die Firma die Mobilanschlüsse mit ihrer EDV-Zentrale vernetzt. Von dort aus sind alle Gespräche nachvollziehbar. Obwohl der Betriebsrat noch nicht zugestimmt hatte, startete das Unternehmen einen "Probelauf".

Laut Gericht stellt aber auch der Probelauf einer Telefonüberwachung einen grundsätzlichen Eingriff in die betrieblichen Belange der Arbeitnehmer dar und bedürfe daher der Mitbestimmung.

<http://www.n-tv.de/5206952.html>

Kommentar:

Dies bedeutet im Klartext, die Firmenhandys WURDEN ÜBERWACHT ! Und: Was ist, wenn der Betriebsrat zustimmen würde, bedeutet dies dann es wäre zulässig ? Oder: In Kleinbetrieben ohne Betriebsrat dürfen Firmenhandys überwacht werden ? Dürfte ich also Bewegungsprofile meiner Mitarbeiter erstellen, ohne deren Zustimmung ?? Wenn ja, nur während der Arbeitszeit, oder auch in deren Freizeit ?? Unglaublich !

Herzlichen Gruß

Klaus Böckner, Sprecher der Initiative Schwalbach – Keine Mobilfunkanlagen in Wohngebieten

Elektrosmog - Ursache und Folgen !

Gesundheitliche Risiken moderner Kommunikationsmittel

*** Machen Handys krank ?**

*** Schützen die gesetzlichen Grenzwerte ausreichend unsere Gesundheit?**

Mobilfunkstation abgelehnt

Zu viele Bedenken (Auszug)

Distelhausen. Im Distelhäuser Rathaus fand am Dienstag eine öffentliche Sitzung des Ortschaftsrates statt. Im Mittelpunkt stand die Ehrung von Blutspendern sowie ein Bauantrages zur Errichtung einer Mobilfunkanlage im Ortsbereich sowie die Anschaffung von Fahnen mit dem Distelhäuser Wappen.

Im zweiten Punkt der Sitzung musste der Ortschaftsrat über die Baugenehmigung zur Errichtung eines Mobilfunkmastes des Betreibers E-Plus abstimmen. Der Standort der geplanten Mobilfunkanlage befindet sich am Distelhäuser Wasserreservoir "Am Käppele" oberhalb der Distelhäuser Brauerei.

Bei diesem Thema gingen die Emotionen der besorgten Bürger hoch. Hauptthema war hierbei die mögliche enorme Strahlenbelastung und die hieraus bestehende gesundheitliche Belastung. Ortsvorsteher Helmut Beil hatte sich eigens beim Bundesamt für Strahlenschutz und dem zuständigen TÜV in München über die mit der Errichtung einer Mobilfunkanlage anfallende Probleme informiert.

Bei der geplanten Höhe des Sendemastes von 45 Metern würde die Strahlung der Anlage im Umkreis von 400 Meter niedergehen - hiervon wäre der gesamte Ortskern und im besonderen auch der angrenzende Kindergarten und die Schule betroffen. Ortsvorsteher Beil hatte sich auch mit betroffenen Gemeinden in Verbindung gesetzt - bei allen Befragten mussten Maßnahmen ergriffen werden um die Strahlenbelastung zu minimieren - die Anlagen wurden dann bis zu zwei Kilometer außerhalb der Orte versetzt.

Viele anwesenden Bürger und Bürgerinnen hatten sich eigens für dieses Thema vorab über die bevorstehenden Probleme bei der Errichtung der Anlage im Ortsbereich informiert und um die Unterstützung des Ortschaftsrates gegen die Errichtung in Ortsnähe gebeten. Der Ortschaftsrat lehnte den Bauantrag einstimmig ab. Er könne die gesundheitliche Belastung und Folgeschäden der Strahlung des Mastes gegenüber der Bevölkerung nicht verantworten. *ubü*

© Fränkische Nachrichten – 22.01.2004

http://www.fnweb.de/lokales/ta/tauberbischofsheim/20040122_F221156001_02104.html

Statt Standortdebatte Antenne generell in Frage stellen

Dorfener "Agend 21" spricht sich gegen Mobilfunkanlage aus

Dorfen (cde) - Gegen die Errichtung einer Mobilfunkanlage auf dem Dach der ESC-Halle sprach sich auch die Dorfener "Agenda 21"-Gruppe bei ihrem Treffen am Dienstagabend aus. "Es gilt, die Kinder zu schützen - auch wenn wir nicht wissen, wie groß die Gefahr ist", eröffnete "Agenda"-Sprecherin Ruth Kramler. Stadträtin Hanna Ermann (GAL) schlug vor, mit der Bürgerinitiative (BI) "Wellenbrecher" zusammen zu arbeiten.

"Ich habe bis heute nichts von Dr. Emil Rudolf gehört", zeigte sich Stefan Brönnle, Sprecher der "Wellenbrecher", enttäuscht. "Das Ganze ist eine Verzögerungstaktik. Wie man als Arzt in einem gemeinnützigen Verein so handeln kann, ist mir unverständlich."

Brönnle erklärte, dass es schwer werden dürfte, die Betreiber gänzlich von ihrem Plan, eine Antenne im Raum Dorfen aufzustellen, abzubringen. Lohnenswert könne jedoch ein Blick in die Bauverordnung sein. In reinen Wohngebieten sei es verboten, Gewerbe zu betreiben. Und darunter würde die Vermietung des Daches an einen Mobilfunk-Betreiber fallen.

Der BI-Sprecher gab auch zu bedenken, dass früher oft Vorschriften erlassen worden seien, die Fernseh- und Radioantennen reglementierten. Diese Vorschriften würden auch für Mobilfunkantennen gelten. Eine andere Lösung sei, so Brönnle, eine unabhängige Untersuchung in Auftrag zu geben, um alternative Standorte zu finden. Die Kosten dafür bezifferte er auf 500 bis 800 Euro.

Brönnle versicherte, die BI wolle auf keinen Fall das "St. Floriansprinzip" ins Rollen bringen, sondern eine vernünftige Lösung für alle Beteiligten finden - auch für den ESC, für den sie andere Geldquellen finden wolle.

In der Frage um einen alternativen Standort zeigte sich Ermann weniger nachgiebig. "Man sollte nicht anfangen, um Kleinigkeiten zu diskutieren, sondern man sollte grundsätzlich debattieren, ob eine Antenne in Dörfern überhaupt nötig ist." *mm*

Datum: 22.01.2004

<http://www.merkur-online.de/regionen/dorfen/42,232731.html>

Germaringer Rat fordert Ortstermin

Landrat soll sich Schüler-Überweg morgens anschauen

22.01.2004, Allgäuer Zeitung (Auszug)

Germaringen(ank). - **Beherrschende Themen bei der jüngsten Sitzung des Germaringer Gemeinderates waren der Mobilfunk** und ein weiteres Mal die Überquerungsstelle für Schüler an der Volksschule in Obergermaringen (wir berichteten mehrfach). Der Landrat solle sich morgens ein Bild von der Lage in Germaringen machen, forderte das Gremium.

Der erste Tagesordnungspunkt befasste sich wieder einmal mit dem Thema Mobilfunk. Zu entscheiden war, ob man sich einer Petition an den Landtag anschließen wolle, die der Füssener Bürgermeister Gangl angeregt und an seine Kollegen im Landkreis versandt hatte. Ziel der Petition soll es sein, den Landtag zu einem Gesetz zu bewegen, das den Kommunen mehr Mitspracherechte bei der Standortvergabe von Mobilfunkmasten einräumt. Die anschließende Diskussion zeigte einmal mehr die große Unsicherheit im Umgang mit dem Thema. "Wieviel haben wir uns in den letzten Monaten damit beschäftigt und wie wenig haben wir im Prinzip erreicht?", hieß es in einem der Diskussionsbeiträge. Der Beteiligung an der Petition wurde ohne Gegenstimmen zugestimmt.

Einigung über Standort und Höhe

Auch konkret gab es zwei Neuigkeiten in der Germaringer Mobilfunk-Debatte. Inzwischen, so berichtete Bürgermeister Kaspar Rager, sei eine Einigung zwischen der Gemeinde und dem Mobilfunkanbieter Vodafone hinsichtlich des Standortes und der Masthöhe einer neuen Sendeanlage erzielt worden. Auch E-Plus wird demnächst einen Masten in der Gemeinde in Betrieb nehmen.

<http://www.all-in.de/redsys/c.php/allin/lokales/kf.php?l=de&dom=dom1&id=267214>

Mini-Sender von IMST

Der daumennagelgroße Sender

Das Institut für Mobil- und Satellitenfunktechnik (IMST) hat einen daumennagelgroßen, speziell geformten Antennenkopf entwickelt, mit dessen Hilfe sich Personen per Mobilfunk in Gebäuden orten lassen. Das System ist von IMST an dem Kamp-Lintforter An-Institut der Uni Duisburg-Essen entwickelt und im Rahmen des Zukunftswettbewerbs Ruhrgebiet ausgezeichnet worden.

Zusammen mit der nötigen Anwendungs-Software, die ein Kooperationspartner liefert, können beispielsweise im Falle einer Gebäuderäumung **Personen mit Mobilfunkanschluss schnell präzise geortet** und geleitet werden. Für die Ortungstechnologie wird ein ultrabreitbandiges Frequenzspektrum genutzt. Dabei erzeugt ein Sender eine Serie extrem kurzer Impulse, die im Nanosekundenbereich liegen, was somit die für eine genaue Ortsbestimmung notwendige hohe Datenrate und Zuverlässigkeit bei geringer Sendeenergie liefern soll.

22.01.2004 - W+S

<http://www.ws-huethig.de/news/5/c538ee5243b.html>

Omega: mit Hochdruck und ohne Kritik der Datenschutzbeauftragten wird weiter an der Perfektionierung des „Gläsernen Menschen“ gearbeitet. Orwell lässt grüßen! Vorwand für diese Überwachungstechnik ist immer vordergründig, es den Menschen und Firmen leichter zu machen, aber was geschieht mit den gesammelten Daten? Dem Missbrauch ist Tor- und Tür geöffnet!

BI-David besiegt Goliath Telekom

Friedberg – Dorheim

Wetterauer Ztg. 4.07.03 (pd)

Einen kaum noch erwarteten Erfolg meldet Wolfgang Hofmann, Sprecher der Dorheimer Bürgerinitiative (BI) gegen den Mobilfunk-Mast in der Wetteraustraße. In der 4. Juniwoche wurde der Mast so heimlich abgebaut, wie er vor 2 Jahren errichtet worden war.

Wie Hofmann erklärte, habe die Telekomtochter T-Mobil den Mast auf dem Dach des Eckhauses ZUM GERMANIABRUNNEN 1 im Sommer 2001 ohne gültige Baugenehmigung errichtet, worauf die Anwohner aus Sorge um ihre Gesundheit und den Wert ihrer Häuser den Protest organisierten. Ortsbeirat und Stadtparlament hätten in Resolutionen einen Standort außerhalb des Wohngebietes gefordert, fast 600 Dorheimer Bürger beteiligten sich laut Hofmann an einer Unterschriftenaktion.

Stadtbauamt und Magistrat hätten daraufhin die notwendige Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans wegen der Beeinträchtigung des Ortsbildes durch den Mast an der exponierten Stelle des Ortseingangs verweigert. Das Kreisbauamt habe im Januar 2002 die von der Telekom beantragte nachträgliche Baugenehmigung abgelehnt und die Entfernung der Anlage sowie ein Nutzungsverbot verfügt. Dagegen hatte die TELEKOM zunächst vor dem Verwaltungsgericht Gießen geklagt, doch soll sie die Klage später zurückgezogen haben, erklärte der Bürgerinitiativen-Sprecher.

Hofmann bedankte sich bei allen, die zu diesem Erfolg beigetragen hätten: BÜRGER, ORTSBEIRAT, STADTVERORDNETE, MAGISTRAT, STADT- und KREISBAUAMT .

Wie das Dorheimer Beispiel zeige, könnten berechnete Interessen der Menschen auch gegen scheinbar übermächtige Wirtschaftsinteressen durchgesetzt werden, wenn sich die Betroffenen einig seien und über Parteigrenzen hinweg von Politik und Verwaltung unterstützt würden.

Kommentar :

„WENN SICH DIE BETROFFENEN EINIG SIND ! „Unter dem Motto: Einigkeit macht stark, ist es hier gelungen, erfolgreich den Abbau des Mobilfunkmastes und der Antennen zu erreichen !

Es zeigt aber auch auf, dass es nur dann möglich ist, wenn durch die Initiative einzelner Bürger ein Informationsfluss die Masse in Bewegung setzt und überzeugt, gleichzeitig aber auch die Gemeinde auf der Seite ihrer Bürger steht. Ohne Magistrat – Ortsbeirat, den Stadtverordneten aller Parteien sowie dem Stadtbauamt wäre hier die Initiative der Bürger sicherlich im Papierkorb des Kreisbauamtes gelandet .

Nur wo die Politik den Wähler nicht nur während einer Wahl achtet sondern auch nach der Wahl noch Achtung vor dem Wählerwillen hat, sind Aktionen im Sinne der Bürger möglich !

Die Intelligenz der dortigen Menschen hat das erfasst, was anderweitig teilweise durch einen Bildungsnotstand der Bürger sowie der verantwortlichen Politiker nicht möglich ist ! In diesem Ort hat man begriffen, dass es um ihre Gesundheit geht und der Einsatz aller wurde daher mit Recht vom Erfolg gekrönt: **DER SENDETURM IST WEG !**

Wesentlich ist aber auch der Bildungsstand der Bürger eines Ortes. Wenn man Bürgern erzählt, die unsichtbaren Mobilfunk- Strahlen wären energiereich, und die angesprochenen Bürger bekommen einen Lachkrampf bzw. halten diesen wissenschaftlichen Fakt für Esoterik, muss man irgendwann kapitulieren, denn

gegen Dummheit ist bis jetzt noch kein Kraut gewachsen, wenn den Menschen eine gewisse Vorbildung fehlt, redet man gegen eine Mauer !

Hier spielt noch nicht einmal der Ausbildungsweg eine Rolle ! Eine Menge Ärzte habe ich informiert. Mit Verwunderung musste ich bei einigen in den Gesprächen feststellen, dass ihnen die Materie Mobilfunkstrahlen vollkommen fremd war und jegliches Grundwissen, ja überhaupt das Interesse fehlte, über diese Materie von einem Patienten informiert zu werden!

In einer neurologischen Praxis z. B. hing IM UNTERSUCHUNGSZIMMER des Arztes bei den hochempfindlichen Testgeräten ein Schild: BITTE IHR HANDY NICHT INS BEHANDLUNGSZIMMER MITNEHMEN !

Nach meiner persönlichen Information des Arztes habe ich ihm Tage später ein Schild überbracht, das er auch jetzt schon längere Zeit bereits in seinem WARTEZIMMER hängen hat: Durch ein eingeschaltetes HANDY können meine hochempfindlichen Untersuchungsgeräte gestört werden. Schalten Sie deshalb bitte bereits im Wartezimmer ihr HANDY aus !

Diesen Warnhinweis lesen nun täglich zig- Patienten. Ich weiß, dass die Geräte des Arztes beim Einhalten der Anordnung nicht mehr infolge der Handystrahlen gestört werden können. Aber ich hoffe auch, dass der Hinweis zumindest die Bürger nachdenklich stimmt, die aus ihrem Bildungsnotstand heraus die Mobilfunkstrahlen für die ESOTERIK-MASCHE einiger „Mobilfunkspinner“ des 21. Jahrhunderts halten .

dieter keim <> Ilbenstadt

***Nachricht von Manu Knapp*Ortung per Handy**

Sehr geehrter Herr Rudolph,

anbei einen Flyer zum Thema PLC <http://www.buergerwelle.de/pdf/plc.tif> .

Zum Thema Ortung per Handy, so ist es leider so, dass o2 diesen Dienst bereits vor einem Jahr unter dem Namen "Handyfinder" für eine breite Nutzerzahl gestartet hat. D2 vodafone hat jetzt nachgezogen. Viele Speditionen nutzen die Ortung von Fahrzeugen bereits schon seit mehreren Jahren. Der Grund ist oft, dass die Versicherungen das vorschreiben. Besonders bei Transporten von elektronischen Geräten, wie Computer, Handys, Unterhaltungselektronik etc.

Bisher waren dazu eigene Geräte erforderlich, die mit einem GPS-Empfänger ausgestattet sind, welcher die Positionsdaten meisten per SMS an den Disponenten übermitteln. Dort werden die Daten auf einer Kartensoftware ausgewertet und er sieht den tatsächlichen Ort, wo sich das Fahrzeug befindet.

Die Neuen Dienste von o2 und D2 funktionieren ohne zusätzliche Hardware, sind aber, Gott sei Dank, noch nicht sehr genau, so dass die meisten Versicherungen sie noch nicht akzeptieren. Wenn die Netzbetreiber aber ihre Software verfeinern, wird es eines Tages sehr genau sein. Ähnlich, wie es heute schon die Geheimdienste, Polizei etc. nutzen können.

Viele Grüße

Ulrich Weiner

P.S.: Hab Ihnen noch einen aktuellen Artikel aus der Mitglieder-Zeitschrift des VDI beigefügt http://www.buergerwelle.de/pdf/pannenhilfe_ortung_via_handy.tif . Wenn das wirklich stimmt was da steht, dann bedeutet es, dass die Netzbetreiber mittlerweile auch anderen Firmen z.B. Versicherungen ähnliche Zugänge zu ihren Netzen ermöglichen, wie sie es bereits für die Nachrichtendiensten, Polizei etc. bereithalten müssen.

Fw: Elektromagnetische Felder

Am 18. 12. 2003 veröffentlichte eine Ärztin unter "Im Magnetfeld lässt das Leiden nach" folgenden Bericht: Unsere 70 Billionen Körperzellen sind außen positiv und innen negativ geladen. Erst die Verschiebung geladener Teilchen (Ionen) macht die Zellwände durchlässig. Verlieren Zellen Spannung, versuchen Experten sie per Magnetfeld wieder zu stimulieren. Die Technik: Eine Magnetspule erzeugt mit Hilfe von Strom schwache magnetische Impulse, je nach eingestellter Feldstärke. Die ausgesendeten Schwingungen bringen, bei einer maximalen Sitzungsdauer von 30 Minuten, den Stoffwechsel auf Touren.

Diese Ausführungen belegen, dass die Wissenschaft seit Jahren elektromagnetische Strahlen einsetzt und damit verbundene Wirkung auf Zellwände von Lebewesen bekannt sind. Wenn diese Anwendung auf höchstens 30 Minuten Behandlungsdauer bei geringer Feldstärke begrenzt ist, dann sollte die Schlussfolgerung sein, dass längere Übertragungszeiten, und dazu noch durch Mobilfunk-Feldstärken von 1000 MikroWatt/qm, für Lebewesen gefährlich sind.

Für den Rechtsstaat ist es unwürdig, dass von Mobilfunk-Geschädigten nach wie vor Beweisführung von Gesundheitsgefahren durch Mobilfunkstrahlung gefordert wird, obschon eine entsprechende Kausalkette längst vorhanden ist.

Die von der Rechtsprechung leider nach wie vor geübte einseitige Praxis bietet traurige Beispiele. Siehe Entscheidungsgründe des LG Wuppertal vom 28. November 2003, auf Abweisung der Klage, für den Rückbau einer nur sieben Meter vom Wohnhaus entfernten Mobilfunkstation(2O 385/02): Verursachte Schädigungen durch Mobilfunksendeanlagen sind bislang für den Menschen nicht sicher nachgewiesen und nicht nachweisbar. Selbst wenn biologische Auswirkungen bestünden, sind diese Feststellungen nicht als hinreichend wissenschaftlich gesichert anzusehen. Andererseits stünde, selbst wenn dies der Fall wäre, damit noch nicht fest, oder läge aus wissenschaftlicher Sicht die Gefahr noch nicht hinreichend nahe, dass diese Veränderungen auch zu Schädigungen führen.

Man muss sich bei derartiger Begründung mit beiden Händen an den Kopf fassen, und mit Entsetzen feststellen, dass für den Staat offensichtlich nur postum eine Beweisführung durch Sektionsbefund infrage kommt.

Traurige Grüße, *Klaus Kowakowski*

Bemerkungen zur Adlkofer REFLEX-STUDIE

Wie es der chinesische Wissenschaftler Changlin Zhang darstellt [Lit.], zeigt sich der elektromagnetische Körper eines lebenden Organismus im System der Chakren, Meridiane und Akupunkturpunkte. Dieses System wird durch stehende Wellen gebildet, die aber nicht statisch sind, sondern zeitliche Zyklen durchlaufen. [Dissipative Structure of Electromagnetic Field in Living Systems. Frontier Perspective, Vol 12.Nr.1, www.temle.edu/cfs und 'Dichter Körper und elektromagnetischer Körper, Tattva Viveka 6, redaktion@tattva-viveka.de. Kopie notfalls bei W. Wagner]

Waltraud Wagner: Beachtet man diese Ordnung aus holographischen, fraktalen Wellen nicht, so kann man die Zusammenhänge zwischen Vorgängen in der Materie und elektromagnetischen Schwingungen nicht erkennen, die sich in den verschiedensten organischen Prozessen und in chemischen Verbindungen zeigen. Die Forschung wird sehr teuer, weil man alles einzeln untersuchen muss.

Zu der mit über drei Millionen EU finanzierten Studie (Adlkofer, REFLEX-STUDIE) über die Wirkungen elektromagnetischer Felder, bei der Wirkungen bis in das Genom gefunden wurden, äußern sich der russische Biologe und Genetiker Peter Gariaev und der englische Elektrophysiker Cyril Smith wie folgt: Peter Gariaev: "Es ist klar, dass die Wissenschaftler die Wirkungen elektromagnetischer Frequenzen (EMF) unbedingt aus einer neuen Perspektive verstehen müssen, und zwar nicht nur als Proteinreaktionen. Andere Ebenen des Genoms antworten über holographische Flüssigkristalle, über textähnliche Strukturen, über die Polarisation, nonlokal über fraktale Zeitstrukturen usw.

Cyril Smith: Auf Grund des Spektrums der multiplen Frequenzen, das sich ausgehend von einer Frequenz entwickelt, bietet diese eine Frequenz ein Bindeglied zwischen vielen Strukturen auf der materiellen Ebene, wie die der Zellen, der DNS, der Organe, des gesamten Körpers. Das ist die eine Seite, die andere sind die raumzeitlosen Strukturen kohärenter Zustände. Es ist die Wirkung der multiplen Frequenzen, für die es keine absolute Maßkala gibt und die damit verbundene Fraktalität, die technische Frequenzen biologisch und

technisch wirksam macht." Das Adlkofer REFLEX-Projekt arbeitet noch in den Bereichen klassischer Wirkungen, wenn auch mit viel besseren Einrichtungen als ich sie jemals hatte. Es wird lange dauern, bis sie damit irgendeinen wirkenden Mechanismus herausfinden.

Grüße
Waltraud Wagner, Warburg

Quelle: Newsletter der Partei Aufbruch für Bürgerrechte, Freiheit und Gesundheit

Antennenwald wird immer dichter

Dem Kanton und den Gemeinden sind die Hände gebunden

Gegen 2500 Mobilfunkantennen sind im Kanton St. Gallen in Betrieb, Tendenz steigend. Vielerorts regt sich Widerstand. Werden die Grenzwerte aber eingehalten, können Gesuche nicht abgelehnt werden.

Thomas Walliser Keel

Zufrieden ist eigentlich niemand. Die Mobilfunkbetreiber wollen möglichst schnell ihrem Auftrag für eine flächendeckende Versorgung nachkommen, werden aber durch Einsprachen blockiert. Anwohner einer Antenne beschwerten sich wie in Hemberg über Kopfweh oder protestieren bereits gegen den Bau wie in Ennetbühl (siehe Kasten), haben die Rechtsprechung aber nicht auf ihrer Seite.

Dazwischen stehen Gemeinden und Kanton, deren Spielraum eng ist. «Wenn die gesetzlichen Vorgaben eingehalten sind, besteht ein Anspruch auf Bewilligung. Wir können nicht darüber befinden, ob es die neue Antenne braucht oder nicht. Die Kantone haben vielmehr zu vollziehen, was das Bundesrecht vorgibt», sagt Christof Gämperle, Generalsekretär des kantonalen Baudepartements.

Nur Grenzwerte zählen

Die von Gegnern eines Wildwuchses beim Antennenbau erhobene Forderung, die Behörden sollten die Koordination in die Hand nehmen, ist deshalb nicht zu erfüllen. Einzig bei den weniger häufigeren Standorten außerhalb der Bauzone hat der Kanton etwas mehr Einfluss. Dort wacht das Amt für Raumentwicklung darüber, ob die Argumente des Betreibers für den Standort zum Beispiel an einer Autobahn ausreichen, wie der Fachverantwortliche für nicht-ionisierende Strahlung (NIS) im Amt für Umweltschutz Martin Hohl erklärt. Aber auch hier gilt: Einwände von eventuellen Anwohnern zählen nicht, solange die Grenzwerte eingehalten sind.

Drohungen

Mit Einsprachen sind die Mobilfunkmasten also kaum zu verhindern, höchstens zu verzögern. Am längeren Hebel sitzen nur die Eigentümer des Bodens, auf dem ein Betreiber bauen will. **Diese werden durch Entschädigungen von mehreren tausend Franken pro Jahr geködert - müssen dafür aber unter Umständen üble Drohungen von Nachbarn in Kauf nehmen - so richtig zufrieden ist eigentlich niemand. Um Bewegung in die Sache zu bringen, hat die St. Galler Regierung im März 2003 ein Schreiben an den Bundesrat gerichtet.** «Die Situation ist unhaltbar. Als Regierung sind wir einerseits konfrontiert mit bestrittenen und dennoch bundesrechtlich vorgegebenen Grenzwerten, andererseits mit dem wachsenden Unmut der Bevölkerung, aber auch der Gemeindebehörden», hieß es in dem Schreiben.

Entscheid erst im April

Die Regierung forderte daher, dass der Bund unverzüglich ein Nationales Forschungsprogramm «Nicht-ionisierende Strahlung, Umwelt und Gesundheit» bewilligt, um genauere Daten über die Schädlichkeit der Strahlung zu erhalten. In seiner Antwort vertröstete das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) auf Ende 2003, dann werde der Bundesrat über die neuen Forschungsprogramme befinden. Dem war nicht so. Das NIS-Forschungsprogramm ist laut Jürg Baumann, Chef der Sektion NIS im Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal), noch im Rennen. Entschieden werde aber erst im kommenden April. Selbst wenn das Programm bewilligt wird, ist mit schnellen Antworten wegen der Komplexität der Materie nicht zu rechnen. Immerhin wurde ein Fortschritt in der Kontrolle der bestehenden Anlagen erreicht. Ab Mitte 2004 will das Bundesamt

für Kommunikation den Kantonen eine Datenbank zur Verfügung stellen, dank der jederzeit geprüft werden kann, wie viel Leistung eine Antenne fährt. «Besorgte Bürger können sich dann an uns wenden und Auskunft verlangen, ob die Grenzwerte eingehalten werden», sagt Martin Hohl.

Immer mehr

Unabhängig davon geht der Ausbau weiter. Die Handy-Benutzer werden künftig mehr Daten, zum Beispiel Bilder, schneller übermitteln können als bisher, so Urs Pfister vom St. Galler Amt für Raumentwicklung. Zudem werden wohl in Ballungszentren häufiger Mikrofunkzellen mit einer Reichweite von 300 Metern eingesetzt, um die Hauptstandorte zu entlasten - für die einen ein Segen, **für die anderen ein Fluch.**

Beispiel Ennetbühl

Derzeit gibt es im Kanton St. Gallen schätzungsweise 500 bis 600 Standorte mit 2000 bis 2500 Mobilfunkantennen verschiedener Anbieter und mit unterschiedlicher Frequenz. Gut ein Dutzend Gesuche ist hängig. Eines der umstrittenen Verfahren läuft in der Toggenburger Gemeinde Krummenau. Dort soll bei Ennetbühl, gut sichtbar von der Strasse Schwägälp-Neu St. Johann aus, ein 29 Meter statt wie bisher 20 Meter hoher Mast errichtet werden.

17 Antennen

Bislang benutzt nur die Kantonspolizei diesen Standort, neu sollen die drei Mobilfunkbetreiber Orange, Sunrise und Swisscom dazukommen und mit 17 Antennen senden. **Dagegen haben im vergangenen Mai in letzter Minute - das Gesuch war nicht amtlich publiziert worden, was laut kantonalem Recht zulässig ist - 50 Einwohner Einsprache erhoben.** «Wir befinden uns hier in einem Erholungsgebiet, trotzdem steht bald auf jedem Miststock eine Natel-Antenne», kritisiert Stephan Sutter von der neu gegründeten Interessengemeinschaft Mobilfunkantennen Stop Obertoggenburg (IG MSO). Dazu kommen gesundheitliche Bedenken, welche die Mobilfunkbetreiber bei einem Augenschein im September laut Sutter nicht ausräumen konnten.

«Freilandversuch»

«Wir befinden uns in einem Mikrowellen-Freilandversuch für Mensch, Tier und Pflanzen», so Sutter angesichts der ungelösten Frage, ob und wie stark schädlich die Strahlen sind. Dies verstöße gegen Bundesrecht: Das Umweltschutzgesetz verlangt im Sinne der Vorsorge, dass Menschen, Tiere und Pflanzen vor Einwirkungen zu schützen sind, die schädlich werden können. Gleichwohl ist die IG MSO laut Sutter nicht gegen die Benutzung von Handys, sondern gegen einen unkontrollierten Ausbau der Netze. Seit dem Augenschein warten die IG MSO und die Mobilfunkbetreiber auf den Entscheid des Krummenauer Gemeinderats. Dieser soll heute fallen. Ein Informationsabend für die Bevölkerung ist laut Gemeindepräsident Reinhard Kobelt nicht geplant. (twk)

Montag, 12. Januar 2004

http://www.tagblatt.ch/index.cfm?pass_id=863681&liste=863630,863628,863634,863633,863656,863652,863653,863654,863655,863816,863681,863754,863759,863772

Nachricht von der BI Bad Dürkheim

Protestaktionen von Rettet den Regenwald: Indonesien+Brasilien

Bitte beteiligen Sie sich an zwei neuen Protestaktionen von Rettet den Regenwald!

- 1. Zellstoff-Fabrik bedroht Borneos Regenwälder**
- 2. Brasiliens Präsident Lula soll indigene Bevölkerung von Roraima schützen**

Mit finanziellen Garantien will die Weltbank eine 1,2 Milliarden US-Dollar teure Zellstoff-Fabrik in Südkalimantan auf der indonesischen Insel Borneo absichern. Die Zellstoff-Industrie in Indonesien ist für das illegale Abholzen riesiger Regenwaldflächen und die Vergiftung von Flüssen, Böden und Luft verantwortlich. Das geplante Projekt bedroht die ohnehin schon stark degradierten Wälder auf Borneo, Heimat der letzten Orang-Utans. Deutschland ist drittgrößter Geldgeber der Weltbank und hat einen eigenen Exekutivdirektor. Bitte protestieren Sie umgehend gegen das geplante Zellstoff-Werk. Auf unserer Homepage <http://www.regenwald.org> haben wir einen Musterbrief formuliert.

Die indigene Bevölkerung im brasilianischen Bundesstaat Roraima soll Ende Januar 2004 demarkierte Schutzgebiete erhalten, die ihnen laut Verfassung zustehen. Farmer und Reisproduzenten versuchen mit Drohungen und Blockaden, dies zu verhindern. Appellieren Sie sofort an den brasilianischen Präsidenten Lula, den Schutz der Indigenen zu gewährleisten. Auf unserer Homepage <http://www.regenwald.org> haben wir einen Musterbrief formuliert.

Bitte verbreiten Sie diese mail an möglichst viele Freunde und Bekannte!

Vielen Dank und beste Grüße

Reinhard Behrend, Vorsitzender Rettet den Regenwald e.V., Friedhofsweg 28,
22337 Hamburg, info@regenwald.ORG, www.regenwald.ORG

Domino-Effekt im Gehirn

Frankfurter Rundschau 09.01.2004

Die Creutzfeldt-Jakob-Krankheit

VON NICOLA SIEGMUND-SCHULTZE (FRANKFURT A.M.)

Bisher ist Deutschland offenbar verschont geblieben. Bisher ist hier zu Lande bei keinem Menschen die neue Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit (vCJK) nachgewiesen worden, die - das wurde 1997 belegt - durch den Verzehr BSE-verseuchten Fleisches hervorgerufen wird. Es ist aber wohl nur eine Frage der Zeit, bis auch hier zu Lande der erste Patient mit vCJK entdeckt wird. In den USA hatte es im Jahr 2002 den ersten Fall einer vCJK-Erkrankung gegeben bei einer Frau, die aus Großbritannien stammte.

Die deutschen Wissenschaftler sehen das realistisch. 300 bis 600 Fälle bis zum Jahr 2040 in Deutschland halten Forscher für möglich, wenn man ein "Worst-case-Szenario" - also ein Modell mit der schlimmstmöglichen Annahme - zur rechnerischen Grundlage nimmt. Diese Zahlen wurden vor gut zwei Jahren vom Paul-Ehrlich-Institut genannt, dem Bundesamt für Sera und Impfstoffe.

Damals engte das Amt auch die Voraussetzungen für Blutspenden ein: Wer zwischen 1980 und 1996 in Großbritannien oder Irland gelebt hat, darf nicht spenden, Blut und Blutprodukte aus den Ländern werden bei uns nicht verwendet. Eine weise Entscheidung, wie sich jetzt herausstellt. Denn vor kurzem ist in Großbritannien erstmals ein Mensch an CJK gestorben, der sich über Blut infiziert hat. Der Spender war 1999 der Krankheit erlegen.

Die Creutzfeldt-Jakob-Krankheit gehört zu den spongiformen Enzephalopathien, einer Gruppe von Erkrankungen des Nervensystems, die zu einem Abbau von Hirngewebe führt und immer zum Tode, jedenfalls bisher. Die "klassische" Form der CJK haben 1920 die deutschen Neurologen Hans Gerhard Creutzfeldt und Alfons Jakob beschrieben. Ihnen fielen bei der Untersuchung des Hirngewebes nach dem Tod schwammartige (spongiforme) Veränderungen auf, die den Krankheiten ihren Namen gaben.

Ein Fall pro einer Million Menschen

Die CJK kommt im statistischen Mittel bei jährlich einem von einer Million Einwohner vor. Sie kann spontan auftreten oder auf Grund einer erblichen Veranlagung. Sie kann aber auch durch infiziertes Gewebe bei Transplantationen oder nicht ausreichende Sterilisierung von chirurgischen Instrumenten weitergegeben werden.

Die Krankheit trifft meist Menschen im höheren Lebensalter, durchschnittlich sind sie 65 Jahre alt. Depressionen und Verhaltensauffälligkeiten können die ersten Symptome sein, aber auch Gedächtnis- und Bewegungsstörungen sowie Sprach- und Orientierungsverlust, ähnlich wie bei der Alzheimerschen Krankheit. Neun bis zwölf Monate nach den ersten Symptomen sterben die meisten Menschen. Anders bei der neuen Variante der CJK. Sie trifft häufig junge Menschen - in Großbritannien sind die meisten 18 bis 35 Jahre alt - und sie leiden länger, nämlich zwölf bis 26 Monate.

Die verschiedenen Formen von CJK werden zusammen mit einer dritten Krankheit, dem noch selteneren Gerstmann-Sträussler-Scheinker-Syndrom, zu den Prionen-Erkrankungen gezählt. Sie haben eines gemein: Prionproteine, normale

Eiweißmoleküle im Nervengewebe, ändern ihre Form und verklumpen. Sie leiten eine Degeneration von Nervenzellen ein. Das Fatale: Sind einige Prionproteine in schlechter Form, zwingen sie andere in der Nähe ebenfalls hinein. Und so fallen die gesunden Nachbar-Proteine bald um wie die Dominosteine.

Diese Lawine im Gehirn können auch falsch gefaltete Prionproteine auslösen, die der Mensch aufnimmt über infiziertes Blut und Gewebe oder durch infiziertes Fleisch von BSE-kranken Rindern wie bei der vCJK.

Der Grund dafür, warum mehr junge Menschen an der neuen Variante der CJK erkranken, liegt vermutlich darin, dass bei ihnen noch mehr Immungewebe eng mit dem Darm verbunden ist als bei älteren Menschen. Darmassoziierte Immunzellen nehmen Mikroben aus dem Darm auf und geben sie ans Lymphsystem weiter, um die Bakterien zu bekämpfen. Die Prionproteine BSE-infizierter Rinder sind blinde Passagiere, werden dann aber von den Immunzellen ans Nervensystem weitergegeben.

Die Bundesregierung fördert seit 2001 ein nationales Forschungsnetz, das neue Impulse für die Vorsorge, Diagnostik und Therapie der spongiformen Enzephalopathien beim Menschen geben soll. Ein hoffnungsvoller Ansatz für die Therapie wurdet im März 2003 in der Zeitschrift Nature vorgestellt: Spezielle Antikörper stabilisieren gesunde Prionproteine in ihrer guten Form, auch wenn sie mit kranken "Anstiftern" in Kontakt kommen. Dadurch lässt sich der Domino-Effekt und damit der Ausbruch der Krankheit verhindern. Noch aber ist das nur bei Mäusen gelungen.

http://www.fr-aktuell.de/ressorts/nachrichten_und_politik/thema_des_tages/?cnt=367981

Copyright © Frankfurter Rundschau online 2004

Nachricht und folgender Leserbrief an die FR von Marianne Kirst

FR Domino-Effekt im Gehirn

Die Creutzfeldt-Jakob-Krankheit, 9.1.04

Rechtzeitige Erkenntnis gewünscht, bevor es zu spät ist!

Schleichend kehrt nicht nur der Rinderwahnsinn bei den Viechern ein, sondern auch verstärkt beim Menschen. Creutzfeldt-Jakob durch BSE-verseuchtes Fleisch, eine Erkrankung des Nervensystems, die zum Abbau von Hirngewebe führt. Sie schreiben, dass früher überwiegend ältere Menschen betroffen waren. Dass inzwischen immer häufiger auch jüngere Menschen daran erkranken und eine längere Leidensphase haben, liegt vielleicht doch an den noch nicht wissenschaftlich erwiesenen Nebenwirkungen des Mobilfunks.

In einem Vortrag zum Thema „Macht Mobilfunk krank?“, zitiert Dr. Ulrich Warnke von der Universität des Saarlandes, Lehrstab Präventivbiologie, Technische Biomedizin und Umweltmedizin: „Die Funktion des Organismus ist gestört, er wird krank, wie jedem deutlich geworden ist durch die Berichte über Prionen(Proteine)-Eiweiße, die aktuell für die neue Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit verantwortlich gemacht werden.“ Falsch gefaltete Proteine durch technisch freigesetzte elektromagnetische Strahlung? Warnke warnt vor diesem Mechanismus bereits seit vielen Jahren – ohne Erfolg für die Durchführung einer gediegenen Untersuchung dieses brennenden Problems. Er sagt, „die Bevölkerung leidet mehrheitlich nicht an definierten Krankheiten, sondern an Funktionsstörungen, die die täglich zu erbringende Leistung stark einschränken und schließlich zu Krankheiten disponieren können.“ Und letztendlich können laut Dr. Warnke Enzyme selbst, wenn sie von der Falschfaltung betroffen wären, auch nicht helfend eingreifen; ein Teufelskreis entstehe.

Omega: siehe den vollständigen Vortrag von Dr. Warnke unter:

http://www.buergerwelle.de/pdf/warnke_macht_mobilfunk_krank.pdf

Nichts als Risiken verbergen sich also hinter diesem technologischen „Wirtschaftswunder“, dem „dank“ der Eltern die Babys schon in der Wiege erliegen! Ja, alles braucht seine Zeit, leider auch die Erkenntnis über die Ursache vieler Krankheiten; für viele ist es dann längst zu spät!

Marianne Kirst

Omega: siehe zu diesem Thema aus unseren Archiven:

BSE und EMF

Gibt es eine Verbindung zwischen Boviner Spongio-Enzephalitis und Elektro-Magnetischen Feldern ?

Stand der Wissenschaft ist, dass nicht die Infektion durch einen neuen, zuvor nicht vorhanden gewesenen Virus die Krankheit BSE ("Rinderwahnsinn") auslöst, sondern dass es Faltungsveränderungen von im Organismus vorhandenen harmlosen Eiweißmolekülen sind, die den Wandel der in jedem Organismus vorhandenen Prionen bewirken. Diese geraten so aus dem Zustand harmloser Koexistenz in die Phase hochpathogener Krankheitserreger. Für dieses bedeutsame Resultat der Prionenforschung ist 1998 der Nobelpreis vergeben worden.

Wenn man als Wissenschaftler angesichts dieser Gegebenheiten die öffentliche Diskussion über "BSE im Rindfleisch" verfolgt, besonders die Zuspitzung dieses Themas im letzten Vierteljahr des Jahres 2000, drängen sich einige Fragen auf, die auf möglicherweise bedeutsame wissenschaftstheoretische und wirtschaftspolitische Zusammenhänge hindeuten:

- **Warum wird in der Bevölkerung weiterhin das Bild vom "Killervirus" aufrechterhalten, welches über den Infektionsweg in Rind und Mensch gelange?**
- **Warum wird nirgends die Frage nach dem Auslöser von Faltungsveränderungen in Eiweißmolekülen gestellt?**
- **Warum konzentrieren sich politische Maßnahmen und wissenschaftliche Fragestellungen und damit auch die öffentliche Sicht in einer wahnhaft anmutenden Manier auf die Ausschließlichkeit tiermehlverseuchten Futters?**
- **Warum ist bei allen öffentlichen Diskutanten gesunder Menschenverstand scheinbar ausgeschaltet, welchem sich die Frage nach auslösenden Faktoren sich sonst aufdrängen müsste?**
- **Warum werden die Resultate der Prionenforschung in der öffentlichen Diskussion so konstant ignoriert?**

Acht wissenschaftliche Fakten sind es, aus denen sich bis zum Beweis des Gegenteils ein direkter, mindestens kofaktorieller Zusammenhang zwischen BSE und Mobilfunktechnik ergibt:

1. BSE entsteht durch Drehimpulse an gesunden Molekülen, und nicht durch die Infektion mit neuen Viren: In der Prionenforschung konnte präzisiert werden, dass es Faltungsveränderungen von im Organismus vorhandenen harmlosen Eiweißmolekülen sind, die die Pathogenität von Prionen bewirken, und nicht die Kontamination durch ein neues Virus. Wo zum Beispiel zunächst der seitliche Arm eines Moleküls rechts des Molekülhauptstamms positioniert ist, genügt ein kleiner Drehimpuls, der den Seitenarm nach links knickt, damit ein Prion Krankheit erzeugen kann. **Auf der molekularen Ebene braucht es dafür nur extrem kleine Anstoß-Impulse, die sonst wirkungslos blieben, wenn sie ihren Effekt nicht an Feinstrukturen von Lebewesen entfalten könnten, deren Winkelpositionen-Veränderungen enorme funktionelle Auswirkungen haben.**

2. Viren können Krankheit erzeugen, wenn ihre Molekülform durch elektromagnetische Impulse getroffen wird: Sterische Molekülkonfigurationen sind die den biochemischen Bausteinen eigenen räumlichen Stellungen des Moleküls im Raum. Dies bedeutet, dass die Wirkung eines Stoffes im Körper von der Winkelstellung und der Drehungsrichtung des einen Atoms zum anderen und der einen Molekülgruppe zur anderen abhängt. Die biochemischen Komponenten von Molekülen wie zum Beispiel der Gelatine (-C-C-N-C-C-N-C-C-N-C-C-) können in die eine oder andere Richtung verdrillt sein, mit diesem oder jenem Winkel; die chemische Zusammensetzung ändert sich jeweils nicht, aber die Wirkung des Moleküls im Körper kann sehr unterschiedlich sein. **Auch Chromosomenbrüche, ein bekannter biologischer Effekt athermischer elektromagnetischer Wellen, haben ihre Ursache wahrscheinlich in der beschriebenen Modifikation sterischer Molekülkonfiguration.**

3. Abwehr gegen BSE basiert auf ungestörten schwachen elektromagnetischen Feldern natürlicher Herkunft: Van-der-Vaal'sche Kräfte sind der Ausdruck extrem schwacher elektromagnetischer Felder. Sie bewirken beim lebenden Organismus die Aufrechterhaltung der naturgegebenen sterischen Molekülkonfiguration. **Physiologische sterische Molekülkonfigurationen werden durch körpereigene elektromagnetische Anziehungskräfte und durch Steuerungsimpulse natürlicher Quellen aufrechterhalten, die sich auf der molekularen Ebene als van-der-Vaal'sche Kräfte manifestieren.** Die Quellen dieser natürlichen elektromagnetischen Felder sind Wechselwirkungsfelder irdischer und kosmischer Kraftfelder, sogenannte Schumannwellen, Geomagnetwellen, Solarwellen und Mikrowitter, sowie andere als Klimaschwankungen bezeichnete Einflüsse. **Die Reizstärke dieser**

Felder ist so klein und liegt überwiegend im athermischen Bereich, dass offenkundig selbst noch Gedankenimpulse immunologische sterische Molekülkonfigurationen zu verändern imstande sind.

4. Elektromagnetische Impulse bewirken molekulare Bausteinveränderungen mit Laserwirkung: Fraktale sind Selbstähnlichkeiten des Ganzen unter Vergrößerung. Anders ausgedrückt: Fraktale sind kleine Bausteine, die die Struktur des Ganzen in sich bergen. Die Natur und die Bauweise des Körpers von Lebewesen sind vielfach fraktal organisiert. Beispiele dafür sind auf der Seite der Natur Farne, Bäume, Schneeflocken, Kristallbildungen, Landschaftsstrukturen und auf der Seite des Körpers das Reticulo-Endotheliales System RES, der Gefäßbaum der Niere, die Koronararterien, der histologische Aufbau vieler Gewebe, die Gefäßversorgung des Gehirns, und vieles andere mehr. So wird die schillernde und unbegreifliche Vielfalt dessen, was wir Leben nennen, mittels variierender Komposition einfachster Bausteine und durch die Wechselwirkung ordnender und chaotischer Prinzipien gewährleistet. Fraktale Selbstähnlichkeiten finden sich bis hin zur Symptomatik und Morphologie von Krankheiten in Bezug auf den betreffenden Menschen wieder. **Mikroskopische Modifikationen eines Fraktals in organisierten Systemen mit scheinbar geringfügigsten Reizstärken bewirken bedeutsame makroskopische Form- und Funktionsveränderungen des Ganzen. Ein minimaler physikalischer Impuls kann genügen, um zum Beispiel die Winkelposition in einem Fraktal zu verändern, und ein solcher der grobstofflichen Betrachtung als irrelevant erscheinender Impuls reicht dann aus, um sich in der Effekt-Potenzierung auf die makroskopische Ebene als gravierende Veränderung des Ganzen auszuwirken.** Kohärenz im biologischen System - darunter versteht man die Gleichrichtung eines Impulses, was auch dem Prinzip des Lasers zugrunde liegt, mit dem eine niedrige Reizdosis starke Wirkungen erzeugt - beruht auf einer Phasenkoppelung fraktaler Resonatoren. **Dadurch also, dass sehr viele Feinstrukturen auf eine äußere Einwirkung gleich reagieren, können sich auch minimale Reize im System katastrophal auswirken. Bekannt geworden ist dieses Phänomen am Beispiel des Soldatengleichschritts auf der Brücke, der infolge Gleichschaltung der Impulse zum Einsturz der Brücke führt.**

5. Flexibilitätsverlust vermindert die Kompensation: Die Größe der Molekül-Komplexe entscheidet über die Biokompatibilität und die metabolische Flexibilität. Die Spanne zwischen Flexibilität und Starre ist im biologischen System gleichzeitig der Dipol zwischen optimalen Funktionsreserven einerseits und dem Zusammenbruch kompensatorischer Regulation andererseits. Wie viele H₂O-Moleküle sich zum Beispiel im Wasser zu größeren oder kleineren Komplexen verbinden, bedingt im Körper, ob Sogkräfte entwickelt werden und physiologische Funktionen korrekt geschehen oder nicht. Diese entscheiden über die kolloidale Balance von Sol- und Gel-Zuständen, also die Relation flüssiger und verfestigter Phasen eines Lösungsmediums.

6. Elektromagnetische Eingriffe an der Form und den Komplexen von Molekülen verändern das Gehirnmilieu: Die Eigenschaft von Kolloiden und die Wirkung der darin enthaltenen chemischen Stoffe hängen entscheidend von der richtigen Größe von Molekülkomplexen ab. Stress und freie Radikale erzeugen Konglomerationen kleiner Bauelemente. Die Wechselwirkung innerer Steuerungsimpulse des biologischen Systems mit externen Signalen ähnlicher Reizstärken - also auch die Exposition gegenüber Mobilfunktechnologie - erzeugt Stress und reduziert so zunächst unspezifisch das Ausgleichsvermögen des Systems, sowohl gegen körpereigene intermediäre Stoffwechselprodukte als auch gegen äußere Nahrungs- und Giftbelastungen. Die inneren Strukturen und Funktionen des Glaskörpers in Auge, Innenohr, Knorpel und Bandscheiben, in Sehnenscheiden, in der Innenauskleidung der Gefäßwände, in der Rückenmarks- und Gehirnflüssigkeit, im Blut und in vielen anderen inneren Medien des Körpers stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Größe und der sterischen Konfiguration von Molekülkomplexen und mit der kolloidalen Balance des jeweiligen Mediums.

7. Elektromagnetische Felder in der Tierhaltung: In der heutigen Tierhaltung wird großer Wert darauf gelegt, die Fleischproduktionsrate auszuschöpfen und gleichzeitig Futterrationen einzusparen, die keinen unmittelbaren Profit mehr erzeugen. Zu diesem Zweck sind Kühe (wahrscheinlich auch andere Schlachttierarten) mit einem Sender am Hals oder in der Ohrmuschel bestückt. Über diese Sensoren erkennt der Futtertrog dann, welche Kuh vor ihm steht und wie viel Futter ihr noch zusteht. Der Trog ist wiederum über elektronische Sensoren mit dem Silo verbunden, sodass die jeweilige Futtermenge in Relation zur Profiterwartung ausgeschüttet werden kann. **Bereits diese Spezifität moderner Schlachtierhaltung bedingt ein hohes Maß an "Kontamination" der Tiere durch elektromagnetische Felder, und diese Exposition erfolgt ständig. Darüber hinaus sind Kühe im besonderen elektromagnetischen Feldern ausgesetzt, die durch Weidezäune unterhalten werden. Zum dritten ist es die wachsende Intensität und Breitflächigkeit von niederfrequent gepulsten Hochfrequenzen, die durch Mobilfunkanlagen emittiert werden, welche das die Tiere umgebende Mosaik elektromagnetischer Felder komplettiert. Die verschiedenen auf die Tiere einwirkenden elektromagnetischen Felder können sich in ihrer biologischen Wirkung gegenseitig potenzieren, insbesondere was den Anstoßimpuls von Veränderungen sterischer Molekülkonfigurationen betrifft. Ein potenziertes Effekt ist nicht als bloße Addition zu berechnen, sondern mathematisch als Potenz zu betrachten. Zusammen mit chemischen Giftstoffen, auch mit Tierkadavermehl im Futter, können sie mindestens mit der gleichen Wahrscheinlichkeit synergistisch wirken, mit der ein Effekt ausbleiben kann.**

Verschiedene Synergistische Reizeinwirkungen im biologischen System erzeugen miteinander ganz neue Arten von Reaktionen, die von ihrer Art her von keiner Reizeinwirkung alleine erzeugt worden wären.

8. Elektromagnetische Felder sind Türöffner für chemische Gifte ins Gehirn: Gepulste elektromagnetische Hochfrequenzfelder mindern die Barrierefunktion der Bluthirnschranke; sie erhöhen also die Durchlässigkeit für nervenschädigende Eiweißkörper in Nervenstrukturen hinein. Diese auch als "Troja-Pferd-Effekt" bezeichnete pathologisch erhöhte Durchlässigkeit der Liquorschranke für cerebrotoxische Proteine hängt nicht von der Dauer der Exposition ab, der Effekt tritt sofort ein. Wenn also Viren im Tierfutter vorhanden sind, sind elektromagnetische Felder daran beteiligt, diesen den Zutritt in Nervenstrukturen zu begünstigen. Elektromagnetische Felder und BSE-Prionen wirken synergistisch.

Die Entwicklung neuer Virusnachweismethoden ist mindestens ungenügend, wenn sie nicht sogar als ein grundsätzlich falscher Ansatz bezeichnet werden muss. Die politische Strategie, Rinderherden radikal zu schlachten, in denen ein BSE-Fall aufgetreten ist und einzelne Regionen vom Markt auszuschließen, erscheint bei wissenschaftlicher Betrachtung als hilflos. **Logische Konsequenzen wären, die elektromagnetischen Belastungen der Umgebung zu senken statt weiter auszubauen, und die Haltungsbedingungen der Tiere und damit auch die Ernährungsweise der Menschen entscheidend zu verändern.**

Die bisherigen offiziellen Reaktionen auf die BSE-Krise gleichen einem Bauernverband, der feststellt, dass zunehmend Felder mit abgeknickten Ähren beobachtet werden. Sofort lässt man alle geknickten Halme herausreißen, dann wird bei künftigem Knick-Befall die jeweilige Umgebung des Halmes geschnitten, später wird das gesamte Feld verbrannt, auf dem wieder ein Halm-Knick beobachtet wird, und schließlich eliminiert man ganze Landstriche von der Vermarktung. Die geknickten Halme werden genauestens nach krankhaften Halm-Proteinen untersucht, aber niemand prüft, ob es vielleicht besondere klimatische Bedingungen oder Stürme sind, die sich zunächst an wenigen, aber allmählich immer mehr Halmen auswirken. Auch betrifft das Phänomen zunächst nur eine Getreidesorte, später fällt auf, dass es sich auf weitere Sorten ausdehnt, und dennoch wird nur in den Pflanzenwurzeln geforscht und versucht, ein Frühwarnsystem zu entwickeln, das die Aufnahme des "Knick-Proteins" durch Haarwurzeln signalisieren soll. **Dass es Wechselwirkungen klimatischer Faktoren mit den Bodenbedingungen und der Überzüchtung der Pflanzen sind, auf denen das pathologische Phänomen beruht, scheint den Forschern und dem Bauernverband als irrelevant.** Ja, man bezeichnet diesen Gedanken sogar als diletantisch.

Bis zum Beweis des Gegenteils gibt es keinen Anlass, am Ernst der möglichen Zusammenhänge zwischen BSE und EMF zu zweifeln, und - wenn man wissenschaftlich reflektiert statt Glaubenssätze zu wiederholen - müssen die folgenden Fragen wahrscheinlich bejaht werden:

- **Wirken elektromagnetische Felder aus technischen Quellen als Auslösefaktoren für die Faltungsveränderung harmloser Eiweißmoleküle, sodass diese ihren Charakter in den von hochinfektiösen und neurodestruktiven Viren verändern?**
- **Sind elektromagnetische Felder (EMF) somit als eigentliche Ursachen der BSE-Epidemiologie zu identifizieren?**
- **Bleiben die Zusammenhänge zwischen EMF und BSE noch unbenannt, weil man die Empörung der Bevölkerung noch nicht zu beschwichtigen weiß?**
- **Ist eine radikale Änderung der Haltungsbedingungen der Tiere und damit auch die Veränderung der Ernährungsgewohnheiten von Menschen unerlässlich, wenn das BSE-Problem gelöst werden soll?**
- **Ist sonst mit einer schleichenden Gewöhnung der Bevölkerung an die Zunahme hirndegenerativer Erkrankungen zu erwarten, wie es in den letzten 20 Jahren auch bei der Krebsinzidenz zu beobachten ist?**
- **Sind forschenden Wissenschaftlern und entscheidenden Politikern die kofaktoriellen Zusammenhänge zwischen EMF und BSE bekannt?**
- **Halten öffentliche Meinungsbildner wider besseres Wissen an der wahnhaft anmutenden Version vom verseuchten Tierfutter als alleiniger BSE-Ursache fest?**

Als Vegetarier wäre mir zwar das Argument, Massentierhaltung, Kraftfutter und Tierkadavermehlverfütterung an Pflanzenfresser erzeugten Wahnsinn, eine willkommene Gelegenheit, gegen Massenschlachtungen Stellung zu beziehen. **Aber angesichts der obigen Auflistung von physiologischen und epidemiologischen Gegebenheiten ist es angezeigt, nicht länger dem irrationalen Glaubenssatz von der alleinigen Verursachung des BSE-Problems durch kontaminiertes Tierfutter zu folgen, sondern Konsequenzen zu ziehen, die dem Stand des Wissens Rechnung tragen, und zwar sowohl in der wissenschaftlichen Forschung als auch in der öffentlichen Diskussion und bei politischen sowie administrativen Entscheidungsträgern. Denn was heute mit der Gesundheit der Tiere passiert, geschieht morgen den Menschen - dieser Satz hat sich bislang immer bewahrheitet.**

Es ist hoch wahrscheinlich, dass sich in der "BSE-Krise" nur die Spitze eines aus synergistischen Wechselwirkungen zwischen künstlichen elektromagnetischen Feldern und chemisch-toxischen Belastungen bestehenden Eisbergs zeigt, dessen Umfang auch die Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten in der Inzidenz neuer degenerativer Erkrankungen im Gehirn und Nervensystem immer deutlicher erkennen werden. Dass jetzt noch Wissenschaftler und Politiker über die offenkundigen Warnsymptome hinwegschweigen, drängt zur Beantwortung der gestellten ernsthaften Fragen.

Anschrift des Autors: Dr. med. Karl-Heinz Braun-von Gladiß, Stofelweid 16, CH 9053 Teufen, braunvongladiss@tele-net.ch, www.tele-net.ch/braunvongladiss

© Dr. med. Karl-Heinz Braun-von Gladiß, Paracelsus Klinik Lustmühle, Jan.2001

<http://www.buergerwelle.de/d/doc/aktuell/bse-bvg.htm> (Auszug)

"Absolut im Trend"

Still und heimlich: Die Einführung digitaler Ausweispapiere mit biometrischen Merkmalen bleibt weitgehend unbeachtet.

<http://www.telepolis.de/tp/deutsch/inhalt/te/16450/1.html>

Gehen Datensätze von EU-Fluggästen bereits in das US-Überwachungssystem CAPPS II?

Im Dezember berichtete EU-Kommissar Frits Bolkestein, dass man erfolgreich ein Abkommen mit den USA verhandelt und dabei CAPPS II ausgeschlossen habe -anscheinend versteht man das Abkommen in den USA aber anders.

<http://www.telepolis.de/tp/deutsch/inhalt/te/16468/1.html>

EKG-Handy-Therapie per Telefon...

(Auszug)

Hallo Herr Rudolph, Herr Zwerenz,

...ich habe heute in einer Telekommunikationszeitschrift (TeleTalk, Magazin für erfolgreiche Kommunikation....!!!! Ausgabe 1 Januar 04, www.teletalk.de) einen Artikel über den Einsatz des "Handys" im Gesundheitswesen gelesen. **Ich war ja bisher einiges gewohnt, aber das ist der Gipfel. Unter anderem wird das EKG-Handy beschrieben, mit dem Patienten im Notfall ein EKG direkt an ein medizinisches "Call-Center" schicken können, dazu müssen sie es an die Brust halten und die Messergebnisse abwarten. Grotesk !! Ich dachte, ich bin im falschen Film.**

Viele Grüße aus Worms

>>> *Stefan Dinges* <<<

Omega siehe dazu auch: <http://www.teltarif.de/arch/2003/kw47/s12085.html>

Leserbrief:

Sehr geehrter Herr Graevemeyer,

..ich bekomme solche Zeitschriften wie die Ihre, nur zufällig zum Lesen. Ich bin Mobilfunk-Kritiker. Der o.g. Artikel lässt mich erschauern.

Der Gipfel ist ja wohl das EKG-Handy. An der unkritischen Schreibweise sehe ich, woher das Geld für Ihre Zeitschrift kommt. Selbst das relativ unkritische Bundesamt für Strahlenschutz empfiehlt, "Handys" nicht am Körper zu tragen.

Meine Schlussfolgerung: Patienten, die noch nicht genug leiden, fügen sich noch mehr Schaden durch EKG-Messung zu, können aber gleichzeitig mit "ruhigem" Gewissen den Notarzt zu Hause lassen (..spart Kosten) und sich per Ferndiagnose, -und Manipulation (...das wäre doch des Weiterentwickelns wert !!!), die ins Straucheln gekommenen Herzen wieder richten lassen (....auch per SMS möglich????!!!!!!).

Viele Grüße aus Worms
>>> *Stefan Dinges* <<<

Schirmung elektromagnetischer Wellen im persönlichen Umfeld

Sehr geehrter Herr Rudolph,

beim Stöbern habe ich auf der Internet Seite des "Bayerischen Landesamt für Umweltschutz" eine Broschüre mit dem Titel "**Schirmung elektromagnetischer Wellen im persönlichen Umfeld**" gefunden:
<http://www.bayern.de/lfu/laerm/veroeffentlichungen/mobilfunk.pdf>

Es ist schon "erstaunlich", dass es (wie im Vorwort behauptet) keine nationalen noch internationalen Gremien gibt, die das Absenken von Grenzwerten empfehlen. Dennoch wird eine umfangreiche Broschüre aufgelegt, die sich ausschließlich mit der Abschirmung beschäftigt.

MfG

N.N.

Omega: der Verfasser dieser Meldung ist uns bekannt. Er möchte aber aus persönlichen Gründen nicht genannt werden.

Schlafkrank: Mehr als acht Millionen Deutsche betroffen

Köln (dpa) - **Mehr als acht Millionen Menschen leiden in Deutschland an zum Teil gefährlichen Schlafstörungen. Rund fünf Millionen Menschen sind dabei von behandlungsbedürftiger Schlaflosigkeit betroffen, weitere drei bis vier Millionen von übermäßiger Tagesschläfrigkeit.** Das sagte der Vize-Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Schlafforschung, Professor Göran Hajak, zum Auftakt eines dreitägigen Weiterbildungskongresses der Bundesärztekammer am Donnerstag in Köln.

Ein Viertel aller Unfälle in Verkehr und Haushalt gehe auf krankhafte Tagesschläfrigkeit zurück. Zum Arzt sollten Menschen gehen, die mindestens drei Mal pro Woche vier Wochen lang an Schlafstörungen leiden, riet Hajak. **Manche Patienten können nicht ein- oder durchschlafen, andere nicken am Tag plötzlich gegen ihren Willen ein (Hypersomnie).** Bei der Hypersomnie trete häufig das so genannte Schlafapnoe-Syndrom auf, ein Schnarchen mit Atemstillständen, das im Extremfall lebensgefährlich sein könne.

Viele Menschen gönnen sich aber in der derzeitigen Freizeitgesellschaft den nötigen Schlaf nicht mehr, betonte Hajak. «Die meisten akkumulieren Müdigkeit, oft zwei Stunden pro Woche.» Statt sich am Wochenende auszuschlafen, komme nach zwei Tagen Freizeitstress ein «übermüdetes Volk» montags zurück an den Arbeitsplatz.

«**Schlaf ist heutzutage weniger Genuss als notwendiges Übel**», sagte der Schlafforscher vor rund 400 Experten aus allen Medizinbereichen. **Wer zwischen sieben und neun Stunden täglich schläft, hat Hajak zufolge auch ein geringeres Sterberisiko als Menschen, die regelmäßig mehr oder weniger schlafen.** Sehr sinnvoll seien kleine Ruhepausen am Mittag, auch eine kurze Siesta am Arbeitsplatz von höchstens einer halben Stunde.

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2004&m=1&d=9&id=106909>

Omega dazu:

Die gesundheitlichen Frühwarnzeichen werden vom "halben" Volk (noch?) unterdrückt!

Macht doch gerade dieses Melatonin-Defizit eine Fülle von vegetativen und anderweitigen Symptomen verständlich, wie sie nach kontinuierlichem Handygebrauch vielfältig vorzufinden sind wie: Kopfschmerzen, Schlafstörungen, Konzentrations- und Gedächtnisschwäche, Nervosität, Tinnitus, jene unerträglichen Ohrgeräusche, ferner Schweißausbrüche, Potenzprobleme in Form von Erektionschwäche, Hochdruckkrisen, Stressintoleranz, Immundefizit, u.a.!

Bekanntlich wird das Melatonin als ein neurokrines Gehirnhormon der Zirbeldrüse, der Epiphyse, produziert. Melatonin steuert u.a. die "circadianen" Tag-Nacht-Rhythmen, insbesondere also Schlafen und Wachen. Erstes Symptom einer Reduktion dieses "Schlafhormons" sind demnach auch Schlafstörungen mit Zerschlagenheit am Morgen, ähnlich dem "Jetlag", den man mit Melatonin teilweise erfolgreich behandeln kann.

Im weiteren steuert das Melatonin die Produktion unserer Stresshormone, des Adrenalins und Noradrenalins im Nebennierenmark. Dies erklärt die vielfältig geklagte Adynamie, die Stressintoleranz, das Müde- und Schlappsein.

<http://www.partei-aufbruch.de/mobilfunk/scheiner.htm#BM6d>

und

Auswirkungen von Elektromagnetischen Feldern

Eine Recherche russischer Studienergebnisse 1960-1996

Karl Hecht

Prof. em. Prof. Dr. med. Karl Hecht

Stress-, Schlaf-, Chrono-, Umwelt-, Raumfahrtmedizin

Büxensteinallee 25

12527 Berlin

Diese Studie verschwand in den Schubladen der Behörden!

Die Studie kommt zu dem Schluss:

"Abschließend kann eingeschätzt werden, dass das EMF als ein stiller Disstressor bewertet werden kann, dessen bioaktiver Effekt von verschiedenen Faktoren abhängig ist und dessen pathogene Wirkung erst nach Jahren sichtbar wird. Bezüglich des Symptomatik bestehen Ähnlichkeiten mit dem Chronischen Müdigkeitssyndrom (Chronic Fatigue Syndrom CFS)."

Grenzwerte BRD: 4,7 bzw. 9,5W/m² - ehemalige Sowjetunion: 0,004 W/m²

In der früheren Sowjetunion lagen die Grenzwerte im Bereich der Salzburger Vorsorgewerte - und das nicht ohne Grund...!

Für russische Wissenschaftler gelten sogenannte athermische Effekte als selbstverständliche Wissensgrundlage...

http://www.funkenflug1998.de/inhalt/wissen/w_b_ausf/udssr_forschung.html (Auszug)

und

Das Grundrauschen... und die Alten

Die Auswirkung der Summe aller Sendestrahlen im örtlichen Lebensraum nennt man Grundrauschen.

Beim Begriff "Grundrauschen" unterscheidet man nicht, ob es harmlose Langwellen, oder höchst gefährliche Mikrowellenstrahlungen sind.

Die Behörden kennen heute die Folgen für die Gesamtbevölkerung infolge Ansteigens des Grundrauschens. Das Grundrauschen wird auch weitab von Sendeanlagen gemessen und ist die Summe aller hochfrequenten Einstrahlung, z.B. an dem Ort, an dem ich lebe. Diese ist vergleichbar mit dem Wasserstand eines Sees. Je mehr Wasser die Zuläufe führen, desto höher steigt der Seespiegel. Ein Ansteigen des Seespiegels ist zu erwarten wenn plötzlich unzählige neue Bäche in den See geleitet werden. Auf Sendeanlagen umgemünzt: Je mehr neue Sender gebaut werden, und seien diese auch noch so schwach, das Grundrauschen steigt in jedem Fall. Auch wenn der Stausee nur millimeterweise ansteigt, eines Tages werden alle Landlebewesen jämmerlich ertrinken. Zuerst werden die Nichtschwimmer, dann die Greise, die Kinder, die Schwachen usw. in den Tod gehen, wenn nicht die Behörden eine Evakuierung mit Gewalt anordnen... Für Anwohner einer Sendeanlage gelten aber noch andere "Verordnungen". Das Grundrauschen ist für staatliche Regelwerte kein Thema. Es beträgt im schweizerischen Mittelland zur Zeit im Durchschnitt schon 0.04 V/m. In der Umgebung des nun abgeschalteten Kurzwellensenders erkrankten die Menschen ab 0,4 V/m, also beim 10-fachen Pegel des Grundrauschens im Mittelland. Da hat noch unsäglich viel Platz, sagt sich die Telekommunikationsindustrie und verschweigt wichtige Tatsachen:

Die über 70 Jahre alten Menschen können schon durch das Grundrauschen krank werden.

Dr. U. Pfister, Mathematiker und Naturwissenschaftler aus Rüeggisberg, BE, hat anhand der von der Universität Bern in der Umgebung des Kurzwellensenders Schwarzenburg erhobenen Daten die **Häufigkeit von elektromagnetisch verursachten Schlafstörungen** im Bezug auf das Alter der Betroffenen berechnet. Hier ein paar Eckdaten. **Überdurchschnittlich viele und schwere Schlafstörungen haben:**

- * 20-jährige bei einem Pegel von 3V/m 60-jährige bei einem Pegel von 0.1/m
- * 32-jährige bei einem Pegel von 1V/m 70-jährige bei einem Pegel von 0.04V/m
- * 45-jährige bei einem Pegel von 0.4V/m 80-jährige bei einem Pegel von ...

(Klicken Sie auf das Bild, um eine vergrößerte Version zu erhalten)

Omega Bild siehe unter http://www.gigaherz.ch/Kursbuch/Seite_18.cfm

Eine wichtige Erkenntnis, die zutage getreten ist: Gesundheitsstörungen durch Elektrosmog sind auch abhängig vom Alter der betroffenen Menschen.

Nicht das geringste Ansteigen des Grundrauschens erträgt indessen der Standardmensch von über 70 Jahren. Für die über 70 Jahre alten Menschen ist mit dem Grundrauschen bereits der krankmachende Pegel erreicht. Müssen... oder werden die Alten aus den Agglomerationen "verschwinden", oder stehen wir vor einem neuen, elektromagnetischen Genozid ?

http://www.gigaherz.ch/Kursbuch/Seite_18.cfm

http://www.gigaherz.ch/Kursbuch/Seite_35.cfm

<http://www.gigaherz.ch/518/print/>

<http://www.gigaherz.ch/206/print/>

<http://www.gigaherz.ch/32/>

Tierschutz

Liebe Gallier,

auf der Internetseite <http://animals-constitution.info/de/> findet Ihr eine vorgefertigte Petition. Bitte unterstützt mit mir, dass der Tierschutz in die EU-Verfassung mit aufgenommen wird. Ich bitte Euch auch, diese Info weiterzugeben!

Information von KMN Knapp

ELEKTRONIK - Urlaub vom Datenstrom

Brückenbauer

Dank dem Handy sind wir permanent erreichbar und dank dem Internet pausenlos über das Neueste informiert. **Viele fühlen sich von dieser Fülle überfordert. Sie legen deshalb Offline-Ferien ein, Diät- und Entwöhnungskuren, in denen sie auf digitale Daten verzichten und sich den Luxus leisten, weder per Telefon noch per E-Mail erreichbar zu sein.**

<http://www.brueckenbauer.ch/INHALT/0401/01trends.htm> (Auszug)

Automatische Ortung via Handy

mobile2day.de (Auszug)

Vodafone verbessert den Dienst "CorporateFleetManagement" und bietet ab sofort die **Möglichkeit der passiven Ortung. Durch sie kann der Disponent über einen internetfähigen PC jederzeit feststellen, wo sich seine Mitarbeiter aufhalten.**

Gleichzeitig kann er die Auftragsabwicklung zeitnah vom PC aus verfolgen und so die Außendienstmitarbeiter deutlich effizienter steuern. Die problemlose Vernetzung von "CorporateFleetManagement" in bestehende Abrechnungs- und Zeitsysteme verringert zudem den Verwaltungsaufwand. Das neue Preismodell kann darüber hinaus die Kosten der Aussendienst-Steuerung deutlich senken.

Einmal angemeldet, ist die passive Lokalisierung über das Vodafone-Mobilfunknetz aktiviert. **So können Unternehmen ihre Außendienstmitarbeiter per Vodafone-Handy innerhalb Deutschlands jederzeit und in Städten bis zu einer Genauigkeit von wenigen hundert Metern orten.** Die Position der lokalisierten Mitarbeiter wird auf einer Karte im Internet dargestellt. Über das Auftragsmanagement via SMS oder WAP inklusive Antwortfunktion, kann der Disponent neue Aufträge zuordnen und Abwicklungszeiten verkürzen. Zudem zeigen Alarmfunktionen an, wann der Außendienstmitarbeiter eine Vertriebszone erreicht oder verlässt. Die integrierte Arbeitszeiterfassung sowie individuell konfigurierbare Exportschnittstellen zur Weiterverwendung der Daten fügen das "CorporateFleet-Management" nahtlos in die Systeme der Unternehmen ein und bieten damit zusätzliches Sparpotenzial.

Das Unternehmen kann das gewählte Ortungsvolumen auf beliebig viele Mitarbeiter aufteilen – ein zusätzlicher Basispreis pro Teilnehmer entfällt.

Mit "CorporateFleetManagement" bietet Vodafone Unternehmen wie Kurier-, Pflege- und Sicherheitsdiensten sowie Speditions-, Service- und Handwerksfirmen ein effizientes Instrument, ihre Betriebsabläufe weiter zu optimieren. Für die Ortung benötigen die Unternehmen lediglich Vodafone-Handys. Über einen handelsüblichen PC mit Internetanbindung können die Daten dann, in dem eigens für den Kunden zugänglichen und gesicherten Bereich auf der Vodafone-Homepage, abgefragt und verwaltet werden. Zusätzliche Investitionen für Soft- oder Hardware sind für den Einsatz von "CorporateFleetManagement" nicht notwendig. (ts)

http://www.mobile2day.de/news/news_details.html?nd_ref=2260

Omega: wieder ein Riesenschritt in die totale Überwachung! Der gläserne Bürger lässt grüßen!

Stadtchef verbant die Handymasten

Neue Kärntner Tageszeitung

Der Spittaler Bürgermeister hat den Mobilfunk-Masten den Kampf angesagt. Errichtung auf Gemeindegrund wird nicht genehmigt. Anlage in der Villacher Straße wurde gerade noch verhindert.

SPITTAL. Ob Handymasten gesundheitsschädlich sind oder nicht, darüber streiten sich die Wissenschaftler. **So lange es keine "Unbedenklichkeitsatteste" gibt, werden sie auf Spittaler Gemeindegrund jedenfalls nicht mehr aufgestellt, das verkündete der Spittaler Bürgermeister Gerhard Köfer.**

Aufbau gestoppt

Er stoppte gestern im letzten Moment das Aufstellen eines Mastens auf dem Dach einer Wohnanlage in der Villacher Straße. Köfer reagierte damit auf den Protest der Bewohner und erteilte zugleich ein "Mastenverbot" für alle gemeindeeigenen Grundstücke und Häuser. "So lange nicht feststeht, dass keine Gefahr für die Gesundheit besteht, haben diese Masten im bewohnten Gebiet nichts verloren", so der Stadtchef.

Der Mast wird nun verlegt und strahlt als mobile Anlage in Form eines Anhängers mit einer rund 30 Meter hohen ausfahrbaren Antennen-Teleskopanlage künftig von einem unbewohnten Gelände in der Türkaserne. "Dort stellt die Anlage keine Gefahr für Anwohner dar", so Köfer.

Begrenzte Handhabe

Auf privatem Grund und bei privaten Objekten kann die Stadtgemeinde das Aufstellen der Handymasten übrigens nicht verhindern, die Antennen-Anlagen sind laut Kärntner Bauordnung nämlich nur mitteilungs-pflichtig. **Diesbezüglich wünscht sich der Bürgermeister in Zukunft aber eine stärkere Handhabe. "Zum Schutz des Ortsbildes und der Gesundheit", so Köfer.**

http://www.ktz.at/content_detail.php?detail_id=13360

Mobilfunkkataster

Die Mobilfunkkarte gibt einen Überblick über alle Ende 2003 in Betrieb befindlichen Mobilfunk-Standorte im Standard der GSM- und der UMTS-Technologie im Gemeindegebiet der Stadt Frankfurt am Main. Sie umfasst alle aktiven Stationen, sowohl auf Hochbauten, als auch auf oder in öffentlichen Verkehrseinrichtungen (z.B. in U- und S-Bahn-Stationen oder im Straßenraum), bzw. alt bestehende, genehmigungsfrei errichtete Anlagen. Die Standorte wurden der Stadt Frankfurt im Sinne einer vertrauensbildenden Transparenz seitens der Mobilfunkunternehmen, die auch für die kontinuierlichen Ergänzungen Rechnung tragen, übermittelt und entsprechen den Meldungen bei der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post, der das immissionsschutzrechtliche Zulassungsverfahren nach dem Gesetz obliegt.

Anfragen zu immissionsschutzrechtlichen Belangen, auch einzelner Anlagen, sind an diese Behörde zu richten. Die für Frankfurt am Main zuständige Außenstelle findet sich in Eschborn. Weitere Informationen erhalten Sie ggf. auch von den jeweiligen Mobilfunkbetreiberfirmen.

Den Kartenmaßstab begründet sich aus den Anforderungen des Hessischen Datenschutzrechtes . Eine parzellenscharfe Zuordnung der Standorte anhand der Karte auf konkrete Liegenschaftsadressen ist dabei nicht möglich, dennoch ist aus kommunaler Sicht ein sachdienlicher Informationswert gegeben.

Die Mobilfunkkarte wird nach Bedarf, in der Regel zwei Mal jährlich, fortgeschrieben.

http://www.frankfurt.de/sis/Rathaus.php?navi=http%3A%2F%2Fwww.frankfurt.de%2Fsis%2Fsis%2Fdetail.php%3Ftemplate_id%3D1452&_url=http%3A%2F%2Fwww.frankfurt.de%2Fsis%2Fsis%2Fdetail.php%3Fid%3D85018%26_reload%3D1

"Wellenbrecher" sagen Mobilfunk den Kampf an

Merkur Online 07.01.2004

Neue Bürgerinitiative gegründet

Dorfen (ao/cds) - "Wellenbrecher - Initiative zum Schutz vor zusätzlicher Mobilfunkstrahlung": Das sind Titel und Ziel der Bürgerinitiative, die 26 Dorfener am Montag im Gasthaus "Am Markt" gegründet haben. Sie nahmen die Mobilfunkanlage ins Visier, die auf dem Dach des ESC-Gebäudes gebaut werden soll - direkt neben der geplanten Grundschule inmitten einer Siedlung in der Nähe des Krankenhauses. Mit Druck auf sozialer und politischer Ebene will man den dortigen Bau der Anlage verhindern.

Eine der Hauptforderung der Initiative: Die Kommune soll einen unabhängigen Gutachter bestellen, der mit den Mobilfunkbetreibern einen unbedenklichen Standort findet. Einig waren sich die Anwesenden, dass sich ihre geplanten Aktionen keinesfalls gegen den ESC richten sollen, **sondern gegen eine Gefährdung der Anwohner und aller Bürger.**

Durch den Mobilfunk-Vertrag möchte sich der ESC eine neue Einnahmequellen erschließen: Rund 140 000 Euro soll der Verein mit der Mobilfunkanlage laut Initiativen-Sprecher Stefan Brönnle in zehn Jahren erhalten - 700 Euro im Monat.

Ob der Vertrag zwischen ESC und Mobilfunkbetreiber bereits unterzeichnet ist, war weder den anwesenden Stadträten noch den ESC-Mitgliedern bekannt. Stadtrat und ESC-Ehrenmitglied Bernhard Krach (NLD) erklärte sich bereit, dies zusammen mit ESC-Mitglied Jakob Schwab und Brönnle beim ESC-Präsidenten Emil Rudolf zu klären. Dem Dorfener Anzeiger wurde gestern aus gut unterrichteten Kreisen bekannt, dass der ESC lediglich einen Vorvertrag unterzeichnet habe.

Unklarheit herrscht über die Kündbarkeit des Vertrags: Laut Brönnle, der als Landschaftsökologie auch Kurse zur Elektrobiologie organisiert, hatte Rudolf ihm in einer internen ESC-Versammlung mitgeteilt, der Vertrag sei jederzeit kündbar. Mittlerweile habe der Präsident aber behauptet, der Vertrag besitze eine Kündigungsfrist.

Rechtlich könne sich die Bürgerinitiative nicht gegen den Bau der Anlage einsetzen, machte Brönnle klar. Um Druck auf den ESC, die Kommune und den Mobilfunkbetreiber auszuüben, plant die Initiative jetzt, die Sponsoren des ESC zu informieren. Brönnle hofft, dass die Geldgeber bereit wären, zur Verhinderung der Mobilfunkanlage dem Verein mehr zu zahlen.

Desweiteren will die Initiative eine Unterschriftenaktion starten, einen Informationsstand am Marktplatz errichten und Flugblätter verteilen. Brönnle will an alle Stadträte, Bürgermeister Josef Sterr und Dorfener Ärzte und Apotheker schreiben, und sie um eine klare Stellungnahme bitten. mm

<http://www.merkur-online.de/regionen/dorfen/42,226852.html?fCMS=9505326758a73764556306a562e6893b>

Macht Mobilfunk krank?

Mit der Bitte um größtmögliche Verteilung

Ein ausgezeichneter Vortrag eines Mannes, der noch nie eine Aussage zurücknehmen musste. Omega: siehe unter:

http://www.buergerwelle.de/pdf/warnke_macht_mobilfunk_krank.pdf

Die Einschätzung von Warnke zeigt m. E., wie wichtig es wäre, den Verantwortlichen in Berlin einen persönlichen Besuch abzustatten, um über den Druck von Massendemonstrationen, die Wende einer unverantwortlichen Politik im Umgang mit gesundheitsschädlichen Mikrowellen einzuleiten.

Ich schlage vor, dass alle Kräfte über eine konzertierte Aktion gebündelt werden. Die größte Reichweite hat die Bürgerwelle, die die meisten Bürgerinitiativen hierzu aufrufen sollte. Mit ins Boot gehörten auch alle Initiativen, die sich mit dem Thema Gesundheit beschäftigen.

Auch andere unglaubliche Geschehnisse in unserem Land leben davon, dass die Menschen wie paralysiert in ihren Stuben hocken. Wie wir alle wissen, macht es keinen Sinn, sich in Einzelaktionen zu verlieren. Die Adresse der Bürgerwelle finden Sie unter www.buergerwelle.de

Gerd Ernst Zesar

Pressesprecher der internationalen Gesellschaft für interdisziplinäre Wissenschaft

Nur dumme Kriminelle identifizierbar

Datenschützer gegen Halbjahresspeicherung von Telefonverbindungen

05. Jan. 2004

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Peter Schaar, lehnt die Bundesratsinitiative zur langfristigen Speicherung von Telefonverbindungen ab. Schaar sagte dem Magazin "Focus": "Wenn sich jeder, der beispielsweise im Internet surft, beobachtet fühlen muss, höhlt das die verfassungsmäßig garantierten Rechte auf Fernmeldegeheimnis und Informationsfreiheit aus." Nach der Gesetzesinitiative des Bundesrates zu so

genannten Vorratsdatenspeicherung sollen Verbindungsdaten von Telefonaten oder Internettouren ein halbes Jahr lang gespeichert werden.

Schaar sagte, die erhofften Erfolge bei der Kriminalitätsbekämpfung stünden in keinem Verhältnis zu dem Eingriff in das Fernmeldegeheimnis und in die Informationsfreiheit. Die Ermittlungsbehörden sollten statt neuen Befugnisse mehr Geld für Personal und Technik erhalten, damit sie im Rahmen der bereits vorhandenen Gesetze wirksamer arbeiten könnten.

Ohnehin ist es technisch möglich, ohne Spuren zu hinterlassen zu kommunizieren. Anonymisierungsdienste verschleiern Internet-Sitzungen, Telefonieren ist über auf fremde Namen registrierte Handy-Karten möglich. Verschlüsselungsprogramme wie PGP oder GnuPG machen es jedermann möglich, elektronische Kommunikation für Unbefugte unlesbar zu machen. Steganographie ermöglicht es, Informationen beispielsweise in Bildern zu verstecken, die nicht einmal als Informationen erkennbar sind und nur von demjenigen gefunden werden können, der von ihrer Existenz weiß. **Da auch die einzelnen Verbindungsdaten auf Wunsch des Kunden nicht gespeichert, sondern sofort nach Rechnungsversand gelöscht werden, lassen sich mittels solcher Überwachungsmaßnahmen nur dumme Kriminelle erwischen.**

Text unter Verwendung von Material von: ddp

http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=7534

Kampf um Handy-Netze

US-Experte will für Irak Mobilfunknetz nach US-Standard

Noch vor einem Ende des Irak-Krieges deutet sich ein Streit zwischen den USA und Europa um den zukünftigen Mobilfunkstandard für das Land an. Die USA müssten sich frühzeitig für eine Entscheidung zu Gunsten des amerikanischen Standards CDMA anstelle des europäischen GSM einsetzen, forderte der kalifornische Rechtsexperte Darell Issa in einem Brief an Verteidigungsminister Donald Rumsfeld einem Bericht des "Wall Street Journal" von Donnerstag zufolge. Von einem GSM-Netz würden anderenfalls nur europäische Mobilfunkausrüster profitieren.

"Die US-Regierung wird bald für den Aufbau eines irakischen Mobilfunknetzes die Dollar amerikanischer Steuerzahler über Frankreich, Deutschland und andere europäische Mobilfunk-Unternehmen ausschütten", zitiert die Zeitung den Republikaner. Issa fordert deshalb, der Technologie amerikanischer Unternehmen wie etwa Qualcomm den Vorrang zu geben. Irak, Nordkorea und Afghanistan gehören zu den letzten großen Ländern, die noch über kein Mobilfunknetz verfügen.

Die GSM-Technologie (Global System for Mobile Communication) wurde von einem Konsortium europäischer Unternehmen, darunter Nokia und Ericsson entwickelt. Sie ist in Europa und im Mittleren Osten die am meisten verbreitete Technologie. Insgesamt gibt es rund 331 Millionen Nutzer weltweit. Das unter anderem in den USA genutzte CDMA-Netz (Code Division Multiple Access) mit derzeit rund 67 Millionen Nutzern geht auf eine Entwicklung der Alliierten Militärs aus dem Zweiten Weltkrieg zurück.

(N24.de, dpa)

<http://www.n24.de/nachrichten/ausland/irak/?a2003032714244857381>

Big Brother auf der Autobahn

Trotz Kritik der Datenschützer wird die Erfassung von Autokennzeichen per Video in einigen unionsregierten Bundesländern kommen, auch Nordrhein-Westfalen zeigt sich interessiert

<http://www.telepolis.de/tp/deutsch/inhalt/te/16445/1.html>

Treibhauseffekt: Der Tschadsee trocknet aus

04.01.2004

Welche katastrophalen Auswirkungen der Klimawechsel heute in den südlichen Ländern und morgen in den reichen nördlichen Ländern haben kann, zeigt die Entwicklung des Tschadsees an der afrikanischen Länder Ecke zwischen Tschad, Niger, Nigeria und Kamerun.

<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/4193.php>

WWF schlägt Alarm

12.250 Tierarten akut vom Aussterben bedroht

Um die Fauna auf Erden ist es schlecht bestellt. Viele Tierarten wird es in ein paar Jahren höchstwahrscheinlich nicht mehr geben. Grauwale, Luchse, Nashörner & Co. sind in akuter Gefahr. Im vergangenen Jahr kamen rund tausend weitere Spezies auf die rote Liste.

<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/4212.php>

Versicherer fürchten Mobilfunk-Risiken

Die 'Süddeutsche Zeitung' berichtet:

**Mögliche Gefahren durch Strahlung
Versicherer fürchten die Mobilfunk-Risiken**

Viele Konzerne verweigern Handy-Herstellern und Netzbetreibern Deckung für eventuelle spätere Gesundheitsschäden.

Von Martin Reim

Von Handys und Mobilfunk-Sendemasten geht elektromagnetische Strahlung aus. Bis heute wird von vielen befürchtet, dass diese Strahlen Menschen krank machen könnten. Einen wissenschaftlichen Beleg für diese These gibt es allerdings nicht.

Falls eine Gesundheitsgefährdung nachgewiesen werden sollte, könnte es zu Schadensersatz-Forderungen gegen Unternehmen kommen, die mit der Verbreitung solcher Strahlenfelder zu tun haben. Prinzipiell können Konzerne solche Risiken durch ihre Betriebshaftpflicht-Police abdecken.

Die Versicherung müsste dann eventuelle Zahlungen an Opfer oder deren Angehörige übernehmen. Allerdings schließen immer mehr Versicherungen derartige Risiken aus ihren Policen aus. Das berichteten auf Anfrage der Süddeutschen Zeitung übereinstimmend Vertreter der beiden größten Versicherungsmakler der Welt, Marsh und Aon.

Asbest als Warnung

Diese Firmen kennen den Markt besonders gut, weil sie Verträge zwischen Versicherungen und der Industrie vermitteln. Georg Bräuchle, Geschäftsführer bei Marsh Deutschland, teilte mit, in den bereits beendeten Vertragsverhandlungen für das laufende Jahr seien diese Risiken „erstmalig auf breiter Front“ ausgeschlossen worden.

Insbesondere hätten Firmen, die sich mit Mobilfunk beschäftigen, keine Deckung mehr erhalten. Ein Sprecher von Aon Jauch&Hübener, der Deutschland-Repräsentanz von Aon, bestätigt dies. Das Bestreben, die Risiken

elektromagnetischer Strahlung auszuschließen, gebe es schon seit längerem. Jetzt hätten sich „viele Versicherer erstmals durchgesetzt“.

Welche Mobilfunk-Firmen hiervon betroffen sind, war am Dienstag nicht zu erfahren. Die Handy-Hersteller Siemens, Nokia und Motorola teilten mit, sie gäben zu Versicherungsfragen generell keine Auskunft.

Gleichlautend äußerten sich die Mobilfunkbetreiber T-Mobile und O2. **Eine Sprecherin der Mobilfunk-Gesellschaft Vodafone Deutschland betonte allerdings, die Betriebshaftpflicht-Police ihres Hauses gelte auch für elektromagnetische Strahlung.**

Ein Sprecher des deutschen Marktführers Allianz sagte, sein Haus versichere schon länger keinen Handy-Hersteller mehr gegen die Elektromog-Risiken. Bei Mobilfunk-Betreibern gebe es eine „Fall-zu-Fall-Betrachtung“.

Der Allianz-Sprecher begründete die Skepsis damit, dass die gesundheitlichen Konsequenzen der elektromagnetischen Strahlung „nicht abschätzbar“ seien. „Wenn sich irgendwann eine Gefährlichkeit nachweisen ließe, hätte das verheerende Wirkungen für die gesamte Versicherungsbranche.“

Die Allianz besitze keine eindeutigen oder exklusiven Studien über eine Gesundheitsgefährdung durch die Strahlen. **Man gehe lediglich nach dem branchenweit anerkannten Prinzip vor, dass unkalkulierbare Risiken nicht versicherbar seien.**

Grund für die restriktive Haltung der Allianz beim Problem der elektromagnetischen Strahlung seien die Erfahrungen mit Asbest. Das Mineral, das jahrzehntelang am Bau zum Schutz vor Feuer eingesetzt wurde, galt lange als ungefährlich.

Dann wurde bewiesen, dass die Fasern Krebs erzeugen können. Seitdem müssen Versicherungen insbesondere in den USA Milliardensummen aufwenden, weil Produzenten und Verarbeiter von Asbest bei ihnen versichert waren.

Ein Branchenkenner erklärte, die harte Haltung der Allianz habe jetzt viele kleinere Versicherer zum gleichen Vorgehen ermutigt. Hintergrund des Schwenks sei, dass die Industrieversicherungen jahrelang Verlust gemacht hätten und nun mehr auf Profit achteten.

So schließe auch der HDI, der zu den größten Branchenvertretern gehört, mittlerweile bei Mobilfunk-Firmen die Elektromog-Risiken aus. Vom HDI gab es dazu keine Stellungnahme.

Quelle: www.sueddeutsche.de/wirtschaft/artikel/589/25564/

Der Kommentar aus der gleichen Ausgabe:

Das Handy als Kursrisiko

Viele Menschen vermuten, die Strahlungen von Handys und Mobilfunk-Masten erzeugten Krebs. Man könnte auf den ersten Blick meinen, die Versicherungen teilten diese Ansicht inzwischen.

Von Martin Reim

Jahrelang haben sie Handyhersteller und Netzbetreiber gegen eventuelle Schadensersatz-Zahlungen abgesichert; neuerdings wird dieser Schutz häufig verweigert.

Dies Verhalten zeigt jedoch nur, dass die wirtschaftlichen Gefahren des Mobilfunks größer sind als gedacht. Auf eine geänderte Einschätzung der gesundheitlichen Risiken lässt sich daraus nicht schließen.

Grund: Der Schwenk beruht nicht auf zusätzlichen wissenschaftlichen Erkenntnissen oder einer Neubewertung vorhandener Studien. **Die Versicherungen haben vielmehr aus dem Asbest-Problem gelernt: Jahrzehntlang waren Wissenschaftler überwiegend der Ansicht, das Mineral sei ungefährlich.**

Mahnendes Beispiel

Seit sich das Gegenteil erwies, werden Milliardenzahlungen an Produzenten und Weiterverarbeiter fällig, weil diese wiederum massiven Schadenersatz leisten müssen. Schon die Vorstellung, beim Mobilfunk könnte es irgendwann ähnlich laufen, lässt die Versicherer zurückschrecken.

Zudem ist der Ausschluss dieser Risiken derzeit relativ leicht durchsetzbar. Über Jahre waren die Versicherer im Industriegeschäft unangemessen großzügig, was zu hohen Verlusten führte. Das wollen viele Anbieter mittlerweile ändern, weshalb für die Kunden ein schärferer Wind weht.

Die Teilhaber von Mobilfunk-Firmen sollte diese Trendwende allerdings vorsichtig stimmen. Falls der Haftpflicht-Schutz tatsächlich unvollständig ist, droht den Konzernen Gefahr.

Denn sie müssten einen möglichen Schadenersatz komplett aus eigener Tasche bezahlen. Vergleichbares hat schon einige von Asbest-Firmen in die Pleite getrieben. Dabei geht es nicht nur darum, ob eine Gesundheitsgefährdung durch Elektromog irgendwann zweifelsfrei nachgewiesen wird.

Wahrscheinlichkeit schon ausreichend

Es könnte schon dann kostspielig werden, wenn beispielsweise in den Vereinigten Staaten die Rechtsprechung zur Ansicht käme, eine Schädigung sei genügend wahrscheinlich.

Ein einziges negatives Urteil könnte den Kurs des betroffenen Unternehmens in Mitleidenschaft ziehen. Deshalb ist es geboten, dass die Konzerne über ihren Versicherungsschutz informieren.

Beispiel Siemens: Das Unternehmen schweigt sich in dieser Frage aus. Die Handy-Produktion der Münchner war im vergangenen Quartal so hoch wie nie zuvor und wird immer wichtiger für den Gesamtkonzern. Da könnte man schon mal sagen, welche wirtschaftlichen Risiken darin schlummern.

Quelle: www.sueddeutsche.de/wirtschaft/artikel/586/25561/

Weitere Informationen finden Sie zu diesem Thema in:

Elektromog - ein Phantomrisiko

Eine 33-seitige Ausarbeitung der Schweizer Rück (=Swiss Re) aus dem Jahr 1999 (pdf, 189 KB)

Quelle: <http://tinyurl.com/2yplj>

Dazu auch:

Mobilfunk und Versicherungen

Sehr geehrte Mitstreiter, Mitarbeiter der Presse sowie der Verwaltungen

Anliegend ein Artikel aus der Süddeutschen - also nicht von der Fraktion der "Angstmacher" wie kritische Beobachter des Mobilfunks ja gerne abgetan werden! *Omega: Artikel siehe oben*

Wer möchte unter diesem Aspekt künftig noch eine Antenne auf das städtische Gebäude setzen?

Wer riskiert einen Rechtsstreit mit dem Nachbarn?

Bemerkenswert auch die Haltung in einigen Krankenhäusern, die ja sehr häufig Mobilfunkantennen auf den Dächern haben. Dort will man aus Altverträgen aussteigen und neue Antennen nicht zulassen!

Mobilfunk ist heute nicht mehr wegzudenken, muss aber dringendst "umgebaut" werden! **Die enorme Strahlung muss massiv reduziert werden. Outdoor-Telefonie funktioniert. Indoor-Telefonie kann individuell durch Repeater ermöglicht werden, ohne dass gleichzeitig Alle be- und möglicherweise verstrahlt werden!**

Wie schon lange von uns gefordert, sollten derzeit überhaupt keine neuen Anlagen errichtet werden! Verwaltung und Politik sollten bei weiteren Anträgen, bei den Hauseigentümern nachfragen, ob die überhaupt

einer solchen Anlage zustimmen wollen (teilweise laufen Anfragen für neue Standorte bei den Kommunen ohne Kenntnis der Eigentümer!) und ob ihnen das Risiko bewusst ist?

Der Hinweis auf Grenzwerte ist obsolet! Mobilfunker und Hauseigentümer werden jetzt mit Haftungsrisiken konfrontiert! Das ist gut so! Der leichtsinnige Umgang mit dieser Strahlung muss beendet werden!

Allerdings sollte man auch an dieser Stelle wieder darauf hinweisen, dass die WLAN-Netze in den Firmen und Behörden, das derzeit aktuelle Trendthema "Im Cafe und überall online gehen" durch Hotspots, sowie natürlich die Schnurlostelefone ebenfalls bedenkliche Strahlung erzeugen!

Noch einmal zusammengefasst die Forderung:

- Umgehend Leistungsabsenkung vorhandener Anlagen!
- Baustopp für alle neuen UMTS-Anlagen!
- Keine Genehmigungen seitens der Kommunen ohne Rücksprache und Aufklärung der Eigentümer (auch wenn das nicht die Aufgabe der Bauaufsicht sein sollte - aber politisch kann man das wünschen und fordern!)
- Aufklärung seitens der Gesundheitsämter über die Risiken eben auch der Schnurlostelefone wie Siemens Gigaset oder T-Sinus!

Mit freundlichem Gruß

svn m.kübler, AGNU Haan e.V

Fünf wesentliche Aspekte verhindern Erfolge im Kampf gegen Mobilfunkstationen

Lieber Herr Rudolph,

bei unserem mehrjährigen Kampf gegen diese verfluchte Mobilfunkstation mussten meine Frau und ich erkennen, dass fünf wesentliche Aspekte einen Erfolg verhindern, nämlich:

1. **Völliges Desinteresse von Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Sämtliche Initiativen werden den Betreibern überlassen. Möglichkeiten kommunaler Souveränität bleiben bequem und gleichgültig unbeachtet.**
2. **Unser Justizwesen, bei dem klischeehaft Täter als Opfer und Opfer als Täter (z. B. Beweislast) eingestuft werden.**
3. **Das einheitliche Bestimmen und Anerkennen einer definitiven Ausgangslagen über die realen und nachhaltigen Gefahren des Mobilfunks. Das Übel pflaumenweicher, verschwommener und widersprüchlicher Messungen durch "Baubiologen" und Regulierungsbehörde, in Verbindung mit unklarem Grenz/Richtwert-Vergleich.**
4. **Mangelhafte Solidarität betroffener Bürger/innen. Dabei entsteht leider der Eindruck, dass Ergebnisse von Trivialsendungen im Free-TV wichtiger sind, als die eigene Gesundheit.**
5. **Miserabler Rechtsbeistand, mit einseitiger kommerzieller Ausrichtung. Die Höhe des Streitwertes ist wichtiger, als das Ergebnis der Rechtsprechung. Also gemäß allgemeiner Tendenz, Abzocke vor engagierter Interessenvertretung.**

Herzliche Grüße, *Klaus Kowakowski*

Antennen für den Mobilfunk in der Kritik

Mit eindringlichen Worten forderte Dr. Helmut Keienburg am Dienstag Bürgervertreter und Stadtverwaltung im Ausschuss für Bauen und Stadtentwicklung auf, Mobilfunkantennen aus Wohngebieten herauszunehmen.

Der Initiator einer Bürgerinitiative in Drewer-Süd, die gegen solche Anlagen auf dem Haus Schwabenstraße 37 kämpft, berichtete von schwerwiegenden Gesundheitsproblemen bei den Anliegern. "Das ist grausam, was sich da abspielt." Er sei kein Gegner von Handys, erklärte Keienburg. Aber die hier festgelegten Vorsorgestandards reichten bei weitem nicht aus. In Salzburg etwa seien Werte festgesetzt, die ein Zehntausendstel unter unseren liegen. Und da funktionierten die Handys auch.

Ins Rollen gebracht wurde die intensive Diskussion durch einen Antrag der Grünen, aus Gründen des vorsorgenden Gesundheitsschutzes keine Genehmigungen mehr für neue Mobilfunkanlagen (UMTS) im unmittelbaren Umfeld von Wohnsiedlungen und Einrichtungen wie Kindergärten und Altenheimen zu erteilen. Michael Sandkühler appellierte, die Stadt sollte nicht bei einem "unfreiwilligen Großversuch mit der Bevölkerung" mitmachen.

Gerhard Voss, Leiter des Bauordnungsamts, argumentierte in die Richtung, dass die Stadt sich an die gesetzlichen Vorschriften zu halten habe und es sehr wenig Spielraum gebe. "Wir sind da, ehrlich gesagt, auch relativ machtlos."

Der Grünen-Antrag wurde mit zwei Stimmen angenommen, der Rest des Gremiums enthielt sich. Baudezernent Rath beanstandete den Beschluss; er sei rechtswidrig.

Beschlossen wurde hingegen, so bald wie möglich ein Hearing mit Fachleuten zu organisieren und eine Resolution des Stadtrats an die Landesregierung vorzubereiten.

bb Marl aktuell

27.01.2004

<http://www.waz.de/waz/waz.blicknach.artikel.php?kennung=on1wazLOKStaMarl38012&zulieferer=waz&kategorie=LOK&rubrik=Stadt®ion=Marl&auftritt=&dbserver=1>

Idstein sucht keine Standorte für Sendemasten

T-Mobile und Stadt funken nicht auf einer Welle

Vom 28.01.2004

IDSTEIN Das UMTS-Zeitalter soll auch in Idstein anbrechen. Das ist jedenfalls der erklärte Willen von T-Mobile. Das Unternehmen sucht Standorte für die neuen Sendemasten und bittet die Stadt um Vorschläge. Der Magistrat lehnt es ab, entsprechende Vorschläge auszuarbeiten.

Von Volker Stavenow

Nicht erst die Auseinandersetzung um den Mobilfunkmast im Idsteiner Stadtteil Walsdorf machte deutlich, wie umstritten der Bau dieser Sendeanlagen in der Bevölkerung ist. Gesundheitlich unbedenklich oder schädigend? Die Expertenmeinungen gehen zwar oft auseinander, die Mobilfunktelefone werden jedoch vom Großteil der Menschen intensiv genutzt.

Im Zeitalter des UMTS-Standards will jetzt T-Mobile auch in der Hexenturmstadt ein dichtes Netz von neuen Funkmasten errichten. **Die Masten dürfen maximal 300 Meter voneinander entfernt stehen**, damit die Frequenzen höchsten Belastungsansprüchen in hervorragender Qualität entsprechen.

Laut Bürgermeister Gerhard Krum sucht der Betreiber nach entsprechenden Standorten, um zügig über ein solches engmaschiges Netz von Masten zu verfügen. "Zunächst soll es nur um zwei Masten in der Kernstadt gehen, insgesamt will das Unternehmen aber zwischen 20 und 30 Sender errichten", berichtet Krum. **Knackpunkt für den Bürgermeister ist die Anfrage des Mobilfunkbetreibers, ob die Stadt Idstein nicht entsprechende Vorschläge für Standorte ermitteln kann. Der Magistrat erteilte diesem Wunsch eine Absage.**

"Wir sehen uns als Stadt nicht in der Lage, Standorte vorzuschlagen, denn schließlich können wir ja nicht über das Eigentum anderer Menschen so einfach verfügen", sieht es der Rathaus-Chef. Nicht unbekannt ist Krum natürlich auch die Kontroverse über mögliche Strahlenbelastungen. "Aber man kann sich auch dieser neuen

Technik sicherlich nicht verschließen, weil sich gerade das Telefonieren mit Handys bei den Nutzern sehr hoher Akzeptanz erfreut."

Laut Krum steht jetzt die Frage an, wie die Stadt mit dem Thema umgeht. Rechtlich, von der Bauleitplanung her gesehen, hat die Stadt keine Möglichkeit, den Bau dieser UMTS-Sendemasten zu verhindern. **"Da die Mobilfunkunternehmen eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Bundes vorlegen können, müssen die Baugenehmigungen erteilt werden. Im Zweifelsfalls steht dies auch über dem gemeindlichen Recht",** weiß Krum.

Idstein will auch deshalb keine Standorte für Masten vorschlagen, weil **"wir dann den Schwarzen Peter haben und trotzdem nicht Herr des Verfahrens sind."** Für Krum ist dies nur der Anfang: **"Das Thema wird auch alle anderen Gemeinden in unserer Region beschäftigen und für kontroverse Diskussionen sorgen."**

http://www.wiesbadener-tagblatt.de/region/objekt_i.php3?artikel_id=1355156

Nachrichten von der BI Bad Dürkheim

Neue Schreckensfälle aus Israel Krebsfälle in Osafia

Elektromognews vom 28.01.2004

165 Krebsfälle in einer Nachbarschaft in Osafia.

Das Gesundheitsministerium begann, die Verbindung zwischen den Krebsfällen und den Antennen in dieser Gegend zu untersuchen, und überlegt, die Untersuchung auf Yavne, Modeen, Reut und Tamra auszudehnen.

Von Alex Doron

Maariv 20.1.2004

Nach den die Dörfern Zoran und Porat, die für die Menge an Krebsfällen, die auf die Strahlung von Hochfrequenzantennen zurückgeführt wurden, berühmt wurden, ist es nun Zeit für das Dorf Osafia, Druze, die Mobilfunkbetreiber zu bekämpfen.

Zum Treffen des parlamentarischen Komitees kamen die Repräsentanten von Osafia's „Frauenkomitee zur Bekämpfung der Antennen“, die sagten, dass in den letzten 4 Jahren 165 Menschen an Krebs gestorben sind, alle in derselben Nachbarschaft, wo Mobilfunkantennen stehen. „Wir entschlossen uns, uns zu vereinen und das Monster zu stoppen“, sagte das Komiteemitglied Mira Abu Zalef.

„Die Vertreter der Mobilfunkbetreiber kamen nachts als Diebe und errichteten die Antennen“. Abu Zalef stellte sich selbst als Mutter dreier Kinder mit Gehirnschaden dar und fügte hinzu: „Ich will nicht, dass andere das durchmachen müssen, was ich durchmachen musste. Jeden Tag ein neuer Krebsfall, wenn er gefunden wurde“.

Ein anderes Komiteemitglied, Zahia Naser, war wütend: „Die Behörde für Natur und Garten hat wegen Besorgnis um das Leben der Tiere verboten, Antennen im Nationalpark zu errichten. Und was ist mit uns? Gibt es keine Besorgnis um unser Leben?“

Dr. Micha Bar Hana, Leiter des nationalen Krebsregisters des Gesundheitsministeriums berichtete, dass er eine Untersuchung in Osafia begonnen hat, um die Verbindung zwischen der Exposition gegenüber elektromagnetischer Strahlung und der Krebsrate in Osafia herauszufinden, „aber wir haben Schwierigkeiten beim Sammeln der Daten“. Parlamentsmitglieder haben vorgeschlagen, die Untersuchung auf Yavne, Modeen, Reut und Tamra auszudehnen, da man sich dort auch über viele Krebsfälle in der Nähe von Antennen beklagt.

Der Vertreter der Mobilfunkbetreiber, Asaf Aisen, sagte, dass die Betreiber die Basisstationen überprüfen und alle Daten an das Ministerium für Umwelt geben. Er betonte, dass die Strahlungsstärken „sehr niedrig sind“.

Parlamentsmitglied Ofir Pines teilte mit, dass er ein Gesetz initiieren wolle, dass Managern von Mobilfunkunternehmen, die Antennen auf piratische Weise errichten, eine dreijährige Gefängnisstrafe droht.

Omega: Originalmeldung von Iris Atzmon in Englisch siehe unter http://www.buergerwelle.de/body_emf-omega-news_20-01-04.html

Versicherer schließen Haftung für Mobilfunk-Risiken aus

28.01.2004

BITKOM: Schutz wegen mangelnder Gesundheitsgefahr "obsolet"

Für Mobilfunkbetreiber und Handy-Hersteller wird es immer schwerer, sich gegen mögliche Schadenersatzforderungen wegen elektromagnetischer Strahlung zu versichern. Führende Versicherungsunternehmen in Deutschland hätten dieses Risiko wegen der nicht einschätzbaren Gesundheitsgefahren in ihren Policen inzwischen ausgeschlossen, erklärten die beiden weltgrößten Makler für Industrieversicherungen, Marsh und Aon, am Mittwoch in Frankfurt am Main und Hamburg.

Der Telekom-Branchenverband BITKOM sah als Grund für den Wegfall des Schutzes dagegen nicht vorhandene Gesundheitsrisiken. Das Thema Versicherungen sei deshalb "obsolet".

Rückversicherer, bei denen die Direktanbieter von Policen ihre Risiken absichern, drängten seit Jahren "auf Einschränkungen beim Thema Elektrosmog", sagte Andreas Ingerfeld von Aon Deutschland. Dies schlage nun auch auf die Haftungsbedingungen bei den Erstversicherern durch. Bei diesen werde bei Vertragsverlängerungen dieses Risiko nun regelmäßig ausgeschlossen.

Furcht vor "Asbest-Desaster"

Der Ausschluss gelte dabei "überwiegend schon für 2004", sagte Georg Bräuchle, Geschäftsführer von Marsh Deutschland in Frankfurt am Main. "Er gilt nicht bei allen Versicherern, aber bei fast allen, die für Firmen der Mobilfunkbranche in Frage kommen." Nur in Einzelfällen habe das Risiko noch im Verhandlungswege einbezogen werden können, "allerdings teilweise in abgespeckter Version mit einer niedrigeren Haftungssumme".

Grund für die Zurückhaltung der Versicherer sei die Furcht vor einem zweiten "Asbest-Desaster", sagte Bräuchle. Jahrzehntlang galt die Faser als unbedenklich und wurde zum Schutz gegen Feuer verbaut. Nachdem bewiesen wurde, dass die Fasern Krebs erzeugen können, mussten die Versicherer vor allem in den USA Milliardenzahlungen leisten. Beim Mobilfunk lautet das Kalkül Bräuchle zufolge deshalb: "Die Eintrittswahrscheinlichkeit ist vielleicht gering, aber wenn es passiert, dann trifft es uns so gewaltig, dass wir das nicht mehr packen können."

HDI: Kein genereller Ausschluss

Ein Sprecher der Allianz Global Risks, die für das Großkundengeschäft des deutschen Branchenprimus zuständig ist, bestätigte, dass für Hersteller von Mobilfunkanlagen das Risiko inzwischen nicht mehr versichert wird. Mobilfunkbetreiber bekämen den Schutz aber noch. Beim Industrieversicherer HDI hieß es, einen generellen Ausschluss gebe es nicht. Es werde von Fall zu Fall entschieden, sagte ein Sprecher. **Durchaus üblich seien Höchstgrenzen für Schadenssummen oder die Begrenzung der Haftung auf bestimmte Länder, wodurch sich etwa das besonders große Risiko durch Klagen in den USA ausschließen lasse.**

Auch neueste Forschungen zeigten, "dass Radiowellen bei Einhaltung der Grenzwerte keine Gesundheitsschäden verursachen", erklärte der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM). "Es besteht also kein realistisches Gesundheitsrisiko." Da sich Gerichtsentscheidungen an kausalen Zusammenhängen orientierten und diese bei Radiowellen und Gesundheitsrisiken nicht bewiesen seien, gebe es auch kein wirtschaftliches Risiko durch Klagen.

Strahlungsfolgen umstritten

Die gesundheitlichen Folgen der Strahlung von Handys und Sendeanlagen ist seit Jahren umstritten. Einen wissenschaftlichen Beleg für eine Gefährdung gibt es bis heute nicht. Das Bundesumweltministerium beauftragte im vergangenen September das Bundesamt für Strahlenschutz, mögliche Risiken nochmals eingehend zu prüfen. Ergebnisse sollen 2005 vorliegen.

Mit Material von AFP

<http://www.heute.t-online.de/ZDFheute/artikel/11/0,1367,WIRT-0-2099659,00.html>

<http://www.seite.com/news17937.html>

<http://de.news.yahoo.com/040128/286/3uxhv.html>

<http://www.netzeitung.de/wirtschaft/270876.html>

Omega: dass BITKOM das Haftungsrisiko nach wie vor abstreitet, gleicht einem Harakiri-Spiel. Früher oder später wird es unwiderlegbare Beweise für die gesundheitsschädigende Wirkung des gepulsten Mobilfunks geben. Wenn sich BITKOM die Mühe machen würde das umfangreiche wissenschaftliche Material unvoreingenommen zu sichten, dass bereits heute im In- und Ausland (und dies bereits seit Jahrzehnten) vorliegt, ohne immer wieder unbestreitbare Tatsachen abzuleugnen, müsste heute auch schon BITKOM zweifelsfrei die gesundheitsschädliche Wirkungen des gepulsten Mobilfunks auf Mensch und Natur eingestehen. Ein vernünftiger Geschäftsmann bezieht immer vorsorglich absehbare Risiken in sein geschäftliches Handeln mit ein. Die wissenschaftlichen Hinweise und Erfahrungsberichte von Betroffenen auf eine Gesundheitsgefährdung durch gepulsten Mobilfunk sind erdrückend. Insoweit verhalten sich die Versicherer nur geschäftlich vernünftig und BITKOM verdrängt wie ein unvernünftiges Kind Tatsachen, die nicht zu verdrängen sind und spielt auf Zeit. Hier kann man nicht von fahrlässigem Handeln sprechen, hier muss man von Vorsatz sprechen, der trotz erdrückender Hinweise auf eine Gesundheitsgefährdung, die Gewinnoptimierung über Menschen- und Naturschutz stellt.

WLAN im Krankenhaus

Sehr geehrte Herr Rudolph,

folgender Artikel in der Siegener Zeitung vom 7.01.2004 hat mich veranlasst, einem Leserbrief zuschreiben, der im Anhang beigelegt ist.

Helmut Langenbach, Wetzlarer Str.38, 57074 Siegen, Tel.: 0271/54220

E-Mail: hlangenbach@t-online.de

"WLAN" für Patienten, St. Marien-Krankenhaus Siegen beschreitet Neuland

sz Siegen. Die mobile Vernetzung von Rechnern und PDAs ist zurzeit in aller Munde. Auch die Vorstellung und der Wunsch, vor allem von jüngeren Bevölkerungsgruppen, immer und überall Zugang zum Internet zu haben, ohne an ein Kabel gebunden zu sein, lässt das drahtlose Netzwerk (Wireless LAN) auch ins Krankenhaus einziehen.

Die jetzt fertig gestellte Installation im St. Marien-Krankenhaus Siegen ermöglicht es den Patienten, drahtlos sämtliche Internetdienste zu nutzen. **"Insbesondere für junge Patienten der onkologischen Klinik**, deren stationäre Behandlung z. T. mehrere Wochen umfasst, stellt dieses Angebot einen besonderen Service dar", erklärte Dr. Tobias Gaska, Oberarzt der Medizinischen Klinik III und Initiator des Patienten-WLAN-Projekts.

So wird der Patient unterstützt, seine sozialen Kontakte durch E-Mail aufrecht zu halten, sich weiterzubilden oder einfach nur zu Unterhaltungszwecken im Internet zu surfen. Mit einem Bruchteil der Sendeleistung eines Mobiltelefons ist die WLAN-Technik im klinischen Alltag unbedenklich. Durch die von der Firma Maxina installierte Technik ist die aus Datenschutzgründen so wichtige Trennung des Internetzugangs von der übrigen IT-Infrastruktur des Krankenhauses jederzeit sichergestellt. Weitere Informationen können im Internet unter www.marienkrankenhaus.com eingesehen werden.

Helmut Langenbach, Mitglied der Bürgerwelle, Wetzlarer Str. 39, 57074 Siegen
Mittwoch, 28. Januar 2004

An Siegener Zeitung, Obergraben 39, 57072 Siegen

Leserbrief

„WLAN“ für Patienten, St. Marien-Krankenhaus Siegen beschreitet Neuland.

Wireless-LAN (Funk) stellt sicherlich eine kostengünstige und schnelle Alternative zur konventionellen LAN-Verkabelung dar. **Im Krankenhaus gibt es jedoch eine Vielzahl an Faktoren, die bei einer Entscheidung für oder gegen Wireless-LAN abgewogen werden müssen.**

Gerade in der onkologischen Klinik sollte sehr vorsichtig mit der WLAN-Technologie umgegangen werden. Es ist bekannt, dass periodisch gepulste Hochfrequenz - neben vielen andere biologischen Effekten - auch Blutwerte verändert. Die gesetzlichen Grenzwerte der 26. BimSchV bieten hier keinerlei Sicherheit.

Alle Zugangsknoten, die so genannten Acces-Points, sind Dauersender, die ihre Sendeleistung über die Antenne in gepulste hochfrequente elektromagnetische Strahlung umsetzen. Experten der Zeitschrift ÖKO-TEST halten bereits eine Strahlungsstärke von 100 Mikrowatt pro Quadratmeter ($\mu\text{W}/\text{m}_2$) für problematisch.

Die Haltung des Krankenhauses ist daher paradox: Man verbietet den Gebrauch von Handys - was richtig ist, setzt aber andererseits die Patienten und Angehörigen einer Dauerbestrahlung durch Acces-Points aus. Das Thema »Elektrosmog« wird - auch in der Öffentlichkeit - zwiespältig gesehen, aber mit Blick auf die elektromagnetische Umweltverträglichkeit müssen im Krankenhaus meines Erachtens besondere Regeln gelten, was nichts mit Hysterie zu tun hat.

Eine offenbar in diesem Fall unzureichende Kenntnis der Materie und deren mögliche Gesundheitsfolgen, können sehr schnell zum Bumerang werden. Aus meiner Erfahrung, halte ich die Installation des W-LAN für eine unverantwortliche Fehlentscheidung, zumal Kinder um ein Vielfaches empfindlicher auf Elektrosmog reagieren. Laptops mit WLAN-PC(MCIA)-Karten strahlen in Körpernähe und stellen eine sehr hohe Belastung dar.

Ich reagiere sehr empfindlich auf Elektrosmog und habe bereits dreimal auf einer onkologischen Station eines anderen Krankenhauses gelegen.

Helmut Langenbach, Wetzlarer Str.38, 57074 Siegen

Bundesverband Elektrosmog e.V. fordert funkfreie Schutzzonen für Elektrosensible

[29.01.2004 - 09:57 Uhr]

Zorneding bei München (ots) - Laut offiziellen Umfragen aus dem Jahre 2001 durch die Firma Telekom im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz fühlen sich 6 % der Bevölkerung durch Mobilfunk gesundheitlich beeinträchtigt. Die Dunkelziffer liegt jedoch sehr hoch, so dass man davon ausgehen kann, dass die Gruppe der Elektroempfindlichen sich der Zahl der Allergiker nähert.

Neben der Elektrosensibilität mit einer Fülle von unspezifischen Beschwerden, gibt es die Elektrosensitivität - eine über dem Durchschnitt verstärkte Wahrnehmung elektromagnetischer Wellen sowie die Elektroallergie.

Umstritten ist die Elektroschädigung mit einem hohen ursächlichen Anteil an den Zivilisationserkrankungen der Moderne. Nach den Literaturrecherchen des Bundesverbandes kann sich jede genetische Disposition bzw. chronische Erkrankung verstärken d.h. wo schon ein gesundheitliches Problem besteht, greift die Elektroschädigung an.

Da die Wissenschaft prinzipiell nach der Kausalmethode forscht, kann sie ein solches multiples Geschehen noch nicht erfassen. Insofern wird durch die betroffenen Industrie-Unternehmen, durch Staatsbeamte sowie durch entsprechende Forscher immer wieder betont, es sei "wissenschaftlich nichts erwiesen".

Trotzdem liegen international Tausende von unabhängigen, aber auch abhängigen Forschungen vor, die zumindest deutliche Hinweise auf Gesundheitsschäden geben. Entsprechend des durch die Europäische Kommission formulierten Vorsorgeprinzips (Febr. 2000) hätte der Mobilfunk, in seiner heute schon längst überholten Technologie, allein aus Vorsorgegründen abgeschaltet werden müssen. Statt dessen diskutiert die Staatsebene, wie viel Risiko die Gesellschaft trage.

Die Pressemeldung (28. Jan. 2004) - dass führende Versicherungskonzerne Handy-Herstellern und Netzbetreibern Versicherungsdeckung verweigern, wegen unkalkulierbarem Risiko möglicher Gesundheitsschäden - sollte ernst genommen werden.

Niedergelassene Ärzte geben alarmierende Mitteilungen aus der Praxis; nämlich den dramatischen Anstieg schwerer und chronischer Erkrankungen sowie spezifischer und unspezifischer Symptome in den letzten Jahren (Freiburger Appell). Die Daten des Bundesamtes für Statistik in Wiesbaden belegen diesen Anstieg.

Der Bundesverband Elektrosmog e.V. fordert deshalb funkfrie Oasen für Elektrosensible. Es geht um den Schutz von Tausenden von Menschen. Elektrobelaftet sind alle.

ots Originaltext: Bundesverband Elektrosmog e.V.

Pressekontakt: Bundesverband Elektrosmog e.V., Politische Sprecherin Dr. Birgit Stöcker, Herzog-Arnulf-Str. 43, 8564 Zorneding bei München, Tel. 0900 1100 972

eMail: Zuehlke-Zwetz@t-online.de

<http://www.presseportal.de/story.htx?nr=522199>

Strahlenschutz-Amt bekräftigt Warnung vor Handy-Elektrosmog

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat erneut vor möglichen Gefahren des Elektrosmogs aus Mobilfunk-Geräten gewarnt. "Es gibt derzeit zwar keinen wissenschaftlichen Nachweis für gesundheitliche Gefahren, vor denen die Grenzwerte nicht schützen, wohl aber Hinweise auf mögliche Risiken und Fragen, die wissenschaftlich noch nicht beantwortet werden können", sagte der Präsident des BfS, Wolfram König, der Berliner Zeitung (Donnerstagsausgabe).

Zu (Berichten), denen zufolge es für Mobilfunkfirmen und Handy-Hersteller immer schwerer werde, sich gegen mögliche Schadenersatzklagen wegen elektromagnetischer Strahlung zu versichern, erklärte König: "Es dürfen weder Horrorszenarien entworfen werden, noch kann die Notwendigkeit von Vorsorge ernsthaft bestritten werden." Es sei allein Sache der Versicherer, für sie unkalkulierbare Risiken zu bewerten. Auch sei das individuelle Risiko für nachgewiesene Gesundheitsgefahren auf Grund der vorliegenden Forschungsergebnisse zwar als gering zu bewerten, erklärte der BfS-Präsident in der "Berliner Zeitung". "Sollte es aber doch Risiken geben, so betreffen sie einen breiten Kreis der Bevölkerung", sagte er. Deshalb sei es wichtig, "unnötige Expositionen" zu vermeiden. König bekräftigte die Empfehlung, auf Handy-Telefonaten in Fahrstühlen und in Autos ohne Außenantenne möglichst zu verzichten.

Laut König gibt es "einzelne Studien", die Hinweise auf Zusammenhänge zwischen Erkrankungen und Mobilfunk-Strahlung enthalten. "Gerade vor der Einführung des engmaschig geknüpften UMTS-Netzes nehme ich Befürchtungen der Bevölkerung ernst", sagte er. König forderte die schnelle Einführung eines Elektrosmog-Siegels für Handys, das potenziellen Käufern auf einen Blick die Information gibt, wie viel Strahlung ein Mobiltelefon absondert. "Warum diese Form der verantwortlichen Produktinformation von den Handy-Herstellern immer noch nicht gegeben wird, kann ich absolut nicht nachvollziehen", sagte der BfS-Präsident. (as)

[Donnerstag, 29.01.2004, 07:05]

<http://de.internet.com/index.html?id=2026062§ion=Marketing-News>

Omega: warum immer wieder diese Halbherzigkeiten in der Aussage? ...Es gibt „einzelne Studien“, die Hinweise auf Zusammenhänge zwischen Erkrankungen und Mobilfunk-Strahlung enthalten... Wenn man sich mehr Mühe mit der Nachforschung machen würde, könnte man leicht feststellen, dass es seit Jahrzehnten solche Studien und zwar umfangreich im In- und Ausland bereits gibt. Und dann immer wieder diese Schutzfloskel, die ein vermeintliches Interesse an der Gesundheit der Menschen vermitteln soll: ...nehme ich Befürchtungen der Bevölkerung ernst...Es geht ja wohl mehr als um Befürchtungen, wenn viele Menschen bereits durch die Auswirkungen des gepulsten Mobilfunks krank geworden sind. Allein der Anteil der Elektrosensiblen an der Gesamtbevölkerung wird derzeit auf 5-8% geschätzt, mit steigender Tendenz. Was wird für die Vorsorge und zum Schutz dieser Minderheit und der Gesamtbevölkerung getan? Nichts.

Und dann immer nur bei der Gefährdung das Handy in der Vordergrund stellen? Die Leute die ein Handy benutzen sind sich meist über die Gefahren für ihre Gesundheit bewusst und gehen das Risiko bewusst ein. Was ist aber mit den Menschen, die kein Handy wollen und 24 Stunden am Tag zwangsbestrahlt werden? Bei den Rauchern ist man immerhin schon so weit, dass man raucherfreie Zonen schafft, um die Nichtraucher zu schützen. Dasselbe müsste für die passiv konsumierenden Personen gelten, die täglich gefährliche Mobilfunkstrahlung aufnehmen müssen, ob sie wollen oder nicht. Wo bleibt hier der Grundsatz der Gleichbehandlung von Passivrauchern und Mobilfunkopfern?

Wohnungen zwangsläufig mitentwertet

Frankfurter Neue Presse Printausgabe vom 19.01.2004

LESERBRIEFE

Zu: "Mobilfunkanlage auch Quelle zur Geldeinnahme" vom 7. Januar:

Die Pacht, die man für eine Mobilfunkanlage auf dem Dach bekommt, kann ganz schnell zum Bumerang werden. Nicht selten verliert die Immobilie schnell an Wert, weil keiner mehr unter einer rund um die Uhr strahlenden Mobilfunkantenne wohnen will. Insofern kann man auch die Anwohner verstehen, deren Wohnungen zwangsläufig mitentwertet werden und die Widersprüche eingelegt haben. Denn die gesundheitliche Unbedenklichkeit ist keinesfalls erwiesen, sondern die Genehmigungsbehörden bescheinigen – salopp gesagt – lediglich, dass es auf Grund der derzeitigen Forschungsergebnisse unter bestimmten Bedingungen (wie Einhaltung von Grenzwerten, Sicherheitsabständen etc.) keine Beweise für eine gesundheitliche Beeinträchtigung gibt. Und jeder weiß, der sich mit der Materie etwas befasst, dass diese Forschung natürlich nicht besonders vorangetrieben wird. Man sollte auf jeden Fall die zahlreichen Studien ernst nehmen, die deutliche Hinweise auf eine mögliche Gesundheitsgefährdung geben.

In dieser Situation sollte das Vorsorgeprinzip angewandt werden, das heißt, sorgfältige Standortplanung der Sendeanlagen, um die Strahlenbelastung der Menschen auf ein Minimum zu reduzieren. Sendeanlagen in Wohngebieten oder im Umfeld von Schulen, Kindergärten und Kliniken usw. erfüllen diesen Anspruch nicht. Es ist zu vermuten, dass der Verfasser des o. g. Berichtes noch am Anfang seiner Mobilfunkkenntnisse steht. Denn es handelt sich nicht – wie er schreibt – um niederfrequente, sondern um hochfrequente Strahlen, die zudem noch gepulst sind. Auch seine Ausführungen zum Baurecht müssen korrigiert werden. Von einer generellen Genehmigungsfreistellung von Mobilfunkantennen kann keine Rede sein, quasi als gäbe es keinen Gestaltungsspielraum der Gemeinden bzw. Einbindung von Bürgern/ innen.

Karen Heinen, Bad Camberg

http://www.rhein-main.net/sixcms/list.php?page=fnp2_news_article&id=1461674

Schwedischer Wissenschaftler berichtet über die schwerwiegenden Schäden, welche Mikrowellen im Gehirn verursachen

Der schwedische Wissenschaftler Marten Risling von der Swedish Defence Research Agency (FOI) berichtete auf dem Symposium in Ettlingen (Mai2003) über nichttödliche Waffen über die möglichen Auswirkungen der Mikrowellenwaffen auf das zentrale Nervensystem. Im Gehirn können nämlich Mikrowellen schwere Folgewirkungen auslösen, selbst wenn die Strahlenwirkung nur wenige Sekunden dauert. Die Schäden werden einerseits durch Erhitzung, andererseits durch pathogene Effekte in den Zellen verursacht. Diese Folgewirkungen sind schon allein aus der hohen Gigahertzanzahl (fast 100 Gigahertz, die da auf wehrlose Opfer aufprallen) nur logisch.

<http://www.findefux.de/forum/read.php4?f=84&i=839&t=839>

und

Non-letale Waffen Bericht: geheime, hochriskante Menschenversuche

An der englischen Universität Bradford gibt es ein Zentrum/Projekt, das sich wissenschaftlich mit nicht-tödlichen Waffen beschäftigt. Dieses Zentrum hat im Dezember 2003 einen Bericht erstellt, der im Internet zugänglich ist:

http://www.brad.ac.uk/acad/nlw/research_reports/docs/BNLWRPResearchReportNo4_Dec03.pdf

Selbstverständlich werden anti-personen Mikrowellenwaffen und sonstige Elektrowaffen behandelt. Es wird auch erwähnt, dass englische Kriminelle immer mehr Elektrowaffen gebrauchen. Ebenso wird berichtet, dass es geheime und hochrisikoreiche Programme zur Auswirkung von Mikrowellenwaffen auf Menschen gibt!

<http://www.findefux.de/forum/read.php4?f=84&i=809&t=809>

und

Hörbare Mikrowellen

Quelle: Raum & Zeit, Nr. 127, Jan/Febr. 2004, Seite 21

Aus dem Artikel: "Psycho-Kontrolle - Gehirnwäsche macht Menschen zu Marionetten"

Autor: Dipl.-Psych. Heiner Gehring, Osnabrück

Zitat: Akustische Befehle durch Mikrowellen

Im Jahr 1962 berichtete Allan H. Frey von der New Yorker Cornell University über die bemerkenswerte Entdeckung, dass Menschen in der Lage sind, Mikrowellen zu hören (19) Beschränkte sich das Mikrowellenhören anfangs auf Geräusche, so ist es mittlerweile kein Problem mehr, Sprache per Mikrowellen direkt ins Bewusstsein eines Menschen zu senden: "Die Stimme, die man hörte, unterschied sich nicht wesentlich von Personen mit einem künstlichen Kehlkopf. Die Möglichkeit, direkt mit einem Menschen zu kommunizieren, eröffnet offensichtliche Anwendungsmöglichkeiten", so D. R. Justesen (20). Ab den 70er Jahren forschen sowohl Allan D. Frey als auch andere Wissenschaftler im Sold der US-Militärs weiter am Mikrowellenhören, um die im obigen Zitat erwähnten offensichtlichen Anwendungsmöglichkeiten zur Gänze auszuloten

Zitatende

Im Artikel angeführte Quellen:

(19) Frey, A. H. (1962): Human auditory system responses to modulated electromagnetic energy. *Journal of Applied Physiology*, 17, 689-692

(20) Justesen, D. R. (1975): Microwaves and behavior. *American Psychologist*, 30, 391-401

<http://www.findefux.de/forum/read.php4?f=84&i=758&t=758>

Die andere Sicht der Dinge

KONZ-KÖNEN. Das Thema Mobilfunk nimmt in Könen stetig mehr Raum ein. Nachdem die Pfarrgemeinde vergangene Woche einen Info-Abend zu der im Kirchturm installierten Mobilfunkanlage veranstaltet hatte (TV vom 15. Januar), zog die Bürgerinitiative (BI) gegen Mobilfunkanlagen nach. Ein von ihr beauftragter Referent zeichnete ein düsteres Szenario für die im Umfeld dieser Antennen lebenden Menschen.

Von unserer Redakteurin SUSANNE WINDFUHR

"In Könen sind die Menschen Opfer eines Massenversuchs." Mathias Engelbrecht, Umweltbeauftragter des Dekanates Alzey, redete Tacheles beim Info-Abend der Bürgerinitiative gegen die Mobilfunkanlagen in Könen. Die hatte den leidenschaftlich argumentierenden Referenten an die Saar geholt, nachdem ihrer Meinung nach bislang im Ort zu wenig Infos zum Thema geflossen seien.

In einem Umkreis von rund 30 Metern befinden sich an der Saarburger Straße drei Antennen-Masten: Zwei hat Martin Weber vor etwa vier Jahren auf dem Dach seines Hauses anbringen lassen. Eine weitere wurde am 20. Oktober 2003 in Betrieb genommen: **Der Pfarrverwaltungsrat hat im Kirchturm eine Antenne installieren lassen.** Betreiber e-plus zahlt dafür eine jährliche Pacht von rund 4600 Euro.

Gegen diese Anlage und die geballte Antennen-Präsenz im Ort wehrt sich die BI. Engelbrecht führte in seinem Vortrag aus warum und stellte klar: "Auch wenn Sie ein Handy haben, steht Ihnen zu, gegen Antennen zu sein. Denn bei ihrem Handy können Sie entscheiden, wann es aus ist, der Antenne sind Sie ausgeliefert."

"Es gibt eine Wechselwirkung"

Das System des gepulsten, also digitalen Mobilfunks sei gefährlich. Die Strahlung der Antennen erreiche wie über konzentrische Kreise das unmittelbare Umfeld. "Es gibt eine Wechselwirkung - und nicht allein eine thermische - zwischen dieser Strahlung und dem menschlichen Organismus."

Etwa 5000 nationale wie internationale wissenschaftliche Studien zu Handys lägen vor. Manche Ergebnisse würden bewusst unter Verschluss gehalten. So sei das unabhängige "Ecolog"-Institut, das sozial-ökologische Forschung betreibt, von der Telekom-Tochter T-Mobil mit einer Untersuchung zu den gesundheitlichen Auswirkungen der Mobilfunkstrahlung beauftragt worden. Dem Computermagazin "ct" zufolge habe das Unternehmen nach Bekanntwerden der Ergebnisse das "Ecolog"-Institut gebeten, die Studie unter Verschluss zu halten.

Die Interdisziplinäre Gesellschaft für Umweltmedizin (IGUMED) definiert in ihrem "Freiburger Appell" an Politiker und die Bevölkerung einen Zusammenhang zwischen dem "dramatischen Anstieg schwerer und chronischer Erkrankungen" und der "Installation einer Mobilfunkanlage im näheren Umkreis der Patienten" sowie "intensiver Handynutzung". Unter anderem nennt die IGUMED als Folgen: Herz-Rhythmusstörungen, Herzinfarkte und Schlaganfälle immer jüngerer Menschen und Krebserkrankungen wie Leukämie und Hirntumore.

Vor rund 40 Zuhörern zitierte Mathias Engelbrecht aus zahlreichen (Presse-) Veröffentlichungen und führte Film-Ausschnitte unterschiedlicher Dokumentationen vor. Angesprochen auf die spezielle Antennen-Standort-Situation in Könen - mitten im Ort sowie in der Nähe von Schule und Kindergarten - antwortete er: "Das ist eindeutig zu viel. Die Antennen gehören nicht in den Ort."

Auf den Hinweis von Ortsvorsteher Peter Wincheringer, man habe sich an die gesetzlichen Regelungen gehalten und e-plus garantiere die Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte (nach der 26. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz, Anmerkung der Redaktion) **konterte Engelbrecht: "Weil die Grenzwerte so hoch sind, erreichen alle Anbieter sie mühelos."** BI-Mitglied Müller-Greis meinte: "Die Einhaltung der Grenzwerte heißt nicht, dass nicht doch gesundheitliche Bedenken bestehen. Wir gehen zu sorglos mit dieser Problematik um."

<http://www.intrinet.de/regionales/trier-saarburg/aktuell/803,340308.html?fCMS=526fa0d85d3ff6218e8b85269f3662e8>

Mehr Transparenz im Mobilfunk?

Neue Standortdatenbank zu Mobilfunksendern jetzt öffentlich zugänglich

PRESSEMITTEILUNG der Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

NR. 032, Datum: 23. Januar 2004

Zur heutigen Vorstellung der Standortdatenbank zu Mobilfunksendeanlagen durch die Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation (RegTP) erklärt Dr. Antje Vogel-Sperl, Berichterstatterin für Umwelt und Gesundheit:

Die öffentliche Inbetriebnahme der Standortdatenbank für Mobilfunksender stellt einen notwendigen und überfälligen Schritt zu mehr Transparenz im Umgang mit der Mobilfunktechnologie dar.

In einer kartografischen Darstellung sind ab heute bundesweite Standortdaten zu ca. 52.000 Sendeanlagen verfügbar. Bürgerinnen und Bürger können bestehende Sendeanlagen in ihrer jeweiligen Umgebung suchen und gezielt Informationen zum Beispiel zu den erforderlichen Sicherheitsabständen erhalten. Darüber hinaus sind ca. 4.500 Messstationen und deren jeweilige Daten über die elektromagnetische Strahlung vor Ort verzeichnet.

Die Einrichtung einer Datenbank zu Mobilfunkstandorten ist Teil einer Selbstverpflichtung von Mobilfunkbetreibern und Bundesregierung aus dem Jahr 2001 sowie Bestandteil des Koalitionsvertrags von 2002. Die Datenbank ist über das Internetangebot der Regulierungsbehörde zugänglich (www.reg-tp.de).

Nun gilt es, weiterhin die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gerade auch beim Ausbau der Mobilfunknetze zu verbessern und die Einhaltung der Selbstverpflichtung der Betreiber zu überprüfen. Hinsichtlich der Bürgerbeteiligung bestehen deutliche Defizite. Darüber hinaus sind die Hersteller von Mobilfunkgeräten aufgefordert, endlich den Blauen Engel zur Kennzeichnung von Mobiltelefonen zu nutzen, um den Verbraucherinnen und Verbrauchern den Kauf von strahlungsarmen Geräten zu erleichtern. Bereits heute erfüllen 24 Prozent aller Mobilfunkgeräte auf dem Markt die Kriterien für den Blauen Engel. Das Bundesamt für Strahlenschutz bietet eine Liste dieser Geräte im Internet an (www.bfs.de).

*(c) Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Pressestelle, 11011 Berlin
T: 030 / 227 - 5 72 12, F: 030 / 227 - 5 69 62, <http://www.gruene-fraktion.de>
eMail: presse@gruene-fraktion.de*

Nachricht von Elke Braun, Fraktionsgeschäftsführerin BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Wolfsburg

Kommentar Omega: Solche Standortdatenbanken sind das Opium für das Volk. Durch derartige Informationen soll dem uninformierten Bürger ein beruhigender Zustand vorgegaukelt werden, ohne dass über die Gefahren des gepulsten Mobilfunks eine Aussage getroffen oder für den Schutz der Bevölkerung damit irgend etwas getan ist.

„Nun gilt es, weiterhin die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gerade auch beim Ausbau der Mobilfunknetze zu verbessern und die Einhaltung der Selbstverpflichtung der Betreiber zu überprüfen. Hinsichtlich der Bürgerbeteiligung bestehen deutliche Defizite.“

Schöne Worte, nichts dahinter – Luftreden für ein fasziniertes Publikum, das vom scheinbaren Aktionismus der Politiker begeistert ist und sich einlullen lässt. Wie lange will sich die Politik noch Zeit lassen? ...,**die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gerade auch beim Ausbau der Mobilfunknetze zu verbessern**“...Tritt das ein, wenn alle Mobilfunknetze aufgebaut sind? Dieser Standpunkt wird doch schon seit Jahren vollmundig verkündet, ohne dass bisher irgend etwas geschehen ist! **„Hinsichtlich der Bürgerbeteiligung bestehen deutliche Defizite.“** Ja, wirklich? Eine sehr späte Erkenntnis, und was tut die Politik konkret und sofort, um diese „Defizite“ zu beseitigen?

Grenzwerte schützen nicht vor Schäden

Pröll referiert über Mobilfunk

*Moosen (dif) - "Wie viele Leute hier im Raum besitzen ein Handy?", mit dieser Frage leitete Hermann Pröll seinen Vortrag "Macht Mobilfunk krank?" am Donnerstagabend im Pfarrheim in Moosen ein. Alle 20 Zuhörer, im Saal hoben auf diese Frage ihre Hand. "Wer glaubt, dass vom Handy eine Gefahr ausgeht?", so die zweite Frage. Hier waren sich die Zuhörer nicht mehr so sicher, und nur vereinzelt gingen die Hände in die Höhe. **Pröll stellte daraufhin dar, dass die thermische Wirkung von Mobilfunk schädlich sein kann.***

"Bei der Strahlung von Mobil-Telefon und Antenne bewegen wir uns im Bereich der Mikrowellenstrahlung, die eine thermische Wirkung hat", erklärte Pröll. Wärmestrahlung auf den biologischen Mechanismus habe eine Änderung der Zelle zur Folge. Und durch die "Pulsung" der Handy-Strahlen sei der Körper ständig einem Vielfachen von Strahlen in nächster Nähe ausgesetzt.

Ein Zuhörer legte Widerspruch ein und wies auf die wesentlich höheren Strahlungen von Rundfunk- und Fernsehantennen hin. Pröll entgegnete: **"Entscheidend ist nicht die Strahlungs- und Frequenzleistung, sondern wie empfindlich die biologische Wirkung auf die Körperzellen ist"**. Der Referent wies hierzu auf die Aussage von Dr. Hellmut Koch, Präsident der bayerischen Ärztekammer, hin: **"Die heutigen Grenzwerte schützen nicht ausreichend vor Elektrosmog. Wir wissen, dass gepulste Strahlung biologisch besonders aktiv ist."**

Es gäbe einige Studien, die einen Zusammenhang zwischen erhöhtem Krebsrisiko und Handynutzung feststellten. Doch Fakt sei auch, dass menschliche Organismen nie gleich reagieren. Und das mache die Beweisführung so schwierig, bekannte Pröll. **Er zitierte auch aus einer Studie, die für die niederländische Regierung erstellt wurde. Das Resümee: "UMTS-Strahlung verursacht Tinnitus, Kopfschmerzen, Schwindel und Übelkeit."**

Der Grünbacher hat in München Physikalische Chemie studiert und ist seither im Bereich Umweltschutz tätig. Zwei Jahre lang hat er wissenschaftliche Artikel und Studienergebnisse zur Strahlung von Mobilfunkantennen und Handys gesammelt. Er stellt nun seine Schlussfolgerung im Rahmen des Kreisbildungswerkes Erding der Bevölkerung rund um Dorfen und Erding vor.

Auf die Nachfrage aus der Zuhörerschaft, wo denn ein annähernd verträglicher Standort für eine Mobilfunkantenne sei, sagte Pröll: "Ganz raus aus Dorf und Stadt." Damit seien die Bürger am geringsten belastet. *mm*

Datum: 24.01.2004

<http://www.merkur-online.de/regionen/dorfen/42,233621.html?fCMS=d849fd59a562ebaa1ccb4a35678b382f>

Radaropfer mit Geduld am Ende

ENTSCHÄDIGUNG Im Frühjahr Hungerstreik und „Beerdigungstour“ durch Berlin

Die ehemaligen Soldaten und ihre Angehörigen werfen dem Verteidigungsministerium eine Hinhaltetaktik vor. „Die Leute haben die Schnauze voll“, schreibt einer der Betroffenen.

von thomas hellmold

OLDENBURG/FRANKFURT/BERLIN - Die von Radarstrahlung geschädigten ehemaligen Soldaten der Bundeswehr und ihre Angehörigen sind mit ihrer Geduld am Ende. Seit Jahren hingehalten und in jedem Einzelfall erbittert um Entschädigung kämpfend, wollen sie ihre Ansprüche mit massiven Demonstrationen durchsetzen. Im späten Frühjahr, so der Plan, sollen ein Hungerstreik und eine „Beerdigungstour“ durch Berlin die Öffentlichkeit wachrütteln und den Politikern Beine machen.

Rund 3000 Anträge auf Entschädigung liegen dem Bundesverteidigungsministerium vor; ein erheblicher Teil der Geschädigten hatte in Raketenstellungen in Oldenburg, Jever, Delmenhorst und Lohne sowie an Radaranlagen der Marine in Wilhelmshaven Dienst getan. **„Was habt ihr denn noch zu erwarten?“**, heißt es makaber-resignativ in einer vom „Bund zur Unterstützung Radargeschädigter“ (Frankfurt) entfachten Korrespondenz, die im Internet nachzulesen ist. Dort pflegen Radaropfer, Hinterbliebene und andere einen intensiven Briefwechsel über den Sinn derartiger Aktionen. Das aktuelle Stimmungsbild gibt ein Kurzkomentar ebenso drastisch wie wohl zutreffend wieder: **„Die Leute haben die Schnauze voll!“**, schreibt einer der Radargeschädigten. **Vom Hungerstreik erhofft er sich „endlich Bewegung“ nach Hinhaltetaktik und leeren Versprechungen.**

Ursprünglich hatte ein solcher Hungerstreik bereits im Sommer 2001 stattfinden sollen. Er wurde ausgesetzt, nachdem der Verteidigungsausschuss des Bundestages eine Expertenkommission eingesetzt hatte, die dann auch zu unverzüglicher und großzügiger Hilfe für die Radaropfer riet. **Geschehen ist bisher nicht allzu viel, aus Sicht der Opfer auf jeden Fall entschieden zu wenig.**

Zwar haben die Berliner Anwälte Reiner Geulen und Dr. Remo Klinger für den Opferbund inzwischen rund 100 ihrer 820 Strahlen-Klienten dazu verholphen, als „Wehrdienstgeschädigte“ anerkannt zu werden. **Die vom Ministerium**

bewilligten Entschädigungsleistungen freilich „sind in der Höhe völlig unzureichend“, wie Klinger verärgert feststellt. In jedem einzelnen Fall legte er Widerspruch beim Ministerium ein.

Das alles kostet Zeit. Zeit, die den zumeist an Krebs erkrankten Strahlenopfern davonläuft. Peter Rasch aus Frankfurt, der den Opferbund vor knapp drei Jahren gegründet hatte und seither als Vorkämpfer für die Interessen seiner Leidensgenossen auftrat, hat seine Teilnahme am Hungerstreik abgesagt. Seit Weihnachten macht ihm sein Lungenkarzinom wieder so schwer zu schaffen, dass er die Reise nach Berlin nicht wird antreten können.

Radaropfer unter www.medicine-worldwide.de/foren

Die Zeit läuft den zumeist an Krebs erkrankten Strahlenopfern davon

http://www.nwz-online.de/2_449.php?showres=NWZ%2FREGION&showid=285354&navpoint=3.1

siehe auch <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=565412>

und

<http://www.merkur-online.de/regionen/oberbayern/497,225643.html?fCMS=6a302248f0670155e6c9b71c76e65e2e>

Omega: früher oder später werden wir solche oder ähnliche Nachrichten auch von den Mobilfunkopfern lesen!

Grazer Uni sucht Mobilfunk-Opfer

Graz - Immer wieder werden Gesundheitsbeeinträchtigungen mit den elektromagnetischen Feldern von Mobilfunksendemasten in Zusammenhang gebracht. An der Grazer Technischen Universität (TU) läuft nun eine Studie an, die die Auswirkungen der Handymasten auf das Schlafverhalten von Personen, die in deren Nähe wohnen, untersucht. Dazu suchen die Grazer Elektromog-Forscher Probanden, die an entsprechenden Nachtruhestörungen leiden.

Schlafstörungen

Anwohner befürchten immer wieder Gesundheitsschäden und berichten auch von Schlafstörungen, die sie auf die Anwesenheit von Handysendemasten zurückführen. Eine ursächliche Rolle der elektromagnetischen Felder der Sendemasten bei gesundheitlichen Beschwerden konnte bisher allerdings nicht festgestellt werden, hielt der Grazer Uni-Techniker, Norbert Leitgeb, fest.

Messungen "vor Ort"

"Man muss die Sorgen der Anwohner jedoch ernst nehmen", sagte der Techniker und räumte auch eventuelle Fehler bisheriger Studiendesigns ein: "Bisherige Studien, die sich mit möglichen Auswirkungen elektromagnetischer Strahlung von Mobilfunksendemasten beschäftigen, sind immer wieder in Schlaflabors mit Simulation der Feldexposition gemacht worden", erläuterte Leitgeb. In der Realität würden sich die Feldstärken jedoch permanent ändern, simulierte Expositionen seien daher auch nur bedingt aussagekräftig. Daher habe man sich jetzt entschlossen, die physiologischen Messungen, "vor Ort", das heißt in den Wohnungen der Betroffenen selbst, vorzunehmen.

Mobilfunkanbieter finanzieren Studie

Nun sucht der Elektromog-Forscher Menschen, die in der Nähe von entsprechenden Sendestationen wohnen und über Schlafstörungen klagen. Geschlecht und Alter der Testpersonen sind laut Leitgeb unerheblich. Um den möglichen Einfluss von elektromagnetischen Feldern zu erheben, sollen die Probanden drei Tage unter alltäglichen Schlafverhältnissen schlafen, an acht Tagen schlafen sie unter einem Schutzzelt, das den "Elektromog" abhalten soll. **Finanziert wird die Grazer Pilotstudie zur Hälfte von vier der fünf österreichischen Mobilfunk-Anbietern und der deutschen Forschungsgemeinschaft.**

Artikel vom 26.01.2004 /apa /stp

Omega: eine zur Hälfte von den Mobilfunk-Anbietern bezahlte Studie?! Man braucht kein Prophet zu sein, um das Ergebnis im voraus zu kennen! Glaubt man die Öffentlichkeit immer noch mit diesen Manövern täuschen zu können? Hält man die Menschen wirklich für so beschränkt? Und immer wieder dieser Interesse vortäuschende Satz: "Man muss die Sorgen der Anwohner jedoch ernst nehmen". Das hört man von vielen offiziellen, den Mobilfunkbetreibern freundlich gesinnten Personen in der Öffentlichkeit. Wenn man das wirklich täte, hätte man schon längst etwas für die Betroffenen getan und die Gefahren durch das Strahlungsproblem beseitigt!

Interessant auch dieser Link, wo man die vorgefasste Meinung von Herrn Norbert Leitgeb schön nachlesen kann. Wozu noch eine weitere teure Studie, wenn die Überzeugung schon vorab fest steht? Zitat Norbert Leitgeb: „Da kann ich wirklich mit Überzeugung sagen, dass unser Wissen bei weitem größer ist als unser Nichtwissen. Und zwar aus mehreren Gründen: Wir wissen sehr genau Bescheid über die physikalische Natur der Wellen. Wir kennen ihren Energiegehalt, kennen die physikalischen Wechselwirkungsmechanismen und vieles mehr. Und daher können wir das dahinter steckende Schädigungspotenzial sehr gut abschätzen. Wenn ich bedenke, dass die Energie von der wir hier reden, um das zehnmillionenfache und mehr geringer ist als die Energie, die nötig ist, um ein Molekül zu verändern, kann das Schädigungspotenzial nicht besonders groß sein.“

Quelle: http://www.handywellen.de/canvas.html?intervw_litgeb.htm&2

Dies ist die Aussage eines industriefreundlichen, subjektiven Gutachters à la Silny.

Ägypten: Unruhen wegen Mobilfunkmast

Wütende Dorfbewohner in Ägypten haben mehrere Häuser angezündet und sich mit einem Großaufgebot der Polizei geprügelt, um die Installation eines Mobilfunkmastes zu verhindern.

Wie aus Justizkreisen der Provinz Gharbija heute zu erfahren war, sitzen neun Anführer der Unruhen inzwischen in Untersuchungshaft. Die Bewohner des Dorfes im Nildelta hatten den noch nicht fertig installierten Mast, drei Häuser, eine Hühnerfarm sowie Fahrzeuge von Polizei und Feuerwehr zerstört.

Damit protestierten sie gegen die Aufstellung des Mastes. Ihrer Meinung nach könnte der Mast, der auf einem Gebäude in landwirtschaftlichem Gebiet aufgestellt werden sollte, Krebs erregende Strahlen aussenden. dpa

26.01.04, 14:07 Uhr

<http://www.connect.de/d/37326>

Omega: nicht jede Bevölkerung ist so ruhig und diszipliniert wie die deutsche Bevölkerung!

Mobilfunk-Masten: Die Täuschungs-Tricks der Telefonkonzerne

Der Handyboom und seine Folgen

In der Öffentlichkeit wird kontrovers über gesundheitliche Schäden durch Elektrosmog diskutiert. Im Brennpunkt des Interesses stehen momentan Sendeanlagen für den Mobilfunk. Handys sind für viele Menschen inzwischen unentbehrlich - jeder zweite Deutsche telefoniert mittlerweile mobil. Für die mobilen Dienste der nächsten Generation rechnen Experten mit zusätzlichen 40.000 Sendemasten zu den bestehenden 50.000 Masten, die auch in Wohnanlagen aufgestellt werden. Schon jetzt ist in Bayern die Zahl der Sendemasten inzwischen auf 10.000 angestiegen. Davon stehen allein in München nahezu 1.000. Doch wie sehr sich Elektrosmog konkret auf unsere Gesundheit auswirkt, darüber streiten sich auch die Wissenschaftler. **Fest steht auf alle Fälle, dass immer mehr Menschen nicht in der Nähe einer solchen Anlage leben wollen. Bürger und Anwohner haben Angst vor den Folgen der Strahlenbelastung.**

Standortnachteil Sendemast Neue Datenbank

Für mehr Transparenz will eine neue Datenbank der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post sorgen. Im Internet können deutschlandweit Standorte und Messwerte von Mobilfunkmasten und Rundfunkanlagen abgefragt werden: <http://emf.regtp.de>

Die Folge: Mieten sinken, wenn auf dem Hausdach eine Antenne prangt, und Häuser mit Antenne auf dem Dach sind schlecht zu verkaufen. Selbst in der Nachbarschaft eines Hauses mit Antenne purzeln die Preise. Eine Umfrage bei 600 Maklern ergab, dass der Wertverlust bis zu 50 % betragen kann. Aber auch, wer nicht daran denkt, das Zuhause zu veräußern, kann Probleme bekommen, beispielsweise wenn das Haus noch nicht ganz abbezahlt ist. Banker denken daran, zusätzliche Sicherheiten einzufordern und weitere Kredite zu sperren. Geminderte Einheitswerte bedeuten aber auch weniger Grundsteuereinnahmen für Städte und Gemeinden. Wo also Antennen installiert sind, ist der Ärger vorprogrammiert. Und das für rund 600 Euro im Monat, die der Grundeigentümer durchschnittlich vom Mobilfunkbetreiber dafür bekommt, dass er sein Gebäude als Antennenstandort zur Verfügung stellt.

Aus den Augen, aus dem Sinn

Manchmal bleibt der Ärger für den Grundeigentümer allerdings aus - denn nicht selten wissen Anwohner gar nichts von der Mobilfunkanlage in ihrer Nähe. Mittlerweile haben sich Firmen darauf spezialisiert, die strahlenden Störenfriede unsichtbar zu machen. Die deutsche Firma Nautico warb bis vor kurzem auf ihrer Homepage mit dem Satz "Die EMVU-Vorbehalte werden minimiert, weil man die Funkeinrichtungen nicht sieht." EMVU ist die Abkürzung für "Elektromagnetische Verträglichkeit in Bezug auf die Umwelt". Kurz: Antennen werden zunehmend in das jeweilige Umfeld integriert oder sogar versteckt.

Wie einfallsreich dabei diese Firmen sind, verblüffte sogar den Bund Naturschutz (BN). Bei einer Messreihe zu elektromagnetischer Strahlung entdeckte der BN beispielsweise Mobilfunk-Antennen in Attrappen von Schornsteinen, Alarmanlagen und sogar in Vogelhäuschen. Und auch im Münchner Raum kann man an den unglaublichsten Stellen auf Sendeanlagen stoßen: So dienen beispielsweise Lampen, Litfasssäulen und Kirchtürme als Versteck und im Kreis Dachau entpuppte sich sogar das Kreuz einer Aussegnungshalle auf einem Friedhof als Mobilfunkantenne....

Mikro-Antennen als Lösung?

Wenn die Täuschung auffliegt ist die Empörung der Anwohner natürlich groß. Trotzdem läuft das Geschäft mit den getarnten Sendemasten vermutlich bestens - zumal die Nachfrage nach Antenneverstecken in Zukunft sicherlich noch mehr steigen wird. Denn durch die Einführung des UMTS-Standards wird der Antennen-Wald in den kommenden Jahren noch einmal kräftig wachsen. Allein in München sollen rund 600 neue Sendemasten dazu kommen.

Das Münchner Umweltschutzreferat möchte deshalb in einem Pilotprojekt eine neue Antennen-Technik testen: Mikro-Antennen sollen künftig in der Innenstadt die etwa acht Meter hohen Mobilfunkmasten ersetzen. Die so genannten Mikrozellen sind nur etwa 30 Zentimeter lang und haben einen Durchmesser von eineinhalb Zentimetern. Ein Vorteil ist dabei ihre niedrige Strahlung. Die liegt sogar unter dem besonders niedrigen Grenzwert der Schweiz, weshalb dann die Genehmigungspflicht wegen Geringfügigkeit entfällt. An Ampeln und Lichtmasten montiert, sollen die Mikrozellen Daten über das vorhandene Kabelnetz an eine Basis-Station weiterleiten. Voraussetzung ist allerdings, dass auch die Mobilfunkanbieter mitspielen. Denn weil die Mikro-Antennen dichter als herkömmliche Masten montiert werden müssen, gilt die Technik als aufwändig.

<http://www.br-online.de/jugend/quer/higru/antennenverstecke.html>

Nachrichten von der BI Bad Dürkheim

Samstag, 31. Januar 2004

Studie: Tausende erkranken durchs Röntgen

Hamburg – Mehr als 2000 Menschen in Deutschland erkranken jährlich an Krebs, hervorgerufen durch Röntgenuntersuchungen. Zu diesem Schluss kommt eine im Fachmagazin "Lancet" veröffentlichte Studie aus Großbritannien. Wie der Spiegel in seiner Online-Ausgabe berichtet, nimmt Deutschland einen internationalen Spitzenplatz bei der Anwendung der Strahlendiagnostik ein. Mit 1254 jährlichen Röntgenuntersuchungen pro 1000 Einwohnern werden die deutschen Ärzte nur von den japanischen Kollegen mit knapp 1500 Untersuchungen übertroffen. Die britischen Forscher gehen davon aus, dass in Deutschland 1,5 Prozent der jährlich auftretenden 136.000 Krebserkrankungen durch medizinische Röntgenstrahlung ausgelöst werden – dies entspricht einer Zahl von 2049 Patienten.

Doch nicht nur die Häufigkeit der Untersuchungen ist in Deutschland enorm hoch, sondern auch die dabei angewandte Strahlendosis. Die durchschnittliche Dosis pro Patient ist hier zu Lande doppelt so hoch wie in Frankreich und vier mal so hoch wie in den USA. Nach Meinung von Patientenvertretern sei das "unverantwortliche" Verhalten deutscher Ärzte auf das hiesige Gesundheitssystem zurückzuführen. Wer sich als Röntgenarzt niederlasse, habe wegen der Geräte Investitionen im Millionenbereich. Das müsse sich amortisieren, so Christian Zimmermann, Präsident des Allgemeinen Patientenverbandes. Es gebe ein Überangebot an Arztpraxen, weil viele Ärzte aufgrund der miserablen Arbeitsbedingungen und schlechter Bezahlung in den Krankenhäusern den Weg in die Selbständigkeit wählten. So existierten in München mehr Computertomographen als in ganz Italien, so Zimmermann. Durch den hohen Konkurrenzkampf müssten die Ärzte so viele Untersuchungen wie möglich durchführen, um ihre Kosten zu decken – auch wenn die Risiken bekannt wären, sagte der Patientenvertreter.

Hinzu kommt eine Besonderheit des deutschen Gesundheitssystem, die einen Missbrauch ermöglichen kann: Die so genannte Teilgebietzulassung, die auch Nicht-Radiologen zur Röntgendiagnose berechtigt, führt nach Ansicht von Experten dazu, dass viele niedergelassene Ärzte ihre Patienten ins eigene Röntgenlabor überweisen. Nach Angaben von Bernd Hamm, Präsident von der deutschen Röntgengesellschaft "finden etwa 70 Prozent des normalen Röntgens nicht in der Radiologie statt, weil in Deutschland im Prinzip jeder Arzt röntgen darf."

Hingegen argumentierten zwei Forscher von der Ludwig-Maximilians-Universität in München in einem begleitenden Kommentar zur Studie, dass der Nutzen von Röntgenuntersuchungen größer sei als ihr Schaden. Die Möglichkeit einer frühen Behandlung heile wahrscheinlich mehr Krebsfälle, als die Strahlung verursachen kann.

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?v=2004&m=1&d=31&id=107796>

Mobilfunk: Ja zum "Nein"

Gemeinden können Sendeanlagen verhindern

VON SIGGI NIEDERGESÄSS

Langengeisling - Über den Bauantrag für eine Dachgaube diskutieren Stadt- und Gemeinderäte häufig ausführlicher als über einen neuen Mobilfunkmast. Und meist genehmigen sie diesen achselzuckend, weil sie angeblich müssen. "Dabei bietet das bayerische Baurecht durchaus Möglichkeiten, derartige Anlagen zu verhindern. Man muss es nur wollen", erklärte der Landtagsabgeordnete Dr. Martin Runge bei einer Veranstaltung im Mehrzweckraum der Grundschule Langengeisling.

Eingeladen hatte die im Dezember gegründete Elterninitiative gegen den Langengeislinger Sendemast. Sie wendet sich gegen die möglichen Standorte in der Nähe der Schule (wir berichteten). Runge führte aus, dass in einem Wohngebiet Sendemasten auf jeden Fall genehmigungspflichtig seien, da sie gewerbliche Anlagen seien. Bebauungspläne und die Bayerische Bauordnung könnten hier als Hebel genutzt werden.

Runge verwies auch auf das Urteil des Verwaltungsgerichts München vom 1. August 2002, in dem die Richter nicht nur städtebauliche und optische Aspekte als relevant sahen, sondern auch "die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse". Diese könnten durch die Häufung der Sendeanlagen in besonderem Maße betroffen sein, hatten die Richter in ihrem inzwischen rechtskräftigen Urteil festgeschrieben. "Nur wenn alle Druck machen und laut sind, kann auch etwas erreicht werden. Die Mobilfunkbetreiber müssen in den Dialog gezwungen werden. Sie breiten sich nur dort aus, wo es keinen Widerstand gibt", schloss Runge seine Ausführungen.

Wie gefährlich der Elektromog inzwischen sei, zeigte der Mediziner und Elektrobiologe Dr. Claus Scheingraber auf. Neueste Studien hätten ergeben, dass gerade in der Nacht, die besonders wichtig für die Erholung ist, die Belastung hoch werde, höher als am Tag. Ein Fehler sei es auch, die Strahlung der einzelnen Masten zu messen. Die Belastung wachse beispielsweise um das bis zu Zehnfache, wenn UKW- und Mittelwelle-Sendeanlagen in der Nähe seien. "In der Realität wirken mehrere Elektromagnetfelder zusammen, und die Belastung wird zum Lotteriespiel, weil jeder Mensch anders reagiert", so Scheingraber.

Auf welchem unsicherem Boden die Betreiber stehen, zeige die Tatsache, dass sich große Gesellschaften weigern wollen, die Risiken des Mobilfunks zu versichern. "Das sollte zu denken geben", so Scheingraber. *mm*

Datum: 30.01.2004

<http://www.merkur-online.de/regionen/erding/44,236167.html?fCMS=71cc4f58d8a83f3fd269af36f327fe04>

Elektrosmog der Handymasten ist ein "unkalkulierbares Risiko"

30|1|2004

Oliver Weiss

Die Versicherungsbranche bekommt wegen des möglichen Elektrosmogs von Mobilsendestationen und Handys kalte Füße. Einem Bericht der "Süddeutschen Zeitung" zufolge haben einige Versicherer Sendeanlagen und Mobiltelefone wegen ihrer potenziellen Strahlungsgefahr als unkalkulierbares Risiko eingestuft. Sie verweigern Netzbetreibern und Handy-Herstellern deshalb, sich im Rahmen einer Betriebshaftpflicht gegen mögliche Schadenersatzforderungen zu versichern. In den Policen, so die Versicherungsmakler Marsh und AON, seien Risiken in Verbindung mit Elektrosmog in diesem Jahr erstmals auf breiter Front ausgeschlossen worden.

ELEKTROSMOG-DEBATTE AUCH IM HINBLICK AUF UMTS

Seit Jahren wird um den Elektrosmog eine sehr emotionale Debatte geführt: Viele Menschen fürchten ein erhöhtes Krebsrisiko durch elektromagnetische Strahlung, Umweltschutzorganisationen halten die in Europa geltenden Grenzwerte für die Strahlung von Handys und Sendeanlagen für zu gering. Für die Mobilfunkbetreiber, die sich gerade im Aufbau ihrer neuen UMTS-Netze befinden, ist das Thema dabei immer mehr zum Kostenfaktor geworden. Sie beschäftigen mittlerweile ganze Mitarbeiterstäbe, die entweder durch Überzeugungsarbeit Ängste in der Bevölkerung vor neuen Anlagen entkräften oder Klagen von Anwohnern geplanter Standorte abwehren sollen.

Nun werden sie von vielen Versicherern im Stich gelassen. Fast alle maßgeblichen Branchenunternehmen hätten das Risiko für dieses Jahr aus ihren Policen genommen, heißt es bei den beiden weltgrößten Maklern für Industrieversicherungen, Marsh und Aon, übereinstimmend. Georg Bräuchle, Geschäftsführer von Marsh Deutschland, sieht darin eine Spätfolge der Terroranschläge des 11. September. Seit dem Einsturz der beiden Türme des World Trade Centers gebe es in der Branche "eine starke Rückbesinnung auf die wahre Risikosituation".

GESUNDHEITLICHE AUSWIRKUNGEN UMSTRITTEN

Umstritten ist die Elektroschädigung mit einem hohen ursächlichen Anteil an den Zivilisationserkrankungen der Moderne. Nach den Literaturrecherchen des deutschen Bundesverbandes Elektrosmog kann sich jede genetische Disposition bzw. chronische Erkrankung verstärken, das heißt wo schon ein gesundheitliches Problem besteht, greift die Elektroschädigung an.

Da die Wissenschaft prinzipiell nach der Kausalmethode forscht, kann sie ein solches multiples Geschehen noch nicht erfassen. Insofern wird durch die betroffenen Industrie-Unternehmen, durch Staatsbeamte sowie durch entsprechende Forscher immer wieder betont, es sei "wissenschaftlich nichts erwiesen".

Trotzdem liegen international Tausende von unabhängigen, aber auch abhängigen Forschungen vor, die zumindest deutliche Hinweise auf Gesundheitsschäden geben. Entsprechend des durch die Europäische Kommission formulierten Vorsorgeprinzips (Febr. 2000) hätte der Mobilfunk, in seiner heute schon längst überholten Technologie, allein aus Vorsorgegründen abgeschaltet werden müssen, so der Bundesverbandes Elektrosmog. Statt dessen diskutiert die Staatsebene, wie viel Risiko die Gesellschaft trage.

<http://www2.computerwelt.at/detailArticle.asp?a=80202&n=3>

Mobilfunk: Verluste tragen die Hauseigentümer

www.buergerwelle.de/pdf/verluste_tragen_hauseigentuemer.pdf

**Initiativen aus dem Ausland und außergerichtliche Erfolge der Bürger im Innland,
Gerichtsurteile zum Thema Mobilfunk**

Liebe Gallier,

nun habe ich alles zusammen getragen was ich finden konnte.

Initiativen aus dem Ausland und außergerichtliche Erfolge der Bürger im Inland

Omega: siehe unter:

www.buergerwelle.de/pdf/aussergerichtliche_einigungen_betr._mobilfunksendeanlagen.pdf

www.buergerwelle.de/pdf/protest_aus_ausland_gegen_mobilfunksender.pdf

Gerichtsurteile zum Thema Mobilfunk

Omega: siehe unter

www.buergerwelle.de/pdf/zusammenstellung_gerichtsurteile.pdf

Zusammenstellung jeweils von Manuela Knapp

Vielleicht hat ja der Eine oder Andere noch Infos dazu?

Danke noch mal für alles - und wenn möglich, bitte Fehler /Auslassungen melden.

Bis bald und viele Grüße! *Manu*

Achtung Strahlung u.a.

http://www.buergerwelle.de/pdf/achtung_strahlung_u.a..pdf

Nachrichten von Pfarrer Mathias Engelbrecht, Flomborn, vom 1.02.04

Geheimdienstterror - so weit ist es schon wieder in Deutschland

Absender: Ruth Gill, Hierholz 42, 79875 Dachsberg, Tel. 07755 – 938 597

An die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission im Deutschen Bundestag

Herrn Volker Neumann, Herrn Hermann Bachmaier, Herrn Hans-Joachim Hacker, Frau Erika Simm, Herrn Hartmut Büttner, Herrn Bernd Schmidbauer, Herrn Wolfgang Zeitlmann, Herrn Hans-Christian Ströbele, Herrn Rainer Funke

Zur Kenntnisnahme und mit der Bitte um Veröffentlichung

Herrn Volker Hartenstein, Herrn Klaus Rudolph, Tageszeitung

Zur Kenntnis: *Privater Verteiler*

Betreff: Beschwerde wegen Geheimdienstterror

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit gut einem halben Jahr beobachte ich auf meinem Computer ein reges Eigenleben. Insbesondere wenn ich mich ins Netz einwähle, werden im Hintergrund Backdoor-Programme und –installationen aktiviert. Zunächst konnte ich dies nur anhand der Prozessorgeräusche feststellen; zur Gewissheit wurde dies, als der Virenwächter während der Netzanmeldung abgeschaltet wurde, noch bevor der Provider den Netzzugang frei gegeben hatte. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich bereits einen Firewall installiert, der aber offenkundig nutzlos war. Mit Tools wie Add-Aware, die zum Auffinden von Backdoor-Programmen benutzt werden, wurde ich

zunächst fündig, dann aber hatte man diese offenbar ausgetrickst. Also machte ich mich in den Tiefen des Dateisystems auf die Suche nach den Spuren der Täter. Im wesentlichen fand ich

1. in der Registry den Eintrag einer Einwahl-Nr. unbekannter Herkunft. Mit Erkundigungen beim Bundesdatenschutzbeauftragten, der Regulierungsbehörde und der Telekom ließ sich die Identität des Inhabers dieser Rufnummer nicht ermitteln. Der einzig mögliche Weg, Auskunft zu erlangen, sei eine Strafanzeige, die ich entsprechend Anfang Dezember 2003 erstattet habe. Eine Antwort darauf habe ich bis heute nicht erhalten.
2. in der Registry als Einträge in der MRUList die Namen von Personen, die für einschlägiges politisches Engagement bekannt sind; darunter eine deutsche Abgeordnete im EU-Parlament. (Normalerweise enthält die MRUList völlig anders geartete Einträge zum schnellen Auffinden von Dateien. Jedenfalls gibt es für das Vorkommen dieser Namen an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang nur die Erklärung, dass auch sie observiert werden.)
3. ein Labyrinth von mehrfachen System-Dateien, die es den Tätern offenbar erlauben, meinen Rechner in den unterschiedlichsten Modalitäten zu manipulieren.

Seit ich die Machenschaften so weit identifiziert habe, geben sich die Täter keine Mühe mehr, ihre Aktivitäten zu tarnen und zu verschleiern. Seit dem werden

- mir mit "Nonsense"-Mails direkte Botschaften übermittelt, mit denen man mich offenbar einschüchtern möchte;
- zahlreiche Funktionen unmöglich gemacht, wie z. B. der Energiespar- und Suspend-Modus. Ich kann keine Dateien mehr komprimieren und entpacken, oder geräteadäquate Treiber installieren. Das Betreiben eines Virenschutzprogramms versucht man mir unmöglich zu machen, Verschlüsselungsprogramme und Datenschredder-Tools sind nicht mehr anwendbar. Auch wird die Verwendung von Software unmöglich gemacht, mit der man normalerweise Backdoor-Programme, Piratenpartitionen u.ä. abräumen kann. Programmfunktionen zum Wiederherstellen von Systemdateien sind nicht mehr verfügbar.
- Zum Computer gehörige Geräte (CD-Brenner, Bildschirm, Schnittstellen u. a.) werden gezielt ausgeschaltet, blockiert, gestört.

Aus all dem war klar geworden, dass ich gegen die technische Überlegenheit der Täter keine Chance habe. Daraus habe ich die Konsequenz gezogen und einen Laptop angeschafft. Den Komplettausfall, der sich alsbald bei diesem Gerät einstellte, schrieb ich der Tatsache zu, dass es sich um ein gebrauchtes Gerät handelte. Ich machte deshalb von meinem Umtauschrecht Gebrauch. Die Firma lieferte ein Ersatzgerät, weil auch sie nur den Totaldefekt feststellen konnte. Das Austausch-Gerät lief zunächst einwandfrei. Ich vermied es tunlichst, damit auch nur ein einziges Mal ans Netz zu gehen. Trotzdem stellten sich alsbald dieselben "Symptome" ein, wie bei meinem Desktop-Rechner und dem geschrotteten Laptop. Die Manipulationen und Backdoor-Installationen beruhen im wesentlichen auf

- Manipulationen des Bios, die tiefgreifende Korrekturen, mit denen sich die Backdoor-Programme beseitigen ließen, nicht zulassen.
- 1/3 – 1/4 der Festplatte werden in einem gesperrten Speicherbereich mit einer Piraten-Partition belegt, von der aus der Rechner gesteuert wird. Deren Aktivität lässt sich aber ohne weiteres quantitativ im Systemmonitor visualisieren.
- Von dort aus werden die relevanten Einträge in den Windows-System-Dateien nach Belieben manipuliert. Wesentliches Verbindungsglied scheint die Datei win386.swp zu sein. Sie ist immer aktiv, lässt sich auch aus der DOS-Ebene nicht löschen, hat kein Erstellungsdatum und ist für eine Datei ungewöhnlich umfangreich;

zeitweise ca. 80 MB. Sie ist zwar in das Windows-Betriebssystem eingebunden, ihr fehlen aber wesentliche Zugehörigkeitsmerkmale.

- Aufzeichnungen der IP-Adressen, die beim Versenden und Empfang von E-Mails auf meinen Rechner zugreifen, beweisen, dass es nicht nur eine, nämlich die des Providers ist, sondern jedes Mal eine weitere Wechsel-IP.

An der verwendeten Software kann das nicht liegen, denn es handelt sich um Original-Programme, die in den Jahren zuvor problemlos liefen. Auch Viren scheiden als mögliche Ursache mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aus.

Nachdem ich begonnen habe, mich fachkundig zu machen, wie man die Bios-Sperrung knacken kann, wird nunmehr der Bildschirm des Laptops mit kompletter Bildstörung ausgeschaltet. Als ich den Laptop ersatzweise an das LCD-Display des Desktop-Rechners anschloss, lieferte dieser zunächst ein ordentliches Bild, wurde aber alsbald ebenfalls abgeschaltet (Fehlermeldung: kein Signal). All dieses geschieht wohl bemerkt offline!

Dass man mich ständig mit Spam-Mails mit Virenanhängen beschickt, sei nur am Rande erwähnt.

Der Sachschaden beläuft sich bis jetzt auf die Anschaffungskosten für den Laptop, den ich wohl abschreiben muss, auf den Aufwand für Fahrten und Telefongespräche sowie Verbindungsentgelte für den Zugriff der Täter auf meinen Rechner, viele Arbeitsstunden, die ich mit der Behebung von Störungen und der Ergründung der Zusammenhänge aufgewendet habe, die völlige Missachtung meiner Privatsphäre, meines gesetzlichen Anspruchs auf Datenschutz u. a.

Die Schlüsse, die ich aus meinen Beobachtungen ziehen muss, sind:

- Offenbar werden alle meine Aktivitäten auf meinem Computer online und offline permanent observiert.
- Es werden alle E-Mail-Nachrichten, die ich verschicke und erhalte, zum Bundesnachrichtendienst umgeleitet, erfasst und dann erst weiter geschickt. Dabei gehen gelegentlich Dateianhänge "verschwunden".
- Den Tätern ist es offenbar möglich, auch ohne Netzzugang beliebig auf meinen Rechner zuzugreifen, Backdoor-Programme zu installieren und zu betreiben.
- Die Täter müssen also technisch und personell hervorragend ausgestattet zu sein, um einen solchen "Service" rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche mit Perfektion zu unterhalten.

Diese Machenschaften stehen im Zusammenhang damit, dass ich seit bald vier Jahren mit elektronischen Waffen gequält und verfolgt werde. Mein Telefon, meine Briefpost, mein Fernsehempfang, mein Auto und andere technische Geräte werden permanent manipuliert und gestört, was hohe Kosten verursacht und mich ständig beschäftigt hält. Das ist offenbar der Zweck dieser "Maßnahmen".

Einen deutlichen Hinweis auf die Täter lieferte kürzlich die manipulative "Programmabschaltung" eines Fernsehfilms, der von der ARD in der Sendereihe "Der besondere Film" ausgestrahlt wurde. Im Rahmen einer Trivialstory wurde darin ein realistisches Psychogramm von Geheimdienstmitarbeitern und ihren Arbeitsmethoden dargestellt. Für den kompletten Bild- und Tonausfall im letzten Drittel der Sendung sind mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sender- oder empfangsgerät-bedingte Störungen als Ursache auszuschließen. Nach dem Film war auch sofort wieder ein problemloser Empfang möglich.

Diese Verfolgung ist zu sehen im Zusammenhang mit ähnlich lautenden Berichten von ca. 150 allein in Deutschland namhaft gewordenen Opfern. Einzig denkbarer und in Frage kommender Grund dafür können meine MCS-Erkrankung, mein daraus erwachsendes Engagement in Sachen Umweltkrankheiten und -belastungen und die Tatsache sein, dass ich die Mind Control Verfolgung, um die es sich m. E. handelt, nicht widerstandslos hinnehme.

Mir sind mittlerweile eine größere Anzahl von umweltkranken und –engagierten Betroffenen bekannt, die dieselbe Art von Terror erleiden, so dass ich annehmen muss, dass diese eine bevorzugte Zielgruppe sind.

Aufgrund meiner Recherchen und Beobachtungen muss ich annehmen, dass diese Verfolgung vom Bundesnachrichtendienst ausgeht, so wie es übereinstimmende Berichte von Opfergruppen aus vielen Ländern weltweit gibt, die annehmen, dass die nationalen Geheim- und Sicherheitsdienste hinter diesen Verbrechen gegen die Menschenwürde und die körperliche Unversehrtheit stecken. In der Selbstdarstellung des BND unter www.bundesnachrichtendienst.de/ueber/abt2.htm und –abt6.htm werden Aufgabenstellungen beschrieben, die sich gut in Übereinstimmung bringen lassen mit einer Dokumentation von John St. Clair Akwei über eine entsprechende Abteilung der NSA, der er selbst angehört hat. Es handelt sich um eine Beschreibung der Aufgaben, Ausstattung, Strukturen und Arbeitsmethoden dieser Einheit zu Beginn der 80iger Jahre; d. h. es ist davon auszugehen, dass die technischen Möglichkeiten mittlerweile viel weiter entwickelt sind. Das Dokument ist im Anhang beigelegt. *Omega: siehe unter:*
<http://www.buergerwelle.de/pdf/akwei.pdf>

Bei Bedarf kann eine Liste einschlägiger Fachliteratur und Quellenverweise vorgelegt werden.

Ich bitte Sie, diese Sachverhalte aufzuklären und um Ihre Stellungnahme insbesondere zu folgenden Fragen:

- Wie lässt sich eine solche Verfolgung von Bürgern, deren Aktivitäten sich voll auf dem Boden demokratischer Spielregeln und im Rahmen der Gesetze bewegen, mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Übereinstimmung bringen?

- Wie kann ich mich gegen diese Art staatlichen Terrors zur Wehr setzen?

Bitte sorgen Sie im Rahmen Ihrer parlamentarischen Kontrollaufgabe umgehend für Abhilfe!

Mit freundlichen Grüßen
Ruth Gill

Anmerkungen zum Artikel > Geheimdienst-Terror <

Liebe Kämpferinnen und Kämpfer für ein Leben in Würde und Freiheit, ohne staatlich angeordnete Bespitzelung und Überwachung, ohne Mikrowellenbesendung und Geheimdienstterror!

Es gibt Menschen in unserem Lande, denen wird das Leben besonders schwer gemacht: Menschen, die sich für die Bewahrung der Schöpfung, für den Erhalt gesunder Lebensgrundlagen, für ein jedem Menschen von Gott gegebenes Leben in Würde und Freiheit einsetzen, die gegen globalisierende Ungerechtigkeit, gegen Lenkung der Politik durch mächtige Lobbys und Großkonzerne kämpfen: sie alle (wie auch die „Whistleblower“) sind missliebig, stören den geplanten Fortgang und werden zu einem nicht unerheblichen Teil drangsaliert und zum Teil körperlich gefoltert.

Wer sich für Wahrheit und das wirkliche, echte, gute, von Gott geschenkte Leben einsetzt, hat es nicht leicht. Diese Menschen, von denen ich inzwischen einige kenne und die ausnahmslos alle geistig völlig normal sind, empfinden vielleicht wie der Beter von Ps. 44, 23: „Doch um Deinetwillen werden wir täglich getötet, wir sind geachtet wie Schlachtschiffe.“ Doch kein finsternes Reich besteht auf ewig, auch wenn sich einige jetzt noch so fühlen wie in Offb. 12,11 beschrieben: „Sie haben ihr Leben nicht geliebt bis an den Tod.“ (Es gibt keine bessere Beschreibung für die Jetzt-Zeit als die Offenbarung des Johannes, zu diesem Schluss kommt man, wenn man sich jahrelang mit Informationen beschäftigt, die die Öffentlichkeit gar nicht wissen soll.)

Einige Hintergründe: Mitte der 60er Jahre wurde die amerikanische Botschaft in Moskau mit Mikrowellen bestrahlt. Krankheiten, Leukämie und Todesfälle waren die Folgen. Dies wird inzwischen nicht mehr abgestritten, ist allgemein bekannt. Mind-Control-Forschung gab es bereits im Nazi-Reich, die deutschen Spezialisten wurden nach dem Krieg klammheimlich in die USA geholt. Dort gibt es einen Haufen Patente für elektromagnetische Beeinflussungen des Körpers durch technische Geräte (einige Patente liefen auch über meinen Verteiler). Auch Moskau und die DDR waren recht weit mit psychotronischen Waffen (Beleg: z.B. ZDF-Film vom 22.12.1998: „Geheimes Russland: Die Zombies der roten Zaren). Mit der Wiedervereinigung wurden diese „Spezialisten“ aus dem Osten nicht etwa gefeuert, sondern in die deutschen „Dienste“ integriert: ihr Wissen war zu wertvoll, als es einfach ungenutzt liegen zu lassen. Auch *Focus* und *Spiegel* und andere Organe veröffentlichten Zusammenstellungen von sogenannten „non-lethal-weapons“ (lief auch über meinen Verteiler). Auch hier sind einige Filme ausgestrahlt worden (z.B. über Fa. Waffen Diehl).

Bitte informieren Sie sich auf folgenden Internetseiten...mikrowellenterror.de;...totalitaer.de;...sabinehinz.de;...matrix3000.de;...mindcontrolforums.com/akwei.htm.

Bitte verbreiten den beiliegenden Sachverhalt. Omega: siehe „Geheimdienstterror - so weit ist es schon wieder in Deutschland“ von Ruth Gill unter http://www.buergerwelle.de/body_newsletter_290104.html

Nichts fürchten die dunklen Mächte mehr, als wenn Licht in ihre skrupellosen Aktivitäten eindringt.

Mit freundlichen Grüßen!
Mathias Engelbrecht

P.S. Bitte beachten Sie auch die Sachbücher von Heiner Gehring: „Im Vollbad der Bosheiten“ und „Versklavte Gehirne“.

Antwort auf Artikel > Geheimdienst-Terror <

von Frau Ruth Gill

Meine Anfangszeit im Internet verlief so lange ohne Störungen, bis ich begann Artikel über den Mobilfunk zu schreiben.

Der von Frau Ruth Gill abgelieferte Bericht klingt sicherlich für einen nicht betroffenen Internet-Teilnehmer als das Horror-Märchen einer Frau mit Phantasie-Problemen !

Beim Lesen erkannte ich meine eigenen durchgemachten Computer-Probleme bis zu 80 % identisch wieder und ich habe in dieser Beziehung bestimmt keine Phantasie -Probleme !

Wer der Verursacher dieser Nachforschungen und wer Stör- Veranlasser ist, kann ich nur vermuten.

Nach der letzten Aushorch-Variante und einer totalen Neu-Installation der Systeme und Programme habe ich etwas Ruhe. Diverse Sperren und Kennungen helfen etwas. Monatelang kam die Meldung, ein zweiter Nutzer belegt das Programm bzw. die Datei.

Nun erfand man den Trick mit dem Drucker. Die letzte Variante: Ihr Drucker versucht einen Aufbau und Kontakt ins Internet zu schaffen, willigen Sie ein ? Es gab nur eine Möglichkeit = Ja, denn Nein sowie das X-Kästchen reagierten nur mit Klingelton, sie waren im voraus gesperrt !

Wochenlang schob ich diesen Vermerk aus dem Bildschirm, bis es mir zu lästig wurde, ich willigte ein und hatte Ruhe. Wahrscheinlich kann nun alles, was ich ausdrücke sofort an irgendeiner Stelle gelesen werden. Meine Aktivitäten werden überwacht, was mich wenig stört, was ich zu sagen habe, sage ich offen im Internet, ich bin mein eigener Herr und gehöre auch keiner politischen Organisation oder staatsfeindlichen Verbindung an !

Nachdem mich örtliche Aktionen mit mehrfach abertausenden Flyern tausende Euro gekostet haben und ich den überwiegenden Teil meiner Freizeit damit verbringe Nachrichten zu recherchieren, sagten mir Nachbarn, die Aktionen und die Arbeit mache ich ja doch wohl nur für mich in erster Linie ! Seit diesem Zeitpunkt gibt es nur noch eine handvoll am Mobilfunk leidender Menschen, die ich an Infos teilhaben lasse. Man hat nicht nur

gegen die Dummheit von Menschen anzukämpfen, sondern muss sich auch noch deren Unverschämtheiten und Hohn bieten lassen.

Inzwischen hat man mir 2 Mal meine gespeicherten Favoriten im Internet heruntergelesen und die Datei zerstört. Jetzt geht kein Favorit mehr zu speichern, ich schreibe alles per Hand auf wie im 18. Jahrhundert. Man wollte offensichtlich wissen, ob ich vielleicht noch anderweitige „staatsfeindliche“ Bindungen habe, die man aus den mir gestohlenen Informationen über meine Internet-Verbindungen hätte klar ansehen können.

Vor einem Jahr stutzte ich bei meiner Telefonrechnung, an einem Abend sollte ich 15 mal hintereinander meine eigene Telefon - Nr. mit der bis auf eine Ziffer unterschiedlichen Vorwahl angerufen haben. Diese Tel.-Nr. gehörte einem Anwalt, der mir total unbekannt war. Er bestätigte mir dann schriftlich, diese Telefon-Nr. seines Büros sei zu der Zeit abgeschaltet und gesperrt, ich könnte ihn nie erreicht haben !

Nach diesem Anwalts-Schreiben bekam ich die Gebühren wieder gutgeschrieben mit der Aussage, ich hätte trotzdem telefoniert, man schreibe aus Kulanz gut !

Für mich war dies eine Telefon-Abhör-Installation, denn bereits Wochen vorher hörten wir in unserer Telefon-Leitung oftmals starke knackende Geräusche. Wahrscheinlich hatte sich die Vorwahl der dort ansässigen ehemaligen Vermittlerstelle eingewählt bei der Abhör-Installation und erschien nun 15 mal auf meiner Telefon-Rechnung !

Wie es mit dem Rechtsempfinden in Deutschland inzwischen bestellt ist, kann man klar erkennen. Wenn kapitalkräftige Schuldige - z. B. vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt in eigener Sache geschehen - ihre Schuld eingestehen und trotzdem freigesprochen werden, kann man sich vorstellen, wer regiert:

DAS KAPITAL, AUF KOSTEN DER KLEINEN BÜRGER !

Frau Ruth Gill kann ich als Einzelkämpferin nur wünschen, dass sie weiterhin ihren Mann steht und sich nicht entmutigen lässt, fällt es einem auch manchmal noch so schwer, denn solche Störungen sind als reiner Psycho-Terror anzusehen, damit Menschen entnervt aufgeben ! Ich weiß, wovon ich rede !

Dieter keim <> Ilbenstadt

Britische Studie quantifiziert Krebsrisiko durch diagnostische Röntgenstrahlen

London. Ein britisches Forscherteam legt die bisher detaillierteste Berechnung zur Abschätzung des Krebsrisikos durch diagnostische Röntgenstrahlen vor. Amy Berrington de Gonzales von der University of Oxford, Großbritannien, und Sarah Darby von Cancer Research, Großbritannien, nehmen an, dass in Großbritannien jährlich ca. 700 von 124 000 diagnostizierten Krebsfällen auf die Exposition gegenüber diagnostischen Röntgenstrahlen zurückzuführen sind. (Auszug)

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=15251>

Anmerkungen zum Artikel > Geheimdienst-Terror <

Liebe Kämpferinnen und Kämpfer für ein Leben in Würde und Freiheit, ohne staatlich angeordnete Bespitzelung und Überwachung, ohne Mikrowellenbesendung und Geheimdienstterror!

Es gibt Menschen in unserem Lande, denen wird das Leben besonders schwer gemacht: Menschen, die sich für die Bewahrung der Schöpfung, für den Erhalt gesunder Lebensgrundlagen, für ein jedem Menschen von Gott gegebenes Leben in Würde und Freiheit einsetzen, die gegen globalisierende Ungerechtigkeit, gegen Lenkung der Politik durch mächtige Lobbys und Großkonzerne kämpfen: sie alle (wie auch die „Whistleblower“) sind missliebig, stören den geplanten Fortgang und werden zu einem nicht unerheblichen Teil drangsaliert und zum Teil körperlich gefoltert.

Wer sich für Wahrheit und das wirkliche, echte, gute, von Gott geschenkte Leben einsetzt, hat es nicht leicht. Diese Menschen, von denen ich inzwischen einige kenne und die ausnahmslos alle geistig völlig normal sind, empfinden vielleicht wie der Beter von Ps. 44, 23: „Doch um Deinetwillen werden wir täglich getötet, wir sind geachtet wie Schlachtschiffe.“ Doch kein finsternes Reich besteht auf ewig, auch wenn sich einige jetzt noch so fühlen wie in Offb. 12,11 beschrieben: „Sie haben ihr Leben nicht geliebt bis an den Tod.“ (Es gibt keine bessere Beschreibung für die Jetzt-Zeit als die Offenbarung des Johannes, zu diesem Schluss kommt man, wenn man sich jahrelang mit Informationen beschäftigt, die die Öffentlichkeit gar nicht wissen soll.)

Einige Hintergründe: Mitte der 60er Jahre wurde die amerikanische Botschaft in Moskau mit Mikrowellen bestrahlt. Krankheiten, Leukämie und Todesfälle waren die Folgen. Dies wird inzwischen nicht mehr abgestritten, ist allgemein bekannt. Mind-Control-Forschung gab es bereits im Nazi-Reich, die deutschen Spezialisten wurden nach dem Krieg klammheimlich in die USA geholt. Dort gibt es einen Haufen Patente für elektromagnetische Beeinflussungen des Körpers durch technische Geräte (einige Patente liefen auch über meinen Verteiler). Auch Moskau und die DDR waren recht weit mit psychotronischen Waffen (Beleg: z.B. ZDF-Film vom 22.12.1998: „Geheimes Russland: Die Zombies der roten Zaren). Mit der Wiedervereinigung wurden diese „Spezialisten“ aus dem Osten nicht etwa gefeuert, sondern in die deutschen „Dienste“ integriert: ihr Wissen war zu wertvoll, als es einfach ungenutzt liegen zu lassen. Auch *Focus* und *Spiegel* und andere Organe veröffentlichten Zusammenstellungen von sogenannten „non-lethal-weapons“ (lief auch über meinen Verteiler). Auch hier sind einige Filme ausgestrahlt worden (z.B. über Fa. Waffen Diehl).

Bitte informieren Sie sich auf folgenden Internetseiten...mikrowellenterror.de;...totalitaer.de;...sabinehinz.de;...matrix3000.de;...mindcontrolforums.com/akwei.htm.

Bitte verbreiten den beiliegenden Sachverhalt. Omega: siehe „Geheimdienstterror - so weit ist es schon wieder in Deutschland“ von Ruth Gill unter http://www.buergerwelle.de/body_newsletter_290104.html

Nichts fürchten die dunklen Mächte mehr, als wenn Licht in ihre skrupellosen Aktivitäten eindringt.

Mit freundlichen Grüßen!
Mathias Engelbrecht

P.S. Bitte beachten Sie auch die Sachbücher von Heiner Gehring: „Im Vollbad der Bosheiten“ und „Versklavte Gehirne“.

Wie objektiv sind Experten?

Wenn selbst Wissenschaftler versuchen, die Beschwerden solcher Leute als 'Einbildung' abzutun ist das nicht nur peinlich, sondern auch gefährlich. Immer mehr Menschen erkennen zwar, dass offizielle Verlautbarungen _ seien sie nun politischer oder wissenschaftlicher Art _ nicht automatisch der Wahrheit entsprechen müssen. Dennoch kann es den einen oder anderen Bürger verunsichern, wenn ein hochdekoriertes Wissenschaftler behauptet, der Mobilfunk sei vollkommen unbedenklich.

Genau diese Aufgabe hat ein solcher Wissenschaftler natürlich zu erfüllen. Professor Schönfeld, der ehemalige Staatsanwalt im deutschen Holzschutzmittelprozess, publizierte im Spiegel einen Artikel mit dem Titel 'Die Lügen der Experten' (23/1999). Darin zeigte er das listige Ränkespiel der Industrie auf, welches im Mobilfunkbereich ebenso gespielt wird, wie in jedem anderen Streit, wo Geldinteressen gegen Gesundheitsvorsorge stehen. Schönfeld schrieb:

„Bei der Auswahl der Gutachter kann sich die Justiz Spezialisten holen, darf sich die Rosinen aus dem großen Ärztekuchen picken. Das macht sie auch. Prominente Lehrstuhlinhaber, internationale Kapazitäten, doppelt und dreifach Promovierte bevölkern die Gerichtssäle. Und trotzdem gibt es keine Gerechtigkeit für Chemikalienkranke. Oder gerade deswegen? Vor wenigen Jahren wurde das Problem noch unter dem Begriff der käuflichen Wissenschaft gehandelt. Mittlerweile ist man deutlicher geworden und spricht von Wissenschaftskriminalität.

Zahlreiche Sachverständige begutachten einfach falsch. Sie irren nicht, sie lügen. Und sie lügen mit Kalkül, immer zugunsten des am Verfahren beteiligten wirtschaftlich Mächtigeren, des Unternehmens, des Konzerns, des Herstellers. Nie zum Vorteil der kranken Kläger. (...) Was die Sachverständigen da tun, ist kein Freundschaftsdienst, sondern Teil eines Geschäfts: Unwahrheit gegen Cash. Der Hintergrund dieses schlimmen

Tatbestandes ist kein Geheimnis. Längst können Universitätsinstitute, Forschungsgesellschaften oder andere Wissenschaftseinrichtungen ohne den ständigen Geldstrom aus der Wirtschaft nicht mehr existieren. Der Staat gibt nur noch Peanuts. Und weil auch diese immer weniger werden, gewinnen die Drittmittel, wie die Zuwendungen wertneutral heißen, ständig an Bedeutung. Die Heimstätten unserer Sachverständigen hängen am Tropf der Konzerne. Deren Unterhaltsleistungen erfolgen ganz und gar unspektakulär und unverfänglich in Form von Forschungs- und Gutachtaufträgen und hin und wieder auch als Spende oder Doktorandenstipendium. Dafür dürfen die Unternehmen sich etwas wünschen: günstige Expertisen. Die bekommen sie auch, ansonsten wäre die geschäftliche Beziehung gefährdet."

Geld regiert die Welt. Und welcher Wissenschaftler möchte nicht gerne unbeschränkte Geldmittel zur Verfügung haben, um das zu erforschen, was ihn nicht nur reich, sondern auch berühmt und angesehen machen wird? Glücklicherweise gibt es aber Wissenschaftler, die ihren beruflichen Ehrgeiz dem Wohl der Bevölkerung unterordnen und sich weigern, gewisse Dinge im Namen der Wissenschaft zu tun. Leider sind es noch zu wenige. Noch viel dünner gesät sind jene Wissenschaftler, die den Mut gefunden haben, gegen den Druck der Industrie und der Akademikergemeinde anzutreten. Die genug Kraft haben, um ihre Stimme für die Gesundheit aller zu erheben und sich damit harten Repressionen aussetzen.

Wenn Sie nicht wissen, welcher von zwei akademischen Meinungen Sie Glauben schenken sollen, dann fragen Sie sich immer, was die Betreffenden zu gewinnen oder verlieren haben. Wenn ein Wissenschaftler für den Mobilfunk eintritt, geht er kein großes Risiko ein. Dafür kann er viel gewinnen. Er macht sich bei der Wirtschaft lieb Kind und erhält dafür gesellschaftliches Ansehen und gut bezahlte Forschungsaufträge.

Ein Wissenschaftler aber, der sich gegen die heute noch von der Mehrheit akzeptierten Meinung stellt, riskiert Kopf und Kragen. Er verliert seinen guten Ruf, die lukrativen Forschungsaufträge und meist auch noch seine Position. Sollten ihn diese Strafen nicht 'auf den rechten Kurs' zurückgezwungen haben, so wird er öffentlich lächerlich gemacht und von den eigenen Wissenschaftskreisen als Ausgestoßener behandelt.

Ich frage Sie, weshalb sollte ein Wissenschaftler all dies freiwillig auf sich nehmen, wenn nicht um der Wahrheit und seines Gewissens willen?

http://kornherr-net.de/sendemast/wie_objektiv_sind_experten.htm (Auszug)

WISO 02.02.2004

Kind unter Kontrolle

Wie sinnvoll ist die Überwachung per Handy?

Wenn der Nachwuchs selbstständiger wird, wächst die Sorge der Eltern um die Sicherheit ihrer Kinder. Mehrere Firmen bieten Techniken an, mit denen der Aufenthaltsort der Kinder bestimmt werden kann.

Michael Strompen

Die Firma Armex bietet an, Kinder anhand ihrer Handys zu orten. "Track your kid", also "Verfolgen Sie ihr Kind", nennt die Firma ihren Suchdienst. "Es geht nicht darum, das Kind permanent zu überwachen", verteidigt Geschäftsführer Dirk Teubner sein Produkt, "sondern darum, den Eltern ein Stück Sicherheit zu geben."

Die Technik von "track your kid" ist simpel: Das Handy des Kindes sucht sich immer den nächstgelegenen Sendemast. Wer also weiß, bei welchem Mast sich das Handy eingeloggt hat, der weiß auch, wo sich das Kind gerade befindet.

Standort per SMS

Will etwa eine Mutter den Aufenthaltsort ihres Sohnes erfahren, schickt sie eine SMS mit der Nummer des Kindes an eine Rufnummer der Firma Armex. Die sucht das Handy und schickt eine SMS an den Absender zurück. Darin stehen alle Straßen im Umkreis des angepeilten Sendemastes. Die Angaben sind in der Stadt bis auf 50 Meter genau.

Auf dem Land gibt es deutlich weniger Sendemasten. Hier legt sich das Unternehmen nur auf einen Umkreis von einigen hundert Metern fest.

Suche auch im Internet

Statt eine SMS zu verschicken, können Eltern auch im Internet die Suchaktion starten. Das dauert zwar länger, dafür aber stellt Armex gleichzeitig Kartenmaterial für die Umgebung des georteten Handys zur Verfügung.

Aus Datenschutz-Gründen darf der Anbieter jedoch nur eigene Handys lokalisieren. Der Besitz lässt sich durch den Vertrag mit dem Mobilfunkbetreiber oder mit einer Rechnung belegen. Bei Kindern über 14 Jahren verlangt Armex auch deren Einwilligung, die jederzeit widerrufen werden kann. Dies ist gesetzlich jedoch nicht vorgeschrieben.

Überwachung pädagogisch fragwürdig

Bettina Gayk vom Datenschutz in Nordrhein-Westfalen (NRW) bestätigt: "Rechtlich ist es natürlich so, dass Eltern ihre Kinder erziehen dürfen. Da gehört auch kontrollieren dazu."

Für ratsam hält Gayk "track your kid" dennoch nicht: "Es sollte sich jeder, der Kinder erzieht, fragen, inwieweit er die Erziehung zur Selbstständigkeit mit einbezieht und welche Freiheiten er dem Kind überlässt. Und eine Totalüberwachung ist für eine vernünftige Erziehung nicht sinnvoll."

Datenschutz sieht Missbrauchsgefahr

Erwachsene Menschen aufzuspüren, ohne dass diese zugestimmt haben, ist sogar eine Straftat. Die zuständigen Datenschützer aus NRW sehen deshalb eine große Missbrauchsgefahr.

Wie sicher ist, dass der eifersüchtige Ehemann nicht seiner Frau hinterher spioniert? "Track your kid" muss garantieren, dass das nicht passiert. Der Datenschutz NRW hat eine Untersuchung der Firma angekündigt.

Überwachung möglich

"Track your kid" könnte dabei nur ein Einstieg in die Überwachung via Handynetz sein. Bereits einen Schritt weiter geht die Firma PC-Funk aus Berlin. Sie verkauft ein kleines Gerät, das an das Handy montiert wird, den Phonetracker.

Der Phonetracker dauerüberwacht jedes Handy. Eltern können "Schutzzonen" für ihr Kind definieren, deren Größe von der Dichte der Mobilfunkmasten abhängt. Das kann der Schulweg sein, Spielplätze oder die Wohnungen der Freunde.

Alarm beim Grenzübertritt

Verlässt das Kind mit seinem Handy den ausgewählten Bereich, benachrichtigt das Mobiltelefon umgehend die Eltern. Entweder über eine SMS oder einen Anruf.

Außerdem kann man nun das Telefon anrufen, an das der Phonetracker montiert wurde. Das Gerät unterdrückt den Klingelton, nimmt den Anruf selbst entgegen. Eltern sollen so ermitteln können, ob ihr Kind in Gefahr ist. Aber: Gespräche, Geräusche oder wer auch immer zu hören ist, können so belauscht werden.

Komplette Überwachung verboten

Ein Albtraum für jeden Datenschützer: "Mit dieser Technik können Gespräche abgehört oder aufgezeichnet werden, über Personen, die nichts davon wissen. Das ist nach unserem Strafrecht verboten", verdeutlicht Burkhard Freier, Vertreter der Landesdatenschutzbeauftragten NRW. Er erklärt: "Jeder, der zu hören ist, müsste vorher sein Einverständnis erklären."

Der Phonetracker kann zwar legal gekauft werden, sein Einsatz ist dennoch in den meisten Fällen illegal. Die Ortung von Kindern oder sehr alten Menschen mag hin und wieder sinnvoll sein, die Missbrauchsgefahr ist aber sehr hoch.

© ZDF 2004

<http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/21/0,1872,2096533,00.html>

Die Auswirkungen elektromagnetischer Felder von Mobilfunksendeanlagen auf Leistung, Gesundheit und Verhalten landwirtschaftlicher Nutztiere: Eine Bestandsaufnahme

[2003-10-30]

ZUSAMMENFASSUNG:

Das mögliche Risikopotential hochfrequenter elektromagnetischer Felder des Mobilfunknetzes wird seit Jahren kontrovers und emotional diskutiert. Da Mobilfunksendeanlagen häufig auf landwirtschaftlich genutzten Flächen errichtet werden, stellt sich aus tiermedizinischer Sicht die Frage, ob an landwirtschaftlichen Nutztieren in unmittelbarer Umgebung solcher Sendeanlagen Veränderungen in Gesundheit, Leistung oder Verhalten auftreten. Diese Übersichtsarbeit stellt eine Bestandsaufnahme dieses Themas dar. **Neben einer Reihe von Fallbeschreibungen bei Milchrindern, Schweinen und Geflügel wird die bayerische Rinderstudie diskutiert, die trotz zum Teil gravierender Mängel einige besorgniserregende Unterschiede zwischen hoch und niedrig exponierten Betrieben zeigte, so eine Erhöhung von Missgeburten und Verhaltensänderungen, die zu einem Rückgang der Milchleistung führen können.** Aufgrund dieser Beobachtungen planen einige Arbeitsgruppen der Tierärztlichen Hochschule Hannover eine epidemiologische Studie zur Auswirkung elektromagnetischer Felder von Mobilfunksendeanlagen auf Leistung, Gesundheit und Verhalten von Rindern. Wir erwarten von dieser Studie eine weiterführende Klärung der Frage, ob und unter welchen Bedingungen eine Exposition in derartigen Feldern ein Risiko für landwirtschaftliche Nutztiere darstellt und zu ökonomischen Verlusten führen kann.

© Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

http://www.vetline.de/facharchiv/nutztiere/originalien/auswirkungen_elektromagnetischer_felder_nutztiere.htm

Kinder durch Mobilfunk in besonderer Gefahr

Mit der raschen Entwicklung in der mobilen Telekommunikation hat sich die Möglichkeit aufgetan, jederzeit und überall telefonieren zu können. Dieser Bedarf nach ständiger Erreichbarkeit bedingt, dass immer mehr Sendeanlagen installiert werden. Die Diskussion, wie sich die Dauerbelastung der Antennen auf den Organismus auswirkt, reißt nicht ab. Kritisiert wird dabei die verwendete Technik: niederfrequent gepulste Hochfrequenz. Als Folge können Kopfschmerzen, Gedächtnisstörungen, Ohrensausen, Schlaf- und Konzentrationsprobleme, Übelkeit und mehr entstehen. Spezielle Informationen über die gesundheitlichen Auswirkungen auf Kinder sind noch wenig verbreitet, aber alarmierend.

Wolfram König, Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), traf die Aussage: „Kinder befinden sich noch in der Wachstumsphase und reagieren deshalb gesundheitlich empfindlicher. Wir haben hier eine besondere Verpflichtung zur Vorsorge“. Er gibt auch die Empfehlung: „Eltern sollten ihre Kinder möglichst von dieser Technologie fernhalten“.

Prof. Peter Semm von der Universität Frankfurt, der Entdecker der magnetischen Empfindlichkeit des Melatonins (Hormon, das an der Schlafsteuerung beteiligt ist), stellte bereits 1995 fest, dass bei Bestrahlung mit gepulster Hochfrequenz – auch unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte – bereits 60 Prozent der Nervenzellen „falsch“ reagieren. Er sagt: „Ich würde mein Kind nicht in einen Kindergarten schicken, wenn im Umkreis von 250 Metern eine Mobilfunksendeanlage steht“.

Bei der Installationen von Mobilfunksendeanlagen kommt es immer wieder zu Konflikten mit der Bevölkerung. Ganz aktuell in der Stadt Füssen, wo in unmittelbarer Nähe zur Realschule eine bestehende Sendestation mit zwei weiteren Sendern aufgerüstet wurde. Das Bewusstsein um die Konfliktsituation bei sensiblen Bereichen, wie Schule, Kindergarten, Altenheim, fand Eingang in den „Freiwilligen Vereinbarungen“. Sie sind ein Vertrag zwischen Staat und Betreibern, und haben zum Ziel zur Akzeptanzverbesserung von Mobilfunksendern bei der Bevölkerung beizutragen.

Wie stellt sich die Situation im Ostallgäu dar? Wo befinden sich Sender in der Nähe von Kindergärten und Schulen? Diesen Fragen gingen die Ostallgäuer Mobilfunk-Initiativen nach. Bei 4 von 16 Kindergärten stehen im Abstand von ungefähr 200 Meter Entfernung eine oder einmal zwei Sendeanlagen. Innerhalb des gleichen Abstandes, 200 m, liegen 4 Schulen von insgesamt 5 Sendeanlagen entfernt. Der Städte- und Gemeindetag hat bei Verstößen gegen die „Freiwilligen Vereinbarungen“ eine Clearingstelle eingerichtet. Vom Anrufen dieser Stelle macht nun die Stadt Füssen Gebrauch. Die Mobilfunk-Initiativen möchten nun auch den anderen

Gemeinden diesen gangbaren Weg aufzeigen und hoffen, dass die Kommunen Initiative ergreifen zur Vorsorge der Kinder.

Das nächste Treffen der Mobilfunk-Initiativen Ostallgäu ist am 12 März um 20.00 Uhr im Gasthof Sailerbräu in Marktoberdorf. Weitere Info zu Kinder und Mobilfunk unter www.mobilfunk-allgaeu.de

Nachricht von Renate Marek

Aus dem Newsletter 030204 der Partei AUFBRUCH für Bürgerrechte, Freiheit und Gesundheit

Für die diesjährige Europawahl am 13. Juni 2004, hat die Partei AUFBRUCH erstmals die einzigartige Chance, sich in ganz Deutschland zur Wahl zu stellen. Dr. med. Hans Christoph Scheiner, der Vorsitzende der Partei AUFBRUCH, ist u.a. ein engagierter, profunder und langjähriger Mobilfunkkritiker, siehe z.B. unter: <http://mobilfunkkritiker.de/dateien/scheiner.htm> .

Sie können die Partei AUFBRUCH mit Ihrer Unterschrift bei ihrem Vorhaben an der Europawahl 2004 unterstützen. Fordern Sie bitte unter: <http://www.aufbruch-partei.de/europa/wahl.htm> Unterstützerformulare an oder schreiben Sie an: AUFBRUCH Bürgerrechte, Freiheit und Gesundheit, Franz-Wüllner-Str.39, 81247 München, Tel. 089/82940300, Fax 089/82940301, info@partei-aufbruch.de.

Jede Stimme ist wichtig!

Unterschriften Freiburger Appell

Liebe Engagierte und Betroffene,

hiermit möchte ich mitteilen, dass ich von Herrn Matz die Originalunterschriften erhalten habe. Das war nicht mein Wunsch, sondern eine Vereinbarung mit Frau Dr. Stöcker! Das Paket ist vollständig und verschlossen angekommen.

Es befinden sich nach erster intensiver Durchschau 36 000 Unterschriften, habe aber einige Mängel erkennen müssen:

1. war ein Drittel der Unterschriften nicht vollständig addiert, so dass ich das nachholen werde.
2. fiel mir auf, dass am 22.2.03 offenbar eine Zählung stattgefunden hat, nicht überall ein Datum zu finden war, so dass ich auf einigen Faxkopien den Monat herausfinden musste.
3. bis zu 34 000 Unterschriften kamen offenbar bis April 2003 zusammen, wie gesagt aber ohne Datumsangabe. Bis September 2003 waren es noch einmal 2953, ohne einzelne Ärzte auszumachen waren 671 Ärzte dabei. Insgesamt sind es ohne Gewähr 34 696 Unterschriften, evtl. kommen noch einmal 300 aus der Liste der IGUMED dazu, also rund 37.000 Unterschriften. Wie viele davon aus dem Europäischen Ausland sind, ist mir noch nicht klar.
4. waren einmal bis 360 Unterschriften falsch addiert, was bei der Menge natürlich nichts macht, ansonsten die üblichen einzelnen Verzähler.
5. wurden keine Kopien in den letzten Monaten durchgeführt, was aber vereinbart war. 2500 Euro hat die IGUMED von den Spendengeldern an Herrn Matz überwiesen, darin waren sein Einsatz für 2003, aber auch die Kopierkosten und die damit verbundene Arbeit abgegolten.
6. ich schätze, dass jemand bei einer Kopiermaschine sicherlich mindestens 6-8 Stunden zu tun hat, wenn die Maschine das aushält, zumal viele schlechte Kopien und Faxseiten enthalten sind.

Alles in Allem bin ich froh, dass wir nun diese Unterschriften sehen können, was in der Vergangenheit mit ärgerlichen Blockaden verhindert wurde.

Nun sollte ich am 8.2. also am Sonntag in Berlin sein, nachdem am letzten Wochenende Frau Dr. Stöcker mitteilte, am Montag ginge die Kiste zur Post. Dort findet eine Umweltkonferenz der Grünen statt, bei der Trittin eine Rede hält. Der Mobilfunk wurde leider nicht als Thema zugelassen, so dass mir das Büro Dr. Loske telefonisch mitteilte, dass die Übergabe der Unterschriften nicht günstig und somit nicht erwünscht sei.

Also fahre ich auch nicht, wenn man freundlicherweise davon absieht, dass ich die Unterschriften erst am Donnerstagmorgen erhielt und ohne gewissenhafte Durchsicht keine Aktion mehr unternehme.

Am Donnerstag war man sehr besorgt, morgens rief Frau Stöcker bei meiner Helferin an, ob die Kiste da sei, anschließend wollte Herr Braun aus Langen helfen, die Seiten zu kopieren, wobei ich erst heute Freitag 19 Uhr (habe noch eine Praxis und vor allem eine große Familie) dazu kam die Akten zu studieren. Abends bot sich noch Herr K. (hese-project) aus Berlin an, um mich zu der Veranstaltung zu begleiten.

Ich hoffe, dass man Verständnis dafür hat, dass wir (die IGUMED) nach einem Jahr Kampf um den Termin und die Unterschriften, innerhalb von einigen Tagen nicht unbedingt die nächstliegende Umweltkonferenz ohne gute Vorbereitung der Akten und vor allem alleine mit "2 Männchen", ohne Presse, ohne guten Rückhalt stürmen sollte.

Wir können sicher sein, dass es nach besserer Vorarbeit und Planung einen günstigeren Termin in diesem Jahr noch geben wird. Wir werden das auch mit dem hese-project abstimmen, wenn klar ist, wer der Ansprechpartner ist.

Ich wünsche allen ein schönes Wochenende,

Dr. Peter Germann, Köhlerstr.14, 67549 Worms, fon:06241/58437, fax:06241-593844

Argumente gegen Mobilfunkantenne

Vorteile: Kurzfristig ein kleines Zubrot.

Nachteile: An erster Stelle stehen natürlich die gesundheitlichen Risiken, die als Argument gegen eine Antenne sprechen. Fast täglich gibt es dazu neue Fakten.

Weitere Argumente:

Die Brandversicherungssumme muss erhöht werden. Sie müssen den Zugang zu ihrem Dach und auf Ihr Grundstück rundum die Uhr gewährleisten.

Als Eigentümer des Grundstückes haften Sie für nachgewiesene Schäden in vollem Umfang (BGB).

Die Nachbarn werden nicht besonders erfreut sein.

Wichtig: Verträge können Sie knebeln oder so gestaltet sein, dass Sie es erst nach 19 Jahren kündigen können. Wenn der Netzbetreiber es für nötig erachtet kann er jederzeit kündigen.

Die Bundesregierung plant Beteiligung der Kommune/Bürgerbeteiligung in Sachen Mobilfunkmasten.

Andere Argumente (für Miethaus bzw. eigengenutzt):

- Der Wert der Immobilie sinkt, weil Mieter die Mieten kürzen oder ausziehen. Auf der "Spirale nach unten" ziehen letztlich nur Mieter ein, die sonst keine Wohnung finden. Was die Antenne einspielt, geht so wieder verloren.
- Massive Beschwerden der Nachbarn. Für Hauseigentümer sinkt der Wert ihrer Immobilie, Mieter aus der Nachbarschaft gehen wegen der gesundheitlichen Probleme vor Gericht.
- Banken gehen bei der sog. Wertermittlung einer Immobilie dazu über, auf dem Gebäude befindliche Antennen als Negativ-Kriterium einzustufen wegen der o.g. Probleme. Immobilien mit diesen Risiken verlieren an Wert, die Bank würde im Fall einer Versteigerung weniger Erlösen, deshalb erhält der Eigentümer weniger Kredit, weil seine Sicherheit (Immobilie) weniger wert ist.

- Der Vermieter eines Standplatzes für Antennen trägt erhebliche Risiken, z.B. je nach Vertrag Konventionalstrafe, wenn der Betreiber nicht senden kann. Welcher Vermieter kann sicher sein, dass die Antenne nicht mutwillig beschädigt wird?
- bekanntlich besteht keine Haftpflicht- oder Rückversicherung der Betreiber gegen mögliche gesundheitliche Schäden. Wenn sich die gesundheitlichen Risiken manifestieren, ist es denkbar, dass auch gegen den Vermieter Gerichtsverfahren angestrengt werden.

<http://www.mobilfunkkritiker.de/news/info.htm>

Datenschützer: Versteckte RFID in Metro-Payback-Kundenkarte

Schnüffel-Chips auf Kundenkarten

Demnächst auch über CHIPS in ID-Ausweisen + über W-LAN, GPS und Scannerstationen in Banken, Tankstellen, Kaufhäusern, U-Bahnstationen, Mautstationen, Bewegungsdiagramme

Die Bielefelder Datenschützergruppe Foebud hat durch Zufall RFID-Chips in der Payback-Kundenkarte einer Metro-Store gefunden. Wer den Markt aufsucht, muss an zwei großen Antennen vorbei gehen, und ein Computer könnte auslesen, wer den Laden betreten hat, was und wann eingekauft wurde. "Technisch ist es möglich, dass die Kunden des Metro Future Stores "Extra-Supermarkt" in Rheinberg ausspioniert werden, ohne dass sie es merken," so die Datenschutzgruppe gestern in Bielefeld.

Zur Metro-Gruppe gehören u.a. die Kaufhauskette Galeria Kaufhof, der Discounter Real, der Heimwerkermarkt Praktiker, und die Elektronikmärkte MediaMarkt und Saturn. Die Payback-Karten des Future-Store werden bereits jetzt von den Kunden in anderen Payback-Partner-Unternehmen eingesetzt.

Bedenklich stimmt die Verbraucherschützer, dass der Metro-Konzern versucht habe, die Öffentlichkeit zu täuschen. Nachträglich hätte der Großhändler kleine Hinweisschildchen an ein DVD-Regal angebracht, mit denen auf den Chip in der Payback-Karte hingewiesen wird. Man sei behaupteten worden, dass diese Hinweise dort schon "seit einiger Zeit" gehangen hätten. Die Datenschützer meinen mit Fotos beweisen zu können, dass sich die Warnhinweise zuvor nicht an dem Regal befunden hätten.

Foebud wertet dies als Hinweis darauf, dass sich die Metro-Vertreter über die Brisanz dessen im klaren sind, Kunden heimlich mit Schnüffelchips ausgestattet zu haben. (ck)

[Samstag, 07.02.2004, 17:55]

<http://de.internet.com/index.html?id=2026247>

Nachricht von Gerd Zesar

It's Genetics, Stupid

Es geht hierbei um EMF und Brustkrebs in einer neuen Dokumentation von Prof. Wolfgang Löscher'.

unter: http://www.buergerwelle.de/body_emf-omega-news_11-02-04.html

Mittwoch, 11. Februar 2004

Volksleiden: 40 Prozent der Deutschen schlafen schlecht

Hamburg (dpa) - 38 Prozent der Bundesbürger leiden häufig unter Schlaflosigkeit. Das ergab eine repräsentative Umfrage des Magazins «Young Nurse», das von der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) herausgegeben wird. Frauen (41 Prozent) seien davon deutlich stärker betroffen als Männer (34 Prozent), teilte die Zeitschrift am Dienstag in Hamburg mit. Müdigkeit spielt nach Angaben der BGW bei mehr als der Hälfte aller Arbeitsunfällen eine Rolle. Im Auftrag von «Young Nurse» hatte das Stuttgarter

Institut für Rationelle Psychologie 4123 Männer und Frauen zum Thema Schlaflosigkeit befragt. Die BWG empfiehlt ein gut gelüftetes Schlafzimmer, eine Zimmertemperatur von 16 Grad Celsius sowie ein warmes Bad oder warme Milch vor dem Schlafengehen.

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=2&d=11&id=108161>

Omega: um dieses Problem zu lösen wird ein gut gelüftetes Schlafzimmer, eine Zimmertemperatur von 16 Grad Celsius sowie ein warmes Bad oder warme Milch vor dem Schlafengehen wohl kaum helfen, weil die Ursache eine andere ist:

Die Belastung durch Elektro- Smog steige rapide. Aktuell seien etwa dreimal so viele Kabel und elektrische Geräte, Lampen und Dimmer in Haushalten vorhanden wie noch vor wenigen Jahren.

"Was ist, wenn diese Belastung über Wochen, Monate, Jahre anhält?", fragt Kessel. Nach seinen Erfahrungen ist dies von vielen Menschen auf Dauer nicht zu verkraften. Er stellte Schlafstörungen, Migräne, Konzentrationsbeschwerden, Apathie und Antriebslosigkeit fest. "Innerhalb von drei bis sechs Wochen zeigte sich deutliche Besserung, wenn die Quelle ausgeschaltet wurde", so Kessel.

Da die Telefongesellschaften aber aus kommerziellen Gründen überhaupt kein Interesse haben, von sich aus die Sendeleistung zu verringern, müsste die Initiative von den Nutzern ausgehen.

Quelle: <http://www.oekosmos.de/article/view/269/1/20>

und

Dr. U. Pfister, Mathematiker und Naturwissenschaftler aus Rüeggisberg, BE, hat anhand der von der Universität Bern in der Umgebung des Kurzwellensenders Schwarzenburg erhobenen Daten die Häufigkeit von elektromagnetisch verursachten Schlafstörungen im Bezug auf das Alter der Betroffenen berechnet. Hier ein paar Eckdaten. Überdurchschnittlich viele und schwere Schlafstörungen haben:

*** 20-jährige bei einem Pegel von 3V/m 60-jährige bei einem Pegel von 0.1/m**

*** 32-jährige bei einem Pegel von 1V/m 70-jährige bei einem Pegel von 0.04V/m**

*** 45-jährige bei einem Pegel von 0.4V/m 80-jährige bei einem Pegel von ...**

siehe weiter zum Thema *elektromagnetisch verursachte Schlafstörungen* unter:

http://www.buergernetz.de/body_newsletter_090104.html

Mobilfunk: Afrikas letzte weiße Flecken verschwinden

Mit Guinea-Bissau und Eritrea schwinden die beiden letzten weißen Flecken von Afrikas Mobilfunkkarte. In beiden Ländern hat der Betreiber Tecore je ein GSM-Netz errichtet, in Eritrea ist auch GPRS vorgesehen. Damit verfügt nun jedes Land auf dem Kontinent über zumindest ein Mobilfunknetz, auch wenn oft nur bescheidene Flächen versorgt werden. So auch in Eritrea, wo vorerst lediglich die Hauptstadt Asmara abgedeckt wird. Das von der staatlichen Eritel betriebene Netz soll zunächst auf die Vororte und dann auf weitere Landesteile ausgedehnt werden. Der kommerzielle Launch ist für das laufende Quartal geplant.

<http://www.heise.de/newsticker/meldung/44466> (Auszug)

Scharfe Kritik: Gentechnik-Gesetz beschlossen

Teils scharfe Kritik an der Vorlage äußerten Umwelt- und Verbraucherverbände. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) forderte Änderungen. "Die Bundesregierung lässt gentechnikfreie Landwirtschaft im Stich", so der BUND. Künast setze auf eine "Risikotechnologie, die kaum einer will und die niemandem etwas bringt - außer einer Hand voll Agro-Konzernen." Nach Ansicht von Greenpeace benachteiligt das Gesetz alle Bauern, die konventionell oder ökologisch produzieren wollen. (Auszug)

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=2&d=12&id=108203>

Alarm im Ohr: Hörsturz oft schwer zu behandeln

"Die Zahl der Hörstürze in Deutschland nimmt zu", sagt Knör.

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=2&d=12&id=108209> (Auszug)

zu dieser Meldung folgender Beitrag im Auszug:

Tinnitus und Mobilfunk

Hallo Leute,

auch ich hab hin und wieder Geräusche, wie Summen und Pfeifen im Ohr, was ist wohl die Ursache?

Eins kann man nicht ausschließen, siehe Artikel ...

Ist der Mann im Ohr ein Mobilfunk-Empfänger ?

Vermutungen und Spekulationen jenseits schulmedizinischer Dementis: Probleme mit dem Gehör haben mit dem flächendeckenden Ausbau des Mobilfunknetzes stark zugenommen. Anwohner von Sendeanlagen führen Tinnitus, Hörsturz und andere Leiden des Gehörs auf Mobilfunkbasisstationen in ihrer Nachbarschaft zurück. Ärzte bestätigen die Zunahme in der Inzidenz. Und das Bundesamt für Strahlenschutz räumt immerhin in seinem Bericht zum „Schutz der Bevölkerung bei Exposition durch elektromagnetische Felder“ aus dem Jahr 1998 'Mikrowellenhöreffekte' ein. Danach können „Menschen mit normalem Hörvermögen pulsmodierte Felder im Frequenzbereich zwischen rund 200 MHz und 6,5 GHz wahrnehmen. Je nach Modulationscharakteristika des Feldes wurde der Höreindruck verschiedentlich als ein summender, klickender oder knackender Ton beschrieben...

Wiederholte und längere Belästigung durch Mikrowellenhöreffekte können belastend oder möglicherweise schädlich wirken.“

Außerdem beschäftigen seit einiger Zeit die Probleme von 'Brummtopfern' Behörden, Forschungseinrichtungen und Presse. In diesem Fall sind es Langwellen 'unbekannter Herkunft', die für die meisten Menschen unterhalb der Hörschwelle liegen, die von den Betroffenen nachweislich gehört werden. Als Urheber im Verdacht stehen Haarp und ähnliche ELF-Sender ('Ionosphärenheizer'), U-Boot-Funk, Flughafen- und militärische Einrichtungen.

Nun steht die orthodoxe Schulmedizin vor einem Problem: Die einzige Wirkung von elektromagnetischen Feldern auf Lebewesen ist ihrem Dogma zu Folge Gewebserwärmung. Wie kann es dann aber zu den oben beschriebenen Hörwahrnehmungen kommen, wenn der Mensch keine Sensorien für Mikrowellen hat? Bekanntermaßen sind die Mediziner kreativ und phantasievoll, wenn es darum geht, die beobachtbare Wirklichkeit über den Leisten ihrer Theorien zu schustern. So kann der staunende Leser im Bericht der Strahlenschutzkommission auch erfahren, wie der Mensch Geräusche hört, die er nicht hören kann: „Die Mikrowellenhöreffekte wurden einer thermoelastischen Wechselwirkung des auditiven Bereichs des Großhirns... zugeschrieben.“

Jetzt kann man nur gespannt sein, was sich die Wissenschaftler als Erklärung für die Hörwahrnehmung der Brummtopfer einfallen lassen. Denn thermische Effekte scheiden hier mit Sicherheit aus. Also greift man zur bewährten Methode, die Probleme auf die lange Bank zu schieben: Man führt Studien durch, weil nicht sein kann, was nicht sein darf: Durch langfristige Einwirkung von neurotrophen Chemikalien ist das Nervensystem vieler Menschen inzwischen derart vorgeschädigt, dass es überempfindlich auf elektromagnetische Felder reagiert. Dabei haben gepulste (Steilflanken) -Signale eine hohe Potenz, biologische Steuerungsmechanismen zu irritieren. Das empfindliche Gehör reagiert dann mit einem 'Tinnitus' oder hört 'Brummtöne'. Und was schon gar nicht zugegeben werden darf, will man nicht in den Verdacht der esoterischen Spinnerei geraten, ist, dass die Mikrowellen in das bioelektrische Feld des Organismus einkoppeln. Ob sie dann direkt als Geräuschwahrnehmungen ans Gehirn übertragen werden, oder ob die 'Ohrgeräusche' Resonanzphänomene sind, die im Nervensystem möglicherweise auch noch verstärkt werden, sei dahingestellt.

Wenden wir uns nun der anderen großen Gruppe der „modernen“ Gehörerkrankungen zu, dem Hörsturz. Den Wirkmechanismus zu verstehen, nach dem Mobilfunkstrahlung zum Hörsturz führt, ist einfach, wenn man weiß, dass beim Hörsturz im Prinzip dasselbe passiert wie beim Herzinfarkt oder beim Gehirnschlag. Die Blutplättchen klumpen zusammen und bilden ein Gerinsel, das ein Blutgefäß verstopft. Nun gehören Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu den mittlerweile recht gut belegbaren Gesundheitsschäden durch Mobilfunkstrahlung. Beispielhaft sei aus dem Bericht von Prof. Kundi, Universität Wien, über seine epidemiologische Studie zitiert: Herz-Kreislauf-Erkrankungen „zeigen ausschließlich einen Zusammenhang mit den gemessenen Feldstärken und können nicht auf die Befürchtungen zurückgeführt werden.“

Das Mikrowellen zur sog. „Geldrollenbildung“ führen, d. h. dem Verklumpen der Blutplättchen, kann man unter dem Dunkelfeldmikroskop sehen. Warum es geschieht, weiß man auch: Durch den Einfluss des Magnetfeldes verlieren die Zellen ihre Ladung. Normalerweise stoßen sich die Blutkörperchen gegenseitig wie Ping-Pong-Bälle ab, bei Ladungsverlust klumpen sie zusammen. Dass man durchaus andere Faktoren mit in Erwägung ziehen muss, warum der das Blut des einen „stockt“, wo das der anderen flüssig bleibt, nämlich Blutfette und -eiweiße u. a., ist klar, aber auch diese Faktoren sind nur Puzzlesteine in der langen Kette, in der zivilisationsbedingte Einflüsse Krankheiten entstehen lassen.

All dieses ist für den gesunden Menschenverstand ohne weiteres nachvollziehbar - für Mobilfunkbetreiber, die etablierte Wissenschaft und die maßgeblichen Behörden aber ist es nicht erwiesen. Gebetsmühlenartig ergehen sich die Hardliner im zynischen Wiederholen der Beteuerung, das Mobilfunk keine Gefahr für die Gesundheit ist und die Ängste der Bevölkerung grundlos. Die Gutwilligen retten sich wider besseres Wissen auf die Ausrede heraus, das ausreichende Beweise fehlten, die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Das Bundesamt für Strahlenschutz rechnet mit einer Verdoppelung der Strahlenbelastung durch UMTS.

Für wen rechnet sich eigentlich noch dieses Leid, das da massenweise angerichtet wird - die Aktienkurse der Betreiberfirmen purzeln bereits jetzt in den Keller. Der Staat als Mitaktionär hat bereits einen guten Teil seines 100 Milliarden Versteigerungs-Erlöses als Mitaktionär der Telekom verloren. Wird in diesem Vabanquespiel die Gesundheit der Bevölkerung verzockt?

Quelle: www.eurotinnitus.com/22.php unter „Tinnitus“. / BI Omega 020630R

<http://www.med1.de/Forum/HNO/56807/>

<http://www.buergerwelle.de/d/doc/gesund/tinnitus2.htm>

Freitag, 13. Februar 2004

Auf anderer Wellenlänge

Diskussion um Mobilfunkstation bringt kaum Annäherung

Wöbbelin Welche gesundheitlichen Auswirkungen hat Mobilfunk? Diese Frage beschäftigt viele Wöbbeliner, seit bekannt wurde, dass der Mobilfunkbetreiber "e-plus" am Rande des Ortes eine Sendeanlage errichten wird. **Auch eine Diskussionsrunde mit Experten konnte Befürchtungen nicht ausräumen. Sicher scheint nur, dass der Sender gebaut wird.**

Wie viel elektromagnetische Strahlung wird bei den Bürgern ankommen? Das war die zentrale Frage am Mittwoch. Gut 80 Wöbbeliner waren auf Einladung der Gemeinde in die Schule gekommen, um Expertenmeinungen zu hören. **Denn die Sorge ist groß, bald 400 Unterschriften hat die örtliche Bürgerinitiative gesammelt.**

Viel Gegenwind also für Dr. Lienhard Linke, Referent für Mobilfunk und Umwelt beim Mobilfunk-Betreiber "e-plus". Er beleuchtete das Vorhaben in Wöbbelin, die Regularien für Betreiber und auch die Diskussion um etwaige Gesundheitsschäden. Sein Fazit: "Wenn die vorgeschriebenen Grenzwerte eingehalten oder unterschritten werden, gibt es keine gesundheitlichen Auswirkungen." Die in Wöbbelin geplante Mobilfunk-Sendeanlage sei eine kleine mit einer kleinen Leistung von zehn bis fünfzehn Watt, sagte Linke, wesentlich geringer als ein Fernsehsender mit bis zu 100000 Watt. Zudem würden die Grenzwerte weit unterschritten, höchstens zu zwei Prozent ausgeschöpft.

Mit dem Bau des knapp 60 Meter hohen Sendemastes mit drei Antennen am westlichen Rande des Dorfes will "e-plus" einen weißen Flecken im Netz schließen, sprich: auch in diesem Bereich "e-plus"-Empfang ermöglichen. Drei Senderrichtungen sind geplant: nördlich entlang der B 106 bis zur Autobahn, südlich in Richtung Ludwigslust und östlich in Richtung Neustadt-Glewe.

Linke ließ keinen Zweifel daran, dass "e-plus" die Sendeanlage bauen werde. Die Genehmigung durch den Landkreis liegt seit Ende 2002 vor. **Ebenso bestätigte Linke die Befürchtung, dass die Anlage nach 2005 mit UMTS-Technik nachgerüstet werde.** Das würde ein Plus von bis zu 15 Watt bedeuten.

Der von der Bürgerinitiative ins Feld geschickte Umweltanalytiker Wolfgang Kessel aus Bargteheide bekräftigte zunächst Linkes Aussage, die fragliche Anlage werde die Grenzwerte nicht überschreiten. Und er bestätigte auch, dass Krankheitsbilder durch Mobilfunkstrahlen nicht nachgewiesen seien. **Aber es gäbe genügend Hinweise darauf. Deshalb genüge nicht der Blick auf Grenzwerte. Vielmehr, so Kessel, müsse es um Vorsorge gehen.**

Problematisch sei die Summe elektromagnetischer Einflüsse, beispielsweise auch durch DECT-Schnurlostelefone, damit hole man sich das zig-fache einer Mobilfunkstation direkt ins Haus. Deshalb sei es wichtig, Strahlung zu minimieren, wo es möglich sei, und Anlagen zu optimieren. Kessel: "Das Potenzial ist nicht ausgeschöpft."

Eine Rücknahme der Genehmigung für die Wöbbeliner Anlage zu erwirken, hält Kessel für aussichtslos. Die einzige Chance bestehe darin, die Anlage im Einvernehmen mit dem Betreiber zu optimieren. Der gemeinsame Weg, so Kessel, würde zudem zu größerer Akzeptanz in der Bevölkerung führen. Deshalb sei es zunächst wichtig, dass "e-plus" alle verfügbaren Informationen über die geplante Anlage auf den Tisch der Gemeinde lege.

Dem stimmte "e-plus"-Mann Linke zu - Minimalkonsens nach fast drei Stunden Diskussion.

Andreas Bonin

<http://www.svz.de/newsmv/lr/lud/13.02.04/start/start.html>

Omega: wir teilen nicht die Behauptung von Herrn Kessel, dass „Krankheitsbilder durch Mobilfunkstrahlen nicht nachgewiesen seien“. Es gibt zahlreiche seriöse Studien im In- und Ausland die belegen, dass verschiedenste Krankheiten durch Mobilfunkstrahlung ausgelöst werden können.

Das sieht auch der Verband Baubiologie so:

„Internationale wissenschaftliche Studien belegen, dass gepulste Hochfrequenz, wie sie von Handys und deren Sendemasten ausgehen, in Tierversuchen

- **Hirnschäden (Perrson et al. 1997, von Klitzing 1999, Saalford et al. 2000),**
- **Erbgutveränderungen (Lai & Sing 1995, Philips et al. 1998, Vijalami et. Al 1997 und 1998, Goswami et al. 1999),**
- **eine drastische Reduzierung des Immunhaushalts (Fesenko 1999, Lyle et al. 1983, Burch et al. 1997 und 1998) sowie**
- **Tumorstadium und Krebs (Guy et al. 1984, Repacholi et al. 1997, Hardell 1999) und andere Defekte auslösen können.“**

<http://www.verband-baubiologie.de/info-mobilfunk.htm> und

<http://www.verband-baubiologie.de/Mobilfunk%20und%20Gesundheit.pdf>

217 Studien über biologische Effekte elektromagnetischer Felder

www.buergerwelle.de/pdf/literaturliste_dr_Ulrich_Warnke.pdf

weitere Links zu diesem Thema:

<http://www.biosaffair.de/archiv/elektrosmog.html>

<http://www.bau-biologie.de/esmog.html>

<http://www.s-p-i-r-i-t.net/science/c-mobilfunk1.htm>

<http://www.partei-aufbruch.de/mobilfunk/dateien/scheiner.htm>

<http://www.iddd.de/rus.htm>

Jeder Fünfte krank: Immer mehr Allergiker

Die Gründe für den Anstieg seien nicht ganz klar. Fest stehe: Kinder von Bauern haben deutlich weniger Allergien als Kinder in Städten.

"Wir müssen etwas dagegen tun, dass nicht ganz Deutschland allergisch wird", sagte Professor Johannes Ring von der Technischen Universität München. Allergien seien ernst zu nehmende Erkrankungen. Sie könnten chronisch werden und tödlich enden. Die Zahl der Asthmatoten übersteige in Deutschland schon die Zahl der Verkehrstoten.

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=2&d=12&id=108204>

zu diesem Beitrag auch:

Mobilfunk macht krank!

Das Schlimmste an der derzeitigen Mobilfunktechnologie ist bisher noch gar nicht veröffentlicht worden!

Was bisher nur bekannt geworden ist, sind verschiedenen Symptome, die sich durch die Mobilfunkstrahlung relativ schnell einstellen können. Diese Symptome werden in der öffentlichen Diskussion jedoch bisher immer noch als relativ "harmlos" dargestellt, da sie ja auch durch viele andere Krankheiten oder Faktoren ausgelöst werden können.

Die Wahrheit über die derzeitige Mobilfunktechnologie mit gepulsten Hochfrequenzen ist jedoch, dass diese Strahlung alle Zellen in unserem Körper schwächt, das heißt, der Zellstoffwechsel, inklusive aller Enzymaktivitäten etc., wird deutlich herabgesetzt. Die Zellen funktionieren durch die Mobilfunkstrahlung nicht nur schlechter, sondern es bleiben auch mehr Stoffwechselendprodukte in den Zellen liegen. Dies betrifft natürlich auch sämtliche Umweltgifte, die wir über die Luft oder die Nahrung aufnehmen. Somit führt die Mobilfunkstrahlung zu einer verstärkten Verschlackung des Körpers nicht nur mit Stoffwechselendprodukten, sondern auch mit Umweltgiften. Dadurch verschlechtert sich der Zellstoffwechsel ein zweites Mal! Dies ist der Grund, warum in den letzten Jahren die Allergikerzahlen so dramatisch zugenommen haben (siehe auch den Artikel "Alle Allergien sind heilbar" unter "Artikel" in der Linkleiste am Forumkopf), immer mehr Menschen eine zunehmende Verdauungsschwäche vor allem der Bauchspeicheldrüse entwickeln und infolge der zunehmenden Immunschwäche immer häufiger eine chronische Virusinfektion bekommen (Epstein-Barr-Virusinfektion, Zytomegalie, Herpesviren etc. - siehe den Artikel "Die chronische Epstein-Barr-Virusinfektion").

So wie die Bauchspeicheldrüse unter der zunehmenden Verschlackung des Körpers leidet und ihre Funktionen nach und nach geringer werden - dies bezieht sich nicht nur auf die Enzym- sondern auch auf die Hormonproduktion, weshalb in Zukunft immer mehr Menschen auch Diabetes mellitus bekommen werden - betrifft es auch alle anderen Organe und Bereiche im Körper von Menschen (und Tieren - diese sind nämlich mittlerweile genauso betroffen!). Zuerst werden natürlich diejenigen Stellen krank, welche die genetisch bedingten Schwachstellen darstellen. Und diese sind bei jedem Menschen unterschiedlich. Menschen, die zum Beispiel eine solche Schwachstelle im Gehirn haben, bekommen dann Kopfschmerzen oder Schlafstörungen, leiden an Gedächtnisstörungen, ADS (Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom) oder Lernstörungen, entwickeln eine Epilepsie oder sogar einen Gehirntumor. Menschen die eher ein labiles Nervensystem haben, werden entweder hyperaktiv, unruhig und nervös oder auch depressiv (Reizung des Nervus sympathicus) oder werden müde bis antriebslos (Reizung des Nervus vagus). Eine erhöhte Elektrosensibilität kann ebenfalls die Folge sein.

Eines der am meisten betroffenen Organe ist die Schilddrüse. Nach neuesten Studien ist die Schilddrüse bereits bei über zwei Drittel aller Erwachsenen in Deutschland erkrankt - mit stark steigender Tendenz. Dies können wir in der Praxis absolut bestätigen! Betroffen ist die Schilddrüse hierbei von allen Erkrankungsformen: Über- und Unterfunktion, gut- und bösartigen Tumoren bzw. Knoten, Zysten bis hin zu Autoimmunprozessen (Hashimoto-Thyreoiditis). Die Ursache dafür ist, dass die Schilddrüse eines der Organe ist, die aufgrund ihres Filtergewebes viele Umweltgifte aus dem Blut abfangen und einlagern kann. Infolge der Mobilfunkbestrahlung lassen auch ihre Zellfunktionen nach und die abgelagerten Fremdstoffe bleiben vermehrt liegen - die Schilddrüse erkrankt!

Damit jedoch noch nicht genug: Primär werden durch die Mobilfunkstrahlung in erster Linie alle besonders sensiblen Organe und Zellen des Körpers geschwächt. Dazu gehören vor allem sämtliche Drüsen. Zwei habe ich ja schon erwähnt, die Bauchspeicheldrüse und die Schilddrüse. Aber auch die Thymusdrüse, Hirnanhangdrüse (Hypophyse) und Zirbeldrüse (Epiphyse) werden durch diese Strahlung stark geschwächt. Die Folgen sind sehr weitreichend und reichen von einem allgemein geschwächten Hormonsystem über ein geschwächtes Immunsystem bis hin zu immer häufiger vorkommenden Tumorformen zum Beispiel an der Hypophyse.

Dass in einem verschlackten und geschwächten Körper leichter Krebs entsteht, ist leicht nachzuvollziehen. Mehr brauche ich dazu nicht zu sagen!

Aber auch die zunehmende Zeugungsunfähigkeit von Männern und Unfruchtbarkeit von Frauen wird durch diese Strahlung negativ beeinflusst.

Sie können nun verstehen, dass es im Prinzip keine Erkrankung gibt, die nicht durch die Mobilfunkstrahlung verursacht oder verstärkt werden kann.

Wie sich das Ganze schon heute und vor allem in der nahen Zukunft auswirkt bzw. auswirken wird, ist in unserer Praxis schon seit einigen Jahren deutlich zu erkennen: Eine Flut von Krankheiten und Beschwerden, für die die Schulmedizin keine befriedigende Antwort mehr hat. Denn die Entgiftung des Körpers von schädlichen Substanzen und die Regeneration von geschwächten Organfunktionen gehörten ja noch nie zu ihren Leistungen.

Aus diesem Grund ist es besonders heute so wichtig, dem Körper viel Lebensenergie zum Beispiel mit einer möglichst gesunden Ernährungsweise zuzuführen und den Körper regelmäßig zu entgiften. Wer zu spät damit anfängt, wird umso mehr mit den bereits abgelagerten Giften und Stoffwechselprodukten zu kämpfen haben. Außerdem ist der Heilungsweg für einen bereits stark entgleisten Organismus deutlich länger als für einen noch einigermaßen gesunden Körper.

Ich habe diesen Beitrag nicht geschrieben, um die Hoffnungslosen noch hoffnungsloser zu machen, sondern um aufzuklären. Es hat einfach keinen Sinn mehr, den Kopf vor der Wahrheit in den Sand zu stecken und zu hoffen, dass der Sandsturm bald vorüber ist. Wenn wir nicht dafür sorgen, dass der Sturm durch schöneres Wetter ersetzt wird, dann wird aus dem Sturm bald ein Orkan werden. Diesbezüglich ist es für mich einfach unverständlich, warum ein Großteil unserer Patienten immer noch Handys besitzt oder schnurlose Heimtelefone benutzt. Diese Technologie macht krank und müsste von allen verantwortungsbewussten Menschen zu hundertprozent boykottiert werden! Mehr fällt mir dazu einfach nicht ein!!!

Viele Grüße
H. Müller-Burzler

Quelle: <http://www.mueller-burzler.de/forum/messages/3978.html>

und die Folgen:

Gesundheitskosten: 2002 erneut stark gestiegen

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=2&d=12&id=108207>

Bundesgerichtshof befasst sich erstmals mit Antennenanlagen

Elektrosmog schlägt juristische Wellen

Zum ersten Mal in der Mobilfunkgeschichte wird der Bundesgerichtshof entscheiden, ob Anwohner die Strahlung einer Antennenanlage dulden müssen. Bislang gilt: So lange die Grenzwerte eingehalten werden, sind die Kläger chancenlos. Ob sich das nun ändert, ist fraglich.

Ob Staub aus dem Zementwerk oder knatternde Rasenmäher im Vorgarten - das deutsche Recht hält für nahezu alles, das stören könnte, eine Verordnung bereit. All denjenigen, denen die wachsende Zahl der Mobilfunkantennen schlaflose Nächte bereitet, ist die 26. BImSchV - im Volltext: "26. Verordnung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz", deutlicher: "Verordnung über elektromagnetische Felder" - ans Herz gewachsen. Sie regelt die Grenzwerte, die unter anderem für die Strahlung von Mobilfunkantennen gelten. Um die Frage, ob die Verordnung die Gesundheit der Bürger ausreichend schützt, tobt Streit. Mit einem Prozess vor dem Bundesgerichtshof (BGH) erreicht die Auseinandersetzung eine neue Dimension. Dabei verläuft die Diskussion nicht immer rational. Neue Techniken schüren neue Ängste, drahtlos telefonieren wollen dennoch die Meisten. **Die Erkenntnisse der Wissenschaft sind spärlich, und so geht es letztlich um die Frage, wer das Risiko einer Fehleinschätzung zu tragen hat, sollte sich der Mobilfunk eines Tages als gesundheitsschädlich erweisen.**

Erstmals muss sich damit nun der Bundesgerichtshof in Karlsruhe befassen. Die Grundkonstellation ist unspektakulär: Eine Gemeinde hat ihren Kirchturm an einen Mobilfunkanbieter vermietet, der dort eine Antenne anbringen will. Obwohl die Anlage die Grenzwerte einhält, fühlen sich Anwohner gefährdet. **Juristisch lautet die Frage: Wie eng muss der Staat die Grenzen ziehen, um Gefahren für seine Bürger auszuschließen? So eng wie möglich, sagen diejenigen, die sich selbst als "Elektrosensible" bezeichnen. Die Verpflichtung dazu ergibt sich aus Artikel zwei Grundgesetz.** Alles bleibt wie es ist, wozu gibt es sonst die Verordnung, kontert die Verwaltung. **Das kommt den Mobilfunkanbietern entgegen, was Skeptiker auf die Barrikaden bringt: Der Staat opfere ihre Gesundheit den Interessen der Industrie.** Ob die Gegner mit ihrer Klage Erfolg haben, ist indessen fraglich. Wird, wie in diesem Fall, vor einem Zivilgericht geklagt, steht nicht die Gesundheit im Vordergrund. Es geht vielmehr darum, ob das Eigentum der Kläger, also Haus oder Wohnung, durch Immissionen - Funk zählt dazu - beeinträchtigt wird. Doch jeder, der diesen Weg beschreitet, muss dem Gesetz zufolge ortsübliche Einwirkungen dulden. Und da haben die Gerichte bisher entschieden: Solange eine Anlage innerhalb der Grenzwerte sendet, liegt diese Duldungspflicht vor - so wie sich jeder den Rasenmäher seines Nachbarn anhören muss, solange das Gerät den Lärmschutzbestimmungen entspricht - ob ihm das persönlich zu laut ist, spielt keine Rolle. Damit ziehen Zivilgerichte verwaltungsrechtliche Genehmigungsvoraussetzungen als Maßstab für die Ortsüblichkeit heran. Rechtsmethodisch ist das nach dem Prinzip der Einheit der Rechtsordnung legitim: Was in einem Rechtsgebiet erlaubt ist, kann im anderen nicht verboten sein.

Von solchen juristischen Klimmzügen lässt sich der Dachverband "Bürgerwelle" nicht beeindrucken. Er vertritt bundesweit mehr als 1000 Initiativen, die sich gegen Elektromog wehren. Die Grenzwerte seien zu hoch, wenden die Gegner ein, außerdem seien sie danach berechnet, ob die Wellen den menschlichen Körper erwärmen, so, wie es der Mikrowellenherd in der Küche tut. Doch es sei nicht diese Erwärmung, sondern vielmehr die Wirkung pulsierender Wellen, die sich störend auf das Gehirn auswirken.

So lag die Sache schon beim Bundesverfassungsgericht. Und das befand vor knapp zwei Jahren: Die Grenzwerte können nur dann beanstandet werden, wenn erkennbar sei, dass sie die Gesundheit völlig unzureichend schützen. Das sei aber nicht gegeben. **Das Risiko, aufgrund heute noch nicht nachweisbarer Gefahren geschädigt zu werden, trägt demzufolge der Bürger. Es sei denn, eine gesetzgeberische politische Entscheidung würde Klarheit durch eine eindeutige Risikozuweisung schaffen.** Bis dahin gilt jedoch auch hier: Gesellschaftliche Probleme lassen sich selten mit juristischen Krücken lösen.

CHRISTOPH FAISST

12.02.2004

<http://www.hz-online.de/index.php?mode=full&cat=171&minDate=&begin=0&id=71051>

Nachricht von der BI Bad Dürkheim

Omega: die Ablehnung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) wird natürlich von Mobilfunkbetreibern, der Politik und der Presse immer gerne als Beweis für die Legitimierung der höchst bedenklichen Mobilfunkpolitik herangezogen. Der Nichtannahmebeschluss einer Kammer des BVerfG darf nicht mit einer Entscheidung des Plenums oder des Senates des BVerfG verwechselt werden.

Prof. Dr. Klaus Kniep, der bekannte Fachanwalt für Mobilfunkrecht aus Heilbronn, schreibt dazu: „Soweit in diesem Zusammenhang immer wieder auf die Entscheidung des BVerfG vom 28.02.2002 verwiesen wird, muss betont werden, dass es sich hier um einen Nichtannahmebeschluss und um keine Entscheidung des Plenums oder des Senates handelt, sondern lediglich eine Kammer des Senates hat entschieden. Aus dieser Entscheidung ist jedoch klar erkennbar, dass die Fachgerichte insoweit nicht gebunden sind und jeweils entsprechende Erhebungen durchzuführen haben.

Gerade weil das Immissionsschutzrecht dem Schutz der Personen vor schädlichen Umwelteinwirkungen dient, hat in § 23 BImSchG der Gesetzgeber entsprechende Vorgaben gemacht, die zum Teil in die 26. BImSchV eingemündet haben. Wie jedoch im Laufe des Verfahrens mehrfach betont, sind dort nur die thermischen Wirkungen aufgeführt und nicht die athermischen Wirkungen enthalten.

Aufgrund des Art. 20 a GG ist nicht nur die Legislative, sondern auch die Exekutive gehalten, entsprechende Fortbildungen im Recht zu tätigen, d.h. mit anderen Worten: auch die Auswirkungen von athermischen Strahlungen mit einzubeziehen, zumal der Gesetzgeber selbst davon abgesehen hat.“

Fachaufsätze von Rechtsanwalt Prof. Dr. Klaus Kniep zum Thema Mobilfunk:

unter dem Abschnitt „MOBILFUNK“ unter obiger URL nachzulesen:

Mobilfunkantennen und Eigentum

Vermögenseinbußen und Mobilfunkantennen

Miete und Mobilfunk: Urteil AG FFM v. 25.06.2001

Mobilfunk und Mietumfeld

Mobilfunk und Wohnungseigentum

Mobilfunk, BVerfG und Fachgerichte

BImSchV und Mobilfunk

Verfahrensfreiheit bei Errichtung von Antennen?

Mobilfunk und Steuerfragen

Gesetzeswidrige Vertragslaufzeiten

dazu auch:

Antenne in der Kirche darf weiter senden

Mobilfunkgegner sehen Karlsruher Urteil als harten Schlag

Die Mobilfunksendeanlage im Turm der evangelischen Jakobuskirche in Bruchköbel kann mit höchstrichterlicher Erlaubnis in Betrieb bleiben.

Bruchköbel / Karlsruhe · 13. Dezember · dpa / lex · Der Bundesgerichtshof (BGH) wies am Freitag die Klage von zwei Nachbarn der Anlage ab. Ordnungsgemäß betriebene Mobilfunkanlagen können nur verboten werden, wenn wissenschaftlich abgesicherte Erkenntnisse über eine Schädlichkeit des Elektromogs vorliegen, so der Tenor des Urteils.

Liegt die Strahlung unterhalb der geltenden Grenzwerte, können Betroffene demnach in der Regel kein Verbot durchsetzen. Anwohner, die ein erhöhtes Gesundheitsrisiko durch die Strahlung geltend machen, müssen dem Gericht also darlegen, dass "ein fundierter Verdacht einer Gesundheitsgefährdung durch elektromagnetische Felder" besteht.

Beweislast im Vordergrund

Ein Anwohner aus Bruchköbel sowie ein Mitarbeiter einer gesundheitstherapeutischen Praxis hatten gegen die 1999 installierte Sendeanlage geltend gemacht, die Grenzwerte in der Bundesimmissionsschutzverordnung seien zu hoch angesetzt. Diese gehen auf Empfehlungen der Strahlenschutzkommission zurück. **Die Strahlung steigere das Krebsrisiko, beeinträchtige das Immunsystem und verursache Kopfschmerzen, Gehörstörungen und störten die Konzentration, fanden die Kläger.**

Im Zentrum des Prozesses stand die Frage, wer eine mögliche Gesundheitsgefährdung beweisen muss - der betroffene Anwohner oder der Betreiber der Anlage. Dafür ist laut BGH die Einhaltung der Grenzwerte entscheidend: Werden sie nicht überschritten, dann können Betroffene sich nicht ins Blaue hinein auf Gesundheitsrisiken berufen. Sie müssen vielmehr zum Beispiel neue Forschungsergebnisse vorlegen, die die Grenzwerte in Frage stellen. Dies kann vor Gericht zu einer Umkehr der Beweislast führen, womit der Anlagenbetreiber die Ungefährlichkeit der Strahlung nachweisen müsste.

Dietmar Freund, Anwalt der Kläger, sieht in dem Urteil einen "harten Rückschlag für die Mobilfunk-Kritiker-Bewegung, die die Anlagen wenigstens aus den Wohngebieten verbannen wollten". Er bedauerte im Gespräch mit der FR, dass der BGH "eine ganze Reihe von kritischen Äußerungen von namhaften Wissenschaftlern einfach weggewischt hat". Besonders kritikwürdig empfindet der Bruchköbeler Jurist, dass die Justiz sich anmaße, selbst beurteilen zu können, dass die im Verfahren vorgelegten wissenschaftlichen Ausarbeitungen und Belege sämtlich nichts wert sein sollten.

Nach dem BGH-Urteil bleibe als letzte juristische Möglichkeit noch der Versuch, das Bundesverfassungsgericht zu einer Entscheidung zu bewegen. Vor allem sei nunmehr aber die politische Arbeit für die Initiativen gegen Mobilfunk-Elektromog noch bedeutender geworden. "Ganz wichtig ist die Bauleitplanung," so Freund. Die

Kommunen seien aufgrund ihrer Planungshoheit in der Lage, einiges gegen unerwünschte Sendeanlagen auszurichten.

Aktenzeichen: V ZR 217/03 und 218/03 vom 13. Februar 2004. Internet Bundesgerichtshof: www.bundesgerichtshof.de

http://www.fr-aktuell.de/ressorts/frankfurt_und_hessen/lokal_rundschau/wetterau_main_kinzig/?cnt=388130

Nachricht von Marianne Kirst

dazu noch folgender Kommentar:

Sehr geehrte Damen und Herren,

gestern am Donnerstag, 12-02-04 fanden hier in Bruchköbel unter großem zeitlichem Aufwand von ca. 11/2 Stunden Dreharbeiten der Fernsehanstalten der ARD und ZDF in Sachen Mobilfunk statt.

BI Vertreter/Innen hatten sich zusammgefunden und wunschgemäß der TV-Teams sich positioniert und entsprechend der Problematik sich auch beitragsmäßig geäußert. Die klägliche Wiedergabe, die wir heute haben registrieren müssen, ist bezüglich eines freien und unabhängigen Journalismus bedenklich.

Die von uns geäußerte Kritik, Sorgen und Ängste wurden total negiert.

Auch liefen Interviews mit unserem BI-Vereinsvorsitzenden über Radiosender, deren Wiedergabe ebenfalls der Sachlage nicht gerecht wurden. Das BGH Urteil geistert nun verständlicherweise durch die Medienwälder.

Die Frage lautet: Wurde Recht gesprochen oder wurde Recht gebrochen? Jedenfalls sind viele Fragen ungeklärt und auch vom BGH nicht gelöst worden.

M.f.G.

Alfred Tittmann

c/o HESSISCHER LANDESVERBAND MOBILFUNKSENDERFREIE WOHNGBIETE e.V.

Der Freisinger Dom bleibt antennenfrei

Freising (pm) - Auf der Suche nach optimalen Standorten für ihre Funkantennen haben Mobilfunkbetreiber auch Kirchtürme ins Visier genommen. Nun sollen sogar St. Bartholomä am Königssee zwei Mobilfunkantennen zieren. Den Freisinger Dom mit Mobilfunkantenne wird es nie geben: Das Erzbischöfliche Ordinariat München hat schon 1998 die Montage von Masten auf Kirchen strikt verboten.

"Nie im Leben" würde man laut Weihbischof Bernhard Haßlberger auf dem Dom Mobilfunkmasten errichten. "Erst vor kurzem wurde auf der Ordinariatssitzung die Entscheidung von 1998 wieder bekräftigt, Funkmasten auf katholischen Kirchtürmen zu verbieten." Ausschlaggebend hierfür sei laut Ordinariat auch gewesen, dass gesundheitliche Schäden nicht auszuschließen seien.

Auch Dekan Franz Xaver Huber von Sankt Lantpert hat "Angebote schon lange vor dem Ordinariatsbeschluss strikt abgelehnt".

Im Gegensatz dazu hat der evangelische Dekan Jochen Hauer bisher noch keine Angebote von Betreibern erhalten. Und sollte es dazu doch einmal kommen, so liege die Entscheidung beim Kirchenvorstand. Er persönlich sei aber grundsätzlich gegen Funkmasten auf Kirchen - weniger aus ästhetischen Gründen, als vielmehr aufgrund des Elektrosmogs, der von den Masten ausgestrahlt werde. Dieser stelle womöglich eine gesundheitliche Gefährdung für die Bevölkerung dar, die man nicht verantworten könne. Da aber im Moment jeder den Gürtel enger schnallen müsse, findet Hauer Überlegungen von Kirchen, die lukrativen Angebote anzunehmen, völlig legitim.

Datum: 13.02.2004

<http://www.merkur-online.de/regionen/freising/45,241662.html?fCMS=627d9b9f171a09574a965a9143118ae4>

Krypto-Handys

Feind hört mit

Von Holger Dambeck

Firmenbosse, Militärs und Politiker schätzen Diskretion beim Telefonieren. Doch wer weiß schon, wie sicher ein teures Spezialhandy mit eingebauter Verschlüsselung wirklich ist? Fest steht: Die Geheimdienste mischen munter mit beim Chiffrieren und Dechiffrieren.

In der Krypto-Branche kursieren viele unglaubliche Geschichten und Legenden rund ums Belauschen und Ausspionieren. Da ist die Rede von einem deutschen Geschäftsmann, dessen teures Mobiltelefon mit integrierter Verschlüsselung während eines Flugs nach Frankreich verschwand. Und von Geheimdiensten, die angeblich einen Generalschlüssel zum Dechiffrieren haben und somit alles mithören können.

Mancher Gerätehersteller beginnt ein Telefonat zum Thema gar mit der Frage: "Ihnen ist hoffentlich klar, dass unser Gespräch jetzt abgehört wird, oder?" Die Mischung aus Verfolgungswahn und Verschwörungstheorie scheint durchaus angebracht, denn Krypto-Handys sind ein heißes Thema.

Ob Minister, Geheimdienstler, Firmenboss oder General - sie alle möchten sicher telefonieren. Doch immer weniger Staaten wollen zulassen, dass ihre Bürger vollkommen unkontrolliert und ohne Überwachungsmöglichkeit miteinander kommunizieren.

Schlapphüte hören gern im Klartext, wie Terroristen den nächsten Anschlag verabreden. Genauso gern lauschen sie bei Preisverhandlungen oder fangen Patentanmeldungen ab. Es ist ein offenes Geheimnis, dass beispielsweise französische und amerikanische Geheimdienste gezielt Firmen im Ausland ausspionieren und ihre Erkenntnisse Unternehmen in der Heimat stecken.

Schnüffeln unter Freunden

Die spektakulärsten bekannt gewordenen Industriespionage-Fälle betreffen den deutschen Windkraftanlagenbauer Enercon und den ICE-Hersteller Siemens. Enercon wurde in den achtziger Jahren systematisch von der US-Konkurrenz ausspioniert. Die Folge: Eigene Erfindungen waren in Amerika schon längst von dortigen Firmen zum Patent angemeldet, als Enercon auf dem US-Markt einsteigen wollte.

Siemens erging es nicht besser. 1994 fingen französische Agenten ein Preisangebot für ICE-Züge an Südkorea ab. Danach war es für die britisch-französisch Konsortium GEC Alstom ein leichtes, den Auftrag für den eigenen TGV hereinzuholen.

In Paris kann man das Ausspähen von Firmengeheimnissen inzwischen studieren - an der 1997 gegründeten Eliteschule "Ecole de Guerre Economique". Der französische Geheimdienst schnüffelt US-Unternehmen gar mit einer eigens eingerichteten Abteilung aus, wie dessen früherer Chef Pierre Marion einräumte: "Wenn es um wirtschaftlichen und technologischen Wettbewerb geht", dann sind wir Konkurrenten", so der Geheimdienstler.

Zerhackte Worte

Das Belauschen von Telefonaten ist für Geheimdienste ein Kinderspiel. Das gilt auch für Handy-Gespräche, denn nur die Verbindung zwischen Telefon und Funkzellen-Antenne wird dabei chiffriert. Die weitere Übertragung über Kabel oder Richtfunk geschieht unverschlüsselt wie im normalen Festnetz.

Klar, dass immer mehr Vertriebsleiter, Vorstände und Geschäftsführer zu Krypto-Geräten greifen, wenn es um Millionendeals geht. Die Spezial-Handys zerhacken die Worte in unverständliches Rauschen, bevor sie gesendet werden. Erst ein baugleiches Telefon am anderen Ende der Leitung fügt den Datensalat wieder zu verständlichen Tönen zusammen.

Weltweit sind eine Handvoll Gerätetypen erhältlich - ihre Reputation ist verschieden. Aus den USA stammt ein Krypto-Aufsatz des Anbieters General Dynamics, der sich wie ein Akku in ein handelsübliches Motorola-Handy stecken lässt.

Auf seinen Webseiten wirbt der Hersteller mit einer Zertifizierung durch die NSA, den auf elektronische Überwachung spezialisierten US-Geheimdienst. Entsprechend skeptisch regieren Chiffrier-Experten: "Das Modul von General Dynamics genießt den Ruf, dass die CIA den Schlüssel hat", sagt der Mitarbeiter eines deutschen Krypto-Telefonherstellers, der lieber ungenannt bleiben möchte. Ähnlich misstrauisch beäugt die Branche das Krypto-Handy des französischen Herstellers Sagem.

Die Schweizer Crypto AG vertreibt ein Gerät namens "Secure GSM", das technisch auf dem Sagem-Telefon aufbaut, jedoch einen eigenen Verschlüsselungschip nutzt.

Um die Crypto AG ranken sich diverse Verschwörungstheorien. Möglicherweise wurde über die Firma sogar die dreiste Geheimdienstfinte des Jahrhunderts inszeniert: Die NSA und der deutsche BND stehen im Verdacht, bis Ende der achtziger Jahre Cryptos Verschlüsselungstechnik so manipuliert zu haben, dass die Codes im Handumdrehen zu knacken waren. Abnehmer der Geräte waren unter anderem der Irak, Iran und Libyen. Bei der Crypto AG weist man entsprechende Verdächtigungen als "haltlos" zurück.

Bleiben noch die Krypto-Telefone aus deutschen Landen. Als Marktführer sieht sich die Münchner Firma Rohde & Schwarz, ein Spezialist für Handy-Messtechnik. "Wir haben bereits mehr als 5000 TopSec GSM verkauft", berichtet Firmensprecher Stefan Böttinger im Gespräch mit SPIEGEL ONLINE. Der Listenpreis beträgt 2300 Euro. "Unternehmen ordern schnell mal 50 bis 80 Stück", so Böttinger. Seit dem Jahr 2002 registrierte man eine "sehr hohe europaweite Nachfrage aus der Wirtschaft".

CIA hört mit?

Das "TopSec GSM" von Rohde & Schwarz konkurriert mit zwei weiteren Krypto-Handys deutscher Produktion: dem "Enigma" von Beaucom (Preis: 3200 Euro) und dem 1800 Euro teuren "GSMK 100" der "Gesellschaft für sichere mobile Kommunikation" (GSMK).

Beaucom produziert in Südkorea normalerweise Billig-Handys für den Massenmarkt. Hinter der GSMK stehen einzelne Mitglieder des Chaos Computer Clubs (CCC). Dessen Sprecher Andy Müller Maguhn und Frank Rieger wollen mit ihrem "Cryptophone" Geheimdiensten ein Schnippchen schlagen.

Der Boom bei Krypto-Handys - zur CeBIT drängt mit der Firma Biodata ein vierter deutscher Anbieter auf den Markt -, hängt vor allem mit der hiesigen Gesetzeslage zusammen. Es gibt keinerlei Verbot für starke Verschlüsselungstechnik - ganz anders als etwa in den USA oder Frankreich, wo der Staat den Unternehmen viel stärker auf die Finger schaut.

Deutschland - ein Paradies für Hersteller von Chiffrier-Technologie? Im Prinzip schon, allerdings gelten für den Export derartiger Geräte strenge Vorschriften. "Für jedes einzelne Handy muss ich mir eine Ausfuhrgenehmigung holen", berichtet Beaucom-Chef Siegfried Wilhelm. Im Gespräch gibt er zu verstehen, dass die Behörden einen anonymen Verkauf auch innerhalb Deutschlands nicht dulden würden. "Die Kundendaten bleiben jedoch bei uns im Haus", versichert er.

Keine Telefone für Terroristen

Ganz ähnlich verfährt Rhode & Schwarz. Sprecher Böttinger: "Wir prüfen die Vertrauenswürdigkeit unserer Kunden, um zu verhindern, dass starke Kryptographie in die falschen Hände gerät." Auch der CCC-Spin-off GSMK gleicht Besteller mit "offiziellen Embargo-Listen terroristischer Organisationen" ab und schließt Lieferungen an "Terroristen und Unterstützer von Terroristen" aus.

Sämtliche deutschen Hersteller halten das von ihnen produzierte Handy für abhörsicher. "Unsere Schlüssel sind nicht rückgewinnbar", betont etwa Enigma-Hersteller Wilhelm. "Wir sind ein kommerzielles Unternehmen und wir werden nichts verkaufen, was korrumpiert ist."

Rohde & Schwarz verweist auf die nach eigener Aussage "besonders sichere Hardware-Verschlüsselung": Der Chip sei gegossen, ein nachträgliche Manipulation deshalb nicht möglich. "Unsere Geräte haben keine Hintertür für niemanden", betont Böttinger. Eine eingebaute Hintertür verbiete sich schon deshalb, weil bei ihrem Bekannt werden der Imageschaden für das Unternehmen enorm sei.

Rohde & Schwarz stellt übrigens auch den umstrittenen IMSI-Catchers zum Abhören ganzer Mobilfunkzellen her. Abnehmer sind deutsche Sicherheitsbehörden. Daneben wurden die TopSec-Handys nach Angaben der Firma "massenhaft" an Ministerien und Amtsträger verkauft. Eine direkte oder indirekte Abhängigkeit vom deutschen Staat bestreitet der Firmensprecher allerdings: "Krypto-Lösungen machen nicht einmal ein Prozent des Umsatzes aus." Die größten Kunden kämen aus der Mobilfunkbranche, so Böttinger. 70 Prozent des Umsatzes würden im Ausland erwirtschaftet.

Die Hacker vom Chaos Computer Club (CCC) glauben jedoch nicht so Recht an die Sicherheit des "Topsec GSM". Wer seinen Chiffrier-Code nicht veröffentlicht, macht sich in den Augen des CCC schon mal verdächtig. Bei Rohde & Schwarz heißt es dazu: "Der genaue Prozess wird nicht offengelegt." Auch Beaucom äußert sich ähnlich: "Produktionsgeheimnisse kann man nicht auf dem freien Markt kommunizieren", sagt CEO Wilhelm.

In der Hackerszene und unter Wissenschaftlern genießen freilich nur solche Chiffriertechniken vollstes Vertrauen, deren Mechanismus bekannt ist. Ganz diesem Credo verpflichtet, setzt die GSMK auf Transparenz. Der eingesetzte Verschlüsselungsalgorithmus kann als Quellcode im Internet heruntergeladen werden. Wer dem Handy nicht traut, kann ja nachrechnen.

<http://www.spiegel.de/netzwelt/politik/0,1518,druck-285618,00.html>

http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=7761

Abgeholzt: Tropische Urwaldhölzer in öffentlichen Gebäuden

http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=7778

QS Mogelpackung in Sachen Tierschutz: Deutscher Tierschutzbund kündigt Mitarbeit beim QS-Siegel auf

http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=7771

Warmes Wasser verursacht Millionenschäden: Umweltinstitut berechnet Schäden globaler Erwärmung in Ozeanien

http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=7773

Milde Strafen für die Täter: Jährlich mehr als 100.000 Tonnen Öl in der Nordsee

http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=7777

Stern Nr. 8 vom 12. 2. 2004, Seite 21

TELEKOMMUNIKATION

Zoff um Masten

Ausgerechnet die Deutsche Post AG, die zu 68 Prozent dem Bund gehört, steht dem Ausbau des UMTS-Netzes im Wege. Sie will auf ihren 17 000 Häusern keine neuen Mobilfunkmasten installieren lassen.

Dabei eignen sich gerade viele hohe Postgebäude für das engmaschige UMTS-Netz, etwa das Briefverteilzentrum am Bremer Flughafen. Wenn wir die Antenne da nicht anbringen dürfen, müssen wir im nahen Kleingartengebiet einen 20 Meter hohen Mast aufstellen", klagt Tom Lecke-Lopatta von der Bremer Baubehörde.

"Der Vorstand hat beschlossen, dass wir die Masten grundsätzlich nicht wollen", bestätigte Post-Sprecher Jürgen Blohm dem stern: "Es gab Unruhe unter den Mitarbeitern wegen des Elektrosmogs." Für die UMTS-Lizenzgebühren hatte der Bund von den Mobilfunkbetreibern 50 Milliarden Euro kassiert.

Medieninformation

Rudolf-Steiner-Schule zeigt Flagge

Jetzt reicht es uns !

Montag, 16. Februar 04, 9.45 Uhr, Rudolf-Steiner-Schule, Waldorfstrasse 11, Salzburg

Seit Jahren liegt die Schule im Hauptstrahl der benachbarten Mobilfunksender der Firma Mobilkom. Seit Herbst müssen wir eine nochmalige Erhöhung mit Verdoppelung der Belastung hinnehmen. Die Auswertung eines Fragebogens an Schülerinnen und Schüler, zeigt einen eklatant hohen Anteil an Kopfschmerzen, Konzentrationsstörungen u.a.

Seit Jahren fordern Eltern und das Lehrerkollegium, dass die unmittelbar benachbarten Mobilfunkmasten der Mobilkom Austria abgebaut werden. Schulen sind sensible Bereiche und dürfen nicht einer Dauerbestrahlung ausgesetzt werden. Die Betreiberfirma hat die Mobilfunkmasten trotz mehrmaliger Bitten nicht entfernt. Im Gegenteil, der Einbau einer neuen Sendeantenne führt zu einer Verdoppelung der gemessenen Belastung! Wir - Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen - lassen uns das nicht bieten!

Am Montag setzen wir in Anwesenheit der gesamten Schule ein deutliches Zeichen unseres Protestes auf unser Schuldach und bitten die Mobilkom Austria nochmals diesen Standort aufzugeben. Wir untermauern diese Bitte mit einem weiteren Brief an die Firma, den wir den Medien auch überreichen werden. Bei der anschließenden Pressekonferenz informieren wir auch über eine schriftliche Bitte um Hilfe und die Reaktionen darauf, die wir an ca. 100 SpitzenpolitikerInnen des Landes Salzburg und des Bundes gerichtet haben.

Start der Protestaktionen mit einem kräftigen Auftakt in der großen Pause, anschließend Pressekonferenz.

Wir laden Sie herzlich dazu ein !

Anschließend Pressekonferenz

Schulforum Mobilfunk des Elternrates der Rudolf Steiner Schule Salzburg

Kontakt : Michael Meyer Tel: 06217 8576

Ein Beispiel, dem andere Schulen folgen sollten. Wir bitten unsere Leser uns weiterhin Aktionen an und von Schulen mitzuteilen.

Kommentar Dr. Scheingraber:

So ist das immer. Papier ist geduldig. Vorher wird viel versprochen, um den Bürger ruhig zu stellen und hinterher wird es nicht gehalten (nach dem jüngsten BGH-Urteil erst recht nicht mehr). Anschließend wundert man sich, wenn immer mehr Menschen sich der Politik verweigern, bzw. die Politiker für korrupt halten.

Die Bestrahlung nimmt kein Ende und anschließend ist das ganze Volk verblödet oder krank. Die Medizinmänner und die Pharmaindustrie wird es freuen. So kann man sich auch neue Wachstumsmärkte erschließen.

Den Bürgern kann man nur sagen: Lasst euch dieses nicht gefallen. WEHRT EUCH!

Info Dr. Scheingraber 14-02-04

Mobilfunk: Marktrat nimmt ödp-Antrag „zur Kenntnis“

Gruppierung forderte generelles Sendeanlagenverbot

Ortenburg (eb). Mit einem Antrag von ödp/AB wegen Mobilfunkanlagen im Gemeindegebiet hat sich der Ortenburger Marktrat in seiner jüngsten Sitzung befasst. Die ödp hatte gefordert generell alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Sendeanlagen im Gemeindebereich zu verhindern. Wie die Gemeinde in einer Pressemitteilung

berichtet, habe Bürgermeister Reinhold Hoenicka dem Gremium mitgeteilt, dass kein konkreter Antrag für die Errichtung einer Sendeanlage im Gemeindebereich vorliege und auch keinerlei Erkenntnisse darüber vorhanden seien, dass es derzeit eine solche Bestrebung gebe. Hoenicka informierte über die beiden bestehenden Anlagen und deren Betreiber im Gemeindegebiet. Selbstverständlich werde die Marktgemeinde den Marktrat und die Bürger über alle möglichen Veränderungen in diesem Bereich umfassend informieren, versprach der Bürgermeister.

Marktrat Dieter Lustinger (CSU) erkannte aus dem Antrag keinen Handlungsbedarf seitens der Gemeinde, weil der Marktrat zu nicht gestellten Anträgen auch keine Stellung beziehen kann. Marktrat Klaus Jeggle (SPD) sprach von einem "reinen Schaufensterantrag" der ödp und schlug vor, dass Schreiben lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Marktrat Karl Wißpeintner (ÜW) wies darauf hin, dass die vielfache Benutzung von Handys wesentlich mehr elektromagnetische Strahlen für den Einzelnen bedeuten würden als weit entfernte Sendeanlagen.

Der Marktrat schloss sich dem Vorschlag von Marktrat Jeggle an, das Schreiben der ÖDP nur zur Kenntnis zu nehmen.

<http://www.pnp.de/ngen/such.php?cid=29-4699542&Ressort=va>

Erste Versorgung der Radaropfer

Deutsches Ärzteblatt am 17.02.2004

Bundeswehr bewilligt Versorgung für erste Radaropfer

Leipzig. Die Bundeswehr bewilligt eine Versorgung für Strahlenopfer der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR. "Fünf positive Bescheide sind raus, weitere werden in den nächsten Tagen folgen", sagte eine Sprecherin der "Leipziger Volkszeitung" in der Ausgabe von 17. Februar.

Insgesamt haben 478 Zeit- und Berufssoldaten sowie 616 Grundwehrdienstleistende der NVA, die wegen des Umgangs mit Radartechnik an Krebs, Leukämie oder Grauem Star erkrankten, eine Versorgung beantragt. Ähnliche Anträge stellten etwa 1800 Bundeswehrangehörige, 237 sind bereits positiv beschieden. "Wir stellen nur den Schadensfall fest.

Die Höhe der Zahlung bestimmen die Versorgungsämter", fügte die Sprecherin hinzu. Die Geschädigten erhielten in der Regel mindestens fünf Jahre lang etwa 300 Euro im Monat, so der Berliner Rechtsanwalt Remo Klinger, Rechtsvertreter vieler Geschädigter, gegenüber der "Leipziger Volkszeitung".

Trotz der ersten Zusagen von Versorgungsleistungen beklagt der Interessenverband der Radaropfer eine schleppende Bearbeitung ihrer Anträge. Ihren Unmut darüber wollten die Geschädigten am 3. März in Berlin mit einer Demonstration vor dem Bundeskanzleramt bekunden.

www.deutschesaerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=15438

Nachricht von Manu Knapp

Manipuliert: EU entscheidet über Zulassung neuer Gen-Pflanzen für Lebensmittel

Erstmals seit 1998 wird die EU genmanipulierte Organismen möglicherweise noch diese Woche für die Verwendung in Lebensmitteln zulassen. Dabei lehnen die europäischen Verbraucher nach Angaben der Umweltschutzorganisation Greenpeace Gentechnik im Essen mehrheitlich ab. Dennoch werde die EU-Kommission die Vertreter der Mitgliedsstaaten am Mittwoch auffordern, einen Gen-Mais des US-Konzerns Monsanto zuzulassen. Der Mais (NK 603), der gegen Spritzmittel des Konzerns unempfindlich gemacht wurde und derzeit in Nordamerika angebaut wird, könne dann für die Herstellung von Lebens- und Futtermitteln in Europa importiert werden. Der Anbau bliebe aber weiterhin verboten. Das Problem: Das Produkt weise erhebliche Sicherheitsmängel auf. Unter anderem seien die langfristigen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit nicht erforscht.

STRAHLEN - Fluch und Segen

Altes Wissen – neue Erkenntnisse

ALTES WISSEN

Dass Röntgenstrahlen DNA-Brüche verursachen können, Zellschäden, als Vorstufen zu Geschwülsten und Krebs, ist inzwischen hinreichend bekannt.

Neue Röntgengeräte arbeiten heute mit erheblich geringerer Strahlung und weitaus verbesserter Bildqualität. Die Röntgenstrahlung der Geräte ist erheblich niedriger, die Aussagekraft der Aufnahmen wesentlich besser, die Diagnose deshalb sicherer.

Aufnahmen mit geringem Aussage-Ergebnis sind für ihre Diagnose wertlos, müssen evtl. in anderen Arztpraxen wiederholt werden. **Sie belasten Ihren Körper zusätzlich mit weiteren Strahlen! Heute werden in Deutschland Unmengen teilweise unnötiger Röntgen-Aufnahmen getätigt. Deutschland ist inzwischen hinter Japan mit der Anzahl der gemachten Aufnahmen Röntgen- Vize-Weltmeister !**

Gleichzeitig sind aber fast 60 % der Aufnahmen von derartig minderer Qualität, dass sie keine relevante Aussagekraft besitzen, wodurch Fehldiagnosen an der Tagesordnung sind. Hinzu kommt noch der hohe Prozentsatz an Ärzten, die überhaupt nicht in der Lage sind Röntgen-Aufnahmen klar zu deuten, was oftmals wohl auch besonders schwierig ist. Aus diesem Grunde werden an vielen Krankenhäusern mit Qualitäts- Standard die Aufnahmen von mehreren Fachärzten beurteilt, um treffende Diagnosen zu stellen oder differierende Aussagen zu besprechen, aus der Erfahrung heraus, dass bei Einzelbeurteilungen in Krankenhäusern ebenfalls häufig Fehldiagnosen vorgekommen sind.

NEUE ERKENNTNISSE

Das Bundesamt für Strahlenschutz hat inzwischen die zulässige jährliche gesamte Immissions-Dosis für beruflich strahlenexponierte Personen um 60 % gesenkt ! Waren früher 50 mSv Jahresdosis zulässig, so sind es heute nur noch 20 m Sv. Dies resultiert aus der wissenschaftlichen Erkenntnis, dass auch geringere Röntgenstrahlen-Dosen Zellschäden verursachen können, die Strahlen also gefährlicher sind, als man bisher annehmen konnte.

Neueste wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, dass eine starke Röntgenstrahlung Zellen abtötet, schwach geschädigte Zellen kann der Körper zum Teil regenerieren. Trotzdem besteht aber die große Gefahr, dass es gerade auch bei schwacher Strahlung zu DNA-Brüchen kommt, die der Körper aber nicht mehr reparieren kann. Diese Körperzellen bleiben dann latent über Jahre oder Jahrzehnte geschädigt und können irgendwann, durch weitere schädliche Einflüsse oder Schwächung des Immunsystems, zu Geschwülsten oder Krebs entarten.

Selbst durch schwache ionisierende Strahlung kann dem Menschen dadurch Krebs implantiert werden. Das war jetzt erst eine erstaunlich neue Erkenntnis in der Strahlen-Forschung, die äußerst bedenklich stimmt. Besonders im Hinblick auf andere Strahlenarten, wo man noch im Neuland forscht, dürfte diese Erkenntnis mit altbekannten Strahlen hellhörig werden lassen. Röntgenstrahlen, die man schon seit Generationen fast unbedenklich eingesetzt hat, werden erst nach Jahrzehnten besser in ihren schädigenden Auswirkungen erkannt.

Heutige Erkenntnisse über Mobilfunk-Strahlen wird man sicherlich auch erst in Zukunft in ihren Auswirkungen auf den Menschen verstehen können, wenn die Schäden am Menschen bereits sichtbar geworden sind.

Es klingt makaber, aber es ist Fakt. Durch die kontrollierbaren Spätfolgen am Menschen der Atombomben-Abwürfe in Hiroshima und Nagasaki am 9.8.1945 war man in der Lage, wissenschaftliche Erkenntnisse am Menschen direkt zu bewerten. Hunderttausende Überlebende haben danach selbst noch mit kleineren Strahlendosen ein Überleben im Siechtum gehabt.

Frauen z.B., die genetisch von Brustkrebs gefährdet sein können, sollten mit wiederholten Mammographien vorsichtig sein, da es inzwischen bessere und weniger gefährliche Untersuchungs-Methoden gibt, zumal eben nach neuesten Erkenntnissen die Gefahr besteht, durch wiederkehrende Mammographien die Krebsgefahr noch zu steigern.

Zuerst ist eine Ultraschall-Untersuchung üblich, die in Zweifelsfällen durch eine moderne bisher als ungefährlich geltende MRT-Kontrolle (Magnet-Resonanz-Tomographie) ergänzt werden muss. Laut wissenschaftlichen Erkenntnissen die mit Abstand beste Methode, um selbst nach Operationen noch bis ins kleinste Detail zu kontrollieren, wo Röntengeräte versagten und bei operierten Frauen restliche Tumorherde leider nicht erkannten !

Die Fachzeitschrift Radiologie berichtete über eine Studie der UNI BONN, wonach bei 10% der operierten Frauen weitere durch Röntgenbild- Kontrolle erst nicht erkannte Tumorherde gefunden wurden, die man mit MRT nachuntersucht hatte. Die MRT ließ selbst kleinste Herde noch erkennen.

Mit neuen Geräten, z. B. TOTALE IMAGE MATRIX-TECHNOLOGIE (TIM) kann man inzwischen sogar in nur 12 Minuten den gesamten Körper in nochmals wesentlich verbesserter Bild-Qualität abscannen, berichtete DIE WELT ! Man braucht dazu auch keine radio-jodhaltigen Kontrastmittel mehr und erspart sich die belastenden gefährlichen ionisierenden Röntgen-Strahlen !

Gesetzliche Krankenkassen zahlen diese sicheren Untersuchungen selbst bei lebensbedrohenden Krankheiten leider bisher kaum. So kann man die Aussage dieser Tage der privaten Krankenkasse verstehen, wo man auf sich aufmerksam machte, dass die Beiträge auch hier steigen müssten. Begründet wurde dies mit der Tatsache, dass die Menschen immer älter würden, insbesondere sei dies aber mit Abstand bei den Mitgliedern der privaten Krankenkassen zu registrieren ! Das läuft auf die alte Erkenntnis hinaus:

„WEIL DU ARM BIST, MUSST DU FRÜHER STERBEN !“ Privat- Kassen- Patienten werden anscheinend auf Grund einer besseren Behandlung noch älter als die gesetzlich versicherten Kassenpatienten !

Jegliche Strahlung steht immer im Verhältnis DOSIS und DAUER ! Die Erkenntnisse, dass UV-Strahlen (Sonnenbrand) in der Jugend z.B. verantwortlich dafür sein können, dass Hautkrebs im Alter entstehen kann, ist auch erst wenige Jahre alt.

Die gesetzlich geregelte Zulässigkeit, Menschen Tag und Nacht z.B. mit Mobilfunk-Mikrowellen zu bestrahlen, in einer bisher noch nicht gekannten unerforschten gepulsten Strahlenart, erfüllt den Tatbestand der Körperverletzung. Dies ist ein klarer Verstoß gegen das Grundgesetz in Deutschland. Grenzwerte bieten keinen Schutz für die Menschen, da bereits heute Nachweise vorhanden sind, die aufzeigen, es sind auch unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte, auf die man immer gerne Bezug nimmt, bereits gesundheitlich negative Auswirkungen erkennbar vorhanden.

Im Rückblick in die Vergangenheit beim Umgang mit sämtlichen Strahlen kann man nur sagen: V O R S I C H T ! Sämtliche Strahlenarten sind in Zukunft sicherlich noch für weitere unerfreuliche Überraschungen gut ! Das Energie-Potential aller Strahlungen wird in ihren Auswirkungen heute in der Wissenschaft unterschätzt, da sie oft erst nach Jahrzehnten ihr zerstörerisches Potential zeigten. Über diese Fakten kann sich heute jeder Bürger informieren. Man hofft, dass die vorhandenen negativen gesundheitlichen Erkenntnisse sich selbst nach Jahren nicht einstellen werden.

Bereits vorhandene Gesundheitsbeschwerden bezeichnen Mediziner heute leider abfällig als „EFFEKTE“ und die Menschen werden als elektrosensibel eingestuft. Ihr Anteil liege aber „schätzungsweise“ nur bei ca. 6-8 % der Bevölkerung. Diese betroffene „MINDERHEIT“ müsste eben mit diesen Auswirkungen leben!

Nach meinem Verständnis des Grundgesetzes kann und darf es demnach auch nicht erlaubt sein, MINDERHEITEN in der Bevölkerung auszugrenzen bzw. wissentlich in ihrer Gesundheit zu schädigen ! Das geschieht aber über dauerhafte Bestrahlungen durch Mobilfunksender, wobei dem Bürger keine Wahlfreiheit bleibt, er wird zwangsbestrahlt !

Wissenschaftliche Bedenken gegen UV-Strahlen sowie gegen Röntgenstrahlen wurden bisher auch unbeachtet zur Seite geschoben. Erst die jahrzehntelange Erfahrung hat die negativen Auswirkungen am Menschen jetzt erkennen lassen, so dass inzwischen auch das Bundesamt für Strahlenschutz berechtigt neue warnende Richtlinien vorgibt.

Zu diesen negativen Ergebnissen über die Röntgenstrahlen sowie über UV-Strahlen hat man zig-Jahre in der Wissenschaft benötigt. Da kann man sich ausrechnen, in welcher Zeitspanne Mobilfunkstrahlen evtl. einmal als gefährliches Potential eingeordnet werden, wenn die Wissenschaft so lange braucht, um Erkenntnisse umzusetzen und um selbst auf bereits schon erkennbare Folgen so verzögert zu reagieren!

Eigentlich ist für Jedermann klar ersichtlich, dass Profit und Geldgier Vorrang haben. Die Auswirkungen am Menschen werden so lange verdrängt, bis die Schäden so offensichtlich werden, dass die Ausrede, „es besteht noch Forschungsbedarf“ alleine nicht mehr ausreicht Gegner und Gemüter zu beruhigen.

Will man in der Hochfrequenz-Strahlenforschung erst abwarten, welche Schadens-Auswirkungen sich nach Jahren am Menschen zeigen, könnte das für die Zukunft fatale Folgen mit nicht wieder gut zu machenden Auswirkungen haben. Das ist aus den Forschungsergebnissen bereits heute vielfach erkennbar.

Wissenschaftliche Fakten der Gegenwart dürfen nicht in Dogmen erstarren, zukünftige Erkenntnisse werden heutige Dogmen noch oftmals erschüttern und erneut veränderte Gesetze entstehen lassen.

Jedenfalls waren Dogmatiker in der Vergangenheit der größte Hemmschuh für weiteren wissenschaftlichen Fortschritt!

dieter keim <> Ilbenstadt

von Siegfried Zwerenz:

Immer wieder wird als maximale Leistungsdichte 1 MilliWatt/m₂ (= 1000 MikroWatt/m₂) (dies entspricht dem alten Salzburger Vorsorgewert) als Erfolg dargestellt. Es ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber leider nach aktuellem Wissensstand bei weitem nicht ausreichend.

Seit Februar 2002 hat die Landessanitätsdirektion Salzburg auf Grund neuester Erkenntnisse den Wert auf 1 Mikrowatt/m₂ gesenkt. Dieser Wert ist eine Empfehlung, wird aber auch dort nicht von den Betreibern eingehalten.

Es gibt seriöse Studien, die sogar schon innerhalb weniger Minuten Bestrahlung mit 1 MilliWatt/m₂ (=1000 MikroWatt/m₂) negative körperliche Reaktionen hervorrufen. Ein Sender bestrahlt die Bevölkerung aber 24 Stunden am Tag.

Durch Mobilfunk-Feldstudien zeigte die Uni Wien auf, dass sehr weit unterhalb von 1 MilliWatt (=1000 Mikrowatt/m₂) es zu Herz-Kreislauf-Problemen und Gedächtnisleistungsstörungen kam.

Aufgrund des aktuellen Wissensstandes dürfte die Bevölkerung maximal mit 0,001 MilliWatt/m₂ (=1 MikroWatt/m₂) bestrahlt werden. Dieser Wert wurde bereits im Oktober 1999 anlässlich des Elektromog-Foreums in Bonn durch medizinische Ärzteverbände, Wissenschaftlern usw. von Umweltminister Trittin gefordert. Bei einem MilliWatt/m₂ können die Betreiber noch ihr Netz aufbauen, der Gesundheitsschutz bleibt aber dabei auf der Strecke. Vielen wird bei 1 MilliWatt/m₂ eine Sicherheit suggeriert, die aber keine ist.

Dass bei dem Vorsorge-Wert von 0,001 MilliWatt/m₂ (=1 MikroWatt/m₂) das Mobilfunk-Netz nicht mehr nach den Wünschen der Betreiber funktioniert ist bekannt. Wenn jemand konsequent die Sache zu Ende denkt, dann heißt es nicht, die Strahlenbelastung ist so weit zu reduzieren, dass die Technologie noch nach den Wünschen der Betreiber funktioniert, sondern richtig ist: wir müssen die Strahlenbelastung so weit senken, dass wir einen vernünftigen Gesundheitsschutz haben. Dann können wir sehen, ob bei diesen Werten die jetzige Technik noch nach den Wünschen der Betreiber funktioniert. Wenn nicht, dann muss eine ungefährliche Technik her. Erst die Gesundheit, dann das Geschäft.

Kniefall vor der Gen-Lobby

Natur- und Umweltschützer haben das vom Bundeskabinett verabschiedete Gentechnikgesetz scharf kritisiert. So moniert etwa der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), dass vor allem die Bestimmungen zur Anbaupraxis, zur Haftung und zu Standortregistern mangelhaft seien.

<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/4378.php>

Erstmals in Deutschland: Genfood in großem Stil

Im April 2004 sollen nach dem Willen der CDU/FDP-Regierung in Sachsen-Anhalt erstmals in Deutschland in großem Umfang gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden. Sowohl Gegner wie Befürworter berufen sich auf ihr Gewissen. Die parteipolitischen Fronten sind in diesem Kampf seltsam aufgeweicht.

<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/4375.php>

Immer mehr Kinder klagen über Kopfweh

Dr. med. Raymund Pothmann, DSH-Mitglied und Leiter eines Kinderneurologischen Zentrums im Ruhrgebiet warnt: "Immer mehr Kinder klagen über Kopfweh", versichert der sich seit über 15 Jahren den Kopfschmerzen junger Patienten widmende Experte.

Dass ihre Zahl ständig zunehme, sei ein offenes Geheimnis: "Während 1960 etwa 45 Prozent der Schulabgänger angaben, schon einmal unter Kopfschmerzen gelitten zu haben, sind es heute ca. 90 Prozent".

Bei bereits jedem fünften sei der Alltag stark davon beeinträchtigt und der Leidensdruck entsprechend hoch. Dieser Trend sei nicht nur in Deutschland, sondern auch in Italien, den Niederlanden und den skandinavischen Ländern zu beobachten.

Kopfweh tritt häufig schon im Kindergartenalter auf, nur wird ihm dort nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt. Dies liegt häufig daran, dass den betroffenen Kindern oftmals die Worte fehlen, ihr eingeschränktes Befinden zu beschreiben.

Nach der Einschulung nehmen die dann die Beschwerden rasch zu: in der dritten Klasse sind es bereits 80 von hundert Kindern, denen Kopfweh aus eigener Erfahrung bekannt ist und nicht mehr zehn wie bei Schulbeginn, fand St. Frankenberg, Medizinsoziologin aus Oberhausen heraus.

Die Ursache ist unklar

Wie es zu den Schmerzen kommt, ist leider immer noch nicht geklärt. Auffällig - und daher auch ausschlaggebend für die Namensgebung - ist, dass die relevante Hals- und Nackenmuskulatur häufig verhärtet, "verspannt" und zusätzlich äußerst schmerzempfindlich ist. Es wird vermutet, dass die Ursache solcher Verspannungen oft Angst, Depressivität, Überlastung oder psychosozialer Stress ist, aber "nichts Genaues weiß man nicht"

<http://www.kopfschmerzforum.de/kopfschmerz-bei-kindern-nimmt-zu.php>

Omega: die Ursache ist unklar, wirklich ? Die Kopfschmerzen nehmen zu, je älter die Kinder werden. Warum wohl? Weil die Kinder je älter sie werden, umso häufiger das Handy benutzen.

Siehe dazu die folgenden Artikel (Auszüge)

Jugendliche und die Nutzung von Mobiltelefonen

Eine britische Studie, im Auftrag der britischen Regierung erstellt und im "Lancet" im Jahr 2000 veröffentlicht, kommt bei Auswertung der vorhandenen Daten zu dem Schluss, dass bei Kindern durch häufige Nutzung eines Mobiltelefons möglicherweise neurologische Wirkungen wie Kopfschmerzen und Schlafstörungen entstehen können.

Es wird angenommen, dass Kinder empfindlicher auf hochfrequente Strahlung reagieren, da sie ein schwächeres Immunsystem aufweisen, eine dünnere "Hirnschale" haben, die Absorption der Strahlung aufgrund der andersartigen Größenverhältnisse bei Kindern stärker als bei Erwachsenen ist und bis zum

12.Lebensjahr noch Veränderungen in der Struktur der Hirnaktivität eintreten. Kinder und Jugendliche scheinen somit einem erhöhten Risiko bei Nutzung von Mobiltelefonen ausgesetzt zu sein.

<http://www.umwelt.nuernberg.de/mobilfunkgesundheit.htm#6>

und

Eine Studie zu den Auswirkungen der 3G-Sendeanlagen, die die niederländischen Ministerien für Wirtschaft, Gesundheit und Telekommunikation in Auftrag gaben, kam Ende September 2003 zu dem Ergebnis, dass UMTS-Signale Übelkeit und Kopfschmerzen verursachen können. Als die Testpersonen in der Nähe von simulierten Sendeanlagen der dritten Generation waren, zeigten sich erhebliche gesundheitliche Auswirkungen.

<http://www.vnunet.de/testticker/news/detail.asp?ArticleID=11260>

siehe dazu auch:

Hort: Kinder klagen über Kopfschmerzen

In http://www.buergerwelle.de/body_newsletter_130204.html

Sender wird abmontiert - Vergleich in Tegernheim

Mittelbayerische Zeitung Regensburg, 15.01.04

TEGERNHEIM (tk). Die Mobilfunkanlage in der Isarstraße wird abgebaut: Darauf einigten sich die Firma E-plus und mehrere Anwohner jetzt in einem Vergleich, nach dem das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Regensburg (RO 2 K 03.42) jetzt ruht. E-plus wird die Mobilfunkanlage spätestens bis Ende Mai auf eigene Kosten entfernen.

Am 25. März 2002 hatte die MobilCom Multimedia GmbH auf dem Anwesen in der Isarstraße 24 die Mobilfunkanlage errichten lassen. Einige Nachbarn gingen hiergegen vor und beantragten beim Verwaltungsgericht Regensburg den Erlass einer Sicherungsanordnung durch das Landratsamt. Die Arbeiten zur Errichtung der Mobilfunksendeanlage sollten eingestellt bzw. deren Nutzung untersagt werden. Das Verwaltungsgericht wies die Anträge jedoch ab. Begründet wurde dies damit, dass die Inbetriebnahme der Anlage erst für Herbst 2002 geplant war.

Die Mobilfunkkritiker gaben allerdings nicht auf. Einen ersten Erfolg erstritten sie, wiederum vor dem Verwaltungsgericht, gegen die Standortbescheinigung für die Mobilfunkanlage. Rechtsanwalt Thomas Troidl hatte nach einer Akteneinsicht festgestellt, dass der Sofortvollzug, den die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post auf den Widerspruch der Mobilfunkkritiker hin angeordnet hatte, unzureichend begründet war. Auch das Verwaltungsgericht meldete gewichtige Zweifel am Sofortvollzug wegen formeller Fehler an, so dass die Regulierungsbehörde die sofortige Vollziehbarkeit für die Standortbescheinigung schließlich selbst aufhob.

Inzwischen hatten die Mobilfunkkritiker auch eine Hauptsacheklage zum Verwaltungsgericht eingereicht. Denn sie gingen davon aus, dass die Mobilfunkanlage mittlerweile in Betrieb genommen worden war. Dafür lag nun allerdings keine vollziehbare Standortbescheinigung mehr vor.

Rechtsstreit erübrigt sich

Ob das Verwaltungsgericht Regensburg sich im Rechtsstreit wegen der Mobilfunkanlage in Tegernheim diesen Argumenten angeschlossen hätte, kann nun offen bleiben. Denn die Mobilfunkkritiker schlossen mit der Firma E-plus, die die Anlage von der Firma MobilCom übernommen hatte, nunmehr einen Vergleich. **Danach wird E-plus die Anlage bis zum 31. Mai auf eigene Kosten entfernen.** Der Rechtsstreit vor dem Verwaltungsgericht erübrigt sich damit.

Leitentscheidung vermieden?

„Uns ist es letztlich egal, aus welchen Gründen E-plus sich zum Abschluss dieses Vergleichs bereit erklärt hat“, sagt Hans Hommer, der „Motor“ der Tegernheimer „Bürgerinitiative für gesundes Wohnen ohne Mobilfunkantennen in Wohngebieten, bei Schulen und Kindergärten“. **Allerdings sei es durchaus denkbar,**

so Hommer, dass das Unternehmen eine Leitentscheidung vermeiden wollte, die Auswirkungen auf andere Mobilfunkanlagen hätte haben können.

*Nachricht von der BI Mobilfunkkritiker Regensburg Stadt und Land
Karin Piller*

21.02.2004

Strahlenschutz beruht auf unbewiesenen Annahmen

Liebe Gallier,

nun wurde im Deutschen Ärzteblatt (20.02.04) endlich einmal gedruckt, was wir schon lange wussten. Sehr eindeutig geht daraus hervor, dass wir zugunsten der Wirtschaft alle zu "Versuchstieren" degradiert wurden - und dies sogar gegen bestehende Artikel im Grundgesetz (jeder Mensch hat Anspruch auf.....).

Ist es denn nicht schon eine Straftat, wenn unter dem Wissen des Nichtwissens, Mobilfunk weiterhin betrieben wird - ja, man nicht einmal in der Lage ist, das Risiko für die gesamte Bevölkerung einzuschätzen?

Euere Manu Knapp

Viele Grundlagen des Strahlenschutz beruhen auf unbewiesenen Annahmen

18. Februar 2004

NEUHERBERG. Wesentliche Grundlagen des Strahlenschutzes basieren auf Annahmen, die unbewiesen oder grob vereinfachend sind. Darauf haben Strahlenschutzexperten bei einem Treffen im Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit GSF am 17. Februar in Neuherberg hingewiesen.

Die rund 110 Wissenschaftler diskutierten den gegenwärtigen Wissensstand hinsichtlich gesundheitlicher Auswirkungen niedriger Dosen ionisierender Strahlung. Die Frage nach gesundheitlichen Effekten durch ionisierende Strahlung bei niedrigen Dosen und Dosisleistungen betreffe jeden, so die Wissenschaftler. Jeder Mensch sei den Einwirkungen ständig ausgesetzt.

„Generell gewährleisten die Regelungen zum Strahlenschutz auf praktikable Weise einen angemessenen Schutz von Mensch und Umwelt – allerdings beruhen sie zu einem großen Anteil auf unbewiesenen Annahmen“, lautete das Fazit des Treffens.

Ziel des Strahlenschutzes müsse es in der Zukunft sein, die grundlegenden Mechanismen bei der Antwort eines Organismus auf die Einwirkung von Strahlung noch besser zu verstehen. Nur so könne die Basis für ein besseres Strahlenschutzkonzept gelegt werden. *hil*

<http://www.gsf.de/> *hil*

Quelle: <http://www.deutschaerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=15450>

Neue Handys strahlen gefährlicher

Artikel vom 8. Februar 2004 / Quelle: SonntagsBlick

Bundesamt für Gesundheit reagiert alarmiert auf holländische Studie

VON DANIEL JAGGI UND YVONNE KUMMER

BERN – Eine holländische Studie zeigt, dass die Strahlen der neusten Handy-Generation gesundheitsgefährdend sein können. Trotzdem wird die Schweiz weiterhin mit dem System aufgerüstet.

Heinz Frey (53) aus Kappel SO leidet seit Jahren an Schlafstörungen und Schwindel. Er ging von Arzt zu Arzt, doch die Ursache konnte nie geklärt werden. Frey ist überzeugt: «Die Handy-Antenne, die 57 Meter neben meinem Haus steht, macht mich krank.»

Auch Walter Bläuenstein (62) aus Bern-Bümpliz ist besonders empfindlich auf Strahlung. Er leidet seit vier Jahren unter Kopfschmerzen. «In meiner Umgebung gibt es 29 Handy-Antennen», sagt er.

Die Beiden stehen mit ihrer Vermutung nicht alleine. Eine Elektrosmog-Umfrage des Bundesamts für Gesundheit hat ergeben, dass 74 Prozent der Befragten ihre Beschwerden auf Mobilfunk-Antennen und Handy-Strahlen zurückführen.

Damit nicht genug: Eine Studie des Physiklabors TNO in Holland schreckt jetzt auch die Fachwelt auf. Der Grund: Erstmals zeigt sie einen signifikanten Zusammenhang zwischen Handy-Strahlen und dem Unwohlsein von Testpersonen auf.

Bei der Studie wurden 72 Probanden während zwei Stunden elektromagnetischen Feldern ausgesetzt. Die Versuchspersonen wussten nicht, was für ein Mobilfunk-Signal auf sie abstrahlte: ob von einer herkömmlichen Mobilfunk-Antenne (GSM), einer der neuen UMTS-Antennen oder gar keines. Die Sendeleistung betrug ein Volt pro Meter. Die Schweizer Handy-Betreiber senden mit bis zu sechs Volt pro Meter.

Die Forscher wollten ihr Ergebnis kaum glauben: Das Wohlbefinden der Versuchsteilnehmer nahm signifikant ab, nachdem sie mit dem UMTS-Signal bestrahlt worden waren. Die meisten Testpersonen klagten über Schwindel, Nervosität, Taubheitsgefühle und weitere Beschwerden. Am meisten überrascht waren die Forscher, dass die wegen ihrer modernen Technik eigentlich als unproblematisch eingestuften UMTS-Signale bei den Testpersonen am meisten Beschwerden auslösten.

Alarmiert vom Ergebnis der holländischen Studie ist jetzt auch das Bundesamt für Gesundheit (BAG). «Das ist der erste direkte Hinweis, dass Handys die Gesundheit beeinträchtigen», sagt Mirjana Moser, Strahlenexpertin beim BAG. Eiligst hat die Gesundheitsbehörde eine eigene Studie in Auftrag gegeben, um das Ergebnis zu überprüfen. Denn: «Sollte sich das Resultat der Holländer bestätigen, müssten die Risiken und Nutzen von UMTS neu überdacht werden», so Moser.

Reagiert hat auch die Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte (FMH). Sie fordern ein Moratorium für die neue Mobilfunk-Generation UMTS. Konkret: Deren breite Einführung soll sofort gestoppt werden, bis die von der holländischen Studie aufgeworfenen Fragen beantwortet sind.

Trotzdem wird das UMTS-Netz in der Schweiz mit Hochdruck ausgebaut. Bis Ende 2004 soll das System 50 Prozent der Bevölkerung zur Verfügung stehen. So verlangt es das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) als Lizenzgeberin von den Mobilfunk-Anbietern. Das Bakom hält trotz allem an dieser Auflage fest.

Auch für die UMTS-Betreiberin Swisscom gibt es keinen Grund für einen Marschhalt. Pressesprecher Sepp Huber: «Bislang gibt es keinen Nachweis, dass bei Einhaltung der Grenzwerte die Gesundheit gefährdet ist.»

Die Versicherer sehen das anders. Sie schätzen die elektromagnetische Strahlung durch Handys zunehmend als unkalkulierbares Risiko ein. So weigert sich etwa die «Winterthur», Mobilfunk-Betreiber gegen die Risiken von Handystrahlen zu versichern.

<http://www.blick.ch/PB2G/PB2GA/pb2ga.htm?snr=65495>

Nachricht von Bernd Schreiner

Quelle: <http://de.groups.yahoo.com/group/elektrosmog-liste/message/3523>

Der 'Elektrosmog-Report' des Nova-Instituts enthält in der Februar-Ausgabe folgende Artikel:

Recht:

Rast- und Ratlosigkeit beim Ausbau des Mobilfunknetzes

Die Öffentlichkeit hat kaum auf die Meldung reagiert, dass ein namhafter Mobilfunknetzbetreiber seine UMTS-Lizenz zurückgeben will. Die Politik für den Standort Deutschland hält sich an einen Mobilfunkpakt, der zu Recht mit großen Vorbehalten kommentiert wird.

Beim Ausbau eines "stadtverträglichen" Mobilfunknetzes bietet das Baurecht sowohl den Kommunen als auch der von der Errichtung einer Mobilfunkanlage betroffenen Nachbarschaft durchaus wirksame Rechtsmittel. Vorausschauend gesehen dürfte daher ein offener Dialog aller Beteiligten auch für die Mobilfunkbetreiber eher von Vorteil sein. *Ein Beitrag von Hans-Josef Dahlen, Bocholt, Stadtdirektor a.D., Rechtsanwalt.*

Versicherungen:

Versicherungen schließen Mobilfunk-Risiken aus

Es ist bis heute nicht bewiesen, ob Mobilfunkstrahlung gesundheitliche Schäden verursacht. Falls jedoch später eine Gesundheitsgefährdung nachgewiesen werden sollte, **könnten Betroffene Schadensersatz-Forderungen gegen Unternehmen der Mobilfunkbranche stellen.**

Prinzipiell können die Konzerne solche Risiken durch ihre Betriebshaftpflicht-Police abdecken. Allerdings schließen jetzt immer mehr Versicherungen derartige Risiken aus ihren Policen aus, so dass sich die Firmen kaum mehr gegen mögliche Schadenersatzklagen absichern können.

Tierexperimente:

EMF-Empfindlichkeit unterschiedlicher Rattenlinien

In den vergangenen Jahren wurden an der Tierärztlichen Hochschule Hannover eine Anzahl von Studien mit Ratten durchgeführt, die gezeigt haben, dass niederfrequente elektromagnetische Felder (EMF) im Mikrotel-Bereich krebspromovierend wirken.

Eine amerikanische Arbeitsgruppe konnte diese Befunde allerdings nicht reproduzieren. Dieser Unterschied beruht offenbar auf einer unterschiedlichen Empfindlichkeit der beiden verwendeten Rattenlinien gegenüber Magnetfeldern. Das zeigen aktuelle Ergebnisse.

<http://www.strahlentelex.de/aktuell.htm>

Quelle: <http://de.groups.yahoo.com/group/elektrosmog-liste/message/3508> (Auszug)

und

Magnetfelder schädigen Gehirnzellen

'wissenschaft.de' berichtet heute:

Bestätigt: Magnetfelder können Gehirnzellen schädigen

Niederfrequente elektromagnetische Felder verursachen DNA-Brüche

Elektromagnetische Felder mit niedriger Frequenz können in Gehirnzellen von Ratten Schäden an der Erbsubstanz verursachen. Diese Schäden summieren sich bei längerer Einwirkung der Felder, entdeckten amerikanische Forscher. An dieser Zerstörung der DNA sind wahrscheinlich Eisenteilchen und freie Radikale beteiligt, schreiben die Wissenschaftler in der Fachzeitschrift *Environmental Health Perspectives* (Online-Vorabveröffentlichung).

Wissenschaftler hatten schwache elektromagnetische Felder lange Zeit für harmlos gehalten, da ihre Stärke nicht ausreicht, um chemische Bindungen zu zerstören. Neuere Studien deuten jedoch darauf hin, dass die Felder dennoch lebendes Gewebe beeinflussen können.

Auch die Ergebnisse von Henry Lai und Narendra Singh von der Universität von Washington in Seattle stützen diese These: Die Wissenschaftler hatten Ratten 24 oder 48 Stunden lang schwachen elektromagnetischen Feldern mit einer Frequenz von 60 Hz ausgesetzt, wie sie typischerweise auch von Haushaltsgeräten produziert werden, und anschließend die Gehirne der Tiere untersucht. **Dabei fanden die Forscher deutliche Schäden an der Erbsubstanz und einen ungewöhnlich hohen Anteil toter Zellen. Je länger das Feld eingewirkt hatte, desto mehr DNA-Schäden stellten die Forscher fest. Lai und Narendra vermuten, dass die Magnetfelder auf die Eisenteilchen in den Zellen wirken. Wenn sich diese geladenen Teilchen verändern, steigt die Menge des freien Eisens in der Zelle.**

Durch Reaktionen mit verschiedenen Substanzen kann dieses Eisen die Bildung hochreaktiver freier Radikale erhöhen, die ihrerseits dann mit anderen Biomolekülen reagieren und sie dabei zerstören. In weiteren Versuchen konnten die Forscher diese Vermutung bestätigen: Sowohl das Abfangen der freien Radikale als auch eine Verminderung der Menge an freiem Eisen schützte die Ratten vor den Gehirnschäden.

Gehirnzellen haben im Vergleich zu anderen Körperzellen einen recht hohen Eisengehalt. Daher seien sie möglicherweise besonders anfällig für Schäden durch die niederfrequenten Magnetfelder, meinen die Forscher. Die Ergebnisse seien jedoch kein Grund zur Panik, schreibt Lai. Sollten sie sich aber in weiteren Untersuchungen bestätigen, müsse versucht werden, die tägliche Belastung durch die magnetischen Felder so gut wie möglich zu vermindern.

Viele Haushalts- und andere Elektrogeräte wie Rasierapparate, Backöfen, Kaffeemaschinen, Uhren und elektrische Haartrockner senden elektromagnetische Felder mit Frequenzen von 50 beziehungsweise 60 Hertz aus.

ddp/bdw – Ilka Lehnen-Beyel

20.02.2004 - Medizin

<http://de.groups.yahoo.com/group/elektrosmog-liste/message/3524> (Auszug)

Nach dem BGH-Urteil

FRANKKURTER RUNDSCHAU 20-02-04

Keine andere Bürgerbewegung gegen Handy-Sender schaffte wie die "Initiative Mobilfunksenderfreie Wohngebiete Bruchköbel" den Gang vor den Bundesgerichtshof. Die Verhandlung endete am vergangenen Freitag mit einer Niederlage für die BI (die FR berichtete). FR-Mitarbeiter Detlef Sundermann fragte Alfred Tittmann, Sprecher der Initiative, ob dieses Urteil das Ende des Widerstands bedeute.

Frankfurter Rundschau: Wie groß ist die Enttäuschung in der BI nach dem Urteil?

Tittmann: Das negative BGH-Urteil ist mehr als deprimierend für uns und für die Menschen, die in der näheren Umgebung von Sendern leben. Natürlich ist das Urteil auch ein Schlag in das Gesicht renommierter Wissenschaftler.

Wieso für die Forscher?

Auch wenn es in Karlsruhe von den Richtern anders dargestellt wurde, wir hatten zur Verhandlung brandaktuelle Gutachten von unabhängigen Wissenschaftlern, etwa die Reflex-Studie dabei, an der zwölf Forschergruppen aus sieben EU-Ländern mitwirkten. Die Gutachten kommen sehr wohl zu der Auffassung, dass Mobilfunkstrahlen Brüche in der DNA und damit Erbgutdefekte verursachen können. Der BGH hat sich jedoch in seiner Entscheidung vermutlich nur auf Untersuchungen aus dem Jahr 2001 gestützt.

Hatten Sie große Hoffnung in das Verfahren gesetzt?

Nein, nicht besonders große Hoffnungen, aber zumindest auf eine qualifizierte Würdigung der vielen ernst zu nehmenden Studien und Gefährdungshinweise.

Steht nun die BI vor der Auflösung?

Davon kann keine Rede sein. Wir kämpfen weiter. Wir erhöhen den Druck auf die Politiker, die offenbar immer noch im Schoß der Mobilfunkbetreiber sitzen. Die Stadt Bruchköbel werden wir zu einer qualifizierten Standortplanung unter Einbeziehung von Änderungen in der Bauleitplanung auffordern. Bei den Kirchen appelliert die BI an die Vernunft und die Moral. Die Anlagen gehören nicht in Kirchtürme, sie müssen entfernt werden. Auf die zunehmende öffentliche Kritik haben Landeskirchen mit Zurückhaltung bei der Vermietung von Glockentürmen reagiert.

Dieser Tage startet UMTS. Ein Kampf gegen Windmühlen?

Wir können und wollen das Rad nicht zurückdrehen. Es sieht in der Tat so aus, dass die Zahl der Sender sich mit UMTS in den nächsten Jahren mehr als verdoppeln wird, doch das darf nicht in Wohngebieten geschehen und dafür werden wir weiter kämpfen.

Nächster Infoabend der Initiative am Donnerstag, 4. März, um 20 Uhr im Bürgerhaus Bruchköbel

Copyright © Frankfurter Rundschau online 2004

Beitrag aus dem Mikrowellen-Forum

Anbei ein Beitrag aus dem Mikrowellen-Forum. Ich denke, das kann und sollte man veröffentlichen.

Omega: siehe unter www.buergerwelle.de/pdf/diskussionsforum_04_02_04.doc

und

Airline-Zugriff auf Computer

Anbei ein Artikel zur Abhörbarkeit von Computern und deren EMV-Störbarkeit durch Funkwellen. Er steht unter http://www.emc.montena.com/files/emc/EM_TERRORISMUS.pdf

Freude am Senken: BMW Group erlässt drastisch reduzierten Strahlungsgrenzwert

Sensationen sickern zuweilen nur langsam an die Öffentlichkeit: Bereits im vergangenen Jahr hat der Automobilhersteller BMW die zulässige Strahlungsbelastung seiner weltweit rd. 105 000 Mitarbeiter durch betriebliche DECT-Telefone auf höchstens 100 μ W/m₂ reduziert.

Dieser Wert liegt um den Faktor 100 000 unter dem derzeitigen gesetzlichen Grenzwert. Wie dem izgmf auf Anfrage mitgeteilt wurde, hat sich die Abteilung Arbeits- und Umweltschutz bei BMW intensiv mit der Sachlage beschäftigt. Sie hat Expertenrat von beiden Seiten eingeholt (z. B. bei Prof. G. Käs und beim DECT-Lieferanten Siemens) und sich dann für die drastische Reduzierung entschieden, die, wie es heißt, für die gesamte BMW Group weltweit gültig sei.

Zur Einhaltung des BMW-Grenzwerts wurde die Sendeleistung der DECT-Basisstationen (Mittelwert 10 mW, Spitzenwert 250 mW) durch den Einbau von Dämpfungsgliedern zunächst soweit verringert, dass auch in unmittelbarer Nähe einer Station der BMW-Grenzwert eingehalten wird.

Insbesondere im Münchener Forschungszentrum (FIZ) konnte dann jedoch die Funkversorgung nicht mehr zuverlässig gewährleistet werden. Grund: In dem Büro- und Laborkomplex lassen sich dämpfende Trennwände problemlos versetzen oder neu einziehen. Etliche DECT-Basisstationen im FIZ müssen daher mit höherer Leistung senden als ursprünglich geplant.

Um den BMW-Grenzwert dennoch einzuhalten, wurden diese in Deckennähe montierten Stationen mit einem Kostenaufwand von rd. 100 000 Euro - getragen von BMW - durch metallbedampfte Glasscheiben abgeschirmt.

Diese "Deflektoren" sind nahe der Stationen montiert, sie lassen die seitliche Abstrahlung ungehindert zu, schützen jedoch den unterhalb einer Station sitzenden Mitarbeiter.

BMW ließ die Deflektoren bei einem Zulieferer anfertigen, der bei Interesse auch andere Firmen damit beliefern könnte. Schlichte Metallplatten haben dieselbe Schutzwirkung, die schmucken Glasplatten wurden nur wegen der Optik gewählt.

Quelle: <http://www.izgmf.de>

Omega: na also, bei BMW weiß man also Bescheid und versucht wenigstens seine wertvollen Mitarbeiter zu schützen! Und was ist mit der Bevölkerung in Deutschland? Wenn BMW Grund zum Handeln sieht und den Versuch unternimmt, seine Mitarbeiter vor Gesundheitsschäden zu schützen, warum nicht die Bundesregierung? Hat die Bevölkerung nicht das Selbe verdient, wie die BMW Mitarbeiter?

<http://de.groups.yahoo.com/group/elektrosmog-liste/message/3514> (Auszug)

Ein Gehirnsan als Lügendetektor

Ein von der CIA finanziertes Start-up-Unternehmen setzt auf einen großen Markt in der Strafverfolgung, der Terrorismusbekämpfung und der Werbung.

<http://www.telepolis.de/tp/deutsch/inhalt/lis/16777/1.html>

Milliarden für die Sicherheitsforschung

Nach dem Vorbild der USA will die EU viel Geld in die Forschung und Entwicklung von Sicherheitstechnologien stecken, allen voran von Informations- und Kommunikationstechnologien.

<http://www.telepolis.de/tp/deutsch/inhalt/te/16772/1.html>

Betr.: Gabriel-Chip

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

seit geraumer Zeit werde ich mit der Aussage konfrontiert, ich würde mich für die Verwendung des "Gabriel-Chips" zur Reduzierung der Belastung durch elektromagnetische Felder einsetzen.

Diese Aussage ist falsch.

Richtig ist, dass ich der Firma GabrielTech GmbH empfohlen habe, die Wirkung dieses Chips über eine notariell überwachte **Doppel-Blind**-Studie nachzuweisen. Ich habe mich einverstanden erklärt, die Bewertung der so durchgeführten Untersuchungen an verschiedenen von der Fa. GabrielTech GmbH ausgewählten Institutionen vor zu nehmen. Diese Studie wird derzeit durchgeführt; das Ergebnis steht noch aus.

Irgendwelche weiteren Verbindungen meinerseits zu der Fa. GabrielTech GmbH bestehen nicht.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Lebrecht von Klitzing

Schizophrenie auf Blei zurückzuführen

US-Forscher findet Zusammenhang zwischen Umweltgift und Geisteskrankheit

Seattle (pte, 16. Feb 2004 10:59) - Forscher der Columbia Universität <http://www.columbia.edu> in New York haben Hinweise dafür gefunden, dass Bleibelastungen zu Schizophrenie führen können, berichten die

Wissenschaftler beim Treffen der American Association for the Advancement of Sciences AAAS <http://www.aaas.org> , das derzeit in Seattle stattfindet. Die Daten beziehen sich auf Untersuchungen von schwangeren Frauen in den 60-er Jahren, berichtet BBC-Online <http://news.bbc.co.uk> .

Ezra Susser von der University of Columbia hat zwischen 1959 und 1966 Aufzeichnungen von mehr als 20.000 Schwangeren in Kalifornien untersucht. Damals waren in den USA ebenso wie in den meisten anderen Staaten der Welt bleihaltige Treibstoffe üblich. **Demnach entwickelten Menschen, deren Mütter höheren Bleibelastungen ausgesetzt waren, doppelt so oft die Geisteskrankheit wie andere Erwachsene. "Es ist das erste Mal, dass irgendein Umweltgift und die Belastung damit mit Schizophrenie in Verbindung gebracht wird",** so Susser, der davon ausgeht, dass in Zukunft auch anderen Umweltgifte auf eventuelle Auslöser von Geisteskrankheiten untersucht werden. Der Experte nimmt an, dass das Blei das Wachstum der Nervenzellen in einer bestimmten Entwicklungsphase, der so genannten Synaptogenese, im Gehirn der Ungeborenen stört.

Susser meint, dass Blei ähnlich auf das Ungeborene wirkt wie etwa der erhöhte Alkoholgenuss von Schwangeren. "Auch dabei wird das Gehirn des Ungeborenen durch Alkohol geschädigt", so der Experte. Die Entstehung von Schizophrenie, einer der gefährlichsten Geisteskrankheiten, die häufig mit Selbstmord endet, ist bisher ein wissenschaftliches Rätsel gewesen. (Ende)

Aussender: presstext.austria, Redakteur: Wolfgang Weitlaner,
email: weitlaner@presstext.at, Tel. +43-1-81140-307

Nachricht von Knut W. Schlanert

Moratorium gegen Grundschleppnetze

1.100 Forscher fordern Schutz der Tiefsee-Korallenriffe

Über 1.100 Meeresforscher aus 69 Staaten haben bei der Konferenz über biologische Vielfalt (CBD) in Kuala Lumpur ein Moratorium gegen die Verwendung von Grundschleppnetzen beim Fischfang angefertigt. Sie fordern sofortige Schutzmaßnahmen für die Ökosysteme der Tiefsee. Die Wissenschaftler fordern die UNO-Mitgliedsstaaten auf, auf Hoher See sofort ein weltweites Verbot der Fischerei mit Grundschleppnetzen zu verhängen.

Die ganze Nachricht im Internet: http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=7791

Große Fragebogenaktion

Die Initiativen Bürgerwelle e.V., IGUMED, und Mobilfunk-Allgäu möchten anhand des Fragebogens Krankheitsfälle auflisten, die möglicherweise in Zusammenhang mit Mobilfunksendeanlagen und DECT - Schnurlostelefonen stehen.

Fragebogen siehe unter: http://www.buergerwelle.de/pdf/fragebogen_krankheitsfaelle.pdf

Beobachter 04/04
Gesellschaft

Hauptsache, nicht ich

Text: Vera Bueller, Urs Zannoni

Mit dem Handy überall telefonieren, doch keinen Elektrosmog; mit dem Flieger zum Shoppen nach New York, aber keinen Fluglärm: Alle wollen sich uneingeschränkt ausleben können – bloß die Folgen will keiner tragen.

Der Geist ist willig, aber bereits beim Fleisch wird er schwach. So wie die drei Tierfreundinnen haben die Menschen in der Schweiz gelernt, bedauernd oder nicht, mit den Widersprüchen des Alltags zu leben. Für 50 Franken nach London zum Shoppen fliegen, doch ja keinen Fluglärm. Höchstens zehn Autominuten bis zum nächsten Spital, aber nur keine Prämienerrhöhungen. Eine Universität mit akademischem Vollprogramm,

jedoch nicht mehr Steuern. Nahtloser Handyempfang, aber bloß keine Antenne im eigenen Wohnquartier. Die Liste lässt sich beinahe beliebig fortsetzen.

«Heiliger Sankt Florian, verschon mein Haus, zünd andre an», sagte der Volksmund im Mittelalter dazu. In die Neuzeit übersetzt, hieße das: «Heiliger Sankt Florian, verbiete den Flugverkehr, außer wenn ich selber verreise.» Für den Politologen Wolf Linder liegt es «in der Natur des Menschen, den Vorteil einer Sache beizubehalten und die Nachteile zu exportieren». Wer heute noch solidarisch sei, «ist der Dumme». Und wer für den Ausgleich zwischen bürgerlichen Rechten und Pflichten einstehe, «gilt als hoffnungslos konservativ oder sogar reaktionär».

Gilt es, Lärmemissionen, Spardruck oder Gestank abzuwenden, überwindet die Schweizer Bevölkerung ihre angebliche Demokatiemüdigkeit mühelos. Ende Januar protestierten in Kloten 10000 Leute gegen Südanflüge. Eine Woche zuvor gingen in Murten 5000 für ihr Bezirksspital auf die Strasse, und in Basel wehrten sich 2000 gegen die Sparpläne der Universität. Ebenso vital nehmen Schweizerinnen und Schweizer ihr Mitbestimmungsrecht bei Bauprojekten wahr: 1341 Einsprachen gegen einen Betrieb zur Verwertung von Schlachtabfällen in Oftringen, 730 gegen eine Handyantenne in Aarwangen, 34 gegen eine Gashochdruckleitung im Kanton Zug, drei Einzeleinsprachen und eine Sammeleinsprache gegen einen Erotikklub in Rechterswil – **Einsprachen zu schreiben entwickelt sich zum Volkssport.**

Eine Handyantenne neben dem Schulhaus sei den Kindern nicht zuzumuten. Oder wer gelernt habe, mit Fluglärm zu leben, empfinde ihn weit weniger störend als jene, die noch nicht davon betroffen seien; folglich soll es so bleiben: Wer kämpft, dem ist jedes Argument recht – und sei es noch so scheinheilig. Dabei ist längst nicht jeder Widerstand von der Sorge ums Gemeinwohl getrieben. Manch einer solidarisiert sich mit den Fluglärmgegnern, um den Wert seines Eigenheims zu retten, und nicht, um die Lebensqualität von allen zu erhalten.

Wenn aber alle ihre Eigeninteressen vor das Gemeinwohl stellen, kommt es zum gesellschaftspolitischen Stillstand. Der Reformstau ist inzwischen so groß, dass sich die Schweiz solche Blockaden im Grunde genommen gar nicht leisten kann. Bestes Beispiel ist das überteuerte Gesundheitswesen: Alle sind unzufrieden mit dem Krankenversicherungsgesetz. Aber alle waren zufrieden, als die Revision, die mehr Nutzen bei tieferen Kosten hätte bringen können, im vergangenen Dezember zum zweiten Mal scheiterte – **Hauptsache, der Grundsatz «Ich nicht, die anderen sollen»** war verteidigt.

Ohne Widerstand geht oft nichts

Natürlich gibt es meistens sehr gute Gründe, Widerstand zu leisten, und zwar keineswegs aus eigennützigen Motiven, sondern um politische Fehlentscheide zu korrigieren: «Die Opposition nimmt in unserer direkten Demokratie eine zentrale Kontrollfunktion wahr», sagt Jean-Jacques Fasnacht, der im Zürcher Weinland die Bürgerbewegung gegen das geplante Endlager für Atommüll anführt (siehe «Jean-Jacques Fasnacht», Seite 20). **«Sie ist unerlässlich, um die Schwachstellen aufzudecken, die jedes Projekt hat. Denn in aller Regel sind die Betroffenen bei der Ausarbeitung nicht dabei.»**

Auch der Politologe Hans Hirter ist überzeugt, dass «Widerstand oft zu besseren, nachhaltigeren Lösungen führt und die technologische Entwicklung antreibt». Wofür Armin Braunwalder, Geschäftsleiter der Schweizerischen Energiestiftung, mehrere Beispiele nennt: die Neat-Zufahrt im Kanton Uri, die jetzt im Berg statt im Tal gebaut wird; **eine Hochspannungsleitung im Kanton Aargau, die von Wohnquartieren entfernt und besser gesichert wurde;** die N4 im Knonauer Amt, die in zusätzlichen Tunnels verläuft. **Für Braunwalder gibt es schlicht «zu viele Projekte, die gesetzeswidrig sind und deshalb Einsprachen geradezu erzwingen».**

Der Soziologe Kurt Imhof wertet Widerstand «in erster Linie als Ausdruck von diffusen Ängsten in der Bevölkerung». Nie mehr seit den dreißiger Jahren sei die Schweiz derart orientierungslos gewesen wie heute: «Der Kampf gegen eine Mobilfunkantenne, ein Asylantenheim oder angebliche IV-Schmarotzer wird zum greifbaren Mittel, das für Orientierung sorgt: Man hat etwas Konkretes, das schlecht und schuld ist.»

Die aufgeklärte Bevölkerung hat sich längst damit abgefunden, dass ihr die eigene Anspruchshaltung Tag für Tag üble Streiche spielt: Man besteht auf naturnah produzierten Lebensmitteln, doch den Bioapfel mit braunem Fleck legt man zurück ins Gestell. Man fordert einen dichten SBB-Fahrplan und lamentiert bei jeder Verspätung. Man verlangt Frauenförderung und sträubt sich gegen Blockzeiten, Kinderkrippen und Mutterschaftsversicherung.

Es gibt immer einen Verlierer

Die Hersteller machen sich diesen «Patchwork–Lebensstil» der Konsumenten längst zunutze: Seit Jahren propagiert die Autoindustrie Sicherheit vor Ökologie. Mit der Konsequenz, dass bullige Allradfahrzeuge die höchsten Zuwachsraten verzeichnen. Nur übersehen die Käufer, dass diese Sicherheit mit überdurchschnittlichem Treibstoffverbrauch erworben wird.

Der Psychoanalytiker Peter Schneider sieht das Widerspiel zwischen vernünftigem Denken und unlogischem Handeln als Abbild der Kindheit: «Man macht etwas und geht davon aus, dass man die Konsequenzen nicht selber tragen muss – die Verantwortung liegt bei den Eltern.» Die erwachsene Form dieses Musters ist eine Art Lotterie. Schneider: «Wer raucht oder rast, weiß ganz genau, dass es unangenehme Folgen haben kann. Doch jeder hofft, dass nicht ausgerechnet er der Auserwählte ist.»

Nur eben, auch beim großen Gesellschaftslooto der Problemverteilung kommt auf jeden Winner ein oder mehrere Verlierer.

http://www.beobachter.ch/artikel.asp?session=&category_id=100&DocumentID=2325&AssetID=7077 (Auszug)

MOBILFUNK: Grüne fordern Kurswechsel

KASSEL. Die Stadtverordnete Helga Weber (Bündnis 90/Grüne) sieht in den Protestkundgebungen gegen die Errichtung eines Sendemastes am Brasselsberg den „Preis für die sträfliche Vernachlässigung der Interessen der Bürger in der Vergangenheit“.

Solange sich die Menschen mit ihren Sorgen und Ängsten nicht ernst genommen fühlen, müsse mit massiver Gegenwehr gegen den Bau von Mobilfunkanlagen gerechnet werden.

Der nach Köln gewechselte Stadtbaurat Bernd Streitberger habe in dieser Frage einen politisch unsensiblen und unklugen Kurs gefahren.

Mit dem Wechsel an der Dezernatsspitze könne die Politik nun auch in dieser Frage einen Wechsel vollziehen.

Einen wertvollen Beitrag für die öffentliche Debatte leiste jetzt die Universität Kassel mit ihrer geplanten Veranstaltungsreihe zu unterschiedlichen Aspekten der elektromagnetischen Strahlung. (ELS)

<http://www3.hna.de/index.php?page=a-kassel&command=setvar:module-content-search:filename='/www/htdocs/hna/content/ausgaben/kassel/291532875/index.php'>

SPD-Abgeordneter Tauss hält Handy-Jagd für Unfug

17.02.2004 14:06

Die von Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) am Sonntag gestartete bundesweite SMS-Fahndung stößt innerhalb der SPD-Fraktion auf heftigen Widerspruch. Der Sprecher für den Bereich "Neue Medien", Jörg Tauss, forderte Schily am Dienstag in Berlin auf, diesen neuesten "Unfug aus Polizeikreisen" sofort zu stoppen und sich nicht "jedem Quatsch aus dem Bundeskriminalamt" anzuschließen. "Mit der SMS-Fahndung wird in Deutschland allenfalls eine neue Blockwartmentalität erzeugt", kritisierte Tauss.

Die Polizei will freiwillig registrierte Helfer per Handy-Kurzmitteilung (SMS) über aktuelle Fahndungen informieren, damit diese ihr gegebenenfalls Hinweise geben können. Angesprochen fühlen sollen sich vorrangig Bürger, die sich berufsbedingt im öffentlichen Raum bewegen – etwa Bus- oder Taxifahrer. Laut BKA könnte eine SMS-Fahndung etwa so aussehen: "Bankraub, Polizei sucht zwei rund 30-jährige Männer, Jeans, schwarze Jacken, flüchtig mit braunem 5er-BMW, Dortmunder Kennzeichen. Hinweise 110."

Zurzeit sind allerdings lediglich die Dienststellen Bochum, Kiel, Rendsburg, Lübeck und Pinneberg einsatzbereit für die Handy-Jagd, schreibt der Spiegel heute in seiner Online-Ausgabe.

Schon vorher hatten Spitzenbeamte der Landeskriminalämter und Mitarbeiter in den Innenministerien der Länder Kritik an der SMS-Fahndung geübt. Bezweifelt wird vor allem der Nutzen dieser Methode. In der Testphase hatte die Handy-Fahndung nur in einem Fall Erfolg gebracht. Zudem würde die wichtigste Zielgruppe - die Taxifahrer - schon jetzt per Funk über Fahndungsaufrufe informiert. Viele Landeskriminalämter fühlen sich bei der Entscheidung Schilys übergangen und fordern erst weitere Testläufe. Außerdem sehen sie weiteren Diskussionsbedarf. Beispielsweise sei bislang noch unklar, bei welcher Art von Verbrechen die Handy-Fahndung angewandt werden soll. Auch könnten durch die Handy-Jagd Risiken entstehen, wenn registrierte Helfer die Verfolgung gesuchter Personen oder Fahrzeuge in die eigene Hand nehmen.

Björn Brodersen mit Material von dpa

Nachricht von NN, Omega: der Informant ist uns bekannt, möchte aber aus persönlichen Gründen ungenannt bleiben.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=575860>

Kommentar von Siegfried Zwerenz:

Es ist schon erstaunlich wie dreist die Mobilfunkbetreiber immer wieder ihre Lügen verbreiten.

Von Wagner behauptet, es gäbe weltweit mehr als 7000 anerkannte wissenschaftliche Untersuchungen, von denen keine einzige irgendwelche Hinweise auf Schäden durch den Mobilfunk erbracht hätte.

Diese Aussage ist eine glatte Lüge. Denn zu Mobilfunk gibt es nur wenige hundert Studien und die meisten weisen auf die Schädlichkeit hin. Möge von Wagner doch nur 500 Studien zu Mobilfunk vorlegen, die keine Schädigung gefunden haben.

Es ist an der Zeit, dass Verfälschern des wissenschaftlichen Erkenntnisstandes wie Herrn von Wagner, das Handwerk gelegt wird.

Leserbrief

18-02-04

Voraussichtliches Erscheinen in FAZ, FR und HA

Nach der im Ergebnis nicht überraschenden, gleichwohl nicht minder zu bedauernden Entscheidung des BGH erscheint angesichts der schon erfolgten und der beabsichtigten weiteren ungehemmten Ausweitung von Standorten für Mobilfunkbasisstationen bis in allgemeine und gar reine Wohngebiete in der Tat ein Einwirken auf politische Verantwortliche dringender denn je geboten.

Zumindest bei denjenigen Politikern, die sich als Volksvertreter und nicht als bloße Konzernvertreter verstehen, sollte mit gewissem Verständnis für das Anliegen eines halbwegs gesundheitsverträglichen Umgangs mit dieser Technik zu erwarten sein.

Die nach meiner Einschätzung schon heute dank unabhängiger Forschung bestehenden fundierten Zweifel an der Ungefährlichkeit bei Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte werden noch zunehmen - vorausgesetzt es findet weiterhin unabhängige Forschung statt. Auch wenn der 13. Februar für die Betreiberseite und deren Vertragspartner, die sich denotwendigerweise regelmäßig der Argumentation über die Ungefährlichkeit annähern bzw. auf diese herabgeben, sicher ein Tag der Freude war, sollten sich die Mobilfunkkritiker nicht entmutigen lassen - es gilt, weiter zu kämpfen für eine gesundheitsverträgliche Umwelt und gegen ein System, dessen Motto in etwa so lautet: "Um eine gesunde Wirtschaft zu haben, müssen wir viele kranke Menschen in Kauf nehmen". Meine Gedanken jedenfalls sind bei den - offiziell nicht existentem - Opfern der Mobilfunktechnik.

Wolfgang Lüdecke

Österreich: Rote Karte für militärische Lauscher

Verfassungsgerichtshof hebt umstrittenes Militärbefugnisgesetz teilweise auf.

<http://www.telepolis.de/tp/deutsch/inhalt/te/16788/1.html>

Datenschutz beim Einkauf: Demonstration gegen den Schnüffelchip beim Metro Future Store in Rheinberg

Die Metro-Gruppe (Kaufhof Galeria, Saturn, Media Markt, real, Praktiker, extra und andere) testet seit knapp einem Jahr im Extra-Future-Store in Rheinberg bei Duisburg sogenannte "RFID-Tags", das sind kleine "Schnüffel-Chips" unter einigen Preisetiketten (Philadelphia Frischkäse, Pantene Shampoo und Gillette Rasierklingen) und in den Payback-Kundenkarten. Die neue Technik eröffnet der Überwachung und dem Ausspionieren von Kunden und Verbrauchern völlig neue Möglichkeiten. Dagegen wird am 28.02 ab 13 Uhr in Rheinberg vom Bahnhof bis zum Future-Store demonstriert. Dazu rufen Verbraucherschutzorganisationen, Attac, die Grüne Jugend, der Chaos Computerclub und andere Organisationen auf.

Die ganze Nachricht im Internet:

http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=7811

Genfood: EU verteidigt Gentechnik-Moratorium gegen Druck von WTO und USA

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland haben die heutige Entscheidung der EU begrüßt, das Moratorium für gentechnisch veränderte Pflanzen aufrechtzuerhalten. "Dass die EU trotz des Druck der USA und der Welthandelsorganisation WTO am Gentechnik-Moratorium festhält, ist politisch das richtige Signal", sagte Cornelia Reetz von Attac. Österreich, Luxemburg, Griechenland, Italien und Dänemark haben den Vorstoß der EU-Kommission gestoppt, den gentechnisch veränderten Mais NK 603 des US-Konzerns Monsanto für die Verarbeitung in Futtermitteln zuzulassen. Deutschland enthielt sich der Stimme, so dass die nötige Mehrheit nicht zu Stande kam.

Die ganze Nachricht im Internet:

http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=7810

Mobbing von Wissenschaftlern

Ha 20-02-04 USA

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine heutige dpa Meldung, ging übrigens in dieser Woche hier auch schon über einen hessischen Radiosender, ist in der Tat sehr bemerkenswert.

Ein Schelm, der dabei eine Parallele zur Mobilfunkszenarie hier in Deutschland zieht!?

Aber jetzt halt ich doch einmal kurz inne:

- **Wurden bei uns nicht auch namhafte Wissenschaftler gemobbt?**
- **Wurden einige Experten, die unbequeme nicht in die Landschaft passende Erkenntnisse verbreiteten nicht auch aus dem Verkehr gezogen?**
- **Und wurden nicht einige sanft ausgetrocknet, in dem sie keine Forschungsaufträge mehr bekamen?**

Stop! Jetzt kommt aber das Wichtigste: wie viele haben wir eigentlich noch, die den Mut und die Courage haben sich trotzdem gegen das Establishment aufzulehnen ?

Wie lange werden diese noch den langen Atem haben können ?

Übrigens ich kenne einige, die zurzeit ebenfalls unter Druck stehen!

Wird unser Staat zur Bananenrepublik? Warum wurden eigentlich im bekannten BGH Urteil nicht die neuesten Studien der letzten 1-2 Jahre herangezogen, obwohl diese den Richtern in Karlsruhe doch auf dem Tisch lagen???

Fazit: Armes Deutschland!

M.f.G.

Alfred Tittmann

c/o **HESSISCHER LANDESVERBAND MOBILFUNKSENDERFREIE WOHNGBIETE e.V.**

Hanauer Anzeiger 20-02-04

US-Regierung soll Fakten verfälschen

New York/ Washington (dpa)

Rund 60 Wissenschaftler, unter ihnen mehr als zehn Nobelpreisträger, werfen der Regierung von US-Präsident George Bush vor, systematisch wissenschaftliche Fakten zu verfälschen.

Die Regierung zensiere und unterdrücke die Expertise ihrer eigenen Wissenschaftler, beklagen die Unterzeichner des offenen Protestbriefes; wie die „New York Times“ gestern berichtete. Die Wissenschaftler beschuldigen die Regierung zudem, Beratungsgremien gezielt mit wissenschaftlich mäßig geeigneten oder vollkommen unqualifizierten politischen Freunden zu besetzen.

Mobilfunkgegner starten Blut-Testreihe

Buchloer Zeitung 21.02.2004

Wegen UMTS in Buchloe - Angebot für Bürger

Buchloe (bz/mel). - Die Mobilfunk-Initiative Buchloe will in die Offensive gehen. Am 12. März können sich Bürger nun auch in der Gennachstadt gegen Gebühr an einer Reihenblutuntersuchung beteiligen, die in der Naturheilpraxis von Annemarie Völk durchgeführt wird. Anlass für die Aktion ist die Einführung des UMTS-Standards in Buchloe. "Damit ist eine zusätzliche Strahlenbelastung verbunden", betont Völk, selbst Mitglied der Mobilfunk-Initiative.

In Deutschland wird die freiwillige Reihenblutuntersuchung laut Völk von der "Interdisziplinären Gesellschaft für Umweltmedizin" gesteuert. Die Ergebnisse sollen in eine Studie für die Strahlenschutzkommission beziehungsweise das Bundesamt für Strahlenschutz einfließen. Die Buchloer Mobilfunkinitiative will sich nun daran beteiligen, da T-Mobile wie berichtet Anfang 2004 auf dem so genannten Fernmeldeturm An der Halde die erste von insgesamt drei geplanten Stationen für UMTS (Universales Mobiles Kommunikationssystem) in Betrieb nehmen will. Ob sich in dieser Hinsicht bereits etwas getan hat, konnte T-Mobile-Sprecher Markus Jodl gestern nicht sagen, da sich die zuständigen Mitarbeiter bereits im (Faschings-)Wochenende befanden.

"Trotz der ungeklärten gesundheitlichen Risiken, der sich mehrenden Bedenken der Wissenschaft und neuerdings auch der Versicherungsbranche hält die Regierung am Ausbau des Mobilfunk-Netzes fest", erklärt Völk. Durch die Blutuntersuchungen soll die Entwicklung des Gesundheitszustandes bei einer zunehmenden Belastung durch gepulste elektromagnetische Wellen dokumentiert werden. Das Augenmerk richte sich vor allem auf die Vorstufen der roten Blutkörperchen. Aus medizinischer Sicht erwartet man sich Völk zufolge eine Konkretisierung der bereits vorliegenden Daten. So soll es möglich werden, vernünftige Grenzwerte und geeignete Standorte festzulegen sowie "letztlich eine gesundheitlich tragbare Technologie" zu entwickeln. Bei Beeinträchtigung oder Schädigung einzelner Personen könnten in Zukunft - je nach Ergebnis der Untersuchung und der Rechtslage - eventuell Schadensersatzansprüche gegen Netzbetreiber oder Standortvermieter geltend gemacht werden, ergänzt Völk.

Die Buchloer Mobilfunk-Initiative sucht nun Freiwillige aller Altersgruppen, die sich mit einer Blutentnahme und dem Ausfüllen eines Fragebogens dieser Untersuchung anschließen. Die Entnahme verlaufe unter Wahrung der ärztlichen Schweigepflicht und werde bei den Auswertungen anonym behandelt, versichert sie. Durch den ehrenamtlichen Einsatz des Ärztepaares Beate und Wolfgang Schlichting sowie der Heilpraktikerin Annemarie Völk sei es gelungen, die Kosten der Untersuchung auf zehn Euro zu beschränken.

Die Initiative weist ausdrücklich darauf hin, dass es ihr nicht um die generelle Abschaffung des Handys gehe, sondern um die Infragestellung der bisher verwendeten Technik. Deshalb seien gerade auch Handynutzer und Personen, die nahe an einer Sendeanlage wohnen, zu der Aktion eingeladen. Die Blutentnahme findet am Freitag, 12. März, zwischen 13 und 15 Uhr in der Buchloer Naturheilpraxis Völk, Sonnenstraße 4, statt. Um Wartezeiten zu verkürzen, bittet die Initiative um eine telefonische Anmeldung bis 8. März unter der Nummer 08241/4631. Der Fragebogen sollte möglichst vorher abgeholt und ausgefüllt werden. Fragen zur Untersuchung beantwortet Annemarie Völk unter der oben genannten Telefonnummer. Weitere Infos bieten Mobilfunk-Initiativen im Internet an: www.mobilfunk-allgaeu.de

<http://www.all-in.de/redsys/c.php/allin/lokales/bu.php?l=de&dom=dom1&id=281141>

Unbekannte kappten Kabel am Funkmast

Vodafone erstattet Anzeige

Wittenberge Unbekannte haben im Schutz der Dienstagnacht sämtliche elf Zuleitungen zu den Antennen auf dem neuen Sendemast an der B 189/Abzweig Lindenberg gekappt.

Der neue Mast für den Mobilfunk, der voraussichtlich Ende Februar, sonst aber spätestens Anfang März in Betrieb gehen soll, hatte in den letzten Wochen für viel Aufregung gesorgt, weil Bürger fürchten, dass sie durch die elektromagnetischen Wellen gesundheitlichen Schaden nehmen. Eine Bürgerinitiative hat sich gegründet. Deren Sprecher Jörg Vollerthum erklärte gegenüber dem "Prignitzer" mit Nachdruck: "Wir haben mit der Beschädigung nichts zu tun. Wir lehnen Gewalt ab." Vollerthum distanzierte sich von derartigem Vorgehen: "Wir setzen auf Konsens, Gewalt erzeugt immer Gegengewalt. Das ist keinesfalls unsere Sache."

Die Vodafone GmbH hat Anzeige gegen Unbekannt erstattet. Es sehe nach einem professionellen Anschlag aus, hieß es bei Vodafone. Die Inbetriebnahme soll sich aber nicht verzögern, erklärte das Unternehmen. *B. Hk.*

<http://www.svz.de/prignitzer/newsPRI/PRIVermischtes/21.02.04/unbekann/unbekann.html>

und

21.02.04

ANSCHLAG AUF SENDEMAST

Bürgerinitiative distanziert sich

MICHAEL BEESKOW

WITTENBERGE Der Sendemast von Vodafone im Wittenberger Ortsteil Lindenberg ist von Unbekannten beschädigt worden. Offenbar in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch wurden zwölf Kabel durchtrennt. Die zum Teil recht starken Drähte sind wahrscheinlich einer Eisensäge zum Opfer gefallen. Der Schaden wird auf etwa 10 000 Euro geschätzt.

Gestern wurde die Verwüstung von Mitarbeitern der Firma Telekommunikationsbau Klein aus Dretzel bei Genthin behoben. Das Unternehmen hatte auch den fast 60 Meter hohen Sendemast errichtet.

Jörg Vollerthum, Sprecher der Bürgerinitiative gegen den Sendemast, distanzierte sich ganz entschieden von dieser Aktion. "Damit wurde der Bürgerinitiative ein Bärendienst erwiesen", erklärte er. Die Tat habe wohl ein Trittbrettfahrer begangen. Die Initiative sei gegen den Mast, doch allein mit friedlichen Mitteln könne etwas erreicht werden. Er sagte: "Wir sind gegen Gewalt und für Gespräche." Nur auf diesem Weg sei eine Lösung möglich.

Derzeit würden mit Stadt und Vodafone Gespräche geführt. Vom Rathaus verlangt die Bürgerinitiative Akteneinsicht. Wie Jörg Vollerthum erklärte, könnte dies in der nächsten Woche geschehen. Ein Stadtverordneter ihres Vertrauens sollte die Einsicht vornehmen. Als Erfolg der Bürgerinitiative bezeichnete er, dass sich Vodafone zu Messungen am Mast bereit erklärt habe. Diese sollen am nächsten Mittwoch um 10.30 Uhr durchgeführt werden.

Um weitere Beschädigungen des Sendemastes zu verhindern, werden besondere Sicherheitsvorkehrungen getroffen. So werden Lampen und ein Bewegungsmelder sowie Videokameras installiert.

http://www.maerkischeallgemeine.de/?loc=2_6_1&id=158005&weiter=250

RFID-Chips in Metro-Payback-Kundenkarten versteckt

Datenschutz-Organisationen fordern Beendigung der unkontrollierten Einführung der "Schnüffel-Chips":

<http://telepolis.de/tp/deutsch/inhalt/te/16803/1.html>

Niederfrequente elektromagnetische Felder schädigen Gehirnzellen

21.02.2004

US-Wissenschaftler haben bei Ratten, die Feldern ausgesetzt wurden, die auch viele Haushaltsgeräte erzeugen, signifikante DNA-Schäden festgestellt.

Weiter unter: <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/lis/16806/1.html>

Gestern starb Manuela H. aus Pocking

Sehr geehrter Herr Rudolph,

gestern starb Manuela H. aus Pocking!

Unsere (mittelbare) Nachbarin Manuela H. litt seit ca. 2 Jahren an einer sehr seltenen Krebsform und hat unter anderem auch auf unserer Unterschriftenliste gegen den Mobilfunksender der Fa. T-Mobile in der Indlingerstrasse unterschrieben. Der ganze Kampf ihrer Familie und von ihr selbst hat nichts genützt. Dass die Strahlung der Mobilfunksendeanlage nicht dazu beigetragen hat ist logisch, denn es ist nichts bewiesen, und außerdem liegt die Belastung unter dem Grenzwert !

Dass die Strahlung eventuell zum Ausbruch der Krankheit oder zum Fortbestand der selbigen beigetragen haben könnte ist klar, auch wenn es viele nicht wahrhaben wollen.

Die Mobilfunkbetreiber bekommen diese Todesfälle ja auch nicht mit, und dürfen unsere Gesundheit ruinieren und werden auch noch von der Politik in Schutz genommen.

Manuela nützt dies nichts mehr, sie lebt in einer besseren Welt ohne Grenzwerte. Aber was ist mit ihren Eltern, Geschwistern und Hinterbliebenen?

Wer hilft ihnen, diesen Verlust zu verstehen? Der Tod dieses unschuldigen Mädchens bestärkt mich noch mehr, gegen die Mobilfunklobbyisten anzukämpfen, auch wenn wir immer mehr ausgelacht werden, weil doch alles so gesund und harmlos ist.

Manuela wäre heuer im September 21 Jahre alt geworden !!!!!!!

Mit freundlicher Hochachtung

Rudolf M. Streif, Römerstraße 4, 94060 Pocking, emvwarrior@luckyparties.de 25.02.04

Erkenntnisse der Strahlenschutz-Kommission bereits aus dem Jahr 1991

Wer nach diesen offiziellen Fakten immer noch der Meinung ist: „Mobilfunk kann nicht schaden“, dem ist nicht mehr zu helfen !

Bisher ist es den Mobilfunk-Betreibern nicht gelungen, die folgenden bereits vor 1991 bestehenden wissenschaftlichen Erkenntnisse und Bedenken im Hinblick auf die Mobilfunk-Mikrowellenstrahlung auszuräumen !

Ihre Untersuchungen durch Prof. Semm sowie durch das ECOLOG- INSTITUT haben diese Bedenken nicht nur bestätigt sondern sogar neue schwerwiegende mögliche Gesundheitsschäden zusätzlich erkennen lassen !

Mobilfunk-Befürworter, die diese folgenden offiziellen wissenschaftlichen Erkenntnisse der SSK-BONN anzweifeln oder verharmlosen wollen, kann man als Diskussions-Partner nicht für voll nehmen !

SSK - T E I L - I N F O R M A T I O N E N

Aus dem Bundesanzeiger Nr. 43 v. 3.März 1992 107. Sitzung der Strahlenschutz- Kommission- BONN- 12.12.1991:

Sollten von Mobilfunk-Geräten oder von Feststationen gesundheitliche Risiken ausgehen, wären weite Bevölkerungskreise betroffen !

Nicht nur die betriebsbereiten Handys können in Körperrnähe belasten sondern auch die Funk-Feststationen können zu einer zusätzlichen Ganzkörperbelastung führen ! Die Beurteilung der Gesundheits-Risiken setzen eine Kenntnis organspezifischer Eigenschaften voraus.

Es können sehr komplexe Feldverteilungen innerhalb und außerhalb des Körpers und seiner Organe entstehen !

Es lassen sich jedoch nicht alle Wirkungen der Hochfrequenzstrahlung mit einer Energieumwandlung in Wärme erklären. So können unter Sonderbedingungen, wie über amplitudenmodulierte HF-Felder, auch direkte Wirkungen auf Makromoleküle, Zellmembranen oder Zellorganellen induziert werden !

Nachweisbare Effekte traten bei einer Temperaturerhöhung des ganzen Körpers oder einzelner Gewebe ab etwa 1 Grad auf. Bei einer weiteren Temperaturerhöhung kommt es jedoch infolge der hohen Thermosensibilität und der geringen Wärmeabfuhr der Embryonen zu einer sprungartigen Zunahme der Missbildungen und der Keimletalität.

Tierexperimentelle Daten über chronische Expositionen mit niedrigen Intensitäten liegen kaum vor ! Eine chronische Exposition von Mäusen mit 2- 8 W/kg führte zu erhöhter Progression spontaner Tumoren !

Tierexperimentelle Daten (einschließlich der von Primaten) weisen auf Wirkungen hin, die möglicherweise auch beim Menschen bei einer vergleichbaren Hochfrequenzabsorption auftreten !

Es handelt sich meistens um Veränderungen der Permeabilität von Zellmembranen. Beispielsweise wurde festgestellt, dass bei einer HF-Strahlung mit einer Frequenz von 147 MHz, die mit Frequenzen zwischen 6-20 Hertz moduliert war, der Kalziumstrom aus Zellkulturen bei bestimmten Frequenzen signifikant (um 10 bis 20 %) erhöht war !

Insgesamt wurde eine komplexe Abhängigkeit dieser Effekte von Intensität und Frequenz beobachtet, wobei spezielle Frequenzbereiche besonders wirksam sind ! Die Membraneffekte wurden vielfach bestätigt, so dass ihre Existenz heute als gesichert gilt.

Hervorzuheben ist, dass die SAR-Werte hierbei teilweise kleiner als 0,01 W/kg sind und damit erheblich unterhalb thermisch relevanter Intensitäten liegen !

Bereits bei körperlicher Aktivität exponierter Personen hängt deren Temperaturerhöhung von ihrer Thermoregulation ab. Bei Personen mit Fieber, Diabetikern, älteren Personen sowie nach Einnahme bestimmter Medikamente kann der Bereich der Thermoregulation eingeschränkt sein !

Bei gepulster oder modulierter Hochfrequenzstrahlung können periodische thermische Ausdehnungen der „HOT SPOTS“ im akustischen Frequenzbereich auftreten und zu hörbaren Wahrnehmungen führen !

Auch beim Betrieb von Funk-Feststationen und anderen HF-Sendern ist die Begrenzung der Ganzkörper- SAR-WERTE wichtig. Sie sind jedoch der direkten Messung nur schwer zugänglich !

Spezielle Effekte:

Sie können nach den bisher beobachteten Wirkungen der Hochfrequenzstrahlung vor allem dann auftreten, wenn die Strahlung gepulst oder niederfrequent Amplituden-moduliert ist ! Hierbei ist der „HÖR-EFFEKT“ durch gepulste oder niederfrequent modulierte Strahlung gut untersucht !

Anm.: (BRUMMTON - GEPLAGTE sowie TINNITUS - GEPLAGTE !)

Omega: siehe Original unter „Schutz vor elektromagnetischer Strahlung beim Mobilfunk“, 107. Sitzung der Strahlenschutzkommission am 12. Dezember 1991:

<http://www.ssk.de/empfehl/1991/ssk9109e.pdf>

Kommentar:

Dies ist nur ein Teil des bereits 1992 vorhandenen Wissens über die Auswirkungen unter der gepulsten Mobilfunkstrahlung.

Bei der rasanten Zunahme von BRUMMTON- UND TINNITUS- OPFERN ist es unverständlich, warum Ohrenärzte darüber nicht informiert werden, dass der Auslöser einer solchen Erkrankung u. a. auch der Mobilfunk sein kann !

Bereits vor einigen Jahren habe ich über das MIKROWELLENHÖREN berichtet. Die GSF – Forschungsgesellschaft der Bundesregierung und des Landes Bayern mit über 1000 Mitarbeitern hatte einen Bericht von Prof. Jürgen Bernhardt, dem damaligen Leiter des Bundesamtes für Strahlenschutz veröffentlicht, mit der wissenschaftlichen Erkenntnis, dass gepulste Mikrowellen durch eine Erwärmung von nur 1 /10 000 Grad im Gehirn eine Druckwelle über die Gehörschnecke auslösen können, den Menschen also ein Geräusch ins Gehirn implantiert wird, das von außen akustisch nicht vorhanden ist ! *Omega: siehe zu Prof. Jürgen Bernhardt auch:*

<http://www.buergerwelle.de/d/doc/pranger/bernhardt.htm>

In diesem Bezug sind auch noch die inzwischen weltweit vorhandenen Brummtton-Opfer zu sehen. Eine weiter steigende Anzahl von Personen hört dauerhaft, oder manche nur bei Nacht, einen akustisch nicht vorhandenen tiefen Ton, ähnlich dem auf- und abschwellenden Geräusch eines laufenden LKW. Eine ansteigende Anzahl von Menschen sind mit TINNITUS behaftet, sie hören verschiedene Geräusche u.a. auch unangenehme Pfeiftöne, die sie zur Verzweiflung treiben.

Internet-Adresse für BRUMMTON-OPFER:

www.brummt.de

Internet-Adresse für TINNITUS-GESCHÄDIGTE:

www.eurotinnitus.com

Nachzutragen wäre noch, dass wissenschaftliche Untersuchungen eines Bundesamtes die Leute auf den höchsten Berg und in die tiefsten Stollen geführt haben, mit dem Ergebnis, die Menschen hörten den Brummtton weiter !

Dazu möchte ich sagen, der Brummtton durch den Mobilfunk verschwindet bei manchen Menschen bei erniedrigter Mobilfunkstrahlung frühestens erst nach ca. 3 Tagen, personenbezogen natürlich unterschiedlich. Er kommt nach einigen Tagen bei erhöhter Mobilfunk- Belastung erneut wieder zurück.

Dies hätte man bei der wissenschaftlich durchgeführten Untersuchung berücksichtigen müssen. Schnell auf den Berg und schnell unter Tage reicht nicht. Die Verweildauer ist das Geheimnis für die Erklärung ! Es dauert ein paar Tage, bis sich der Körper dieser Funkbelastung entledigt hat. Die Schädigung braucht erneut wieder einen gewissen Vorlauf und hat ebenso einen bestimmten Nachlauf !

Eine Schädigung setzt sich bei allen Strahlen immer aus mehreren Faktoren zusammen. Wird ein Faktor ausgelassen oder falsch berücksichtigt, ist das Ergebnis natürlich falsch, zumindest aber unvollständig, wenn der Faktor weggelassen wird.

Bei allen Strahlenarten ist immer die Dauer der Bestrahlung mit ein Faktor der zur Schädigung erheblich beiträgt. Berücksichtigt man das nicht, kann man keine Ergebnisse über dauerhafte Bestrahlungen erhalten.

Bei vielen Untersuchungen hat man das Gefühl, durch bewusstes Weglassen von Faktoren (in erster Linie den Faktor Zeit !) will man zu keiner verwertbaren erkennbaren Erkenntnis kommen. Untersuchungen werden abgebrochen, bevor sich Ergebnisse zeigen können !

Nun frage ich mich, mit welcher Menschenverachtung muss jemand behaftet sein oder aber mit welcher Profitgier ausgestattet sein, der bei solchen wissenschaftlichen Erkenntnissen bereits im Vorfeld den Mut hat, unter diesen Umständen eine Technik wie den Mobilfunk einzuführen?

Vielleicht wiederhole ich mich, wenn ich sage, ich bin ein Technik-Freak und ich träume von einem Handy, das auch ich, ohne mir und anderen Personen zu schaden, nutzen kann! Mobilfunk ja, aber mit einer anderen Technik! Die gegenwärtige Technik schädigt viele Menschen in der Gegenwart fast unbemerkt, aber bereits erkennbar. Sie kann Menschen nach Jahren der Dauerbelastung schwer krank machen!

Interessant war oben folgende Aussage der SSK, wonach Diabetiker, Kranke, ältere Personen sowie Menschen, die bestimmte Medikamente einnehmen besonders bei der Thermoregulation des Körpers betroffen sind !

Vergessen hat man dabei unsere Kinder und Enkelkinder, die aufgrund von Größe-Gewicht und Empfindlichkeit noch viel stärker von der Strahlung belastet werden !

Hinzu kommen noch die geschätzten 6-8 % von Elektrosensiblen. Sicher gehe ich nicht fehl in der Annahme, dass dadurch bereits inzwischen zig-Prozent der Bevölkerung betroffen sind, Menschen, die ihren verschlechterten Gesundheitszustand teilweise nie mit Mobilfunkwellen in Verbindung bringen würden, weil ihnen die Informationen über die Wirkung der Strahlung fehlt.

Hochinteressant war die Feststellung, dass erheblich unterhalb der SAR-Grenzwerte, nämlich bei bereits nur 0,01 W/kg Schädigungen ersichtlich waren !

Das Fass füllt sich langsam mit immer mehr geschädigten Menschen, wenn es überläuft, wird man erst erkennen können, wie viele Krankheiten uns diese Technik beschert hat!

dieter keim <> Ilbenstadt

23.02.2004

Vier Mobilfunkbetreiber wollen in den Fliegerhorst

Für die Bundeswehr kommen „sensible Bereiche“ aber nicht als Standort für Sendemasten in Frage

Erding - Mobilfunk-Kritiker im Landkreis dürfen sich darüber freuen, in der Bundeswehr einen Partner gefunden zu haben, der Argumente vertritt, wie sie derzeit in Erding, Dorfen und Finsing den Mobilfunk-Betreibern und -Befürwortern entgegen geschleudert werden. Auf militärischem Gelände kommen einige Gebiete nicht als Standort für einen Sendemasten in Frage, wie einem Schreiben des Bundesverteidigungsministeriums zu entnehmen ist. „Sensible Bereiche“ wie Bundeswehr-Krankenhäuser, Sanitätsstützpunkte, Unterkuftsgebäude und Kindergärten würden „von der Nutzung als Antennenstandorte für Mobilfunkanlagen ausgenommen“, schreibt Ministeriumssprecher Joachim Schmidt auf Anfrage der Erdinger SZ.

Wie berichtet, ist auch der Fliegerhorst Erding ins Visier der Akquisiteure geraten, die in Erding nach Standorten für Sendemasten suchen. Nicht nur das Mobilfunk-Unternehmen T-Mobile hat seine Fühler in diese Richtung ausgestreckt. Wie das Verteidigungsministerium mitteilt, liegen außerdem bereits Anfragen von den Unternehmen E-Plus, Vodafone und der zur Deutschen Telekom-Gruppe gehörende Deutsche Funkturm Gesellschaft (DFMG) vor. Im November 2003 habe eine Begehung stattgefunden, teilt Joachim Schmidt von der Pressestelle des Verteidigungsministeriums mit.

200 Mobilfunk-Sendeanlagen stehen bundesweit auf Militär-Gelände. Sie werden laut der Mitteilung hauptsächlich auf Antennenträgern gestattet, auf denen auch bereits Funk-Sende-Anlagen der Bundeswehr installiert seien. Am Erdinger Fliegerhorst steht jedoch derzeit noch kein Sendemast. Wer auf einer Liegenschaft der Bundeswehr einen Sendemasten platzieren möchte, darf sich ohnehin auf eine gewisse Wartezeit gefasst machen. Schmidt zufolge dauert es bis zu sechs Monate, bis ein solches Genehmigungsverfahren abgeschlossen ist.

Allerdings müssen dem Pressesprecher zufolge einige Details beachtet werden bei der Genehmigung der Sendeanlagen. Geprüft werden muss unter anderem die elektromagnetische Verträglichkeit und Frequenzabstimmungen, damit Funkstörungen verhindert werden könnten. Bauhöhenbegrenzungen in den Bauschutzbereichen für Flugplätze sorgen laut Schmidt außerdem dafür, dass Antennen nicht in Einflugschneisen stehen. *ts*

<http://www.sueddeutsche.de/sz/landkreise/erd/222TB019/>

Omega: wieder eine öffentliche Einrichtung, die sich mobilfunkkritisch im Interesse der Gesundheit ihrer Angestellten und Soldaten und deren Familien verhält. Diese Vorgehensweise häuft sich nun in öffentlichen Einrichtungen, wie zuletzt auch bei den 17 000 Gebäuden der Deutschen Post, wo auf Betreiben der Angestellten keine UMTS-Antennen errichtet werden dürfen.

Nochmals die dringende Frage an die Politik: warum geschieht Gleiches nicht bei der Gesamtbevölkerung? Warum werden hier Unterschiede gemacht? Ist es nicht ein deutliches Warnsignal, wenn zwei große Institutionen in Deutschland sich im Sinne der Vorsorge vernünftiger verhalten als die deutsche Bundesregierung? Wann handelt die Bundesregierung endlich? Jeder Tag des (Ver-)Zögerns bringt weitere Opfer und Leid unter den Menschen in Deutschland (wie z.B. Manuela H. aus Pocking, wie oben beschrieben), die dieser lebensfeindlichen Strahlung rund um die Uhr ausgesetzt sind und ihr teilweise schon erliegen oder bereits erlegen sind.

München Stadt

Antenne auf und Feuer unterm Dach

Streit um juristische Folgen von Mobilfunk-Masten - T-Mobile greift Thanheiser an

Darf ein Mieter die Miete kürzen, wenn der Vermieter einen Mobilfunkmast auf das Hausdach montieren lässt? Um diese Frage ist ein Streit zwischen SPD-Stadtrat Sven Thanheiser und dem Mobilfunk-Anbieter T-Mobile entbrannt. Thanheiser habe mit seiner Aussage in unserer Zeitung, ein Handy-Mast auf dem Dach sei ein Grund für eine Mietminderung um 20 Prozent, einen Eindruck erweckt, "der mit der Rechtsprechung nicht übereinstimmt", schimpft T-Mobile-Pressesprecher Markus Jodl.

Thanheiser stütze seine Aussage auf ein einziges Urteil des Münchner Amtsgerichts aus dem Jahr 1998, so Jodl. Dieses Urteil sei jedoch "eine Einzelentscheidung geblieben". Andere Urteile, auch von übergeordneten Gerichten, hätten Minderungsansprüche der Mieter in solchen Fällen stets verneint.

Wer Thanheisers Empfehlung folge, warnt Jodl, laufe Gefahr, "eine unberechtigte Mietminderung vorzunehmen, die für sie nachteilige rechtliche Konsequenzen haben könnte". Denn auch am Münchner Amtsgericht könne ein anderer Richter bei gleichem Sachverhalt zu einem anderen Urteil kommen als in dem von Thanheiser angeführten Fall. Seine Vorwürfe an den SPD-Stadtrat formuliert der T-Mobile-Sprecher als Frage: "Hat Rechtsanwalt Thanheiser von der Materie keine Ahnung? Oder schlimmer: Betreibt der Stadtrat Akquise für sich und Kollegen?"

"Handymasten auf dem Dach beschäftigen die Mieter sehr", weiß Monika Schmid vom Münchner Mieterverein. Es gebe viele Anfragen zu diesem Thema. Zur Klage raten will Schmid den Mietern aber nicht: "Man bräuchte ein teures Gutachten, dann gibt es ein Gegengutachten, und wenn man den Prozess verliert, gehen die Kosten in die Tausende", gibt sie zu bedenken.

Thanheiser steht dennoch weiter zu seiner Aussage. "Das Münchner Urteil ist rechtskräftig", betont er und glaubt einen allmählichen Wandel in der Rechtsprechung zu beobachten: Die Bereitschaft, Mobilfunkanlagen nicht ausschließlich daran messen, ob sie die gesetzlichen Grenzwerte einhalten, sei gewachsen. So habe das Oberlandesgericht Hamm einer Eigentümergemeinschaft untersagt, gegen den Willen eines einzelnen Miteigentümers eine Antenne auf dem Dach zu montieren".

Auch das Münchner Miet-Urteil müsse kein Einzelfall bleiben, glaubt Thanheiser. Wenn, wie im verhandelten Fall, der Mieter einer Dachgeschosswohnung wegen einer unmittelbar über seiner Wohnung montierten Antenne die Miete mindere, könne er durchaus Erfolg haben. "Man müsste so etwas nur einmal bis in höhere Instanzen durchfechten". Ermuntern will Thanheiser dazu jedoch niemanden. *sc*

Mm

Datum: 23.02.2004

<http://www.merkur-online.de/regionen/muenchenstadt/51,245707.html?fCMS=d2d6e1fe91f8aa53667862488fb84ae2>

Rheingau-Taunus-Kreis baut Mobilfunkkataster auf

22. Februar 2004

Die Verwaltung wird ein Standortkataster für bestehende und erst geplante Mobilfunksender in Rheingau und Untertaunus aufbauen. Die Daten dazu werden die Mobilfunkbetreiber liefern. In Kooperation mit den 17 Kommunen soll ferner ein Rahmenplan für den Auf- und Ausbau einer Infrastruktur für UMTS-Mobilfunk erstellt werden.

Nach dem Willen des Kreistags soll ein möglicher technischer Ermessensspielraum ausgeschöpft werden, um eine "in hohem Maße gesundheits-, umwelt-, städtebau- und landschaftsverträgliche Netzplanung" zu erreichen. Zu berücksichtigen seien dabei vorhandene Mobilfunkstationen (GSM-Netz). Vor allem in Nähe von Kindergärten, Schulen oder Krankenhäusern solle es keine neuen Standorte geben. Der Kreis setzt sich damit zumindest teilweise über die Bedenken des Hessischen Datenschutzbeauftragten hinweg, nach dessen Ansicht es Kreisen und Kommunen an der Zuständigkeit für die Erstellung solcher Kataster fehlt. In Hessen seien dafür allein die Regierungspräsidien zuständig, hat das Büro des Datenschutzbeauftragten festgestellt.

Während der Kreis auf diese Bedenken nicht eingeht, will er zumindest eine andere Vorgabe beherzigen: Für datenschutzrechtlich unzulässig hält der Beauftragte nämlich die Erstellung von Katastern, aus denen die Standorte mit Straßennamen und Hausnummern präzise herausgelesen werden können, sofern davon private Hauseigentümer betroffen sind. Deren "schutzwürdige Interessen" könnten berührt sein, **zumal "nach den bisherigen Erfahrungen mit Mobilfunkgegnern" durchaus zu befürchten sei, dass bei Bekanntwerden des Antennenbetriebes Druck auf die Grundstückseigentümer ausgeübt werde.**

Dass derartige Befürchtungen des Datenschutzbeauftragten einen realen Hintergrund haben, zeigte sich zuletzt in Kiedrich, wo eine offen einsehbare Antenne auf einem privaten Grundstück zu Auseinandersetzungen geführt hatte. Der Mobilfunkbetreiber sprach sogar von Sabotage an der von ihm betriebenen Anlage. Der Kreis wird nach Darstellung des zuständigen Ersten Kreisbeigeordneten Burkhard Albers (SPD) darauf mit einer "Anonymisierung" der Daten reagieren. In dem Kataster werde der genaue Standort der Antennen nicht erkennbar sein. **Albers räumt ein, dass das Kataster deshalb eigentlich wenig Sinn habe und nur dazu dienen könne, örtliche Schwerpunkte der Mobilfunkanlagen und "Zusammenballungen" solcher Sender zu erkennen.** Insgesamt aber sei die "Verwertbarkeit der Daten fraglich", äußert der Dezernent Zweifel am Beschluss des Kreistages. Wegen der Planungshoheit der Kommunen auf ihren Gemarkungen habe der Kreis bei der Planung des Netzes ohnehin keinen Einfluss, er werde lediglich bei der Bauleitplanung gehört. Albers hofft dennoch, das Kataster mit Unterstützung der Mobilfunkbetreiber und der Kommunen noch in diesem Jahr vorlegen zu können. Dass darauf Sendeanlagen von UMTS-Betreibern sichtbar sein werden, erwarte er ohnehin nicht. In den Gesprächen mit dem Mobilfunkunternehmen sei ihm bedeutet worden, dass der ländlich strukturierte Kreis vorerst beim Netzaufbau keine Rolle spiele und man sich zunächst auf die Metropolen beschränke.

Dass das Thema die Bürger noch keineswegs so bewegt, wie manche Kreistagsfraktion und Bürgerinitiative erwartet, zeigte sich im vergangenen Jahr bei einer zentralen Informationsveranstaltung in der Bad Schwalbacher Stadthalle, die der Kreis angeboten hatte. Unter den nur 50 Teilnehmern waren vor allem Vertreter der Netzbetreiber und etliche Kreis- sowie Kommunalpolitiker. **Überraschend sei das Desinteresse der Bürger nicht, hieß es damals von seiten der Fachleute: Die Aufregung und das Informationsbedürfnis stellten sich immer erst ein, wenn ein Bürger sich in seinem persönlichen Umfeld betroffen fühle.** *obo*

<http://www.faz.net/s/Rub8D05117E1AC946F5BB438374CCC294CC/Doc~E5E86E9D187744A8BBD247252578EDBF6~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Wimax-Technik bedroht DSL-Geschäft

23. Februar 2004

Langfristig auch Konkurrenz zu UMTS

Von Holger Schmidt

Die dritte Mobilfunkgeneration UMTS ist soeben erst aus den Startblöcken gekommen, da taucht mit Wimax bereits eine neue Funktechnik auf, die UMTS eines Tages in den Schatten stellen kann. Wimax ist eine Weiterentwicklung der lokalen Funknetze (W-Lan), ermöglicht aber wesentlich höhere Datenübertragungsgeschwindigkeiten und weit größere Reichweiten als ein W-Lan. **"Die neuen Stadtnetze werden zunächst eine Konkurrenz für DSL-Anschlüsse an das Internet sein, langfristig aber auch für UMTS", erwartet Herbert Weber, technischer Direktor beim weltgrößten Chiphersteller Intel in Europa.** Erklärtes Ziel der Wimax-Initiative sei nicht nur die schnelle Datenübertragung per Funk, sondern auch die Internet-Telefonie, sagt er.

50 mal schneller als DSL

Noch wird Wimax, das in der Fachwelt unter der Abkürzung IEEE 802.16 bekannt ist, vorwiegend in Expertenzirkeln diskutiert. Doch die Zahl der Anhänger wächst rasant. "Mehr als 200 Technologieunternehmen haben sich im Wimax-Forum zusammengeschlossen, um die nötigen technischen Standards zu entwickeln", sagt Weber. Zu den Förderern der jungen Technik gehören neben Intel auch führende Netzwerkausrüster wie Nokia und Siemens Mobile sowie große Telekommunikationsunternehmen wie AT&T und British Telecom.

Das große Interesse hat seinen Grund in den technischen Fähigkeiten: Ein Wimax-Sender hat - bisher allerdings nur in der Theorie - eine Reichweite bis zu 50 Kilometern und kann 70 Millionen Zeichen (Megabit) je Sekunde übertragen. Wimax könnte Daten daher 50 Mal schneller als die Festnetztechnik DSL und sogar 200 Mal schneller als die Mobilfunktechnik UMTS übertragen. Zudem wäre Wimax mit vergleichsweise geringen Infrastrukturkosten verbunden. "Die Betreiber der Telekommunikationsnetze in Deutschland möchten nicht noch einmal kalt erwischt werden wie von den W-Lans. Die Unternehmen prüfen daher genau, ob Wimax eine Chance oder eine Bedrohung darstellt", hat Klaus-Dieter Kohrt von Siemens Mobile beobachtet.

Wimax statt „letzte Meile“ der Telekom

Wimax kann im ersten Schritt als ein Ersatz für die "letzte Meile" in die Haushalte dienen. Die Festnetztechnik DSL nutzt dieses Endstück des Telefonkabels für die Datenübertragung. Diese letzte Meile ist für die Festnetzgesellschaften von strategischer Bedeutung, da nur sie einen direkten Kundenkontakt ermöglicht. Mehr als 90 Prozent dieser Kundenkontakte und damit der DSL-Anschlüsse liegen noch in der Hand der Deutschen Telekom. Wimax könnte der Schlüssel für die Telekom-Wettbewerber sein, diese letzte Meile elegant zu umgehen. Die Internet-Daten könnten per Funk vom Haus zur Sendeanlage übertragen und dort direkt in ein Hochgeschwindigkeitsnetz (Backbone) eingespeist werden. Innerhalb des Hauses könnte weiterhin ein W-Lan für Kabelfreiheit sorgen. Eine solche Internet-Verbindung wäre sogar deutlich schneller als die heutige DSL-Technik. "Selbst wenn sich viele Nutzer einen Sendemast teilen, sind Bandbreiten zwischen 2 und 5 Megabit je Sekunde kein Problem", erwartet Weber. Zum Vergleich: Mit DSL werden Übertragungsraten zwischen 0,768 und 1,536 Megabit je Sekunde erreicht.

Doch Wimax müsste nicht zwingend ein Konkurrenzprodukt für die Telekom sein: "Festnetzanbieter könnten Wimax auch einsetzen, um ihre Flächenabdeckung zu vervollständigen", sagt Weber. Der Einsatz der Stadtnetze sei auch in großflächigen Ländern wie Rußland, China, Indien und der Türkei interessant, wo ein eng geknüpftes Kabelnetz viel zu teuer sei. "Diensteanbieter und Telekommunikationsausrüster machen sich für die Wimax-Technologie stark, da sie enorme Kostenvorteile bei der Überbrückung der letzten Meile bietet und es so ermöglicht, auch abgelegene Orte, bei denen eine Kabelverbindung zu teuer wäre, ans Internet anzubinden", erklärt Sean Maloney von Intel. "Wir sind überzeugt davon, dass Wimax-zertifizierte Systeme große Teile der Welt vernetzen und das drahtlose Zeitalter einläuten werden."

Standard in jedem Notebook

In einem zweiten Schritt wird Wimax auch mobil und damit zur Konkurrenz für die Datenübertragung mit UMTS. "Intel möchte Wimax zur Standardausstattung in jedem Notebook machen, so wie heute überall W-Lan eingebaut ist", meint Kohrt. Zur Zeit treibt das Wimax-Forum die Entwicklung dieser sogenannten nomadischen Anwendungen voran. Noch benötigten Wimax-Anwendungen aber zuviel Strom, um in ein Notebook eingebaut werden zu können, sagt

Weber. Zur Zeit wird die neue Technik noch getestet. "Schon im kommenden Jahr werden die ersten Produkte für den stationären Einsatz verfügbar sein", erwartet Kohrt. Der Aufbau der Stadtnetze sei allerdings nicht ganz so leicht wie der Bau der lizenzfreien W-Lans. "Die Betreiber der Netze benötigen Lizenzen für das passende Funkspektrum", sagt Kohrt. Handy-Netzbetreiber haben einen Startvorteil für die neue Technik, da sie ihre bereits vorhandenen Antennenstandorte und ihre Erfahrung in der Netzplanung nutzen können. Denkbar sind daher Kooperationen zwischen Handy-Netzbetreibern und den Anbietern von Hochgeschwindigkeitsnetzen, die in Zukunft gemeinsam schnelle Internet-Zugänge anbieten könnten. In Deutschland betreiben neben der Deutschen Telekom Unternehmen wie Telefónica, Arcor, Freenet und Colt Telecom solche Netze.

Text: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.02.2004, Nr. 45 / Seite 17

<http://www.faz.net/s/RubE2C6E0BCC2F04DD787CDC274993E94C1/Doc~EC1618F4C068D4F8DA510661F758CFE97~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Omega: das sind ja düstere Aussichten für die Mobilfunkopfer! Immer näher kommt die Bedrohung und immer stärker wird die Gesamtstrahlenbelastung für die Bevölkerung. Wo soll das nur noch hinführen? Letztlich in den Strahlengau! Vorher wird die Industrie keine Ruhe geben und die Politik wird sie nicht daran hindern.

Nachrichten von der BI Bad Dürkheim

Über den Verfall der Kunst des politischen Lügens

Die Bush-Regierung soll systematisch (natur)wissenschaftliche Erkenntnisse manipuliert haben, wenn es ihrer Politik dienlich war.

<http://www.telepolis.de/tp/deutsch/inhalt/co/16817/1.html>

Berlin ist Pleite

Auch dort sieht man, dass die Entscheider den Bodenkontakt verloren haben. Nicht nur, das sie uns mit Regelungen und "Reformen" beglücken, auch der Elektrosmog und die Diskussion darum zeigt, wo die Interessen liegen.

Es müssen immer größere Kapitalmassen in immer weniger Hände fließen. Ehemalig gemeinnütziges muss nun dem privaten Profit weichen, ob Wasserversorgung, Bahn, Maut oder eines der weiteren aktuellen Themen.

Profite werden privatisiert, Kosten sozialisiert.

Und unsere Einschränkungen werden als Folgen des mangelnden Wachstums verkauft, an dem wir als Konsumverweigerer ja auch noch selbst schuld sein sollen!

Wachstum, mit geforderten Steigerungsraten das in kürzester Zeit ein mathematisches Ende finden muss!

Ja, ich protestiere noch immer, und verweigere den Konsum des modernen, meist fernöstlichen Schrotts, der nur der Umsatz willens auf den Markt drängt, extreme ökologische Probleme verursacht (ja die Standortbedingungen bei uns müssen halt im globalen Wettbewerb mithalten) und einfach nichts taugt!

Ich suche gute, gesunde Lebensmittel, naturbelassen, und finde sie nirgends. Ich suche gute Schokolade ohne Soja- Lezithin, ich suche Milch, die nach Milch schmeckt und nicht nach Folienpack oder Homogenisierung!

So müssen wir hier Niedriglohnjobs aufbauen, egal wie sie heißen, müssen die Bedingungen der Unternehmen verbessern, auf Umwelt- und Menschen-, in erster Linie Kinderschutz verzichten.

Wo gibt es einen Lebensraum, frei von Mikrowellen, mit Kindergarten und Schule die nicht nur von urlaubssüchtigen Beamten geleitet wird?

Und so müssen unsere Politiker Gesetze machen, die keiner will und wenige brauchen und noch weniger Menschen nützen.

Da müssen wir Systeme zulassen, die wir demokratisch entschieden nicht wollen, aber international gefordert werden.

Es wäre ein einfaches, Krankenkosten verursachergerecht und sozial ausgeglichen umzulegen, es wäre einfach, Millionen in Arbeit zu bringen, doch wem ist die Arbeit noch was wert?

Da werden Umsätze um 50% gesteigert, Gewinnsteigerungen wachsen und Siemens entlässt Tausende aus diesem Bereich, denn Profit- Maximierung ist angesagt!

Wer hat genug davon?

Wer will ehrlich diskutieren und sich austauschen?

Es ist an der Zeit, wie auch folgende Berichte zeigen!

Bernd Schreiner (bs)

BÜRGERINNEN UND BÜRGER VON BERLIN

Kliniken, Kitas und Schwimmbäder werden geschlossen, Schulbücher nicht mehr bezahlt, Universitäts- und Kulturetats zusammengestrichen, Arbeitsplätze abgebaut.

37.000 BerlinerInnen haben sich am Volksbegehren beteiligt.

Finanzsenator Thilo Sarrazin sagt: „Berlin ist pleite“ Einer der Gründe:

DER BANKENSKANDAL

WAS KOSTET UNS DAS ?

Omega: siehe weiter unter: <http://www.berliner-bankenskandal.de/>

Frankreich verbietet Régent TS

Von BASF-Tochter vertriebenes Insektengift als „Bienenkiller“ in Verruf

PARIS (afp). Das als mutmaßlicher „Bienenkiller“ in Verruf geratene Insektengift Régent TS der deutschen Konzerne BASF und Bayer wird in Frankreich bis auf weiteres aus dem Verkehr gezogen.

Der Handelsstopp gelte ab heute bis zu einer Entscheidung der EU-Lebensmittelbehörden, sagte der Pariser Agrarminister Hervé Gaymard gestern Abend nach einem Treffen mit seiner deutschen Kollegin Renate Künast (Grüne). **Nach Angaben Künasts geht auch die Bundesregierung dem Verdacht auf mutmaßliche Schädigungen von Bienen durch Insektengifte nach.** Die entsprechenden Unterlagen seien an Forschungseinrichtungen des Bundes gegeben worden, sagte sie in Paris.

Régent TS - in Deutschland bekannt unter dem Namen des Wirkstoffs Fipronil - wurde in Frankreich zuletzt von BASF Agro vermarktet. **Gegen das Unternehmen sowie den vorherigen Hersteller Bayer Crop Science France ermittelt ein Untersuchungsrichter wegen Handels mit „giftigen landwirtschaftlichen Produkten mit Schädigungen für die Gesundheit von Mensch oder Tier“.** Das Verfahren richtet sich seit gestern auch gegen die Chefs beider Firmen, die sämtliche Vorwürfe bestreiten. Nach Angaben Gaymards dürfen Bauern bereits gekaufte Vorräte von Régent TS zunächst noch aufbrauchen.

Die konservative Pariser Umweltministerin Roselyne Bachelot sprach sich für ein völliges Verbot von Gaucho und Régent TS aus, weil diese „die Bienen bedrohen“. Noch gebe es zwar juristische Probleme, weil die

Giftigkeit für Bienen noch bewiesen werden müsse. Als Umweltministerin sei sie aber dafür, die Produkte völlig vom Markt zu nehmen.

Künast sagte, wenn es Gefahren für die Gesundheit oder die Gesellschaft gebe, müssten entsprechende Entscheidungen getroffen werden. Französische Imkerverbände machen seit Jahren geltend, dass Régent TS und das Insektengift Gaucho von Bayer nicht nur Schädlinge bekämpfen, sondern auch den nützlichen Bienen schaden können: Demnach können die Honig sammelnden Fluginsekten durch die Gifte ihr Orientierungsvermögen verlieren und je nach aufgenommener Menge sogar sterben. Nach Angaben von Firmensprechern ist Régent TS in Deutschland nicht zugelassen. Der Einsatz von Gaucho auf Sonnenblumenfeldern in Frankreich wurde bereits vorübergehend untersagt.

*Quelle: Verlag: Rheinpfalz Verlag GmbH & Co. KG, Publikation: Bad Dürkheimer Zeitung
Ausgabe: Nr.46, Datum: Dienstag, den 24. Februar 2004, Seite: Nr.4*

Kommentar Klaus Obermann:

Bienen haben ein höheres Schutzbedürfnis, wie der Mensch bei der Belastung durch Mobilfunkstrahlung.

Gräfelfing

Vortragsreihe RISIKO MOBILFUNK (Bürgerwelle e. V.)

Die nachfolgende Nachricht stammt von der Bürgerwelle Österreich, die inhaltlich für den Text verantwortlich zeichnet.

Bürgerwelle Österreich - Einladung zur Vortragsreihe RISIKO MOBILFUNK - Handy - Mobilfunksender - WLAN - DECT-Schnurlostelefone

Referent: Siegfried Zwerenz, Vorstand der Bürgerwelle e.V. Deutschland

TERMINE:

Salzburg 3. März 2004, 19.30 Uhr, Brunauer-Zentrum, Elisabethstrasse 45, mit Dr. med. Gerd Oberfeld

Graz 4. März 2004, 19.30 Uhr, Karl-Franzens-Universität Graz, Hörsaal H 1201, (ehem. Heizhaus) Universitätsstraße 2-4

Wien 5. März 2004, 19.30 Uhr, Beethovensaal, Akademisches Gymnasium, Beethovenplatz 1, 1010 Wien

Zum Thema

Viele Menschen sind verunsichert wegen der Errichtung immer neuer Mobilfunksender und sind um ihre Gesundheit besorgt. Fast jeder benützt ein Handy und bei der Handynutzung durch Kinder liegt Österreich international im Spitzenfeld. Neue UMTS-Netze bedeuten wieder mehr Sendeantennen.

Gesundheitlich äußerst bedenkliche DECT-Schnurlostelefone werden sogar in Krankenhäusern eingesetzt! WLAN – kabellose Computer Funknetze drängen auf den Markt und werden auch in Laptop – Schulklassen installiert.

Die rechtlichen Möglichkeiten besorgter Eltern, MitarbeiterInnen, Anrainer und Landwirte sind aufgrund der bestehenden Gesetzeslage völlig unzureichend. Kritische Wissenschaftler und Ärzte aus aller Welt warnen bereits seit langem vor der gesundheitlichen Dauerbelastung mit gepulster Hochfrequenzstrahlung.

Kinder und Jugendliche, ältere Menschen, Kranke und natürlich Elektrosensible (statistisch etwa ein ähnlich hoher Bevölkerungsanteil wie Zuckerkrankte) sind am stärksten von den Auswirkungen betroffen.

Das im EU-Recht vorgesehene Prinzip des vorsorglichen Gesundheitsschutzes wird nicht berücksichtigt. Der Konsumentenschutz, auch der verfassungsgemäße Schutz der körperlichen und geistigen Unversehrtheit versagen, da der kurzfristige wirtschaftliche Aspekt dieses Milliardenengeschäfts jegliche gesundheitliche Gefährdungspotentiale fahrlässig in den Bereich der Einbildung drängen möchte.

Welche gesundheitlichen Auswirkungen dieser Technologie sind bereits bekannt? – Welche wissenschaftlichen Ergebnisse liegen vor? – Schützen die Grenzwerte die Gesundheit von Mensch und Tier? – Welche Probleme werden von Landwirten in der Tierhaltung bereits beobachtet? - Wer ist zuständig bei Haftungsfragen, da keine Versicherung bereit ist, Schäden aus dem Mobilfunk zu decken? – Immobilien-Wertverluste bis zu 50%, - Arbeitnehmerrechte, – vorsorglicher Gesundheitsschutz und Information der Kinder und Jugendlichen...

Referenten:

Siegfried Zwerenz ist Vorsitzender der 1997 in Deutschland gegründeten und in Österreich, Schweiz, Italien und Luxemburg tätigen BÜRGERWELLE e.V. Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektrosmog. Er ist Heilpraktiker und Baubiologe und war als unabhängiger Sachverständiger aufgrund seiner Kenntnisse im Bereich Medizin, Physik und besonders der Betreibertechnik bereits vom Deutschen Bundestag, Verbraucherschutz-Ministerium Bayern, Landtag Mecklenburg-Vorpommern und der Steiermärkischen Landesregierung u.a. eingeladen.

Dr. med. univ. Gerd Oberfeld ist Umweltmediziner des Landes Salzburg, Referent für Umweltmedizin der Ärztekammer Salzburg und der Österreichischen Ärztekammer. Er war Veranstalter der internationalen Konferenz zur Situierung von Mobilfunksendern im Juni 2000 in Salzburg.

Der/Die Referent/en informiert über Übertragungstechnologie beim Mobilfunk, gepulste Strahlung, Handys, DECT-Schnurlostelefone, Mobilfunkantennen, Basisstationen, BLUETOOTH und WLAN (kabellose Funknetze), gesundheitliche Auswirkungen, Symptome und Studien dazu.

Viele offene Fragen sollen sachlich kritisch angesprochen und zur Diskussion gestellt werden.

Wir möchten Sie und alle Interessierten herzlich zu diesem Vortrags-abend einladen !

Die Veranstalter:

Bürgerwelle - Österreich,

DI Ingrid Grubauer , 8010 Graz, Alberstrasse 13, Tel-Fax 0316-422496,

E-Mail: i.grubauer@gmx.net

Überparteiliche Salzburger Plattform Sozialstaat Österreich – Netzwerk Zivilcourage

Michael Meyer, Stadl 4, A-5165 Berndorf, Tel/Fax 06217 / 85 76,

E-Mail: michael_meyer@aon.at

Regina Taxacher, Lessingstr. 4, 5020 Salzburg, Tel/Fax 0662 / 88 53 37

In Salzburg mit:

Veranstalter: Überparteiliche Salzburger Plattform Sozialstaat Österreich - Netzwerk Zivilcourage - Bürgerwelle

Österreich, in Kooperation mit: Afro-Asiatisches-Institut Salzburg,

AUGE - Alternative und Grüne GewerkschafterInnen, ATTAC Salzburg,

Bürgerinitiative gegen Mobilfunk Ainring – Mitterfelden,

Österreichische HochschülerInnenschaft Salzburg,

Salzburger Bürgerinitiative zum Schutz vor Elektrosmog,

SFM - Schulforum Mobilfunk der Rudolf Steiner Schule Salzburg,

Selbsthilfegruppe Elektrosmog Salzburg,

Umweltreferat der Erzdiözese Salzburg,

Vereinigte Bürgerinitiativen gegen Mobilfunk Südostbayern

ÖTL Österreichische Tinnitusliga

mit Unterstützung der Arbeiterkammer Salzburg

In Graz in Kooperation mit:

AK Steiermark

Die Grünen

KPÖ Club

Fr. Stadtrat Monogiudis

AIS Jugendservice

Kinderbüro

ÖH Karl-Franzens Universität Graz

BI 380 KV

Arge LUFT + LÄRM
ÖTL Österreichische Tinnitusliga
Arbeitskreis Nachhaltigkeit der Diözese Graz-Seckau

In Wien in Kooperation mit:
Grüne Bildungswerkstatt
Umweltreferat der Erzdiözese Wien

<http://ecolog.twoday.net/stories/151197/>

Mobilfunkdichte in der Nähe der Wohnungen der Politiker / Wahlen in HH

Mobilfunkdichte in der Nähe der Wohnungen der Spitzenpolitiker in Hamburg 2004

<http://iddd.de/umtsno/cdu&spd.htm>

MfG
K.P.

RISIKO MOBILFUNK

Der nachfolgende Text wurde als Ankündigung der Vortragsreihe "Risiko Mobilfunk" für das online-Portal von dieMUCHA dieMUCHA geschrieben und um zusätzliche Informationen ergänzt. ch.

Risiko Mobilfunk - Eine Vortragsreihe der "Bürgerwelle" soll über die Risiken der Mobilfunktechnologie aufklären.

In den letzten Jahren hat die Werbung den Mobilfunk zunehmend zum Lifestyle-Thema erklärt. Handys sind schick – und wer kein Handy hat, gehört einfach nicht dazu. Für Jugendliche – und verstärkt auch Kinder – ist es zum Usus geworden, nicht mehr ohne Mobilfunkgerät aus dem Haus zu gehen. Über die möglichen Gesundheitsrisiken wird jedoch kaum gesprochen – es passt nicht in die werbefinanzierte Entertainment-Welt, dass immer mehr Ärzte und Forscher gar nicht so sehr von der Unbedenklichkeit der mobilen Mikrowellentechnologie überzeugt sind. Die Palette der möglichen Mobilfunkfolgen ist groß und reicht von simplen Schlafstörungen bis potenziell lethalen Krebserkrankungen, wie der "Freiburger Appell", zu dem sich mehr als 300 deutsche Ärzte zusammengeschlossen haben, behauptet. Werner Görtz, der Leiter des Umweltamtes Düsseldorf, bringt es auf den Punkt: "Wir befinden uns in einem Großversuch mit uns allen."

Aufklärungstour durch Österreich

Weil die Mobilfunkbetreiber keine ernstgemeinte Aufklärungsarbeit betreiben, wird dieser Job von Bürgerinitiativen und Vereinen erledigt. Ein solcher Verein ist die deutsche Bürgerwelle e. V., die auch in Österreich mit einer Zweigstelle in Graz präsent ist. Kommende Woche startet Vorstand Siegfried Zwerenz eine Vortragsreihe in drei Landeshauptstädten, in der er Aufklärungsarbeit über die Gesundheitsrisiken gepulster Hochfrequenzstrahlung (die Handys, Mobilfunksender, W-Lan und DECT-Schnurlostelefone abgeben) betreiben will (Termine siehe am Ende dieses Beitrags). Beim Mobilfunk würde das "im EU-Recht vorgesehene Prinzip des vorsorglichen Gesundheitsschutzes nicht berücksichtigt", wettet Zwerenz. "Der Konsumentenschutz, auch der verfassungsmäßige Schutz der körperlichen und geistigen Unversehrtheit versagen, da der kurzfristige wirtschaftliche Aspekt dieses Milliardenbusiness jegliche gesundheitliche Gefährdungspotenziale fahrlässig in den Bereich der Einbildung drängen möchte." Wer sich also selbst ein Bild von den möglichen gesundheitlichen Auswirkungen der zunehmenden Mikrowellenverstrahlung unseres Lebensraumes machen will, hat kommende Woche in Graz, Wien und Salzburg die Gelegenheit dazu (den Originaltext der Vortragsankündigung finden Sie hier: <http://ecolog.twoday.net/stories/151197/>).

Medienwirksame Falschmeldungen

Eine öffentliche Diskussion des Themas findet praktisch nicht statt – wobei sich die Fronten zwischen Mobilfunkgegnern und den Betreibern zunehmend verhärten. Kaum legen Gegner eine neue Studie vor, die der von Mobilfunkgeräten ausgehenden Mikrowellenstrahlung ein Gesundheitsrisiko attestieren (dass

Mikrowellenstrahlung per se krebserregend ist, wurde am Menschenrecht-Gerichtshof in Strassburg bereits festgehalten), kontern die Betreiber entweder mit dem Vorwurf, die betreffende Studie sei wissenschaftlich nicht reproduzierbar oder gleich mit einer Gegenstudie (wobei es Betroffenen meist ziemlich egal ist, ob ihre Symptome im Feldversuch reproduzierbar sind oder nicht). Jüngstes Beispiel ist die so genannte "Interphone"-Studie, die von der Weltgesundheitsorganisation WHO im Oktober 2000 initiiert wurde und deren Ergebnisse seit Ende Jänner 2004 publiziert werden. So titelt etwa Thomas Barmüller, Geschäftsführer der Lobbying-Vereinigung Forum Mobilkommunikation, in einer Pressenachricht vom 29. 1. 2004: "WHO-Studie widerlegt behaupteten Zusammenhang zwischen Handynutzung und Tumoren." Der von dänischen Forschern veröffentlichte Teil der Gesamtstudie ist nur als Kurzzusammenfassung öffentlich zugänglich – die Langversion kostet 35 Dollar und enttarnt die Aussage als Falschmeldung. Zwar besteht laut der Studie kein Zusammenhang zwischen der Verwendung von Handys und einem Krebsrisiko – treten allerdings Hörnervtumoren aus einem anderen Grund auf, so sind diese bei Mobiltelefonierern signifikant größer als bei anderen Menschen. "Bei Handytelefonierern waren die Tumoren durchschnittlich 1,66cm³ groß, bei den anderen nur 1,39cm³", schreibt das deutsche Informationszentrum gegen Mobilfunk (<http://www.izgmf.de>): "Eine Interpretation dieses Sachverhalts könnte lauten: Handys verursachen keine Hörnervtumoren, kommt es aus anderen Gründen zu einem solchen Tumor, fördern Handys jedoch dessen Wachstum." Hörnervtumoren (Akustikusneurinome) sind zwar gutartig, üben mit zunehmender Größe aber Druck auf das Gehirn aus und können dadurch lebensbedrohlich werden. Detail am Rande: die per Pressemeldung verschickte Frohbotschaft wurde von den heimischen Medien nahezu als Faksimile wiedergegeben – so titelte beispielsweise die Tageszeitung Der Standard ebenso falsch wie unrecherchiert: "Keine Bedenken beim Handy. Erste Ergebnisse einer WHO-Studie stellen keinen Zusammenhang zwischen Handy und Tumoren des Gehörnervs fest" (<http://derstandard.at/?id=1552928>).

Bürger ohne Rechte

Was den Mobilfunk anbelangt, haben die Konsumenten (respektive Anrainer) praktisch keine Rechte. Soll beispielsweise auf einem Nachbargrundstück ein Sendemast errichtet werden, gibt es keinerlei Einspruchsrechte – etwaige gesundheitliche Beschwerden werden sowohl von den Mastbetreibern wie auch vom Gesetzgeber in der Regel ignoriert – obwohl ein nicht unwesentlicher Teil der Bevölkerung von den Effekten betroffen ist: "Wir nehmen an, dass mindestens fünf Prozent der Menschen von vornherein elektrosensibel sind", meint etwa Dr. Peter Germann, Vorsitzender der Interdisziplinären Gesellschaft für Umweltmedizin e. V. (<http://www.igumed.de>). Wehren kann man sich gegen die Vergewaltigung seiner Bürgerrechte durch einen Mobilfunkmast bestenfalls mit einer Bürgerinitiative und medienwirksame Auftritten. Aber auch Bürgermeister oder Landeshauptleute haben bei Protesten nicht viel zu vermelden, denn der "gesamte Themenbereich Mobilfunk gehört kompetenzrechtlich betrachtet zu dem Bereich Fernmeldewesen", erklärt Josef Cser vom Magistrat der Stadt Wien (Büro der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung). Weil aufgrund der verfassungsmäßigen Kompetenzverteilung der Bund für die Gesetzgebung zuständig ist, dürfen der "Landesgesetzgeber bzw. die Landesverwaltung im Bereich des Mobilfunks keinerlei Regelungen treffen." Nachsatz: "Solange der Bund keine detaillierteren Regelungen trifft, wird man leider mit den zur Zeit relativ undifferenzierten Bestimmungen aus dem Telekommunikationsgesetz weiter arbeiten müssen."

Vortragstermine "Risiko Mobilfunk"

Salzburg 3. März 2004, 19.30 Uhr, Brunauer-Zentrum, Elisabethstrasse 45, mit Dr. med. Gerd Oberfeld

Graz 4. März 2004, 19.30 Uhr, Karl-Franzens-Universität Graz, Hörsaal H 1201, (ehem. Heizhaus), Universitätsstraße 2-4

Wien 5. März 2004, 19.30 Uhr, Beethovensaal, Akademisches Gymnasium, Beethovenplatz 1, 1010 Wien

Link: <http://www.buergerwelle.at/>

Quelle: <http://ecolog.twoday.net/stories/151853/>

Das Strahlengitter wird dichter

UMTS lässt Zahl der Mobilfunk-Sendemasten sprunghaft steigen / 40 Anlagen im Altkreis senden bereits

Von Thomas Mielke

Strahlung ist überall. Bäume strahlen, der Erdboden strahlt, Metall strahlt und sogar wir Menschen sondern Strahlung ab. Das ist eins der natürlichsten Dinge der Welt.

Andere Strahlungsarten dagegen sind nicht natürlich, sondern menschengemacht. Dazu gehören die niederfrequenten Energie-Felder um Telefon- oder Stromleitungen. Oder die seit Jahren umstrittene hochfrequente Strahlung zwischen Mobilfunk-Antennen und Handys.

Fast 40 dieser so genannten Basisstationen stehen im Altkreis auf Dächern, Kirchen oder der grünen Wiese. In naher Zukunft werden es deutlich mehr sein, denn ihre Zahl explodiert zurzeit. Pro Monat wird in Ostsachsen laut Rüdiger Ketzler, Experte vom Staatlichen Umweltfachamt (Stufa) in Bautzen, der Bau von 20 bis 30 neuen Stationen angezeigt. UMTS lässt grüßen. Außerdem werden die Netze jetzt, nachdem sie in den 90er Jahren aufgebaut wurden, flächendeckend verstärkt, so dass auch im kleinsten Dörfchen mit voller Balkenzahl im Display telefoniert und gesimst werden kann. Die Folge: Das unsichtbare Strahlengitter um uns herum wird noch ein Stück dichter.

Die Betreiber-Genehmigung für einen Sendemast erteilt der Bund mit seiner Regulierungsbehörde für Telekommunikation. Sie kontrolliert Strahlen-Grenzwerte und Sicherheitsabstände zwischen Menschen und Masten. Über die Stufa wird der Freistaat davon in Kenntnis gesetzt. Die Bau-Erlaubnis für einen Mast erteilt in Hoyerswerda laut Angela Schäfer, Öffentlichkeitsarbeiterin der Stadt, die Verwaltung. Ihr könnte bald Arbeit abgenommen werden. Der Freistaat plant, dass Anlagen bis zu einer Höhe von zehn Metern ohne Genehmigung gebaut werden dürfen. Bereits jetzt erfreuen sich die auf Dächern aufgesattelte Antennen dieser Freizügigkeit.

Ob die Mikrowellen im Gigahertzbereich, die zwischen den Masten und Handys hin und herschwingen, gesundheitsschädlich sind, ist nicht eindeutig erwiesen. Mobilfunk-Hersteller und staatliche Stellen verweisen darauf, dass bislang trotz vieler Gutachten kein Zusammenhang bewiesen worden ist. „Wenn die Grenzwerte, die oftmals um ein Vielfaches unterschritten werden, dauerhaft eingehalten werden, ist eine Gefährdung der Bevölkerung nicht gegeben“, sagt Peter Gamer, Referent im Dresdner Umweltministerium.

Omega: zu dem, von der industriefreundlichen Seite häufig und immer wieder verbreiteten Märchen, dass die Einhaltung der technischen (thermischen) Grenzwerte die Bevölkerung vor den biologisch schädlichen (athermischen) Auswirkungen des gepulsten Mobilfunks schützen sollen, siehe:
<http://www.buergerwelle.de/d/doc/presse/s&k8-02.htm>

Es ist schon erstaunlich wie dreist die Mobilfunkbetreiber und ihre vielen Zuarbeiter in der Öffentlichkeit immer wieder ihre gebetsmühlenartig wiederholten dreisten Lügen verbreiten, „es gäbe bei Einhaltung der Grenzwerte keine Gefährdung der Bevölkerung.“ Zu Mobilfunk gibt es nur wenige hundert Studien und die meisten weisen auf die Schädlichkeit hin. Mögen doch die Mobilfunkbefürworter die vielen Gutachten zu Mobilfunk vorlegen, die keinen Zusammenhang gefunden haben wollen. Und was spricht dagegen, dass, wie in den USA, bei uns auch wissenschaftliche Fakten im Interesse der Wirtschaftsförderung durch industriefreundliche Gutachter und Wissenschaftler verfälscht werden? Omega: siehe dazu:

http://www.buergerwelle.de/body_newsletter_250204.html

Welche wirtschaftlichen Interessen sollten dagegen die vielen, gegen die derzeitige gefährliche Mobilfunktechnik auftretenden Initiativen und Bürger haben, die ihre Kraft und Zeit ohne finanziellen Ausgleich dem Gemeinwohl opfern, wenn nicht das Interesse an ihrer eigenen Gesundheit und der Gesundheit ihrer Mitmenschen?

Das Hoyerswerdaer Gesundheitsamt zeigt sich vorsichtiger. Zwar ist bisher kein einziger Einwohner der Stadt zum Arzt gegangen und hat sich über Strahlungsbeschwerden beschwert. **Aber Amtsärztin Ilona Walter weiß, dass die Strahlen das menschliche Gewebe zum Schwingen bringen und damit erwärmen. Solange nicht eindeutig belegt ist, dass diese „Störung“ (Ilona Walter) nicht zu Gesundheitsschäden führt, sei sie dafür, den Bau von Sendemasten zumindest in der Nähe von besonders empfindlichen Menschen wie Babys abzulehnen, sagt sie.** Zumal sich in Hoyerswerda und Umgebung kein Umweltmediziner niedergelassen hat, der die Schäden diagnostiziert.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=578385>

Konfliktfeld Mobilfunk

Kommunale Handlungsspielräume und Lösungsstrategien

In der Bevölkerung sind Ängste vor möglichen gesundheitlichen Belastungen und damit der Widerstand gegen bestehende und gegen die Errichtung neuer Anlagen gewachsen. Dies gilt vor allem für gen Anlagen, die in Wohngebieten oder in deren Nähe stehen. Besorgte Bürgerinnen und Bürger, in deren Wohnortnähe eine Mobilfunkanlage errichtet wird, wenden sich meist an ihre Kommune, dort vor allem an die Baubehörde oder an das Umweltamt, um nähere Informationen über die jeweilige Anlage zu erhalten und deren rechtliche Zulässigkeit überprüfen zu lassen.

http://www.difu.de/index.shtml?publikationen/difu-berichte/4_03/artikel05.shtml (Auszug)

Ankündigung Mobilfunksymposium des BUND am 12. Juni 2004 in Mainz

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir würden uns sehr freuen, wenn Sie auf unsere o.g. Veranstaltung in Ihrer Zeitschrift / auf Ihrer Internetseite hinweisen würden.

Informationen entnehmen Sie bitte der Anlage. *Omega: siehe unter*

http://www.buergervelle.de/pdf/vorankuendigung_symp04.pdf

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Katia Neubauer, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Rheinland-Pfalz e.V., Gärtnergasse 16, 55116 Mainz, Fon: 06131/231973,

Fax: 06131/231971, Mail: katia.neubauer@bund-rlp.de, www.bund-rlp.de

Proteste verhindern Tests: Mexikanische Regierung rettet Tausenden von Walen und Delfinen das Leben

Buchstäblich in letzter Minute hat die Regierung Mexikos die von Wissenschaftlern der Universitäten Cambridge und Texas geplanten seismischen Tests vor der mexikanischen Halbinsel Yukatan verboten. Mit so genannten Luftpulsern, die Lautstärken von bis zu 255 Dezibel erzeugen, wollten die Wissenschaftler einen Untersee-Krater erforschen, um dem Aussterben der Dinosaurier auf die Spur zu kommen. Die Tests sollten am 1. März beginnen. Dem sich bereits auf dem Weg nach Yukatan befindlichen Forschungsschiff "RV Maurice Ewing" wurde untersagt, in mexikanische Hoheitsgewässer einzudringen.

Die ganze Nachricht im Internet: http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=7856

Inas Schicksal - kein Einzelfall

Der folgende Fall soll stellvertretend für Personen stehen, die heute schon so geschädigt sind, dass sie kaum mehr imstande sind, sich selbst zu wehren und sich in ihrer Not an uns gewendet haben.

Sowohl der Name der Betroffenen, wir nennen sie hier Ina, als auch der behandelnde Arzt und das Spital ist uns bekannt. Die Namen nennen wir zum Schutz aller Beteiligten hier nicht, sie sind auch unwichtig.

von Evi Gaigg, 18.2.04

Natürliche Auslese auch beim Menschen?

Gewiss, die gesundheitlichen Beschwerden infolge der gepulsten Strahlung durch Antennenanlagen treffen nicht alle Menschen gleich stark, weil der Mensch eben kein genormtes Wesen ist. Er unterscheidet sich nicht nur nach Rasse, sondern auch nach Größe, Gewicht, Alter, Statur und anderen Faktoren, die ihn zu einem sehr komplexen Wesen machen, dessen Eigenschaften sich nicht über einen Leisten schlagen lassen. Jedoch muss sich

der allgemeine Schutz immer nach der schwächsten Gruppe richten, denn sonst unterscheiden wir Menschen uns nicht vom Tier, wo stets der Stärkste überlebt und für eine natürliche Auslese gesorgt ist.

Menschenfeindliche Vorschriften

Es ist daher als Anmaßung zu betrachten, wenn eine Behörde, eine Regierung Regeln und Vorschriften aufstellt, die so allgemein und rudimentär abgefasst sind, dass sie nur den robusteren Teil der Bevölkerung schützen, die anderen jedoch regelrecht dem Schicksal preis geben. Mehr noch: will sich der so Geschädigte oder Bedrohte vor Behörden und Gerichten wehren, so wird er, wenn er dies überhaupt wagt, in der Regel zudem noch mit Kosten bestraft und dennoch gezwungen, die Belastung zu ertragen.

Vom lebens- und tatenfrohen Menschen zum Problemfall

Ina war ein stets fröhlicher, hilfsbereiter und aufgestellter, keineswegs wehleidiger Mensch. Sie ernährte sich gesund, machte ausgedehnte Bergwanderungen und war es gewohnt, jede Arbeit anzupacken. Als sich bei ihr vorerst diffuse Beschwerden einstellten, wie Schwindelanfälle, Durchfälle, rot und blau angelaufene Beine, Schlafprobleme, dröhnende Kopfschmerzen u.a. m., wusste sie gar nicht, wie sie diese einordnen sollte. Medikamente brachten keine Besserung. Bald einmal jedoch stellte sich heraus, dass in ihrem Umfeld eine Antenne strahlte und dass sich ihre Beschwerden verloren, sobald sie ihren Wohnort verließ, aber wieder kamen, wenn sie nach Hause zurück kehrte. Sie entschloss sich, die Wohnung zu wechseln.

Der Leidensweg

Nicht lange danach stellten sich die erwähnten Beschwerden wieder ein, dazu Trockenheit der Haut, Haarausfall, geplatzte Blutgefäße, Herzrasen, Übelkeit, Darmprobleme u.a.m. Was nun folgte, war ein langer Leidensweg. Ina wurde durch die medizinische Untersuchungsmaschinerie regelrecht hindurch geschleust, alle erdenklichen Untersuchungen, z. T. recht unangenehmer Natur, wie Darmspiegelungen und verschiedene Röntgenaufnahmen, musste sie über sich ergehen lassen. Nichts Organisches konnte gefunden werden. Was hingegen festzustellen war, waren neue Antennen im Umkreis ihres Wohnortes, die ihr die alten Beschwerden verursachten und dazu etliche neue.

Nichts gefunden - also psychisch krank

Da ihr die Ärzte mit all den vielen Medikamenten nicht helfen konnten, wurde sie von diesen ziemlich rasch in die psychosomatische Ecke gestellt. Man verschrieb ihr bewusstseinverändernde Psychopharmaka und Neuroleptika, die sie selbst bald absetzte, da sie ihr nicht nur keine Besserung brachten, sondern sie im Gegenteil in den wenigen Stunden, da es ihr vielleicht hätte besser gehen können, regelrecht lahm legten.

Allein an dieser Patientin wurden so viele Untersuchungen mit teuren Apparaten vorgenommen, ihr so viele teure, aber nutzlose Medikamente mit sogar erheblichen Nebenwirkungen verabreicht, dass dieser Fall geradezu als Musterbeispiel dafür dienen kann, wie das Gesundheitswesen verteuert wird, ohne dem Patienten die erhoffte Hilfe zu bringen. Ina lebt am Existenzminimum und muss von ihren bescheidenen finanziellen Mitteln noch einen erheblichen Teil für Selbstbehalte opfern, und dies erst noch ohne Resultate bzw. Besserung ihres Zustandes.

Nun wurde es etwas unbequem

Eines unserer Vorstandsmitglieder hat Ina in die Sprechstunde des Arztes in einem bekannten Schweizer Universitätsspital (!) begleitet. Der junge Arzt war gar nicht erbaut, dass da jemand dabei saß, der ihm einige unbequeme Fragen stellte, unter anderem auch diese, ob er noch nicht daran gedacht hätte, dass die ganzen Beschwerden von der elektromagnetischen Strahlung der Mobilfunkantenne kommen könnten.

Im Gegenteil: Der Arzt sagte, er wohne in der Nähe einer Antenne und spüre nichts, er ärgere sich, wenn er auf seinem Handy einen schlechten Empfang habe und meinte, den Mobilfunk könne man nicht mehr abstellen, man müsse halt mit ihm leben. Recht typisch, diese sehr ich-bezogene Reaktion, wie man sie von vielen Leuten hört, die eine robustere Natur haben. Weniger verständlich ist sie, wenn sie aus dem Mund eines Mediziners kommt, der einmal das Ärztegelöbnis abgelegt hat:

".....Meine Verordnungen werde ich treffen zu Nutz und Frommen der Kranken, nach bestem Vermögen und Urteil, sie schützen vor allem, was ihnen Schaden und Unrecht zufügen könnte....."

Schon vergessen, Herr Doktor? Stoßend auch, dass Inas Begleitperson feststellen musste, dass der Arzt ganz offenbar keinerlei einschlägige Studien oder andere Literatur zum Thema gelesen hatte, ja von der ganzen Problematik, wie diese Mobilfunktechnologie in verhängnisvoller Art in das Leben und das Wohlbefinden ehemals kerngesunder Menschen eingreift, keine Ahnung hat.

Beipackzettel von Medikamenten am besten gar nicht lesen

Was verschrieb er Ina zuletzt? Ein Medikament namens Temesta, das sie nehmen sollte, wenn sie irgendwohin auf eine Wanderung geht. Dabei ist Temesta ein Mittel, das man erst nehmen sollte, wenn man schon auf der Bettkante sitzt, weil es sehr stark schlaffördernd wirkt. Ina hat sich angewöhnt, die Beipackzettel zu lesen und speziell die Rubrik Nebenwirkungen. Als sie den Arzt auf die Nebenwirkungen des ebenfalls verschriebenen Medikamentes "Haldol" ansprach, da sagte er ihr, sie solle am besten den Beipackzettel gar nicht lesen und außerdem sei er nicht ihr Psychiater.

Wir allerdings haben den Beipackzettel gelesen und es sträubten sich uns dabei die Nackenhaare: Ein Medikament, das angewendet wird bei Verwirrung, Hallunziationen Störungen im Denken, Fühlen und Handeln, bei Wahnvorstellung, Verwirrung und Erregungszuständen. Die Liste der Nebenwirkungen ist zu lang, um sie alle aufzuzählen.

Auf diese Weise soll der mündige Patient zu einem unmündigen umerzogen werden, den man, wenn man ihm anders nicht helfen kann, mit Psychopharmaka und Neuroleptika ruhig stellt oder vielmehr ruhig stellen will, wohl um selbst seine Ruhe zu haben. Denn Ina hat schon mit solcherlei Medikamenten so schlechte Erfahrungen gemacht, dass sie sie ganz einfach nicht mehr nimmt. Wohl auch deshalb nicht, weil sich mit diesen Psychobomben weder geplatze Adern noch blaurot angelaufenen Beine heilen ließen. Aber darüber sieht der Arzt hinweg, denn er steht in Wirklichkeit der ganzen Situation hilflos gegenüber, nur will er es nicht zugeben.

Was Ina in den Nächten manchmal erlebt, beschreibt sie als Folter. Sie notiert dann mit zittrigen Händen ihre Zustände auf Zettel, damit man im Falle, dass sie die Nacht nicht übersteht, weiß, was geschehen ist.

Nicht mit Scheuklappen durch den medizinischen Alltag

Ehrlich wäre es von dem Arzt, von den Ärzten ganz allgemein, zu sagen, dass sehr wohl die elektromagnetische Strahlung als Ursache dieser gravierenden Gesundheitsproblem in Frage kommen könnte, da ja alle teuren Untersuchungen und Behandlungen erfolglos waren. Ein gewissenhafter Arzt, der ja seinen Beruf ergriffen hat, um Leidenden zu helfen, müsste sich schleunigst um geeignete Literatur kümmern, einschlägige Kongresse besuchen und sich in die Materie vertiefen. Keiner kommt heute um ständige Weiterbildung und Information in seinem Beruf mehr herum, erst recht nicht ein Arzt.

Ein wenig beschämend schon, dass Inas Begleitperson auf die einschlägigen Studien und auch auf Aktionen wie den Freiburger Appell hinweisen musste, von denen der Arzt keine blasse Ahnung hatte. Inas Schicksal ist ein besonders krasser Fall, aber wir wissen, dass es solche bereits in großer Zahl gibt. Die Dunkelziffer ist dabei hoch, denn diese Menschen, die nicht einmal von ihrem Arzt verstanden werden, ziehen sich zurück und leiden still vor sich hin, wollen nicht als Psychopathen und Spinner abgestempelt werden. Darum ist es auch nicht verwunderlich, wenn solche Betroffene sich davor scheuen, an die Öffentlichkeit zu gehen und ihren Namen preis zu geben.

Die Kostenspirale im Gesundheitswesen dreht sich immer schneller

Etwas anderes braucht uns auch nicht zu verwundern: gerade an diesem einen Fall ist klar ersichtlich, welche Unsummen für kostspielige Untersuchungen und Medikamente für im Endeffekt nutzlose Behandlungen ausgegeben werden. Die Kostenspirale im Gesundheitswesen dreht sich daher in schwindelnde Höhen und ein Ende ist nicht abzusehen.

Was wir brauchen, sind mutige Menschen, vor allem aber mutige Ärzte, die sich nicht durch wirtschaftliche und politische Zwänge zu für sie bequemen Lösungen herbeilassen. In diesem speziellen Fall wären es Ärzte, die sich in die Materie vertiefen und ihre ganze Kraft darein setzen, dem leidenden Mitmenschen zu helfen, auch wenn dies unbequem, Zeit raubend und nicht immer populär ist.

*Zu den Steinen hat einer gesagt: "Seid menschlich!" Die Steine haben gesagt: "Wir sind noch nicht hart genug."
(Erich Fried, Schriftsteller)*

Feldzug gegen die Desinformation

"Verfälscht": Siegfried Zwerenz erläutert Mobilfunk-Gutachten

Dorfen (ao) - "Wir werden systematisch desinformiert", prangerte Siegfried Zwerenz, Mobilfunk-Sachverständiger und Vorsitzender des Vereins "Bürgerwelle", bei der Veranstaltung der "Wellenbrecher" am Dienstagabend im Streiblsaal an. Ein düsteres Bild malte er davon, wie die deutsche Regierung und Wirtschaft Gutachten verfälschten und ignorierten. Mit nur einem Ziel: Zu verbergen, wie gefährlich Mobilfunk sei.

Schlaf- und Konzentrationsstörungen, Allergien, Ohrensausen, ein verändertes Blutbild: All dies verursachten die hochfrequenten Strahlen - selbst wenn die offiziellen Grenzwerte der WHO eingehalten würden. Grund: "Diese schützen vor akuter Erwärmung, nicht vor Erkrankung."

Mit einem ganzen Stapel "seriöser wissenschaftlicher Studien" wedelte Zwerenz. Bereits 1995 habe etwa ein Professor festgestellt, dass 60 Prozent der Nervenzellen von Tauben nach der Bestrahlung mit gepulster Hochfrequenz falsch reagierten. "Daraufhin hat er keine Forschungsgelder mehr bekommen."

Andere Studien hätten ergeben, dass die "Blut-Hirn-Schranke" nach einer Bestrahlung "geöffnet werde" und somit Schadstoffe ins Gehirn kämen. Die Folge: "Eine frühzeitige Alterung des Gehirns." Elektromagnetische Felder könnten zudem "Stränge der DNA brechen".

Ein Bauer habe nach dem Aufstellen eines Mobilfunkmasten eine 20-fache Steigerung der Missgeburten bei seinen Kühen festgestellt. "Aber die Landwirte haben Angst, dies zu melden, weil ihre Rinder dann nicht mehr gekauft würden." Ergebnisse einer Studie "Kranke Rinder durch Mobilfunk" habe die Regierung daraufhin verschleiert, so Zwerenz. Sein Beweis für die Schädlichkeit des Mobilfunks: Versicherungen böten keinen Schutz bei Handyschäden mehr.

Stadträtin Dorette Sprengel (GAL) fragte, ob sich die Strahlung erhöhe, wenn die Antenne außerhalb Dorfs errichtet werde - wie die Betreiber behaupteten. Klar wies dies Zwerenz zurück: "Die Belastung wäre geringer." Immer mehr Handys, immer mehr Mobilfunk, gab Stadtrat Michael Oberhofer (ÜWG) zu bedenken: "Wir leben in einer verlogenen Gesellschaft". Da gab Zwerenz zu: "Da muss sich jeder an der eigenen Nase fassen." *mm*

Datum: 11.03.2004

<http://www.merkur-online.de/regionen/dorfen/42,252611.html?fCMS=1cf6aeb34df9823d5a9e876aace0bef4>

Omega: siehe dazu auch den weiter unten stehenden Kommentar „Angst contra Geld“

Kommentar von Siegfried Zwerenz:

In der Hörfunksendung "Kranke Rinder durch Mobilfunk" wurde aufgezeigt, wie Umweltminister Schnappauf die Ergebnisse der Rinderstudie verfälschte.

Ich sagte nicht, dass es ein Beweis für die Schädlichkeit des Mobilfunks sei, weil Versicherungen keinen Schutz mehr für Schäden durch elektromagnetische Felder geben, sondern dass der Rückzug der Versicherungen uns sehr nachdenklich machen sollte.

Angst contra Geld

KOMMENTAR

Der Vorschlag des Bürgermeisters, eine Mobilfunk-Veranstaltung zu organisieren, an der teilzunehmen sich alle Beteiligten bereit erklären - also auch die Betreiberfirmen und der ESC Dorfen - könnte als diplomatisch charakterisiert werden. **Oder als betulicher Versuch, es wieder mal allen recht machen zu wollen.**

Braucht die Stadt wirklich einen Vertreter der Mobilfunk-Giganten im Rücken, um sich auf ein Gespräch mit besorgten Bürgern einzulassen? Scheint so. Die Stadträte verhalten sich in der Diskussion auffallend ruhig, um nicht zu sagen "doppeltaub".

"Doppelblind, Placebo kontrolliert, crossover, randomisiert und statistisch signifikant" müssen für den ESC-Präsidenten Emil Rudolf die Studien sein, die von den Mobilfunkgegnern vorgebracht werden. **Jedem dürfte aber klar sein, dass die Beweggründe der Betreiberfirmen und auch der Regierung, die Unbedenklichkeit der Strahlung zu propagieren, nicht nur auf wissenschaftlichen Ergebnissen basieren. Sie werden vielmehr von Lobbyismus kontrolliert und sind crossover - also wechselseitig - finanziell signifikant.**

Siegfried Zwerenz mag als Diskussions-Gegenüber unangenehm sein. Doch haben die Bürger nicht das Recht, einen guten Anwalt für sich sprechen zu lassen - in einer Diskussion, die sich auf Angst kontra Geld reduzieren lässt? HARGASSER

mm

Datum: 08.03.2004

<http://www.merkur-online.de/regionen/dorfen/42,251400.html?fCMS=ac9b5c44e63f10cc19d9035b205019da>

„Mobilfunk: Im Westen gibt's was Neues“

vom 27. 2. 2004

Die von Professor Wuschek vorgetragene Erläuterung zu seinen Strahlungsmessungen in Hohenpeißenberg kann man nicht unkommentiert stehen lassen, wenn man über die tatsächlichen Auswirkungen der festgestellten Strahlungswerte Bescheid weiß: **Die von Wuschek gemessenen Strahlungswerte scheinen zunächst mit maximal 4 Prozent vom gesetzlichen Grenzwert relativ gering und somit harmlos zu sein. Diese Einschätzung verändert sich dramatisch, wenn man weiß, dass bei der vielzitierten bayerischen Rinderstudie schon bei Erreichen von lediglich 0,3 Prozent des viel zu hohen Grenzwertes vermehrt Verhaltensauffälligkeiten, sowie signifikant höhere Fehl- und Missgeburten aufgetreten sind.**

Dr. Lebrecht von Klitzing, einer der erfahrensten und renommiertesten Wissenschaftler in diesem Bereich geht davon aus, dass schon bei 0,0002 Prozent des Grenzwertes nicht nur die wissenschaftlich längst belegten biologischen Effekte auftreten, sondern auch langfristig mit Erkrankungen zu rechnen ist.

Diese beiden Beispiele ließen sich durch eine Vielzahl weiterer Studienergebnisse untermauern. Hingewiesen sei noch auf den vielzitierten Salzburger Vorsorgewert, der in seiner neuesten Fassung aufgrund der vorliegenden Forschungsergebnisse jetzt für den Außenbereich bei 0,0002 Prozent des in Deutschland gültigen Grenzwertes für das D-Netz liegt und auf die Tatsache, dass BMW in München zum Arbeitnehmerschutz einen hausinternen Grenzwert festgelegt hat, der bei 0,002 Prozent des besagten offiziellen Grenzwertes liegt.

Wer diese Zahlen in Bezug zu den angeblich so harmlosen 2 bis 4 Prozent aus Hohenpeißenberg setzt, der wird wohl kaum von einer geringen Belastung sprechen können. Bedenklich ist auch, dass Herr Wuschek die Mobilfunkstrahlung mit der sicherlich auch zu hinterfragenden Fernseh- und Rundfunkstrahlung gleichsetzt. Als Fachmann weiß er doch, dass gepulste und ungepulste Strahlungen in ihren Auswirkungen auf Biosysteme keinesfalls vergleichbar sind. Gerade die aggressive Pulsung beim herkömmlichen Mobilfunk und demnächst auch bei UMTS wird von zahlreichen Wissenschaftler als extrem gesundheitsschädlich eingestuft. Es stellt sich somit die Frage, wem Professor Wuschek mit seinen verharmlosenden und wissenschaftlich nicht haltbaren Ausführungen zu Diensten ist.

Hans Schütz, Leiter des AK Elektrosmog bei der Umweltinitiative Pfaffenwinkel e. V.

Kommentar von Siegfried Zwerenz:

Prof. Wuschek gibt normalerweise die Einheit V/m an. Wenn also hierzu Herr Schütz einen Vergleich macht, so darf er nicht die Leistungsdichte (z.B. Nanowatt/cm²) heranziehen, weil sonst die Relation falsch dargestellt wird.

Wenn man z.B. 25-fach bei der Feldstärke (V/m) unter dem Grenzwert liegt, so sind das dann bei der Leistungsdichte 625-fach unter dem Grenzwert.

Entweder man nimmt bei Prof. Wuschek 4% von der Feldstärke (V/m), dann liegt der Wert von Dr. von Klitzing und der neue Salzburger Wert bei 0,14% vom jetzigem Grenzwert in V/m im D-Netz.

Nimmt man bei Dr. v. Klitzing und vom neuen Salzburger Vorsorgewert die Leistungsdichte, dann sind dies 0,0002% vom Grenzwert im D-Netz. Dann muss man aber die Feldstärke (V/m) von Prof. Wuschek in die Leistungsdichte umrechnen und somit liegt die Leistungsdichte bei Prof. Wuschek bei 0,16% vom Grenzwert.

Geheimdienste dürfen (fast) alles

In den Gebäuden der UN in New York wird das Thema zwar heruntergespielt und verharmlost, aber ein Verbrechen ist ein Verbrechen. Dass US-Geheimdienstler nicht davor zurückschrecken, selbst den UN-Generalsekretär illegal abzuhören, ist ein besonders wirklicher Skandal. Nicht minder skandalös ist freilich die Angst der UN, laut aufzuschreien und gegen die US-Regierung vor Gericht zu ziehen. Wie verkommen muss die politische Kultur sein, wenn Angst die oberste Weltbehörde davor zurückschrecken lässt, die US-Regierung zu entlarven! Auch viele Journalisten sind zu feige und zu ängstlich, um ihre Leser aufzuklären. Verharmlosung ist eine besonders subtile Form von Manipulation und Feigheit.

<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Art-Zukunft/4465.php>

Öl- und Gasreserven schrumpfen - weltweit

Der Vorsitzende des Wirtschaftsverbandes Erdöl- und Gasgewinnung (WEG), Gernot Kalkoffen, sagt: "Es wird in Deutschland immer schwieriger, neue Gas- und Ölreserven zu finden."

<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/4456.php>

Walfang: "Grausamkeit ohne Ende"

Die Umweltorganisation Whalewatch hat einen Report veröffentlicht, der erneut Werbung für einen globalen Walschutz machen soll. Einen humanen Tod der Wale gibt es nach Ansicht von 140 Umwelt- und Naturschutzorganisationen nicht: Die Methoden, mit denen die Meeressäuger getötet werden, sind inhuman und grausam, attestiert die Umweltorganisation Whalewatch. Die Naturschützer fordern erneut einen Stopp der drei verbliebenen Walfangnationen Japan, Norwegen und Island. "Es gibt überhaupt keine humane Art einen Wal auf hoher See zu töten", erklärt der preisgekrönte Naturfilmer David Attenborough im Vorwort des Whalewatch Reports.

Die ganze Nachricht im Internet: http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=7949

Ist die Medizin blind für pathogene Umweltfaktoren ?

Faktor Umweltverschmutzung und Technologiebelastung

von SGIPT - Gesellschaft für Allgemeine und Integrative Psychotherapie – Deutschland

In Bayern gab es ein Institut für Arbeitsmedizin, dessen Professor dafür berüchtigt war, dass er zugunsten Betroffener nie etwas "mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit" herausfinden konnte. Das liebte die Industrie und so überschütteten sie ihn mit Aufträgen unter kräftiger Mithilfe einer einseitigen Justiz, die damit, statt Recht zu sprechen, tatsächlich Unrecht gefördert und den Geist der Rechtsidee gebeugt hat,

nämlich dass Geschädigte Anspruch auf Schadensersatz haben. Denn meist wird nach dem Prinzip geurteilt: in dubio pro pecuniam et contra populum (Im Zweifel für das Geld und gegen das Volk).

Die Medizin steht in dem schlechten Ruf, schon immer mit den Mächtigen und vor allem mit den Geldgebern ein allzu enges Amigo-Bündnis einzugehen. Möglicherweise hat dies mit ihrem unstillbaren Hunger nach Geld und Anerkennung zu tun. Sieht man sich das auf den ersten Blick ausgezeichnet erscheinende Buch von Feldmann et al. genauer an, so fällt auf, dass die AutorInnen ziemlich blind für die epidemische Entwicklung des Tinnitus sind und noch nicht einmal theoretisch die Komponente Umweltverschmutzung und Technologiebelastung erwägen. Das Tinnitus etwa mit der industriell- gesellschaftlichen Entwicklung zu tun hat, erfährt man in dem sonst sehr informativen Werk nur implizit durch die Formulierung: "Unter den Lebensbedingungen einer Industriegesellschaft tritt bei 35-45% aller Erwachsenen über 17 Jahren zu irgendeinem Zeitpunkt ein transientes oder permanentes Ohrgeräusch unterschiedlicher Lautheit auf."

Was spricht nun überhaupt dafür, die Forschungshypothese Umweltgifte und Technologiebelastung als bedeutungsvoll für die Tinnitus- Epidemie aufzustellen? Der Grund ist so offensichtlich, dass die Tinnitus-Lobby offenbar dem Prinzip folgt: vor lauter Bäumen den Wald nicht sehen:

die epidemische Entwicklung des Tinnitus

Es ist einfach nicht normal und nachvollziehbar, dass innerhalb kürzester Zeit urplötzlich Millionen von Tinnituskranken mit exorbitanten jährlichen Zuwachsraten wie Pilze aus dem Boden schießen. Man erinnere sich: das erste deutsche Tinnitus-Buch erschien 1986, dessen Autor noch im selben Jahr die Tinnitus- Liga ins Leben rief. Noch 1979 kommt im großen Uexküll zur Psychosomatik - wie in den allermeisten anderen Psychosomatikbüchern auch - das Stichwort Tinnitus gar nicht vor.

Wie kommt es also zu dieser Tinnitus-Epidemie? Ist es (auch) eine Mode Erscheinung? Ist es (auch) eine suggestive Massen-Epidemie? Ist es (auch) ein getrimmtes Syndrom? Steckt (auch) die Abrechnungslobby dahinter? Spielen (auch) Umweltverschmutzung und (auch) Technologiebelastung [Elektrosmog] eine wichtige Rolle?

Überlegen wir: was war 1986? Gibt es irgendein herausragendes Ereignis, dass wir zu dieser relativ plötzlichen Tinnitusepidemie in Beziehung setzen könnten? Oder sollten wir die Umweltverschmutzung und Technologieentwicklung der ganzen 80er Jahre - oder noch länger? - betrachten (s.u.)?

Das Jahr 1986 (*Quelle: Chronik 1986*)

- Reaktorunglück Tschernobyl (April: radioaktive Wolken bringen Tschernobyl vor die Haustür; Süddeutschland besonders betroffen; München 150 Bequerel; erst am 2. Mai warnt die Bundesregierung vor Frischmilch und Blattgemüse): 50 Mill. Curie kondensierbare Spaltprodukte gelangen in die Umwelt.
- Kohl beruft Wallmann am 6.6. als ersten Minister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.
- Gefahrenstoffverordnung 1.10.: In der Raumluft zahlreicher Kindergärten wird Dioxin festgestellt. Asbest wird in Spielzeug untersagt. Wohngift Vorbeugung: Formaldehyd.
- Rheinverschmutzung (Rhein-"Unfälle": 31.10.: Ciba-Geigy, Basel; 11.11.: Sandoz AG, Basel; 21.11.: BASF, Ludwigshafen; 26.11.: Bayer, Leverkusen).

Es ist natürlich auch möglich, dass das Phänomen Tinnitus schon einige Jahre oder sogar Jahrzehnte unter den Lebensbedingungen einer Industriegesellschaft schwelte und erst in den 80er Jahren die entsprechende Aufmerksamkeit fand. Doch auch dies wäre natürlich kritisch zu untersuchen und zu reflektieren.

Die wichtigsten Faktoren aus Umweltverschmutzung und Technologiebelastung in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts sind:

- Der Ausstoß von Schadstoffen und Giften (Abgabe an Wasser, Boden, Luft und Atmosphäre; Lebensmittel, Futtermittel, Alltagsobjekte, Industrieprodukte, Geräte, Farben, Lacke usw.)
- Radioaktive Belastungen
- Ozonloch und Bestrahlung

- **Belastung durch Elektrosmog (Abstrahlung durch Sender und Geräte)**
- **Lärmbelastung (Verkehr, Technische Akustische Geräte [z.B. Rundfunk, Verstärker], Disco-Musik, Tiefflug)**
- **Belastung durch erhöhte Anpassungsleistungen ("Stress")**

Auch die Allergien sollen sehr zugenommen haben. Bereits 1987 werden 20 Millionen AllergikerInnen in Deutschland geschätzt - 1/3 der Bevölkerung. Man führt die Störung des Immunsystems auf die wachsende Belastung der Luft, Wasser, Lebensmittel und der Haushalte durch Umweltgifte zurück. (Quelle: Chronik 1987, April, S. 70).

Die Probleme der Umwelt erfahren in den 80er Jahren durch zahlreiche Umwelt- Katastrophen (Ozonloch, Waldsterben, Industrieunfälle, Wasserverschmutzung) eine erhöhte Aufmerksamkeit. Die Bedeutung des zunehmenden kritischen Umweltbewusstseins kommt am klarsten durch die Umweltschutzbewegungen zum Ausdruck (z.B. Greenpeace, ökologische Parteien, Robin Wood).

Omega siehe weiter unter: <http://www.sgipt.org/gipt/psysom/tinni/tinnitus.htm>

Es gibt auch eine andere Medizin, die der Umweltschutzbewegung nahe steht, die häufig aus dem Bereich der Umweltmedizin kommt und wie z.B. IGUMED durch den Freiburger Appell einen hervorragenden Beitrag im Kampf gegen die Umweltbelastungen leistet.

Vom 09.03.2004

Gefahr für Gesundheit

Die Bürgerinitiativen gegen Mobilfunksendeanlagen inmitten bewohnter Gebiete verdeutlichen die Gefahr der Mobilfunkstrahlen für die Menschen. So in Appenheim. So in Münster-Sarmsheim. So überall. Und immer da, wo die Sendeanlagen nach Gutsherrenart ohne Befragen und Information der Bevölkerung aufgestellt werden.

Leider ist die Gefahr für Gesundheit und Leben wesentlich schlimmer als vermutet und angenommen wird. Mobilfunkstrahlen verursachen Krebs. Schon in kürzester Zeit führen sie im Körper zu Irritationen, blockieren die ausreichende Melatoninausschüttung der Zirbeldrüse zur Verhinderung von krebsartigen Geschwüren und Gehirntumoren. Im Schatten einer Mobilfunksendeanlage sind die Menschen nicht sicher, gesund zu bleiben.

Der Wissenschaft sind die Kriterien bekannt. Unternommen wird wenig. Eine nach Jahren wieder abgebaute Mammut-Sendeanlage in Grolsheim hatte schlimmste Folgen. Im Halbradius von 200 Metern um die Mobilfunksendeanlage starben in relativ kurzer Zeit 16 Menschen an Krebs. Zufall? Zuvor und danach konnte man in der 800- und nunmehr bald 1200-Seelen-Gemeinde den Tod von nur statistisch 1,4 Personen im Jahr beklagen.

Dass sich Appenheim und Münster-Sarmsheim wie auch 20000 weitere Bürgerinitiativen in Deutschland gegen Sendeanlagen inmitten bewohnter Gebiete wenden, davon hätten die "Mobilfunkstandortgegner" vor zehn Jahren in Grolsheim nur träumen können. Sie wurden beschimpft, niedergemacht und belächelt. Aber sie behielten Recht und bekamen die gesundheitsgefährdenden Riesenantennen aus dem Ort.

Mobilfunksendeanlagen gehören nicht in bewohnte Gebiete, sondern außerhalb. Hier können sie keinen Schaden anrichten. Viele hunderttausend "Mobilfunkstandortgegner" sind in Deutschland auch nicht gegen das mobile Telefonieren, sondern lediglich gegen die Standorte.

Jedoch: Die Mobilfunkbetreiber schert das wenig. Sie sind ein Staat im Staate und stellen ihre Anlagen aus Kostengründen mitten in Wohngebiete, fast immer ohne Genehmigung. Ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Bevölkerung. Lassen wir uns das nicht länger gefallen!

Theo Bayer, Grolsheim

http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel_id=1397983

Kommentar von Siegfried Zwerenz:

In Deutschland wehren sich inzwischen über 15.000 Bürgerinitiativen gegen Sendeanlagen. Herr Bayer schreibt: Mobilfunkanlagen gehören nicht in bewohnte Gebiete, sondern außerhalb. Hier können sie keinen Schaden anrichten. Dies trifft leider nicht zu. Auch außerhalb von bewohnten Gebieten sind Mobilfunksender schädlich, weil immer noch viel zu viel Belastung in bewohnten Gebieten ankommt. Man hat also die Wahl zwischen einem besonders schlechten Standort in bewohnten Gebieten oder unter einem schlechten Standort im Außenbereich.

In Städten über 10.000 Einwohner können aus Kapazitätsgründen nicht alle Sender außerhalb gestellt werden.

Wegen dieser Thematik bringen wir wieder einmal unsere Stellungnahme: "Mobilfunksender raus aus reinen Wohngebieten ..."

“Mobilfunksender raus aus den reinen Wohngebieten“?

Kann uns das wirklich vor den Gefahren der Mobilfunkstrahlung schützen?

Immer öfter hört man die Forderung von besorgten Bürgern und Organisationen, Sendeanlagen nicht mehr in reinen Wohngebieten aufzustellen, sondern am Stadt- oder Ortsrand, in Gewerbegebieten oder im Grünland – also in sogenannten Außenbereichen.

Eine solche Forderung ist nicht sinnvoll ! Denn entscheidend für die Belastung eines Menschen ist nicht allein die Entfernung vom Sender, sondern wie viel Strahlung von diesem Sender noch bei ihm ankommt.

Steht z.B. ein Sendemast in 1000 m Entfernung bei freier Sicht, dann treffen uns in Hauptstrahlrichtung noch bis zu 10 nW/cm₂ (= 100 Mikrowatt/m₂ bzw. 0,2 V/m). Sind Sender mehrerer Betreiber auf dem Mast, dann werden sogar 30-40 nW/cm₂ (300 bis 400 Mikrowatt/m₂ bzw. 0,35-0,4 V/m) gemessen.

Wenn man bedenkt, dass Menschen bei einer langzeitigen Bestrahlung schon bei 1 nW/cm₂ (=10 Mikrowatt/m₂ = bzw. 0,06 V/m) erkranken (Dr. Lebrecht v. Klitzing), so kann also keine ausreichende Sicherheit für unsere Gesundheit gegeben sein, auch wenn ein Sender 1000 m und mehr von uns entfernt steht, - also z.B. außerhalb eines Wohngebietes.

Handys benötigen Sender !

Aus Kapazitätsgründen können von jeder voll ausgebauten Sendeanlage in ihrem Umkreis (z.B. Großzelle r= 10-30 km) nur ca. 90 Gesprächsverbindungen gleichzeitig hergestellt werden (in Österreich und Schweiz sind es weniger). Wenn die Zahl der Handynutzer weiter zunimmt, werden die Zellen weiter unterteilt und damit immer mehr Sender gebaut.

In größeren Städten ist also schon aus Kapazitätsgründen eine Versorgung aller Nutzer nur von “außerhalb“ gar nicht möglich.

Außerdem leben und arbeiten ja auch Menschen in Außenbereichen und diese Menschen in Misch-, Industrie- und Dorfgebieten haben doch dasselbe Recht auf den Schutz ihrer Gesundheit wie die Menschen in den reinen Wohngebieten.

Und weiter draußen auf dem Land arbeiten die Bauern auf dem Feld und leben die Tiere in Feld und Wald, die ebenso zu schützen sind.

Weiterhin: Wenn man fordert, die Sendemasten dort draußen aufzustellen, dann werden meist sofort hohe Masten aufgestellt. Mit diesen hohen Masten wird aber die Infrastruktur bereitgestellt für die Erweiterung der Richtfunknetze und der Mobilfunknetze!

Es geht um Folgendes:

Die Einbindung der einzelnen Sendestationen in das Netz eines Betreibers über Richtfunk ist kostenmäßig viel günstiger als mittels erdverlegter Kabel. Die Richtfunkantennen müssen dazu untereinander Sichtkontakt haben – daher die hohen oder erhöht stehenden Masten im Außenbereich. Von hier aus können die in den Innenbereichen noch zu erwartenden Sender leicht per Richtfunk angebunden werden.

Mit der Forderung, die Masten in den Außenbereichen zu bauen, unterstützt man also die Pläne der Betreiber, weil dadurch der Weg für weitere Sender in den Innenbereichen geebnet wird.

Die mit Umweltschutz begründete Zielsetzung der Konzentration möglichst vieler Sender auf einem Masten, führt zu einer weiteren gefährlichen Erhöhung der Strahlungsbelastung.

Ja zum Handy – Nein zum Masten ??

Viele Menschen wollen mit dem Handy telefonieren, möchten aber selber keine Sender in ihrer Nähe haben. Ohne Sender funktionieren jedoch die Handys nicht. Wer also den Sender vom eigenen Haus weg haben will, handelt nach dem St. Florians-Prinzip, denn dann bekommen den für das Handy zwingend notwendigen Sender eben andere. Und ist der Handynutzer unterwegs, so braucht er zusätzlich noch viele weitere Sender entlang seines Weges, mit denen auch wieder andere belastet werden.

Oft hört man von Mastengegnern das Argument, sie würden ihr Handy unbedingt brauchen. Irgendeinen "wichtigen Grund" werden aber auch alle anderen Millionen Menschen haben und damit auch den Anspruch auf ein Handy. Also was tun?

Es ist wohl klar, dass ein Mastengegner konsequenterweise auch sein eigenes Verhalten überdenken sollte. Denn die Handynutzer sorgen selbst dafür, dass immer mehr Masten gebaut werden müssen.

Wir sehen aus diesen Ausführungen, dass es nicht möglich ist, ein Mobilfunknetz mit der zur Zeit noch erlaubten Technologie aufzubauen und gleichzeitig den Gesundheitsschutz für die Menschen zu sichern.

Bei der heute verwendeten Technologie wird bewusst eine unübersehbare Schädigung der Volksgesundheit in Kauf genommen.

Wir müssen sicherstellen, dass unsere Gesundheit wieder zum höchsten Gut wird.

Strahlenschutzkommission: Elektromagnetische Felder neuer Technologien

Statusbericht

Die Exposition der Menschen gegenüber unterschiedlichen elektromagnetischen Feldern nimmt aufgrund neuer Technologien im Alltag und im Berufsleben seit Jahren ständig zu.

Die Strahlenschutzkommission hat sich daher zum Ziel gesetzt, die wichtigsten aktuellen wie auch zukünftigen technischen und technologischen Entwicklungen mit relevanten Emissionen elektromagnetischer Felder in unterschiedlichen Lebensbereichen in Form von Statusberichten zu betrachten, um rechtzeitig den Handlungsbedarf im Hinblick auf mögliche gesundheitliche Beeinträchtigungen und Risiken aufzuzeigen. Anhand von Beispielen wird die Vielfalt der künftig zu erwartenden Quellen elektromagnetischer Felder mit unterschiedlichen Charakteristika dargestellt.

Besonders beachtenswerte Entwicklungen ergeben sich derzeit in den folgenden Bereichen: Telekommunikationssysteme, Rundfunk- und Fernsehtechnik, Anwendungen im Haushalt und in Büros, Technologien in Verkehrssystemen, Warensicherungs-, Identifikations- und Zugangskontrollsysteme, Anwendungen in Industrie, Handel und Gewerbe, Anwendungen im Gesundheitsbereich sowie hoheitliche Anwendungen.

Die Betrachtungen zu den einzelnen Themengebieten waren insofern erschwert, da die für eine Charakterisierung der mit den neuen Technologien verbundenen Feldverhältnisse erforderlichen Daten aus verschiedenen Gründen nicht immer erhoben werden konnten.

Die Angabe der Emissionsdaten neuartiger Feldquellen sowie der damit im Alltag und im Berufsleben verbundenen Immissionen, aber auch ergänzende Betrachtungen der Feldexpositionen in speziellen Situationen des bestimmungsgemäßen Gebrauchs, z.B. in bestimmten Räumlichkeiten oder bei gleichzeitig anzunehmenden weiteren Feldquellen, werden von der SSK für eine strahlenhygienische Bewertung als unbedingt erforderlich gehalten.

Die SSK stellt u.a. folgende allgemeine Entwicklungen fest:

:: Besonders wegen der neuen Technologien sind immer mehr und zusätzliche, tragbare Geräte zu erwarten, die körpernah betrieben werden. Damit werden durch künftige Quellen auch Körperbereiche exponiert werden, die bisher weniger im Blickpunkt des wissenschaftlichen Interesses standen.

:: Verbunden mit der zunehmenden Häufigkeit (nicht nur) mobiler Quellen ist in Zukunft mit immer mehr gleichzeitig betriebenen Quellen zu rechnen.

:: Manche neue Technologien erfordern die Erzeugung starker elektromagnetischer Felder (z.B. Diebstahlsicherungsanlagen, Magnetresonanztomographen), die den Expositionsspielraum weitgehend ausschöpfen können. Die verstärkte Anwendung drahtloser Kommunikationssysteme führt sowohl zur intensiveren Nutzung bisheriger als auch neuerer Frequenzbereiche bis hin zu Höchsthäufigkeiten, denen bei der biologischen Bewertung bisher noch keine größere Aufmerksamkeit geschenkt werden musste.

:: Allgemein ist eine verstärkte Anwendung nicht-sinusförmiger und breitbandigerer Feldformen zu erwarten. Diese werden nicht nur im Hochfrequenzbereich durch neue Modulationsarten und Signalstrukturen bedingt sein. Auch im Niederfrequenzbereich werden zunehmend neben den 50 Hz-Schwingungen weitere Frequenzen und Frequenzgemische auftreten.

:: Die intensivere Nutzung des verfügbaren Frequenzbereiches bis hin zu bisher weniger beachteten Höchsthäufigkeiten und die Anwendung neuartiger Signalformen werden neue Fragen und Probleme aufwerfen. Hierzu gehören z.B. die (Teil-) Exposition bisher nicht exponierter Körperbereiche, die Überlagerung von Emissionen verschiedenster Quellen und die Verhinderung gefährlicher Störbeeinflussungen anderer Geräte einschließlich medizinischer Implantate. Diese Entwicklung wird weitere Forschung und die Weiterentwicklung der Grenzwertregelungen erfordern.

Aufgrund dieser Beurteilung und der aufgezeigten Defizite erachtet es die SSK für notwendig, auf die spezifischen Probleme bei der Einführung neuer Technologien hinzuweisen und spezifische Empfehlungen zu verfassen. Sie wird die weitere Entwicklung kritisch verfolgen und hält es für erforderlich, in wiederkehrenden Statusberichten den Verlauf der Entwicklung neuer Technologien zu analysieren.

Die Strahlenschutzkommission hat diesen ersten Statusbericht zum Thema „Elektromagnetische Felder neuer Technologien“ in der 188. Sitzung am 02./03. Dezember 2003 verabschiedet.

Quelle: <http://www.ssk.de/2003/ssk0320k.htm>

Omega: Analysen sind nicht genug, Handeln ist gefragt. Die wissenschaftlichen Fakten sind schon lange bekannt (siehe unten). Wann handelt die Politik endlich?

Strahlt neu errichteter Sendemast?

Bürger in Schkopau besorgt - Netzbetreiber hat keine Bedenken

Von Petra Wozny, 09.03.04, 11:45h, aktualisiert 19:52h

Schkopau/MZ. Andreas Möhwald ist besorgt. Vor etwa zwei Wochen ist unmittelbar vor seinem Wohnhaus in Schkopau ein Sendemast errichtet worden. Der Computerspezialist weiß, dass solche Anlagen "ähnlich wie eine Mikrowelle Strahlen aussenden". "Man sagt, dass sich dadurch das Gehirn bis zu zwei Grad erwärmen kann, dass es zu Gesundheitsschäden kommt und auch die Krebshäufigkeit in Gebieten, wo solche Masten stehen, größer ist." Belegt sei dies nicht, aber Besorgnis erregend allemal, sagt der Vater zweier Kinder. Eine Familie aus dem Haus in der Schkopauer Bunsenstraße trage sich mit dem Gedanken, aufgrund der vermuteten Strahlengefahr weg zu ziehen.

Thomas Malottki, dessen Firma aus Halle die Masten setzt, damit im Raum Merseburg auch mit der inzwischen dritten Handygeneration telefoniert werden kann, weist die Bedenken weit von sich. "Seit 14 Jahren besteht die Firma. Wir sind weltweit im Einsatz. Nirgendwo gab es bisher irgendwelche nachgewiesenen Schäden aufgrund der Sendemasten." Dieser Auffassung ist auch Georg von Wagner, verantwortlich für die Region Ost von T-mobile, dem Netzbetreiber. "Es gibt inzwischen rund 25 000 wissenschaftliche Arbeiten zum Thema. Nirgendwo konnte bisher

nachgewiesen werden, dass die Strahlen gesundheitsschädigend sind", erfuhr die MZ von ihm. In der Tat sende solch ein UMTS-Mast Strahlen aus. Die lägen bei zehn Watt, wogegen eine Mikrowelle etwa 500 Watt ausstrahle.

Omega: von Wagner nennt eine Leistung von zehn Watt am Antenneneingang. Es muss aber die Abstrahlleistung am Antennenausgang genannt werden. Die kann durch den sogenannten Antennengewinn mehrere hundert Watt betragen. Außerdem erhöht sich die Abstrahlleistung mit der Anzahl der Antennen.

Bevor die Masten aufgestellt würden, müssten an jedem neuen Standort, die durchaus auch in Wohngebieten liegen können, Messungen durchgeführt werden. In Schkopau seien alle geforderten Maße bis auf den Zentimeter genau in Höhe und zum Erdboden gegeben. Der Mast wurde auf dem Dach eines Telekom-Gebäudes errichtet. "In keinster Weise hat es bisher eine Überschreitung der Messweise gegeben", schildert von Wagner. Die Werte lägen für die dritte Generation des Mobilfunknetzes hundertfach darunter. "Niemand muss einen Grund zur Sorge haben", betont der Fachmann.

<http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1069248404018&openMenu=1012902958704&calledPageId=1012902958704&listid=1018348861894>

Nachricht von der BI Bad Dürkheim

Kommentar von Siegfried Zwerenz:

Es ist schon erstaunlich wie dreist die Mobilfunkbetreiber und ihre Helfershelfer immer wieder ihre Lügen verbreiten.

Von Wagner behauptet, es gäbe rund 25000 wissenschaftliche Untersuchungen, nirgendwo hätte nachgewiesen werden können, dass die Strahlen gesundheitsschädigend sind.

Diese Aussage ist eine glatte Lüge. Denn zu Mobilfunk gibt es nur wenige hundert Studien und die meisten weisen auf die Schädlichkeit hin. Möge von Wagner doch nur 500 Studien zu Mobilfunk vorlegen, die keine Schädigung gefunden haben.

Es ist an der Zeit, dass Verfälschern des wissenschaftlichen Erkenntnisstandes wie Herrn von Wagner, das Handwerk gelegt wird.

Omega: dazu auch ein Zitat von Prof. Dr. Michael Kundi, Universität Wien:

"Wenn wir die GSM-Technik betrachten, dann schrumpft die Vielzahl der Untersuchungen auf ganz wenige zusammen und für den DCS 1800 Bereich gibt es praktisch überhaupt keine Untersuchungen der biologischen und gesundheitlichen Auswirkungen. Aber selbst die wenigen Untersuchungen, die heute vorliegen, liefern schon hinreichend viele Hinweise, dass Felder, wie sie von Mobilfunkeinrichtungen ausgehen, gesundheitsschädlich sind."

Studien u. Literaturhinweise zum Thema Mobilfunk:

http://www.buergernetz.de/body_wissenschaft.html
<http://omega.twoday.net/stories/160255/>

Risikodiskussion Mobilfunk - Beweissicherung u.ä. vor der Inbetriebnahme einer Mobilfunkantenne

Für Rolf Thym, Rimbach

Ich wünsche Euch für die Blutuntersuchungen einen nachhaltigen Erfolg. Dazu einige Infos zur Unterstützung Eurer Arbeit.

Omega: siehe unter:

http://www.buergerwelle.de/pdf/dr._arndts_vorgehen_bei_bluttests.pdf
http://www.buergerwelle.de/pdf/besuchsbericht_prof._eickmann_20_08_2002.doc
http://www.buergerwelle.de/pdf/brief_lapp_27_02_2002.doc
http://www.buergerwelle.de/pdf/mww_nachrichten_III_1.doc
http://www.buergerwelle.de/pdf/mww_nachrichten_III_2.doc

Herzlichen Gruß

Otto Einsporn

Omega: siehe auch große Fragebogenaktion der Initiativen Bürgerwelle e.V., IGUMED, und Mobilfunk-Allgäu. Diese möchten anhand des Fragebogens Krankheitsfälle auflisten, die möglicherweise in Zusammenhang mit Mobilfunksendeanlagen und DECT - Schnurlostelefonen stehen. Den Fragebogen finden Sie unter:

<http://www.buergerwelle.de/pdf/krankheitsfragebogen.pdf>

Wissenschaftliche Studien u. Literaturhinweise zum Thema Mobilfunk finden Sie unter:

http://www.buergerwelle.de/body_wissenschaft.html

Chemtrail Patent: United States Patent 4,686,605

Näheres siehe unter <http://omega.twoday.net/stories/161057/> (in English)

"Da geht's hin - wir machen das"

Vodafone sucht Konsens / Experten widerlegen "Märchen vom harmlosen Mobilfunk"

Solch einen Andrang hat es im Dreieich-Parlament noch bei keiner Sitzung des Bauausschusses gegeben. Gut 180 Frauen und Männer kamen Dienstagabend in den Burghofsaal. Thema: Wie krank machen elektromagnetische Strahlen von Mobilfunkantennen?

VON PETER HOLLE

Dreieich · 10. März · Für den Dreieicher Internisten Wolfram Haas ist das keine Frage. "Elektrosmog hat krankmachende Wirkung", sagt er und spricht davon, "dass die Krebshäufung im Raum Dreieich besorgniserregend ist". Er schildert Leidensgeschichten von jungen, ansonsten kerngesunden Patienten, die in die Nähe von Götzenhainer und Offenthaler Mobilfunkantennen gezogen sind und seitdem ihres Lebens nicht mehr froh werden. Diagnosen unter anderem: Herzrasen und -flimmern, Kreislaufbeschwerden, Schlafstörungen, Kopfweh, Angst- und Schmerzzustände. Als Haas am Dienstagabend im Burghofsaal Dreieichen-hain dann resümierend "Das Märchen vom harmlosen Mobilfunk" geißelt, prasselt Beifall los. Gut 180 Menschen applaudieren.

Fünf hochkarätige Experten

Nein, keine Bürgerversammlung. Der Bauausschuss des Dreieicher Stadtparlaments hat Sitzung. Auf der Tagesordnung stehen Fragen, die die Abgeordneten seit Jahren umtreiben: Sind die Dutzenden von Mobilfunkantennen, die auf Masten, Türmen, Dächern in den fünf Stadtteilen montiert sind, gefährlich für Leib und Leben derjenigen, die sich in ihrem Strahlungsbereich aufhalten? Wenn ja, was kann die Stadt tun? Wie kann sie ihre Bürger schützen? Wie Vorsorge treiben? Nach etlichen zähen Debatten, in denen die Volksvertreter zumeist auf der Basis gediegenen Halbwissens und triftig erscheinender Spekulationen argumentierten, sie könnten sowieso nichts unternehmen, hat sich der zuständige Bauausschuss Anfang des Jahres für ein Symposium mit fünf hochkarätigen Experten entschieden. Termin: der vorgestrige Dienstag.

Auch niedrige Dosis macht krank

Die Fachleute, die dort auf dem Podium sitzen, nehmen die Furcht und die Ängste des Publikums ernst. "Der Schutz vor den Hochfrequenzfeldern und der Schutz vor den Ängsten davor ist gleichermaßen wichtig, denn beides beeinträchtigt die Lebensqualität", sagt die Umweltärztin Brigitte Schlehofer vom Deutschen Krebsforschungszentrum Heidelberg.

Eine Götzenhainerin, die vor 18 Monaten ins Dorf gezogen ist, nickt eifrig. Vom Saalmikrofon aus schildert sie ihre Beschwerden, deren Quelle sie in der großen Radarmasten-Anlage der Flugsicherung auf der Hub zu orten meint. "Man hört am laufenden Band hier von Krebs- und Herzkranken - und das in einer Häufung, die mir nicht gefällt", klagt sie und beschwert sich bei den Politikern, dass in ihrem Stadtteil Antennen postiert sind, die nur 50 Meter von Altenwohnanlagen und Kitas stehen.

Über 20 Bürger melden sich mit Klagen zu Wort. "Keine Einzelfälle", resümiert Rainer Frentzel-Beyme vom Bremer Institut für Präventionsforschung. Sein Kollege Horst-Peter Neitzke (Ecolog-Institut Hannover) sekundiert: Auch unterhalb der gesetzlichen Strahlendosis-Grenzwerte zeigten sich bei vielen biologische Wirkungen. Elektrosmog fördere auch in niedriger Intensität das Wachstum von Krebszellen, vermindere kognitive Leistungen wie Rechnen, belastete Herz und Kreislauf.

Betreiber sucht Konsens

Was tun? Diplom-Ingenieur Wolfgang Klose von der Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation, die den Antennenbetreibern die Schutzabstände vorschreibt und die Standortbescheinigungen ausstellt, gelobt, stets ein Argusauge auf Dreieicher Masten zu werfen. "Jede kleinste Änderung wird von uns begutachtet."

Neitzke empfiehlt den Kommunalpolitikern "Vorrangstandorte vorzuschlagen" und sich dafür schon mal ein wissenschaftliches Gutachten zu leisten. Die Betreiber müssten zwar nicht darauf eingehen, "aber es gibt ja Unruhe in der Bevölkerung - und das wollen die Firmen auch vermeiden. Die sind dankbar für jeden abgeprüften Standort, der in ihre Netzstruktur passt".

"Wir sind zu jeglichem Gespräch bereit, mit ihnen im Konsens Standorte zu verabreden", beteuert denn auch Vodafone-Niederlassungsleiter Rudolf Markschläger prompt. Und verspricht den Politikern: "Wenn Sie sagen ‚Da geht's hin!‘ - dann machen wir das."

http://www.fr-aktuell.de/ressorts/frankfurt_und_hessen/lokal_rundschau/offenbach/darmstadt/?cnt=402577

KOMMENTAR

Spielräume

VON PETER HOLLE

Keine Ausreden mehr. Die Dreieicher Kommunalpolitiker wissen seit dem Experten-Symposium des Bauausschusses, was Sache ist in Sachen Mobilfunk - und was sie von sich aus tun können, um auf die massiven Befürchtungen in der Bevölkerung zu reagieren. Dass dergleichen Ängste im Übrigen kein Minderheitenthema in Dreieich sind, dokumentierte der Ansturm auf die Bauausschusssitzung.

Die Sorgen sind ja berechtigt. Volk und Volksvertreter erfuhren von den Wissenschaftlern, die laut Erstem Stadtrat Dieter Zimmer (SPD) "internationalen Ruf" genießen, dass Gefahr im Verzug ist, da auch niedrige Strahlendosis krank machen kann. Und den Politikern schrieb die hochkarätige Runde ins Stammbuch, dass die Kommune von sofort an Vorsorge treiben kann. Soll heißen: Lasst Gutachten machen, um für die Menschen "harmlose" Vorrangstandorte zu orten. Zwingt die Mobilfunknetzbetreiber an den Verhandlungstisch, um diese - und nur diese - Antennen-Plätze festzuklopfen. Dass die Chancen dafür nicht schlecht stehen - dazu hat am Dienstag ein Vodafone-Sprecher die Schwurhand gehoben. Auch, wie er sagte, namens der drei anderen großen deutschen Netzbetreiber.

Also: Spielräume sind vorhanden, die Dreieicher müssen sie nur nutzen. An die Arbeit - keine Ausreden mehr.

http://www.fr-aktuell.de/ressorts/frankfurt_und_hessen/lokal_rundschau/offenbach/darmstadt/?cnt=402574

Oberstes Gebot ist Gesundheit der Bürger

Stadt lehnt Mobilfunksender in der Nähe eines Kindergartens ab / Brum: Wir setzen auf Kooperation mit Betreibern

Mobile Telefone möchten viele Menschen, Mobilfunkanlagen dagegen die wenigsten. Aufgrund der Diskussionen in der Bevölkerung und aktuellen Urteilen zum Thema hat Bürgermeister Hans-Georg Brum (SPD) die Genehmigungspraxis für diese Anlagen in Oberursel vorgestellt.

VON LIA VENN

Oberursel · 10. März · **Vor kurzem gab es bei der Stadt die Anfrage eines Betreibers, eine Mobilfunkanlage in der Nähe eines Kindergartens aufzustellen. Welcher Kindergarten das war, wollte Brum nicht sagen. "Wir haben dem Betreiber klar gemacht, dass wir das nicht für wünschenswert halten** und er hat dann von sich aus nach alternativen Standorten Ausschau gehalten. Da konnten wir ihm auch Tipps geben." Und dies sei die gängige Vorgehensweise: "Wir setzen auf Kooperation, nicht auf Konfrontation mit den Betreibern", betonte Brum in einem Pressegespräch am Mittwoch.

Viele Möglichkeiten habe die Stadt nicht, auf die Standorte von Mobilfunkanlagen Einfluss zu nehmen, etwa in Gewerbegebieten. Auch gegen bereits installierte Anlagen könne die Stadt nichts machen - ebensowenig gegen solche, für die eine Unbedenklichkeitsbescheinigung vorliege. "In diesen Fällen können wir nichts ausrichten und würden vor Gericht immer das Nachsehen haben", sagte Brum.

In reinen Wohngebieten dagegen könnten Mobilfunkanlagen nur mit Genehmigung der Stadt errichtet werden. Bei nach dem Baurecht genehmigungsfreien Anlagen habe der Betreiber zudem die Pflicht, diese anzuzeigen und bei der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (RegTP) eine gesundheitliche Unbedenklichkeitserklärung zu beantragen.

"Es geht bei der Genehmigung von diesen Anlagen um drei Parteien: den Betreiber, die Stadt und die Vermieter jener Gebäude, auf denen die Anlagen installiert werden sollen", sagte Brum. **Seiner Ansicht nach hätten immer weniger Vermieter überhaupt ein Interesse an den Antennen, weil sie den Wert der Wohnungen beeinflussten. "Oberstes Gebot für uns ist die Gesundheit der Bürger", betonte Brum.** Die Betreiber wiederum hätten "natürlich ein Interesse daran, die Anlagen so nah wie möglich an den Mobilfunk-Nutzern zu installieren".

Als "Standortschwerpunkte" hätten sich überwiegend höhere Gebäude, meist aus den 70er Jahren, herauskristallisiert. **"Neben dem gesundheitlichen Schutz der Anwohner müssen wir deshalb auch beachten, dass das Ortsbild nicht beeinträchtigt wird", sagte Brum.** "Wir haben Zielstandorte im Auge", verriet er, wegen des Datenschutzes wollte Brum aber nicht sagen, wo diese Standorte sein sollen.

Mobilfunkanlagen seien unterdessen auch in Gewerbegebieten nicht unproblematisch. "Da arbeiten ja auch Menschen." Deshalb könne es Probleme mit der Vermietung von Gewerberäumen geben.

Die gesundheitliche Belastung durch Mobilfunkanlagen indes nehme künftig ab, sagte Brum, weil die Strahlung der neuen Anlagen geringer sei als bei den alten.

Auf der Homepage der Regulierungsbehörde (www.regtp.de) können sich Anwohner über Sendeanlagen in ihrer Nähe mittels Postleitzahl, Stadt und Straßennamen informieren.

http://www.fr-aktuell.de/ressorts/frankfurt_und_hessen/lokal_rundschau/hochtaunus/?cnt=402625

Kein Sender in Zwerchallee

Vom 11.03.2004

sc. Der geplante Werbe- und Mobilfunkmast in der Nähe der Zwerchallee darf nicht gebaut werden. Das Verwaltungsgericht bestätigte die entsprechende Entscheidung der Bauaufsicht. Nach Ansicht der Richter ist der Mast nicht mit der übrigen Bebauung vereinbar. Mit einer Höhe von mehr als 26 Metern falle er gegenüber den fünfgeschossigen Wohngebäuden deutlich ins Auge. Zudem liege die Trasse außerhalb des Baugebiets.

http://www.main-rheiner.de/archiv/objekt.php3?artikel_id=1400926

Nachtrag zur Fernsehberichterstattung der Bruchköbeler Initiative

Es fiel mir bereits während der Bürger – Versammlung auf, dass das Fernsehen nur so lange sichtbar anwesend war, bis die Fachleute begannen, ihre Beiträge vorzutragen. Ab diesem Zeitpunkt wurden keine Aufnahmen mehr gemacht, zu sehen im Bericht des HR 3.

KEIN WORT DARÜBER, DASS WISSENSCHAFTLER UND ÄRZTE IN DIESER BÜRGERVERSAMMLUNG IHRE BEDENKLICHEN ERKENNTNISSE IM HINBLICK AUF DEN MOBILFUNK WEITER VERMITTELTEN.

Nicht informierte Menschen, die diesen Fernsehbericht des HR 3 gesehen haben, werden sich teilweise schadenfroh sagen: „Was wollen die Mobilfunk-Kritiker nur, jetzt hat selbst der Bundesgerichtshof die wahrscheinliche Unbedenklichkeit des Mobilfunks bestätigt und ihre Klage abgeschmettert.“

Bei einer solchen Berichterstattung des Fernsehens, wo man wichtige Vorgänge einfach verschweigt, muss man davon ausgehen, dass fehlende Informationen, wie bei diesem Fernsehbericht des HR 3, der Bürgerinitiative im eigenen Ort mehr schaden als nutzen wird. Das ist hier bewusst einseitig ausgenutzt worden.

Hier stand die Meinung der Bürger mit ihren „eingebildeten Krankheiten“ der Meinung des Bundesverfassungsgerichtes gegenüber, wobei die Klage leider abgeschmettert wurde, es seien keine wissenschaftlichen Beweise vorhanden.

Die Bürgerinitiative hatte an diesem Abend aber mit großem Aufwand mit einem Wissenschaftler, einem Facharzt sowie einem Baubiologen versucht, diese Erkenntnisse den Bürgern zu vermitteln. Diese wissenschaftlichen Fakten wurden zu Gunsten der gesundheitlich betroffenen Bürger der Initiative überhaupt nicht erwähnt.

Die Mobilfunk-Industrie ging bei außenstehenden nicht informierten Bürgern aus diesem einseitigen Bericht eindeutig als Sieger hervor. Gestärkt noch durch den Kommentar des Richters, **während bei der Initiative die wissenschaftlichen Begründungen, die Bezug nahmen auf die Beschwerden der Bürger, die auch Außenstehende hätten stutzig und nachdenklich werden lassen, einfach weggelassen wurden !**

Bereits auf der Einladung war klar zu ersehen, dass hier Fachleute zu Wort kommen sollten, dabei war in diesem Fernseh-Bericht nur von einer Bürgerversammlung zu hören, kein Wort über den wahren Sinn der Veranstaltung:

**DURCH FACHLEUTE ÜBERMITTELTE INFORMATIONEN
FÜR NICHT INFORMIERTE BÜRGER!**

WISSENSCHAFTLICHE ERKENNTNISSE ÜBER BISHER EINGETRETENE SCHÄDIGUNGEN AM BETROFFENEN MENSCHEN!

Jeder Fußball-Fan wäre stocksauer, wenn seine Fußball-Übertragung in der Halbzeit beendet wird und man ihm das End- Ergebnis verschweigt ! Jeder Bericht hat einen Anfang und ein Ende, lässt man Inhalte weg, verfälscht man die Information !

Für Mobilfunk-Kritiker gibt es keine Pressefreiheit. Leserbriefe alleine sind Artikel für den Papierkorb ! Diese Artikel werden nur von einem unbedeutenden Prozentsatz von Bürgern gelesen. Sie können für die Presse lediglich als Alibi für „Pressefreiheit“ dienen.

Wer nur die halbe Wahrheit verbreitet, beeinflusst die Meinungsbildung einseitig und verfälscht dadurch die Informationen zum Schaden an der Allgemeinheit !

Die Hoffnung der MOBILFUNK-INDUSTRIE:

Nicht alle Probleme sind lösbar, aber die unlösbaren nutzen sich mit der Zeit ab !
Adlai Stevenson

dieter keim <> Ilbenstadt

MOBILFUNK / Kein Mast auf Dürreberg - Verbindungen über Reutlinger Telekomhaus und Waldenbuch

Die UTMS-Antenne liegt auf Eis

Hillebrands Erfolg: Vodafon will die betroffenen Bürger umfassend informieren

Die Vodafone D2 GmbH teilt mit, dass im näheren Zeitraum eine Notwendigkeit für einen Richtfunkstand im Bereich Dürreberg nicht mehr besteht". Mit Erleichterung nahm Dieter Hillebrand (CDU-MdL) die Nachricht des Mobilfunkunternehmens auf.

REUTLINGEN/PLIEZHAUSEN/DEGERSCHLACHT

"Die zweijährigen Bemühungen, Vodafone zum Verzicht auf die Errichtung eines Funkmastes im Distrikt Dürreberg bei Rübgarten zu bewegen, wurden belohnt", sagte Dieter Hillebrand. In den Verhandlungen des Abgeordneten mit dem Vodafone-Management wurde erreicht, dass das Unternehmen einen Vertrag mit der Deutsche Funkturm GmbH über die Mitbenutzung der Richtfunkanlage Waldenbuch abschloss.

Bereits im Vorfeld hätten die Alternativstandorte am Gönninger Roßberg und zwischen Rommelsbach und Oferdingen ausgeschieden werden können.

"Durch den erzielten Kompromiss wird das Landschaftsbild im Neckartal nicht durch einen 90 Meter hohen Mast beeinträchtigt", so Dieter Hillebrand.

Zudem gebe es jetzt keinen Grund mehr für weitere Befürchtungen über mögliche nachteilige Auswirkungen für die Bürger in Pliezhausen.

Das Mobilfunkunternehmen betonte, dass die Medaille auch eine Kehrseite hat: "Mit dem Verzicht auf einen eigenen Richtfunkstandort wird eine Kompromisslösung erreicht, die ein hohes Risiko für die Mobilfunkversorgung im Raum Reutlingen im Falle einer Katastrophe bedeutet."

Bei der jetzigen Lösung gehen die Mobilfunkverbindungen in und aus dem Raum Reutlingen über das Telekomgebäude in Reutlingen. Im Falle eines Brandes in diesem Gebäude wären sowohl die Richtfunk-

Verbindungen als auch die Telekom-Leitungen funktionslos und damit ein großflächiger Ausfall des Mobilfunks gegeben.

Dessen ist sich auch Dieter Hillebrand bewusst. **Jedoch könne aufgrund der "geringen Wahrscheinlichkeit, dass sich dieses Risiko überhaupt verwirklicht", dies durchaus in Kauf genommen werden. Hillebrand, der als DRK-Vorsitzender auch die Belange eines Rettungsunternehmens vertritt, will versuchen, das Risiko noch weiter abzumildern. Durch die Verhandlungen der jüngsten Zeit war es Hillebrand möglich, Vodafone stärker für die mit dem Mobilfunk verbundenen Sorgen der Bürger zu sensibilisieren.**

Hillebrand hat weiter erreicht, dass auch "die von der Vodafone D2 GmbH in Degerschlacht geplante Antenne für den UMTS-Mobilfunk vorerst auf Eis liegt".

Vodafone will vor dem Bau direkt vor Ort eine Informationsveranstaltung abhalten, in der die Bürger umfassend und nicht Scheibchen um Scheibchen über den Mobilfunk im Raum unterrichtet werden sollen.

Erscheinungsdatum: Donnerstag 11.03.2004

http://www.suedwest-aktiv.de/region/metzingerurachervolksblatt/stadt_und_kreis_reutlingen/1004857/artikel.php

Anhaltende Funkstille in Boxberg

BOXBERG/BONGARD. (HG) Wegen der Beschwerden einiger Kunden, dass in der Umgebung von Boxberg bis Bongard kein Empfang im Handy-Netz von E-Plus möglich ist, wollte der Mobilfunkanbieter auf den Windkraftanlagen bei Boxberg einen Sendemast anbringen. Die Gemeinde hat dies jedoch abgelehnt.

Das Mobilfunknetz der großen Anbieter D 1, Vodafone und E-Plus ist zwar in Deutschland größtenteils flächendeckend ausgebaut. In jedem Netz aber gibt es immer noch ein paar weiße Flecken, in denen kein Empfang möglich ist. Dass die Betreiber bestrebt sind, diese Orte auch zu versorgen, liegt nahe.

Obwohl bei Dockweiler, in Müllenbach und am Hochkelberg schon Funkstationen von E-Plus stehen, gab es immer wieder Beschwerden von Kunden über ein Funkloch um Boxberg bis nach Bongard. Die verstärkten sich Ende vergangenen Jahres, wie E-Plus Pressesprecherin Stephanie Groth bestätigt. Eine Untersuchung des Netzbetreibers vor Ort bestätigte die Aussage der Kunden. Nach einer hoch gelegenen Stelle für eine kleine Basisstation brauchte der Betreiber nicht lange zu suchen. Die Windräder bei Boxberg wären nach Auffassung des Mobilfunkanbieters ein idealer Punkt für die Station gewesen und nach einer Rückfrage beim Betreiber der Windkraftanlagen, "Windspeed", gab dieser grünes Licht für die Installation. "Von diesem Standort aus hätte man mit einer relativ niedrigen Sendeleistung das Gebiet optimal versorgen können", sagt Stephanie Groth.

Aber die Gemeinde Boxberg als Eigentümer des Areals machte dem Mobilfunkanbieter einen Strich durch die Rechnung und lehnte die Installation der Anlage wegen der Gefahr durch die Strahlung ab. Die Frage, ob die Strahlung von Mobilfunkmasten schädlich für den Menschen ist oder nicht, wird vielerorts diskutiert und ist teils Gegenstand hitziger Debatten zwischen Gegnern und Netzbetreibern. Darüber ärgerte sich E-Plus gewaltig, "da man uns keine Begründung für die Ablehnung gegeben hat und auch das Wegerecht zu den Windkraftanlagen verweigerte", sagt Stephanie Groth.

Bürgermeister widerspricht Mobilfunkbetreiber

Für Ortsbürgermeister Werner Lenarz ist der Vorgang schon lange abgeschlossen, aber der Darstellung von E-Plus widerspricht er energisch: "Etwa vor einem halben Jahr hat jemand von E-Plus wegen der Installation einer Sendeanlage angefragt. Ich habe ihm gesagt, dass vom Gemeinderat keine Akzeptanz dafür da sei. Damit war die Sache für uns erledigt", sagt Lenarz und fügt hinzu: "Nach den Windkraftanlagen können wir den Bürgern nicht auch noch eine Mobilfunkantenne zumuten, das wollen die wegen des möglichen Elektroschmogs nicht."

Über eine Verweigerung von Wegerechten, sagt Werner Lenarz, sei übrigens nie gesprochen worden, was ja durch die Absage der Gemeinde auch nicht nötig gewesen sei. E-Plus wird im Funkloch jedenfalls keinen zusätzlichen Funkmast aufstellen.

13.03.2004

<http://www.intrinet.de/regionales/daun/aktuell/751,375066.html>

Der Bundesgerichtshof erlaubt die ungebremste Bestrahlung der Bevölkerung

Der Bundesgerichtshof hat in einem Urteil (AZ VZR 217/03 218/03) die Bevölkerung erneut zum bisher größten Menschenversuch mit gepulsten elektromagnetischen Strahlen freigegeben.

Die Richter behaupten in ihrem Urteil, was Mobilfunkindustrie und Strahlenschutzkommission seit Jahren wider besseren Wissens landauf und landab verkünden: Die gültigen Grenzwerte für Mobilfunkstrahlen schützen die Gesundheit und es gäbe keinen Hinweis auf gesundheitliche Risiken.

Ist dem BGH entgangen, wie die bei uns gültigen Grenzwerte zustande gekommen sind, die weltweit zu den höchsten zählen? Sie wurden aufgestellt von einem selbsternannten Verein von industrienahen Männern (ICNIRP) ohne Auftrag von einer wissenschaftlichen und demokratisch kontrollierten Institution. Die Werte beziehen sich ausschließlich auf die messbare unmittelbare Erwärmung von Körpergewebe durch Mikrowellen und haben biologische Wirkungen und Gesundheitsstörungen (sog. nicht-thermische Wirkung) nie zum Gegenstand gehabt. Biologische Wirkungen bei lebenden Organismen treten bereits bei Strahlungsstärken auf, die ein Zehnmillionstel der bei uns geltenden Grenzwerte betragen!

Auch scheint dem BGH entgangen zu sein, dass die deutsche Strahlenschutzkommission diese Werte 1:1 übernommen hat, natürlich unter Leugnung biologischer Wirkungen. Sehr nachdenklich macht, dass zu dieser Zeit der Vorsitzende der deutschen Strahlenschutzkommission ein führendes ICNIRP-Mitglied war!

Ausgerechnet auf diese Grenzwerte, die sich längst als völlig untauglich für einen Gesundheitsschutz erwiesen haben, beruft sich der Bundesgerichtshof. Ist dem BGH ungezügelter Wirtschaftsförderung wichtiger als Gesundheitsschutz der Bevölkerung?

Ist dem BGH weiter entgangen, was seit Jahrzehnten in zahlreichen wissenschaftlichen seriösen Studien belegt und seit der massenhaften Verbreitung von Mobilfunk in neuen unabhängigen Studien bestätigt wurde und wird?

- **Die biologischen Regelkreise in Zellen, Organen und im Gesamtorganismus, die für die Aufrechterhaltung des Lebens und der Eigenregulation zur Gesundheitserhaltung und Krankheitsüberwindung verantwortlich sind, werden durch die gepulsten und pausenlos auf uns einwirkenden künstlichen Mikrowellen des Mobilfunks empfindlich gestört. Die schädigende Wirkung anderer Umweltbelastungen wird dadurch im Organismus noch potenziert.**
- **Schon kurzfristig führt dies bei Menschen zu einer Verschlechterung der Fließeigenschaften des Blutes, zu Störungen der Gehirnströme, der Aufmerksamkeit, des Schlafrhythmus, der Fruchtbarkeit usw.**
- **Immer mehr immer jüngere - meist vorgeschädigte - Menschen werden elektrosensibel und reagieren mit Kopfschmerz, Niedergeschlagenheit bis hin zu schweren Depressionen Aggressionen, Herzrhythmusstörungen, Schilddrüsenerkrankungen, Schlafstörungen, Ruhelosigkeit usw.**
- **Langfristig bedeuten die dem Körper aufgezwungenen künstlichen Schwingungsmuster eine ständige Störung der biologischen Regelkreise, was Fehlsteuerungen auf der Zellebene und bei allen Stoffwechselfvorgängen zur Folge hat. U.a. führt dies zu Störung der Zellreifung,**

Schwächung des Immunsystems und Brüchen in der Erbsubstanz. Die Folgen solcher anhaltenden Störungen sind hinlänglich bekannt: Zunehmende Immunschwäche, Bahnung und Verstärkung von sehr unterschiedlichen Krankheitsprozessen bis hin zu Krebs und Erbkrankheiten.

Während bereits Industrieunternehmen wie BMW im vergangenen Jahr zum Schutz für alle Mitarbeiter weltweit die Grenzwerte für Schnurlostelefone in den eigenen Betrieben um den Faktor 100 000 gegenüber den "Grenzwerten" des E-Netzes gesenkt haben, will der BGH ganz im Sinne der Mobilfunkindustrie die Bevölkerung weiter praktisch unbegrenzt und pausenlos mit Hochfrequenzwellen bestrahlen lassen.

Wissen die Richter mehr als der Strahlenexperte Prof. Eckel von der Bundesärztekammer, der vor den ernstzunehmenden Gefahren durch Mobilfunk warnt?

Wissen die Richter mehr als die über 1000 Ärzte, die im sog. Freiburger Appell mit großer Besorgnis ihre Beobachtungen über zunehmende Erkrankungen ihrer Patienten im Zusammenhang mit Mobilfunk ausdrücken? Oder mehr als Wolfram König, Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz, der mittlerweile vor uneingeschränktem Einsatz von Mobilfunk warnt?

Äußerst alarmiert müsste der BGH sein durch die mehrfach wissenschaftlich nachgewiesene Öffnung der Blut-Hirn-Schranke durch gepulste Mobilfunkstrahlung schon bei niedrigster Stärke. Denn dies bedeutet, dass Umweltgifte, (z.B. Schwermetalle, Pestizide, Fremdeiweiße u.a.) ungehindert ins Gehirn eindringen. Schwermetalle im Gehirn führen u.a. zu Alzheimer- und Parkinsonsymptomen. Was kommt da insbesondere auf die jüngeren Generationen zu, die schon in einer Phase, wo das Gehirn noch im Wachstum begriffen ist, mit dieser zerstörerischen Bestrahlung von Beginn ihres Lebens an Tag und Nacht bombardiert werden?!

Macht sich hier der BGH zum Sprachrohr einer durch den Verkauf der UMTS-Lizenzen mit über 50 Mrd. € noch abhängiger gewordenen Bundesregierung, die Wirtschaftsinteressen und Profit über die Gesundheit der ihr anvertrauten Bevölkerung stellt?

Wir appellieren an die Richter auf allen Ebenen, den Mut zu haben, unabhängig vom Diktat einer Industrie und deren Gefolgsleuten allein ihren ethischen Verpflichtungen nachzukommen. Etwas Positives am Urteil des BGH: die unteren Gerichtsebenen sind aufgefordert, selbständig Gesundheitsgefahren durch Mobilfunk und gutachterliche Äußerungen zu prüfen!

Wir appellieren an alle selbstverantwortlich handelnden Menschen:

- **sich über die Gesundheitsgefahren durch Mobilfunk durch unabhängige und kritische Stellen zu informieren.**
- **sich nicht blindlings und ohne die gesundheitlichen Folgen zu bedenken, von den Verlockungen der neuen Technologie blenden zu lassen, d.h.:**
- **die eigene Mobilfunknutzung kritisch zu überprüfen und zu bedenken, denn mit jedem Kauf und jeder Nutzung eines Schnurlostelefon, eines Handy, einer schnurlosen Technik (Blue-Tooth, WLAN), besonders mit dem "Wellenmix" von UMTS, erhöhen Sie Ihre Bestrahlung und Gesundheitsgefährdung und die Ihrer Mitwelt und Sie fördern den Ausbau neuer Sendestationen.**
- **Öffentlich anhaltend gegen das Urteil des BGH und den ungebremsten Ausbau des Mobilfunks zu protestieren.**
- **Zum Schutz vor zunehmender Gesundheitsgefährdung durch den ungebremsten Mobilfunkausbau sich in einer der über 15.000 Bürgerinitiativen zum Schutz vor Elektromog zu organisieren.**

- Die mutige Aktion der Bürger von Bruchköbel zu unterstützen, die bis vor den BGH prozessierten und sie dabei zu unterstützen, Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht zu erheben. (Hirt-GmbH@t-online.de)

Interdisziplinäre Gesellschaft für Umweltmedizin IGUMED, 28203 Bremen. – Initiative zum Schutz vor Elektrosmog Südbaden, 79256 Buchenbach. – Verein für Elektrosensible, 85604 Zorneding/München. – Traunsteiner Initiative zum Schutz vor Mobilfunk, 83278 Traunstein. – Bundesverband Elektrosmog, 71332 Waiblingen. – Bürgerwelle e.V., Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektrosmog, 95643 Tirschenreuth.

Nachricht von Rechtsanwalt Dietmar Freund

Spanische Presseberichte über Anhäufungen von Krebs- und anderen Erkrankungen in der Nähe von Mobilfunk-Sendeanlagen 2000 - 2003

Nr. Zeitung oder Magazin Datum Ort Provinz Anzahl der Fälle und Krankheit

- 1 La Opinión de Murcia 10.05.2000 Totana Murcia 6 Krebstote, 11 weitere Betroffene
- 2 Las Provincias 21.11.2000 Torreveja Alicante 13 Krebstote
- 3 Las Provincias 12.01.2001 Quart de Poblet Valencia 5 Krebsfälle
- 4 Diario Información 16.03.2001 Ondara Valencia 10 Krebsfälle
- 5 Diari de Girona 08.06.2001 Roses Girona 1 Gehirntumor
- 6 Diario Información 30.08.2001 Benidorm Alicante 3 Krebsfälle
- 7 El Mundo (Edición de Andalucía) 30.08.2001 Barrio de San José de Palmete Sevilla 9 Krebsfälle
- 8 ABC (Edición de Sevilla) 21.11.2001 Córdoba (Colegio Jesús Nazareno) Córdoba 3 Leukämiefälle bei Kindern und 2 Darmkrebsfälle bei Schulkindern
- 9 El Norte de Castilla 2001-2003 Valladolid Valladolid 5 Fälle von Leukämie und Lymphdrüsenkrebs
- 10 El Ideal Gallego 05.01.2002 Barrio de las Flores La Coruña 20 Tote in einem Jahr
- 11 El Punt 10.03.2002 Figueres Girona 3 Gehirntumore bei Kindern einer Schule
- 12 La Verdad 25.03.2002 Torreveja (La Calera) Alicante 7 Krebsfälle
- 13 ABC 06.11.2002 Villaviciosa de Odón Madrid 4 Krebsfälle bei Feuerwehrleuten
- 14 Diario de Cádiz 09.02.2003 Conil Cádiz Viele Fälle von Krebs und Problemen mit Schilddrüse
- 15 Interview 10.03.2003 Torreperregil Jaén Sehr große Anzahl von Patienten und Toten
- 16 La Opinión de Málaga 28.03.2003 Ronda Málaga 14 Krebstote
- 17 20 Minutos 21.04.2003 Barrio de Las Musas Madrid 14 Krebsfälle
- 18 El Norte de Castilla (León) 04.05.2003 Zona de Mariano Andrés León Starke Krebs-Häufung
- 19 Diario Información 13.05.2003 Barrios Bacarot y Pla Alicante Mehrere Krebsfälle, 4 Tote und 4 Fehlgeburte
- 20 La Verdad 24.05.2003 Cartagena Murcia 2 Krebstote
- 21 El Periódico de Córdoba 30.05.2003 Montilla Córdoba 11 Fälle von Schilddrüsen-Überfunktion
- 22 La Vanguardia 20.06.2003 Barcelona Barcelona 2 Leukämietote
- 23 Última Hora Digital 12.08.2003 Portocolom (Mallorca) Baleares 23 Krebsfälle
- 24 El Periódico Mediterráneo 27.08.2003 Alcossebre Castellón 6 Krebsfälle
- 25 Diario de Jerez 03.09.2003 Jerez Cádiz Mehrere Krebsfälle
- 26 La Verdad 05.09.2003 Cieza Murcia 3 Krebsfälle in einer Schule
- 27 Tribuna de Salamanca 07.09.2003 Salamanca Salamanca 3 Fälle von Kehlkopfkrebs
- 28 El Periódico de Extremadura 13.11.2003 Plasencia Cáceres 7 Krebsfälle
- 29 El Norte de Castilla (Palencia) 30.11.2003 Palencia (Cuartel Guardia Civil) Palencia 2 Leukämiefälle und ein seltsamer Tod
- 30 Las Provincias 05.12.2003 Alzira Valencia 34 Krebsfälle
- 31 La Opinión de Murcia 10.12.2003 San Ginés Murcia 20 Krebsfälle, mehrere Leukämiefälle bei Kleinkindern
- 32 El Periódico de Extremadura 17.12.2003 Coria Cáceres Mehr als 20 Krebsfälle bei Jugendlichen

Informant: Alfonso Balmori, Translation Spanish in English: Omega, Übersetzung englisch-deutsch: Dr. Hans Schmidt, WOR

http://www.buergerwelle.de/pdf/krebscluster_spanien_2000_2003.xls

Nachricht von Gerd Ernst Zesar

Uni- Klinik Münster zeigt Dr. Matthias Rath an

Die Uni- Klinik Münster im hiesigen Westfalen zeigt einen umstrittenen Alternativ- Mediziner Matthias Rath an. Er steht unter dem Vorwurf, eine kriminelle Vereinigung gebildet zu haben. Der Staatsschutz ermittelt.

Die Anzeige richtet sich gegen das von Rath aufgebaute Vertriebsnetz für hochangereicherte Vitaminprodukte. Nach Auffassung des Uni- Klinikums wird damit irreführende Werbung betrieben.

Der Alternativ- Mediziner propagiert Methoden der Vitamintherapie zur Heilung und Behandlung von Krebserkrankungen. Unter anderem hatten auch die Eltern eines achtjährigen Jungen die herkömmliche Krebstherapie für ihr Kind im Uniklinikum Münster abgebrochen und auf die Methoden Rath vertraut. Ein Professor des Klinikums hatte den Eltern daraufhin das Sorgerecht für ihren Jungen aberkennen lassen.

Argumentation bei den Uni- Medizinern war, dass gerade bei Kindern die Heilungschance für Krebs nach herkömmlichen Methoden mit 75% besonders hoch sei. Nicht beweisbare Konzepte seien fahrlässig.

Rath wirft diesen vor, Studien zur Schlagkraft alternativer Produkte zu blockieren und gemeinsame Sache mit der Pharmaindustrie zu machen. *(Ende der Meldung)*

Mein Kommentar:

Ist Ihnen beim Lesen der Meldung nicht unbehaglich geworden? Mir als liberal denkenden Menschen sträuben sich immer noch alle verfügbaren Haare!

Die Argumentation mit den 75% Heilungschance für Kinder mag ja stimmen, aber wenn ich sehe, was Mediziner mit erwachsenen Krebspatienten machen, kommen mir beträchtliche Zweifel an der Kompetenz solcher Uni-Professoren. Bei fast allen mir bekannten Fällen von Krebs bei Erwachsenen wurden aufwändige Chemotherapien und Kobalt-Bestrahlungen vorgenommen, mit der Folge, dass die Betroffenen ihre letzte Widerstandskraft und ihr Selbstwertgefühl verloren, sich zwischendurch mal besser, mal schlechter fühlten, und letztendlich doch elendig am Krebs starben!

Mit einer solchen Erfolgsaussicht kann man doch ebenso gut alternativen Therapien eine Chance geben. Möglicherweise würden die Patienten dann nicht so sehr leiden...

Haben solche Professoren wirklich die Kompetenz, die Aberkennung des Sorgerechts zu beantragen und letztendlich auch durchzusetzen? Welcher Jurist hat das Rückgrat, dem massiven Druck durch hochgradige Schulmediziner zu widerstehen?

Diesen Eingriff in das Sorgerecht der Eltern halte ich für höchst bedenklich. Selbstverständlich hat der Staat eine Fürsorgepflicht für alle Bürger, besonders auch für Kinder, aber die sollte er gefälligst dann auch in anderen, wichtigen Bereichen, z. B. der Gesundheitsvorsorge, gegen das Tabakrauchen, gegen Gifte in Nahrung, Kleidung, Möbeln, Baustoffen, Farben und Atemluft und natürlich auch gegen die allgegenwärtige hochfrequente digitale Verseuchung durch Mobilfunk, DECT- Telefone, UMTS, digitales terrestrisches Fernsehen, WLANs, Bluetooth und andere wahrnehmen!

Da kann ich ja noch von Glück sagen - mit der Bemerkung: "Überlegen Sie es sich genau, sie wissen ja nicht, was Sie Ihrem Kind damit antun!" haben mich die Mediziner mit meiner Tochter vor einigen Jahren entlassen, nachdem sie mir eindringlich erklärt hatten, dass ihr unbedingt die Mandeln entfernt werden mussten, ein anderes Mal, dass ihr unbedingt die Schilddrüse operativ entfernt werden müsste.

Wir haben unsere Wohnung baubiologisch saniert, die Betten aus geopathischen Störzonen entfernt und uns alternativen Methoden zugewandt - und das mit gutem Erfolg! Meine Tochter hat noch sowohl ihre Mandeln als auch die Schilddrüse und fühlt sich wohl damit.

Meine Warnung: Passen Sie bei Ihrem nächsten Arztbesuch auf, dass dieser Sie nicht entmündigen lässt, um Ihnen wegen Ihrer ständigen Elektrosmog- Kopfschmerzen das Gehirn amputieren zu können!! Der Baubiologe, der Ihnen klar gemacht hat, dass Ihre Kopfschmerzen vom Elektrosmog stammen, würde dann als Mitglied eines kriminellen Geheimbundes verbrannt!

Und Grüner Tee - ist das nicht vielleicht auch als hochangereichertes Vitamin- Präparat einzustufen? Deutschland - ein Land von Kriminellen?

Müssen wir demnächst Lizenzgebühren an die Pharma-Industrie bezahlen beim Kauf von Apfelsinen oder Zitronen, nur weil diese hohe Anteile an Vitamin C haben?

Ich glaube nicht mehr viel von dem, was mir ein Arzt sagt.

Mit einem freundlichen Gruß aus dem Münsterland

Dipl.- Ing. Wolfgang Priggen

Quelle: <http://de.groups.yahoo.com/group/elektrosmog-liste/message/3618>

Fortgeschrittene Mind-Kontrol in der BRDeutschland

<http://omega.twoday.net/stories/166588/>

Frage zur Netzsanierung

Beim Symposium der DGEIM (Deutsche Gesellschaft für Energetische und Informationsmedizin) am 25.09.03 in Stuttgart berichtete Dr. Karl Maret von den Erfolgen mit Netzsanierungen an Schulen (in den USA). Verhaltensauffälligkeiten bei den Schülern (Drogenkonsum, Aggressivität usw.), die zuvor zu großen Problemen geführt hatten, waren verschwunden, nachdem man Netzfilter in die Hausstrominstallation eingebaut hatte.

Zu dieser Problemlösung hatte man gefunden, nachdem vorausgegangene Chemikalien- und Schimmelpilzsanierungen vergeblich waren und man festgestellt hatte, dass die Einkopplungen von Radiofrequenz- und Mikrowellen (Mobilfunk usw.) das Hausstromnetz verseucht hatten.

Wer kennt geeignete Netzfilter und kann über eigene Erfahrungen damit berichten? Wie funktionieren sie? Welche technischen Daten haben sie, was kosten sie und wo kann man sie kaufen? Gibt es messtechnische Wirkungsnachweise zu den Geräten? Wie werden sie eingebaut?

20.03.2004

Der Bundesgerichtshof spricht sich weiterhin für die wissenschaftlich umstrittene Bestrahlung der Bevölkerung durch Mobilfunk aus

[18.03.2004 - 13:15 Uhr]

Zorneding (ots) - Der Bundesgerichtshof hat in einem Urteil (AZ VZR 217/03 Ende Febr. 04) die Bevölkerung erneut zum bisher größten Menschenversuch mit gepulsten elektromagnetischen Strahlen freigegeben. Er bestätigte damit die Haltung der Mobilfunkindustrie und Strahlenschutzkommission, die gültigen Grenzwerte für Mobilfunkstrahlen schützten die Gesundheit und es gäbe keinen Nachweis auf gesundheitliche Risiken. Der explosionsartige Anstieg von Zivilisationserkrankungen in den letzten 10 Jahren scheint dabei nicht berücksichtigt worden zu sein.

Weiter unter: <http://www.presseportal.de/story.htx?nr=538622>

ots Originaltext: Verein für Elektrosensible e.V.

Pressekontakt: Dr. Birgit Stöcker, Herzog-Arnulf-Str. 43, 85604 Zorneding, Tel. 08106-20220

Studie: Wirkung elektromagnetischer Felder auf Weißstörche

Effects of the electromagnetic fields of phone masts on a population of White Stork (Ciconia ciconia)

von Alfonso Balmori Martínez, Biologe (in Englisch)

http://www.buergerwelle.de/pdf/effects_of_emf_on_white_stork.pdf

Wundersame Mobilfunkantennen-Vermehrung

Stadtrat ärgert sich über Falschinformationen im Vorfeld des Bürgerentscheids

Unterschleißheim (mf) - **Im Vorfeld des Mobilfunk-Bürgerentscheids in Unterschleißheim gibt es weiter Wirbel:** Im Hauptausschuss berichtete Michael Schessl (CSU) von Bürgern, die ihn verunsichert fragten, ob es nun acht oder 14 Mobilfunkstandorte im Stadtgebiet gebe. Der Grund für diese Verunsicherung wurde den Räten auch gleich vorgeführt: Eine Website (www.buerger-fuer-ush.de) veröffentlicht eine Karte mit 14 bestehenden und drei geplanten Standorten. Beim Blick auf die Informationen zu den dargestellten 14 Standorten aber zeigt sich, dass es sich teilweise gar nicht um Mobilfunkanlagen handelt, sondern um sogenannte "Sonstige Funkanlagen", wie etwa Bahnfunkanlagen oder auch Fernsehantennen. "In Wirklichkeit sind es acht bestehende Standorte, aber es werden 14 suggeriert", stellte Bürgermeister Rolf Zeitler richtig.

Josef Diehl (CSU) berichtete von einem Faltblatt, das er aus seiner Mülltonne gezupft habe. Darin seien satte 38 Standorte angegeben. Die Bevölkerung werde so "mit grober Unwahrheit in die Irre geführt". Auch Alfons Wommelsdorf (SPD) missfiel diese Art der Fehlinformation: "Wir haben die Verpflichtung, die Bürger darauf hinzuweisen, was da läuft."

Kurt Stubenrauch (FB) indes monierte, dass die Anfrage von Michael Schessl "sehr vorbereitet" ausgesehen habe. **Die Beratung zum Thema Bürgerentscheid sei in nichtöffentlicher Sitzung geplant gewesen und wegen der anwesenden Pressevertreter in die öffentliche Sitzung gezogen worden.** Das aber ließ Bürgermeister Zeitler nicht gelten, denn in seinem Bericht hatte er nur erklärt, dass rechtzeitig vor dem Entscheid Informationen zum Thema Mobilfunk-Bürgerbegehren veröffentlicht würden und dabei auch den Initiatoren Raum eingeräumt werde. Wenn dann eine Anfrage komme, werde darauf auch geantwortet. *mm*

Datum: 19.03.2004

<http://www.merkur-online.de/regionen/muenchennord/50,256030.html>

Lautlos, geruchlos, unsichtbar

Elektrosmog-Berater auf der Jagd nach hochfrequenten Strahlenquellen

München - Kurt Renz ist auf der Suche. Langsam lässt er die einen halben Meter lange Antenne über dem Bett kreisen. **Das Übel, dem der Münchner auf der Spur ist, ist unsichtbar. Man kann es weder riechen noch sehen. "Deswegen sind sich viele Menschen des Risikos gar nicht bewusst", sagt Renz. Übelkeit, Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit - nicht selten werde die wahre Ursache nicht erkannt. Kurt Renz ist Elektrosmog-Berater.**

Heute ist die Wohnung einer jungen Frau aus dem Münchner Osten sein Arbeitsplatz. Das Wohnzimmer Arbeit überwiegend in den Schlafzimmern hat sich in eine kleine Rechenzentrale verwandelt. Neben vielen Apparaturen steht dort ein grauer Metallkasten, an dem Schalter und Tasten angebracht sind. Im Sekundentakt leuchten auf dem Display Zahlen auf. "Mit dem Spektrumanalysator messe ich hochfrequente Strahlenquellen, zu denen der Mobilfunk gehört", erklärt Renz.

Er arbeitet vor allem in Münchens Schlafzimmern. "In der Ruhephase ist der menschliche Körper am empfindlichsten", erklärt der Diplom-Ingenieur. Nachts müsse die Strahlung deshalb "möglichst gering" gehalten werden. Nach Ansicht einiger Forscher verändere sich die Melatonin-Ausschüttung bei permanentem Elektrosmog. Melatonin ist ein Hormon, das nachts in einem Teil des Zwischenhirns produziert wird. Der Botenstoff fördert den Schlaf. Die Folgen von Melatonin-Mangel können Schlafstörungen und eine Beeinträchtigung der Hirntätigkeit sein. Einige Ärzte behaupten im so genannten "Freiburger Appell" gar, dass Herzrhythmusstörungen und Gehirntumore die Folge von Elektrosmog sein könnten.

Gegen "Dämonisierung" des Mobilfunks

Beweise dafür oder für andere von manchen Menschen gefühlten Beeinträchtigungen fehlen.

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) rät "vor allem beim Umgang mit Handys vorsichtig zu sein". Zwar gibt es laut Präsident Wolfram König "keinen wissenschaftlichen Nachweis für gesundheitliche Gefahren, vor denen die Grenzwerte nicht schützen, wohl aber Hinweise auf mögliche Risiken und Fragen, die wissenschaftlich nicht beantwortet werden können".

Auch die Studentin, bei der Renz heute die Strahlung misst, glaubt an die "negativen Auswirkungen der Strahlung". Sie geht davon aus, dass die Mobilfunkantenne in der Nähe ihrer Wohnung eine erhöhte Strahlung bewirkt.

Nach einer halben Stunde stellt Renz tatsächlich eine erhebliche Elektrosmog-Belastung fest. Doch die Strahlenschleuder ist nicht der Mobilfunkmast. "Sie haben Glück, weil die Strahlen von den benachbarten Häusern stark gedämpft werden", sagt Renz. **Die Quelle befindet sich in der Wohnung selbst - die Basisstation des Funktelefons. "Von schnurlosen Funktelefonen rate ich grundsätzlich ab", erklärt er der erstaunten Kundin. Diese Belastung sei "enorm". Die Anlagen sendeten ohne Unterbrechung. Diesen Umstand führt Renz auf mangelndes Interesse der Hersteller an Weiterentwicklung zurück.**

Das könnte sich bald ändern: Die Zahl der Menschen, die über Gesundheitsprobleme durch Elektrosmog klagen, steigt. Fünf Millionen Deutsche glauben laut einer Umfrage des BfS, dass sie Elektrosmog krank gemacht hat. Aufspüren und Eindämmen von Elektrosmog ist ein Marktsegment mit enormen Wachstumspotenzial.

Renz schaltet die Basisstation des Funktelefons aus. Nun schlägt die Nadel des am Messgerät angeschlossenen Druckers deutlich flacher aus. "Ohne die Basisstation ist der maximale Summenwert mit 36 Mikrowatt pro Quadratmeter gut", sagt Renz. Der erlaubte Grenzwert liegt je nach Netz zwischen 4,5 und 9 Watt pro Quadratmeter. **"Der ist aber viel zu hoch", kritisiert Renz.** Dann holt er ein tragbares Gerät, das einem Geigerzähler ähnelt. "Lassen Sie mich die Strahlung hörbar machen", sagt er. Kurz nach dem Einschalten hört man ein Hämmern in einem schnellen Gitter und Tapete als Schutz vor Sendemasten Rhythmus. Renz: "Das sind die Signale des Funktelefons." **Bis zu 50 Metern sei die Strahlung solcher**

Geräte in Wohnhäusern messbar, bei Handyantennen seien es je nach Bauart einige hundert Meter in der Stadt und mehrere Kilometer auf dem Land.

VON TOBIAS LILL

Datum: 20.03.2004 00:00 | aktualisiert: 20.03.2004 00:03

<http://www.merkur-online.de/nachrichten/vermishtes/report/370,256366.html?fCMS=7e304f7e688b1dfc4c55e3f192d1f0d9>
(Auszug)

Omega: Seit Februar 2002 gilt der neue Salzburger Vorsorgewert von 1 Mikrowatt/m₂ im Innenbereich.

Die Empfehlung von 36 Mikrowatt/m₂ nicht zu akzeptieren und stellt eine Verharmlosung gegenüber der Bevölkerung dar, der neue Salzburger Vorsorgewert von 1 Mikrowatt/m₂ müsste auf jeden Fall eingehalten werden.

Beweise fehlen

Kaum ein Thema ist so umstritten wie die Auswirkungen von Elektrosmog. Während Mobilfunkbetreiber und die meisten Wissenschaftler versichern, die Strahlung von Handys und anderen technischen Geräten sei für den Menschen harmlos, **beharren die Betroffenen und eine Reihe von Ärzten auf dem Standpunkt, dass Elektrosmog krank mache.**

Wissenschaftliche Beweise fehlen bislang. "Natürlich ist die Strahlung der Geräte messbar, aber sie hat keine negativen Auswirkungen auf den menschlichen Organismus", sagt Professor Josef Nossek vom Lehrstuhl für Netzwerktheorie und Signalverarbeitung an der TU-München. **Forscher der von der EU finanzierten Reflex-Studie fanden im August 2003 aber heraus, dass elektromagnetische Felder - wie sie etwa der Mobilfunk erzeugt - die Chromosomen schädigen könnten. In den Chromosomen sind die Erbgutinformationen gespeichert.**

Die Mobilfunkunternehmen haben - trotz fehlender Beweise für eine Gesundheitsgefährdung durch Handys - zunehmend Probleme, sich gegen mögliche Schadenersatzklagen zu versichern.

toll

Datum: 20.03.2004 00:00 | aktualisiert: 19.03.2004 21:58

<http://www.merkur-online.de/nachrichten/vermishtes/report/370,256365.html>

Omega: Es stimmt einfach nicht, dass es "keinen wissenschaftlichen Nachweis für gesundheitliche Gefahren" gibt. Es gibt unzählige seriöse Studien aus dem In- und Ausland, die die Schädlichkeit des gepulsten Mobilfunks beweisen. Siehe unter:

http://www.buergerwelle.de/body_wissenschaft.html

<http://www.fdp-bundesverband.de/forum/read.php?f=17&i=1197&t=195>

http://www.buergerwelle.de/body_science.html (in Englisch)

Die weltweite Dihydrogen-Monoxid-Verschwörung

Auch in Deutschland werden die enormen Gefahren dieser chemischen Substanz weiterhin von einem Kartell des Schweigens ignoriert.

<http://www.telepolis.de/tp/deutsch/inhalt/glosse/17001/1.html>

Drahtlose Kollekte

RFID-Tags überwachen den Autoverkehr

TÜV-Plaketten mit drahtlos auslesbaren Identifikationschips ermöglichen nicht nur die Maut-Abrechnung, sondern auch flächendeckende Geschwindigkeitsüberwachung.

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit erobern drahtlose digitale Kennzeichen unser tägliches Leben. Radio Frequency Identification (RFID) löst nicht nur die Strichcodes auf Verpackungen ab [1], sondern lässt sich auch unsichtbar in Produkte, Tiere und Menschen einbauen. Passende Lesegeräte erfassen die winzigen Smart Tags unbemerkt auch auf größere Entfernung - im Supermarkt der Zukunft braucht man die Waren an der Kasse gar nicht mehr aus dem Einkaufswagen (oder der Manteltasche) zu nehmen, und die Kasse erkennt die Rabattkarte mit RFID-Chip auch, wenn der Kunde sie im Portemonnaie stecken lässt. Die RFID-Technik ist standardisiert und kommt weltweit zum Einsatz, sodass Lesegeräte bald sehr preiswert zu haben sein dürften.

Eher zufällig stießen wir auf eine offenbar schon vor Monaten eingeführte RFID-Anwendung. Dank rigoroser Geheimhaltung lief unbehelligt von Kritikern und Datenschützern ein sorgfältig vorbereitetes Überwachungsprogramm an, ob dessen Umfangs man kaum noch von einem „Feldversuch“ sprechen kann. Arglose Autobesitzer stellen dabei die Versuchskaninchenschar, ohne das Geringste davon zu ahnen. Schlimmer noch: Die Zeichen deuten darauf hin, dass die Karnickel demnächst zur Jagd freigegeben werden.

Reporter Zufall

Während eines Tests von Navigationssystemen wunderten sich die c't-Redakteure über sporadische Knacksgeräusche des billigen PMR446-Handfunkgeräts, die reproduzierbar vor allem in der Nähe des Fahrzeughecks auftraten. Ein EMV-Messgerät aus dem c't-Labor entlarvte dann Unglaubliches: Ein in der TÜV-Plakette verborgener RFID-Chip war die Störquelle. Für die Smart Tags ist in Europa neben 13,56 MHz und 2,446 GHz auch der Bereich um 435 MHz (ISM SRD) vorgesehen; dieser liegt nur 2,5 Prozent unter dem PMR446-Band, die zweite Oberwelle kommt nahe an 890 MHz heran, die untere Grenzfrequenz für D-Netz-Handys. Offenbar antwortet die Auto-Wanze auf starke Hochfrequenzfelder, wenn diese in der Nähe der eigenen Frequenz liegen, und die Antwortsignale wiederum scheinen die Empfänger zu verwirren.

Doch wie kommt der Funk-Chip in die TÜV-Plakette - und was hat er dort zu suchen? Eine Internet-Recherche liefert erste Hinweise. Die mittlerweile liquidierte Nemesys GmbH aus Essen, eine Tochterfirma der RWTÜV AG [2], erhielt bereits 1996 ein europäisches Patent [3] auf ein automatisiertes System zur Geschwindigkeitsüberwachung auf Basis von Lasermessung und Fahrzeugidentifikation per Digitalkamera. Das Funktionsprinzip ließe sich viel einfacher mit RFID-Chips realisieren, denn über den Doppler-Effekt ist die Geschwindigkeit eines mit einem Sender versehenen Fahrzeugs sehr präzise messbar - daran arbeitet unter anderem die TU Clausthal [4]. Dient als HF-Sender ein RFID-Etikett, bekommt man die automatische Identifikation als Dreingabe dazu.

Die nötigen Funk-Chips für den automobilen Einsatz sind indes längst verfügbar. Der Autoschilder-Spezialist Utsch [5] hat in Kooperation mit Schreiner ProSecure [6] und Infineon den IL-Tag entwickelt, eine serienreife RFID-Kennzeichnung für Kraftfahrzeuge. Dieselbe Firma Schreiner ProSecure stellt auch TÜV-Plaketten her - kann das alles Zufall sein?

Speed Correct

Es gibt natürlich keine Beweise für den Einstieg der genannten Firmen in die flächendeckende Verwanzung deutscher Autos. Der Einsatz dieser Technik liegt aber auf der Hand. Drahtlos auszulesende Fahrzeugkennzeichen ermöglichen eine simple und preiswerte Mauterfassung; das ist in Frankreich [7] und den USA [8, 9] gängige Praxis. Smart Tags wären also eine Alternative für die geplante LKW-Maut, falls das technisch aufwendige und teure Toll-Collect-System endgültig scheitert. Auch die Maut für Autos und Motorräder - von Insidern längst erwartet - ließe sich mit kleinen RFID-Plaketten leicht und preiswert einführen. Die bereits von Toll Collect [10] entlang deutscher Autobahnen aufgebauten Mautbrücken könnte man leicht mit RFID-Lesern nachrüsten. Auch andere Infrastruktur ließe sich weiternutzen, etwa das im Raum Hannover zur Expo 2000 installierte Move-System zur Verkehrsbeeinflussung [11].

Zur flächendeckenden Erfassung ist eine große Zahl von Lesestationen nötig, aber diese sind billig und eröffnen gerade durch ihre große Anzahl völlig neue Möglichkeiten für die Verkehrsüberwachung und Strafverfolgung, etwa die Entlarvung chronischer Raser. Dazu reicht es, die Zeit zu messen, in der ein Fahrzeug einen bestimmten Streckenabschnitt zwischen zwei Mautbrücken zurücklegt. Anschließend vergleicht man das Ergebnis mit der kürzest möglichen Fahrtdauer, die sich unter Beachtung der entlang der gefahrenen Strecke geltenden Geschwindigkeitsbeschränkungen erzielen lässt. Kam das Fahrzeug schneller an der zweiten Messstation an, als es die Polizei erlaubt, erhält der Halter automatisch eine Verwarnung. Bürgerrechtsorganisationen schienen den Braten bereits gerochen zu haben und forderten schon im Februar den unverzüglichen Abbau der Mautbrücken. Doch anscheinend ist das Kind bereits in den Brunnen gefallen.

Totale Kontrolle

Anders als in den USA oder in Frankreich, wo Maut-Autobahnen in privater Hand sind, hätten deutsche Behörden unmittelbaren Zugang zu RFID-Daten. Und selbst wenn Datenschützer die Maut-Abrechnung vor direktem Polizeizugriff schützen: Über die große Zahl alltäglicher Erfassungsvorgänge und durch die Einbeziehung anderer Daten aus polizeilichen Routinekontrollen oder der in einigen Bundesländern „erprobten“ automatischen Kennzeichenerfassung per Videokamera [12] (übrigens erleichtert durch den merkwürdigen Schriftschnitt der neuen Kennzeichenlettern) wird die Zuordnung des Funk-Etiketts zum Fahrzeughalter per Data-Mining eine leichte Übung.

Durch zwangsweise Verwanzung mit strahlenden TÜV-Plaketten wären alle in Deutschland zugelassenen Autos innerhalb kürzester Zeit drahtlos zu orten. Autobahnauffahrten und Innenstadt-Kreuzungen ließen sich schnell mit Lesegeräten ausstatten. RFID-Handys ermöglichen mobilen Greiftrupps Geschwindigkeitsmessung und Fahrzeugidentifikation gleichzeitig. Per UMTS-Anbindung ist auch die Halterfeststellung am Tatort kein Problem.

Bürgerwehr

Doch die drahtlose Fahrspaß-Bremse lässt sich aushebeln. Der enttarnte RFID-Chip versteckt sich in einer aufgenieteten TÜV-Plakette; anscheinend sind unauffällig verwanzte Klebe-Etiketten noch nicht serienreif. Nach einigen Versuchen konnten wir den Transponder kaltstellen, ohne die Plakette zu zerstören.

Ein übliches Nummernschild mit seinen 52 cm Länge bildet einen exakt abgestimmten 3/4-Lambda-Strahler für das 435-MHz-Signal (70 cm Wellenlänge!); nur durch Einsatz dieser Hilfsantenne kann der RFID-Chip die geforderten Reichweiten zur Fahrzeugerkennung überbrücken. Belastet man die exakt abgestimmte Antenne - also das Nummernschild - an geeigneter Stelle kapazitiv mit einem Lambda-Achtel-Kondensator, bricht der Antennengewinn um mehr als 10 dB μ V zusammen, und aus ists mit dem Lauschangriff.

Das hört sich kompliziert an, ist aber sehr einfach zu realisieren: Sie benötigen ein auf 86,1 Millimeter Kantenlänge zugeschnittenes Quadrat aus Aluminiumfolie, das als Gegenelektrode dient. Als Dielektrikum und Klebstoff reicht Kerzen-Paraffin (relative Dielektrizitätszahl 2,2). Die Paraffinschicht muss möglichst dünn und gleichmäßig ausfallen, das Folienquadrat pappt man rückwärtig dort aufs Nummernschild, wo vorne der Speed-Correct-Sender, sprich die Plakette, sitzt. Noch ist das nicht verboten, aber zur Not geht es auch rückstandsfrei wieder ab.

Zur Erfolgskontrolle lässt sich hervorragend ein bezüglich EMV-Konformität noch „undichtes“ D-Netz-Handy der ersten Generationen verwenden: Kommt eine damit in der Nähe des Nummernschildes versendete SMS verstümmelt an, hat das RFID-Tag dazwischengefunkelt. Die Störungen werden umso wahrscheinlicher, je länger die SMS ist und je höher die Buchstaben im ASCII-Alphabet angesiedelt sind; hoch geeignet erscheint uns eine SMS aus 143 großen Üs, die man an sich selbst sendet. Zur Komplettierung unserer geografischen Verbreitungsübersicht freuen wir uns über Positiv- und Negativmeldungen an die eigens dafür eingerichtete E-Mail-Adresse rfidtuev@ctmagazin.de - eine anonyme Mitteilung mit Angabe der Postleitzahl und des Handy-Typs genügt.

Stand-Ort Deutschland

Es ist absehbar, dass Vater Staat seine Big-Brother-Anwendungen mit hehren Zielen verbrämen wird. Als Vorwand zur Gängelung freier Bürger dürften wieder einmal die Absenkung der Unfallzahlen und der Umweltschutz herhalten, wobei man aber den RFID-Elektrosmog geflissentlich übersieht. Genau wie Microsoft sein Trusted-Computing-Konzept zur Beschneidung von Nutzer-Rechten als Sicherheitssystem zum Schutz privater Daten und vor Viren verkaufen will, wird man den Autobesitzern die Funk-Kennzeichnung als Diebstahls- und Missbrauchschutz andrehen wollen. Dazu ist direkter staatlicher Druck gar nicht nötig: Es reicht, wenn die Versicherungen unmarkierte Fahrzeuge nicht mehr akzeptieren - wie bei der Wegfahrsperrre. Deutschland ist auf dem besten Wege zum buchstäblichen Stand-Ort. (ciw)

Literatur

[1] Jürgen Kuri, Angela Meyer, Peter Schüler, *Im Fadenkreuz, Verbindungsdatenspeicherung, Biometrie, DRM, RFID: die Aushöhlung des Datenschutzes*, c't 6/04, S. 138

[2] RWTÜV AG

[3] Europäisches Patent EP 0 741 377 von 1996: *Digitale Geschwindigkeitsmessung mit Lasern der Firma Nemesys*

[4] *Geschwindigkeitsmessung mit aktivem Transponder*

[5] Schreiner Group (ProSecure, LogiData)

[6] IL-Tag der Utsch AG

[7] *Liber-T, drahtlose Mauterfassung in Frankreich (Télépéage)*

[8] *Automatische Mauterfassung in Virginia*

[9] *Automatische Mauterfassung in New Jersey*

[10] Detlef Borchers, *Verursacherbedingt verspätet, Das „fortschrittlichste Mautsystem der Welt“ und die Realität*, c't 22/03, S. 92

[11] move GmbH

[12] *Kennzeichen-Erfassung in Thüringen und an der bayerischen Grenze*

<http://www.heise.de/ct/04/07/040/>

Die totale Überwachung: "Skandal – und keiner merkt´s" oder "schlechter Aprilscherz"?

[Bild vergrößern](#)

[Leserbrief](#)

[schreiben](#)

[Artikel](#)

[empfehlen](#)

[Artikel](#)

[drucken](#)

ULM (SZOn) - Stellen Sie sich vor, Sie kommen aus Ravensburg, fahren in Schleswig-Holstein auf einer einsamen, geraden, übersichtlichen Landstraße – weit und breit kein Mensch, kein Auto... Sie beschleunigen

vielleicht auf 110 km/h, vielleicht sogar 130 km/h... Sieht ja keiner! Und was niemand weiß, macht niemanden heiß.

– Denkste! Der Staat weiß wer Sie sind! Der Staat weiß längst wo Sie sind! Der Staat weiß sogar wann Sie wie schnell fahren! Wann Sie abgebogen sind, wie lange Ihre Pinkelpause war.

Das behauptet jedenfalls das Computer-Magazin "c't" in der Ausgabe 7/2004. Sogenannte RFID-Tags (Radio Frequency Identification) in den TÜV-Plaketten der Nummernschilder überwachen angeblich den gesamten Autoverkehr.

Nur seltsam, dass kein Aufschrei durch die Republik hallt, dass die Datenschützer nicht wütend protestieren. Ein Skandal, der gar keiner ist? Eine Verschwörungstheorie, von "c't" in die Welt gesetzt?

Die Funkchips sollen begünstigt durch eine flächendeckende Verzahnung deutscher Industrieunternehmen in die TÜV-Plaketten gelangen. Und weil eben alle High-Tech-Firmen an diesem finsternen Treiben teilnehmen, wären alle in Deutschland zugelassenen Autos innerhalb kürzester Zeit drahtlos zu orten. Autobahnauffahrten und Innenstadt-Kreuzungen ließen sich schnell mit Lesegeräten ausstatten. Die totale Kontrolle?!

Wirkliche Beweise gibt es offenbar nicht, die Theorie passt aber sehr gut in die Zeit: Angesichts des wütenden Terrors sind viele Menschen bereit, Opfer zu bringen. Zu Gunsten größerer Sicherheit zeigen sich laut einer aktuellen Umfrage auch viele Bürger offen für die Beschneidung von Datenschutz und Bürgerrechten.

Experten warnen zwar vor Überreaktionen. Doch können Sie sich vorstellen, dass ganz Deutschland zu einem riesigen Big-Brother-Container wird? Dass man jeden Ihrer Schritte überwachen kann? Wollen Sie das? Und wer überwacht eigentlich die Überwacher? Datenschützer warnen: Neue Sicherheitspakete schaden mehr als sie nützen. 99 Prozent der überwachten Personen sind unschuldig.

Andererseits: Schon jetzt ist es problemlos möglich, den Standort jedes Bürgers auf wenige Meter genau zu bestimmen: Via Handy.

In diese Richtung zielen auch einige Redebeiträge in Internet-Foren ("RFID-Tags überwachen den Autoverkehr"): "Quatsch mit Soße", heißt es da etwa, jegliche Hysterie sei unangebracht. Ein weiterer Diskussionsteilnehmer stellt sich die Frage, "(...), wie das auf Aluminiumschildern ohne aktive Frequenzabstrahlung funzen soll?" Auf kürzeste Distanz möge das mit einem Lesegerät möglich sein, aber unmöglich von Mautbrücken aus. Seine Schlußfolgerung: Aprilscherz.

Was also tun?

Angeblich stört der RFID-Chip manche Handyfrequenzen. Wenn also Ihr Handy anfängt zu knacksen und verstümmelte SMS versendet, wenn Sie sich am Heck Ihres Autos aufhalten, vermuten die "c't"ler eine Verwanzung. Wie sich die drahtlose Fahrspaß-Bremse aushebeln und der Transponder kaltstellen lässt, ohne die Plakette zu zerstören, wird im "c't"-Artikel auch beschrieben.

Skandal oder Verschwörungstheorie?

Stell Dir vor, da ist ein Überwachungs-"Skandal" - und keiner merkt's. Vielleicht liegt es ja daran, dass es niemanden interessiert, weil die Überwachung sowieso schon total ist... Vielleicht liegt es aber auch daran, dass es keine handfesten Beweise gibt... Also sind wir bei simpler Desinformation oder - wahlweise - einer hieb- und stichfesten Verschwörungstheorie.

Das "Netlexikon" schreibt: "Die Desinformation unterscheidet sich von der Verschwörungstheorie dadurch, dass sie keine Täuschung unterstellt. Die Desinformation sagt: Der Weihnachtsmann ist schuld. Die Verschwörungstheorie sagt: Der Weihnachtsmann ist schuld und er lässt es so aussehen, als wäre es der Osterhase gewesen."

Die SZOn-Redaktion hat's getestet:

Handys wurden nicht gestört - aber vielleicht war auch das Handy zu neu, das Auto zu alt oder der Fahrer zu unbedeutend. Plaketten der ansässigen TÜV-Stelle schienen mit bloßem Auge betrachtet eher unspektakulär, aber vielleicht ist diese Technik ja auch viel raffinierter als wir sie uns vorstellten.

Ob Verschwörung, Skandal oder Aprilscherz – wenn Sie mal mit dem Auto unterwegs sein sollten, dann halten Sie sich mal besser an das Tempolimit. Oder schreiben Sie Ihre SMS ab sofort nur noch an das Heck Ihres Autos gelehnt. Echte Beweise für die Überwachungstheorie scheint es nicht zu geben, allerdings auch keine, die absolut dagegen stehen.

Mehr zur Verkehrsüberwachung und zu Einschränkungen beim Datenschutz aus Terrorangst unter:

www.heise.de/ct/04/07/040/default.shtml

www.net-lexikon.de/Verschwoerungstheorie.html

<http://f51.parsimony.net/forum203170/>

www.diepresse.com/Artikel.aspx?channel=p&ressort=a&id=411496

<http://net-news-global.de/Ueberwach.html>

(Stand: 23.03.2004 13:00)

Drahtlose Kollekte

RFID-Tags überwachen den Autoverkehr

Kommentare:

Anm. webmaster@umtsno.de

Der Autor der **Drahtlosen Kollekte** hatte nach meiner Meinung die wahren Informationen aus eigenem Hause vom 07.02.2004 in einen Aprilscherzartikel verarbeitet:

Datenschützer: Versteckte RFID in Metro-Payback-Kundenkarte

Schnüffel-Chips auf Kundenkarten

Demnächst auch über CHIPS in ID-Ausweisen + über W-LAN, GPS und Scannerstationen in Banken, Tankstellen, Kaufhäusern, U-Bahnstationen, Mautstationen, Bewegungsdiagramme

Die Bielefelder Datenschützergruppe Foebud hat durch Zufall **RFID-Chips in der Payback-Kundenkarte einer Metro-Stores** gefunden. Wer den Markt aufsucht, muss an zwei großen Antennen vorbei gehen, und ein Computer könnte auslesen, wer den Laden betreten hat, was und wann eingekauft wurde. "Technisch ist es möglich, dass die Kunden des Metro Future Stores "Extra-Supermarkt" in Rheinberg ausspioniert werden, ohne dass sie es merken," so die Datenschutzgruppe gestern in Bielefeld.

Zur Metro-Gruppe gehören u.a. die Kaufhauskette Galeria Kaufhof, der Discounter Real, der Heimwerkermarkt Praktiker, und die Elektronikmärkte MediaMarkt und Saturn. Die Payback-Karten des Future-Store werden bereits jetzt von den Kunden in anderen Payback-Partner-Unternehmen eingesetzt.

Bedenklich stimmt die Verbraucherschützer, dass der Metro-Konzern versucht habe, die Öffentlichkeit zu täuschen. Nachträglich hätte der Großhändler kleine Hinweisschildchen an ein DVD-Regal angebracht, mit denen auf den Chip in der Payback-Karte hingewiesen wird. Man sei behaupteten worden, dass diese

Hinweise dort schon "seit einiger Zeit" gehangen hätten. Die Datenschützer meinen mit Fotos beweisen zu können, das sich die Warnhinweise zuvor nicht an dem Regal befunden hätten.

Foebud wertet dies als Hinweis darauf, dass sich die Metro-Vertreter über die Brisanz dessen im klaren sind, Kunden heimlich mit Schnüffelchips ausgestattet zu haben. (ck)

[Samstag, 07.02.2004, 17:55]

<http://de.internet.com/index.html?id=2026247>

- RFID-Chips in Metro-Payback-Kundenkarten versteckt
- Datenschutz-Organisationen fordern Beendigung der unkontrollierten Einführung der "Schnüffel-Chips"

Gefährliche Lücke

hhs (20. März 2004 12:08)

Mit nur einem Lambda-Achtel-Kondensator stört man nur die Hälfte der Antenne, d.h. mit einem Ein-Seiten-Band-Empfänger (SSB) ist das Teil immer noch problemlos ortbar. Normale Empfänger kriegen bei SSB-Empfang immer nur ein Kauderwelsch mit, hört sich an wie klingonisch rückwärts gesprochen.

Ist aber mehr als merkwürdig, das bei Conrad die Lamda-Achtel-Kondensatoren jetzt schon extreme Lieferschwierigkeiten haben, ich hoffe, ich kriege meine noch rechtzeitig vor dem wohl komenden Verbot.

hh

st schon wieder April

posde (20. März 2004 11:52)

Sollte die Möglichkeit bestehen, dass schon wieder einmal April ist???

Gegenmassnahmen

Bewertung dieses Beitrags:

hubid (20. März 2004 23:48)

Also, schon ein starkes Stück, was die c't-Redaktion da mal wieder aufgedeckt hat. Verblüffend, dass unser Staat wieder mal so grosszügig über alle Bedenken hinwegsieht und einfach ein Faites-accomplis schafft.

Aber nicht mit uns, habe ich mir gesagt. Das Corpus delicti war schnell gefunden: Die TÜV-Prüfplakette war mittels dem alten Scanner aus der guten alten Zeit, in der Polizeifunk noch nicht digital war, rasch als untergejubeltes RFID-Tag identifiziert. Die vorgeschlagene Manipulation der c't-Redaktion allerdings erschien mir nicht angemessen - Kopf-in-den-Sand-Stecken löst keine Probleme!

Mit etwas Mühe und Sorgfalt und unter Einsatz eines Schraubenziehers und etwas grösseren Hammers (bitte nicht den wertvollen Feinmechaniker-Schraubenzieher nehmen - der ist nämlich nach der Aktion hin) gelang es mir, die vernietete Plakette zu lösen. Doch wohin damit? Als guter Bahnkunde ist natürlich die zündende Idee nicht weit: Statt das Ding einfach unbrauchbar zu machen wird eine

DoS-Attacke gegen das System statt einfach gegen die Plakette viel mehr bewirken.

Also kurz etwas gerechnet, dann aus einer Blechbüchse einen 32x18cm² grossen Streifen herausgeschnitten (Weissblech hat andere Eigenschaften als Antenne als ein Nummernschild!). Im Elektronik-Fachhandel habe ich mir dann Farbe (RAL 3695) besorgt, die sonst eigentlich zur Verschönerung von Satellitenantennen verkauft wird - Vorsicht: Normale Farbe ist ungeeignet, da sie Signale im verwendeten Frequenzbereich zu sehr dämpft, deshalb nicht zum nächsten Baumarkt, sondern zum Elektronikladen fahren. Dann habe ich mein Auto (Nummernschild nicht vergessen!) gesattelt und bin zum Rangierbahnhof in der Nachbarstadt gefahren - der ist Samstag abend ziemlich leer, das weiss ich noch aus jugendlichen Abenteuerzeiten. Ein passender ICE war ziemlich schnell gefunden und die Prüfplakette mit der improvisierten Antenne fällt dank der passenden Farbe auch kaum auf.

Jetzt bin ich gespannt, wann ich den ersten Bussgeldbescheid kriege und dann dank problemlos nachgewiesener Alibi das System ad-absurdum führen kann. Wie lange es wohl dauern wird, bis jemand die Bussgeldbescheide mit dem Bahnfahrplan vergleicht?

Wenn jeder, der hier mitliest, die gleiche Gegenmassnahme anwendet, dann wird wohl ziemlich schnell der Feldversuch als erfolglos abgeblasen - also bitte macht mit. Wer Hilfe braucht kann sich natürlich gerne bei mir melden.

P.S.: Jetzt sagt bloss nicht, ich bin reingefallen und das war *kein* Aprilscherz :-))

Re: Ist schon wieder April

Winsmith (20. März 2004 12:08)

posde schrieb am 20. März 2004 11:52

> Sollte die Möglichkeit bestehen, dass schon wieder einmal April
> ist???

Schön wärs, aber das ist die c't vom 23. 3. :-/

Re: Ist schon wieder April

Thomas_L (20. März 2004 13:18)

1) Guckt Euch mal die TÜV Plakette im ersten Bild an: Die ist nicht rund!

2) Außerdem kann man die TÜV Plakette nicht abziehen.

3) Das muss bitte, bitte, bitte der Aprilscherz sein!

Gruß aus Würzburg
Thomas

posde schrieb am 20. März 2004 11:52

> Sollte die Möglichkeit bestehen, dass schon wieder einmal April
> ist???

Re: Ist schon wieder April

fubar (20. März 2004 13:17)

Winsmith schrieb am 20. März 2004 12:08

> posde schrieb am 20. März 2004 11:52
>
>> Sollte die Möglichkeit bestehen, dass schon wieder einmal April
>> ist???
>
> Schön wärs, aber das ist die c't vom 23. 3. :-/

Das macht nichts, der Aprilscherz der c't ist immer in der Ausgabe,
die man auch am 1.4. noch in den Händen hält.

Diesmal ist er, wenn auch stellenweise zu dick aufgetragen wurde,
wieder ganz nett geworden, da ja die RFID-Paranoia-Typen eh alles
glauben ;~)

Jetzt fehlt eigentlich nur noch Reinhard Munzert mit seinen
Mikrowellenwaffen "Ab 1.4. wird zurückgeschossen!!11".

Re: Ist schon wieder April

FM78 (20. März 2004 19:48)

fubar schrieb am 20. März 2004 13:17

> Winsmith schrieb am 20. März 2004 12:08
>
>> posde schrieb am 20. März 2004 11:52
>>
>>> Sollte die Möglichkeit bestehen, dass schon wieder einmal April
>>> ist???
>>
>> Schön wärs, aber das ist die c't vom 23. 3. :-/
>
> Das macht nichts, der Aprilscherz der c't ist immer in der Ausgabe,
> die man auch am 1.4. noch in den Händen hält.

Da die nächste c't erst am 3.4. erscheinen dürfte, würde ich dem
zustimmen.

>
> Diesmal ist er, wenn auch stellenweise zu dick aufgetragen wurde,
> wieder ganz nett geworden, da ja die RFID-Paranoia-Typen eh alles
> glauben ;~)

Ja *gg* Ich möchte nicht wissen wie viele Leute jetzt mit ihren alten
D-Netz Handys vor ihren Autos stehen und lauter Ü-SMS versenden, sich
jedoch wundern, daß alle Üs korrekt sind *schmunzelt*
Ich habe das Erste mal zu stutzen begonnen, als es um die angegebene
Pegelverringerng ging. Hierbei ist die Angabe dB_V schon einmal sehr

seltsam, finde ich. Da es sich bei dBm oder dB_ normalerweise um Leistungspegel zu einer Bezugsgrösse handelt. Das V in der Einheit wäre ziemlich seltsam. Da sich dB-Pegel meines Wissens auf die Einheit Watt beziehen. Im Funkbereich wird zumindest nur mit solchen Leistungen gemessen/gerechnet. Die genannte Einheit klingt dafür etwas exotisch.

Ausserdem wird eine Verringerung der Leistung normalerweise nur in dB beschrieben.

dB ist eine Einheit die reine Dämpfung ausdrückt.

Naja was noch komisch war, ist die Anleitung dieses exakten Zuschnitts der Alufolie für den Kondensator (exakt 86,1mm Kantenlänge). Die ,1 war einfach zu genau.

Auch $3/4$ Lambda habe ich noch nie davon gehört.

Naja... was mich da auch gewundert hat, ist daß in diesem Artikel keinerlei verantwortlichen Ämter genannt wurden. Wenn es erst wäre, so wäre das bei der Tragweite doch nicht ganz uninteressant zu erfahren, welche Stelle hierfür verantwortlich ist.

[..]

Trotz der Amüsanz des Artikels bleibt zu hoffen, daß sowas niemals Realität wird, sondern daß es ein Aprilscherz bleibt.

Gruß, Flo

Re: Ist schon wieder April

SoSoAhHa (20. März 2004 23:21)

Mein persönliches Lieblingswort ist "Lambda/8 Kondensator".

Sehr innovativ:)

Auch das Fügen mittels Wachs einer Massefläche(Alufolie) auf eine andere (Kennzeichen), das fetzt!

Aber: /*Zeigefinger hoch*/

Die 86,1mm sind zudem ein bisle lang für $\epsilon_r=2.2$,

/*Zeigefinger runter*/

aber der Wille ist ja erkennbar. Die ,1mm finde ok, schließlich sind das 1e8nm und Nano ist voll angesagt.

Alles in allem bleibt mir der Scherz im Hals stecken, weil die Sachen schon so machbar sind (aber eben nicht genauso), allerdings eine Preis- und Rechtsfrage. Aber für sowas ist ja immer Geld da. Und Gesetze kann man schließlich ändern. Ohweia.

Gruß Uwe

Re: Ist schon wieder April

tombom (20. März 2004 12:52)

posde schrieb am 20. März 2004 11:52

> Sollte die Möglichkeit bestehen, dass schon wieder einmal April
> ist???

Nein, aber auf Seite 41 spricht einundvierzig, sprich vier eins, stehen soviele vieren :-)

Ok, ich hoffe, es ist noch nicht April, aber weit ist der ja auch

nicht mehr, der April , die Fiktion, die Realität ...

Re: Ist schon wieder April

Legendenkiller (20. März 2004 14:08)

ich wills mal schwer hoffen das das der Aprilscherz ist.

und wenn dann befürchte ich das die zukunft "auch" diesen aprilscherz einholen wird.

und in 5 jahren kann da "fast" keiner mehr trüber lachen

Re: Ist schon wieder April

Juppert (20. März 2004 17:20)

Das erklärt so einiges ;=)

Im ersten Bild ist die Plakette so geschnitten, daß ja die Leiterbahnen teilweise durchtrennt sind.

Außerdem ists an einer Stelle widersprüchlich: man könne die Plakette leicht abziehen, zum anderen ist sie "verbaut".

Und das mit 3/4 Lambda hat mich erstmal verwirrt. Denn der Dipol müßte ja 1/2 Lambda sein.

Zum Glück sind andere dahinter gekommen, ich hab im März noch gar nicht an einen Aprilscherz gedacht ;)

Mist, schon zum zweiten Mal auf einen c't Aprilscherz hereingefallen :P

Re: Ist schon wieder April

7ex (22. März 2004 10:17)

Die SMS aus 143 großen Üs hat mich ein wenig stutzig gemacht. Auch die Behauptung, dass eine 08/15-Handgurke mit RFID-Tags interferiert ist etwas weit hergeholt.

Der Artikel zeichnet nichtstdesotroz ein ziemlich düsteres Bild und wird, wenn auch vielleicht zunächst nicht Deutschland, sicher Wirklichkeit werden.

Re: Ist schon wieder April

Jacx (23. März 2004 21:32)

Thomas_L schrieb am 20. März 2004 13:18

> 1) Guckt Euch mal die TÜV Plakette im ersten Bild an: Die ist nicht
> rund!

>

> 2) Außerdem kann man die TÜV Plakette nicht abziehen.

>

> 3) Das muss bitte, bitte, bitte der Aprilscherz sein!

4) Der ursprünglich eckige RFID Tag ist recht angerundet worden, was die Antenne durchtrennt und somit unbrauchbar gemacht hat. :-)

Aber mir fehlt noch der sonst übliche versteckte APRIL/LIRPA Hinweis im Artikel. Ich hab schon gedacht er wäre irgendwie im "IL-Tag", aber es fehlt immernoch ein "APR" im Wort davor... :-D Aber immerhin ist der Artikel auf Seite 41...

Jacx

Re: Ist schon wieder April

Vetrecs (25. März 2004 8:51)

Lambda? Kenn ich doch nur von der Lamdasonde im Auto und hat einen Idealpegel von 1, der sich aber mit Emmisionen beschäftigt und nicht mit Elektronik.

Alles in allem wäre aber sowas möglich und das macht einem Angst. (Aber die Frage wäre wie Laden sich die Plaketten wieder auf? Die halten doch keine 2 Jahre, von soher nicht in diesem maße Durchführbar)

Re: Drahtlose Kollekte

Die drahtlose Identifizierung (RFID) gibt es seit mindestens 15 Jahren. Bisher gab es Anwendungen in der Landwirtschaft (Vieh-Erkennung), in der Industrie (Waren- und Teile-Identifizierung), in Kaufhäusern (Diebstahlsicherung) und in Zugangsberechtigungssystemen mit und ohne Zeiterfassung.

Das Funktionsprinzip ist folgendes, vereinfacht dargestellt: Eine Sendeantenne sendet dauernd hochfrequente Strahlung einer bestimmten Frequenz aus. Die RFID- Tags sind passiv und haben keine eigene Energiequelle. Sobald diese in den Strahlungsbereich einer Sendeantenne kommen, beeinflussen (dämpfen) sie das hochfrequente Feld derart und in einer festgelegten gespeicherten Codierung, dass dies an der Sendeantenne als Information ausgelesen werden kann.

Ich kann mir auch Systeme vorstellen, die, gespeist durch das Energiefeld der Sendeantenne, selbst ein hochfrequentes, codiertes Signal, allerdings geringer Sendeleistung, auf einer anderen Frequenz aussenden.

Das biologisch Gefährliche sind die dauersendenden Antennenanlagen, deren Strahlungsfeld durch die RFID- Tags digital moduliert wird. Ein Dauer- Aufenthalt in deren Strahlungsbereich sollte vermieden werden (z. B. auch im Kassenbereich eines Supermarktes oder in den Innenstädten).

Ein anderer Aspekt macht mir als liberal denkender Mensch Sorgen: Die Möglichkeit einer totalen Überwachung! Selbst wenn den Behörden durch den Datenschutz strenge Auflagen gemacht werden, was die Auswertung der Daten angeht, würde dies schon die Bewegungsfreiheit der Bürger einschränken und zudem den Geldbeutel schmälern.

Ich bin der Meinung, dass wir als Privatpersonen in Deutschland schon genügend Mineralöl- und Kraftfahrzeugsteuern zahlen, da brauchen wir nicht noch Mautgebühren!

Aber was ist mit Geheimdiensten oder gar mit Kriminellen? Was können die mit diesen Daten anfangen? Es besteht die Möglichkeit des Anzapfens öffentlicher Quellen oder auch die Verwendung eigener (geklauter?), mobiler Datenerfassungsantennen.

Dass diese Technologie in TÜV- Chips angewendet wird, ohne in der Öffentlichkeit publik gemacht worden zu sein, stimmt mich sehr nachdenklich.

Die Wahrscheinlichkeit, dass Neugeborene einen RFID eingepflanzt bekommen, ist sehr viel näher gerückt!

Danke an Herrn Rudolph für die Veröffentlichung dieses Beitrags!

Mit einem freundlichen Gruß aus dem Münsterland

Dipl.- Ing. Wolfgang Priggen

Quelle: <http://de.groups.yahoo.com/group/elektrosmog-liste/message/3647>

US-Experten: Stoppt E-Voting

<http://www.silicon.de/cpo/news-itsecurity/detail.php?nr=13634&directory=news-itsecurity>

Elektrosensible: Bestrahlung der Bevölkerung durch Mobilfunk nicht weiter zulassen

Der Bundesgerichtshof hat in einem Urteil (AZ VZR 217/03 Ende Febr. 04) die Bevölkerung erneut zum bisher größten Menschenversuch mit gepulsten elektromagnetischen Strahlen freigegeben. Er bestätigte damit die Haltung der Mobilfunkindustrie und Strahlenschutzkommission, die gültigen Grenzwerte für Mobilfunkstrahlen schützten die Gesundheit und es gäbe keinen Nachweis auf gesundheitliche Risiken. **Der explosionsartige Anstieg von Zivilisationserkrankungen in den letzten 10 Jahren scheint dabei nicht berücksichtigt worden zu sein.**

Ist dem BGH die Wirtschaftsförderung wichtiger als Gesundheitsschutz der Bevölkerung? Wir appellieren deshalb an die Richter auf allen Ebenen, den Mut zu haben, unabhängig vom Diktat einer Industrie und deren Gefolgsleuten allein ihren ethischen Verpflichtungen nachzukommen.

<http://www.journalmed.de/newsview.php?id=3887> (Auszug)

ECHELON zieht nach Darmstadt

Die Assets im idyllischen Bad Aibling wurden abgebaut, die Spähtruppe ist abgehaut und bunkert sich in Darmstadt ein. Den Umzug hat ein schwarzer Rabe mustergültig dokumentiert.

Personal der ausgemusterten US-Überwachungsstation Bad Aibling bleibt großteils in Deutschland - Fünf neue "Radome" in Bau

Dass die geheimnisumwitterte Überwachungsstation der US-Armee im bayrischen Bad Aibling im Herbst 2004 geschlossen würde, war bekannt. **Wo das in Bad Aibling stationierte US-Personal landen würde, kommt nun langsam zu Tage.**

Anders als vielfach kolportiert, wird nur ein kleiner Teil zur größten ECHELON-Anlage nach Menwith Hill, Großbritannien verlegt, die Mehrzahl der US-Armee-Angehörigen aber bleibt in Deutschland. Unter dem Codenamen "Dagger Complex" wird derzeit auf einem ehemaligen Flugplatz in Darmstadt-Griesheim ein unterirdisches Kontrollzentrum zur Satellitenüberwachung ausgebaut.

Geplant und von der städtischen Baubehörde genehmigt wurden fünf "Radome", die unter ihren weißen Kuppeln Parabol-Antennen verbergen. Vier davon sollen passiv, eine davon soll eine aktive Antenne sein.

Artikel: <http://futurezone.orf.at/futurezone.orf?read=detail&id=222152>

Doku: <http://kai.iks-jena.de/miniwahr/darmstadt-griesheim>

Christof Windeck

Ölkonzern ExxonMobil weigert sich Strafe zu zahlen: Fortdauernde Ölverseuchung in Alaska wegen Tanker-Unglück von 1989

Zwei Tage vor dem 15. Jahrestag der schlimmsten Ölkatastrophe der Seeschifffahrt weist Greenpeace auf die fortdauernde Verseuchung in Alaska hin. Am Mittwoch vor 15 Jahren lief der Öltanker Exxon Valdez im Prinz-William-Sund im Nordosten der USA auf ein Riff auf. Bis heute hält die Ölkatastrophe an und bis heute weigert sich der Ölmulti ExxonMobil (in Europa: Esso) die gerichtlich festgesetzten Strafzahlungen zu leisten. Ein Greenpeace-Team hat Anfang März 2004 an den Stränden des Prinz-William-Sunds noch immer massive Ölverseuchungen gefunden. "Es reicht aus, einen Stein anzuheben und darunter finden wir eimerweise die schmierigen und hochtoxischen Ölrückstände der Exxon Valdez von 1989", sagt Greenpeace-Energieexperte Karsten Smid. "Es ist eine unendliche Ölpest." Seetotter und Meerestoten nehmen bei ihrer täglichen Suche nach Futter ständig kleine Mengen des Öls auf. Die Muschelbänke sind verölt und brauchen noch Jahrzehnte bis sie sich wieder erholen.

Die ganze Nachricht im Internet: http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=8058

Gegen eigene Zusage gehandelt: Deutsche Post verkauft Papier aus Tropenwaldzerstörung

Nach den Protestaktionen am Montag, 22.3.2004, von ROBIN WOOD in Bonn und Berlin räumt die Konzernzentrale der Deutschen Post in Bonn Fehler bei ihrem Papiereinkauf ein. Die Post sicherte zu, Papier aus tropischen Wäldern aus dem Sortiment zu nehmen und sicher zustellen, das dieses in Zukunft nicht noch einmal passieren kann. Sie bekräftigte, dass sie zu ihrer Aussage stehe, kein Papier aus Regenwald, Kahlschlag oder schützenswerten Urwäldern zu verkaufen. Eine von ROBIN WOOD in Auftrag gegebene Laboranalyse hatte zweifelsfrei ergeben, dass die Deutsche Post in ihren Filialen Kopierpapier verkauft, dessen Rohstoff aus tropischen Naturwäldern stammt. Damit brach die Post ihre Zusage, auf Papier aus Regenwäldern zu verzichten. Daraufhin hatten am Montag AktivistInnen der Umweltorganisation vor der Zentrale der Post in Bonn sowie vor einer Postfiliale in Berlin protestiert und leuchtend gelbe Transparente entrollt mit der Aufschrift "Wir zerstören Regenwälder für Papier! Ihre Post". ROBIN WOOD forderte die Post sowie ihr Tochterunternehmen McPaper auf, alle Papierprodukte auszulisten, für die Naturwälder zerstört wurden. Außerdem solle die Deutsche Post künftig auf der Verpackung aller Papierprodukte Rohstoffquelle, Land und Bleichverfahren angeben.

Die ganze Nachricht im Internet: http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=8059

Keine Langzeitstudien über Wirkungen: EU-Importgenehmigung für Gen-Reis könnte Ernährungssicherheit gefährden

Umweltverbände fordern die Europäische Union auf, keine Importgenehmigung für gentechnisch veränderten Reis zu erteilen. Die Mitgliedsstaaten der EU haben lediglich bis kommenden Sonntag Zeit, Einspruch gegen den Antrag der Firma Bayer CropScience einzulegen. Bayer hat als erstes Unternehmen eine europäische Zulassung für genmanipulierten Reis beantragt. Die in Frage kommende Reissorte ist gegen das von Bayer hergestellte Herbizid Glufosinat resistent. Friends of the Earth Europe und die Coordination gegen BAYER-Gefahren befürchten, dass "das weltweit wichtigste Nahrungsmittel in die Hände multinationaler Unternehmen fällt". Dies hätte gefährliche Folgen für die Entwicklungsländer und würde langfristig die weltweite Ernährungssicherheit gefährden. Für rund 2,5 Milliarden Menschen ist Reis das Hauptnahrungsmittel.

Die ganze Nachricht im Internet: http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=8060

Zunehmende Krebserkrankungen bei Jugendlichen

Eine stetig ansteigende Anzahl Jugendlicher sowie junger Leute erkranken an Krebs! Forscher der Universität Manchester berichteten dies auf einer Fachtagung. Bei Jugendlichen wird die Diagnose Krebs oft leider erst verspätet gestellt. Verständlicherweise geht man davon aus, dass solche Erkrankungen in dieser Altersgruppe nicht vermutet werden.

Altersgruppe 13 - 24 Jahre

Die Zunahme der Tumorerkrankungen in dieser Altersgruppe stieg von 1979 bis zum Jahr 2000 jährlich um 1,2 % ! Rechnet man jährlich 15 Erkrankungen im Jahr 1979 auf 100.000 Menschen so waren es im Jahr 2000 bereits 20 Menschen jährlich, eine Zunahme um 33.3 % !

Als Auslöser dieser Erkrankungen vermutet man eine veränderte Lebensweise sowie genetische Faktoren.

Altersgruppe 13-14 Jahre = jede 5. Erkrankung LEUKÄMIE

In dieser Altersgruppe sei jede 5. Erkrankung eine Leukämie, wobei hier dem heimischen Hausstromnetz eine bedeutende Rolle zukommt, die vielen Menschen bisher unbekannt ist ! Der wissenschaftliche Nachweis, dass Kinder ab einer bestimmten hauptsächlich in der Nacht belastenden magnetischen Stromkomponente an Leukämie erkranken können, kam von der UNIVERSITÄT Mainz !

Altersgruppe 20-24 Jahre = Lymphome sowie Haut u. Hodentumore

In dieser Altersgruppe findet man die Lymphome am häufigsten. Auch Haut- und Hodentumore seien hier aber besonders ausgeprägt vorhanden !

(Gültig für die letzten Jahre : >>>> HANDY AM GÜRTEL ! <<<<<)

Bereits aus dem Jahr 2000 existiert aus dem Krebsforschungs-Zentrum Heidelberg folgende Mitteilung durch den Forscher Klaus Schläfer:

„Insbesondere junge Menschen, deren Gewebe äußerst empfindlich reagiert und noch stark in der Veränderung begriffen ist, sollten nicht unbedingt verstärkt Handy-Strahlen ausgesetzt werden.“

Man gab jungen Leuten den Rat, im eigenen Interesse ihr Handy-Verhalten besser zu kontrollieren.

In einer Studie des Krebsforschungs-Zentrums sollten 7000 Krebskranke und 7000 Gesunde auf ihr Mobilfunk-Verhalten sowie auf ihre Lebensgewohnheiten kontrolliert werden. Die Studie sollte auch mit in die WHO-Untersuchungen einfließen, wobei ich sagen muss, bis heute hat leider bedauerlicherweise keiner mehr etwas darüber erfahren.

Grundlegende Bedenken äußerte der Forscher des Krebszentrums dahingehend, dass es denkbar sei, dass Tumore unter dem Einfluss von Mikrowellenstrahlen eine forcierte Entwicklung erfahren !

Dies deckt sich mit denn praktischen Erfahrungen und Beobachtungen in letzter Zeit der Ärzte des „FREIBURGER APPELLS“ bei Krebserkrankungen ! Die Tumorentwicklung läuft forciert ab, die Patienten sterben schneller an ihrer Krankheit !

Wegen der Erwärmung durch die Mikrowellenstrahlung sind Augen und Hoden aufgrund ihrer schlechten Möglichkeit zur Wärmeregulierung besonders empfindlich gefährdet.

Grauer Star ist die Erkrankung der Augen, Unfruchtbarkeit die geringste Störung der Hoden bei der Gesundheit des Mannes. Aus einer Studie der UNI – Gießen ging hervor, dass bereits eine Erwärmung der Hoden um nur 1 Grad ausreicht, um eine Verlangsamung der Spermien auszulösen, mit der Folge verstärkter Unfruchtbarkeit ! Dadurch haben junge Paare oft Schwierigkeiten sich ihren Kinderwunsch zu erfüllen!

Die jugendliche Altersgruppe der 20 bis 24- jährigen hat inzwischen nicht nur verstärkt Krebs sondern auch erschreckend oft Herzinfarkte und Gehirn-Infarkte.

Dies kam vor ca. 3 Jahren auf einem Kongress für Herzerkrankungen in Dresden zur Sprache. Hier vermutete man das Essverhalten der jungen Leute und zuwenig Sport als den Krankheits-Verursacher für Infarkte !

Sicherlich spielt hier die Verdickung bzw. Verklumpung des Blutes durch den Einfluss der Mikrowellenstrahlung eine große Rolle. Im Privatbereich sowie auch im Geschäfts- oder im Schulbereich ist diese jugendliche Altersgruppe diejenige, die Handys leider rund um die Uhr nutzen !

Krebserkrankungen sowie Infarkte bereits bei jungen Menschen sind deshalb für informierte Bürger, die wissen, was die Wissenschaft über die Mobilfunk-Strahlen bisher schon erforscht hat, kaum verwunderlich !

Erinnern möchte ich an den Versuch eines Arztes, der einem gesunden 20-jährigen Mann Blut entnahm, mit dem Ergebnis, alles normal . Nach einem 3-minütigen Handy-Gespräch konnte man nach erneuter kontrollierter Blutentnahme im Blut des gleichen Mannes feststellen, dass sich das sogenannte „ Geldrollen-Phänomen“ zeigte. Die roten Blutkörperchen klebten in langen Reihen zusammen! Das können schon bei jungen Menschen die Auslöser sein für Infarkte! Nicht umsonst werden nach Infarkten Blutverdünnungsmittel zur Nachbehandlung gegeben um die Klebrigkeit von Blutplättchen zu mindern, denn verdicktes Blut kann ein Auslöser für Infarkte sein!

Jugendliche, die sich im Glauben und Vertrauen auf die moderne Technik unbewusst selbst schaden, ja sich schon frühzeitig damit vernichten, brauchen nicht mehr für ihr Alter vorsorgen. Eine makabere Tatsache!

Jeder von uns kann heute feststellen, täglich lesbar in den Todesanzeigen der Tageszeitungen, dass Menschen auch in der Altersgruppe der 30 bis 50-jährigen bedauerlicherweise immer öfter an Krebs sterben.

Verkennen sollte man dabei nicht die Tatsache, dass bei jüngeren Menschen Krebs- und Tumorerkrankungen oft dramatischer verlaufen als bei älteren Menschen, da bedingt durch die veränderte Zellteilung innerhalb der Altersgruppen die Tumore oft schneller und aggressiver wachsen.

dieter keim <> Ilbenstadt

Gesundheitsbeeinträchtigungen durch Elektrosmog

Der Elektrobiologe Harald Moritz führt langjährig Statistik

Jeder Mensch reagiert sehr spezifisch auf Umwelteinflüsse, zu denen auch die elektromagnetischen Felder zählen.

Auf Grund meiner mehr als zehnjährigen Erfahrung als Elektrobiologe, sowie ähnlicher Auffassung in Fachkreisen, haben sich bei besonders exponierten Patienten jedoch ähnliche Abläufe entwickelt.

Demnach reagiert der menschliche Organismus in drei Stufen auf Elektrosmog:

1. Phase - Störungsphase

Hierbei reagiert der Körper mit Befindlichkeitsstörungen und Stresssymptomen wie Schlafstörungen, Appetitlosigkeit, Nervosität, Konzentrationsschwäche sowie vegetativen Komponenten.

2. Phase - Beeinträchtigungsphase

Die Symptome der Störungen werden nun deutlicher wahrgenommen, z.B. als starke Kopfschmerzen bzw. Migräne, Verdauungsstörungen, Immunschwäche, stärkerer Infektanfälligkeit und weiteren organischen Störungen.

3. Phase - Pathologische Phase (Krankheit)

Die dritte Phase bedingt eine Erkrankung, die ohne Reduzierung der Elektrosmogbelastung, dann häufig zu einer irreversiblen Krankheit führt. Hier dokumentiert sich ein breites medizinisches Krankheitsspektrum.

Nach von mir durchgeführten Messungen und der anschließenden Sanierung der belasteten Bezirke mit Reduzierung der Feldstärken haben sich fast immer Verbesserungen der Beschwerden ergeben. Eindeutige Verbesserungen sind bei allen Stoffwechsel-Erkrankungen eingetreten.

Gefährdungsgrad (Exposition)

Da jeder Organismus sehr individuell auf Umwelteinflüsse und damit auch auf elektromagnetische Felder reagiert, kann es keinen festen Schwellenwert für das Auftreten von Gesundheitsstörungen geben. Dies verhält sich analog der persönlichen Stressschwelle, die jedoch nie identisch ist.

Elektrosmog bewirkt - einfach ausgedrückt - nichts anderes, als den menschlichen Körper in einen künstlichen Stresszustand zu versetzen, der z.B. den Hormonhaushalt (Melatonin!) und den Stoffwechsel völlig verändert und dann ähnliche Symptome wie Stress auslöst.

Zu den Risikogruppen zählen Kinder und Heranwachsende, alte, sowie immungeschwächte Menschen. Dieser Personenkreis reagiert erheblich empfindlicher als gesunde Personen mittleren Alters und durchschnittlicher Konstitution und ist daher besonders schutzbedürftig.

Die Entstehung einer Erkrankung durch Elektrosmog hängt neben der Dosis auch von der Zeitdauer ab. Bei einer hohen Exposition mit erheblicher Überschreitung der Richtwerte kann sich das Erkrankungsrisiko prozentual verstärken um:

- **ca. 10% bis 50% bei einer Expositionsdauer bis zu 10 Jahren -**
- **ca. 50% bis 80% bei einer Expositionsdauer zwischen 10 und 20 Jahren -**
- **über 80% ab einer Expositionsdauer von 20 Jahren**

Hinzu kommen die individuellen Faktoren (Vererbung, Vorbelastung, Wechselwirkungen, Immunschwäche, usw.)

Das Verhältnis von Männern zu Frauen zu Kindern verhält sich wie 1 zu 2 zu 3

- **Alte Menschen oder Immungeschwächte reagieren ca. 2 - 5 mal stärker.**
- **Erbliche Vorbelastungen können einen Faktor von 3 - 10 bewirken.**
- **Synergie-Effekte (verstärkende Wechselwirkungen) mit Metallen, besonders Schwermetallen wie (Quecksilber, Amalgam) erreichen eine weitere Erhöhung um den Faktor 5 - 10.**

Für den ungünstigsten Personenkreis, den elektrosensiblen Personen, ist sogar ein Risikofaktor von einigen 100 bis zu 1000 denkbar!

Während wir tagsüber noch selbst reagieren und Stress kompensieren können, ist dies während der wichtigen nächtlichen Regenerationsphase nicht mehr möglich. Die Regulierung erfolgt nur noch über das vegetative Nervensystem und ist somit nicht mehr unserem Willen unterworfen. Daher ist ein gesunder Schlafplatz eminent wichtig.

Als Resultat für die Wirkungen auf den menschlichen Körper stelle ich fest, dass elektromagnetische Felder in Abhängigkeit von ihrer physikalischen Größe, den individuellen Stress erhöhen, und dadurch negative körperliche Veränderungen bis zu schweren Erkrankungen verursachen, wenn sie nicht rechtzeitig auf ein verträgliches Maß reduziert werden.

Elektrosmog stellt allerdings nur einen Teil der individuellen Gesamt-Stress-Belastung des Menschen dar. Er lässt sich aber durch geeignete fachmännisch durchgeführte Maßnahmen reduzieren oder sogar ganz beseitigen, während sich alle anderen individuellen Stress-Faktoren nur schwer beeinflussen lassen.

www.haraldmoritz.page.ms

Literaturquellen:

· Prof. Dr. med. E. David / Dr. med. J. Reißerweber: "Medizinische Aspekte elektromagnetischer Feldwirkungen"

· Harald Moritz: Statistikdaten aufgrund 10-jähriger Messerfahrung

<http://www.oneworld.de/emedi/archiv/10279/>

Der Chip in unserem Personalausweis

<http://omega.twoday.net/stories/172523/>

Ein funktechnisch steriler Keller-Raum wurde gefunden - wer testet ihn mit uns?

Hallo,

hier in Berlin besteht ein Raum im Luftschutz-Bunker, der einstmals als abhörsichere Zentrale aufwendig abgeschirmt wurde. Wir wollen jetzt mit allen daran interessierten Amateurfunkern, sowie Fachleuten aus Funktechnik und Medizin testen, ob dieser Raum tatsächlich auch nach heutigen Erfordernissen funksteril ist. Wer an den Versuchen und Tests mitwirken möchte, kann sich bei mir melden.

Es wird daran gedacht, zuerst mit Funkamateuren und Funk-Experten zu untersuchen, welche Schirmungsdämpfung zwischen Freifeld und dem geschirmten Raum im Bunker besteht. Dabei müssen die verschiedenen Frequenzen getrennt gemessen und einzeln betrachtet werden. Nach den erfolgten Tests und Versuchen darf und kann dieser funktechnisch sterile Raum auch für EEG-Messungen an elektrosensiblen und funksensiblen Personen genutzt werden. Die Aufwendungen für die Schirmung sollen nach den ersten Aussagen damals recht aufwendig gewesen sein.

es grüßt *Knut W. Schlanert*, fon 49 30 78716377

HOW TO KILL A NATION

U.S. Policy in Western Shoshone Country Since 1863

<http://omega.twoday.net/stories/172586/>

Wissenschaft: Nur globaler Kurswechsel kann die Klimakatastrophe abwenden

Die Quintessenz zweier ausführlicher Gutachten für das Umwelt- und Verkehrsministerium Baden-Württemberg von Prof. Lutz Wicke und Prof. Jürgen Knebel lautet: "Nur durch eine Ausweitung und Verbesserung des Europäischen Klimagas-Zertifikatehandels und eine strukturelle Änderung des Kyoto-Protokolls in ein Globales Klimazertifikate System (GCCS) ist der Marsch in die Klimakatastrophe noch zu verhindern!" Beide lehren das Wahlpflichtfach "Umweltmanagement" an der ESCP-EAP Europäische Wirtschaftshochschule Berlin.

Die ganze Nachricht im Internet: http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=8071

Deutschland darf sich nicht vom Klimaschutz verabschieden

E-Mail-Aktion an Bundeskanzler Gerhard Schröder:

http://www.wwf.de/aktive-hilfe/email_neu.php?id=24

Informant: Umweltinstitut München e.V.

Urwaldschutz: 1500 Kubikmeter indonesisches Sperrholz aus zweifelhaften Quellen in Bremen

Die Umweltorganisation Greenpeace hat heute während einer Protestaktion gegen den Import und Handel mit Holz aus Urwaldzerstörung im Bremer Hafen Strafanzeige wegen Diebstahl, Hehlerei und Geldwäsche gestellt. Die 30 Umweltschützer fanden 1500 Kubikmeter indonesisches Sperrholz aus dubiosen Quellen. Unter den Sperrholzlieferanten befinden sich Firmen wie Barito Pacific und Korindo, die bekanntermaßen in illegale Abholzungen in Indonesien verwickelt sind. In Indonesien werden die Urwälder bis zu 90 Prozent ohne Genehmigung abgeholzt - ein Teil des Holzes gelangt auch nach Deutschland.

Die ganze Nachricht im Internet: http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=8070

Rechtskräftiges Gerichtsurteil

Sehr geehrte Damen und Herren,

angehängt finden Sie ein rechtskräftiges Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 17.2.04. *Omega* siehe unter: http://www.buergerwelle.de/pdf/urteil_25_n_99.2264.pdf

Zusammen mit einer örtlichen Initiative habe ich bereits im Jahre 1997 in Sachen Mobilfunk eine Positivplanung für die Gemeinde Dittelbrunn politisch durchgesetzt. Im weiteren Verlauf wurden auch unter Nutzung der Planungshoheit der Kommune Bebauungsplanänderungen zum Schutze der Interessen der Bürger vor Funkanlagen erwirkt. Die Frage "Wie kann die Gemeinde in ihren Bebauungsplänen Funkmasten generell (rechtlich unangreifbar) ausschließen" stand dabei im Mittelpunkt. Wir haben gute Arbeit geleistet.

Die Normenkontrollklage eines Amateurfunkers gegen den Bebauungsplan "Binsigweg" der Gemeinde Dittelbrunn, der Funkanlagen dezidiert ausschloss, brachte nun die erfreuliche Entscheidung. Der Bay. VG wies die Klage eines Amateurfunkers ab und gab der Gemeinde recht. Zusammen mit der Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.3.2003 (AZ 15 N 98.2262), wonach Mobilfunkmasten NICHT für die öffentliche Grundversorgung erforderlich sind, ist mit dem neuen Dittelbrunner Urteil ein Weg aufgezeigt, wie - rechtlich unangreifbar - Bebauungspläne im richtigen Wortlaut mit richtiger Begründung/Abwägung auszusehen haben, um den Bürger in Wohngebieten zu schützen.

Die Heraushebungen im Urteilstext (im Rahmen der Formatierung) wurden von mir vorgenommen.

Mit freundlichen Grüßen

Marianne Blank

FDP-Gemeinderätin Dittelbrunn und umweltpolitische Sprecherin der FDP Bayern

Mobilfunkantenne: „Wir haben keine Wahl“

Leserbrief zum Artikel „Emissionsreduzierung für Mobilfunkantenne gefordert“: Es existiert eine „freiwillige Selbstverpflichtung“ vom 6. Juli 2001 und 6. Dezember 2001 zwischen den kommunalen Spitzenverbänden

und den Mobilfunkbetreibern, bei der Errichtung von Mobilfunkanlagen besser zu kooperieren. Ebenso wurden auf der zitierten „Informationsveranstaltung“ seitens des Betreibers E-Plus immer wieder die „Transparenz“ und das „Miteinander“ hervorgehoben. Um so unverständlicher erscheint es, wie ein offenbar für alle Beteiligten geeigneter Standort (Pumpwerk) nicht in Erwägung gezogen wurde. E-Plus merkt hierzu an, dass der Standort ihnen nicht vorgeschlagen wurde. Wie denn auch, wenn niemand über den geplanten Bau einer Sendeanlage informiert ist?

Es ist Fakt, dass zumindest die Randbereiche des Wohngebietes Stickelpfad 4 im Bereich der Hauptstrahlungszone, also bis ungefähr 300 Meter Entfernung von der Sendeanlage, liegen. Von zahlreichen renommierten Quellen wird dieser Bereich als ungeeignet für Wohnbebauung angesehen.

Zum Thema Grenzwerte: Wer würde heute noch bezweifeln, dass der durch CO2 verursachte Treibhauseffekt klimatische Auswirkungen hat? Dennoch wäre im Sinne des „heutigen Standes der Wissenschaft“ auch dieser Nachweis formell bis heute nicht in letzter Konsequenz zu führen. Ähnliches gilt für die PCB- oder Formaldehyd-Diskussion. Über die mittlerweile nachgewiesenen Wirkungen und Reaktionen des menschlichen Körpers auf entsprechende elektromagnetische Strahlungen haben Sie bereits in Ihrer Ausgabe vom 2. März 2004 hingewiesen.

Als zukünftige Bewohner der Hauptstrahlungszone wird uns die Wahl genommen, ob wir uns dieser Strahlungsdosis rund um die Uhr aussetzen wollen oder nicht. Daher werden wir sehr genau die von Ortsbürgermeister Pfadt und E-Plus vereinbarte Prüfung der Vorschläge zur Emissionsreduzierung oder zum Alternativstandort „Pumpwerk“ verfolgen.

Ole Hammer, Bussardweg 74, Speyer

Quelle: Verlag: Rheinpfalz Verlag GmbH & Co. KG, Publikation: Speyerer Rundschau, Ausgabe: Nr.71, Datum: Mittwoch, den 24. März 2004, Seite: Nr.14

Chip im Kopf

Alles aufnehmen und abspeichern - Die Forever Lifestory.

<http://www.telepolis.de/tp/deutsch/inhalt/kino/17019/1.html>

On the Possibility of directly accessing every Human Brain by Electromagnetic Induction of fundamental Algorithms

Omega: siehe unter http://www.buergerwelle.de/body_science.html

Erfahrungsbericht eines MW-Opfers

<http://omega.twoday.net/stories/173110/>

NVA-Radaropfer: "Wir dürfen nicht hinten runterfallen"

© Leipziger Volkszeitung vom Mittwoch, 24. März 2004

Leipzig. Es gibt angenehmere Anlässe als eine Trauerfeier für ein Wiedersehen. Nach 43 Jahren. Am 3. März stand der Chemnitzer Winfried Huhn plötzlich seinem alten Armeekameraden Klaus Thieme aus Gera gegenüber. Mitten auf dem zugigen Platz vor dem Bundeskanzleramt in Berlin. Rundum schwarze Fahnen, in der Mitte ein Sarg. Redner hielten symbolische Grabreden für einen an Krebs gestorbenen Bundeswehrsoldaten. Radarstrahlen aus Militärtechnik hatten das Geschwür erzeugt.

Thieme und Huhn standen mit ähnlichem Schicksal unter den gegen die schleppende Bearbeitung ihrer Fälle Protestierenden. Beide waren an Krebs erkrankt. Beide hatten nebeneinander in der Radarstation im Lausitzer Luftabwehrrregiment Weißagk gegessen. Beide fordern nachträglich von der Bundeswehr eine Versorgung für die erlittene Krankheit. Beide sehen heute nach Frankfurt/Oder, wo in zwei Musterprozessen über Versorgungen, Schadenersatz und Schmerzensgeld für einstige NVA-Soldaten und deren Hinterbliebene entschieden wird.

"Heute weiß ich, warum es bei meiner Frau und mir nie mit einem Kind klappte. Das habe ich der NVA und der Radarstation zu verdanken", klagt Klaus Thieme. Vor Jahren hatten die Ärzte bei ihm Hodenkrebs diagnostiziert. Einst, Anfang der 60er, bediente er Luftüberwachungstechnik der NVA, wartete Anlagen bei vollem Betrieb, schob Wache auf dem Turm. Wie Winfried Huhn. Und andere. In einem Internet-Forum schrieb ihm eine Witwe: "Mein Mann war damals auch dort. Er ist letztes Jahr an Krebs gestorben." Heute weiß Huhn: "Wir saßen auf den Sendern wie auf einem Grill, wurden regelrecht gebraten." In Huhn nistete sich ein Dickdarmkrebs ein. "Ich habe drei Chemotherapien hinter mir, bin zu 100 Prozent schwerbeschädigt", so der 62-Jährige. Im April steht ihm der nächste Tumortest bevor. Ein unangenehmer Termin.

Huhn beantragte bei der Bundeswehr eine monatliche Versorgung. "Ich will keinen Schadenersatz, nur eine Rente für meine Erwerbsunfähigkeit", sagt er leise. Doch er erhielt nur hinhaltende Post. Ganze sechs positive Bescheide verschickte die Bundeswehr an einstige NVA-Soldaten. Auch Klaus Thieme war nicht darunter. "Die Unfallkasse schickte mir eine Ablehnung, obwohl der Bericht der Radarkommission Erkrankungen wie meine anerkennt", wunderte sich der einstige Funkorter. Und ging in Widerspruch.

Sollte das Gericht heute die Ansprüche einstiger DDR-Soldaten auf Versorgung oder gar Schadenersatz bestätigen, geht die Bundeswehr in Berufung. Das sickerte schon durch. Huhn und Thieme wundert das wenig. "Wir müssen aufpassen, dass wir nicht hinten runterfallen", sagt Klaus Thieme. Damit meint er nicht nur das Missverhältnis von sechs positiven Bescheiden für NVA-Radaropfer zu rund 300 strahlengeschädigten Bundeswehrangehörigen. Am Jahresende sollen alle Ansprüche einstiger DDR-Soldaten verjähren, deshalb verschleppe die Bundeswehr die Bearbeitung.

Huhn und Thieme wollen vielleicht sogar vor Gericht ziehen. In diesem Fall wollen sie sich gegenseitig als Zeugen ihre Tätigkeit bestätigen. Wenn alles nicht hilft, bleibt Winfried Huhn nur noch ein Symbol. Er wird sich mit einem toten Soldaten gleichsetzen. "Dann zerbreche ich meine Hundemarke und schicke eine Hälfte Verteidigungsminister Struck." Die halbe Erkennungsmerke als Zeichen, dass letztlich die Bundeswehr sein Schicksal auf dem Gewissen hat.

Andreas Friedrich

Re: 040323 - R - Mobilfunk – Newsletter

Hallo Herr Rudolph,

kleine Anmerkung zum Thema 65 Millionen Handynutzer. Dass es sich hier um ein typisches Netzbetreiber-Märchen handelt ist ja bekannt. Konkret sind es 63,5 Millionen Anschlüsse und nicht Nutzer. Denn es gibt einige Leute die mehr als ein Handy besitzen. Nicht zuletzt die Jugendlichen, siehe in dem Beitrag des Verbraucherschutzverein, den Sie in einem der letzten Newsletter veröffentlicht hatten, wo eine junge Frau mit 22 Jahren 9 Handyverträge besaß. Das ist kein Einzelfall. Nicht zu vergessen sind noch die ganzen Firmen in Deutschland deren Mitarbeiter mobil telefonieren (müssen) und somit ein Handy besitzen. Auch das erhöht die Anschlusszahl gewaltig.

Somit ist Handy nicht gleich Nutzer. Es ist nicht seriös wenn jemand behauptet es gibt 65 Millionen Handynutzer das wären ja um die 80% der Bevölkerung. Die Praxis schaut Gott sei Dank noch anders aus. Lediglich unter den Jugendlichen hat wirklich fast jeder ein Handy.

Um den Argumenten der Netzbetreiber weiter den Boden abzugraben, kann ich nur an jeden der noch ein Handy nutzt appellieren es abzumelden. Das einzige was bei uns wirklich funktioniert ist die Marktwirtschaft, wenn keiner ein Handy will oder hat, erledigen sich viele Probleme, mit denen wir heute kämpfen von alleine.

Viele Grüße

Nachricht von NN, Omega: der Informant ist uns bekannt, möchte aber aus persönlichen Gründen ungenannt bleiben

Tierschutz: EU-Vorschlag zu Tiertransporten ist untragbarer Rückschritt

Letztes Jahr im Juli hatte die EU-Kommission nach monatelanger Verzögerung endlich den Entwurf einer neuen EU-Gesetzgebung zum Schutz der Tiere beim Transport vorgelegt. "Schon damals kritisierte der Deutsche Tierschutzbund die Gesetzesvorlage als völlig unzureichend, um die Situation für die Tiere bei tagelangen zermürbenden Transporten nachhaltig zu verbessern", kommentiert Wolfgang Apel, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, die Entwicklung. Monatelang wurde nun in verschiedenen Arbeitsgruppen auf EU-Ebene über den Vorschlag diskutiert, dessen Verabschiedung noch vor der EU-Osterweiterung im Mai geplant ist. "Wie es derzeit aussieht - mit niederschmetterndem Ergebnis" , so Apel.

Die ganze Nachricht im Internet: http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=8082

Psytronischer Terrorismus

24.03.04

Schreiben von Ruth Gill an PKG u. G10-Kommission des Deutschen Bundestages.

http://www.buergerwelle.de/pdf/ruth_gill_an_g10-kommission_24_03_04_s.1.pdf

http://www.buergerwelle.de/pdf/ruth_gill_an_g10-kommission_24_03_04_s.2.pdf

dazu

Erfahrungsbericht eine(s)r Betroffenen

<http://omega.twoday.net/stories/173110/>

Schlafstudie soll bundesweit starten

Flachsmeer / FW - Die in Flachsmeer erfolgreich abgeschlossene Probe-Studie zu den Auswirkungen von Mobilfunkstrahlen auf schlafende Menschen soll nun in ein bundesweites Forschungsprojekt münden. Das teilte die CDU-Bundestagsabgeordnete Gitta Connemann dem General-Anzeiger mit. Connemann hatte zuvor eine Anfrage an das Bundesamt für Strahlenschutz gerichtet. Die Behörde habe bestätigt, dass das Projekt noch in diesem Jahr starten solle, so Connemann. Damit sei der Weg frei für die Erforschung des Einflusses der Strahlen auf die menschliche Gesundheit. Die Bürgerinitiative Sendemast in Flachsmeer begrüßt nach den Worten ihrer Sprecherin Gerda Bunger das Projekt. Die Flachsmeerer möchten bei der Studie wieder dabei sein.

Ausgabe vom Freitag, 26. März 2004

http://www.ga-online.de/inhalt/2004-03-26/lok1/d171824005_08504.html

"Überwältigender" Andrang bei Bluttestaktion

Über 100 Teilnehmer - Strafanzeige gegen "Blockierer" der Mobilfunkanlage

Dorfen (ao) - Eine "überwältigend große Zahl" Dorfer Bürger hat sich am Donnerstag an der Bluttest-Aktion der Dorfer Bürgerinitiative "Die Wellenbrecher" (BI) beteiligt. Wie Initiativensprecher Stefan Brönnle gestern mitteilte, kamen über 100 Bürger, darunter auch viele Kinder, so dass sogar die Bluttest-Sets nicht mehr ausreichten.

Mit der Aktion wollen sich die Gegner der Mobilfunkanlage auf dem Dach der ESC-Halle "für Schadensersatzansprüche gegen den ESC und die Betreiber wappnen", so Brönnle. Die Untersuchung werde nach Inbetriebnahme der Sendeanlage wiederholt. Die Ergebnisse der Blutaktion dienen der Gesellschaft für Umweltmedizin (IGUMED) und der Bürgerwelle e.V. als Beitrag zu einer großflächigen Studie. "Für gesundheitliche Schäden werden wir alle Stadträte, die weiterhin für den Standort Mühlangerstraße (der Grundschule) gestimmt haben, politisch zur Verantwortung ziehen", droht der Initiativensprecher. Wegen des großen Andrangs gebe es am Montag, 29. März, ab 18 Uhr in der Praxis von Dr. Elisabeth Höppel erneut die Gelegenheit, sich Blut abnehmen zu lassen.

Gegen die Dorfer Bürger, die am Donnerstag durch eine Blockadeaktion kurzzeitig die Montage eines Mobilfunkmasten auf ESC-Stadiondach verhindert hatten, wird derweilen Strafanzeige gestellt. Das hat Dorfers Polizeichef Johann Graßer mitgeteilt. Die "Blockierer" müssten sich wegen Nötigung verantworten, so Graßer. **Laut Brönnle war diese Aktion nicht von den "Wellenbrechern" geplant, sondern "der verzweifelte Versuch Betroffener, auf die rücksichtslose Vorgehensweise des ESC und der Stadt aufmerksam zu machen". Die BI stehe "inhaltlich vollständig hinter den Aktionisten".**

mm

Datum: 27.03.2004

<http://www.merkur-online.de/regionen/dorfen/42,259342.html?fCMS=b008f312a94cf82347b01da17f6afd4e>

Handy raubt dem Nachwuchs den Schlaf

Kinderzimmer sind zu Plätzen aufregender Unterhaltung geworden

27.03.2004 09:21

Handy, Computer und Fernsehen im Kinderzimmer rauben dem Nachwuchs bis zu einem Monat Schlaf pro Jahr. Nachdem schon eine belgische Untersuchung im vergangenen Herbst mit ähnlichen Erkenntnissen aufschreckte, wurden nun in britischen Medien weitere Ergebnisse veröffentlicht: Laut einer Umfrage unter 1 000 britischen Eltern von Kindern im Alter zwischen vier und zehn Jahren schlafen diese bis zu fünf Stunden pro Nacht weniger als die Eltern selbst während ihrer Kindheit. Wissenschaftler warnen vor möglichen gesundheitlichen Folgen des Schlafentzugs durch Medien.

"Dies ist die erste Generation von Kindern, die sich einer Unmenge von Alternativen zum Schlafengehen gegenübersehen", sagt die Psychiaterin Luci Wiggs von der Universität Oxford. Die genauen Langzeitauswirkungen seien zwar nicht bekannt, jedoch könne zu wenig Schlaf das Immunsystem und das Wachstum beeinträchtigen. Kinder in der betroffenen Altersgruppe bräuchten zwischen zehn und zwölf Stunden Schlaf.

Nach Angaben der Wissenschaftlerin besteht die Gefahr nicht zuletzt in der "unstrukturierten" Medienberieselung im Kinderzimmer direkt vor dem Schlafengehen. "Es ist ein zunehmendes Problem, dass Kinderzimmer, die früher abends zum Lesen und Schlafen gedacht waren, mittlerweile zu Plätzen aufregender Unterhaltung geworden sind", zitiert die BBC Jim Horne, Chef des Schlafforschungszentrums der Universität Loughborough. Untersuchungen zeigten beispielsweise, dass Kinder unter der Bettdecke mit dem Handy Textmitteilungen verschickten, statt zu schlafen.

Die Wissenschaftler empfehlen Eltern, allabendlich für eine mindestens 15 Minuten lange Entspannungsphase am Bett ihrer Sprösslinge zu sorgen. Dazu gehöre beispielsweise das Vorlesen. Außerdem sei es für die Kinder wichtig, jeden Abend zur gleichen Zeit ins Bett zu gehen.

dpa / Björn Brodersen

<http://www.teltarif.de/arch/2004/kw13/s13291.html>

Printausgabe vom 27.03.2004

Sossenheimer Sozialarbeiter beraten Minderjährige, die sich finanziell übernommen haben

Wir helfen aus der Schuldenfalle

Von Boris Schöppner

Sossenheim. Das Telefonieren mit dem Handy ist häufig der Einstieg ins finanzielle Chaos. Diese Beobachtung hat Sozialarbeiter Norbert Schmitt vom Jugendbüro Impuls gemacht. Jasmina (Name von der Redaktion geändert) nickt zustimmend, die heute 23-Jährige hat diese Erfahrung gemacht.

Vor ein paar Jahren hatte es angefangen, dass sich ihre Schulden anhäuften. Zum Beispiel deshalb, weil sie täglich mehrere Stunden mit ihrem Freund per Handy sprach. Die beiden telefonierten häufiger, als dass sie sich sahen, obwohl der Freund ebenfalls in Frankfurt lebte. Auch mit anderen Freunden und Freundinnen quatschte sie stundenlang. Telefonieren, das war eine Art Hobby geworden, beinahe die einzige Freizeitbeschäftigung der jungen Frau.

Schnell summierten sich die Rechnungen. Höhepunkt war ein Monat, in dem sich die eingeforderten Beträge auf 1000 Mark beliefen. Jasmina suchte das Jugendbüro Impuls auf. Während ihr Vater mit absolutem Unverständnis auf die hohe Telefonrechnung reagierte, schüttelte Sozialarbeiterin Sabine Berthold zwar den Kopf ob der hohen Summe, Vorwürfe machte sie der verzweifelten Jugendlichen jedoch nicht. "Das war die Basis, um nach einem Ausweg zu suchen", erinnert sich Jasmina.

Allein bei drei Mobilfunk- und einem Festnetzanbieter hatte die junge Frau Schulden. Mit insgesamt 5000 Mark stand sie bei 14 Unternehmen in der Kreide. Bargeld, zum Beispiel den Lohn aus Gelegenheitsjobs, gab sie zu dieser Zeit meist komplett für Kleidung aus, andere Dinge, zum Beispiel ein Schlafzimmer, kaufte sie auf Pump. Auch Kinderbücher für ihren Sohn ließ sich die allein erziehende Mutter vom Verlag schicken, die Rechnung beglich sie allerdings niemals.

Norbert Schmitt überrascht dieses Verhalten nicht. Der Trend, so erklärt er, geht dahin, dass sich die Jugendlichen nicht um die Dinge kümmern, abwarten und hoffen, dass sich das Problem von alleine erledige. "Mahnbriefe werden dann einfach nicht mehr geöffnet." Doch die Belastung für die verschuldeten Jugendlichen ist immens. "Ich habe immer an die Rechnungen gedacht", sagt Jasmina.

Mit Hilfe des Jugendbüros verschaffte sie sich erst einmal einen Überblick über ihre Einnahmen, ihre unabdingbaren Ausgaben wie Miete, Energiekosten und Kindergartengebühr. Dann galt es, mit den Unternehmen zu verhandeln, damit diese die Schulden stunden oder um mit ihnen eine Rückzahlung in kleinen Raten zu vereinbaren. "Die meisten Firmen sind froh, wenn sie überhaupt etwas von dem Geld sehen und zeigen sich kooperationsbereit", schildert Norbert Schmitt.

Jasmina ist kein Einzelfall in Sossenheim: 40 bis 45 Jugendliche, so schätzt Schmitt, bewahren ihre Ordner mit Rechnungen, Briefen und Rückzahlungsvereinbarungen in den Schränken des Jugendbüros auf.

Meist liegen die Schulden in einer Größenordnung zwischen 500 und 800 Euro. Größere, komplizierte Fälle müssten allerdings an eine professionelle Schuldnerberatung abgegeben werden, sagt Sozialarbeiter Schmitt.

Von den Jugendlichen, die er kennt, haben jetzt fast alle ein Handy ohne Vertrag, dafür aber mit vorher bezahlter Karte, um die Ausgaben besser zu kontrollieren. Jasmina nickt wieder – auch sie setzt auf die

Prepaid-Card. **Im Sommer startet sie eine Ausbildung. Wenn sie die beendet hat, wird sie die restlichen Schulden abbezahlen müssen – Jahre, nachdem sie angefallen sind.**

Das Jugendbüro Impuls, Kurmainzerstraße 161, ist montags von 12 bis 16 Uhr, dienstags für Mädchen und junge Frauen von 14 bis 18 Uhr und mittwochs von 15 bis 18 Uhr geöffnet. Termine können per Telefon 34 05 86 65 oder per E-Mail an impuls-sossenheim@gmx.de vereinbart werden.

http://www.rhein-main.net/sixcms/list.php?page=fnp2_news_article&id=1581027

20 Nobelpreisträger gegen Bush

Mehr als 60 Wissenschaftler, unter ihnen 20 Nobelpreisträger werfen George W. Bush und seiner Regierung vor, wissenschaftliche Gutachten systematisch zu verfälschen. Die derzeit noch regierende Bush-Administration habe wiederholt "Erkenntnisse ihrer eigenen Wissenschaftler und Berater zu Gunsten politischer Ziele lizenziert und unterdrückt".

<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/4557.php>

Ärzte warnen vor Kopfschmerz, Depressionen und Unfruchtbarkeit

Wird Elektro-Smog verharmlost?

von Ann Hörath

Schlaflos, unfruchtbar, krank durch elektromagnetische Strahlung? „Durchaus möglich!“, meinen Kollegen vom Zentralverband der Ärzte für Naturheilverfahren (ZÄN).

23.03.04 - Wie viel elektromagnetische Strahlung verträgt der Mensch? „Im Zweifelsfall weniger, als man landläufig meint“, beantwortete Dr. med. Antonius Pollmann, niedergelassener Hausarzt und ZÄN-Präsident, bei einer Pressekonferenz des Zentralverbandes diese oft gestellte Frage. „Die bereits vor Jahren erarbeiteten Grenzwerte sind ausschließlich auf die thermische Wirkung von elektromagnetischen Strahlen ausgerichtet“, kritisierte Pollmann. Die biologische Wirkung bleibe jedoch außer Acht.

Dabei verändere die Strahlung Zellmembranen und Ionenkanäle, greife das Immun- und Hormonsystem an und beeinflusse chronische Erkrankungen in aller Regel negativ, gab Pollmann zu bedenken. „Bei Menschen, die verstärkt elektromagnetischen Strahlungen ausgesetzt sind, lassen sich neben Befindlichkeitsstörungen, wie Schlafstörungen, Kopfschmerzen und Müdigkeit, auch Depressionen, Chromosomen-Veränderungen und Unfruchtbarkeit aufdecken.“

Rückendeckung aus Italien und der Schweiz

Rückendeckung bekommt der ZÄN-Präsident von Strahlenschützern aus Italien und der Schweiz. Beide Länder haben ihre Grenz- und Zielwerte in den vergangenen Jahren auf einen Bruchteil der in Deutschland gültigen Werte gesenkt. Keinen Handlungsbedarf sieht dagegen das Bundesamt für Strahlenschutz, das die deutschen Grenz- und Richtwerte für völlig ausreichend erachtet.

Selbstverständlich falle die Wirkung von Strahlen individuell unterschiedlich aus, räumte Pollmann ein. „Grundsätzlich vermag der menschliche Körper vieles auszugleichen. Doch die natürliche Kompensationsfähigkeit lässt mehr und mehr nach. Elektromagnetische Strahlung ist schließlich nur eine von vielen Belastungsproben für den Organismus.“ Deshalb forderte der ZÄN-Präsident nachdrücklich, die Grenzwerte für elektromagnetische Strahlung deutlich herabzusetzen und deren Effekte vermehrt zu erforschen.

Blutiger Kampf um Öl eskaliert

Sarayacu-Gemeinde bittet die Welt um Hilfe

Die Indianer aus Sarayacu im ecuadorianischen Amazonas wurden vor kurzem Opfer eines brutalen Überfalls. Ein Ölkonzern will jetzt mit Hilfe von Soldaten in Sarayacu nach Öl suchen. Neue, blutige Auseinandersetzungen drohen.

Aufgrund dieser Umstände haben die Indianer den Ausnahmezustand ausgerufen und sich mit einem Hilferuf an uns gewandt. Sie brauchen dringend Spenden für Kommunikationsmittel und Transportkosten.

Reinhard Behrend

Vorsitzender Rettet den Regenwald e.V. <http://www.regenwald.org>

Wie lange hält unser Planet das noch aus?

Neue Kommunikationstechnologien, die Funkerei und die Schnüffelei auf allen Frequenzen, Elektromagnetische Waffen?! Wie lange hält unser Planet das noch aus?

Nachricht von Gerd Ernst Zesar

Hamburger Abend-Blatt

<http://www.abendblatt.de/daten/2004/03/29/278533.html>

Mittwoch, 31. März 2004

Aus aller Welt

Gespentisch - ein Dorf steht unter Strom

Ausnahmezustand: Autos und Möbel brennen, Handys wählen, Fernseher schalten sich ein - alles wie von Geisterhand. Forscher rätseln: Welche geheimnisvolle Energie versetzt Canneto di Caronia auf Sizilien in Angst?

Von Andreas Englisch

Canneto di Caronia - Es ist nichts Außergewöhnliches zu sehen oder zu hören an diesem Abend an der sizilianischen Nordküste zwischen Messina und Palermo. Und doch geschieht Unglaubliches. Exakt um 21.16 Uhr fährt Antonio Siracusano mit seinem Fiat Fiorino über die Küstenstraße 113 an dem Dorf Canneto di Caronia vorbei. Als der Wagen in die Via del Mare einbiegt, beginnt das Auto plötzlich ohne jede Erklärung zu hupen. Antonio Siracusano hält an und steigt aus, um nachzusehen, was geschehen ist. Das rettet ihm sein Leben. Augenblicke später steht der Wagen in Flammen und explodiert.

Zur gleichen Zeit will Nino Pezzino etwa 500 Meter entfernt seinen Fiat Punto in der Nähe der Via del Mare parken. Bevor er den Motor abstellt, hat er gerade noch Zeit, sich darüber zu wundern, dass das Navigationssystem in seinem Auto seltsame Töne von sich gibt. Dann fährt eine Stichflamme aus dem Gerät. Nino Pezzino erleidet Verbrennungen. Die Windschutzscheibe zerspringt durch die Hitze.

Um 21.18 Uhr an diesem Abend registriert die Zentrale der italienischen Telecom, dass im Gebiet um Canneto di Caronia alle dort zugelassenen Handys beginnen, nicht existierende Telefonnummern zu wählen. Die Handys senden dabei über Frequenzen, die Mobiltelefone normalerweise gar nicht benutzen können.

Um 21.20 Uhr geht Paolo Pizzuto mit seinem Hund Edmondo in der Nähe der Via del Mare am Strand entlang. Er wundert sich plötzlich über einen seltsamen Geruch, dann erschrickt er zu Tode: Seine mit Metalldrähten verstärkten Schuhe stehen in Flammen, das rechte Hosenbein brennt. Pizzuto erleidet schwere Verletzungen. Für seinen Hund endet der Abend tragisch: Er läuft am Strand entlang und fällt plötzlich tot um. Der Tierarzt diagnostiziert später einen Herzinfarkt.

Um 21. 24 Uhr ereignet sich vor den Augen des Physik-Professors Giuseppe Maschio, einem Beauftragten für Katastrophenschutz der italienischen Regierung, das rätselhafteste Ereignis seines Lebens. Er baut gerade in einem Haus in der Via del Mare, dessen Stromversorgung unterbrochen wurde, batteriegetriebene Messgeräte in einem Raum auf, der bis auf einen Stuhl mit Metallsprungfedern völlig leer ist. Plötzlich ist das Zimmer hell erleuchtet, der Stuhl steht in Flammen und ist wenig später ein Haufen Asche.

Was um Himmels willen geht in Canneto di Caronia vor sich? Treibt dort ein Poltergeist sein Unwesen?

"Da draußen ist irgendetwas", sagt Professor Maschio - und deutet aufs Meer, während die Kameras des italienischen Fernsehens ihn an diesem Tag filmen. "Irgendetwas da draußen sorgt dafür, dass sich hier ein unfassbar starkes Magnetfeld aufbauen kann, ein Feld, das so stark ist, dass ich nicht für möglich gehalten hätte, dass es auf diesem Planeten Erde existiert."

Die Autowerkstätten von Canneto di Caronia haben am nächsten Tag viel zu tun: Autofahrer kommen nicht mehr in ihre Fahrzeuge, weil die Fernbedienungen für ihre Türschlösser von allein ihren Funk-Code geändert.

Die Vorgänge, die sich an diesem Abend des 19. Februar ereigneten, lassen der Regierung in Rom keine andere Wahl mehr: Sie verhängt über das Dorf Canneto di Caronia den Ausnahmezustand. Die Häuser der betroffenen Zone werden geräumt, die Straßen abgesperrt, die Bewohner in Notunterkünften untergebracht. Ein Untersuchungsausschuss muss sich mit der Frage beschäftigen: Was passiert in Canneto di Caronia?

Begonnen hatten die rätselhaften Vorgänge bereits am 24. Januar: In der Wohnung von Nino Pezzino an der Via del Mare stand plötzlich der Sicherungskasten in Flammen. Noch am selben Tag ersetzte die italienische Stromgesellschaft den ausgebrannten Apparat durch eine moderne Sicherungsanlage. Doch noch am Abend, gegen 20.30 Uhr, brannte auch diese aus. Gleichzeitig gingen elektrische Geräte in 29 Häusern in Canneto di Caronia Feuer.

Die Stromgesellschaft versuchte tags darauf alle Schäden zu reparieren. Doch der Spuk hörte nicht auf: In den kommenden Tagen bis zum 8. Februar brannten immer wieder elektrische Geräte. Dann wusste sich die Stromgesellschaft Enel nicht anders zu helfen und schaltete in dem Dorf den Saft ab. Fachleute der Enel untersuchen die Häuser ohne Strom. Dabei filmten sie ein unfassbares Phänomen: Fernseher schalteten sich ein, Stereoanlagen begannen, laute Musik in die Gassen der dunklen Stadt zu dröhnen, Glühbirnen leuchteten auf, bis der Glühdraht durchbrannte - und das alles ohne Strom.

Am 9. Februar sicherte eine Einheit des Zivil- und Katastrophenschutzes das Dorf. Sie sollte die Frage klären: Was geht hier vor? Am 11. Februar trafen von Rom beauftragte Fachleute ein: Physik-Professoren der Universitäten Palermo und Turin. Sie bauten in dem Dorf große Messgeräte auf. Eine Sonderabteilung der Forschungsstation des nahe gelegenen Vulkans Ätna untersuchte, ob Phänomene aus dem Inneren der Erde die seltsamen Ereignisse in Canneto di Caronia auslösen. Die Wissenschaftler kamen aber zu keinem Ergebnis.

Der Chef der Untersuchungen der Universität Palermo, Giovanni Gregori, glaubt, es handle sich um ein Phänomen ähnlich dem Nordlicht, nur tausendfach stärker. Gregori: "Es kann ein Phänomen sein wie das Sankt-Elms-Feuer oder etwas, das einem Kugelblitz ähnelt. Aber besonders plausibel ist das zugegebenermaßen nicht."

Die Hochschule Turin widersprach prompt. Der Astrophysiker Gianni Comoretto, Experte für elektrische Ladungen, sagte: "Es gibt auf der Erde kein Nordlicht, das so stark ist, dass es einen Stuhl in Brand setzen könnte. Wissenschaftlich ist nie bewiesen worden, ob so etwas wie ein Kugelblitz überhaupt existiert."

Die Staatsanwaltschaft Messina ermittelt gegen unbekannt und schaltete den militärischen Abschirmdienst Sismi ein. Aber auch die Militärs haben keine Erklärung, nur einen Verdacht: Kann irgendeine Nation der Welt heimlich eine gewaltige Maschine gebaut haben, eine völlig neue Art U-Boot, das über einen neuen Antrieb verfügt, der ein gigantisches Magnetfeld aufbaut? Aber was sollte diese Maschine dann immer wieder ausgerechnet an der Küste von Canneto di Caronia wollen? Ist der Grund, dass dort unten Süßwasserquellen am Meeresgrund entspringen?

Strahlungsforscher Giuseppe Maschio von der Uni Messina: "Sicher ist nur, dass dieses Magnetfeld, woher immer es kommen mag, so stark ist, dass es die Gesundheit der Menschen gefährdet. Vielleicht muss Canneto di Caronia ganz geräumt werden."

erschienen am 29. März 2004 in Aus aller Welt

und

Wo Energie ist, strahlt es auch

Elektromagnetische Strahlung tritt überall dort auf, wo elektrische Energie erzeugt, transportiert oder verbraucht wird: z. B. an Leitungsnetzen, Elektrogeräten, Rundfunkgeräten, Handys oder Mikrowellengeräten. Derlei Strahlung kann unter Umständen das Wohlbefinden des Menschen beeinträchtigen oder sogar seine Gesundheit gefährden. So ist beispielsweise ein Schlafender, neben dessen Kopf ein Radiowecker steht, einer ungleich größeren Strahlenbelastung ausgesetzt als jemand, der in unmittelbarer Nähe einer Hochspannungsleitung lebt, sagen Experten. Strahlungsquellen, die so stark sind, dass sie - wie im Falle Canneto di Caronias - Stereoanlagen in Betrieb setzen, sind Wissenschaftlern bislang unbekannt. (HA)

erschienen am 29. März 2004 in Aus aller Welt

<http://www.abendblatt.de/daten/2004/03/29/278534.html>

Müde? Handy-Strahlung hypnotisiert das Gehirn

Funktelefone verdummen

von Ulrike Ostler

Ein 20-minütiges Gespräch mit dem Handy hat etwa die Wirkung einer Hypnose. Diesen Zusammenhang wollen Forscher am Zentrum für Neuropsychopharmakologie der australischen University of Technology in Swinburne jetzt belegen können.

Der Bericht aufgrund von Testreihen erklärt unter anderem, warum viele Leute über Müdigkeit und Kopfschmerzen klagen, wenn sie ihr Mobiltelefon intensiv nutzen. Die Strahlung des Geräts beeinträchtigt die Leistungsfähigkeit des Nutzers, heißt es in der jetzt veröffentlichten Studie.

Sie erhöht die Alpha-Wellen im Gehirn, was diesem eine höhere Last aufbürdet. Je länger das Telefonat dauert, um so schwerer fällt die Hirntätigkeit, so der Bericht der Wissenschaftler.

Der Neurophysiologe Rodney Croft drückt das, was sich das abspielt, so aus: "Das Gehirn hat mehr Arbeit, obwohl es dieselben Dinge tut" - beispielsweise schreiben oder lesen.

Während einer Hypnose ergäben sich ähnliche Muster. Auch dann erhöhten sich die Alpha-Wellen, so Croft.

Die Probanden, die an den Untersuchungen des australischen Instituts teilnahmen, hielten die Handys zirka fünf Zentimeter von Ohr entfernt. Sie wussten allerdings nicht, wann die Geräte eingeschaltet waren.

Wenn die Funktelefone in Betrieb waren, gingen die Alpha-Wellen in die Höhe. Die Testteilnehmer lösten die ihnen gestellten Aufgaben schlechter als zuvor.

<http://www.silicon.de/cpo/news-cio/detail.php?nr=6656&directory=news-cio>

Nachricht von Christopher Muschitz

<http://de.groups.yahoo.com/group/elektrosmog-liste/message/3700>

Flucht in die Wälder Schwedens

Die Geschichte der Familie Tröster-Cederth

Der Elektrosmog zerstörte alles was sich unsere Familie in Deutschland aufgebaut hat. Deshalb halten wir es für wichtig, die Menschen (so sie es wollen) zu informieren und aufzuklären.

Januar 2000: Mit unerklärlichen Beschwerden fängt alles an

Unsere Mobilfunkgeschichte beginnt im Januar 2000. Ohne erkennbaren Grund bekommt meine Frau Carola (35) plötzlich gesundheitliche Beschwerden. Diese äußern sich in Form von Schmerzen in den Muskeln und Sehnen der Schulterblätter. Oft reichen die Schmerzen hoch bis ins Genick.

Auch die Hüftgend ist betroffen und die Beine vom Knie abwärts zu den Fersen. Sobald Carola etwas macht was Kraft erfordert, dauern die Schmerzen drei bis vier Tage an. Im Laufe der Zeit kommt noch ein Brennen auf der Haut hinzu und beim Lesen bemerkt Carola immer wieder eine abrupte Abnahme der Sehkraft. Selbstverständlich konsultieren wir einige Ärzte aber keiner findet die Ursache der Beschwerden.

August 2002: Erst eine neue E-Plus-Basisstation bringt uns auf die richtige Spur

Zwei Jahre später, im August 2002, lässt E-Plus in 120 m Entfernung zu unserem Haus eine Mobilfunk-Basisstation errichten. Topographisch ist der Standort nicht gut gewählt, denn der gut 30 m hohe Schornstein, an dem die Sektorantennen montiert sind, steht in einer Senke. Da unser Haus mit nur 8 m Höhenversatz zu den Antennen auf einem gegenüberliegenden Hügel steht geraten wir unversehens in die Hauptstrahlrichtung der Antennen.

...

Juli 2003: Wir geben unser Haus auf und verkaufen es unter Wert

...

November 2003: Flucht in die Weiten der schwedischen Wälder

...

Januar 2004: Bei Kerzenlicht in der Küche

...

Lesen Sie bei Interesse hier die ganze Geschichte:

<http://www.izgmf.de/Kontakte/Burgerinitiativen/Geschichten/Troster-Cederth/troster-cederth.html>

oder:

<http://tinyurl.com/2p8wu>

Betreiber torpedieren Münchener Vorsorgemodell 2003

Achtung Achtung!!

Die Netzbetreiber wollen in München das Münchener Vorsorgemodell 2003 nicht mehr akzeptieren. Sie wollen Standorte für ihre Mobilfunkbasisstationen aber nur nach ihren Spielregeln. Die Betreiber wollen sich nur an die gesetzlichen Vorgaben halten.

Die Betreiber haben Probleme mit der Umsetzung des Münchener Vorsorgemodells 2003 die 3 Kernpunkte

- die Form der Immissionsprognose (3D-Modell)
- die Immissionsprognose als Vertragsbestandteil (Einhaltung des Schweizer Vorsorgewert)
- die Formulierung des Kündigungsrechtes der Stadt

dazu: Die Schweizer Grenzwerte - Eine Mogelpackung erster Güte von Hans-U. Jakob: Der neueste Trend geht leider dahin, überall auf der Welt die Schweizer Grenzwerte als vorbildlich und nachahmenswert vorzustellen.

Es wird immer nur von den auf 10% reduzierten, in Europa sonst üblichen Werten berichtet, aber niemals über die sehr wenigen Orte wo diese Werte wirklich Gültigkeit haben. Das ist eine riesige Unterlassung und stellt die Schweizer Werte in ein völlig verzerrtes Licht. Weiter unter: <http://www.gigahertz.ch/429/>

Seit Verabschiedung des Münchener Vorsorgemodell 2003 sind bislang KEINE Vertragsabschlüsse zwischen der Landeshauptstadt München und den Netzbetreibern zu verzeichnen. Beide Seiten führen daher auf Einladung des Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) aktuell Gespräche mit der Zielsetzung, hier zu einen Konsens zu gelangen. Diese Gespräche sind jedoch derzeit noch nicht abgeschlossen. RGU-UW2 Herr Wortmann 233- 4 77 01

Mit der Errichtung der Allianz Arena (München Freimann) ist die mobilfunktechnische Versorgung innerhalb des Stadions und des Umfeldes den künftigen Bedürfnissen anzupassen. Die Betreiber wollen auf das Park + Ride Gebäude. **Aus städtebaulichen Gründen wurde ein freistehender 40-50 m hoher Antennenträger abgelehnt.**

Als verbleibende Alternative des Außenstandortes ist das P+R Gebäude definiert und fest vereinbart. Die Netzbetreiber tragen diesen Vorschlag angesichts der gemeinsamen Zielsetzung der Versorgung der Allianz Arena für die WM 2006 mit, obwohl damit erhebliche funknetzplanerische Kompromisse eingegangen werden müssen.

Die Firma T-Mobile hat die technische und vertragliche Koordination für alle Netzbetreiber (T-Mobile, o2 Germany, Vodafone und E-Plus) und führt die Verhandlungen. **Die Vertreter von T-Mobile haben in Gesprächen mit der P+R GmbH festgestellt, dass unter den Bedingungen des Münchener**

Vorsorgemodells ein Vertragsabschluß NICHT in Frage komme. T-Mobile hat sich mit Schreiben vom 24.02.04 an das Referat für Gesundheit und Umwelt gewandt, mit dem Ziel, dass der Stadtratsbeschluss nicht zur Anwendung kommen soll.

Die Netzbetreiber fordern die Stadt München auf einem Vertragsabschluß für den Standort P+R Gebäude unter Ausnahme vom geltenden Münchener Vorsorgemodell 2003 zuzustimmen.

Der Stadtrat wird darüber entscheiden am 27.04.04 im Münchener Rathaus.

Nun muss sich zeigen ob unsere Stadträte was im Kreuz haben oder schon bei der kleinsten Briege Schiffbruch erleiden.

Klaus

Quelle: http://www.izgmf.de/scripts/forum/board_entry.php?id=1036#p1036

Zu hohe Herstellungskosten: Wal-Mart korrigiert seine RFID-Planung

Die US-Handelskette Wal-Mart, die ihre Pharma-Lieferanten bis Ende März zur Kennzeichnung ihrer Warenlieferungen mit RFID-Tags verpflichten wollte, hat den ersten Stichtag für die Einführung der neuen Technik verschoben.

Im vergangenen Juni hatte Wal-Mart mit seinen 100 bedeutendsten Zulieferern vereinbart, diese sollten bis Januar 2005 alle Warenlieferungen auf Palettenebene mit Chips zur Radio Frequency Identification (RFID) markieren; Medikamentenlieferungen sollten diese Anforderung sogar schon zum 1. April 2004 erfüllen. Nun erklärte Wal-Mart-Sprecher Gus Whitcomb, bislang hätten erst wenige Pharma-Hersteller die neue Technik eingeführt, daher sei der Stichtag 1. April nicht einzuhalten.

Die ganze Nachricht im Internet: http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=8139

Demo am 3. April: Größte soziale Proteste in der Geschichte der Bundesrepublik erwartet

Bei den Demonstrationen gegen den Sozial-Kahlschlag, die am kommenden Samstag in Berlin, Stuttgart und Köln stattfinden werden, erwartet das globalisierungskritische Netzwerk Attac eine Rekordbeteiligung: "Wir werden vermutlich die größten Proteste zu sozialer Gerechtigkeit in der Geschichte der Bundesrepublik erleben", sagte Sven Giegold vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. "Möglich ist das durch ein politisches Bündnis, das es in dieser Breite noch nie gegeben hat."

Die ganze Nachricht im Internet: http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=8150

Globale Datenbank für Reisende?

Die EU verlangt von Fluglinien vorab Daten der Passagiere, die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation wird einen globalen Standard für maschinenlesbare Ausweise mit biometrischen Merkmalen fordern.

<http://www.telepolis.de/tp/deutsch/inhalt/te/17086/1.html>

Risiken der Nanotechnologie: Körper empfindet Nanoteilchen als Krankheitserreger

Nanoteilchen führen zu "Knoten" und Entzündungen in der Lunge. Zu diesem Ergebnis kommen zwei Studien, die in der Januarausgabe des Journals Toxicological Sciences erschienen sind. Amerikanische Wissenschaftler führten Mäusen bzw. Ratten Kohlenstoff-Nanoröhrchen in die Lunge ein. Daraufhin wurden in beiden Studien bei den Versuchstieren knötchenartigen Veränderungen sowie Entzündungen in der Lunge festgestellt. Die Schäden waren bedenklicher als bei einem anderen Versuch, bei dem in die Lungen der Tiere Quarzteilchen eingeführt wurden - Quarzstaub gilt als Krebs erregend.

Die ganze Nachricht im Internet: http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=8136

Handy-Verbot an bayerischer Volksschule

Altusried (dpa/lby) - Nach den Osterferien gilt an der Volksschule in Altusried (Oberallgäu) ein generelles Handy-Verbot. Die Grund- und Hauptschüler dürfen nach Angaben des Schulleiters Helmut Sommer vom Donnerstag ein Mobiltelefon nicht einmal ausgeschaltet mit in die Klassenzimmer nehmen.

Das Kultusministerium ist mit dieser in Bayern einmaligen Regelung nicht einverstanden. Aus Sicherheitsgründen solle es den Kindern gestattet sein, Handys mitzuführen, wenn es ausgeschaltet ist, erklärte der Ministeriumssprecher. **Die Altusrieder Schule will dennoch an dem grundsätzlichen Verbot festhalten, über das die Eltern in einem Rundbrief informiert wurden.**

Ein Lehrer, der sich durch die Abstrahlung der Handys im Klassenzimmer gesundheitlich beeinträchtigt fühlt, hatte das Verbot verlangt. Einem entsprechenden Beschluss der Lehrerkonferenz, die damit auch Störungen im Unterricht abstellen wolle, habe der Elternbeirat ausdrücklich zugestimmt, betonte Sommer.

Die Billigung von ausgeschalteten Handys könne praktisch kaum durchgesetzt werden, sagte Sommer. "Wer sein Handy dabei hat, schaltet es auch ein." Die Sicherheitsaspekte seien dabei wohl bedacht worden. Den Schülerinnen und Schülern stehe im Haus ein Münztelefon zur Verfügung. Zudem werde ihnen jederzeit erlaubt, vom Sekretariat aus dringende Gespräche zu führen.

Nach Angaben des Kultusministeriums ist die Schule in Altusried bisher die einzige in Bayern, die ein solch striktes Handy-Verbot erlassen hat. Aus Sicherheitsgründen halte es das Ministerium jedoch für sinnvoll, ausgeschaltete Handys zu gestatten. In vielen Situationen sei ein Mobiltelefonkontakt zwischen Kindern und ihren Eltern wünschenswert. Deshalb habe das Ministerium die Schulleitung gebeten, das uneingeschränkte Verbot zu überdenken.

01.04.2004 von Thomas Stollberger

<http://www.verivox.de/News/ArticleDetails.asp?aid=6537>

Franzosen knacken Funktelefonverschlüsselung

Nachfolgende Nachricht stammt aus den Heise Security News.

Das Schulungszentrum des französischen Sicherheitsdienstes DCSSI bietet Kurse zum Knacken der Funkverschlüsselung DECT an. Es liegt die Vermutung nahe, dass es den Franzosen gelungen ist, die Verschlüsselung, die in abgeschwächter Form auch bei GSM eingesetzt wird, zu knacken...

<http://www.heise.de/security/news/meldung/46146>

Quelle: <http://ecolog.twoday.net/stories/183104/>

Signifikante DNA-Schäden

Vielen Dank Herr Dr. Kohl und Frau Merkel für die Baugesetze, die Sie vor Jahren unterzeichnet haben, über die die Gemeinden kein Mitspracherecht mehr haben. Danke auch an Herrn Schröder, der die Grenzwertdiskussion beendet und diese Angelegenheit zur Chefsache gemacht hatte.

**Heute aus dem Bayerischen Landtag – Anhörung Mobilfunk / Elektrosmog
Veranstalter Dr. Martin Runge und Ruth Paulig, Die Grünen im Bayerischen Landtag.**

Als Sprecher waren geladen:

Prof. Adlkofer

Dipl. Ing. Schiedrich/ Fa. Schwille

Dipl. Ing. Greger/Fa. enorm

RA Sommer

Hier eine Vorab-Information, das Wortprotokoll kann bei Dr. Martin Runge angefordert werden: martin-runge@bayern.landtag.de

Stichpunkte Prof. Adlkofer zur Reflex-Studie:

Ein Wissenschaftler der nicht marktgerechte Ergebnisse veröffentlicht wird oft mit dem zweifelhaften Ruf des „selbsternannten Experten“ versehen, die Ergebnisse werden ignoriert, der Verfasser kritisiert und dann diffamiert.....

Die Reflex-Studie wurde gemacht, weil nach langjähriger Forschungsarbeit bisher noch nicht geklärt werden konnte, ob EMF schädigt oder nicht. Die Reflex-Studie wurde von mehreren Forschungslabors gleichzeitig durchgeführt, z.B. in Berlin, Wien, Hannover, Helsinki.....

Die Studie stellte sich einer genauen Aufgabenstellung um künftigen Untersuchungen über EMF den Weg zu weisen.

Hier ging es um folgende Punkte:

Genmutation

Deregulation der Zellproliferation

Deregulation der Apoptose

Modifikation der Gen- und Proteinexpression

Die Verfasser der Studie glaubten nicht, dass ihre Untersuchung Ergebnisse bringen würde, aber es kam anders wie alle dachten.....

Untersucht wurden alle Handy-Signale – gepulst sowie un gepulst – nicht aber die Auswirkungen von Sendeanlagen. Auffallend war, dass die gepulsten Frequenzen stets zu einer größeren Schädigung führten. Alle Tests ergaben aber eine signifikante Erhöhung der Micronucleine (Vorstufe zu Krebs – siehe auch Rinderstudie !!!), sowie die Abspaltung von DNA-Material, welches sich nicht mehr integrierte.

Alle Untersuchungen fanden im Doppel-Blind-Verfahren statt (nur der Computer wusste wann eine Exposition stattfand). Stets wurden „scheinexponierte“ Zellkulturen mit untersucht, wobei es dem Team nicht bekannt war, welche der Proben unter dem Einfluss von EMF standen. Dabei war eine signifikante Schädigung der bestrahlten Zellkulturen feststellbar.

Die entsprechenden Expositionskammern wurden von Prof. Kuster (Wien) gebaut.

Prof. Adlkofer weist darauf hin, dass man über Ergebnisse, die

oppel-Blind-Verfahren aufzeigt, nicht mehr diskutieren muss – diese sind nicht zu n, da man sie nicht willentlich beeinflussen kann.

Je länger eine Exposition andauert, desto größer ist die Schädigung.

Alle unterschiedlichen Handy-Signale führten zum Anstieg der Micronucleine – auch bei einer Intensität die lediglich dem „Zuhören am Handy“ entspricht.

Es wurden nieder- und hochfrequente
der
er
untersucht –
n von wenigen μ T bis hin zu 2000. Bei einem Millitesla fanden wir Strangbrüche. Um 1800 MHz
n
sich die
angbrüche signifikant – egal welche Modulation. Die Felder sind in der Lage dies auszulösen. EMF ist in der Lage
Gene zu verändern.

Zu einer Untersuchungsmethode – Comet-Assay:

HL60 Zellkerne werden extrahiert. Nun sieht man einen kometenhaften Schweif am Zellkern. Je länger dieser Schweif ist, desto größer die Schädigung an der Zelle/DNA – hier tritt Zellmaterial aus.

Ergebnisse dieses Tests:

bei 1,3 W und 1,6 Watt und 2,00 Watt - signifikanter Anstieg der Micronucleine sowie DNA-Sprünge.

DNA-Sprünge:

Bis zu einer Exposition von 24 Stunden kann man

nstieg der DNA-Sprünge beobachten, dann tritt ein Abstieg ein. Dies ist auf das körpereigene Reparatursystem zurückzuführen, welches nun eingreift. Nicht der Fall ist dies bei der Zunahme der Micronucleine – hier kann der Körper nichts reparieren.

Doppelstrangbrüche sind weit gefährlicher wie Einzelstrangbrüche – die kann der Körper schnell und perfekt innerhalb 7 bis 8 Stunden reparieren. Die Doppelstrangbrüche jedoch nicht. Hier kopiert der Körper oft falsch (auch a-zentrische Chromosome) – dies führt zu Dauerschäden innerhalb der Zellen. Der Reparaturmechanismus sagt nichts darüber aus, welche Schäden tatsächlich bleiben.

Schon im niederfrequenten Bereich, bei 1000 μ T, zeigten sich deutliche Chromosomenschäden – jedoch bei RF-EMF Signalen waren diese signifikant erhöht.

Bei der Untersuchung der RF-Signale ergab sich eine signifikante Zunahme der DNA-Strangbrüche gegenüber den scheinexponierten Zellen; damit ist an sich bewiesen, dass sich hier etwas tut.

Wenn man nun Ascorbinsäure/Vitamin C hinzugibt, dann ist der Anstieg der Micronucleine weg!

Das bedeutet, dass hier Freie Radikale gebildet werden, die alles beschädigen was da ist.

Die Zugabe von Vitamin C, als Radikalfänger, führt nun zwangsläufig zu deren Rückgang – aber es muss nicht unbedingt Vitamin C sein – es gibt noch andere Freie Radikalfänger.

Letztendlich sind die Freien Radikale für all diese Auswirkungen zuständig (wie DNA Sprünge und Zunahme der Micronucleine).

Prof. Rüdiger aus Wien verwendete menschliche Hautzellen (von Spendern) für seinen alkalischen Comet-Assay-Versuch. bei der kontinuierlichen Exposition mit 1800 MHz, SAR 2 W/kg (das ist unser oberster Grenzwert) zeigte sich, dass die DNA-Strangbrüche Zeit und Expositionsabhängig sind und unter on/off Bedingungen (Vergleichbar mit Pulsung) die stärksten Auswirkungen zeigen. (Nach 4 Std. geringer Anstieg, 16 Std. deutlich, 24 Std. starke Auswirkung)

Prof. Leschinsky aus Helsinki stellte eine Hypothese auf:

Das Hitschok Protein 27 (welches sich durch Hitze bildet) wird durch EMF vermehrt ausgeschüttet, dies führt zu einer verstärkten Phosphorylierung welche schließlich über eine Kaskade von Ereignissen zu Löchern in der Blut-Hirn-Schranke führt.

Wenn es sich hier um Krebs erregende Stoffe handelt die nun in das Gehirn eindringen können, so wird dieser nun ausgelöst.

Die zweite Hypothese hierzu lautet:

Das Hitschock Protein 27 führt zum programmierten Selbstmord. Die Apoptose wird gehemmt, Zellen, welche sich schon zu Krebszellen entwickeln, können vom Körper nicht mehr entfernt werden.

Zusammenfassung:

In vitro Untersuchungen von RF-EMF Expositionen zeigten, dass diese fähig sind, in bestimmten (nicht allen) Zellen, DNA-Brüche, Anstiege der Micronucleine und Chromosomenaberrationen zu erzeugen.

Es ergab sich kein direkter Hinweis auf die Begünstigung von z.B. der Alzheimer Erkrankung – dies muss jedoch noch eigens geklärt werden.

Auch für chronische Erkrankungen fand sich kein kausaler Zusammenhang – es erhöhte sich aber die Plausibilität für eine solche Annahme.

Das Vorsorgeprinzip umfasst unserer Meinung nach

- **die Anerkennung des derzeitigen Standes der Wissenschaft**
- **die Bereitstellung von Forschungsmitteln für Untersuchungen die wirklich Ergebnisse bringen unabhängig von einer Interessengemeinschaft**
- **die ehrliche Aufklärung der Bevölkerung**
- **Überprüfung der Grenzwerte**
- **die Verantwortung jedes Einzelnen sich selbst um sachliche Information zu bemühen und sein Verhalten dem entsprechend anzupassen.**

Fragen:

Ist die Reflex-Studie bereits anerkannt oder wann wird diese reproduziert:

Prof. Adlkofer: Mehrere Labors arbeiten bereits daran unsere Ergebnisse zu reproduzieren. Für mich sieht die Sache ein wenig anders aus, weil ich die Ergebnisse in Wien, Hannover usw. mit verfolgen konnte. Wir haben 100te male das Selbe gemacht – ich habe nicht den Hauch von einem Zweifel, dass in vitro es zu Schäden der Gene führt - unterhalb unserer Grenzwerte.

Lai und Singh haben ja vor kurzem eine Studie publiziert.....

Die Reflex-Studie sollte ja im August 2004 beendet werden und ich schickte meinen Abschlussbericht an Brüssel. Mein Bericht wurde von einem mitarbeitenden Team kritisiert. Darauf hin beschloss Brüssel, dass eine Abstimmung über meinen Schlussbericht stattfinden soll diese ist am 13.05.

Eine wissenschaftliche Gruppe aus den USA besuchte unser Labor – und wir haben ja dafür geworben, dass uns andere besuchen und unsere Ergebnisse reproduzieren.

Unser Team im Wien beklagte, dass diese Gruppe nur alles ruinieren wollte und verweigerte die weitere Zusammenarbeit – ich musste vermitteln.

In Berlin hat sich die US Gruppe korrekt verhalten – hier wurden unsere Ergebnisse reproduziert.

Wird nun die Zunahme der Micronucleine in Wien bestätigt ist die Sache klar – ich habe keinerlei Zweifel daran.

Nun wird immer gesagt, die Felder seien viel zu gering um Schaden anzurichten – in gewisser Weise gebe ich ihnen recht, jedoch erbrachte gerade die Beigabe der Ascorbinsäure den Beweis dafür, dass sich Freie Radikale bilden; der Mechanismus entsteht durch die verstärkte Freisetzung dieser Freien Radikalen. Es sind viele Proteine die verstärkt oder vermindert gebildet werden wenn eine EMF Exposition besteht.

Wir fanden a-thermische Auswirkungen.

Als die Grenzwerte festgelegt wurden, gab es noch keine bessere Methode, aber heute sollten wir noch einmal darüber nachdenken.

Nachricht von Gerd Ernst Zesar

Alfred Tittmann, c/o HESSISCHER LANDESVERBAND MOBILFUNKSENDERFREIE WOHNGBIETE e.V

<http://omega.twoday.net/stories/185508/>

Grüne wollen Baurecht ändern: Keine Mobilfunkantennen ohne Antrag

München (dpa/lby) - Die Grünen im bayerischen Landtag haben am Freitag eine Genehmigungspflicht für alle Mobilfunksender gefordert. Bei einer Anhörung zum Thema Elektrosmog stellten Abgeordnete in München einen entsprechenden Gesetzesentwurf vor. Dem aktuellen Baurecht in Bayern zufolge können Antennen für Mobilfunk-Anlagen bis zu einer Höhe von zehn Metern ohne Bauantrag errichtet werden. Die Landtags-Grünen streben eine Änderung des Baurechts an, die Mobilfunkbetreiber zu einem vorherigen Antrag verpflichtet und damit den Kommunen ein Mitspracherecht einräumt.

Die Grünen verlangten vom Bund und der Staatsregierung zudem eine bessere Aufklärung über die mögliche Gesundheitsgefahr durch Sendeanlagen, Handys und digitale Schnurlostelefone. Elektrische und magnetische Wellen, für die sich in den vergangenen Jahren der Begriff Elektrosmog durchsetzte, würden von zahlreichen Ärzten als bedenklich eingestuft. Die Palette von Erkrankungen, die möglicherweise auf Elektrosmog zurückzuführen sind, reiche von Befindlichkeitsstörungen bis hin zu Krebs und Erbgutschädigungen.

02.04.2004 von Jeni Fulton

Mobilfunk-Diskussion immer bissiger

Bürgerinitiativen wehren sich - Antrag von Peter Heller angenommen

Dachau (re) - Wie erwartet, nahm das Thema Mobilfunkantennen auch bei der Bürgerversammlung für Dachau-Ost im Adolf-Hoelzel-Haus den größten Raum ein. Gegen den von OB Bürgel bereits in der Bürgerversammlung Dachau-Süd im ASV erhobenen Vorwurf, die Bürgerinitiativen hätten sich

destruktiv verhalten, so dass der Runde Tisch keinen Sinn mehr gehabt habe, setzte sich vor allem Hermann Allgaier von der Bürgerinitiative "Besorgte Bürger Dachau-Ost" zur Wehr.

Er und seine Kollegen von den anderen Bürgerinitiativen, so Allgaier, seien mit ihren Bedenken wegen Kindergärten und Schulen in der Nähe von Antennen nicht gehört worden. 24 Antennen allein in Dachau-Ost aber seien nun einmal zu viel. Allgaier: "Widerstand war da, aber man wollte uns nicht hören."

Sichtlich verärgert reagierte OB Bürgel: Die "Märchen des Herrn Allgaier" führten zu keinem Ergebnis, meinte er. Es werde Antennen in Wohngebieten geben, "ob wir das wollen oder nicht". Ziel des Runden Tisches sei gewesen, sozial orientierte Standorte zu finden.

Zuvor hatte Peter Heller vom Bund Naturschutz einen Antrag gestellt, der mit 111 zu null Stimmen angenommen wurde und deshalb im Bauausschuss behandelt wird:

1) Die Entwicklung eines Mobilfunk-Gesamtkonzeptes unter Federführung der Stadt und mit Beteiligung der Dachauer Bürger soll wieder aufgenommen werden. Als Vorlage soll dabei das "Gräfelfinger Modell" dienen.

2) Die Stadt soll neue Antennen in allgemeinen und reinen Wohngebieten verhindern und die Einhaltung der "Salzburger Werte", die um das Zehntausendfache niedriger sind als die gesetzlichen, gewährleisten. Auch soll die Stadt an alle Immobilieneigentümer appellieren, keine Verträge mit Mobilfunkbetreibern abzuschließen, bevor das Gesamtkonzept unter Dach und Fach ist.

3) Die bereits bestehenden GSM-Antennen sollen an den Stadtrand verlagert werden, soweit technisch möglich. Das solle vor allem mit der Vodafone-Antenne auf dem Hochhaus an der Fünfkirchener Straße geschehen.

Der OB meinte dazu, dass das "Gräfelfinger Modell" nicht funktionieren würde und dass die Dachauer Werte ohnehin weit unter den Salzburger lägen. Er, Bürgel, sei zwar auch gegen die Antennen an Heide- und Himmelreichweg. Aber wer fordere, dass die Antennen für Dachau-Ost an den Stadtrand gehören, sage die Unwahrheit. Und es sei nicht hinweg zu diskutieren: **Je mehr Nutzer, umso mehr Handys.**

Auch sprach Bürgel die Erfahrung an, dass man die Pausenzeiten in den Schulen daran gut erkenne, dass dann besonders viele Handy-Gespräche geführt werden. **"Warum haben die Kinder Handys, wenn nicht durch ihre Eltern?"** stellte der OB in den Raum. *mm*

<http://www.merkur-online.de/regionen/dachau/41,261630.html>

Omega: das Gräfelfinger Modell erlaubt eine Leistungsdichte von 1000 Mikrowatt/m². Weit unter diesem Wert gibt es wissenschaftliche Studien, die die Schädlichkeit der gepulsten Mobilfunkstrahlung belegen.

Somit hätten die Bürger von Dachau durch den viel zu hohen Wert von 1000 Mikrowatt/qm keinen vernünftigen Gesundheitsschutz. Alles bliebe nahezu wie vorher.

Wieder einmal wird hier der sogenannte "Salzburger Wert" mit 1000 Mikrowatt/m² (zehntausendfach unter unserem Grenzwert) angeführt. Es handelt sich um den veralteten "Salzburger Wert" Dieser Wert wurde bereits im Februar 2002 von der Landessanitätsdirektion Salzburg aufgrund neuer Erkenntnisse auf 10 Mikrowatt/m² im Freien und im Innenbereich auf 1 Mikrowatt/m² gesenkt. Der Wert gilt für die Summe der Leistung aller Mobilfunkanbieter.

Man kann es nicht oft genug sagen: mit der hier geduldeten Leistung von 1000 Mikrowatt/qm werden Menschen krank und sie ist damit keinesfalls zu akzeptieren.

Bei der Diskussion in Dachau zeigt sich wieder, dass es mit der jetzigen verwendeten Technik nicht geht. Die Stadt soll die Sender in allgemeinen und reinen Wohngebieten verhindern. Was ist aber mit den

Menschen in Mischgebieten usw. Haben diese nicht das gleiche Recht auf Gesundheit? Oder aber es wird von den Misch- und Industriegebieten in die Wohngebiete voll reingestrahlt. Damit wäre den Leuten auch nicht geholfen.

Leider ist der einzige gangbare Weg zu einem Gesundheitsschutz, dass die Sender überall weg müssen. Wie lange wird es wohl noch dauern, bis sich dieses Wissen durchgesetzt hat?

Nachricht von der BI Bad Dürkheim

Informationsfreiheit, selbst gebacken

<http://omega.twoday.net/stories/185500/>

USA wollen ab September Fingerabdrücke aller ausländischer Besucher

Washington - Die USA wollen ab September von sämtlichen ausländischen Besuchern die Fingerabdrücke abnehmen und Fotos machen. Wie das Außenministerium in Washington am Freitag mitteilte, werden damit auch die Staatsangehörigen jener 27 Länder, die bis zu 90 Tage visafrei in die Vereinigten Staaten einreisen können, von der Neuregelung betroffen sein. (AFP)

<http://omega.twoday.net/stories/185486/>

Mobilfunk macht krank!

Von Henning Müller-Burzler, Heilpraktiker (überarbeitete Version)

Das Schlimmste an der derzeitigen Mobilfunktechnologie ist bisher noch gar nicht veröffentlicht worden! Was bisher nur bekannt geworden ist, sind verschiedene Symptome, die sich durch die Mobilfunkstrahlung relativ schnell einstellen können. Diese Symptome werden in der öffentlichen Diskussion jedoch bisher immer noch als relativ "harmlos" dargestellt, da sie auch durch viele andere Krankheiten oder Faktoren ausgelöst werden können.

Die Wahrheit über die derzeitige Mobilfunktechnologie mit gepulsten Hochfrequenzen ist jedoch, dass diese Strahlung alle Zellen in unserem Körper schwächt, das heißt, der Zellstoffwechsel, inklusive aller Enzymaktivitäten etc., wird deutlich beeinträchtigt. Die Zellen funktionieren durch die Mobilfunkstrahlung nicht nur schlechter, sondern es bleiben auch mehr Stoffwechselendprodukte in den Zellen liegen. Dies betrifft aber auch sämtliche Umweltgifte, die wir über die Luft oder die Nahrung aufnehmen. Somit führt die Mobilfunkstrahlung zu einer verstärkten Verschlackung des Körpers nicht nur mit Stoffwechselendprodukten, sondern auch mit Umweltgiften. Dadurch verschlechtert sich der Zellstoffwechsel ein zweites Mal! Dies ist der Grund, warum in den letzten Jahren die Allergikerzahlen so dramatisch zugenommen haben (siehe auch den Artikel "[Alle Allergien sind heilbar](http://www.mueller-burzler.de)" auf unserer Homepage <http://www.mueller-burzler.de>), immer mehr Menschen eine zunehmende Verdauungsschwäche vor allem der Bauchspeicheldrüse entwickeln und infolge der zunehmenden Immunschwäche immer häufiger chronische Virusinfektionen bekommen (Epstein-Barr-Virusinfektion, Zytomegalie, Herpesviren etc. - siehe den Artikel "[Die chronische Epstein-Barr-Virusinfektion](http://www.mueller-burzler.de)" unter <http://www.mueller-burzler.de>).

So wie die Bauchspeicheldrüse unter der zunehmenden Verschlackung des Körpers leidet und ihre Funktionen nach und nach geringer werden - dies bezieht sich nicht nur auf die Enzym-, sondern auch auf die Hormonproduktion, weshalb in Zukunft immer mehr Menschen auch Diabetes mellitus bekommen werden -, betrifft es auch alle anderen Organe und Bereiche im Körper von Menschen und Tieren, die selbstverständlich ebenfalls davon betroffen sind! Zuerst erkranken dabei grundsätzlich diejenigen Stellen, welche die genetisch oder psychisch bedingten Schwachstellen darstellen. Da diese bei jedem Menschen unterschiedlich sind, können zum Beispiel Personen, die eine solche Schwachstelle im Gehirn haben, Kopfschmerzen oder Schlafstörungen bekommen oder zunehmend an Gedächtnisstörungen, ADS (Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom) oder

Lernstörungen leiden, eine Epilepsie oder sogar einen Gehirntumor entwickeln. Menschen, die eher ein labiles Nervensystem haben, werden dann entweder hyperaktiv, unruhig und nervös oder auch depressiv (Reizung des Nervus sympathicus) oder sie werden müde bis antriebslos (Reizung des Nervus vagus).

Eine erhöhte Elektrosensibilität kann ebenfalls die Folge sein. Eines der am meisten betroffenen Organe ist die Schilddrüse. Nach neuesten Studien ist die Schilddrüse bereits bei über zwei Drittel aller Erwachsenen in Deutschland erkrankt - mit stark steigender Tendenz. Dies können wir in der Praxis absolut bestätigen! Betroffen ist die Schilddrüse hierbei von allen Erkrankungsformen: Über- und Unterfunktion, gut- und bösartigen Tumoren bzw. Knoten, Zysten bis hin zu Autoimmunprozessen (Hashimoto-Thyreoiditis). Die Ursache dafür ist, dass die Schilddrüse eines der Organe ist, das aufgrund ihres Filtergewebes viele Umweltgifte aus dem Blut abfangen und einlagern kann. Infolge der Mobilfunkbestrahlung lassen auch ihre Zellfunktionen nach und die abgelagerten Fremdstoffe bleiben vermehrt liegen - die Schilddrüse erkrankt! Mit der so genannten „Zwangsjodierung“ vieler Nahrungsmittel hat das hingegen nach unseren Erfahrungen nichts oder kaum etwas zu tun, wie in immer mehr Veröffentlichungen behauptet wird. Damit jedoch noch nicht genug: Primär werden durch die Mobilfunkstrahlung in erster Linie alle besonders sensiblen Organe und Zellen des Körpers geschwächt. Dazu gehören vor allem sämtliche Drüsen. Zwei davon habe ich schon erwähnt: die Bauchspeicheldrüse und Schilddrüse. Aber auch die Thymusdrüse, Hirnanhangdrüse (Hypophyse) und Zirbeldrüse (Epiphyse) werden durch diese Strahlung mehr oder weniger stark geschwächt. Die Folgen können sehr weitreichend sein und reichen von einem allgemein geschwächten Hormonsystem über ein geschwächtes Immunsystem bis hin zu immer häufiger vorkommenden Tumorformen, zum Beispiel an der Hypophyse. Dass in einem verschlackten und geschwächten Körper leichter Krebs entsteht, ist leicht nachzuvollziehen. Ausführlich gehe ich darauf im Buch „Auf den Spuren der Methusalem-Ernährung, Gesund und allergiefrei“ ein!

Aber auch die zunehmende Zeugungsunfähigkeit von Männern und Unfruchtbarkeit von Frauen wird durch diese Strahlung negativ beeinflusst. Betroffen sind dann vor allem die Hoden und Eierstöcke. Sie können nun nachvollziehen, dass es im Prinzip keine Erkrankung gibt, die nicht durch die Mobilfunkstrahlung verursacht oder verstärkt werden kann.

Wie sich das Ganze schon heute und vor allem in der nahen Zukunft auswirkt beziehungsweise auswirken wird, ist in unserer Praxis schon seit einigen Jahren deutlich zu erkennen: eine Flut von Krankheiten und Beschwerden, für die die derzeitige Schulmedizin keine befriedigende Antwort mehr hat. Denn die Entgiftung des Körpers von schädlichen Substanzen und die Regeneration von geschwächten Organfunktionen gehörten ja bisher noch nicht zu ihren Leistungen.

Aus diesem Grund ist es besonders heute so wichtig, dem Körper viel Lebensenergie zum Beispiel mit einer möglichst gesunden Ernährungsweise zuzuführen und ihn regelmäßig zu entgiften. Wer zu spät damit anfängt, wird umso mehr mit den bereits abgelagerten Giften und Stoffwechselendprodukten zu kämpfen haben. Außerdem ist der Heilungsweg für einen bereits stark entgleisten Organismus deutlich länger als für einen noch einigermaßen gesunden Körper.

Ich habe diesen Artikel nicht geschrieben, um die Hoffnungslosen noch hoffnungsloser zu machen, sondern um aufzuklären. Es hat einfach keinen Sinn mehr, den Kopf vor der Wahrheit in den Sand zu stecken und zu hoffen, dass der Sandsturm bald vorüber geht. Wenn wir nicht dafür sorgen, dass der „Sturm“ durch „schöneres Wetter“ ersetzt wird, dann wird aus dem Sturm bald ein Orkan werden. Diesbezüglich ist es für mich einfach unverständlich, warum ein großer Teil unserer Patienten immer noch Handys besitzt oder schnurlose Heimtelefone benutzt. Diese Technologie macht einfach nur krank und müsste daher von allen verantwortungsbewussten Menschen hundertprozentig boykottiert werden!

Dorfen

Die Arroganz in der Politik stoppen

ÖDP wirbt für Volksbegehren zu Mobilfunk und Politikerbezahlung

Taufkirchen (mel) - "Wir wollen, dass Grenzwerte so gesetzt werden, dass es für den Menschen nicht schädlich ist", fordert der ÖDP-Kreisvorsitzende Wolfgang Reiter im Zusammenhang mit der angestrebten Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk. Dies und auch die Aufwandspauschale und Altersversorgung der Politiker möchte die ÖDP reformieren und dazu zwei Volksbegehren anregen.

Reiter zitierte bei der ÖDP-Veranstaltung am Mittwochabend im Gasthaus "Zur Post" in Taufkirchen alarmierende Studienergebnisse, wonach Handystrahlen die Erbsubstanz schädigen und Krebs verursachen können. Alle Masten

sollten darum unabhängig von der Höhe genehmigungspflichtig werden, damit die Kommunen die Möglichkeiten hätten, sensible Standorte zu verhindern. Über die Auswirkungen der sehr viel höheren UMTS-Frequenzen lägen noch keine Untersuchungen vor. "Es ist ein großer, unverantwortlicher Menschenversuch", so Reiter.

Die ÖDP braucht für die Zulassung pro Volksbegehren 25 000 Stimmen. Für den gewünschten Volksentscheid müssten dann zehn Prozent der Bevölkerung ihre Unterschrift leisten, um das Parlament zu überstimmen. mm

Datum: 02.04.2004

<http://www.merkur-online.de/regionen/dorfen/42,261624.html?fCMS=4636e56fe44fc2c494b985127f3794e1>

(Auszug)

Oberster Datenschützer: "RFID ist zu heimlich"

Selbstbestimmung auf Verbraucherseite ist das erklärte Ziel

31.03.2004 14:49 | von *Simone Schnell*

"Datenverarbeitung ist allgegenwärtig und unsichtbar. Die Menschen haben immer häufiger mit Computern zu tun, die nicht wie solche aussehen. Für den Verbraucher sind die Daten, die er mit sich herumträgt, nicht mehr steuerbar." Mit diesen Aussagen hat der Bundesbeauftragte für Datenschutz, Peter Schaar, auf die möglichen Gefahren der RFID-Technologie (Radio Frequency Identification) hingewiesen.

Die Industrie hält dagegen. Sie verweist auf die Vorteile der Technologie in der Wertschöpfungskette. Jetzt hat auch Oracle in den RFID-Chor eingestimmt. Der Datenbankspezialist will Middleware für die RFID-Infrastruktur entwickeln.

Geht es nach der Industrie, sollen Güter wie Lebensmittel und Kleidung auf dem Weg von der Produktion über die Regale bis hin zum Kühl- oder Kleiderschrank mit den Funk-Chips gekennzeichnet werden. Diese sollen wenigstens allgemeine Produktinformationen wie das Auslieferungsdatum oder den Sortiment-Status im Lager enthalten, meinen die Unternehmen.

Die Datenschutzlobby zweifelt dagegen eine rein wirtschaftliche Intention an. Nils Leopold von der Organisation 'Humanistische Union' (HU) glaubt, dass es "nicht bei Supply-Chain-Gesichtspunkten bleibt". Bei einer Veranstaltung auf der CeBIT, bei der auch der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar anwesend war, zeigte sich Leopold sicher, dass die Visionen der Industrie weiter gingen. Mit der richtigen Fütterung des Chips könne man schnell Rückschlüsse auf das Kaufverhalten der Verbraucher ziehen, "ohne, dass die es mitbekommen".

Das habe sich ja erst kürzlich bei der Metro gezeigt. Die Großhandelskette hatte nicht nur auf den Produkten einen RFID-Chip implementiert, sondern auch die Kundenkarte <http://www01.silicon.de/cpo/news-storenet/detail.php?nr=13406&kategorie=news-storenet> damit gespickt, ohne dass es die Verbraucher erfahren hatten. Die HU 'honorierte' das Geheimnis mit dem 'Big Brother Award'. Den vergibt die Organisation "an Firmen, Organisationen und Personen, die in besonderer Weise und nachhaltig die Privatsphäre von Menschen beeinträchtigen oder persönliche Daten Dritten zugänglich machen".

Schaar und Leopold waren sich einig und forderten unisono das Ende der Geheimniskrämerei um die Chips. Sie erklärten, dass der Verbraucher wissen müsse, ob er "ein verwandtes Produkt" (Leopold) in seiner Einkaufstasche mit sich herum trage. Der oberste deutsche Datenschützer wollte die Technik nicht grundsätzlich verwerfen, so das Fazit, aber die Chips müssten für den Verbraucher sofort erkennbar sein. Und: Der Chip müsse deaktiviert werden sobald das Produkt den Laden verlässt. "Eine weitergehende Überwachung ist dem Verbraucher nicht zuzumuten."

Schaar forderte einen "Gestaltungsauftrag". Am liebsten wäre ihm ein Gerät, mit dem der Verbraucher selbst das RFID-System nach dem Verlassen des Geschäfts ausschalten kann. Das wiederum wollen die Befürworter nicht. Einheitlich erwiderten sie auf das Ansinnen Schaars: "Dann wäre der Sinn von RFID ad absurdum geführt."

Ob die Industrie die Technologie schon weitergesponnen habe, bleibt ihr Geheimnis. Sollte der Chip auch nach Abschluss des Geschäftsprozesses aktiviert bleiben, dann wäre auch das folgende Szenario denkbar: Ein Mann hat vor ein paar Monaten ein Jackett mit implementiertem RFID-Chip in einem Laden gekauft. Zufällig trägt er dieses Jackett, als er erneut den Laden betritt. Das Signal des Chip wird von dem Lesegerät im Laden aufgefangen und der Verkäufer darüber informiert, dass der Kunde schon einmal da war.

Inwieweit das die Privatsphäre des Kunden betrifft, wird noch zu klären sein. Schaar ist sich jedenfalls sicher, dass die Kunden die RFID-Technologie eher akzeptieren würden, wenn die Daten nicht heimlich, sondern mit der gegebenen Offenheit und möglichen Selbstregulierung gesammelt würden.

Die Hoffnung, dass sich bis zur tatsächlichen Einführung der Technik noch etwas verändern kann, darf die Datenschutzlobby zumindest haben. Viele RFID-Projekte scheiterten bislang, mehr oder weniger. Zuletzt musste Wal-Mart einen Rückschlag <http://www01.silicon.de/cpo/news-storenet/detail.php?nr=13880&kategorie=news-storenet> hinnehmen. Die meisten Zulieferer hatten die geforderten RFID-Tags auf verschreibungspflichtigen Arzneimitteln nicht implementiert.

Mehr zum Thema:

Deutschlands erste Demonstration gegen RFID

<http://www01.silicon.de/cpo/news-mobile/detail.php?nr=13282&kategorie=news-mobile>

RFID ist für Verbraucher ein Buch mit sieben Siegeln

<http://www01.silicon.de/cpo/news-storenet/detail.php?nr=13054&kategorie=news-storenet>

Quelle: <http://www.silicon.de/cpo/ts-storenet/detail.php?nr=13933&directory=ts-storenet>

Amerikanische Waffen: Zivilbevölkerung und Soldaten im Irak mit Uran verseucht

Zivilbevölkerung und Soldaten im Irak sind stärker durch abgereichertes Uran belastet als bisher offiziell zugegeben. Forscher der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt (Main) konnten abgereichertes Uran im Boden wie auch zum Teil in geringen Mengen im Urin von Bewohnern der von den Golfkriegen I und II betroffenen Gebiete und der dort eingesetzten amerikanischen Soldaten nachweisen. Abgereichertes Uran wird und wurde als Kern in zahlreichen Geschossen verwendet, da es ihnen aufgrund der hohen Dichte des Urans eine erhöhte Durchschlagskraft verleiht. Der Uranstaub, der bei der Detonation beziehungsweise dem Einschlagen der Geschosse freigesetzt wird, steht im Verdacht, beim Einatmen die Gesundheit zu schädigen. *Die ganze Nachricht im Internet:* http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=8158

Neustadt/Weinstr.:

Hambacher Mobilfunkantenne beschäftigt Gericht

Betreiber Vodafone will Genehmigung der 2002 aufgebauten Anlage erzwingen

Der Mobilfunkbetreiber Vodafone hat beim Verwaltungsgericht Neustadt Klage eingereicht, weil die Stadtverwaltung eine neue Mobilfunkantenne auf dem Dach eines Hambacher Weinguts nicht genehmigen will. Dies teilte Andreas Günther, Sprecher der Stadtverwaltung, auf Anfrage mit. Ein Termin für die Verhandlung sei noch nicht festgelegt.

Wie die RHEINPFALZ mehrfach berichtete, ist die Antenne, die den Dachfirst sieben Meter überragt, im Frühjahr 2002 aufgestellt worden - ohne Baugenehmigung. Doch im alten Ortskern von Hambach gilt eine Ortsbildsatzung, in der festgelegt ist, dass eine Genehmigung für alle Baumaßnahmen erforderlich ist, die sich auf das Ortsbild auswirken.

Eine von Vodafone nachträglich beantragte Genehmigung wurde sowohl vom Hambacher Ortsbeirat als auch vom Bauausschuss des Stadtrats abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde ein weiterer Antrag des Mobilfunkbetreibers, in dem dieser sich bereit erklärte, die Antenne um 2,50 Meter zu verkürzen.

Vodafone hatte gegen die Ablehnung des ersten Antrags Widerspruch eingelegt, der im April vergangenen Jahres vor dem Stadtrechtsausschuss behandelt wurde. Dabei legte der Mobilfunkbetreiber eine dritte Variante vor, wonach die Antenne so verkleinert werden sollte, dass sie den Dachfirst nur noch um etwa fünf Meter überragt. Außerdem sollte die Antenne umbaut werden, so dass sie wie ein Schornstein wirkt. Ein Vertreter des Mobilfunkbetreibers hatte außerdem argumentiert, im Hambacher Ortskern gebe es auch auf anderen Dächern Aufbauten, die das Ortsbild beeinträchtigten. Offenbar werde mit zweierlei Maß gemessen. Dessen ungeachtet lehnte der Stadtrechtsausschuss im

Sommer vergangenen Jahres den Widerspruch ab. Die Begründung: Die Antenne störe das Ortsbild und verstoße damit gegen die Ortsbildsatzung. Bau und Betrieb der Antenne auf dem Dach bedeuteten in diesem Fall eine genehmigungspflichtige Nutzungsänderung.

Inzwischen hat Vodafone Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht. Die Stadtverwaltung soll damit gezwungen werden, die sieben Meter hohe Sendeanlage doch noch zu genehmigen. Solange das juristische Verfahren läuft, darf Vodafone die Anlage weiter nutzen. (ann)

*Quelle: Verlag: Rheinpfalz Verlag GmbH & Co. KG, Publikation: Mittelhaardter Rundschau
Ausgabe: Nr.80, Datum: Samstag, den 03. April 2004, Seite: Nr.15*

Bei Polizei-Psychowaffen benutzte 900, 1800 MHz Trägerfrequenzen sind Mobilfunkträgerfrequenzen!?

<http://omega.twoday.net/stories/185691/>

www.vatm.de

03.04.2004

VATM befürchtet dramatischen Anstieg der Telefonüberwachung

Bundesrat will Abhören und Überwachung im TKG weiter ausdehnen

Köln, 02.04.04 - Der Bundesrat hat dem neuen TKG am Freitag die Zustimmung verweigert, das damit in den nächsten Wochen im Vermittlungsausschuss beraten werden muss. Ein wesentlicher Grund der Länder: Aus ihrer Sicht sind die vom Bundestag beschlossenen Abhör- und Überwachungsmöglichkeiten unzureichend. **Der VATM hat die vom Bundesrat geforderte Verschärfung des neuen TKG in einer ersten Stellungnahme nachdrücklich abgelehnt. „Eine derartige Ausweitung von Überwachungsmöglichkeiten, die zudem scheinbar nichts kostet, wird zu einem dramatischen Anstieg der Überwachung der Bürger führen“, prophezeit Jürgen Grützner, Geschäftsführer des VATM.**

Die Länderinnenminister, allen voran Bayern, versuchen nach Ansicht des VATM ganz offensichtlich, die Chance des neuen TKG zu nutzen, die staatlichen Überwachungsmöglichkeiten auszudehnen. So sollen zum Beispiel Verkehrsdaten aller Telefongespräche, ganz gleich ob Festnetz oder Mobilfunk, für 6 Monate auf Vorrat gespeichert werden, ohne dass hierfür auch nur ein konkreter Verdacht einer Straftat im Einzelfall bestehen müsste.

Dies bedeutet allein für die Speicherung einer solch gigantischen Datenmenge erhebliche Kosten, die die Länder nicht tragen wollen. Zudem müssen die Daten vor unerlaubtem Zugriff gesichert und bei konkreten Anfragen ausgewertet werden, da die Datensammlung alleine – ausgedrückt wären dies Aktenordner aneinandergereiht von Berlin bis nach Palermo – den Strafverfolgungsbehörden keinerlei Nutzen bringt. Die immense finanzielle Belastung erscheint angesichts der minimalen Erfolgsaussichten und der erheblichen Belastung der Wirtschaft unverantwortbar. Leidtragender wäre am Ende der einzelne Bürger, der sich nicht nur einer verschärften Überwachung gegenüber sähe, sondern diese dann auch noch über steigende Telekommunikationskosten bezahlen soll.

Die angesammelten Daten stehen darüber hinaus in keinem Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit der Unternehmen, da sie zu Abrechnungszwecken weitgehend gar nicht benötigt werden. „Die TK-Unternehmen sammeln damit die Daten allein für staatliche Zwecke und werden auf diese Weise zu Hilfsorganen der Sicherheitsbehörden gemacht“, so Jürgen Grützner.

Die ebenfalls vom Bundesrat geforderte Pflicht der Unternehmen, Kundendaten auch bei Prepaid-Karten zu erheben, würde den erfolgreichen Prepaid-Markt gefährden. Ein Großteil des Verkaufs erfolgt hier nämlich über das Internet, Teleshops und den Versandhandel. Müssten die Unternehmen womöglich eine Ausweiskopie ihrer Kunden anfertigen, wären diese Vertriebswege abgeschnitten. Der Leidtragende einer solch komplizierten Registrierungsspflicht wäre damit wiederum der Kunde.

Nach den Vorstellungen der Länderinnenminister soll das neue Gesetz es sogar ermöglichen, Betreiber von eigenen Telefonanlagen z.B. in Krankenhäusern, Hotels oder von mittelständischen Unternehmen zur Überwachung mit heranzuziehen und diese mit entsprechenden Millionenkosten zu belasten.

„Die Sicherheitsbehörden und Innenminister machen sich ganz offensichtlich keinerlei Vorstellungen darüber, in welchem Umfang heutzutage Daten über die Kommunikationsnetze transportiert werden, die weit über die damalige Sprachtelefonie hinausgehen“, so Jürgen Grützner. Die Netze und vor allem die Vermittlungsknoten sind gerade so dimensioniert, dass sie diesen Verkehr aufnehmen und weiterleiten können. Eine gleichzeitige Speicherung des gesamten Verkehrs und die übrigen Überwachungsmaßnahmen würden die Wirtschaft bis hin zu Hotels und Krankenhäusern insgesamt in Milliardenhöhe belasten, ohne überhaupt die Gewähr dafür zu bieten, die eigentlich von den Strafverfolgungsbehörden benötigten einzelnen Daten herausfiltern zu können. Nicht einmal in den USA ist die Speicherung von Daten generell für einen solch langen Zeitraum vorgesehen. Werden dort dennoch Überwachungsmaßnahmen angeordnet, bekommen die betroffenen Privatunternehmen die ihnen entstandenen Kosten ersetzt, um den amerikanischen Wirtschaftsstandort gerade nicht mit den Kosten typisch staatlicher Aufgaben zu belasten. Der VATM lehnt daher die vom Bundesrat geforderte Verschärfung des neuen TKG nachdrücklich ab.

http://www.portel.de/news/view_redsys_artikel.asp?id=3396

BIOPHOTONEN - „Elektrische Lebens-Energie“ der Zelle

Neueste Forschung bringt Licht in Lebensabläufe

Bereits auf niedrigster Ebene enthalten lebende menschliche-tierische sowie auch pflanzliche Zellen „Lebensenergien“, elektrische und magnetische Kräftekomponenten mit energetisch sichtbar zu machenden „Lichtkräften“ in Form des strahlenden Biophotonen- Lichtes.

Wir können nach diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen die „Licht oder Lebenskraft“ u.a. von Lebensmittel messen. Die „Biophotonen“ strahlen ein sogenanntes „kohärendes Licht“ aus, das man heute mit modernsten wissenschaftlichen Geräten, den sogenannten „Restlichtverstärkern“ sichtbar machen kann. Durch ihre Empfindlichkeit könnten die Geräte ein Kerzenlicht noch in über 20 Kilometer Entfernung erkennen lassen!

Kohärendes Licht ist ein besonders energiereiches Photonen – Licht (Laserlicht z.B. fällt darunter), das sich u.a. dadurch auszeichnet, dass es mindestens zwei gleichlaufende zusammenhängende Frequenzen mit gleicher konstanter Phasendifferenz hat und den Standort gekoppelt gleichzeitig durchquert .

Nach den obigen Erkenntnissen versteht man jetzt sicher auch besser die verschiedensten gängigen aber oftmals leider nur skeptisch angesehenen folgenden energetischen Kontroll-Systeme.

Bekanntes Gesundheits- Kontroll-Systeme auf energetischer Basis

Wir kennen alle die Leitsysteme der chinesischen Gesundheits-Lehre in Form der Meridiane. Vermutete Energie-Leitbahnen, deren Störung gesundheitliche Auswirkungen haben, die z.B. durch Akupunktur-Behandlungen bestimmter Punkte, auf diesen Meridianen gelegen, wieder normalisiert werden sollen.

Nach dem elektrischen Energie- Kontroll-System des menschlichen Körpers von Dr. Voll z. B. kann man damit bereits körperliche Erkrankungen im Ansatz erkennen und so vorbeugende Maßnahmen ergreifen, bevor ein Organ geschädigt wird bzw. eine Erkrankung ausbricht. Ein Organ erkrankt selten blitzartig. Meistens geht ein länger andauernder degenerativer Prozess voraus, den man mit elektrischen Akupunktur-Kontroll-

Messungen u.a. an Fuß- und Fingerpunkten frühzeitiger über dieses System feststellen und gleichzeitig auch entsprechend damit behandeln kann.

Wir kennen die Messungen der menschlichen energetischen Aura-Ausstrahlung unter Hochfrequenz, fundamntiert durch den russischen Wissenschaftler Kirlian.

Wir messen die vorhandenen Hirn- und Herzströme in Form von EEG- und EKG-Aufnahmen. Ein täglicher Standard ärztlicher Praxen.

Diese erforschten wissenschaftlichen Kriterien sind uns allen bekannt. **Ohne diese nachkontrollierbaren elektrischen/magnetischen Kräftefunktionen in den Zellen wäre das Leben generell unmöglich.**

Biophotonenlicht – das Lebenslicht der Zelle !

Lebende Zellen sind ihr eigener Energielieferant, sie leuchten selbstständig ohne äußere Lichtquelle. Nur die tote Zelle hat keine Lichtenergie mehr und strahlt deshalb nichts mehr ab, ihr „autarkes Lebenslicht“ ist verbraucht und erloschen .

DIE WELT berichtete ausführlich über diese einzigartigen Erkenntnisse des Forscherteams um Fritz Albert Popp am Internationalen-Institut für Biophysik (IIB) in Neuss, der sein Verfahren auch zum Patent angemeldet hat.

Das Messbare messen - das Nichtmessbare messbar zu machen !

So lautet die Devise des Forschers F.A. Popp von ihm nachvollzogen dem Motto von GALILEI. Popp's bisherigen Erkenntnisse wurden inzwischen auch von anderen Instituten nachgewiesen.

Das kohärende Biophotonenlicht hat nichts gemeinsam mit dem Licht der Sonne oder der Bio-Lumineszens bei manchen Tieren. Das Biophotonenlicht der Zelle ist in seiner Intensität und Kohärenz sogar dem Laserlicht um ein Vielfaches überlegen.

Laut dem Forscher ist dieser absolute hochgradig geordnete Gleichklang des energetischen Lichtes der lebenden Zelle der entscheidende Faktor, der alle Funktionen der Zelle kontrolliert und steuert !

Das Forscherteam berechnete die elektromagnetischen Feldlinien der Zelle und deren Lichtsignale und kam zu der Erkenntnis, dass diese Felder die gleiche Gestalt haben wie die Felder einer sich teilenden Zelle !

Hier werden die Platzanweiser für über 10 000 chemischer Abläufe in den Zellen vermutet! **Die Lichtsignale der Zellen steuern das Zusammenwirken der HORMONE – ENZYME – und eine Vielzahl weiterer lebensnotwendiger Funktionen.**

Messung des Biophotonenlichtes - Nachweis für Lebensmittel- Qualität -

Weiter kamen die Forscher zu der Erkenntnis, Nahrungsmittelzellen haben eine gewisse hohe Ordnung, der Hauptgrund für eine einwandfreie Zellenfunktion. **Je größer die Lichtabstrahlung, desto höher die Wertigkeit und Qualität der Nahrungsmittel.**

Das deutsche Forschungsministerium hat die Biophotonenforschung alleine im letzten Jahr mit über 50 Mill. Euro unterstützt !

Ebenfalls hoch interessiert zeigte sich die Lebensmittel-Industrie über diese Erkenntnisse, sie hat bereits Millionen mit in diese Forschung gesteckt, um damit Aussagekraft über ihre hergestellten Produkte zu bekommen.

Wie gut das Kontrollsystem funktioniert zeigt die Tatsache, dass man frische Eier von älteren Eiern unterscheiden konnte. Es konnte sogar die Aussage gemacht werden, welche Eier aus einer Legebatterie bzw. welche von freilaufenden Hühnern stammten!

Das BIOPHOTONENLICHT der Zellen ist bei der frischen Ware immer intensiver als bei älterer Ware. Es ist daher geeignet ein weiterer neuer Erkenntniszweig zu sein, der Licht in das Dunkel um das Wissen auch in unsere Lebensvorgänge bringen kann. Es ist die sensationelle Erkenntnis eines Wissensgebietes, das erst zart die Anfänge einer ausbaufähigen Wissenschaft mit künftig heute noch unvorstellbaren Erkenntnissen erahnen lässt, welche Möglichkeiten hiervon ausgehen können und sicher auch ausgehen werden. Die Frage nach der Funktion unserer Lebensvorgänge und seiner physikalischen Ordnung kann hier eine Antwort finden !

Biophotonenlicht <> Mess-Indikator für Mobilfunk-Schädlichkeit ? !

Was hat diese neue Forschung mit den Mikrowellen des Mobilfunks zu tun ? Momentan leider noch gar nichts, aber es wäre eine hervorragende Methode um Nachweise zu erbringen, wie schädlich sich die Mobilfunk-Wellen auf die Lebens- Energie in den Zellen des menschlichen Körpers auswirken, indem sie die feine energetische Kraft der Zellen aufgrund von Einstrahlungen durch den Mikrowellen-Mobilfunk mindestens vermindern, verändern oder auf Dauer sogar vernichten !

Wir können uns alle vorstellen, wie man mit einem zusätzlich niederfrequent gepulsten Mikrowellen-System von der Intensität her auf diese feinen energetischen Vorgänge innerhalb der Zellen einwirken kann.

Daraus könnte man dann auch eine Erklärung ableiten für die Zunahme verschiedenster „BURN-OUT-SYNDROME“ des Menschen ! Diese Erschöpfungs-Zustände sind allgemein stark zunehmend im täglichen Leben vertreten und nicht alleine mehr mit nur psychischen Belastungen zu erklären!

Keiner kann sich der für ihn ungewollten Bestrahlung entziehen. Ob nah oder fern einer Mobilfunk-Sendestation, die Werte gleichen sich inzwischen immer mehr an, die Strahlung kommt aber bereits von allen Seiten !

Das Mobilfunknetz ist wabenförmig aufgebaut, will man sich nur nach einer Seite durch Metall-Abschirmung schützen, kann man von einer anderen Seite und einem evtl. unsichtbaren Sendeturm Strahlen ins Haus bekommen, mit dem Nachteil von Reflexionen am Abschirm-Metall !

Nicht nur die Strahlen sind unsichtbar, man versteckt auch die Antennen, aber keinesfalls zum Schutz des Bürgers, nein, nur um ihn nicht zu informieren und hellhörig werden zu lassen.

Mikrowellen greifen in den Zellstoffwechsel ein

In diesem Zusammenhang erinnere ich noch an die bekannten Versuche des ungarischen Forschers VARGA, der Kuhmilch im Mikrowellenherd und zum Unterschied dazu Milch auf der Herdplatte kurz erhitzte. Die Ergebnisse waren haarstäubend ! Ob Vitamine, Eiweiße oder die eiweißbildenden Aminosäuren, die Milch hatte nach der Wärmebehandlung in der Mikrowelle erschreckend höhere Qualitätseinbußen gegenüber der Erwärmung auf der Herdplatte zu verzeichnen!

Insbesondere aber nahmen durch die Mikrowellenstrahlung rechtsdrehende Aminosäuren stark zu, die für den Menschen unverwertbar sind und bei wiederholtem Verzehr zu hepatoxischen sowie auch zu neurotoxischen Schädigungen laut den Forscherversuchen führen können.

Mikrowellen sind zellschädigend. Selbst Nahrungsmittel verlieren nachweislich durch Mikrowellenbehandlung ihre Wertigkeit, während menschliche Zellen in ihrer Lebenskraft bis zur Entartung geschädigt werden können!

Bisher erkennt die Wissenschaft nur bei ionisierenden Strahlen DNA-Zell-Schäden an, obwohl bereits andere Fakten vorhanden sind. Bekannt ist in der GEN-Forschung schon lange das Arbeiten mit Mikrowellenstrahlen, die verwendet werden, um die Zellen „aufzuschneiden“ und gentechnisch zu bearbeiten!

Unsere Forschung gewinnt durch Untersuchungsmethoden in mikrofeinen Bereichen einen immer besseren Einblick in Lebensabläufe mit teilweise unvorstellbaren neuen Erkenntnissen.

Folgerungen aus obigen Erkenntnissen :

Eine Schwächung der Zelle, erkennbar mit Hilfe des neuen BIOPHOTONEN-LICHT-NACHWEISES könnte Schäden durch die Mobilfunk-Mikrowellen-Belastung bereits frühzeitig aufzeigen.

Geschädigtes Biophotonenlicht = verursacht = Geminderte elektrische Zellenlichtenergie = verursacht = Verminderte Lebenskraft der Zelle = verursacht = Störung des gesamten Zellstoffwechsels = verursacht = Anhäufung von freien Radikalen in den Zellen des Menschen = verursacht = Eine Müllhalde im Stoffwechsel-Kreislauf des Menschen !

Der Mensch wird dadurch auf Dauer zu einer lebenden Müllhalde seiner kaum noch zu entsorgenden Ablagerungen und den freien Radikalen des Zellstoffwechsels, wenn man das Biophotonenlicht der Zelle schädigt oder auch nur vermindert !

Nur eine elektrisch einwandfrei arbeitende Zelle kann ihren Entsorgungspflichten im Stoffwechsel voll nachkommen. Ansonsten schwächt sich das Immunsystem langsam ab. Menschen werden immer krankheitsanfälliger, was schon heute bei der Jugend feststellbar ist aufgrund chemischer Ernährungs-Belastungen in Form der Nahrungsmittel-Zusatzstoffe! Fremdstoffe selbst im Nano-Bereich häufen sich im Körper an und können von einer vermindert arbeitenden Zelle nicht mehr erkannt und abgebaut werden !

Die bisher eingesetzten Forschungs-Mittel über Mobilfunk-Strahlen entsprechen inzwischen nicht einmal 0,1 % der von der Industrie gezahlten Mobilfunk- Lizenz-Gebühren. Daraus kann man schließen, dass man aus Angst vor weiteren neuen negativen Erkenntnissen, nur so viel Forschungskapital dafür einsetzt, dass es mit diesen Ergebnissen schwierig ist, die letzten Zweifler eindeutig von der Schädlichkeit zu überzeugen.

Wenn in Industrie und Politik der Wille vorhanden wäre in der fraglichen MOBILFUNK-SPARTE zu praktischen Erkenntnissen zu kommen, würden von dort aus auch die nötigen finanziellen Mittel fließen, um mit modernsten wissenschaftlichen Methoden Klarheiten zu schaffen. Methoden, die diese Regierung selbst mit 50 Mill. Euro bereits gefördert hat. Niemand sägt sich aber selbst den Ast ab, auf dem er sitzt und schafft Erkenntnisse, die nicht in das wirtschaftliche Bild von Regierung oder Opposition passen!

dieter keim <> ilbenstadt

Theorie-Studie zu Auswirkungen von Elektromog

Eine neue theoretische Studie des schwedischen Physikers Bo E. Sernelius gibt Hinweise darauf, wie sich elektromagnetische Strahlung im Mikrowellenbereich, wie sie beispielsweise von Handys ausgesendet wird, auf Zellgewebe auswirken könnte. Dies geht aus einem [Artikel](#) in dem Fachjournal "Physical Chemistry Chemical Physics" hervor, auf den der [New Scientist](#) in seiner kommenden Ausgabe verweist.

Anders als die bisher gängigen Modelle, nach denen die [Auswirkungen auf menschliches Gewebe](#) rein thermischer Art sind, kommt Sernelius durch theoretische Berechnungen zum Resultat, dass die sogenannten "Van der Waals"-Kräfte zwischen einzelnen Zellen durch das elektromagnetische Wechselfeld um viele Größenordnungen verstärkt werden können. Dieser Effekt tritt sprunghaft und unerwartet bei etwa 850 MHz auf, also etwa im Bereich der D-Netze der Mobilfunk-Anbieter.

Sernelius wartet nun auf Experimente zur Bestätigung oder Widerlegung des Effekts, stellt aber ausdrücklich klar, dass die Studie kein Beweis der Schädlichkeit von elektromagnetischer Strahlung sei. ([mhe](#)/c't)

Wie schädlich sind Mobilfunkstrahlen?
Forscher arbeiten mit Hochdruck an Ergebnissen

vom 06.04.2004

dd. In Rüsselsheim versucht die Bürgerinitiative für Gesundheitsschutz und gegen Strahlengefährdung (GSG) seit zweieinhalb Jahren, "Mobilfunkanlagen wieder aus Rüsselsheim wegzubekommen", wie es ihr Vorsitzender Theodor Sacher formuliert.

Der Grund: Funksendeanlagen, egal ob sie dem Betrieb von Handys oder Radios dienen, erzeugen elektromagnetische Felder. Allgegenwärtig sind die Felder heute im Alltagsleben der Menschen. Sie unterscheiden sich voneinander durch Stärke (Amplitude), Schwingung (Wellenlänge) und Schwingungszahl (Frequenz). Innerhalb dieser Felder wirkt eine bestimmte Strahlung auf den Menschen ein. Allerdings geht die Strahlung nur von Sende-, nicht aber von Empfangsanlagen aus. Welche Folgen die Strahlung für die Gesundheit der Menschen hat, die ihr ausgesetzt sind - darüber streiten sich die Gelehrten.

Erhöhtes Krankheitsrisiko

Unstrittig ist die so genannte thermische Wirkung der Strahlung. Hochfrequente Strahlung, wie sie für den Mobilfunk genutzt wird, wird vom menschlichen Körper "geschluckt" und in Wärme umgewandelt. Wie viel Energie geschluckt wird, hängt unter anderem von der Intensität der elektromagnetischen Felder ab, in denen sich ein Mensch aufhält. Wissenschaftlichen Studien zufolge begünstigt etwa eine lang anhaltende Erwärmung im Augenbereich die Entstehung von grauem Star und anderen Augenerkrankungen.

"Um die Menschen vor diesen thermischen Auswirkungen zu schützen, müssen die Betreiber von Funksendeanlagen, die eine festgelegte Sendeleistung überschreiten, bestimmte Grenzwerte einhalten", erklärt Anja Schröder, stellvertretende Pressesprecherin des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS) in Salzgitter.

Die Höhe der Grenzwerte folgt dem wissenschaftlichen Kenntnisstand und richtet sich nach den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation und der nationalen Strahlenschutzkommission (SSK). Sie ist in der 26.Immissions-Schutzverordnung des Bundes niedergeschrieben. Die Einhaltung der Grenzwerte kontrolliert die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (RegTP). Werden die Grenzwerte nicht eingehalten, stellt die Behörde keine Standortbescheinigung aus, die für den Betrieb leistungsstarker Funkanlagen erforderlich ist.

"Die Grenzwerte, deren Einhaltung die Regulierungsbehörde kontrolliert, sind vollkommen willkürlich. Es gibt keinen wissenschaftlichen Beweis dafür, dass eine Strahlung unterhalb dieser Werte für den Menschen unschädlich ist", empört sich Theodor Sacher. Dem widerspricht Anja Schröder entschieden: "Der Grenzwert ist wissenschaftlich fundiert, dient jedoch nur dem Schutz vor der thermischen Wirkung der Funkstrahlen." Gegner der Mobilfunkanlagen wie Sacher behaupteten die Strahlen hätten auch athermische Wirkungen. Sie würden Krebs und andere Krankheiten auslösen. "Für diese athermischen Wirkungen gibt es jedoch keinen wissenschaftlichen Beleg. Deswegen können wir sie bei der Festlegung des Grenzwertes nicht berücksichtigen", so Schröder.

"Verzögerungstaktik"

Für Sacher folgen solche Behauptungen einer "Verzögerungstaktik". "Es gibt eine Reihe von Hinweisen darauf, dass die Strahlung von Mobilfunkanlagen zum Beispiel Tinnitus und Schlafstörungen hervorrufen kann. Ich warne mit Nachdruck davor, die Sache zu verniedlichen."

Schon mehrfach hat Sacher sich bei der Bauaufsicht der Stadt Rüsselsheim darum bemüht, die Mobilfunkanlagen wenigstens aus Wohngebieten zu verbannen. Über die seit 2002 geltende hessische Bauordnung (HBO) sollte die Stadt das Ziel erreichen. Paragraph 81 erlaubt es ihr, jenseits von Bebauungsplänen über das Aussehen bestimmter Flächen zu bestimmen. Doch die Möglichkeit, Mobilfunkanlagen über diesen Paragraphen aus der Stadt zu verbannen, gebe das Baurecht einfach nicht her, weiß Mathias Maul, Leiter der Bauaufsicht. "Das Anliegen des Gesundheitsschutzes ist da nicht abgedeckt, auch wenn es vielleicht wünschenswert wäre", bedauert der gelernte Jurist. Oft bedürfe es für die Errichtung einer Mobilfunkanlage auch gar nicht der Genehmigung durch die Bauaufsicht. Die Antennen seien nämlich vielfach so klein dass sie keine städtebauliche Relevanz besäßen, so Maul.

Er kann daher nur auf neue Gesetzesvorgaben hoffen, die ein Eingreifen ermöglichen würden. Ohne neue wissenschaftliche Erkenntnisse zur Gefährlichkeit von Mobilfunkanlagen sei damit jedoch kaum zu rechnen.

Das Bundesamt für Strahlenschutz treibt die Erforschung der athermischen Wirkung der Mobilfunkstrahlen mit erheblichen Fördersummen voran. Doch Forschung dauert bekanntlich ihre Zeit.

"Dann könnte es schon zu spät sein", fürchtet Sacher und kündigt an, die Bürgerinitiative GSG werde in ihrem Kampf gegen die Mobilfunkanlagen nicht nachlassen.

http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel_id=1431487 **Main-Spitze**

Siehe Kommentar dazu unter:

http://www.main-rheiner.de/foren/forum_art.php3?id=4235902

EU will keine US-Fingerabdrücke Kommission

An Vergeltungsmaßnahmen für US-Regelung denkt niemand, wichtiger ist die Visa-Freiheit

Daran, dass auch von US-Touristen bei der Einreise in die EU Fingerabdrücke genommen würden, denke derzeit niemand, versicherte der Sprecher des für die innere Sicherheit der EU zuständigen Kommissars Antonio Vitorino am Dienstag in Brüssel.

Wichtiger sei der EU, dass ihre Bürger kein Visa für kurzfristige Aufenthalte in den USA benötigten.

Derzeit brauchen mit Ausnahme von Griechenland die Bürger aller anderen EU-Staaten sowie auch aus dem Beitrittsland Slowenien keine Visa für die Einreise in die USA. Ab 30. September sollen aber von allen EU-Bürgern Fingerabdrücke genommen und Digitalfotografien gemacht werden, weil ihre Pässe die von den USA verlangten zusätzlichen Sicherheitsmerkmale nicht enthalten.

Mehr davon mit links

<http://futurezone.orf.at/futurezone.orf?read=detail&id=225612>

Quelle: quintessenz-list Digest, Vol 13, Issue 3

Harvestehuder gegen Funkmast

St. Nikolai plant durch die Aufstellung mit Einnahmen bis 9000 Euro

Er steht noch nicht, da sorgt er schon für Ärger: ein UMTS-Mast (Mobilfunk der neuesten Generation), der im Kirchturm von St. Nikolai (Harvestehude) installiert werden soll - und die Anwohner auf die Zinne bringt.

"Wir werden mit allen Mitteln dagegen kämpfen", sagt Manfred Post, der eine Bürgerinitiative gegen den Mast gegründet hat. "Es geht nicht nur um die gesundheitlichen Gefahren, sondern auch um den moralischen Aspekt", sagt Mitinitiatorin Dr. Kathrin Dietrich. Und: "Kirchen haben wichtigere Aufgaben, als Geld zu verdienen."

Zwischen 8000 und 9000 Euro haben die UMTS-Betreiber der Kirche pro Jahr angeboten. "Der wirtschaftliche Aspekt spielt natürlich eine Rolle", sagt Hauptpastor Ferdinand Ahuis (61). Ihm liegen drei Anfragen von Anbietern vor. "Da die Kirchensteuer-Zuweisung jährlich zurückgeht, können wir das Geld gut gebrauchen", so Ahuis. Trotzdem werde man die Angst von Anwohnern sehr ernst nehmen. Sorge um die Gesundheit sei jedoch unbegründet. "Die Messwerte liegen laut Gutachten unter den zulässigen Höchstwerten", erklärt der Hauptpastor. **"Das liegt nur daran, dass die Grenzwerte 100-mal höher sind als beispielsweise in der Schweiz", kontert Manfred Post. "Wenn die Kirche unsere Bedenken nicht ernst nimmt, verspielt sie Vertrauen." Er steht mit seiner Meinung nicht alleine da: Rund 300 Anwohner sind gegen den Mast, einige kündigten Kirchenaustritte an. Ahuis: "Wir werden nichts tun, was Gesundheit beeinträchtigt." Die Anwohner sind da skeptisch. "Schließlich gibts in der Nähe einen**

Kindergarten und einen Spielplatz", so Medizinerin Dietrich. Das Bundesamt für Strahlenschutz appelliert an Betreiber, "im Bereich von Kindergärten und Schulen bevorzugt alternative Standorte zu suchen". nik

erschienen am 8. April 2004 in Hamburg

<http://www.abendblatt.de/daten/2004/04/08/282317.html>

RFID Council soll noch diesen Monat erstes Meeting abhalten

Redmond (pte, 6. April 2004 13:15). Microsoft will noch im April das erste Meeting des RFID (Radio Frequency Identification) Council abhalten, wie Cnet <http://www.news.com> heute, Dienstag, berichtet. Gemeinsam mit den IT- Partnern Accenture, GlobeRanger, Intermec und Provia wird eine Plattform gegründet, auf der Unternehmen RFID-gestützte Produkte und Serviceleistungen kreieren können. Gearbeitet wird auf Windows CE, Microsofts SQL Server und dem XML- Verbindungsserver Biztalk. Tools sollen eine bessere Programmierung mit den Visual Studio und den Web Service Enhancements (WSE) für Microsoft.NET bieten.

Bereits im Januar hatte Microsoft mit dem Beginn der Smarter Retail Initiative, die Einzelhändler von RFID überzeugen sollte, Interesse an RFID-Technik gezeigt. Gemeinsam mit Wincor-Nixdorf wurden RFID-taugliche Registrierkassensysteme entwickelt. Um sich neben Konkurrenten wie IBM, Sun, Oracle oder SAP durchsetzen zu können, gab Microsoft seine Beteiligung an EPCglobal, einem industrieweiten Zusammenschluss zur Entwicklung von Electronic Product Standards (EPCs) und RFIDs, bekannt.

Die Entwicklung hin zu RFID und weg von BAR-Codes geht jedoch in der Praxis nur schleppend voran. Der US-Handelsriese Wal-Mart hatte sich erhofft, schon bald auf RFID umzusteigen, mit Verzögerungen wird jedoch gerechnet. Geplant ist die Einführung von RFID auch von der deutschen Handelskette Metro, wie [presetext.deutschland](http://www.presetext.de) berichtete.

<http://www.pte.at/pte.mc?pte=040112022> . (Ende)

<http://www.presetext.at/pte.mc?pte=040406023>

Oracle präsentiert RFID-Kit

Redwood Shores (pte, 6. April 2004 16:10) - Der kalifornische Datenbankspezialist Oracle <http://www.oracle.com> hat auf der RFID Journal Live-Conference in Chicago seine neuen Sensor-Based-Services präsentiert.

Das umfangreiche Software-Set dient dem Sammeln, Verwalten und Analysieren von Daten aus Sensor-Technologien - wie RFID (Radio Frequency Identification). Laut Oracle können Unternehmen mit dem neuen Set Sensor-basierte Informationen in ihre Systeme integrieren, Geschäftsprozesse automatisieren und Risiken minimieren.

Via RFID können Daten kontaktlos gelesen und gespeichert werden. Das System wurde ursprünglich entwickelt, um die Identifikation von Objekten über maschinenlesbare Strichcodes zu ersetzen. Daten werden auf so genannten RFID-TAGS gespeichert und über elektromagnetische Wellen wieder gelesen. Die Entfernung, über die ein TAG ausgelesen werden kann, schwankt zwischen wenigen Zentimetern und maximal 30 Metern.

Laut Oracle verzichten viele Unternehmen auf den Einsatz von RFID-Lösungen aufgrund der hohen Kosten und der Schwierigkeiten beim Aufbau einer speziellen Infrastruktur. Die kommende Version des Oracle Applikation Server 10g ermöglicht vorkonfigurierte Integration sowie Geräte-Management für alle RFID-Reader. Zusätzlich sammeln und filtern neue Edge-Services von Readern und Sensoren erzeugte Daten, bevor diese an einen allgemeinen Datenspeicher weiter gegeben, analysiert und an alle Geschäftsanwendungen übertragen werden.

Weiters beinhaltet der neue Server Features für die Integration von Informationen, Applikationen und Prozessen. 10g unterstützt eine ereignisgetriebene Architektur sowie eine umfangreiche Prozessplanung. Für Firmen, die RFID und Sensoren testen wollen, stellt Oracle ein Kit mit Piloten und Prototypen zur Verfügung. Das Package umfasst Treiber für führende RFID-Reader, Reporting-Funktionalität und Business-Intelligence-Tools. (Ende)

<http://www.presstext.at/pte.mc?pte=040406036>

Quelle: quintessenz-list Digest, Vol 13, Issue 3

Kontaminiert

Neue Untersuchungen deuten darauf hin, dass der Einsatz von Uran-Munition, wie dies erneut im Irak-Krieg geschehen ist, für Zivilisten und Soldaten schwerwiegende gesundheitliche Folgen hat.

<http://www.telepolis.de/tp/deutsch/inhalt/lis/17148/1.html>

Bitte unterstützen:

Petition - Amerikaner lagern ihren Atommüll im Indianergebiet

<http://omega.twoday.net/stories/191256/>

Zweite Runde für Blutuntersuchung

Am Mittwoch in Nesselwang

Nesselwang (pm). - In den Osterferien startet die Bürgerwerkstätte Mobilfunk in Nesselwang den zweiten Durchlauf der Reihenblutuntersuchung. Ziel ist es, den Veränderungen im Blutbild auf die Spur zu kommen, wenn Personen über einen längeren Zeitraum der gepulsten Mobilfunk-Strahlung ausgesetzt sind. Im vergangenen Jahr hatten sich über 90 Nesselwanger an dieser Aktion beteiligt.

Nesselwang wird zurzeit von vier Sendeanlagen verschiedener Betreiber bestrahlt, drei davon auf Nesselwanger Flur. Die Diskussionen, wie sich die Dauerbelastung auf den Organismus auswirkt, reißen nicht ab. Kritisiert wird dabei die verwendete Technik, die niederfrequent gepulste Hochfrequenz. Kritikern zufolge soll sie Kopfschmerzen, Gedächtnisstörungen, Ohrensausen, Schlaf- und Konzentrationsprobleme, Übelkeit und vieles mehr auslösen können und vor allem auf Kinder schädigend wirken. Mit den Blutuntersuchungen, die bundesweit stattfinden, soll ein Nachweis über die Folgen der Mobilfunkstrahlung geführt werden. Untersucht werden in erster Linie die Retikulozyten, eine Vorstufe der roten Blutkörperchen. Deren Reifegrad soll sich vor allem bei Kindern schnell ändern, wenn Personen der gepulsten elektromagnetischen Strahlung (wie bei Mobilfunk und schnurlosen DECT-Telefonen) ausgesetzt sind. Für die Blutuntersuchung spielt es keine Rolle, wie weit eine Sendeanlage vom Wohnort entfernt liegt.

Um einen objektiven Vergleich anstellen zu können, sollten auch wenig belastete Personen teilnehmen. Wie im vergangenen Jahr werden in einem begleitenden Fragebogen die persönlichen Gegebenheiten abgefragt, die zur Auswertung der Blutergebnisse notwendig sind. Die Daten werden anonymisiert an eine zentrale Stelle in Deutschland weitergeleitet. Die Bürgerwerkstätte Mobilfunk bittet alle Nesselwanger, die beim vergangenen Mal dabei waren, auch diesmal mitzumachen. Aber auch neue Teilnehmer sind willkommen. Die Blutabnahme findet am Mittwoch, 14. April, zwischen 7.30 und 10 Uhr in der Praxis Dr. Ulrich/Dr. Unsinn im Promenadenweg 4 statt. Da dieser Termin in

den Ferien liegt, können auch Kinder teilnehmen. Die Bürgerwerkstätte ist unter Telefon (08361) 1214 oder 3374 erreichbar.

<http://www.all-in.de/redsys/c.php/allin/lokales/fu.php?l=de&dom=dom1&id=303325>

LOKALTEIL ZWIESEL vom 10.04.2004

Stadtrat unterstützt Resolution gegen geplanten Sendemast

Landratsamt soll Baugenehmigung verweigern

Zwiesel (rz). Mit einem einstimmigen Beschluss hat der Stadtrat eine Resolution gegen den geplanten Mobilfunkmast zwischen Lindberg und Zwiesel unterstützt. Mehrere Stadträte und Lindberger Gemeinderäte hatten das Schreiben ausgearbeitet, das Sigrid Weiß (Grüne) bei der Sitzung am Donnerstagabend vortrug. In der Resolution wird auf die großen Sorgen der Anlieger verwiesen: 539 Bürger aus Zwiesel und Lindberg haben sich schriftlich gegen den Sendemast ausgesprochen, insbesondere weil sie Angst vor Gesundheitsgefahren durch die Strahlung haben.

Die Unterzeichner der Resolution glauben, dass der Mast nicht notwendig ist, weil die Mobilfunk-Grundversorgung des Gebietes bereits hergestellt sei. Außerdem befürchten sie durch den 40 Meter-Mast eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und damit schädliche Auswirkungen auf den Tourismus. Das Landratsamt wird aufgefordert, die Baugenehmigung für die Anlage zu verweigern und bei einem neutralen Institut ein „ausgewogenes Standortkonzept“ in Auftrag zu geben nach dem Prinzip „so viel, wie nötig - so wenig, wie möglich“.

Die zahlreichen Zuhörer, die wegen dieses Tagesordnungspunktes zur Sitzung gekommen waren, reagierten mit sichtlicher Freude und Erleichterung auf das einstimmige Votum des Stadtrates. CSU-Sprecher Toni Fischer richtete allerdings noch eine süffisante Bemerkung an die Adresse von Sigrid Weiß: „Schön, dass die Grünen in dieser Sache auch das Landschaftsbild im Auge haben - anders als bei der Diskussion um die Windkraftanlagen

<http://www.pnp.de/ngen/such.php?cid=29-5184302&Ressort=bbz>

08.04.2004 12:30 | von silicon.de

Der Nanotechnik wird ein großes Potential vorausgesagt. Die Einsatzmöglichkeiten der Nanopartikel sind beinahe unbegrenzt. In der Medizin, Forschung, bei Batterien, auf Chips ... **Aber die glorreiche Zukunft habe auch eine Schattenseite, die jetzt in einigen Studien belegt wurde. So haben Experimente mit Fischen gezeigt, dass diese Hirnschäden davontrugen, nachdem diese Nanostaub ausgesetzt waren.**

Eva Oberdörster, eine Aqua-Biologin an der Southern Methodist University in den USA, hat Forellenbarsche Nanopartikeln ausgesetzt. Die Partikel sind auch unter dem Namen Bucky Balls bekannt. Sie werden bereits in einigen Consumer-Produkten, wie etwa einer Bowling-Kugel, verwendet. **Das Resultat des Tests: Die Zellmembranen der Gehirnzellen der Fische wurden von den kleinen Teilchen durchschlagen und verursachen Symptome, vergleichbar mit Alzheimer beim Menschen.**

In anderen Studien konnte Oberdörster nachweisen, dass Nanopartikel ins Gehirn gelangen können und die Lunge durch sie geschädigt wird, wenn sie eingeatmet werden. Die Teilchen sind klein genug, die Zellwände zu durchdringen und in den Zellkern vorzudringen. So könnte das in der Zelle gespeicherte Erbgut (DNS) geschädigt werden. Durch die Nanoteilchen könnten auch Bakterien getötet werden. Das ist für Krankenhäuser gut, aber schädlich für die Natur, wo Bakterien eine unersetzbare Rolle bei unzähligen Prozessen spielen.

Umweltschützer laufen Sturm und verlangen, die kommerzielle Fertigung auf Nanobasis zu stoppen. Bislang sei dieser Industriezweig keinerlei Sonderregelungen wie etwa die Biotechnologie unterworfen. Das liege, so einige

Umweltschützer-Gruppen, mit daran, dass zu wenig über die Gefahren und gesundheitlichen Risiken von Nanopartikeln bekannt sei.

Die US-Regierung hält Nano für das 'große Ding' nach der Internet-Blase und finanziert Forschungen in diesem Bereich mit zweistelligen Milliarden-Beträgen. Auch die EU unterstützt die Entwicklung von Nano-Technik. Weit weniger Geld fließt in die Erforschung der Gefahren, die mit dem neuen Produktionsverfahren zusammenhängen. Auch die Industrie erhofft sich aus den neuen technischen Möglichkeiten Milliarden-Umsätze.

<http://www.silicon.de/nl.php?id=180288>

Detektoren gegen Handybelästigung

<http://omega.twoday.net/stories/193796/>

und

Störgeräte würgen Klingeln und Piepsen von Handys ab

Maulkorb fürs Handy

13.04.2004 14:14 | von silicon.de

Während weltweit immer mehr Menschen ein Handy in der Tasche haben, arbeiten mehrere Entwicklungslabors mit Hochdruck an Technologien, die Mobiltelefone an öffentlichen Plätzen zum Schweigen bringen. Derzeit gibt es mehrere Ansätze, um dem Problem Herr zu werden - vom ferngesteuerten Abschalten der Geräte bis zu Bausubstanzen, die Funkwellen stören.

Die derzeit am häufigsten verwendete Methode ist das sogenannte 'Jamming'. Dabei werden Störsender eingesetzt, um die Verbindung zwischen Handys und Handymasten zu unterbrechen. Solche Geräte können zum Beispiel unter www.globalgadgetuk.com erstanden werden, der Preis bewegt sich dabei zwischen 200 und 10.000 Dollar. Wie es auf der Website heißt, wurden bereits Tausende solcher Geräte an Theater, Firmen, militärische Einrichtungen und Privatpersonen verkauft.

Gleichzeitig entwickelt Cell Block Technologies aus Virginia eine komplexere Technologie. Ein Übertragungsgerät übersendet dabei 'kein Netz'-Signale an Handys, so dass Anrufer automatisch an die Mailbox weitergeleitet werden. Bluelinx arbeitet an einer Software, die Handys in bestimmten Zonen automatisch in den lautlosen beziehungsweise in den Vibrationsmodus versetzt. Ganz ohne zusätzliche Geräte kommen Gebäude-Konstruktionen aus, die funkwellenstörende Metallmischungen in ihre Bausubstanz einbauen. Manche Entwickler gehen sogar soweit, Handys inoperabel zu machen, allerdings sind dann auch Notrufe nicht mehr möglich.

Doch der neue Trend stößt nicht überall auf Gegenliebe. Harsche Kritik kommt zum Beispiel aus der Mobilfunkindustrie. Jamming sei unethisch und sogar gefährlich. "Man darf auch keine Barrikade auf die Straße vor seinem Haus stellen, nur weil man das Martinshorn eines Notarzwagens nicht hören möchte", argumentiert ein Sprecher der Mobilfunkindustrie. Gesetzlich geregelt ist der Einsatz von Störgeräten bisher nur in den USA. Im Großteil Europas gibt es wie in fast ganz Asien, im Nahen Osten und in Südafrika keine entsprechenden Gesetze.

Mit den neuen Geräten will man aber nicht nur dem lästigen Klingeln und Piepsen den Garaus machen. In Casinos können Handys den Betrug erleichtern, in Gefängnissen Drogenhandel und andere Machenschaften. Um die Privatsphäre zu schützen, sind in den USA außerdem in Umkleidekabinen keine Mobiltelefone mehr erlaubt. Hintergrund sind einschlägige Erfahrungen mit MMS- und Videotelefonen.

<http://www.silicon.de/cpo/news-mobile/detail.php?nr=14122&directory=news-mobile>

Verbraucherzentralen: Agenda 2010 bringt Massen-Verarmung

Die Verbraucherzentralen in Deutschland warnen vor einer Massen-Verarmung durch die Agenda 2010 der Bundesregierung. Es gebe aus der täglichen Beratungsarbeit bereits eindeutige Anzeichen dafür, dass es breiten Bevölkerungsschichten durch die Reformen schlechter gehe, sagte die Chefin des Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Edda Müller, der "Berliner Zeitung".

Die ganze Nachricht im Internet: http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=8217

Report on the International Conference "Electromagnetic Fields and Human Health" in Almaty, Kazakhstan, September 4-12, 2003

Karl Maret, M.D., M. Eng.

http://www.buergerwelle.de/pdf/kazak.conf_electromagnetic_fields_and_human_health.doc

15.04.2004

'heise.de' berichtet heute:

Van der Waals hoch zehn

Hans Frey 15.04.2004

Grenzwerte radikal in Frage gestellt - Neues Modell für die Effekte von Mobilfunkstrahlung dürfte Zweifeln an der Sicherheit dieser Technik Auftrieb geben

Wer weiß? Vielleicht gehört das Telefonieren mit dem Handy am Ohr schon bald der Vergangenheit an - falls sich bewahrheitet, was der schwedische Physiker Bo Sernelius vermutet. Er stellt einen neuen Mechanismus für die Einwirkung von hochfrequenten Funkwellen auf Körpergewebe vor, der die bisher als sicher erachteten Grenzwerte radikal in Frage stellen könnte.

Elektrosmog, die Belastung der menschlichen Gesundheit durch elektromagnetische Felder, ist leider ein schwer fassbares Phänomen. Die Wirkungen sind stark frequenzabhängig, und wir leben mit Wechselfeldern von 50Hz (Wechselstrom), einigen hundert kHz (Mittelwelle), einigen hundert MHz (Fernsehsender), 900 MHz (D-Netz), wenigen GHz (Bluetooth, Mikrowelle in der Küche), mehreren hundert THz (Infrarot, sichtbares Licht, UV) usw. Und natürlich kommt es bei der Beurteilung der Wirkungen auf Sendeleistung, Entfernung und Abschirmung an - man denke an Ikarus und die Sonne!

Im Allgemeinen erwarten wir, dass die Wirkung von elektromagnetischer Strahlung auf der Resonanz von Antenne und Feld beruht. Stimmen die Eigenfrequenz der Antenne und die Frequenz des Wechselfeldes überein, wird Energie durch die Antenne absorbiert - ob damit nun eine photochemische Reaktion ausgelöst wird wie in den Hauptpigmenten beim Bräunen in der Sonne, ob eine elektrische Spannung aufgebaut wird wie in der Solarzelle, ob eine mechanische Schwingung hervorgerufen wird wie bei Wassermolekülen im Mikrowellenofen oder ob Ströme in elektrischen Schaltkreisen induziert werden wie bei den Geräten der Kommunikations- und Unterhaltungselektronik. Abseits der Resonanz ist die Absorption dagegen so gut wie Null.

Auf dieser Erwartung beruhen auch die Schutzmaßnahmen, insbesondere die Festlegung der Grenzwerte für die Strahlungsleistung und für die Mindestabstände von Sendeanlagen durch das Bundesamt für Strahlenschutz

http://www.bfs.de/bfs/druck/strahlenthemen/radio_mikrowellen.html . Was den menschlichen Körper angeht, so soll das Gewebe durch Strahlungsabsorption lokal nicht um mehr als 1 Grad Celsius erwärmt werden. Aber gibt es keine anderen Effekte, die berücksichtigt werden sollten?

Genau diese Frage beantwortet der theoretische Physiker Bo Sernelius

<http://www.ifm.liu.se/Theophys/people/bos.html> an der Universität Linköping, Schweden, auf grundlegend neue Weise.

Er betrachtet in diesem Zusammenhang die Anziehungs- und Abstoßungskräfte zwischen Molekülen in wässrigen Medien, namentlich die van-der-Waals- und Casimirkräfte (Anmerkung: es geht nicht um elektrostatische Anziehung oder um Anziehung zwischen permanenten Dipolen, wie etwa beim Wassermolekül. Van-der-Waals-Anziehung

<http://www.chemieplanet.de/stoffe/intermol.htm> tritt auch zwischen ungeladenen, nichtpolaren Molekülen auf.

Sie beruht auf vorübergehenden Ladungsverschiebungen in der Elektronenhülle und ist zum Beispiel dafür verantwortlich, dass Gase bei Abkühlung zu Flüssigkeiten kondensieren. Der Casimir-Effekt <http://physicsweb.org/article/world/15/9/6> beschreibt die Veränderung der Feldenergie durch elektrische Leiter und kann sowohl zu Anziehung als auch zu Abstoßung führen). Beide Wechselwirkungen können von äußeren elektromagnetischen Feldern stark beeinflusst werden.

Sernelius stellt in der Zeitschrift Physical Chemistry Chemical Physics (2004, Vol. 6, S. 1363-8) <http://www.rsc.org/is/journals/current/pccp/pccppub.htm> ein Modell für die Kräfte zwischen zwei roten Blutkörperchen vor und äußert die Vermutung, dass die sonst vernachlässigbare van-der-Waals-Anziehungskraft zwischen ihnen unter dem Einfluss von Mikrowellenstrahlung (Frequenz 840 MHz, wie sie in etwa auch für Mobilfunknetze verwendet wird) um zehn Größenordnungen, also das zehnmilliardenfache, vergrößert werden könnte!

Insbesondere nimmt er dabei realistischerweise an, dass die Sendeleistung in einem engen Frequenzbereich abgegeben wird. Sernelius' Schätzung ergibt eine anziehende Kraft im Mikronewton-Bereich (zum Vergleich: die Gewichtskraft eines roten Blutkörperchens liegt etwa bei einem hundertstel Nanonewton, ist also viele tausend Mal kleiner).

Es wäre demnach denkbar, dass die Durchblutung von Kapillargefäßen durch Mobilfunkstrahlung gestört wird. Eine andere mögliche Auswirkung wäre die Zunahme von Ausfällungen bzw. Ablagerungen in Geweben. **Die quantitative Abschätzung stößt allerdings auf große Schwierigkeiten, wie Sernelius selbst betont:**

"Diese Arbeit sollte nicht als Beweis dafür angesehen werden, dass Mobiltelefonieren schädlich ist. Sie zeigt, dass es Effekte geben kann, die bisher nicht beachtet wurden. Die Schwächen des Modells liegen in der Unvollständigkeit der Ausgangsdaten hinsichtlich der dielektrischen Eigenschaften des Körpergewebes und in der Beschreibung des Strahlungsfeldes."

Die folgende Meinung vertritt Camelia Gabriel, Gründungsvorstand des privaten Forschungsinstitutes Microwave Consultants Ltd. (MCL), wie die Zeitschrift New Scientist <http://www.newscientist.com/news/news.jsp?id=ns99994855> berichtet:

"Einen alternativen Wirkmechanismus [neben der Absorption, d. Red.] zu finden wäre so etwas wie die Entdeckung des Heiligen Grals, zumindest für jene, die elektromagnetische Strahlung für gefährlich halten. Beweise für einen solchen Mechanismus gibt es aber nicht."

Gabriel hält den neuen Ansatz zwar für plausibel, das Modell beruhe jedoch auf sehr einfachen Annahmen, zudem müsse eine These, die zwei Zellen betrifft, nicht unbedingt auf ganze Gewebe anwendbar sein.

"Wir müssen diese Vermutungen im Experiment testen", so Gabriel.

Von Industrie und Regierung mit stattlichen 7 Millionen £ ausgestattet, kümmert sich in Großbritannien das 'Mobile Telecommunications and Health Research Programme'

<http://www.mthr.org.uk/index.htm> um die Untersuchung der gesundheitlichen Auswirkungen von Mobilfunkstrahlung auf den menschlichen Organismus. Gabriel wird in diesem Rahmen die dielektrischen Eigenschaften von tier- und menschlichem Gewebe bei Mikrowellenbestrahlung untersuchen.

Bo Sernelius' Theorie dürfte ein nicht geringer Ansporn sein, noch genauer hinzusehen!

Quelle: <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/lis/17194/1.html>

Nachricht von Reinhard Rückemann

<http://de.groups.yahoo.com/group/elektrosmog-liste/message/3740>

Gesetzentwurf zur Änderung der Bayerischen Bauordnung

Von Bündnis 90/Die Grünen

http://www.buergerwelle.de/pdf/ge_bauordnung_mobilfunk3.pdf

Nachrichten von Dr. Martin Runge, MdL, Wirtschaftspolitischer Sprecher sowie Sprecher des Arbeitskreises Ökologie und Ökonomie von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag, Medienrat

Bürgerwelle verhindert Antenne

Mobilfunkgegner schreiben offenen Brief an Hausbewohner

VON STEFAN WEINZIERL

Puchheim - Einen Erfolg im Kampf gegen Mobilfunkanlagen - vor allem in sensiblen Bereichen wie auf Wohnhäusern - kann jetzt die Eichenauer-Puchheimer Bürgerwelle, eine Bürgerinitiative zum Schutz vor Elektrosmog, vermelden. Die Mobilfunkgegner haben laut Schriftführerin Ute Meier-Staude kürzlich eine Antenne auf einem Wohnhaus in der Gröbenzeller Straße verhindert.

"Ein Bekannter hat zufällig von der geplanten Antenne gehört, und uns sogleich angerufen", erzählt Meier-Staude. Daraufhin habe man sich mit dem Hausverwalter in Verbindung gesetzt, um die Informationen zu verifizieren und die Bewohner des Hauses in einem offenen Brief über die nach Ansicht der Bürgerwelle bestehenden Gefahren der Mobilfunkantenne aufzuklären. In dem Brief wurden die Eigentümer beispielsweise davor gewarnt, dass der Wert einer Immobilie mit einer Antenne auf dem Dach als auch der Wert umliegender Häuser um 50 Prozent bis zur Unverkäuflichkeit sinke. Auch widersprach die Bürgerwelle in dem Schreiben der weit verbreiteten Auffassung, dass eine Antenne nur seitlich abstrahle.

"Sie strahlen zwar die meiste Energie seitlich ab, allerdings auch durch so genannte Nebenkeulen schräg nach unten", erklärt Meier-Staude. In dem Brief wurden letztlich auch vermeintliche Gesundheitsrisiken durch Mobilfunkstrahlung wie Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen und Bluthochdruck aufgelistet.

Die Aktion der Eichenauer-Puchheimer Bürgerwelle zeigte Wirkung: Nach einem Treffen einiger Eigentümer, dem Verwaltungsbeirat, dem Verwalter und dem Verwalter eines Nachbarhauses wurde der Bau der Antenne nach Auskunft von Meier-Staude aufgrund des allgemeinen Protestes der Anwohner abgelehnt. *mm*

Datum: 15.04.2004

<http://www.merkur-online.de/regionen/ffb/46,266030.html>

Auszug:

15.04.2004 | Netzcode: 10543474

Einspruch gegen Funkmast klären

Antrag von Vodafone Mobilfunk vorerst abgelehnt - Bauausschuss für Treppenlift in Hauptschule

Folgende Bauvorhaben wurden abgelehnt: Vodafone Mobilfunk, Errichtung eines 55 Meter hohen Funkturms in der Nähe Holzhammers, Begründung: Erst soll der Einspruch der Anlieger geklärt werden. Rainer Strobl und Michaela Reich, Schnaittenbach, Doppelhaus mit Garage. Begründung: Das Pultdach passt nicht zum dörflichen Charakter und der Bauherr der zweiten Hälfte des Doppelhauses ist nicht genannt.

<http://www.zeitung.org/zeitung/543474-129,1,0.html>

Kabas: Mobilfunk: Site-Sharing auch in Wien notwendig

Mastenwildwuchs kann Einhalt geboten werden

Wien, 15.04.04 (fpd) - In den USA ist es längst Standard, dass sich mehrere Mobilfunk-Netzbetreiber einen Mast teilen. In Österreich könnten auf diese Weise rund die Hälfte der 7.000 Mobilfunk-Masten eingespart werden, machte heute der Klubobmann der Wiener Freiheitlichen Mag. Hilmar Kabas aufmerksam.

Dadurch könnten Tausende Bürger wieder ruhig schlafen, die derartige Masten in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnungen haben und sich berechtigterweise Sorgen um ihre Gesundheit machen. **Zahlreiche angesehene Wissenschaftler warnen eindringlich vor den nicht auszuschließenden Gesundheitsgefährdungen durch die gepulste Strahlung der Mobilfunksender, so Kabas.**

Derzeit lege sich in Österreich offenbar noch die mächtige Mobilfunk-Lobby quer, um das intelligente Site-Sharing zu verzögern. Eine Wiener Firma sei jedoch aktuell dabei, einen Pilotversuch mit rund 150 solcher Leasing-Masten in ganz Österreich zu starten, wo sich die verschiedenen Netzbetreiber einmieten können.

Da die Wiener Gemeindebauten beliebter und stark genutzter Standort für Mobilfunk-Masten sind, sei es die Aufgabe von Wohnbaustadtrat Faymann, diese Möglichkeit zur "Auslichtung des Mastenwaldes" auch in Wien ernsthaft zu prüfen und in Verhandlungen mit besagter Firma und den Netzbetreibern zu treten, forderte Kabas und **erneuerte auch die langjährige Forderung der Wiener Freiheitlichen nach einer Genehmigungspflicht für die Errichtung von Mobilfunk-Sendemasten.**

Diese sei in der Wiener Bauordnung bislang leider nicht verankert. **Die Wiener SPÖ habe in der Vergangenheit alle Initiativen der Freiheitlichen, darunter auch Anträge im Landtag zur einer dahingehenden Novellierung der Bauordnung abgewürgt, machte Kabas anschließend aufmerksam.**
(Schluss) am

2004-04-15/10:35

http://www.ots.at/meldung.php?schluessel=OTS_20040415_OTS0080

Nachrichten von der BI Bad Dürkheim

Der ID-Chip muss endlich unter die Haut

Neueste Idee sind "smart guns" mit implantierten RFID-Chips.

<http://www.telepolis.de/tp/deutsch/inhalt/te/17200/1.html>

W. Löscher

Die Auswirkungen elektromagnetischer Felder von Mobilfunkanlagen auf Leistung, Gesundheit und Verhalten landwirtschaftlicher Nutztiere: Eine Bestandsaufnahme

[2003-10-30]

ZUSAMMENFASSUNG

Das mögliche Risikopotential hochfrequenter elektromagnetischer Felder des Mobilfunknetzes wird seit Jahren kontrovers und emotional diskutiert. Da Mobilfunkanlagen häufig auf landwirtschaftlich genutzten Flächen errichtet werden, stellt sich aus tiermedizinischer Sicht die Frage, ob an landwirtschaftlichen Nutztieren in unmittelbarer Umgebung solcher Sendeanlagen Veränderungen in Gesundheit, Leistung oder Verhalten auftreten. Diese Übersichtsarbeit stellt eine Bestandsaufnahme dieses Themas dar. Neben einer Reihe von Fallbeschreibungen bei Milchrindern, Schweinen und Geflügel wird die bayerische Rinderstudie diskutiert, die trotz zum Teil gravierender Mängel einige besorgniserregende Unterschiede zwischen hoch und niedrig exponierten Betrieben zeigte, so eine Erhöhung von Missgeburten und Verhaltensänderungen, die zu einem Rückgang der Milchleistung führen können. Aufgrund dieser Beobachtungen planen einige Arbeitsgruppen der Tierärztlichen Hochschule Hannover eine epidemiologische Studie zur Auswirkung elektromagnetischer Felder von Mobilfunkanlagen auf Leistung, Gesundheit und Verhalten von Rindern. Wir erwarten von dieser Studie eine weiterführende Klärung der Frage, ob und unter welchen Bedingungen eine Exposition in derartigen Feldern ein Risiko für landwirtschaftliche Nutztiere darstellt und zu ökonomischen Verlusten führen kann.

© Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

http://www.vetline.de/dpt/zeitungen.htm?D_ID=%20197555&RUBRIK=Beitraege&ZEITUNG=DpT

Aktuelle Forschungs-Infos zum Thema Mikrowellenöfen

<http://omega.twoday.net/stories/197270/>

CELL TOWERS SPREADING THROUGHOUT NATIONAL PARK SYSTEM

<http://omega.twoday.net/stories/197321/>

Bürgerbewegungen haben Durchschlagskraft

<http://omega.twoday.net/stories/197185/>

Stop Seal Hunt - Hunters Allowed To Kill 350,000 Young Seals This Year

<http://omega.twoday.net/stories/197056/>

US: Staat muss moderne Kommunikation überwachen

Der Generalstaatsanwalt des Bundesstaates New York, Eliot Spitzer, fordert von der US-amerikanischen Regulierungsbehörde Federal Communications Commission (FCC) sofort Maßnahmen, um sicherzustellen, dass neue Kommunikationsprodukte nicht von Kriminellen unüberwachbar genutzt werden können.

In einem Brief an die FCC schreibt er, die Behörde habe noch nicht bestimmt, inwiefern Kommunikationsmittel auf IP- oder Paket-Basis vom Gesetz Communications Assistance to Law Enforcement Act (CALEA) betroffen sind. Als Beispiele zählt Spitzer Push-to-Talk und MMS auf.

[...]

Es dürfe keine weiteren Verzögerungen geben, meint Spitzer. Die FCC müsse rasche Entscheidungen treffen, damit neue digitale Kommunikationswege ebenso überwacht werden können wie analoge Telefone. "In einer Welt nach dem 11. September dürfen die wirtschaftlichen Interessen der Telekommunikationsunternehmen nicht über der Sicherheit der Öffentlichkeit stehen", betont Spitzer.

[...]

Der CALEA aus dem Jahre 1994 sei dafür gedacht, dass neue digitale Techniken ebenso kontrolliert werden können wie analoge. Die Telecom-Branche habe bislang von Schlupflöchern profitiert und es verpasst, neue Produkte überwachbar zu machen. In einem Experiment hätten Ermittler herausgefunden, dass es für Kriminelle innerhalb von wenigen Tagen für ein paar hundert US-Dollar möglich ist, ein Kommunikationssystem aufzubauen, das nicht abgehört werden kann.

Quelle: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/46499>

und

RFID-Produktdaten in Echtzeit weltweit austauschen

Die vom Auto-ID Center des Massachusetts Institute of Technology (MIT) ins Leben gerufene Web Services WAN Special Interest Group (SIG) arbeitet nach einem Bericht im RFID Journal an einem Prototypen für eine Standardarchitektur, mit der in Echtzeit praktisch beliebig viele Interessenten auf Daten zugreifen können, die beim Auslesen von RFID-Labels generiert wurden.

Während RFID-Pilotprojekte wie der Metro Future Store die Erwartungen der Öffentlichkeit vor allem auf das Einkaufen der Zukunft lenken, spielt für die Unternehmen die eigentliche Musik hinter den Kulissen in der Logistik. Bisher konzentrierten sich die auf dem Electronic Product Code (EPC) aufbauenden Pilotprojekte vor allem auf den Einsatz der RFID-Etiketten und Lesegeräte sowie der für die Verarbeitung der Daten notwendigen Software. Noch nicht geklärt ist bisher, wie alle Partner in einer Logistikkette Zugriff auf die für sie freigegebenen Daten erhalten können. Die gegebenenfalls auch verschlüsselten oder komprimierten Informationen über die Bewegungen von RFID-gekennzeichneten Produkten sollen in der Product Markup Language (PML), einer vom Auto-ID Center entwickelten XML-Variante, weitergegeben werden. In XML formulierte Regeln sollen abhängig von Art und Inhalt für eine automatische Weiterleitung der Daten sorgen, beispielsweise, wenn eine Warenlieferung an ihrem Bestimmungsort angekommen ist.

Die Arbeitsgruppe will jetzt etablierte Internetstandards wie Simple Object Access Protocol (SOAP) oder Web Services Description Language (WSDL) nutzen, um eine skalierbare, asynchron arbeitende Messaging Netzwerkarchitektur zu entwerfen, die dies ermöglicht. Im Sommer sollen die ersten Pilotversuche laufen und im Oktober will die Gruppe dann einen Vorschlag für eine Standardarchitektur vorlegen. (anm/c't)

Nachrichten aus quintessenz-list Digest, Vol 13, Issue 8

Bürger besorgt wegen Mobilfunkanlage auf dem Hotel

Flugblatt weist auf mögliche gesundheitliche Risiken hin /
Hotelbesitzer sieht keine Gefahr

Edelfingen. Ist moderne Technik ein Fluch oder Segen, das fragen sich Edelfinger Bürger. Aufgeschreckt durch ein Flugblatt, das von einer Bürgergruppe erstellt wurde, sorgen sich nun die Edelfinger um ihre Gesundheit, da sich auf dem **Hotel "Edelfinger Hof"** - in einer Kaminattrappe verborgen - eine Mobilfunkanlage befindet.

Im verteilten Flugblatt wird auf die gesundheitlichen Risiken hingewiesen, denen nun in ganz Edelfingen die Einwohner ausgesetzt seien. Denn nach der Meinung der Flugblattschreiber ist man nicht nur in unmittelbarer Nachbarschaft von der ausgehenden Strahlung betroffen, sondern bis zu einem Umkreis von 2,5 Km. Besonders kritisch wird die Nähe zur gut 200 Meter entfernten Schule und dem Kindergarten gesehen.

Anliegern war vor zirka drei Wochen aufgefallen, dass auf dem Dach des "Edelfinger Hofes" eine Antennenanlage errichtet worden ist, die innerhalb kurzer Zeit hinter einer Kaminverkleidung versteckt war. Warum, fragen sich die Flugblattverteiler nun, müsse eine angeblich harmlose Mobilfunkanlage in einem Kamin versteckt werden? Nachfragen bei der Stadtverwaltung ergaben, dass die Anlage noch nicht in Betrieb sei. Im Flugblatt wird darauf hingewiesen, dass auch die Stadtverwaltung der Meinung sei, dass solche Anlagen in geschlossenen Wohngebieten nichts zu suchen hätten.

Deshalb sollte ein Sicherheitsabstand von 2,5 Kilometer zu Wohngebieten eingehalten werden. Die Flugblattinitiatoren fordern eine von der Stadtverwaltung einberufene Informationsveranstaltung mit entsprechenden Fachleuten in der Turnhalle für die Edelfinger Bürger. Ebenso sollten Messungen über die abgehende Strahlung durchgeführt werden.

Hotelbesitzer Motz sieht allerdings in der installierten Mobilfunkanlage, von der er nicht weiß, ob sie schon in Betrieb ist, keine für die Umgebung ausgehende Gefahr. Er ist der Auffassung, dass die Betreiberfirma Vodafone gesetzliche Bestimmungen einhalte und beachte. Ebenso verlässt er sich darauf, dass diese Firma alle notwendigen Genehmigungen eingeholt hat und die erforderliche Unbedenklichkeitsbescheinigung der Stadtverwaltung vorgelegt hat.

Die Kaminverkleidung sei wegen der Wind- und Wetterverhältnisse zum Schutze um die Mobilfunkanlage gebaut worden. Sollte sich im Nachhinein herausstellen, dass gesetzliche Auflagen nicht erfüllt sein bzw. nachweisbare gesundheitliche Gefährdungen von der Anlage ausgehen, dann würde er den Abbau der Anlage veranlassen.

Ortsvorsteher Martin Balz wurde durch die Überlassung einer Kopie eines Schreibens der Firma Vodafone an die Stadt Bad Mergentheim, in dem eine in Kürze in Betrieb gehende Mobilfunkbasisstation auf dem "Edelfinger Hof" angezeigt wird, in Kenntnis gesetzt. Martin Balz will sich nicht an der "Glaubensfrage", ob eine Mobilfunkstation gesundheitsschädlich oder nicht schädlich ist, beteiligen, weil im hier grundlegende Kenntnisse fehlen. Für ihn ist wichtig, dass der Frieden im Dorf gewahrt bleibt. Sollte der Betrieb Ruhe und Frieden im Dorf stören, werde er die

Betreiberfirma auffordern, die Anlage wieder abzubauen.

Beim Bauordnungsamt weist man darauf hin, dass solche Mobilfunkanlagen nach der Landesbauordnung nicht mehr genehmigungspflichtig sind. Allerdings ist die vorzulegende Unbedenklichkeitsbescheinigung der Fachbehörde für Telekommunikation entscheidend für die Inbetriebnahme. Diese Bescheinigung liegt der Stadtverwaltung noch nicht vor. Im Laufe dieser Woche wird beim Bauordnungsamt noch eine Besprechung mit Vertretern der Betreiberfirma D2-Vodafone stattfinden.

Werner Mies

© Fränkische Nachrichten; 07.04.2004

<http://www.fnweb.de/lokales/>

Neue Mobilfunkanlage schlägt hohe Wellen

Streit um geplanten e-plus-Sendemast in der Mathildenstraße - Protestbrief mit 300 Unterschriften an OB Maly - "Sache von Prioritäten"

Eine geplante Mobilfunkantenne in der Mathildenstraße 29 schlägt rund um den Fenitzerplatz hohe Wellen: In einem Protestbrief an OB Ulrich Maly, dem 300 Unterschriften beiliegen, fordert Beschwerdeführer Reinhard Hammer Hilfe von der Stadtspitze beim Kampf gegen den Betreiber e-plus, der bis Ende April die Sendeanlage montieren will.

Eigentlich sollte der 9,62 hohe Mast samt Basisstation seit Faschingsdienstag auf dem Eckhaus in der Mathildenstraße 29 montiert sein. Wie in 88 Fällen zuvor auf Nürnberger Stadtgebiet hatte e-plus, Mobilfunk-Nr. 3 in Deutschland hinter T-Mobile und Vodafone, bei der Regulierungsbehörde beantragt, den potenziellen (vor zwei Jahren von Mobilcom übernommenen) Standort an der Mathilden-/Heerwagenstraße für das UMTS- und GSM-Netz zu aktivieren.

Da nach dem Baugesetz Mobilfunkmasten unter zehn Metern Höhe genehmigungsfrei sind, erfuhr Reinhard Hammer, Eigentümer des Hauses Mathildenstraße 31, aus Zufall von den e-plus-Plänen. Weil Gründerzeitgebäude nebenan aber unter Denkmalschutz stehen, musste die Behörde kontaktiert werden, die wiederum den Anwohner informierte.

Entsetzt ist Familie Hammer aus mehreren Gründen: So waren in den bei der Regulierungsbehörde eingereichten Plänen die vor fünf Jahren ausgebauten Dachwohnungen nicht enthalten. Zudem sollte der Sendemast auf die gleiche Dachebene vier Meter vom Schlafzimmer der Hammers entfernt kommen, wobei die mit Kühlventilatoren ausgerüstete Basisstation noch näher an die Hauswand heranreichte.

"Unverantwortlich" und "ungeheuerlich" empfindet Hammer das gesamte Vorgehen. Deshalb startete er eine Unterschriftenaktion, bei der sich rund 300 Nachbarn gegen weitere Mobilfunkanlagen im Viertel ausgesprochen haben. "Es reicht!" lautet das Kredo mit Blick auf den vorhandenen Sendemast in der Fenitzerstraße und zwei Kindergärten in der

Nachbarschaft. Zudem wird auf die geplanten Kinder- und Jugendeinrichtungen verwiesen, die einen Steinwurf nebenan auf dem Ex-Mammut-Gelände entstehen sollen.

"Es muss neben wirtschaftlichen Interessen auch eine ethische und soziale Verantwortung geben", meint Reinhard Hammer in seinem Brief an die Stadtspitze. Abgesehen von den Folgen des umstrittenen "Elektrosmogs" befürchtet der Hauseigentümer finanzielle Nachteile, wenn direkt nebenan eine Mobilfunkstation sechs Meter über die Dachkante ragt und sein Haus an Wert verliert.

Neuer Antrag gestellt

Um die Antenne zu verhindern, hat Hammer sogar einen neuen Antrag gestellt, damit das Haus mit dem Rundtürmchen in der Mathildenstraße 29 unter Denkmalschutz gestellt wird. Amtsleiter Helmut Schott betont aber, dass selbst dann, wenn das Landesamt für Denkmalschutz zustimmen sollte, dies kein Hebel sei, um die Antenne zu verhindern; in diesem Fall müsste e-plus nur noch dezenter die Antennen anbringen. Trotzdem kann Schott den betroffenen Nachbarn verstehen, weil es sich hier "um einen Grenzfall handelt", der auf eine "Lücke im Gesetz" zurückgehe, die in Berlin geschlossen werden müsste.

Anders beurteilt Ulrich Fitzthum, Sprecher der Mobilfunk-Bürgerinitiative, die Ausgangslage. Er erinnert daran, dass es sich hier um ein Allgemeines Wohngebiet handle und die Mathildenstraße nur unter Ensembleschutz gestellt werden brauche, weil sie "als eine von wenigen Straßen in Nürnberg das Flair der Vorkriegszeit hat". Alles sei "eine Sache von Prioritäten", wobei Fitzthum fragt: "Für wen ist eine Stadtverwaltung da?"

Michael Brückner vom Umweltreferat sieht nach der Behandlung des Falles "Mathildenstraße 31" beim letzten "Runden Tisch für Mobilfunk" im März für die Stadt "keinen Spielraum mehr".

Einerseits gehöre die Immobilie nicht der Kommune, andererseits habe sich e-plus "am Rechtsrahmen orientiert". Brückner baut aber noch auf Verhandlungen und "den guten Willen", um kleinere Nachbesserungen zu erreichen. Eine Standortverlegung lehnt er ab, sie würde "nach dem St.-Florians-Prinzip andere Leute treffen".

Da die Firma **Conle**, Grundstückseigentümer von Nr. 29, mit e-plus längst einig ist und die Regulierungsbehörde den modifizierten Antrag am 1. April genehmigt hat, gilt das Aufstellen der Sendeanlage als "sofort vollziehbar". Laut e-plus-Techniker Sebastian Everding will der Mobilfunk-Betreiber den Mast noch etwas verschieben und alle Antennen so anordnen, dass sie möglichst wenig stören.

Nach einem weiteren Gespräch mit den Denkmalschützern am 14. April soll dann aber die Montage erfolgen. Reinhard Hammer kann dann wohl auch OB Maly nicht mehr helfen.

JO SEUß

7.4.2004 0:00 MEZ

Neuer Polizeifunk in Schottland verhindert Fernsehen

In Dumfries (Schottland), wo bereits der neue Polizeifunk mit dem TETRA-System arbeitet, gibt es zur Zeit Störungen beim Fernsehempfang. Viele der Zuschauer erhielten Interferenzstörungen auf manchen oder sogar allen Fernsehkanälen.

http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/scotland/3626167.stm

Quelle: Infoline der Forschungsgemeinschaft Funk e.V. (FGF) vom 15.04.2004

Wenn das Handy ausspioniert wird

Von Markus Göbel

Sicherheitslücken lassen manche Bluetooth-Mobiltelefone auch fremdgesteuert funktionieren. Aus dem Teeny-Spaß können Angriffe mit hohem Schaden werden.

Gerade als der Mann in dem Restaurant den Bissen zum Mund führen möchte, beginnt sein Handy zu piepen. "Lassen Sie sich die Pizza schmecken", steht auf dem Display. Als er das Glas zum Mund führen möchte, schreibt das Handy plötzlich "Mmmm, Sekt", und die Sache wird ihm unheimlich. Ratlos schaut er sich um. Da kommt auch schon die dritte Nachricht: "Und, hat's geschmeckt? Das war ich!", liest er und bemerkt endlich Ellie, ein junges Mädchen vor dem Fenster des Restaurants.

Der neue Freizeitspaß, mit dem vor allem Jugendliche Handybesitzer an der Nase herumführen, heißt Bluejacking. Das Kunstwort aus Bluetooth und Hijacking - Englisch für Entführung - bezeichnet das Senden von Meldungen zu anderen Mobiltelefonen per Bluetooth. Diese Funktechnik wurde dafür entwickelt, dass sich Handys, MP3-Spieler, Computer, Drucker und andere Geräte kabellos miteinander verbinden lassen.

Täter in nächster Nähe

Nach Schätzungen des Marktforschungsunternehmens Frost & Sullivan sind voriges Jahr 70 Millionen Bluetooth-Geräte verkauft worden. Die Marktforscher von Forrester Research gehen davon aus, dass dieses Jahr jedes fünfte verkaufte Handy Bluetooth-fähig ist. Die Reichweite der Funksignale ist sehr gering, spätestens nach zehn Metern ist meistens Schluss. Man kann also nur zum Bluejacker werden, wenn man seinem Opfer sehr nahe kommt.

Ellies Scherze, über die das Mädchen aus England gern auf seiner Website berichtet, sind harmlos im Vergleich zu anderen Attacken. "Bluejacking hat auch eine dunkle Seite", sagt Michael Müller, Bluetooth-Experte des IT-Sicherheitsunternehmens Integralis. Mit der richtig formulierten Botschaft könnte ein Angreifer arglose Handybesitzer überreden, mit ihm eine autorisierte Verbindung zu etablieren.

Surfen auf fremde Kosten

"Nutzen Sie unseren kostenlosen Internetservice via Bluetooth. Geben Sie 4788 als PIN ein", könnte ein Lockangebot lauten. Anschließend baut der Angreifer eine Verbindung auf, die das Opfer durch Eingabe der vorgeschlagenen Geheimnummer freigibt. Danach hat er Zugang zu allen Funktionen des Handys und kann sogar auf Kosten des Opfers im Internet surfen.

Während solche Tricks noch auf Übertölpelung des Opfers beruhen, hat Marcel Holtmann bereits Attacken auf Mobiltelefone ausgeführt, von denen ihre Besitzer nichts mitbekamen. Er ist der Hauptentwickler von

Bluetooth-Erweiterungen für das Betriebssystem Linux - sämtliche Erweiterungen des Linux-Kerns muss er freigeben.

Persönliche Daten nicht sicher

Als Holtmann voriges Jahr ein kleines Programm schrieb, mit dem er eine Sicherheitskopie seines Handy-Adressbuches auf seinen PC ziehen wollte, entdeckte er eine Schwachstelle, die bisher nur bei Geräten von Nokia und Sony Ericsson auftritt: Er konnte Einträge im Adressbuch und im Kalender anderer Handys lesen und überschreiben, ohne sich bei den Geräten anmelden zu müssen.

"Das für die Attacken nötige Computerprogramm gibt es kostenlos im Internet", sagt Michael Müller von Integralis. "Ich konnte es auch auf meinem Laptop installieren und damit von mehreren Handys in meiner Umgebung Daten kopieren, ohne dass die Besitzer etwas merkten."

Rückrufaktion wäre nötig

Zwar sind nur einige Handymodelle von dem Problem betroffen, aber es befinden sich die meistverkauften Bluetooth-Geräte darunter. "Man könnte eine Person über Monate ausspionieren, ohne dass sie es merkt. Das ist natürlich viel eleganter, als einfach nur das Handy zu stehlen", sagt Müller. Die Lücke kann nur geschlossen werden, wenn man die Firmware der Handys, also das Betriebssystem, austauscht. Das geht nur im Laden, und dafür wäre eine teure Rückrufaktion seitens der Hersteller nötig.

Weil solche Schritte aber seit Monaten nicht erfolgt sind, hat das britische Sicherheitsunternehmen AL Digital nun das Sicherheitsrisiko gemeinsam mit anderen auf einer Website veröffentlicht, um wenigstens die Handybesitzer zu informieren. "Die Hersteller haben eigentlich die Pflicht, dafür zu sorgen, dass die geheimen Daten ihrer Kunden geschützt sind. Aber in der Praxis haben wirtschaftliche Erwägungen den Vorrang, und sie verstecken das Problem", schreibt AL Digital.

Quelle: ftd.de, Mo, 19.4.2004, 16:00

<http://ftd.de/tm/tk/>

*Frau Dr. Gerlinde Kaul, Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin,
Nöldnerstraße 40, 10317 – BERLIN*

FORSCHUNGS-AUFTRAG „ELEKTO- SENSIBILITÄT“

Sehr geehrte Frau Dr. Kaul,

Ihr obiges Forschungsprojekt versucht etwas nicht Sichtbares zumindest in seinen Auswirkungen zu erfassen und zu erforschen - ich wünsche Ihnen besonders im Namen und im Interesse aller „Elektrosensiblen Menschen“ den für diese Thematik nötigen Erfolg ! - S T R A H L E N - und deren eventuelle Auswirkungen auf den Menschen !

WER AUF NATÜRLICHE STRAHLEN WETTEREMPFLINDLICH REAGIERT, HAT AUCH UNTER DEN KÜNSTLICH ERZEUGTEN BELASTUNGEN DER ELEKTRISCHEN – MAGNETISCHEN - ODER DEN ELEKTROMAGNETISCHEN EINFLÜSSEN MEHR ODER WENIGER SPÜRBAR WISSENTLICH ODER GAR UNBEWUSST ZU LEIDEN !

BEI ALLEN STRAHLENARTEN IST DIE BEZIEHUNG VON DAUER UND DOSIS DIE WIRKUNSVOLLSTE POTENZIERENDE VERBINDUNG !

Persönlich habe ich daran früher nie geglaubt. Im Rückblick kontrolliert, sind Verbindungen zwischen Schädigungen und Strahlen inzwischen von mir selbst am eigenen Körper zu bestätigen !

Frühere Unpässlichkeiten traten immer dort auf, wo ich durch längeren Aufenthalt dauerhaften unnatürlich erzeugten elektrischen Feldern ausgesetzt war. Nach erfolgten Ortsveränderungen verschwanden die Beschwerden ohne Behandlung !

Geblieden waren die Reaktionen des Körpers auf Wetter-Änderungen. Bevor eine kommende Veränderung überhaupt sichtbar wird, können bereits Belastungen unterschiedlicher Art empfunden werden !

Elektrosensibel zu sein heißt :
REAKTIONEN AUF NATÜRLICHE STRAHLUNGEN
sowie auf
KÜNSTLICH ERZEUGTE STRAHLUNGEN
sind möglich.

Seitdem der Mensch existiert kennt er: „Elektrosensibilität !“

Elektrosensibilität ist keine neue „Erkrankung des Menschen“ geschweige denn eine Erkrankung überhaupt ! Sie ist so alt, wie der Mensch existiert. Er ist mit ihr aufgewachsen. Der Mensch sowie das Tier sind aus teilweise sehr energiestrahlen- empfindlichen Baustoffen aufgebaut. In den Blutzellen, das im Hämoglobin gebundene Eisen, im Gehirn die massenhaft vorhandenen energiestrahlen-empfindlichen Magnetit- Kristalle, um nur einige zu nennen, die auf magnetische Strahlen besonders stark reagieren !

Die neue Welle der z.B. durch den MOBILFUNK niederfrequent aufgepulsten Strahlen ist der „TOP- HIT in der WIRKSAMKEIT“ und den Auswirkungen auf den Menschen in Gegenwart und Zukunft ! Solche Strahlungen hat es in der Natur bisher noch nicht gegeben !

Durch meine Internet-Artikel über den Mobilfunk habe ich von vielen Personen Rückmeldungen bekommen. Betroffene, teils verzweifelte Menschen, die stark unter dem Mobilfunk leiden, kaufen sich teure Abschirmstoffe und Abschirmzelte gegen Hochfrequenzstrahlung. Sie berichteten mir von gesundheitlichen Verbesserungen nach dem Einsatz dieser Abschirmungen, sind aber gleichzeitig nicht voll zufrieden damit. Dies ist auch erklärbar, denn das von Fachleuten getestete Material ist nur gegen Hochfrequenz, nicht aber gegen die aufgepulsten niederfrequenten Signale entwickelt und geprüft worden. Die Schädlichkeit der Hochfrequenzstrahlung wird stark unterdrückt, während die niederfrequent aufgepulsten Signale weiterhin bestehen bleiben und unverändert ihr auf Dauer noch schädlicheres Werk vollenden.

Schneiden sich im Raum zwei unterschiedliche Frequenzen, bildet sich aus deren Frequenz-Unterschied eine neue Frequenz mit niederfrequenter ELF-Strahlung. Eigentlich eine schreckliche Erkenntnis unserer Wissenschaft, die aber bisher keinerlei praktische Auswirkungen zum Schutz des Menschen gezeigt hat .

Tierverhalten aufgrund elektrischer/magnetischer und elektromagnetischer Einflüsse

Die Tiere haben heute noch ein Gespür für Dinge, die ein Mensch weder sieht noch bewusst fühlt. Durch ein verändertes Verhalten warnen sie teilweise viele Tage vorher schon z.B. vor eintretenden Erdbeben. Die magnetischen Veränderungen in ihrem Umfeld lassen sie bereits im voraus kommende negative Ereignisse spüren. Es sind vom Menschen zu beobachtende Tierreaktionen auf ein sich veränderndes elektrisches Umfeld.

Zugvögel richten ihr Zugverhalten stark nach dem Erdmagnetfeld aus. In diesem Zusammenhang habe ich Video-Aufnahmen von 16 Kranichzügen an einem Tag im Jahr 2001 in der Wetterau gemacht.

Durch die hier vorhandenen starken Mobilfunksender, die bedingt durch die großen Entfernungen der Mobilfunk-Sende-Anlagen von Ort zu Ort viele Kilometer durch erhöhten Strahlen-Energie-Aufwand überwinden müssen, wurden die Kraniche derart gestört, dass alle 16 Vogelzüge im Laufe des Tages immer wieder an der gleichen Stelle chaotisch reagierten und verzweifelt minutenlang nach der Zugrichtung suchten.

Ein Forscher, der bereits 1940 Forschungen auf der Vogelinsel Helgoland machte, bestätigte mir zu meinem damaligen Internet-Artikel, dass er selbst lange dokumentiert beobachten konnte, wie Vögel durch elektromagnetische Energie in ihrem Flugverhalten gestört wurden. Durch den einsetzenden Krieg musste er seine wissenschaftlichen Untersuchungen auf der Insel leider einstellen. Über seine Erkenntnisse schrieb er später ein Buch..

**Viele Menschen verspüren es bewusst, andere leiden darunter unbewusst :
„Elektrosensibilität“**

Erinnern möchte ich an die Anlaufstelle im Rathaus München für elektrosensible Menschen. Nicht umsonst hat die Stadt München dort eine solche Stelle zugelassen. Die Wetter-Empfindlichkeit der Menschen in diesem Gebiet ist Fakt. Schuld sind die den Wetterfronten vorausgehenden Spherics auf elektrischer Grundlage, die auch den dort besonders starken veränderlichen Föhnfronten eigen sind und die Menschen dadurch verstärkt leiden lassen.

Wir sollten einmal nach Schweden sehen. Hier wird über wissenschaftliche Untersuchungen berichtet, die inzwischen von 30 % elektrosensibler Menschen in der schwedischen Bevölkerung ausgehen. Erinnern möchte ich in diesem Zusammenhang auf die dort herrschenden strengen Richtlinien z.B. im Zusammenhang mit Strahlungsbegrenzungen bei der Computer-Nutzung.

Nochmals möchte ich eindringlich zu bedenken geben, dass selbst die Wetterauswirkungen beim empfindsamen Menschen Zeit brauchen um zu wirken. Wissenschaftlich beschriebene Versuche am Menschen z. B. mit Mobilfunkstrahlen wurden täglich mit nur wenigen Minuten gemacht, um zu der falschen wissenschaftlichen Aussage zu kommen: „Mobilfunkstrahlen schädigen nicht !“

Auch in der Chemie brauchen „heilende Medikamente“ ihre Zeit. Wer zu keinen Ergebnissen im Hinblick auf Elektrosensibilität kommen will, der begrenzt einfach den Faktor Zeit und es stellen sich keine negativen Ergebnisse ein !

Wenn ein Mensch auf alles Negative sofort sichtbar reagieren würde, wäre die Menschheit längst ausgestorben. Nur die Zeit arbeitet für oder gegen den Menschen. Wir selbst haben es HEUTE in der Hand, wie die Welt von MORGEN aussieht und wie es unseren Kindern und Enkelkindern in ZUKUNFT gehen wird.

„WAIT and SEE !“

NUR MIT DEM FAKTOR GEDULD WERDEN SIE ZU WERTVOLLEN ERKENNTNISSEN KOMMEN KÖNNEN !

NOCHMALS GLÜCK UND ERFOLG FÜR IHR SCHWIERIGES PROJEKT, AUF DESSEN ERGEBNISSE NICHT NUR ELEKTROSENSIBLE MENSCHEN GESPANNT WARTEN WERDEN !

Mit freundlichen Grüßen
dieter keim <> Ilbenstadt

Anlagen 2 Artikel

20.04.2004 18:48

Kein generelles Handy-Verbot

München/Würzburg - Das Bayerische Kultusministerium hat einer Volksschule im Allgäu untersagt, zur Verhinderung von Störungen des Unterrichts ein generelles Handy-Verbot auf dem Schulgelände auszusprechen.

Gerade in ländlichen Gebieten müsse den Kindern aus Sicherheitsgründen die Mitnahme eines Mobiltelefons auf dem Schulweg möglich sein, begründete ein Sprecher von Schulministerin Monika Hohlmeier die Entscheidung. Ein generelles Mitnahme-Verbot für Handys - wie von der Schule Altusried erlassen - sei deshalb "nicht tragbar".

Darüber hinaus gebe es für Bayerns rund 5300 Schulen bereits klare Regeln, um Störungen des Unterrichts durch Handys zu verhindern. So müssten die Geräte in den Klassenzimmern grundsätzlich ausgeschaltet sein, vor Prüfungen würden die Telefone abgegeben. Klingelt das Handy trotzdem oder wird ein Schüler beim tippen einer SMS-Nachricht

erwischt, könne der Lehrer das Mobiltelefon einziehen. Zudem seien schulinterne Lösungen wie etwa ein Verbot auf dem Pausenhof möglich.

Herrmann Danner, Konrektor der Volksschule in Altusried, glaubt hingegen nicht, dass diese Regelungen ausreichen: "Wenn ein Handy in der Tasche ist, ist der Reiz es zu benutzen einfach zu groß." Zudem werde der Unterricht durch "fruchtlose Diskussionen" in wessen Schultasche es nun gepiepst hat "massiv gestört". Auch das Sicherheitsargument kann Danner nicht nachvollziehen: In der Schule gebe es für Notfälle ein Münztelefon. Und auf dem Schulweg könne er sich nach dreißig Jahren Schuldienst an keinen Notfall erinnern, wo ein Handy nötig gewesen wäre.

"Die Eltern an unserer Schule sehen dieses Problem jedenfalls nicht", so Danner. Die Verbots-Regelung sei deshalb vom Elternbeirat einstimmig befürwortet worden. "Und wir haben auch sonst sehr viel Zustimmung von den Eltern bekommen." Altusried sei zudem - anders als vom Ministerium behauptet - kein Einzelfall in Bayern: "Mir sind einige Schulen bekannt, die über ein generelles Verbot nachdenken."

"Ich kann nicht sehen, dass das bei uns ein heftiges Problem ist", meint dagegen Siegfried Baumann, bei der Bezirksregierung zuständig für die Schulen in Unterfranken. Die Lehrer in der Region hätten die Probleme mit störenden Handys im Unterricht gut im Griff. **Trotzdem sei es wichtig, Mobiltelefone zum Unterrichtsthema zu machen, findet Baumann: Dies umfasse mögliche Gefahren durch Mobilfunk-Strahlen genauso wie die zunehmende Verschuldung vieler Jugendlicher durch übermäßige Handy-Nutzung.**

Auch im Münchner Ministerium hält man die kritische Auseinandersetzung mit dem Thema Handy für wichtig. "Nur der Weg in Altusried war eben der Falsche." **Dort will man die Vorgabe aus München zwar befolgen, hält eine freiwillige Fortführung des totalen Handy-Verzichts mit Unterstützung der Eltern aber für möglich.** "Wir sind nicht enttäuscht", betont Konrektor Danner. "Wir freuen uns vielmehr, dass wir eine derart rege Diskussion ausgelöst haben."

Von unserem Münchner Korrespondenten Henry Stern

<http://www.mainpost.de/mainfranken/fb/1727,2617856.html?fCMS=64c6c77cd7a42f5a3e3003dfadafac5>

Lauschangriff als chirurgische Operation

Beckstein muss Gesetz entschärfen

München - Der große Lauschangriff dürfte in Bayern zur Rarität werden. Nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 3. März, das die Einsatzmöglichkeiten für die akustische Wohnraumüberwachung stark eingeschränkt hatte, muss der Freistaat das Polizeiaufgabengesetz entschärfen. Dabei wollte Innenminister Günther bei der Inneren Sicherheit eigentlich draufsateln.

Mit dem Gesetz, kurz PAG genannt, haben Innenminister Günther Beckstein und die CSU-Fraktion nur Scherereien. Ursprünglich sollte das Gesetz verschärft werden: Das Scannen von Kfz-Kennzeichen und die Telekommunikations-Überwachung mit dem Abhören von Handys waren Kernpunkte der Sicherheitsoffensive.

Es kam anders: Beim Handy-Lauschen protestierten Ärzte, Anwälte und Journalisten so vehement, dass die CSU-Fraktion den Gesetzesvorschlag des Ministeriums kippte. Das Scannen von Kennzeichen immerhin kann nach längeren Versuchen kommen - in stark abgeschwächter Form.

Dafür muss Beckstein das PAG an anderer Stelle abschwächen. Auf Initiative der SPD-Fraktion beschloss der Landtags-Ausschuss für Innere Sicherheit, dass das Ministerium spätestens im Oktober über Änderungen berichten muss, die aufgrund des Verfassungsgerichtsurteils notwendig werden. Dass das Urteil umgesetzt werden muss, darin war sich die SPD-Abgeordnete Helga Schmitt-Bussinger mit dem Ausschussvorsitzenden Jakob Kreidl (CSU) einig.

Zum einen hatte Karlsruhe festgestellt, dass der große Lauschangriff nur noch angeordnet werden kann, wenn es um Schwerekriminalität (mehr als fünf Jahre Haft) geht. Zum zweiten sind Lauschaktionen abubrechen, wenn in der Wohnung Gespräche mit Personen ohne mutmaßliche Tatbeteiligung geführt werden. Letzter

Punkt wird schwierig, glaubt Kreidl: "Ich halte es für problematisch, wenn man beim Abhören Stimmen auseinanderhalten soll." **Der Lauschangriff dürfe "nicht zur mikrochirurgischen Operation werden"**. Allerdings sei der Lauschangriff ohnehin selten - 2003 gab es nur einen Fall.

Im Oktober muss das Ministerium berichten. Innenexperten warten gespannt darauf, wie das Ministerium den Spagat zwischen Urteilsspruch und polizeilicher Praxis meistern wird.

DIRK WALTER

<http://www.merkur-online.de/regionen/oberbay/254,268320.html?fCMS=2acdc9c648ead8ab91f8e9aa4a5e4094>

WHO: Menschen als Versuchskaninchen?

Mike Repacholi, der 'Beauftragte der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur Untersuchung der Gefahren von elektromagnetischer Strahlung', sagte im Februar 2003 an der EMC-Konferenz in Zürich:

:: Repacholi weist diesen Einwand, die Telekommunikationsindustrie missbrauche die Bevölkerung als Versuchskaninchen für Technologien, deren gesundheitliche Auswirkungen nicht klar seien, nicht völlig von der Hand.

:: Repacholi bestätigt, dass bei der Zulassung neuer Medikamente viel strengere Maßstäbe gelten.

:: Repacholi gibt zu, dass der rasche technologische Fortschritt und der ungestillte Hunger der Mobilitätsgesellschaft nach Neuerungen eine Risikoprüfung vor der Einführung neuer drahtloser Technologien unpraktikabel macht.

:: Repacholi sagt, es sei nicht auszuschließen, dass elektromagnetische Strahlung von einigen Personen stärker wahrgenommen werde.

:: Repacholi betont, man befinde sich derzeit in einem wissenschaftlichen Notstand.

:: Repacholi rät verunsicherten Handynutzern schon heute zum Gebrauch eines Headsets, das die Strahlungsexposition des Kopfes reduziere.

Das sagt nicht irgendwer, sondern der 'Beauftragte der Weltgesundheitsorganisation (WHO)'

http://www.funkenflug1998.de/inhalt/meinung/who_versuchskan.html
http://www.mobilfunk-buergerforum.de/home/home_artikelshow.php?_aid=73

und

Das Mobilfunknetz wird ohne ausreichende Untersuchung der Folgen rasant ausgebaut und die Bevölkerung dient gleichzeitig als Versuchskaninchen. Bleibt zu hoffen, dass die wissenschaftlichen Studien nicht nur zur Beruhigung der Menschen durchgeführt werden, sondern tatsächlich in konkrete Maßnahmen zur Minimierung der Elektrosmog-Belastung münden. Gegen den Widerstand der Telekommunikationsbranche, die vollendete Tatsachen schaffen kann, wird das nicht einfach. Zumindest bis zufriedenstellende Erkenntnisse über die Belastung durch UMTS-Elektrosmog vorliegen, sollte sich jeder vorsorglich gegen Mobilfunksender in unmittelbarer Nähe seiner Wohnung wehren.

<http://enius.de/presse/961.html> (Auszug)

Katastrophenmeldung via Handy: Verzögerung statt Zeitgewinn

Horror-Unfall im Baregtunnel AG

Quelle: SF1 "Schweiz aktuell", 15.4.04, 19.00 h.

Ein Kommentar von Evi Gaigg

Mittwoch, 14.4.04 am frühen Nachmittag: Ein Automobilist hat eine Panne und hält im Tunnel an. Ein nachfolgender Lastwagen kann bremsen, ein nachfolgender Personenwagen auch. Dahinter noch ein Lastwagen, der auf den Personenwagen vor ihm auffährt und ihn unter den vorderen Lastwagen schiebt. Ein Brand bricht aus, die Frau im Personenwagen stirbt und vom vorderen Lastwagen bleibt nach dem Feuer nur noch das Stahlgerüst. Einige Automobilisten flüchten aus ihrem Wagen, lassen ihn aber abgeschlossen zurück, statt den Zündschlüssel stecken zu lassen. Dadurch gestaltet sich der Einsatz der Feuerwehr schwierig.

Eine Frau meldet ca. um 14.00 den Unfall der Polizei - per Handy.

Dazu der Leiter der Einsatzzentrale für die Verkehrsüberwachung in Schafisheim, Willy Fischer: "Wäre der Anruf von einer Notrufsäule im Tunnel erfolgt, wären sofort die drei richtigen Bilder von der Unfallstelle auf dem Bildschirm erschienen und wir hätten präzise gewusst, wo sich die Unfallstelle befindet.

So muss ich fragen: "Wo sind Sie? Auf welcher Spur befinden Sie sich? Dann muss ich sämtliche Tunnelkameras durchklicken und das ganze System abtasten. 30 Sekunden oder eine Minute ist viel Zeit, wenn es in einem Tunnel brennt".

In diesem Fall hat der Handyanruf die Rettungsarbeiten keineswegs beschleunigt, sondern im Gegenteil, eher verzögert.

Durch den Unfall im Tunnel entstand in der Folge ein 25 km langer Stau, der fast bis nach Zürich reichte. In dieser Gegend ist übrigens das mobile Netz zusammen gebrochen, denn zu viele haben zum Handy gegriffen, um den Grund ihrer Verspätung zu melden oder sich einfach die Zeit zu vertreiben.

Tücken der Technik

Es handelt sich beileibe um keinen Einzelfall. Dass die Notrufsäulen in den Tunnels in Katastrophenfällen für schnellere und bessere Information der Einsatzzentrale sorgen als Verbindungen via Mobiltelefon, haben die meisten im Handyzeitalter offenbar schon vergessen.

Die Anruferin hat es sicher gut gemeint, und wenn sie im Besitz eines Orange-Handys ist, bekommt sie vielleicht dafür sogar noch den "Handy Hero". Aber wie man sieht, ist nicht alles schneller, was klingelt. Darum merke: bei Katastrophen in einem Tunnel hat die Verständigung via Notrufsäule eindeutig den Vorzug.

Warnung an alle Feuerwehrkommandanten: im Katastrophenfall sind Handys eine sehr unsichere Sache und es ist überhaupt kein Verlass darauf! Unbedingt alte Funknetze aufrechterhalten!!

<http://www.gigaherz.ch/761/>

Lesen Sie demnächst auf dieser Seite: <http://www.gigaherz.ch/213/>

"Der oberste Gerichtshof von Liechtenstein erklärt sich in Sachen Mobilfunk geschlossen als befangen und weigert sich, weitere Mobilfunk-Urteile zu sprechen. Die Swisscom zieht sich über die Landesgrenze zurück und bestrahlt dafür das Ländle mit voller Wucht und Wut von der Schweizer Seite des Rheins aus".

Re: Tag des Versuchstiers: Tierversuche sind Affenschande für Deutschland

in dem Beitrag sind einige wichtige Aussagen.

Ich möchte noch einmal das Augenmerk auf den Gebrauch von Headsets (Hör- Sprech- Garnitur) in Verbindung mit Handies lenken. Sofern die Verbindungsleitung zum Headset und das Headset selbst aus Metall bestehen, wird im ungünstigsten Fall die Sendeleistung des Handies zu einem großen Teil durch das Headset direkt an den Kopf geführt! (Kapazitive Ankopplung).

Abhilfe könnte z. B. eine Verbindungsleitung aus Glasfaser schaffen, aber dafür braucht man noch entsprechende Elektroniken und eine extra Spannungsversorgung für das Headset - und das ist mit entsprechenden Extrakosten verbunden...

Mit einem freundlichen Gruß aus dem Münsterland
Dipl.- Ing. Wolfgang Priggen

<http://www.baubiologie.de.vu>

> :: *Repacholi rät verunsicherten Handynutzern schon heute zum Gebrauch eines Headsets, das die Strahlungsexposition des Kopfes reduziere.*

<http://de.groups.yahoo.com/group/elektrosmog-liste/message/3757>

Erfolg für Grafrath im Mobilfunk-Streit

Verwaltungsgericht lehnt Klage ab

Grafrath (st) - "Das ist ein großer Erfolg für uns", kommentierte Bürgermeister Hartwig Hagenguth gestern die Entscheidung des Verwaltungsgerichts. Danach ist das Bebauungsplanverfahren der Gemeinde, mit dessen Hilfe sie die Aufstellung eines Mobilfunkmasten im Forstpark verhindern will, rechtens. "Im Prinzip haben wir den Streit damit gewonnen", so Hagenguth.

Wie berichtet, dauert die Auseinandersetzung der Gemeinde mit dem Antennenbetreiber "Deutsche Funkturm" schon mehrere Jahre. Grafrath hatte 2002 eine Veränderungssperre für das fragliche Gebiet erlassen, um dann eine Bauleitplanung für den Forstpark folgen lassen zu können. Der Antennenbetreiber klagte gegen die Gültigkeit der Veränderungssperre. In der Verhandlung am Donnerstag hatte der Richter des Verwaltungsgerichts noch versucht, zwischen beiden Parteien zu verhandeln und einen Kompromiss zu finden. Das aber war nicht gelungen. Nun wartet die Gemeinde auf die Urteilsbegründung, die in etwa drei Wochen vorliegen werde, wie Hagenguth schätzt. "Ob der Antennenbetreiber in die Revision geht, bleibt abzuwarten." mm

<http://www.merkur-online.de/regionen/ffb/46,269762.html>

Flugblatt: Nötigungs-Vorwurf ist vom Tisch

24.04.2004, Allgäuer Zeitung

Staatsanwaltschaft stellt Ermittlungen zum Schreiben der Laubener Mobilfunkgegner ein

Lauben(sh). - Der juristische Wirbel um ein Flugblatt der Mobilfunkgegner "Besorgte Bürger Lauben/Heising" ist zu Ende: Die Staatsanwaltschaft Kempten hat die Ermittlungen wegen versuchter Nötigung eingestellt. Wie berichtet, hatte der Arbeitskreis in dem Papier angekündigt, denjenigen "Druck zu machen", die Sendemasten auf Privatgrund aufstellen lassen. Diese Formulierung hatte die Staatsanwaltschaft auf den Plan gerufen, die nun aber zu dem Ergebnis kommt: Nichts davon ist strafbar.

Ihren Anfang hatte die ganze Geschichte genommen, nachdem ein Mobilfunk-Betreiber einen Sendemast auf dem Areal der Firma Champignon hatte errichten wollen. Um das zu verhindern, gründeten mehrere Bürger einen Arbeitskreis und begannen gegen den Mobilfunk mobilzumachen. **Die Firma Champignon erteilte unterdessen den Plänen des Funk-Anbieters eine Absage.**

1400 Exemplare verteilt

Dem Arbeitskreis jedoch genügte das nicht - man befürchtete, ein "Privater" werde auf seinem Grund und Boden eine Sendeanlage aufstellen lassen. Also setzte man das Flugblatt auf, ließ es 1400-mal vervielfältigen und verteilte es. Im Flugblatt enthalten war die Formulierung, die für juristischen Wirbel sorgen sollte. Für den Fall, dass jemand Grundstücke oder Gebäude für Masten zur Verfügung zu stellen würde, kündigten die Autoren an: "Ihre Nachbarn und unser Arbeitskreis würden Ihnen zusätzlich Druck machen". **So entstand der Verdacht, der Arbeitskreis könne sich damit der versuchten Nötigung schuldig gemacht haben und die Staatsanwaltschaft nahm die Ermittlungen auf.**

Gespräche mit Gemeinde

Rund zwei Monate später ist der Vorwurf nun endgültig vom Tisch. Dazu sei es unter anderem nach Gesprächen mit der Gemeinde gekommen, so Staatsanwaltschafts-Sprecher Peter Koch gestern. Denn nur die Ankündigung "Druck zu machen" reiche nicht aus, um sich strafbar zu machen. Und da es keine Hinweise darauf gebe, dass tatsächlich jemandem "empfindliches Übel" angetan werden sollte, stellte die Anklagebehörde ihre Ermittlungen schließlich ein.

<http://www.all-in.de/redsys/c.php/allin/lokales/index.php?!=de&dom=dom1&id=309131>

Antenne auf Kapelle?

FDP wehrt sich

Porta Westfalica-Holzhausen (dh). Die Stadt hält offensichtlich an den Planungen für eine Mobilfunkantenne auf der Friedhofskapelle in Holzhausen fest. Das Thema beschäftigt den Bezirksausschuss in seiner Sitzung am 28. April. Beginn ist um 17 Uhr im örtlichen Mühlenhaus.

Die FDP ruft die Bürger zum Widerstand gegen das Vorhaben auf. In einem Schreiben, das die örtlichen FDP-Politiker Roland Kwiedor, Dirk Neitmann und Dieter Tebbe unterzeichnet haben, heißt es: "In einem Radius von 200 Metern soll laut unabhängigen Gutachtern keine Wohnbebauung vorhanden sein, da diese Nähe zu Mobilfunkantennen gesundheitliche Schäden verursachen kann." Das nächste Wohnhaus sei jedoch lediglich 20 Meter vom Standort entfernt. "Angrenzend an den 200 Meter- Radius befinden sich bereits zwei Kindergärten, ein dritter kommt demnächst hinzu." Außerdem sei an ältere Friedhofsbesucher zu denken, die bei der Grabpflege teilweise Stunden der Strahlung ausgesetzt seien. "Die Gesundheitsgefährdung der in unmittelbarer Nähe der Kapelle wohnenden Familien darf nicht wegen Einnahmen aus der Standortüberlassung in Kauf genommen werden", meint die FDP.

copyright by mt-online.de

24.04.2004

<http://www.mt-online.de/porta/t00135986.htm>

Nochmals Information und Diskussion zum Mobilfunk in Erlstätt

Grabenstätt. Eine schwierige Aufgabe wird der Grabenstätter Gemeinderat am morgigen Dienstag haben, wenn es um das Thema Mobilfunk geht. Um die Gemeinderäte auf das Thema einzustimmen, gab es nochmals eine Informationsversammlung mit Dr. Jan Bernkopf vom Bayerischen Landesamt für Umweltschutz. Der Besuch der Versammlung war vergleichsweise gering: Etwa 50 Personen waren

gekommen, bei der ersten Versammlung im Februar waren es um die 200. Dr. Bernkopf stellte klar, dass seine Behörde für Grundlagen-Ermittlung, Messungen, Fortbildungen und Stellungnahmen zuständig ist, und dass sie über ein Info-Telefon Beratung anbietet. Selbst legt das Landesamt für Umweltschutz nichts fest. Es orientiert sich an den von den zuständigen Einrichtungen und Gremien verordneten Werten und Erkenntnissen.

Die Sendeleistung - und damit die Strahlung - eines Handys müsse um so stärker sein, je weiter weg der Sendemast ist, sagte er. Auch die Tatsache, dass immer mehr Leute mit dem Handy telefonieren, bedinge eine Zunahme der Sendeanlagen. Dr. Bernkopf zitierte eine Menge an Messungen, die in praktisch allen Fällen ergaben, dass die Grenzwerte sehr, sehr weit unterschritten würden. Vorschlägen, niedrigere Vorsorgewerte einzuführen, erteilte er eine Absage: Die Wissenschaft müsse sich an Tatsachen und Ergebnissen orientieren, dürfe sich nicht von Befürchtungen oder Spekulationen beeinflussen lassen.

Kommentar Siegfried Zwerenz und Omega: die Ergebnisse dieser „Messungen“ sind immer schon vorher abzusehen: die Grenzwerte werden in Deutschland immer eingehalten bzw. deutlich unterschritten, das hat noch niemand bestritten. Das Geld für die Messung kann man sich sparen.

Zum Thema Grenzwerte: wer würde heute noch bezweifeln, dass der durch CO₂ verursachte Treibhauseffekt klimatische Auswirkungen hat? Dennoch wäre auch dieser Nachweis formell bis heute nicht in letzter Konsequenz zu führen. Ähnliches gilt für die PCB- oder Formaldehyd-Diskussion.

Da generell die Grenzwerte in der Bundesrepublik Deutschland maßlos überhöht sind, haben wir den "Salzburger Vorsorgewert" aus dem Jahr 2002 als Maß herangezogen.

Die Betonung der vorsichtigen Österreicher liegt bei "Vorsorge". Deutscher Grenzwert 10.000 mW/m², Salzburger Wert 0,01 mW/m². In Salzburg funktioniert die Mobilfunkversorgung bei entsprechend niedrigerer Strahlenbelastung der Anwohner einwandfrei.

Wenn Sie Ihr Haus oder Grundstück verkaufen wollen und Sie liegen im Bereich einer Mobilfunkanlage, müssen Sie mit einer Wertminderung rechnen. Zur Zeit verlieren Sie von fünf bis 20 Prozent, Tendenz steigend.

Es gibt seriöse Studien, die sogar schon innerhalb weniger Minuten Bestrahlung mit 1 MilliWatt/m² (=1000 MikroWatt/m²) negative körperliche Reaktionen nachweisen. Ein Sender bestrahlt die Bevölkerung aber 24 Stunden am Tag.

Durch Mobilfunk-Feldstudien zeigte die Uni Wien auf, dass es sehr weit unterhalb von 1 MilliWatt (=1000 Mikrowatt/m²) zu Herz-Kreislauf-Problemen und Gedächtnisleistungsstörungen kommen kann.

Aufgrund des aktuellen Wissensstandes dürfte die Bevölkerung maximal nur mit 0,001 MilliWatt/m² (=1 MikroWatt/m²) bestrahlt werden. Dieser Wert wurde bereits im Oktober 1999 anlässlich des Elektromog-Forums in Bonn durch medizinische Ärzteverbände, Wissenschaftlern usw. von Umweltminister Trittin gefordert. Vielen wird bei der Betonung "Messwerte unterhalb der zulässigen Grenzwerte" eine Sicherheit suggeriert, die keine ist.

Dass bei dem Vorsorgewert von 0,001 MilliWatt/m² (=1 MikroWatt/m²) das Mobilfunk-Netz nicht mehr nach den Wünschen der Betreiber funktioniert ist bekannt. Wenn jemand konsequent die Sache zu Ende denkt, dann heißt es nicht, die Strahlenbelastung ist so weit zu reduzieren, dass die Technologie noch nach den Wünschen der Betreiber funktioniert, sondern richtig ist: wir müssen die Strahlenbelastung so weit senken, dass wir einen vernünftigen Gesundheitsschutz haben. Dann können wir sehen, ob bei diesen Werten die jetzige Technik noch nach den Wünschen der Betreiber funktioniert. Wenn nicht, dann muss eine ungefährliche Technik her. Erst die Gesundheit, dann das Geschäft.

Biologische Wirkungen (athermische Wirkungen) bei lebenden Organismen treten bereits bei Strahlungsstärken auf, die ein Zehnmillionstel der bei uns geltenden (rein technischen =) thermischen Grenzwerte betragen.

Auch die Diskussion gestaltete sich als Meinungs austausch unter Fachleuten, bei der die Befürchtungen einiger Bürger den offiziell anerkannten wissenschaftlichen Ergebnissen gegenüber standen, ohne die Möglichkeit einer Annäherung. Dr. Bernkopf stellte zum Beispiel fest, die aktuellen Grenzwerte schützten die Bevölkerung vor nachweisbaren gesundheitlichen Schäden. **Die Besucher hielten ihm entgegen, dass es durchaus wissenschaftliche Arbeiten gebe, die gesundheitliche Beeinträchtigungen, zumindest Beeinträchtigungen des Wohlbefindens oder des Schlafverhaltens nachgewiesen hätten.** Solche Arbeiten wurden von Dr. Bernkopf als Ergebnisse von Untersuchungen abgetan, die sich mehr zufällig ergeben hätten und wo es von denselben Wissenschaftlern bei späteren ähnlichen Untersuchungen wieder ganz andere Ergebnisse gegeben habe.

Omega: es stimmt nicht, dass es bislang keine wissenschaftlichen Beweise für die Schädlichkeit des gepulsten Mobilfunks gibt. Es gibt unzählige seriöse Studien aus dem In- und Ausland, die die Schädlichkeit des gepulsten Mobilfunks beweisen. Dr. Bernkopf sollte sich erst einmal ernsthaft und intensiv mit der Thematik beschäftigen und nicht den Mobilfunkbetreibern das Wort reden. Siehe unter:

http://www.buergerwelle.de/body_wissenschaft.html

<http://www.fdp-bundesverband.de/forum/read.php?f=17&i=1197&t=195>

http://www.buergerwelle.de/body_science.html (in Englisch)

Am Schluss der rund zweieinhalbstündigen Veranstaltung richtete Günther Klauser, Sprecher der Erlstätter Interessengemeinschaft gegen einen Mobilfunkmasten, einen Appell an die Gemeinde, das Erlstätter Ansinnen ernst zu nehmen und die angeregten baurechtlichen Möglichkeiten aufzugreifen. Jetzt müsse sich zeigen, so Klauser, ob »Bürgermeister und Gemeinderat hinter uns stehen oder ob sie nur ein müdes Lächeln für unser Anliegen übrig haben«. Die Bürger selbst könnten sich, wie die Diskussion und der Vortrag einmal mehr gezeigt hätten, gegen die Mobilfunk-Einrichtungen »kaum wehren«.

Bürgermeister Georg Schützinger kündigte an, der Gemeinderat werde am morgigen Dienstag alle eingebrachten Punkte behandeln: die Unterschriftenliste der Erlstätter Interessengemeinschaft und den Antrag der Bürgergruppe Erlstätt auf Erlass einer Ortsgestaltungssatzung, die Mobilfunkeinrichtungen im Ort ausschließen soll, aber auch eine umfangreiche Würdigung der rechtlichen Situation des Innenministeriums. Auf der Basis all dieser Informationen und auch der Erkenntnisse aus den beiden Diskussionsveranstaltungen müsse der Gemeinderat schließlich eine Entscheidung treffen, deren Ausgang er nicht voraussagen könne.

Zu Beginn der Veranstaltung hatte der Bürgermeister noch einmal die Geschehnisse der vergangenen Monate zusammengefasst. Zwei Firmen hatten sich im Auftrag des Mobilfunkbetreibers Vodafone an die Gemeinde gewandt, um Standorte für Sendemasten in Erlstätt und Grabenstätt zu finden. Für Erlstätt wurde gleich von den Firmen selbst das Wasserhäuschen der Mühlener Gruppe als »idealer Standort« eingebracht, für Grabenstätt schlug die Gemeinde den Bauhof vor, der in einiger Entfernung zur nächsten Wohnbebauung liege. Auf dem bestehenden Sendemasten der Telekom an der Lindenstraße wollte die Gemeinde keine weiteren Funkeinrichtungen mehr installiert haben; bei der Errichtung war die Gemeinde aufgrund der damaligen Gesetzeslage erst gar nicht beteiligt worden.

In der Weise hatte dann der Gemeinderat auch beschlossen: für Erlstätt am Wasserhäuschen, für Grabenstätt am Bauhof. Als sich in Erlstätt sehr rasch Widerstand formierte und der Wasserverband erklärte, das Gebäude nicht zur Verfügung zu stellen, wurden in der Umgebung zwei weitere mögliche Standorte genannt, von denen zumindest einer auch aus Sicht des Mobilfunkbetreibers geeignet sei. Tatsache sei, so der Bürgermeister, dass ein gemeindliches Veto nicht möglich sei, dass Sendemasten zur gesetzlich geregelten Grundversorgung gehörten und von daher nicht gänzlich verhindert werden könnten.

<http://www.traunsteiner-tagblatt.de/includes/mehr.php?id=6078>

Nach Sender weicht nun auch Stromleitung

DB Energie gibt Masten-Abbau bekannt

VON ANETTE VOGEL

Valley - "Das ist fast schon sensationell", sagt Valleys Bürgermeister Josef Huber schmunzelnd. Noch im Herbst sei der Gemeinde von Seiten der Deutschen Bahn (DB) mitgeteilt worden, dass die Bahn-Stromfernleitungen, die unter anderem über Oberdarching verlaufen, auf keinen Fall entfernt oder umgelegt werden könnten. Huber: "Und nun plötzlich diese freudige Nachricht." **Alle 167 Masten auf der Strecke Holzkirchen - Rosenheim werden abgebaut.** Dies teilt Cornelia Rauchenberger, Sprecherin der DB Energie GmbH mit Sitz in Frankfurt, mit. Grund dafür seien jedoch nicht die Bedenken aus der Bevölkerung, sondern das Alter der Starkstromleitung.

"Nun können wir froh sein", betont Lorenz Hilgenrainer aus Oberdarching. Der Landwirt hatte sich für die Verlegung der Leitung stark gemacht. Einige Oberdarchinger lebten in unmittelbarer Nähe der Masten. Im Zuge der Diskussion um das Sendergelände bei Oberlaindern (wir haben berichtet), seien auch die 110 kV-Stromleitungen der Bahn als Belastung für die Gesundheit der Anwohner ins Gespräch gekommen. Der Abbau des Senders habe jedoch im Vordergrund gestanden, so Hilgenrainer. Nachdem die DB Energie im Herbst Gespräche kategorisch abgelehnt hatte, sei geplant gewesen, die Belastung der Umgebung durch die Leitung zu messen. Das sei nun nicht mehr notwendig, so Hilgenrainer.

Vom Abbau erfahren haben Gemeinde und Anlieger mehr durch Zufall. Vier Masten stehen auf Hilgenrainers Grund. Vor rund einer Woche seien Arbeiter gekommen, die angaben, die Leitungen abnehmen zu wollen. "In den kommenden zwei Wochen werden die Seile entfernt", erklärt Rauchenberger. Die Masten sollen im Laufe des Jahres verschwinden. Strom fließe bereits seit Dezember nicht mehr über die Strecke, Sprecherin: Fön ist höhere Elektromog-Belastung die bereits seit 1924 existiere. Die Versorgung werde über Traunstein gewährleistet.

"In 100 Jahren sind uns keine Krankheitsfälle wegen der Bahnleitungen bekannt geworden", tritt die DB-Energie-Sprecherin den Sorgen wegen Schlafstörungen und Krebserkrankungen entgegen. Jeder Fön, Wecker oder Toaster stelle eine größere Elektromog-Belastung dar, als die 16,7-Hertz-Frequenz der Bahnleitung. Der Rückbau sei einzig auf den schlechten Zustand der Leitungen zurückzuführen. "Es war eine finanzielle Entscheidung", betont Rauchenberger.

Auch deswegen sei er froh, dass die Stromleitungen fort kommen, betont Hilgenrainer. Drei von vier Masten auf seinen Feldern seien schon rostig. "Das ist ja auch schon eine Gefahr."

mm

<http://www.merkur-online.de/regionen/miesbach/49,270736.html?fCMS=c69f5605c6fc6f0dfe83ad27850e32dd>

Nachrichten von der BI Bad Dürkheim

Müdigkeit schlägt um sich

Die Menschen sind inzwischen müde geworden, ja so müde, dass sie sich nicht einmal mehr rühren. Denn viele können sich ein Leben ohne das niedliche kleine Ding gar nicht mehr vorstellen, des Menschen und insbesondere der Kinder und Jugendlichen liebstes Spielzeug: das Handy. Der Versuch, Menschen und Institutionen bewusst in die Abhängigkeit zu bringen, schnellen und ständig erreichbar zu sein, ist gelungen! **Dass internationale Wissenschaftler vor der Gesundheitsgefährdung durch Handys und ihrer Sender warnen, stößt auf taube Ohren. Vorsorgeempfehlungen des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) für die Handynutzung insbesondere für Kinder und Jugendliche werden ignoriert. Wahrhaftig, der**

Mensch ist sogar nicht mehr in der Lage, aufzuschreien, wenn auf dem Dach eines zweieinhalbstöckigen Hauses inmitten von Frankfurt-Zeilsheim an der Pfaffenwiese Mobilfunkantennen ungetarnt installiert werden.

Direkt neben der Volksbank Höchst wirkt das kleine Haus in der Tat trostlos und renovierungsbedürftig. **Nur vom Dach aus wird jetzt eine nicht zu verachtende Strahlung in alle Himmelsrichtungen ausgehen.** Welch ein „faszinierender“ Anblick bietet diese Anlage den unmittelbaren Nachbarn aus ihren Dachgeschossfenstern. Die neue Poststelle soll in diesem Haus ihre Pforten öffnen. Ob jemand die Veränderung bemerkt?

Marianne Kirst, Kriptel, 26.04.2004

Anlage: FFM-Zeilsheim, Pfaffenwiese 61 (Richtung Jahrhunderthalle Höchst)

Fotocollage: Marianne Kirst

Omega: siehe unter http://www.buergerwelle.de/pdf/ffm_zeilsheim_pfaffenwiese61_2.jpg

Rundbrief von "KEIN PATENT AUF LEBEN!"

München, den 27.04.04

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

die EU-BIO-PATENTRICHTLINIE soll nun wirklich noch vor oder kurz nach der Sommerpause durch den Bundestag umgesetzt werden. Die erste Lesung hat am 11. März 04 stattgefunden. Die Diskussion des Themas liegt einige Zeit zurück. Anlass, dass wir uns jetzt, vor der Entscheidung, zu Wort melden und noch einmal die nach wie vor strittigen Punkte hervorheben, insbesondere:

- **Patente auf Gensequenzen, auch auf Gene des Menschen**
- **Patente auf Pflanzen**
- **Patente auf Tiere und auf Teile des menschlichen Körpers**
- **Fehlende Vorkehrungen gegen Biopiraterie (Herkunftsangaben etc)**

Angehängt ist ein MUSTERBRIEF und eine POSTKARTE. Beides ist auch auf unserer Homepage zu finden. **Wir möchten Sie bitten, möglichst bald die Postkarte abzuschicken und den Musterbrief oder ein selbst formuliertes Schreiben an Abgeordnete des Bundestags zu schicken.** Die Namen der Abgeordneten können Sie unter – <http://www.bundestag.de>, dann Abgeordnete, dann Suche nach Ihrem Wahlkreis - abrufen. Wenn sie sich die Mühe um Ihre Abgeordneten nicht machen wollen, schreiben Sie an ein am Ende des Briefes aufgelistetes Mitglied des Bundestags (MdB). Die e-mail Adresse aller Bundestagsabgeordneten heißt Vorname.Nachname@bundestag.de. Falls Sie Postkarten verwenden und verteilen können, telefonieren, faxen, mailen oder schreiben Sie uns. Wir schicken sie Ihnen unentgeltlich zu.

Omega Musterbrief unter: http://www.keinpatent.de/Aktionsbrief_240404.html

oder als Dokument unter: <http://www.keinpatent.de/doc/Aktionsbrief0404.pdf>

Postkarte unter: http://www.keinpatent.de/doc/KeinPatent_Postkarte.pdf

In der Zwischenzeit hat sich die BUNDESREGIERUNG mehrfach bemüht, die Richtlinie umzusetzen. Der Widerstand von den verschiedensten Seiten, unter anderem vom Deutschen Bauernverband, den Kirchen, der Ärztekammer und den Krankenversicherungen, hat die Umsetzung jedoch immer wieder verzögert. Die EU-Kommission hat allerdings die säumigen Länder bereits beim Europäischen Gerichtshof verklagt. Falls die Klage zum Tragen kommt, könnte es für die Bundesrepublik teuer werden. Bis dahin wird allerdings noch mindestens ein Jahr vergehen.

Beim EUROPÄISCHEN PATENTAMT (EPA) werden weiter Patente auf Pflanzen, Tiere, Gewebe und menschliche Gensequenzen angemeldet und erteilt. Die Zahlen nehmen bei den Erteilungen deutlich zu, bei den Anmeldungen aber

auch ab, insbesondere bei Patenten auf Pflanzen und Gene von Pflanzen. Im vergangenen Jahr wurden 23 (11) Patente auf Tiere, 28 (15) auf Gewebe des Menschen, 63 (38) auf Pflanzen und viele auf menschliche Gensequenzen erteilt. Die Zahlen in Klammern geben die jeweilige Anzahl aus dem Jahre 2002 an. Die Patenterteilungen sind also vom Jahr 2002 zum Folgejahr in diesen Bereichen um fast 100% gestiegen!

Vor kurzem hat Greenpeace wieder einmal einen PATENTSKANDAL am EPA durch eine große Aktion aufgedeckt. Das Patent EP 1 121 015, das im vergangenen November erteilt wurde, umfasst Verfahren zum Einfrieren von Zellen, die bei der künstlichen Befruchtung verwendet werden. Das Patent beansprucht dabei aber auch explizit menschliche Eizellen, Spermata und Embryonen. "Kein Patent auf Leben!" war an der Recherche zu diesem Patent wesentlich beteiligt. Wenn nicht eindeutige gesetzliche Grenzen gesetzt werden, machen Patente auch vor dem Menschen nicht halt und nach Ansicht von Greenpeace ist das "der Weg hin zur Industrieproduktion von Menschen".

In den nächsten Monaten werden wieder verschiedene Patenteinsprüche am EPA verhandelt: All diese Verhandlungen sind öffentlich, Sie können als Zuhörer teilnehmen

Das Patent EP 275 957 der FIRMA BAYER CROPSCIENCE (ursprünglich Hoechst, dann Aventis CropScience, heute Bayer CropScience) bezieht sich auf HERBIZIDRESISTENTE PFLANZEN. Sie sind resistent gegen Basta (auch Liberty Link oder Glufosinat genannt). Das Patent umfasst jegliche Pflanzen und deren Samen. Sortenzüchter und Landwirte geraten in Abhängigkeit der Firma Bayer, die das Saatgut und das Herbizid gleich im Doppelpack verkaufen kann. Die Verhandlung vor der Technischen Beschwerdekammer des EPA wird am 15. Juni stattfinden. Obwohl das Patent auch eindeutig nicht patentierbare Pflanzensorten umfasst, bestehen wenig Chancen, dass das Patent widerrufen wird.

Vom 5. Juli bis 9. Juli wird das KREBSMAUSPATENT EP 169 672 (Harvard, lizenziert an DuPont), ebenfalls vor der Technischen Beschwerdekammer verhandelt. Seit 1993 wird um die Annullierung dieses ersten Europäischen Patent auf Säugetiere gerungen, vor allem mit ethischer Begründung. Wenn es um Ethik geht, erklärt sich das Europäische Patentamt allerdings fast immer für inkompetent - und entscheidet für das Patent. Das heißt, mit Blick auf die Möglichkeiten der modernen Biotechnologie müssen die Patentierungsverbote ergänzt werden.

Wir werden zu gegebener Zeit über die weitere Entwicklung und Aktivitäten berichten.

Mit freundlichen Grüßen

Ruth Tippe

KEIN PATENT AUF LEBEN!

Dr. Ruth Tippe

Frohschammerstr. 14,

80807 München

Tel.: 089/35651842 oder 0172/8963858

Fax: 089/3596622

e-mail: rtippe@keinpatent.de

<http://www.keinpatent.de>

Bundestags-Abgeordnete zum Anschreiben

Hilde Mattheis (SPD)

Michael Müller (SPD)

René Röspel (SPD)

Joachim Stünker (SPD)

Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD)

Dr. Wolfgang Wodarg (SPD)

Dr. Reinhard Loske (B90/GR)
Dr. Maria Böhmer (CDU)
Hubert Hüppe (CDU)
Barbara Lanzinger (CSU)
Thomas Rachel (CDU)
Horst Seehofer (CSU)
Michael Kauch (FDP)

Plumper Versuch der Einflussnahme

T-Mobile will keinen Hinweis auf versteckte Mobilfunkantennen

Manche Mobilfunkantennen werden versteckt angebracht, so auch die Antenne im Bereich der Aussegnungshalle eines Friedhofs, die durch ein Kreuz verkleidet wurde. Auf Seite 11 unserer Broschüre „Mobilfunk-Strahlung – Wie schädlich ist Elektrosmog?“ haben wir dieses Kreuz (siehe Abbildung rechts <http://www.umweltinstitut.org/frames/all/m390.htm>) abgedruckt.

Anfang des Jahres erhielten wir ein Schreiben von T-Mobile. In diesem äußert der Mobilfunkbetreiber die Meinung, dass dieses Foto im Kontext so verstanden werden könne, dass ein Zusammenhang zwischen der Bauweise der gezeigten Antenne und der Debatte um die Höhe der Emissionen dieser Antenne bestehe. Und deswegen die Netzbetreiber ihre Anlagen aufgrund deren hoher Emissionen verstecken müssten. Dem sei aber nicht so, schreibt T-Mobile: „Eine Verkleidung erfolgt vielmehr i.d.R. aus architektonischen oder städtebaulichen, vor allem aber auch aus Gründen des Denkmalschutzes, so dass hier die Initiative nicht von den Netzbetreibern, sondern häufig von der Kommune ausgeht, in der die Anlage errichtet wird.“

Mobilfunkantennen als runde Kamine auf einem Handy-Shop in der Amalienburgstraße in München
<http://www.umweltinstitut.org/frames/all/m390.htm>

T-Mobile forderte uns daher auf „bei Ihren künftigen Veröffentlichungen darauf hin zu wirken, dass weder Leser noch Zuhörer zu den beschriebenen falschen Assoziierungen verleitet“ werden. Außerdem wiesen uns die Unterzeichner „darauf hin, dass eine Kopie dieses Schreibens dem Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München als Finanzier Ihrer Broschüre übermittelt wird.“

Unser Anwalt, Dr. Michael Bihler antwortete: „Sie werden sicher mit uns dahingehend übereinstimmen, dass die Kreuzform für die dort angebrachte Antenne nicht bauartbedingt vorgegeben ist, dass vielmehr der Querbalken lediglich Tarnung und Mimikry darstellt. Nachdem die Antenne als an diesem Gebäude angebrachtes technisches Bauteil nicht erkennbar ist, sondern durch die Kreuzform die sakrale Funktion des Gebäudes aufgenommen wird, ist die Aussage, die Antenne sei „versteckt angebracht“ nicht etwa irreführend, sondern zutreffend. Über die Gründe, weshalb die Antenne in Schwabhausen in der abgebildeten Art und Weise versteckt worden ist, zu spekulieren, ist müßig. Tatsache ist allerdings, dass nach einer mittlerweile von unserer Mandantin eingeholten Auskunft beim zuständigen Denkmalschutzamt der ehemalige Wasserturm kein Denkmal darstellt und dass denkmalschutzrechtliche Auflagen nicht gemacht wurden. Unsere Mandantin ist deshalb gerne bereit, mit Ihnen anhand ausgewählter Beispiele der Gestaltung von Mobilfunkantennen im näheren und fernereren Umkreis darüber zu diskutieren, ob diese Antennen versteckt worden sind oder nicht.“

Als Kamin verkleidete Mobilfunkantenne in der Königseestraße in München-Trudering
<http://www.umweltinstitut.org/frames/all/m390.htm>

Bis Redaktionsschluss für die Online-Ausgabe, Ende April, haben wir keine Antwort von T-Mobile erhalten.

Am 29. Januar 2004 äußerte sich Rudolf Stürzer, Vorsitzender des Haus- und Grundbesitzervereins München im Beitrag „Täuschung: Getarnte Mobilfunkmasten“ im Bayerischen Fernsehen zur Problematik versteckt angebrachter Mobilfunkantennen: „Nachdem die Bereitschaft der Hauseigentümer in der letzten Zeit gesunken ist, eine Mobilfunkantenne auf dem Dach ihres Anwesens montieren zu lassen, gehen die Mobilfunk-Anbieter verstärkt dazu über, solche versteckten Modelle

anzubieten, weil damit der Hauseigentümer möglicherweise diesen Problemen aus dem Weg gehen kann“. Den Fernsehbeitrag der Sendung „Quer“ können Sie als Video-Mitschnitt von unserer Website herunterladen.

Als Kamin verkleidete Mobilfunkantenne in der Münchner Theatinerstraße

<http://www.umweltinstitut.org/frames/all/m390.htm>

Die Landeshauptstadt München als Unterstützer einer Teilaufgabe ließ sich nicht beeindrucken.

Weitere Infos:

Video-Mitschnitt des Beitrags „Täuschung: Getarnte Mobilfunkmasten“

<http://www.umweltinstitut.org/frames/all/f-fernshen.htm>

PDF-Fassung der Broschüre „Mobilfunk-Strahlung“

http://www.umweltinstitut.org/download/mobilfunk_umweltinstitut.pdf

Andrea Reiche

aus unserer Mitgliederzeitschrift Umweltnachrichten, Ausgabe 99 / April 2004

Quelle: <http://www.umweltinstitut.org/frames/all/m390.htm> (Auszug)

Oasen der Ruhe

Wie sich nerviges Handy-Klingeln mit technischen Hilfsmitteln verhindern lässt

Von Michael Lang

„Wer noch sein Handy an hat, schalte es jetzt bitte aus.“ Mit diesen Worten beginnen inzwischen fast alle Vorträge, Konferenzen und Konzerten.

An Restaurantwänden und in Straßenbahnen hängen Schilder mit durchgestrichenen Mobiltelefonen. Und weil störendes Handy-Gebimmel so alt ist wie der Mobilfunk selbst, basteln auf der ganzen Welt Ingenieure an neuen Techniken, um die Kommunikation in geordnete Bahnen zu lenken oder auch ganz zu unterbinden.

Dafür sorgen zum Beispiel die so genannten Jammer: kleine Sender, die mit einem Störsignal die Verbindung zur nächsten Mobilfunk-Basisstation blockieren und so ein „Funkloch“ erzeugen.

Dann kann das Telefon nicht einmal mehr einen Notruf absetzen. Weil die Störsender mit der gleichen Funkfrequenz senden wie Handys, sind sie in Deutschland und vielen anderen Ländern verboten.

Nicht überall auf der Welt wird das so eng ausgelegt: In Ländern des Nahen Ostens schätzt man die Störsender, weil sie die Fernzündung von Bomben per Handy verhindern können. Das indische Parlament diszipliniert damit seine Abgeordneten während der Sitzungen. Und seit kurzem sind die Geräte auch in Frankreich zugelassen.

In Deutschland sind zwei Alternativen gebräuchlich, die aus der Sicherheitstechnik stammen. „Die einzige Möglichkeit, ein Gespräch total zu unterbinden, besteht darin, den Raum komplett abzudichten“, sagt Gerhard Wahrmann, Geschäftsführer der Firma Emscreen aus Taufkirchen bei München.

Er hat sich darauf spezialisiert, Vorstandsetagen großer Unternehmen abzuschotten. Von Handys gehe eine Spionagegefahr aus, erklärt er, weil sie sich aus der Ferne einschalten und so als Wanze verwenden ließen. Zur Abschirmung verwendet Wahrmann mikroskopisch feine Kupfernetze, die in Tapeten und Fensterglas eingearbeitet sind.

Auch die Türen mitsamt dem Schlüsseloch sind abgeschirmt. „Sie müssen sich das vorstellen wie bei einem Aquarium“, erklärt er, „wo jede undichte Stelle zum Auslaufen führen kann.“

Die zweite Alternative zu Störsendern sind so genannte Handy-Detektoren. Sie unterbinden keine Gespräche, aber sie spüren Mobiltelefone auf, die gerade Daten mit einer Basisstation austauschen. Sie eignen sich zum Beispiel für Gefängnisse, erklärt Detlef Mansel von der Fachhochschule Gelsenkirchen, „wo die Angestellten im Notfall miteinander kommunizieren müssen“.

Mansel hat den „Handy-Scout“ entwickelt, einen stationären Detektor, der die Außenwände der Gebäude nach Handy-Strahlung absucht. Sobald das System anschlägt, grenzt es den verdächtigen Bereich auf zwei Zellen ein. In den Justizvollzugsanstalten von Gelsenkirchen und Weiterstadt sei das Gerät bereits im Einsatz, erzählt Mansel, und schon öfter erfolgreich gewesen.

Die Behörden unterbinden damit aber nicht nur den Drogenhandel aus dem Knast heraus. „Es geht vor allem um Untersuchungshäftlinge, die Belastungszeugen vor ihrem Prozess anrufen und einschüchtern“, sagt Mansel.

Weil das Verfahren aber 100.000 Euro kostet, beschränken sich viele Gefängnisse auf Stichproben mit einem mobilen Detektor, der etwa so groß ist wie eine Zigarettenschachtel. „Unser Mobifinder scannt keine Wände, sondern Räume“, erklärt Horst Neuser von der Firma C:Channel Business Services in Hamburg.

Dabei entdeckt das Gerät alle Handys in einem Umkreis von 50 Metern, die gerade funken. Neuser verkauft das Gerät auch Bundesländern, die damit zum Beispiel Prüfungen zum juristischen Staatsexamen überwachen.

Die Lufthansa, in deren Flugzeugen das Telefonieren mit dem Handy gesetzlich verboten ist, wie auch viele Theater und Opernhäuser, verzichten jedoch auf die Detektoren. Bei zahlenden Kunden halten sich Unternehmen mit derart rigiden Methoden lieber zurück.

„Wir bitten unsere Gäste mit einem speziellen Klingelzeichen vor der Vorstellung, dass sie ihr Handy ausschalten“, sagt zum Beispiel Kathrin Schäfer von den Münchner Kammerspielen. Langfristig könnte das intelligente Technik in den Geräten übernehmen.

Im „Q-Zone“-Konzept der Firma Bluelix aus Charlotte (US-Bundesstaat North Carolina) etwa soll ein Bluetooth-Funksignal den Klingelton von Handys innerhalb einer Ruhezone automatisch leiser und beim Verlassen wieder laut stellen.

(SZ vom 5.5.2004)

<http://www.sueddeutsche.de/computer/artikel/251/31220/> (Auszug)

Oasen der Ruhe

Wie sich nerviges Handy-Klingeln mit technischen Hilfsmitteln verhindern lässt.

Von Michael Lang

Wer noch sein Handy an hat, schalte es jetzt bitte aus.“ Mit diesen Worten beginnen inzwischen fast alle Vorträge, Konferenzen und Konzerten.

An Restaurantwänden und in Straßenbahnen hängen Schilder mit durchgestrichenen Mobiltelefonen. Und weil störendes Handy-Gebimmel so alt ist wie der Mobilfunk selbst, basteln auf der ganzen Welt Ingenieure an neuen Techniken, um die Kommunikation in geordnete Bahnen zu lenken oder auch ganz zu unterbinden.

Dafür sorgen zum Beispiel die so genannten Jammer: kleine Sender, die mit einem Störsignal die Verbindung zur nächsten Mobilfunk-Basisstation blockieren und so ein „Funkloch“ erzeugen.

Dann kann das Telefon nicht einmal mehr einen Notruf absetzen. Weil die Störsender mit der gleichen Funkfrequenz senden wie Handys, sind sie in Deutschland und vielen anderen Ländern verboten.

„Die Netzbetreiber haben mit ihrer Lizenz das ausschließliche Nutzungsrecht für die Mobilfunk-Frequenzen erworben“, sagt Werner Hugentobler von der Regulierungsbehörde für Post- und Telekommunikation.

Nicht überall auf der Welt wird das so eng ausgelegt: In Ländern des Nahen Ostens schätzt man die Störsender, weil sie die Fernzündung von Bomben per Handy verhindern können. Das indische Parlament diszipliniert damit seine Abgeordneten während der Sitzungen. Und seit kurzem sind die Geräte auch in Frankreich zugelassen.

In Deutschland sind zwei Alternativen gebräuchlich, die aus der Sicherheitstechnik stammen. „Die einzige Möglichkeit, ein Gespräch total zu unterbinden, besteht darin, den Raum komplett abzudichten“, sagt Gerhard Wahrmann, Geschäftsführer der Firma Emscreen aus Taufkirchen bei München.

Er hat sich darauf spezialisiert, Vorstandsetagen großer Unternehmen abzuschotten. Von Handys gehe eine Spionagegefahr aus, erklärt er, weil sie sich aus der Ferne einschalten und so als Wanze verwenden ließen. Zur Abschirmung verwendet Wahrmann mikroskopisch feine Kupfernetze, die in Tapeten und Fensterglas eingearbeitet sind.

Auch die Türen mitsamt dem Schlüsselloch sind abgeschirmt. „Sie müssen sich das vorstellen wie bei einem Aquarium“, erklärt er, „wo jede undichte Stelle zum Auslaufen führen kann.“

Die zweite Alternative zu Störsendern sind so genannte Handy-Detektoren. Sie unterbinden keine Gespräche, aber sie spüren Mobiltelefone auf, die gerade Daten mit einer Basisstation austauschen. Sie eignen sich zum Beispiel für Gefängnisse, erklärt Detlef Mansel von der Fachhochschule Gelsenkirchen, „wo die Angestellten im Notfall miteinander kommunizieren müssen“.

Mansel hat den „Handy-Scout“ entwickelt, einen stationären Detektor, der die Außenwände der Gebäude nach Handy-Strahlung absucht. Sobald das System anschlägt, grenzt es den verdächtigen Bereich auf zwei Zellen ein. In den Justizvollzugsanstalten von Gelsenkirchen und Weiterstadt sei das Gerät bereits im Einsatz, erzählt Mansel, und schon öfter erfolgreich gewesen.

Die Behörden unterbinden damit aber nicht nur den Drogenhandel aus dem Knast heraus. „Es geht vor allem um Untersuchungshäftlinge, die Belastungszeugen vor ihrem Prozess anrufen und einschüchtern“, sagt Mansel.

Weil das Verfahren aber 100.000 Euro kostet, beschränken sich viele Gefängnisse auf Stichproben mit einem mobilen Detektor, der etwa so groß ist wie eine Zigarettenschachtel. „Unser Mobifinder scannt keine Wände, sondern Räume“, erklärt Horst Neuser von der Firma C:Channel Business Services in Hamburg.

Dabei entdeckt das Gerät alle Handys in einem Umkreis von 50 Metern, die gerade funken. Neuser verkauft das Gerät auch Bundesländern, die damit zum Beispiel Prüfungen zum juristischen Staatsexamen überwachen.

Die Lufthansa, in deren Flugzeugen das Telefonieren mit dem Handy gesetzlich verboten ist, wie auch viele Theater und Opernhäuser, verzichten jedoch auf die Detektoren. Bei zahlenden Kunden halten sich Unternehmen mit derart rigiden Methoden lieber zurück.

„Wir bitten unsere Gäste mit einem speziellen Klingelzeichen vor der Vorstellung, dass sie ihr Handy ausschalten“, sagt zum Beispiel Kathrin Schäfer von den Münchner Kammerspielen. Langfristig könnte das intelligente Technik in den Geräten übernehmen.

Im „Q-Zone“-Konzept der Firma Bluelinx aus Charlotte (US-Bundesstaat North Carolina) etwa soll ein Bluetooth-Funksignal den Klingelton von Handys innerhalb einer Ruhezone automatisch leiser und beim Verlassen wieder laut stellen.

Einen anderen Ansatz verfolgen Chris Schmandt und Stefan Marti vom Massachusetts Institute of Technology. In ihrem Konzept, bisher reine Zukunftsmusik, reagieren intelligente Software-Agenten im Handy auf die Umgebung.

Ausgestattet mit „sozialer Intelligenz“ kommunizieren animierte Figuren, so genannte Avatare, auf dem Monitor mit dem Handy-Besitzer „Wer jetzt noch sein Handy eingeschaltet hat, gebe bitte seinem Avatar leise ein Zeichen“, heißt es dann bei Vorträgen.

(SZ vom 5.5.2004)

<http://www.sueddeutsche.de/computer/artikel/251/31220/>

An die Fraktionen und Vorstände der Grünen/B90 auf Landes- und Bundesebene

Zur Kenntnis an die Bürgerinitiativen gegen Elektromog und Mobilfunk die regionale und überregionale Presse

Dringender Appell an Die GRÜNEN / B90: Entsorgt TRITTIN !

Inzwischen gibt es mehr als 12.000 Bürgerinitiativen in Deutschland, die sich gegen die hemmungslose Ausbreitung der Mobilfunk-Technologie und die Installation von Sendeanlagen wehren, während die Politik, allen voran der verantwortliche Bundesminister, Jürgen Trittin, weiterhin den besorgten Abwiegler spielt, damit die Mobilfunkfirmen ungeachtet der erdrückenden Hinweise auf gesundheitliche Gefährdungen diese „Zukunftstechnologie“ ausbauen und endlich aus der Verlustzone kommen können.

Schon im Jahr 2000 haben wir nach dem Verantwortlichen für diese Situation gefragt, und alle Ministerien haben an Jürgen Trittin als Dienstherr des Bundesamtes für Strahlenschutz verwiesen.

Im Jahr 2002 haben wir beim Bundeskanzler eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Herrn Trittin beantragt, weil er Prof. Jürgen Bernhardt als Vorsitzenden des entscheidenden Gremiums des Bundesamtes für Strahlenschutz, des Ausschusses „Nichtionisierende Strahlung“ der Strahlenschutzkommission, stützte. Prof. Bernhardt hat als Vorsitzender des privaten Lobbyvereins ICNIRP die in Deutschland geltenden Grenzwerte und, wichtiger noch, die Kriterien für die wissenschaftliche Verwertbarkeit von Studien für Hochfrequenzstrahlung entwickelt und bei der Weltgesundheitsorganisation durchgesetzt. Diese Kriterien gelten für mechanische Systeme in Physik und angewandter Forschung, können aber mit gesundem Menschenverstand nicht auf das komplexe Regelsystem Mensch oder Lebewesen übertragen werden. Da deshalb Widersprüchlichkeiten und Unklarheiten in den Ergebnissen nicht auszuschließen sind, werden bisher alle kritischen Ergebnisse als wissenschaftlich unzulänglich abgelehnt und die Grenzwerte nicht angetastet. Dieser Interessenskonflikt von Prof. Bernhardt (schlägt einerseits Grenzwerte und Kriterien vor und soll seine eigenen Vorschläge an verantwortlicher Stelle begutachten) führt in jeder Gemeindeordnung dazu, dass der Betreffende von Entscheidungen über seine Vorschläge ausgeschlossen wird. Nicht jedoch bei Prof. Bernhardt, dessen Doppelfunktion in beiden Parteien des Verfahrens vom Bundeskanzleramt in der Ablehnung der Dienstaufsichtsbeschwerde gutgeheißen wurde.

Wenn Herr Trittin behauptet, sein Amt hätte jeden Stein umgedreht und keine Gesundheitsgefährdung gefunden, und deshalb seien die Grenzwerte in Ordnung, dann ist das verantwortungslose Irreführung der Öffentlichkeit:

- **Das Bundesamt für Strahlenschutz hat als Grundlage für diese Feststellung nur die Studien in einem engen Zeitfenster von ca. 1996 bis 2001 herangezogen; die eindeutigen Erkenntnisse in der Hochfrequenzforschung, z.B. um 1932 in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift veröffentlicht, wurden ebenso nicht berücksichtigt wie die neueren Ergebnisse zur Blut-Hirn-Schranke (Prof. Salford,**

Universität Lund) oder Erbgutschäden (REFLEX-Studie Prof. Adlkofer), die in den letzten drei Jahren veröffentlicht wurden.

- **Das Bundesamt für Strahlenschutz hat 1996 eine Zusammenfassung der russischsprachigen Fachliteratur der Jahre 1960-1996 bei Prof. Hecht, Berlin, in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse wollte diese Behörde jedoch nicht sehen und diskutieren: auch bei niedriger Langzeitbelastung weit unterhalb der Grenzwerte gibt es ein umfassendes Strahlensyndrom, das zu Krankheit führt.**
- **Die Gefährlichkeit der Mobilfunkstrahlung wird sogar in einer Bundestagsdrucksache (Sachstandsbericht Gesundheitliche und ökologische Aspekte bei mobiler Telekommunikation und Sendeanlagen, A-Drs. 15(17)77 vom November 2002) dokumentiert, die an alle Abgeordneten verteilt wurde: 75% der Primärstudien der letzten vier Jahre weisen zumindest schwache biologische Effekte auf. Welches Arzneimittel wäre genehmigt worden mit solchen Referenzen?**
- **Aber es geht hier nicht um Medizin, sondern um technischen Fortschritt. Und die gesamte Bevölkerung darf in diesem Großversuch unfreiwillig mitmachen, ein Entkommen ist nicht mehr möglich, da eine flächendeckende Bestrahlung Tag und Nacht von der Bundesregierung als Voraussetzung für die Erteilung der Lizenzen vorgeschrieben wurde. Wo bleiben Die Grünen / B90?**
- **Die Milliardenschäden der Versicherungswirtschaft durch Asbest, waren die Ursache für die Ablehnung der Versicherung des Risikos Mobilfunkstrahlung. Jahrzehnte hatten Staat und Wirtschaft die Ungefährlichkeit von Asbest betont, auch lange nachdem das Gegenteil bekannt war; inzwischen sind mehr als 100.000 Menschen an Asbestose gestorben. Ein ähnliches Fehlverhalten von Politik und Wirtschaft gab es bei DDT, Contergan, Holzschutzmitteln, Dioxinen und vielen anderen anfänglich begrüßte Entwicklungen. Müssen wir solange warten, bis Gehirntumore und Leukämie unser Volk dezimieren? Wer sorgt für eine „nachhaltige“ Politik?**
- **Im Jahr 2000 hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaft eine Mitteilung zur Anwendung des Vorsorgeprinzips verabschiedet: „... in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes ist die Kommission der Auffassung, dass den Erfordernissen des Schutzes der öffentlichen Gesundheit unzweifelhaft größeres Gewicht beizumessen ist als wirtschaftlichen Erwägungen.“ Der Europäische Gerichtshof wird sich noch im Sommer mit dem Thema Elektrosensibilität und Gefährlichkeit von Mobilfunkstrahlung befassen – wollen Die Grünen solange warten, bis sie zu dieser für sie früher selbstverständlichen Haltung finden?**

Herr Trittin stellt eine Gefährdung der öffentlichen Gesundheit dar, weil er trotz erdrückender Hinweise auf die Gefährlichkeit dieser Technologie an verantwortlicher Stelle abwiegelt anstatt warnt, mit unabsehbaren Folgen für die Gesundheit der Bevölkerung, die zukünftigen Generationen und übrigens auch für die Kosten im Gesundheitswesen.

Die Grünen wurden unter anderem als Folge der Bewegung gegen Kernkraft gegründet; damals waren vielleicht einhundert Bürgerinitiativen engagiert. Jetzt sind es mehr als zwölftausend, und die Grünen sind an der Regierung. Die letzte Bundestagswahl wurde mit wenigen Tausend Stimmen Vorsprung von Rot-Grün gewonnen. Wir fordern deshalb die Grünen eindringlich auf, Herrn Trittin als Umweltminister zu entfernen und sich an die nachhaltige und zukunftsfähige Politik zu erinnern, die sie vor ihrem Regierungseintritt vertreten haben.

Wolfratshausen, den 09.05.04

Gez.: Dr.-Ing. Hans Schmidt

Sprecher der Bürgerinitiative Wolfratshausen-Stadtgebiet gegen Elektromog

Gesteuerte Demokratie?

<http://omega.twoday.net/stories/213110/>

Gen-Weizen erfolgreich zerstört

Was indische Bauern seit Jahren vormachen, übernimmt jetzt Greenpeace in Deutschland: Gen-Weizen, der in Sachsen-Anhalt nach dem Willen der Landesregierung, aber gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung angebaut wurde, haben Umweltaktivisten einfach zerstört. Und wie reagiert die Betreiberfirma auf diesen Selbsthilfeversuch aus der Gesellschaft? Ein Firmensprecher der hessischen Firma Syngenta erklärte, seine Firma ziehe sich zurück. Es sei fraglich, ob ein weiteres Engagement in Deutschland noch Sinn mache.

<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/4770.php>

Vodafone: Sendeanlage des Monats April

200 Interessierte kamen zur Infoveranstaltung über gesundheitliche Gefährdung durch Mobilfunk

Von unserem Mitarbeiter Werner Mies

Edelfingen. Pro und kontra erhofften sich die zirka zweihundert Besucher der Informationsveranstaltung über Mobilfunkanlagen am Mittwochabend in der Edelfinger Turnhalle. Eingeladen hatte man deshalb einen Vertreter der Betreiberfirma Vodafone, **die auf einem Edelfinger Gasthof eine in einem Kamin versteckte Mobilfunksendeanlage errichtet hatte und als KontraVertreter einen Sachverständigen von der Bürgerwelle. Ortsvorsteher Martin Balz, der als Moderator des Abends fungierte, musste allerdings in seiner Begrüßung sowohl den Betreibervertreter wie auch den Gasthofbesitzer entschuldigen. Beide hatten aus terminlichen Gründen keine Zeit.**

Kommentar von Siegfried Zwerenz:

Vodafone führt aus, dass sie wegen der Kurzfristigkeit keinen Vertreter entsenden konnten. Die Betreiber haben genügend Leute, die sie auf Veranstaltungen entsenden. Wenn allerdings ein kompetenter und kritischer Referent den Betreibern gegenüber tritt, dann kneifen die Betreiber und sehr oft auch staatliche Stellen. Es geht sogar soweit, dass die Betreiber und staatliche Stellen mit Nachdruck versuchen mich z.B. bei runden Tischen und Infoveranstaltungen auszugrenzen.

Der Grund liegt auf der Hand. Wenn ich vor Ort bin werden die Unwahrheiten der Pro-Seite offengelegt, was diesen Herren überhaupt nicht passt. Denn durch meine konsequente Information der Öffentlichkeit und der Entscheidungsträger werden sehr oft keine Mietverträge mit den Betreibern mehr abgeschlossen oder bereits bestehende werden aufgekündigt.

Martin Balz stellte nochmals kurz den "Werdegang" des Sendeanlage dar, gegen die auch der Ortschaftsrat protestiert und deren Abbau gefordert hatte. Er nimmt die Ängste und Sorgen der Edelfinger Bürger um gesundheitlichen Auswirkungen der Sendeanlage ernst und verweist auf eine Veröffentlichung einer Computerzeitschrift, die berichtet, dass große Versicherungskonzerne ihre Versicherungsbedingungen dahin gehend geändert haben, dass gesundheitliche Risiken aus Mobilfunkanlagen nicht mehr versichert werden.

Herbert Ehrlich von der Initiative der besorgten Bürger Edelfingens unterstrich, dass sich der Widerstand ausschließlich gegen den Standort der Sendeanlage richtet und stellte den Referenten des Abends Siegfried Zwerenz, Sprecher des Vorstandes der Bürgerwelle, vor. Dieser wollte den zahlreichen Zuhörern Fakten auf den Tisch legen.

Die 1997 gegründete Bürgerwelle versteht sich als Gegenpol der bis dahin einseitigen Informationspolitik der Mobilfunkbetreiber. Bei seinen umfangreichen Ausführungen erfuhren die Zuhörer viel über elektromagnetische, thermische und athermische Strahlungen. Vor allem letztere verursacht gesundheitliche Störungen beim Schlaf-Wachrhythmus, im Nerven- und Immunsystem und beeinträchtigt unter anderem die Gehirnaktivitäten.

Weil Kinder hierbei besonders anfällig sind, ist sein Rat an Eltern: Handys sollen von Kindern fern gehalten werden. Die im Bundesimmissionsschutzgesetz festgelegten Grenzwerte bezeichnet er als zu hoch und bedauert, dass viele wissenschaftliche Studien, welche die Schädlichkeit der elektromagnetischen Strahlung, und hier besonders die gepulste Strahlung im Handybereich belegen, ignoriert werden. Er berichtet über nachgewiesene Herz-Kreislaufbeschwerden durch Mobilfunkemissionen und zwei kurze Videofilme zeigten Auswirkungen auf Tiere beispielsweise zurückgegangene Milchleistungen von Kühen sowie vermehrte Fehl- und Missgeburten durch Mobilfunkbelastungen.

Dem Gesetzgeber wirft er vor, dass er gar kein Interesse an einer Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes hat, da er doch 50 Milliarden Euro durch die vergebenen UMTS-Lizenzen eingenommen hat, die unter Umständen bei einer Senkung der Grenzwerte zurückgezahlt werden müssten. Ein Dorn im Auge ist ihm die zwar unabhängige Kommission ICNIRP, die die Strahlenwerte festlegt, deren einzelne Mitglieder aber eng mit Politik und Wirtschaft verbunden sind. Zu denken gäbe auch die Haltung der Deutschen Post AG, die es ablehnt, auf ihren zahlreichen Gebäuden Mobilfunkmasten errichten zu lassen.

Die anschließenden zahlreichen Fragen der Zuhörer befassten sich mit der Sendeleistung der Mobilfunkanlage, der Notwendigkeit ob jeder Mobilfunkbetreiber eine eigene Sendeanlage benötigt, der Wertminderung von Immobilien in der Nähe von Sendeanlagen, der Klagemöglichkeit gegen derartige Anlagen, der Belastung durch schnurlose Telefone, der Wire-Less-Technik von Computern, den niedrigeren Grenzwerten in Nachbarländern und ähnlichem mehr.

Harry Bauer, einer der Initiatoren des Informationsabends freute sich darüber, dass die Initiative den Beweis antreten kann, dass nicht nur eine kleine Gruppe sondern ein Großteil der Edelfinger Bürger hinter der Aktion gegen die Mobilfunkanlage im Wohngebiet steht, da eine Unterschriftenaktion bisher 430 Unterstützer einbrachte.

Gegenüber den Fränkischen Nachrichten unterstrich Vodafone-Pressesprecher Helldobler (Niederlassung Eschborn), dass es wegen des kurzfristigen Termins nicht möglich war, einen Vertreter zur Informationsveranstaltung zu entsenden. **Darüber hinaus könne er mitteilen, dass Edelfingen zum Standort des Monats April gewählt wurde, weil sich die Sendeanlage durch die Verkleidung als Kamin harmonisch in die Umgebung einpasse.**

© *Fränkische Nachrichten* – 14.05.2004

http://www.fnweb.de/lokales/me/bad_mergentheim/20040514_F0D0947001_13404.html

13.05.2004 | Netzcode: 10557118

Bürgerentscheid über Sendemast

Urnengang soll Entscheidung bringen

Neustadt am Kulm. (fra) Die Stadträte gaben grünes Licht für das Bürgerbegehren, das am Montag vergangener Woche bei der Stadt eingereicht worden ist. Danach wird es am Sonntag, 1. August, in Neustadt zu einem Bürgerentscheid kommen, bei dem über eine neue Mobilfunkbasisstation abgestimmt wird.

In den vergangenen Tagen wurde die Eingabe, die über 350 Unterschriften aus der Kulmstadt trägt, im Landratsamt und der Verwaltungsgemeinschaft Eschenbach auf ihre Zulässigkeit hin überprüft. Bruno Uhl von der VG erläuterte in der jüngsten Sitzung des Stadtrates die Formalitäten. Demnach wurden alle Voraussetzungen erfüllt: Eine Begründung, die Benennung der drei Vertreter als auch die notwendige Anzahl der Unterschriften wurden vorgelegt. Ein ähnliches

Bürgerbegehren in Neukirchen vorm Wald wurde vom Verwaltungsgerichtshof als zulässig anerkannt. Auf Nachfrage aus den Reihen der Gemeinderäte betonte Uhl, dass eine Nichtzulassung rechtswidrig wäre. Innerhalb von drei Monaten müsse nun der Bürgerentscheid abgehalten werden. Über die Kosten konnte Uhl nichts sagen. Die in den Medien benannten zwei Euro je Bürger seien jedoch untere Grenze, vermutete Uhl. Bürgermeister Karl Pühl und der Stadtrat erachteten eine weitere Debatte über das Thema als nicht notwendig und stimmten zu.

Anliegen unterstreichen

Nun hoffen die Organisatoren des Bürgerbegehrens, dass sich die große Resonanz bei der Unterschriftenaktion auch beim Bürgerentscheid fortsetzt. Damit könne gegenüber dem Stadtrat das Anliegen, keine weitere Mobilfunkbasisstation in Neustadt zuzulassen, unterstrichen werden. Mit der Aussage von T-Mobile vom Dienstag vergangener Woche, dass gegen den Willen des Stadtrates und der Bürger kein Mobilfunksender errichtet werde, liege es dann am Stadtrat, dieses Zugeständnis einzufordern.

<http://www.zeitung.org/onetz/557118-127,1,0.html>

Herr Maier und die Fahnder

Ein neues Gesetz zur Telefonüberwachung macht Bürger zu Verdächtigen

Von unserem Redakteur Christian Gruber

Das neue Telekommunikationsgesetz (TKG) kommt nun doch. Nach langem Hin und Her zwischen Bundestag und Bundesrat hat die Länderkammer die Regelungen unter anderem zur Telefonüberwachung gestern passieren lassen. Zuvor war es hinter den Kulissen hoch hergegangen: Während das Parlament in Berlin den Bedenken der Datenschützer und Unternehmen weitgehend entgegengekommen war, wollten Bayern und Hessen mit Hilfe der anderen Bundesländer dem Staat massive Zugriffsmöglichkeiten auf bislang geschützte Daten gestatten.

Der jetzt gefundene Kompromiss hat wesentliche Lauschbefugnisse gekippt: **So müssen die Telefondienstleister Verbindungsdaten doch nicht sechs Monate vorhalten, was nach Einschätzung des Bundesdatenschutzbeauftragten Peter Schaar eine anlasslose Speicherung „höchst sensibler und vom Fernmeldegeheimnis des Grundgesetzes geschützter“ Informationen bedeutet hätte. Vom Tisch ist außerdem, dass auch Hotels, Krankenhäuser oder Betriebe abhörgeeignete Telefonanlagen installieren sollten. Aber drei von fünf strittigen Punkten sind Gesetz. Mehr Sicherheit, darin stimmt man im Büro des obersten Datenschützers und beim Branchenverband Bitkom überein, wird auch die Verschärfung nicht bringen. Allenfalls höhere Kosten für die Unternehmen, die das Gesetz verpflichtet, die Abhörtechnik auf eigene Rechnung zu installieren.**

Nur halbherzig, so Peter Büttgen, Sprecher des Bundesdatenschutzbeauftragten, sei bei der Frage nachgebessert worden, ob Ermittler beispielsweise die SMS von verdächtigen Handy-Nutzern auch ohne richterliche Ermächtigung lesen dürfen. „Es gibt da einen eingefügten Zusatz, aber im Kern können die Strafverfolgungsbehörden nun von sich aus auf diese Daten zugreifen“, kritisiert Büttgen.

Ein weiterer Knackpunkt sind so genannte Joker-Abfragen, bei denen sich die Polizei auf Knopfdruck verdächtige Namen auswerfen lässt, deren Schreibweise sie nicht genau kennt. „Was bei Meier oder Maier ja noch Sinn macht, das nützt bei arabischen Namen wenig: Zu unterschiedlich sind die Schreibweisen. Man weiß nie genau, was ist Vor- oder Nachname“, gibt Büttgen zu bedenken. **Zur Terrorbekämpfung, für die Joker-Abfragen eigentlich gedacht sind, taugen sie also kaum. Und, wie die Experten anführen, gibt es bislang keine Systeme, „die tatsächlich eine Suche nach phonetischer Ähnlichkeit leisten könnten“, so Bitkom in einer Stellungnahme an den Bundesrat.** Zudem bestehe die Gefahr, dass jedes Unternehmen seine eigenen Filter einsetze, was „unökonomisch und fehleranfällig wäre“. Davon, dass die Dienstleister die gesamte Softwareentwicklung finanziell alleine stemmen müssen, einmal ganz abgesehen.

„Hohe Kosten, wenig Nutzen“

Das Problem bei der Joker-Abfrage ist, dass neben Verdächtigen auch unbescholtene Bürger ins Visier der Fahnder geraten, nur weil ihre Namen ähnlich klingen. Unternehmen und Datenschützer plädieren deshalb dafür, die Suchmaschine auf 20 Treffer zu begrenzen. **Weil dieses Detail aber noch von der Bundesregierung festgelegt und in den politischen Gremien absegnet werden muss, „könnte es auch schlimmer kommen“, befürchtet Büttgen.**

Durchgesetzt hat der Bundesrat außerdem, dass die Mobilfunk-Anbieter künftig die Namen und Anschriften von Prepaid-Kunden festhalten, die ohne festen Vertrag ihre Handy-Karten abtelefonieren. Büttgen und der Branchenverband Bitkom prophezeien den Strafverfolgern hier Schiffbruch. „Denn Handy-Karten lassen sich auch im Ausland oder von einer anderen Person kaufen, die sie dann dem eigentlichen Nutzer übergibt“, erklärt der Sprecher Schaars. Nicht überall im Ausland werden die Daten erfasst.

„Vor allem die hohen Kosten für die geforderten Systeminvestitionen, etwa bei der Telekommunikationsüberwachung, bleiben auch künftig ohne Entschädigung“, ärgert sich Bitkom-Hauptgeschäftsführer Bernhard Rohleder. Was auf die einzelnen Unternehmen zukommen könnte, hat er schon einmal ausrechnen lassen. So müsse ein nationaler Festnetzbetreiber im ersten Jahr mit Aufwendungen von knapp 30, ein Mobilfunk-Dienstleister mit rund zwölf Millionen Euro rechnen. Davon erstattet würden maximal zwei Prozent. Dadurch, so Rohleder, werde „die Investitionsfähigkeit der Unternehmen erheblich beschränkt“.

Berücksichtigt man die Entwicklung der vergangenen Jahre, dann ist das Ende der Fahnenstange wohl noch nicht erreicht: Allein die Zahl der Überwachungsanordnungen stieg zwischen 1990 und 2002 auf über 21.800 - eine Verzehnfachung.

Quelle: Verlag: Rheinpfalz Verlag GmbH & Co. KG, Publikation: Bad Dürkheimer Zeitung Ausgabe: Nr.113 Datum: Samstag, den 15. Mai 2004, Seite: Nr.3

Herr Maier und die Fahnder

Ein neues Gesetz zur Telefonüberwachung macht Bürger zu Verdächtigen

Von unserem Redakteur Christian Gruber

Das neue Telekommunikationsgesetz (TKG) kommt nun doch. Nach langem Hin und Her zwischen Bundestag und Bundesrat hat die Länderkammer die Regelungen unter anderem zur Telefonüberwachung gestern passieren lassen. Zuvor war es hinter den Kulissen hoch hergegangen: Während das Parlament in Berlin den Bedenken der Datenschützer und Unternehmen weitgehend entgegengekommen war, wollten Bayern und Hessen mit Hilfe der anderen Bundesländer dem Staat massive Zugriffsmöglichkeiten auf bislang geschützte Daten gestatten.

Der jetzt gefundene Kompromiss hat wesentliche Lauschbefugnisse gekippt: **So müssen die Telefon-Dienstleister Verbindungsdaten doch nicht sechs Monate vorhalten, was nach Einschätzung des Bundesdatenschutzbeauftragten Peter Schaar eine anlasslose Speicherung „höchst sensibler und vom Fernmeldegeheimnis des Grundgesetzes geschützter“ Informationen bedeutet hätte. Vom Tisch ist außerdem, dass auch Hotels, Krankenhäuser oder Betriebe abhörgeeignete Telefonanlagen installieren sollten.** Aber drei von fünf strittigen Punkten sind Gesetz. **Mehr Sicherheit, darin stimmt man im Büro des obersten Datenschützers und beim Branchenverband Bitkom überein, wird auch die Verschärfung nicht bringen. Allenfalls höhere Kosten für die Unternehmen, die das Gesetz verpflichtet, die Abhörtechnik auf eigene Rechnung zu installieren.**

Nur halbherzig, so Peter Büttgen, Sprecher des Bundesdatenschutzbeauftragten, sei bei der Frage nachgebessert worden, ob Ermittler beispielsweise die SMS von verdächtigen Handy-Nutzern auch ohne richterliche Ermächtigung lesen dürfen. „Es gibt da einen eingefügten Zusatz, aber im Kern können die Strafverfolgungsbehörden nun von sich aus auf diese Daten zugreifen“, kritisiert Büttgen.

Ein weiterer Knackpunkt sind so genannte Joker-Abfragen, bei denen sich die Polizei auf Knopfdruck verdächtige Namen auswerfen lässt, deren Schreibweise sie nicht genau kennt. „Was bei Meier oder Maier ja noch Sinn macht, das nützt bei arabischen Namen wenig: Zu unterschiedlich sind die Schreibweisen. Man weiß nie genau, was ist Vor- oder Nachname“, gibt Büttgen zu bedenken. **Zur Terrorbekämpfung, für die Joker-Abfragen eigentlich gedacht sind, taugen sie also kaum. Und, wie die Experten anführen, gibt es bislang keine Systeme, „die tatsächlich eine Suche nach phonetischer Ähnlichkeit leisten könnten“, so Bitkom in einer Stellungnahme an den Bundesrat.** Zudem bestehe die Gefahr, dass jedes Unternehmen seine eigenen Filter einsetze, was „unökonomisch und fehleranfällig wäre“. Davon, dass die Dienstleister die gesamte Softwareentwicklung finanziell alleine stemmen müssen, einmal ganz abgesehen.

„Hohe Kosten, wenig Nutzen“

Das Problem bei der Joker-Abfrage ist, dass neben Verdächtigen auch unbescholtene Bürger ins Visier der Fahnder geraten, nur weil ihre Namen ähnlich klingen. Unternehmen und Datenschützer plädieren deshalb dafür, die Suchmaschine auf 20 Treffer zu begrenzen. **Weil dieses Detail aber noch von der Bundesregierung festgelegt und in den politischen Gremien absegnet werden muss, „könnte es auch schlimmer kommen“, befürchtet Büttgen.**

Durchgesetzt hat der Bundesrat außerdem, dass die Mobilfunk-Anbieter künftig die Namen und Anschriften von Prepaid-Kunden festhalten, die ohne festen Vertrag ihre Handy-Karten abtelefonieren. Büttgen und der Branchenverband Bitkom prophezeien den Strafverfolgern hier Schiffbruch. „Denn Handy-Karten lassen sich auch im Ausland oder von einer anderen Person kaufen, die sie dann dem eigentlichen Nutzer übergibt“, erklärt der Sprecher Schaars. Nicht überall im Ausland werden die Daten erfasst.

„Vor allem die hohen Kosten für die geforderten Systeminvestitionen, etwa bei der Telekommunikationsüberwachung, bleiben auch künftig ohne Entschädigung“, ärgert sich Bitkom-Hauptgeschäftsführer Bernhard Rohleder. Was auf die einzelnen Unternehmen zukommen könnte, hat er schon einmal ausrechnen lassen. So müsse ein nationaler Festnetzbetreiber im ersten Jahr mit Aufwendungen von knapp 30, ein Mobilfunk-Dienstleister mit rund zwölf Millionen Euro rechnen. Davon erstattet würden maximal zwei Prozent. Dadurch, so Rohleder, werde „die Investitionsfähigkeit der Unternehmen erheblich beschränkt“.

Berücksichtigt man die Entwicklung der vergangenen Jahre, dann ist das Ende der Fahnenstange wohl noch nicht erreicht: Allein die Zahl der Überwachungsanordnungen stieg zwischen 1990 und 2002 auf über 21.800 - eine Verzehnfachung.

Quelle: Verlag: Rheinpfalz Verlag GmbH & Co. KG, Publikation: Bad Dürkheimer Zeitung Ausgabe: Nr.113 Datum: Samstag, den 15. Mai 2004, Seite: Nr.3

Antwort auf eine INTERNET- ANFRAGE eines plötzlich TINNITUS – Geschädigten

Zu Frage 1

Ein vorgeschädigter Hörnerv ist auf jeden Fall empfänglicher für weitere von außen kommende Störungen und Belastungen als ein gesundes Organ.

Zu Frage 2

Es gibt „TINNITUS“ oder den störenden „BRUMMTON“. Bei beiden können vielfältige Ursachen der Auslöser sein .

- 1) Körperliche Ursachen-
- 2) Psychische Ursachen (u.a. Stress) – sowie auch
- 3) von außen kommende Einwirkungen unsichtbarer Art (z.B. durch Hochfrequenz- Strahlen oder ELF-Wellen)
- 4) Medikamenten-Einnahme (z. B. Aspirin oder bestimmte Antibiotika !)

„MIKROWELLEN- HÖREN “ ein wissenschaftlicher Fakt !

Vielen Fachärzten ist diese Info bisher leider unbekannt ! Auch ELF- Wellen (Extremely -LOW – Frequences) stehen im Verdacht, z. B. den BRUMMTON auslösen zu können. Dieser Frequenzbereich ist dem Militär vorbehalten. Er liegt aber im Wellenbereich der Körperfunktionen und kann dort dadurch erhebliche Störungen verursachen.

Unsichtbare STRAHLEN – ein ENERGIE- PHANTOM, das die Wissenschaft noch in alle Ewigkeit beschäftigen wird. Strahlen als Partner oder Gegner – beides ist bereits heute möglich und im Einsatz . Doch die Erkenntnisse werden laufend korrigiert und korrigiert werden müssen. Das bisherige Wissen über die Wirkung von Strahlen –Frequenzen etc. birgt hohe Unsicherheitsfaktoren in sich .

Was kann man als Laie tun, um sich selbst zu schützen ? Das Wissen umsetzen, das die Wissenschaft bereits erforscht und erarbeitet hat !

Eine leidige Tatsache in allen Bereichen ist, dass Erkenntnisse an Universitäten teilweise oft schon gelehrt werden, aber die Praxis nicht erreichen, d.h. sie bleiben im täglichen Lebensablauf des Menschen leider unberücksichtigt und die Ergebnisse verkümmern bei frustrierten Forschern in den Schubladen der Universitäten.

Bildschirm- Beschwerden

Sie klagen über verstärkte TINNITUS - Beschwerden am Bildschirm.

Wechseln Sie zu einem LCD-Flachbildschirm mit geringerer Strahlenbelastung. Ein normaler Bildschirm umfasst das gesamte Strahlen-Spektrum bis hin zu den Röntgenstrahlen. Vor diesen Strahlen schützt sie auch keine DIN-Norm .

Die von ihnen angegebene DIN-Norm ist schon mehrfach korrigiert worden, ihr Bildschirm ist zu alt. **Schwangere Frauen dürfen in manchen Ländern – trotz Grenzwert- Bestimmungen- keine Bildschirm-Arbeit mehr verrichten.** Das müsste jedem zu denken geben !

Ihre DECT- Anlage im Haus

Eine DECT- Anlage im Haus bedeutet einen Funkturm im Haus. Der Unterschied liegt z.B. in der Pulsung, die DECT- Anlage pulst nicht mit 217 sondern „nur“ mit 100 Hz-Feldern kontinuierlich Tag und Nacht in Ihrem Haus.

Dr. Delgado, ein in der Welt angesehener Neurophysiologe, suchte nach embryonalen Fehlern unter der Einwirkung von magnetischen ELF- Feldern. Er bestrahlte Kükenembryos mit verschiedenen Frequenzen. Embryonale Missbildungen ergaben sich bei allen Feldern. Insbesondere aber stach das 100 Hz Feld ins Auge. Hier gab es selbst bei geringsten Feldstärken die meisten Missbildungen, auch Krebszellen zeigten unter diesem Energiefeld ein beschleunigtes Wachstum !

Konsequenz für Sie :

WEG MIT IHREM DECT - TELEFON, das mit dieser Frequenz rund um die Uhr in ihrem Haus arbeitet und sie bestrahlt. Analoges Ersatz-Telefon anschaffen !

Noch eine zusätzliche Information für Sie als „BERLINER“:

In einer Zeitschrift wurde bereits mehrmals über die Auswirkungen von ELF- Wellen berichtet, die alles durchdringen, selbst die Erde und den Ozean. Der Grund für ihre militärische Nutzung. Diese Strahlen werden vermehrt auch in Berlin gemessen. Man führte als Beweis z.B. den hohen Krankenstand von Berliner Behörden auf, die neben dem Flughafen liegen und dass die Menschen dort besonders unter diesen Strahlungen zu leiden hätten.

Klagen nach Ihrer Zahnabschleifung

Implantate und Goldkronen oder sämtliche Metalle, die sie in den Mund bekommen haben, können Störungen verursachen. Wissenschaftlicher Fakt, den ihnen jeder Zahnarzt bestätigen kann: Zwischen zwei verschiedenen Metallen im Mund baut sich eine Spannung auf, und es fließen feinste Ströme, die Störungen im Nervenbereich verursachen können.

Beweis:

Sie haben Goldkronen oder ähnliche Metalle etc. im Mund und kommen mit einem Metall-Löffel an die Zähne, wodurch sie manchmal einen leichten Schmerz empfinden können. Die vorhandene Spannung im Mund hat sich über den Metall-Löffel entladen!!!

Nur, wer betreibt Aufklärung, die das eigene Geschäft schädigt ?

Metalle (z.B. Goldkronen und Metall-Zahnimplantate) sind heute auch als Antennen anzusehen, die elektrische Spannungen in den Körper induzieren, übertragen z.B. durch Mobilfunkstrahlen oder unter der Einwirkung der nächtlichen Hausstrom-Komponente, wo Ihr gesamter Körper kontinuierlich dauerhaft im Schlaf über 8 Stunden mindestens die störenden niederfrequenten 50 Hz Energie-Signale aufnimmt.

Selbst Goldketten und Armbänder empfangen Mobilfunkstrahlen und können sie an den Körper weiter abgeben, so ist es auch bei allen Metall-Implantaten im Mund !!! (siehe z.B. Testberichte Stiftung Warentest)

Elektrisches häusliches 50 Hz – Umfeld – Leukämie-Erkrankungen durch 50 Hz-Felder!

Zumindest in der Nacht die Schädigung dieses 50 Hz Hausstrom-Feldes vermeiden, indem Sie den Schlafbereich durch einen Netzfreischalter stromfrei machen. Elektrizität ist heute aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Stärkere tägliche Belastungen vor den Elektrogeräten ist immer nur kurzfristig und daher weniger schädlich als die schwächere nächtliche Dauerbelastung auf einem Fleck, wo dem Körper stundenlang Ströme induziert werden, die nicht sein müssen und die eindeutig nach wissenschaftlichen Erkenntnissen krank machen können !

Nichts ist besser erforscht und nirgendwo ist die Schädlichkeit von Strahlen – Frequenzen eindeutiger bewiesen als im Hausstrom-Netzbereich mit seiner 50 Hz Frequenz. Welcher Bürger aber ist darüber informiert und aufgeklärt ???

Der Epidemiologe Jörg Michaelis, Direktor des Institutes für Medizinische Statistik und Dokumentation der Universität Mainz, war selbst über seine Forschungs- Ergebnisse überrascht, dass Kinder, die nachts einem elektrischen Magnetfeld mit einer Stärke von nur 0,2 Mikrottesla ausgesetzt waren, ein dreimal höheres Risiko aufweisen an Leukämie zu erkranken, als gleichaltrige, die in elektromogfreien Räumen nächtigten!

Insgesamt wurden ca. 1800 Wohnungen untersucht, darunter 514 Wohnungen von Kindern, die an Leukämie erkrankt waren, sowie weitere 1300 Wohnungen von Kindern, die keine Erkrankung aufwiesen !

Weitere internationale Studien belegten diesen Fakt bereits mehrfach ! Dort ermittelte man erhöhte Leukämie-Gefahr bei Kindern, die einem Feld von 0,4 Mikrottesla ausgesetzt waren !

Ein Fall aus der Praxis

Nach einer Information aus den Medien hatte in einem Ortsteil meiner Gemeinde ein Jugendlicher Leukämie bekommen. Er wurde erfolgreich behandelt. Danach konnte man aber wieder Berichte lesen über einen Spenden-Aufruf, da dieser junge Mann erneut erkrankt war, einen Rückfall erlitten hatte und man ihm helfen musste.

Aus den Medien war weiter zu erfahren, dass dieser Jugendliche einer Band angehörte, und er stundenlang täglich auf einer Elektro-Gitarre übte. Der junge Mann machte weiter Musik und spielte sogar für krebserkrankte Kinder selbst Spenden ein.

Vielleicht hätte sein Leukämie-Rückfall nicht sein müssen, wenn er zumindest das Spielen in der Band sowie das Spielen auf seiner Elektro-Gitarre eingestellt hätte. Er setzte sich dadurch jeweils täglich stundenlang riesigen elektrischen Feldern aus, besonders durch die Lautsprecher der Band-Anlage. Sie alleine verursachen ein Strahlen-Chaos. Zusätzlich kommen noch die nicht unerheblichen elektro-magnetischen Belastungen durch seine Elektro-Gitarre hinzu. Sein nächtliches elektrisches Umfeld nicht mit eingerechnet !

Wie werden die Fakten hier wissenschaftlich von Ärzten ausgelegt und wahrgenommen? Wofür geben wir Unsummen in die Wissenschaft, wenn Erkenntnisse frustrierter Forscher in den Schubladen der Universitäten verkümmern, weil wir Menschen nicht in der Lage sind, die Ergebnisse in die Praxis umzusetzen. Es ist der Einsatz eines umfassenden Wissens gefordert und nicht alleine die Spezialisierung !

Ohrstöpsel taugen nichts bei TINNITUS u. BRUMMTON

Sie werden Ihre Geräusche, ob brummen, pfeifen, klicken usw. verstärkt wahrnehmen, wenn Sie Ihre Ohren mit Ohrstöpsel verschließen, so wie Sie es geschildert haben. Das Geräusch wird sich verstärken.

Dies ist das typische Anzeichen dafür, dass es kein Geräusch ist, das von außen an Sie herangetragen wird. Dieses Geräusch entsteht in Ihrem Gehirn durch die implantierten gepulsten Hochfrequenz-Strahlungen oder sie sind durch vorhandene organische Defekte bzw. Stress-Zustände dort entstanden.

Deshalb mein Tipp:

Orden Sie häusliche elektrische Störquellen und bringen Sie dort erst einmal Ihr belastendes elektrisches Umfeld in Ordnung. In den meisten Haushalten herrscht hier ein elektrisches Chaos mit krankmachenden Auswirkungen.

Die überwiegende Anzahl von Studien befasst sich mit der Erforschung der niederfrequenten Wellen, mit der vielfach bestätigten Erkenntnis, dass der 50 Hz Hausstrom u.a. für Leukämiefälle bei Kindern verantwortlich sein kann, nur versteht man bisher noch nicht das Wirk-Prinzip. Die Niederfrequenz-Schäden sind gut erforscht, werden aber leider von den Menschen im Alltag nicht wahrgenommen bzw. umgesetzt.

Schutzzelte gegen die hochfrequenten Strahlen des Mobilfunks sind nur bedingt wirksam. Mobilfunkstrahlen haben die unangenehme Eigenschaft, Schmarotzer in Form der niederfrequenten Pulsung mitzuführen. Das Material ist ausgelegt zum Schutz vor Hochfrequenz, aber es ist wirkungslos gegen die alles durchdringenden niederfrequenten Pulsungen. Die niederfrequent modulierten gepulsten Signale beim Mobilfunk sind die stärksten Störenfriede der menschlichen Gesundheit.

Eine mir bekannte Heilpraktikerin, als besonders empfindsam auf elektrische Strahlungen reagierend, berichtete mir, dass sie nach dem Einsatz eines Schutzzeltes gegen Hochfrequenz-Smog bereits nach kurzer Zeit erhebliche Besserung ihrer Beschwerden hatte. Allerdings blieb doch noch ein Rest Unwohlsein über, bestimmte Beschwerden verschwanden nicht, sie fühlte sich weiterhin von Strahlungen belästigt. **Dies ist erklärlich, das Zelt wirkte mit seinem Material nur auf die Hochfrequenz, die Niederfrequenz-Belastung blieb bestehen.**

Versuchen Sie die oben beschriebenen evtl. möglichen Ursachen abzustellen und haben Sie mindestens 8 Wochen Geduld. Ihr Körper braucht nach Ende einer Belastung Zeit zum regenerieren bis sich eine Besserung einstellen kann.

Gleichlaufend zu Ihren eigenen Sofort-Maßnahmen würde ich eine körperliche Untersuchung bei einem HNO-Arzt durchführen lassen, womit Sie sich Gewissheit verschaffen könnten, dass nicht ein organischer Schaden vorliegt.

dieter keim <>Ilbenstadt

Mobilfunk: Tummelplatz für Täuschungsmanöver

Mobilkommunikation - Beispiel dafür, wie eine technische Meisterleistung und ein sehr wichtiges Arbeitsinstrument durch schrankenlose Ausbreitung und entsprechend schädliche Auswirkungen zum Problem werden kann. Gesundheitsprobleme werden aber leider als «wissenschaftlich nicht gesichert» ausgeblendet. Wie konnte es zu dieser Situation kommen? Betrachtet man die Entwicklung dieser Technik, so fällt auf, dass darin mehrmals Täuschungen vorkommen.

Forumsbeitrag in der Basler Zeitung vom 22.4.04

<http://www.baz.ch/forum/>

von Kurt Rohrer, Mitglied der IG Lebensgrundlagen Regio Basiliensis

Nachdruck mit Erlaubnis der Redaktion

Täuschung 1

Anfang 1990er Jahre: Mehrere internationale Verträge regeln alle Grundlagen für das gesamte Fernmeldewesen inkl. Mobilfunk. Jetzt erst beginnt die Entwicklung der GSM- und UMTS-Techniken. R. C. Kane, während 30 Jahren in den USA daran als Techniker beteiligt - selber an Gehirntumor erkrankt - wirft der Industrie vor, dass sie von Anfang an gewusst habe um mögliche Folgen dieser Technik. Das war aber in den Vertragskonferenzen kein Thema.

Täuschung 2

April 1998: Die Internationale ICNIRP-Kommission, zusammengesetzt aus mehrheitlich der Industrie nahe stehenden technischen Fachleuten (ohne Mediziner), veröffentlicht Richtwert-Empfehlungen und sichert zu, die verwendeten Studien zeigten die Unbedenklichkeit solcher Strahlungsintensitäten. 1999 kritisiert der neuseeländische Wissenschaftler Neil Cherry diese Aussage heftig: Die ICNIRP-Bewertung sei «durchsetzt mit ... gravierenden Fehlern, Weglassungen und absichtlichen Verdrehungen». Die Weltgesundheits-Organisation (WHO), welche die ICNIRP-Richtwerte übernimmt, wird somit getäuscht.

Täuschung 3

Schon damals: Gesundheitliche Probleme auch in der Schweiz. Bereits 1995: wissenschaftliche Schwarzenburg-Studie belegt Erkrankungen im Umfeld des Senders bei nur 0,4 V/m. Dessen ungeachtet gelten seit Anfang 1999 auch hier die WHO-Immissions-Grenzwerte; 4000 Antennen senden ja bereits. Weil das Umweltschutzgesetz die Behörden zur vorsorglichen Immissionsbegrenzung verpflichtet, legt die «NIS-Verordnung» einen zusätzlichen zehnmal niedrigeren «Anlage-Grenzwert» (6 V/m bei 1800 MHz) fest. Dieser wird als «Vorsorgewert» - zum besseren Gesundheitsschutz als im Ausland - gerühmt. Aus physikalischen Gründen - weil mit der Distanz zur Antenne die Strahlung sich abschwächt - genießt aber auch dort die Bevölkerung gleichen Schutz. Der Auslandsvergleich: leider eine weitere Täuschung.

Täuschung 4

Sämtliche Bewilligungsbehörden sind in das durch das Bundesgericht geschützte Argumentationskonstrukt hinein verpflichtet. Dazu aus Deutschland: Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe (höchstrichterliche Instanz) hat kürzlich festgestellt, dass die untergeordneten Gerichte aufgefordert sind, nach eigenem Ermessen die durch Bürger vorgelegten Beweise für Gesundheitsgefährdungen zu prüfen und zu einem eigenen, individuellen Ergebnis im Einzelfall zu kommen. Die Baubiologie sagt: Bei gepulsten elektromagnetischen Wellen (z. B. bisherige GSM-Technik) gilt aufgrund jahrelanger Erfahrung bereits 0,2 V/m als Vorsorgewert für Schlafbereiche. Anlagegrenzwerte gelten immer nur für eine einzelne Antennenanlage. Die Vielzahl von Strahlungsquellen (Mobilfunk, Radio- und TV-Sender usw.) erzeugt jedoch Strahlungskreuzungen. An Gebäudefassaden wird Strahlung reflektiert; so entsteht ein immer dichter werdendes Strahlengeflecht. Dieses kann nicht vorausberechnet werden.

Strahlungsquellen in der Wohnung und am Arbeitsplatz: Ein separates Thema für sich: Eigenartig nur, dass für alle diese Strahlungsquellen nicht schon längst strenge Deklarationsvorschriften bestehen - siehe Medikamente oder Nahrungsmittel. Trotz epidemieartiger Mobilfunkausbreitung und Medienberichten ist bisher noch nichts geschehen. Das offizielle Stillschweigen führt dazu, dass die Bevölkerung über den effektiven Charakter dieser Technik getäuscht wird.

Täuschung 5

Und die vielen wissenschaftlichen Studien? Dazu Dr. Michael Kundi (Institut für Umwelthygiene, Universität Wien): «Die weltweit koordinierte Argumentation der Mobilfunkindustrie, dass es Tausende von Untersuchungen gäbe, welche die Unbedenklichkeit der Exposition nachweisen, stellt eine gravierende Täuschung der Bevölkerung dar.»

Nun ist die neue UMTS-Technik im Aufbau - wiederum mit noch unbekanntem Auswirkungen auf lebendige Organismen! Wegen Warnhinweisen aus einer ersten holländischen Studie fordern «Ärzte für Umweltschutz» ein Antennen-Moratorium.

Interner Link zu Täuschung 3

Schweizer Vorsorgewerte sind und bleiben ein Riesenschwindel (unter Recht oder Unrecht)
<http://www.gigahertz.ch/636/>

Quelle: <http://www.gigahertz.ch/765/>

Mobilfunk: Strahlungstest mit skandalösem Ergebnis

Quelle: <http://www.silicon.de/cpo/news-mobile/detail.php?nr=14736> (Auszug)

Nur ein Viertel aller Handys erfüllen die Kriterien

21.05.2004 16:55 | von silicon.de

Strahlungs- und Ergonomiekriterien werden kolossal missachtet. Nach einer aktuellen Untersuchung der Herausgeber des TCO-Umwelt- und Qualitätsgütesiegels, TCO Development, erfüllt nur jedes vierte Handy die gesundheitlich relevanten Richtlinien für Handys. Das Unternehmen hat insgesamt 25 Handymodelle von zehn verschiedenen Anbietern unter die Lupe genommen. Das erschütternde Ergebnis: Nur sieben erfüllten die Kriterien. TCO hat dabei unter anderem Modelle von Samsung, Siemens, Nokia, Sony Ericsson und Panasonic analysiert.

Die Mobiltelefone wurden auf ihre Strahlungsabgabe und ergonomische Beschaffenheit hin untersucht. In Bezug auf die Strahlung haben die TCO-Spezialisten vor allem die Strahlungswerte nach SAR und TCP bei den Mobiltelefonen gemessen. Diese geben an wie viel Strahlung vom Hirngewebe absorbiert wird, beziehungsweise wie gut die Übertragungseigenschaften des Handy sind. Bei sehr guter Übertragung benötigt das Mobiltelefon eine niedrigere Leistung, wodurch der Benutzer einer geringeren Strahlung ausgesetzt wird. Der ergonomische Teil des Tests untersuchte Gesichtspunkte wie Gestaltung, Layout und Lesbarkeit der Tastatur.

Dem Testergebnis zufolge haben die Modelle von Nokia, Siemens und SonyEricsson allesamt nicht den Richtlinien entsprochen.

Handy-Strahlung: Der blaue Engel könnte in Deutschland fliegen

BfS macht die Arbeit mancher Mobilfunkhersteller

03.03.2004 14:18 | von silicon.de

Kaum jemand wird beim Kauf ein Handy dem anderen vorziehen, weil es eine geringere Strahlenbelastung aufweist. Sich aber über den Wert des jeweiligen Gerätes zu informieren, daran sind viele Nutzer interessiert. Auch wenn noch nicht bewiesen ist, dass Elektrosmog Krankheiten auslösen kann, hat das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) das Bedürfnis der Bevölkerung erkannt und eine Liste aller hier verfügbaren Handys mit ihrem Strahlenwert ins Internet gestellt.

Omega: es stimmt nicht, dass es "noch nicht bewiesen ist, dass Elektrosmog Krankheiten auslösen kann". Es gibt unzählige seriöse Studien aus dem In- und Ausland, die die Schädlichkeit des gepulsten Mobilfunks beweisen. Siehe unter:

http://www.buergerwelle.de/body_wissenschaft.html

<http://www.fdp-bundesverband.de/forum/read.php?f=17&i=1197&t=195>

http://www.buergerwelle.de/body_science.html (in Englisch)

Handys auf dem deutschen Markt liegen im Durchschnitt weit unter dem ermittelten Richtwert für eine maximale Strahlung. Die Strahlung wird als spezielle Absorptionsrate (SAR) bezeichnet und in Watt pro Kilogramm (W/kg) gemessen. Sie beträgt laut Strahlenschutzkommission 2,0 W/kg. Diese Empfehlung basiert auf einer Leitlinie der 'Internationalen Kommission zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung' (ICNIRP), der sich auch der Rat der Europäischen Gemeinschaft angeschlossen hat. Über diesen Grenzwert schießt kein Handy in der im Januar 2004 aktualisierten Liste hinaus. Der höchste Wert liegt bei 1,94 W/kg (LG 510W), der niedrigste bei 0,22 W/kg (Blackberry 6230).

Nur 22 der insgesamt 275 aufgeführten Handys könnten das Umwelt-Gütesiegel 'Blauer Engel' tragen, der bis zu einem Maximalwert von 0,22 W/kg vergeben wird. Die Hersteller verzichten laut der Nachrichtenagentur AFP aber auf das Wertzeichen, um der Diskussion um den Elektrosmog und der möglichen Folgen nicht weiter Nahrung zu geben.

Der SAR-Wert für Handys kann auch in der Bedienungsanleitung nachgelesen werden. Die Information für den Nutzer beruht laut BfS auf einer internen Vereinbarung einiger Gerätehersteller, die seit 2001 gilt. Nicht alle halten sich daran und es ist auch nicht gesagt, dass das Handy trotz Kennzeichnung einen Ökosiegel erhalten würde. Deshalb fordert das BfS auch eine einheitliche und flächendeckende Siegelvergabe für Handys.

<http://www.silicon.de/cpo/news-mobile/detail.php?nr=13457&kategorie=news-mobile&PHPSESSID=4ca58544c9477a968e0687d970f157b1>

Kommentar von Bernd Schreiner: dort heißt es: (Quelle: Bundesanzeiger Nr. 43 vom 03. März 1992, – Veröffentlichungen der Strahlenschutzkommission, Band 24)

Über spezielle Effekte, die nicht auf der Erwärmung beruhen, wird in der Literatur seit ungefähr 15 Jahren berichtet. Wenn eine Hochfrequenzstrahlung mit einer anderen Frequenz amplitudenmoduliert ist, können Feldwirkungen auftreten, welche bei unmodulierter Strahlung nicht existieren. Es handelt sich meistens um Veränderungen der Permeabilität von Zellmembranen. Beispielsweise wurde festgestellt, dass bei einer HF-Strahlung mit einer Frequenz von 147 MHz, die mit Frequenzen zwischen 6 und 20 Hertz moduliert war, der Kalziumausstrom aus Zellkulturen bei bestimmten Frequenzen signifikant (um 10 bis 20 %) erhöht war. Insgesamt wurde eine komplexe Abhängigkeit dieser Effekte von Intensität und Frequenz beobachtet, wobei spezielle Frequenzbereiche besonders wirksam sind.

Die Membraneffekte wurden vielfach bestätigt, so dass ihre Existenz heute als gesichert gilt. Hervorzuheben ist, dass die SAR-Werte hierbei teilweise kleiner als 0,01 W/kg sind und damit erheblich unterhalb thermisch relevanter Intensitäten liegen.

Leider sind diese Worte wie auch das Wissen auf das sie beruhen weit verdrängt worden, und heute will aus den bekannten wirtschaftlichen Gründen keiner mehr etwas wissen.

Landesverband Thüringen "bürger-gegen-esmog.de"

und

<http://www.stoppschild.de>

Der schweizerische Bundesrat soll die neue UMTS- Mobilfunktechnik stoppen

Hier eine gute Neuigkeit aus der Schweiz betr. UMTS-Moratorium.

Mit freundlichen Grüßen

Guido Huwiler, eidg. dipl. Baubiologe / Bauökologe

Nachricht von Dietrich Moldan erhalten von Wolfgang Welzel

27. Mai 2004, 22:03, Neue Zürcher Zeitung

Drohendes UMTS-Moratorium

Der Bundesrat soll die neue Mobilfunktechnik stoppen

Die drei Schweizer Anbieter der breitbandigen Mobilfunktechnik UMTS müssen um ihre milliarden schweren Investitionen für Lizenzen und Netze bangen: Zwei parlamentarische Initiativen, das Buwal sowie Ärzte- und Umweltverbände wollen vom Bundesrat über eine verschärfte NIS-Verordnung ein UMTS-Moratorium erwirken, bis die gesundheitlichen Strahlenrisiken der neuen Funktechnologie abgeklärt sind.

hag. Als Ende der neunziger Jahre europaweit die Frequenzen für den dritten Mobilfunkstandard - «Universal Mobile Telecommunications System», kurz UMTS - von den Regierungen zur Gant getragen wurden, herrschte bei den Telekom-Anbietern Goldgräberstimmung. Geblendet vom boomenden GSM-Mobilfunkmarkt, der kurz davor stand, die Zahl der Festnetz-Anschlüsse zu überrunden, und angezogen vom Potenzial von zwanzigmal höheren Übertragungsraten beim mobilen Datenverkehr, tätigten die Netzanbieter zur Ersteigerung der Lizenzen schwindelerregende Milliardeninvestitionen.

In der Schweiz kamen die Anbieter noch mit einem blauen Auge davon: Am 6. Dezember 2000 gingen die vier Lizenzen nach dem Rückzug von sechs Konkurrenten - sie bangten wegen der scharfen Strahlenverordnung um ihre Investitionen - für je rund 50 Millionen Franken kampfflos an Swisscom, dSpeed (Sunrise und DiAx), Orange und die spanische Telefonica.

Die UMTS-Netz-Anbieter wären startbereit

Dieser moderate, aber doch gewichtige Mitteleinsatz verhinderte weitgehend, dass das UMTS- Abenteuer auch hierzulande existenzbedrohende Löcher in die Bilanzen der Netzanbieter riss. Einziges Opfer der helvetischen Lizenzvergabe war Telefonica, die wie andere europäische Anbieter mit dem Ausstieg aus UMTS das Schlimmste verhindern konnte. **Für die verbliebenen Kämpfer brachten jedoch der teure Netzaufbau, technische Probleme bei der Übergabe von Verbindungen vom GSM- zum UMTS-Netz, der Mangel an UMTS-Handys und auch die Konkurrenz von kabellosen Netzwerken (WLAN) europaweit eine zweijährige Verzögerung bei der Einführung des Breitband-Mobilfunks. Inzwischen wagen sich - wenngleich zögerlich und mit wenig Kundennachfrage - Länder wie Deutschland, England und Österreich auf die UMTS-Geisterbahn.**

Auch in der Schweiz haben die verbliebenen drei UMTS-Anbieter, Swisscom, Orange und Sunrise, die ihnen notabene von Bundesrat und Parlament erteilten Hausaufgaben gemacht. Spätestens bis Ende Jahr, so der Bescheid der Firmensprecher, werden drei Netze zur Verfügung stehen, die, wie vom Bundesamt für Kommunikation gefordert, mindestens 50 Prozent der Schweizer Bevölkerung abdecken. **Dafür tätigten die Anbieter laut unserer Recherche bereits Investitionen in Milliardenhöhe.**

Allerdings werden mit UMTS vorerst nur Geschäftskunden anvisiert, da sinnvolle und rentable Anwendungen für den Massenmarkt noch fehlen. Die Swisscom etwa will zudem UMTS mit den Techniken von GPRS und WLAN bündeln, um ihrer Klientel eine breite Abdeckung zu bieten. Zudem will sie UMTS schwergewichtig auch als Kommunikationsinstrument für den Bildungs- und Forschungsbereich einsetzen.

Nun ist aber nicht auszuschließen, dass die fieberhafte Suche der Branche nach der sogenannten «Killer-Applikation» für UMTS in der Schweiz vorerst gar nicht so dringlich ist. Laut uns von zuverlässiger Quelle vorgelegten schriftlichen Beweisen werden nämlich zum Sessionsauftakt dem Ratsbüro voraussichtlich gerade zwei parlamentarische Initiativen zur Prüfung auf Dringlichkeit eingereicht, die beide ein Moratorium für UMTS erwirken wollen, bis die

gesundheitlichen Strahlenrisiken wissenschaftlich abgeklärt sind, welche die total rund 4000 in den drei UMTS-Netzen neu errichteten Antennen für die Bevölkerung bergen.

Konkret wird darin der Bundesrat aufgefordert, über eine massive Verschärfung der Verordnung zur nichtionisierenden Strahlung (NIS- Verordnung) den Abdeckungsgrad, sprich die Zahl der UMTS-Antennen, markant zu reduzieren und den Start von UMTS um mindestens vier Jahre zu verzögern, bis mit einer Schweizer Studie der Beweis für die gesundheitliche Unbedenklichkeit der neuen Technologie erbracht ist. Wie uns Claude Georges - Leiter des Bereichs Mobilkommunikation und Umwelt bei Swisscom Mobile und vom Telekom-Branchenverband Sicta als Leiter der Verhandlung mit den Behörden eingesetzt - bestätigt, ist diese Feldstudie an der ETH bereits aufgegleist worden. Mit definitiven Resultaten ist aber frühestens Ende 2005 zu rechnen.

Eine politische Kehrtwende ist denkbar

Die parlamentarischen Initiativen - die eine kommt von den Grünen und ist von der St. Galler Nationalrätin Pia Hollenstein gezeichnet, die andere kommt sogar aus dem bürgerlichen Lager - dürfen durchaus auf breite politische Unterstützung hoffen. Denn hierzulande wird die Debatte um allfällige Gesundheitsrisiken durch Strahlung von Handys und Antennen besonders scharf geführt. Zahlreiche Studien und Gegenstudien und verbissener Widerstand von betroffenen Anwohnern bremsen den von der Politik verordneten Ausbau der Mobilfunknetze massiv ab. Auch nach Erlass der NIS-Verordnung durch das Departement Leuenberger, mit der eine der weltweit schärfsten Messvorschriften etabliert wurde, hat der Widerstand nicht abgenommen.

Er ist sogar massiv gewachsen, nachdem eine letzten Herbst veröffentlichte Studie des niederländischen Physiklabors TNO belegt hat, dass eine Mehrheit von Probanden, die unwissentlich der Strahlung von UMTS-Netzen ausgesetzt wurden, bereits bei einer Feldstärke von 1 Voltmeter (UMTS kann Feldstärken bis 6 Voltmeter aufbauen) nach einer Dreiviertelstunde über Kopfweh, Schwindel, Übelkeit und Herzprobleme klagte - deutlich mehr als unter GSM-Einstrahlung. Die Studie hat bereits Ende 2003 eine Allianz von Ärzten für die Umwelt und andern Umweltverbänden bewogen, vom Bundesrat ein UMTS-Moratorium zu fordern. Zudem wurde von der Aargauer CVP-Nationalrätin Ruth Humbel ein gleich lautendes Postulat eingereicht.

Höchst brisant ist aber ein Brief von Buwal-Direktor Philipp Roch an den Präsidenten der Kommunikationskommission (ComCom), Fulvio Caccia, vom 23. April dieses Jahres, den wir einsehen konnten. Darin fordert Roch vom Bundesrat «eine einschneidende Verschärfung der Immissionswerte» und fordert ihn sogar auf «zu überdenken, ob sich die Investitionen der Netzbetreiber nicht als verfehlt erweisen», falls sich mit der Schweizer Studie die Resultate der holländischen TNO-Untersuchung bestätigen sollten.

Auf die Reaktion von Umweltminister Leuenberger gegenüber dem Vorstoß von Roch darf man gespannt sein. Immerhin hat der Departementsvorsteher persönlich das Buwal vor zwei Jahren zurückgepiffen, als es die NIS-Grenzwerte mit Blick auf UMTS vorsorglich um den Faktor zehn verschärfen wollte. Und generell darf man gespannt sein, ob die neue Führung zu Bern tatsächlich den volkswirtschaftlich brisanten Hosenlupf mit den UMTS-Anbietern wagt und so milliardenschwere Investitionen gefährdet.

Omega: warum geht's das in Deutschland nicht? Eine solche Initiative ist auch in Deutschland überfällig!

Re: Täuschungsmanöver

Mobilfunk-Newsletter 040605

Ich möchte hier einige Fakten zur ideologischen Wirkung und der Unfähigkeit des TÜV, diese zu messen, darstellen.

- 1. Das biologische Schädigungs-Optimum (also die Stärke, bei der die biologische Schädigung am größten ist) liegt in einem sehr niedrigen Bereich. Messbar z.B. an DNS-Strangbrüchen, wird deutlich, dass der Körper dann biologisch reagiert, wenn die Strahlenstärke von außen der Stärke entspricht, mit der die Zellen und Organe im Körper untereinander kommunizieren. Stärkere Quellen werden vom Körper als Fremdquellen erkannt. So sind z.B. Netzfreeschalter oft eine Verschlimmbesserung, da der Kontrollstrom Frequenzen mitträgt, die in der biologisch sensitiven Stärke vorliegen.**

2. **Der biologisch wirksame Effekt ist der "verkehrte" elektromagnetische Impuls. Diese Größe - eine der Grundeigenschaften elektrischer Wellen, die Maxwell aufgestellt hat - ist in der modernen Elektrophysik zu einer Konstante verkürzt worden. Natürliche elektromagnetische Wellen beginnen mit einem "rechten" Impuls, technische Wellen mit einem "linken". Links und Rechts bedeutet hier, dass sie im Wassermolekül eine entsprechende Drehrichtung erzeugen. Tückisch ist hierbei, dass der elektromagnetische Impuls in Abhängigkeit von der Frequenz seine Drehrichtung ändert - bei 900 MHz ca. nach 1200 m, bei 1800 MHz nach ca. 600 m ... , so dass von einer Sendeanlage in konzentrischen Kreisen jeweils die ersten 1200 / 600 ... m negativ sind, die nächsten 1200 / 600 m ohne Belastung etc ...**
3. **Die hochfrequenten Strahlungen selbst sind nicht schädlich, da sie im Körper nicht wirken. Tückisch ist, dass jedes Wassermolekül - ob als Feuchtigkeit in der Luft, im Körper oder anderswo - aus jeder eingestrahlten Frequenz 4 Parallelfrequenzen erzeugt - eine davon im Lichtbereich, eine im biologisch sensitiven Bereich zwischen 0 und 80 Hz... Da der TÜV weder den elektromagnetischen Impuls messen kann noch die biologisch wirksamen Stärken berücksichtigt, sind seine Messungen also auch nicht relevant für biologische Wirkungen.**
4. **Für Baubiologen wichtig: Der elektromagnetische Impuls lädt abschirmende Materialien, wie z.B. Metall, Alu etc., lädt sich auf und wird nach einer gewissen Zeit selbst zu einer Strahlungsquelle.**

Soweit einige Fakten zur Versachlichung der Diskussion.

Viele Grüße

Dietmar Ferger

Engineer for Environmental Protection

Haftungsausschluss - Disclaimer

Alle Angaben in diesem Mobilfunk-Newsletter sind sorgfältig recherchiert. Eine Gewähr für den Inhalt, die Vollständigkeit und Richtigkeit kann aber trotzdem nicht übernommen werden. Fett hervorgehobene Passagen und Unterstreichungen im Text stammen i.d.R. nicht vom Urheber, sondern sind redaktionelle Bearbeitungen der Herausgeber der Mobilfunk-Newsletter und stellen deren persönliche Meinung dar. Für Veröffentlichungen unserer Newsletter auf Internetseiten übernehmen wir keinerlei Haftung.

Bitte kennzeichnen Sie Informationen, die nicht über den Verteiler laufen sollen, mit den Worten: „Vertrauliche Mitteilung“. Fehlt dieser Hinweis gehen wir davon aus, dass die betreffende Information Dritten zugänglich gemacht werden kann.

Wenn Sie keine weiteren Informationen zu dem Thema mehr erhalten möchten, bitten wir um eine kurze Nachricht an Star.Mail@t-online.de unter Angabe der E-Mail-Adresse unter der Sie dieses E-Mail erhalten haben. Bitte schreiben Sie in den Betreff: Unsubscribe.

Es würde uns freuen und unsere gemeinsame Sache weiter voranbringen, wenn Sie uns bei unserer sehr zeitaufwendigen, ehrenamtlichen und unbezahlten Arbeit in Form einer Spende unterstützen. Wir sind ein gemeinnütziger Verein und stellen Ihnen eine Spendenquittung aus. Vielen Dank.

Empfänger:

Bürgerwelle e.V., Bankverbindung Hypo Vereinsbank Augsburg, Konto-Nr. 2250284, BLZ 720 200 70.

Bürgerwelle e.V. Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektrosmog

1. Vorsitzender Siegfried Zwerenz, 2. Vorsitzende Barbara Eidling

Postanschrift: Lindenweg 10, D-95643 Tirschenreuth, Tel. 0049-(0)9631-795736,

Fax : 0049-(0)9631-795734,

E-Mail : pr@buengerwelle.de , Internet <http://www.buengerwelle.de>

Tel. Auskünfte: Barbara Eidling Tel. 0049-(0)8171-18898

Beiträge von BI Omega finden Sie u.a. unter:

<http://www.buengerwelle.de> (in Deutsch und Englisch)

<http://www.mobilfunkkritiker.de> (in Deutsch)

<http://www.grn.es/electropolucio/ciogerman.htm> (in Deutsch)

http://de.groups.yahoo.com/group/mobilfunk_newsletter/ (in Deutsch)

<http://www.oekosmos.de/article/archive/20/> (in Deutsch)

<http://de.groups.yahoo.com/group/elektrosmog-liste> (in Deutsch)

<http://starmailgermany.tripod.com/> (in Deutsch)

<http://forum.webmart.de/wmmsg.cfm?id=601862&t=835668#4039477> (in Deutsch)

<http://www.grn.es/electropolucio/00omega.htm> (in Englisch)

<http://groups.yahoo.com/group/emf-omega-news/> (in Englisch)

<http://teleline.terra.es/personal/kirke1/pagact.html> (in Englisch)

http://www.hohle-erde.de/body_home.html#bio (Link für Newsletterbestellung u.a.)